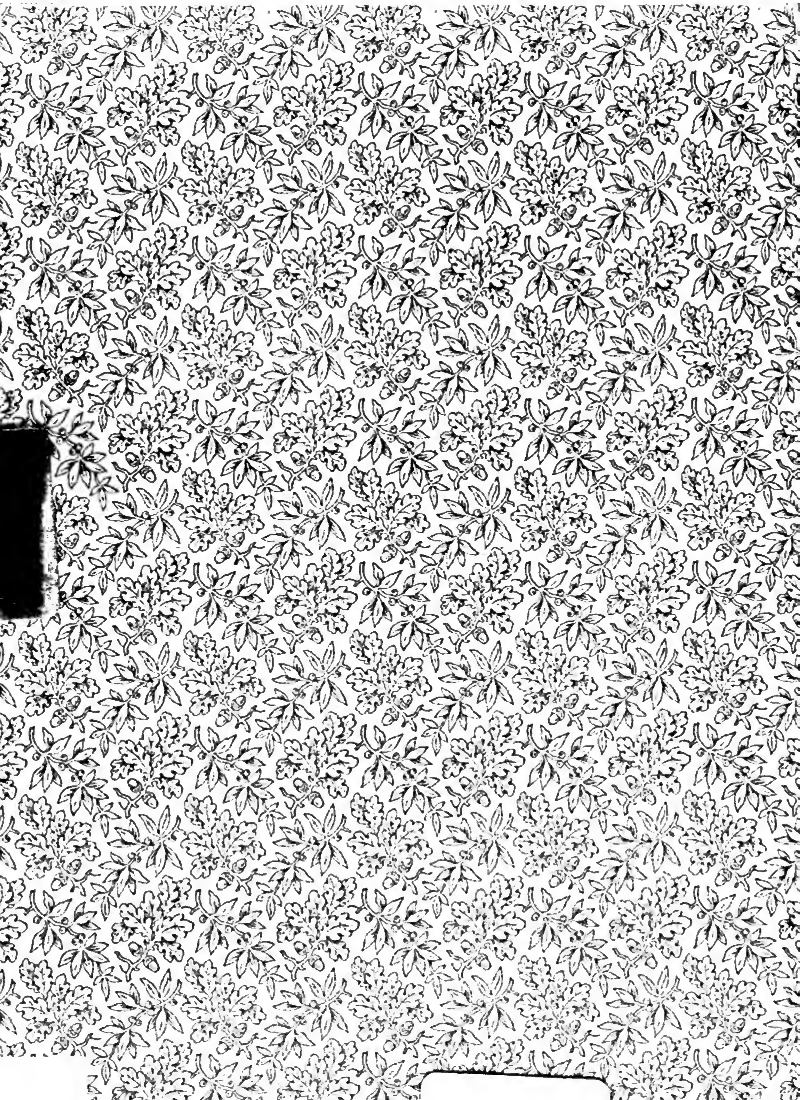
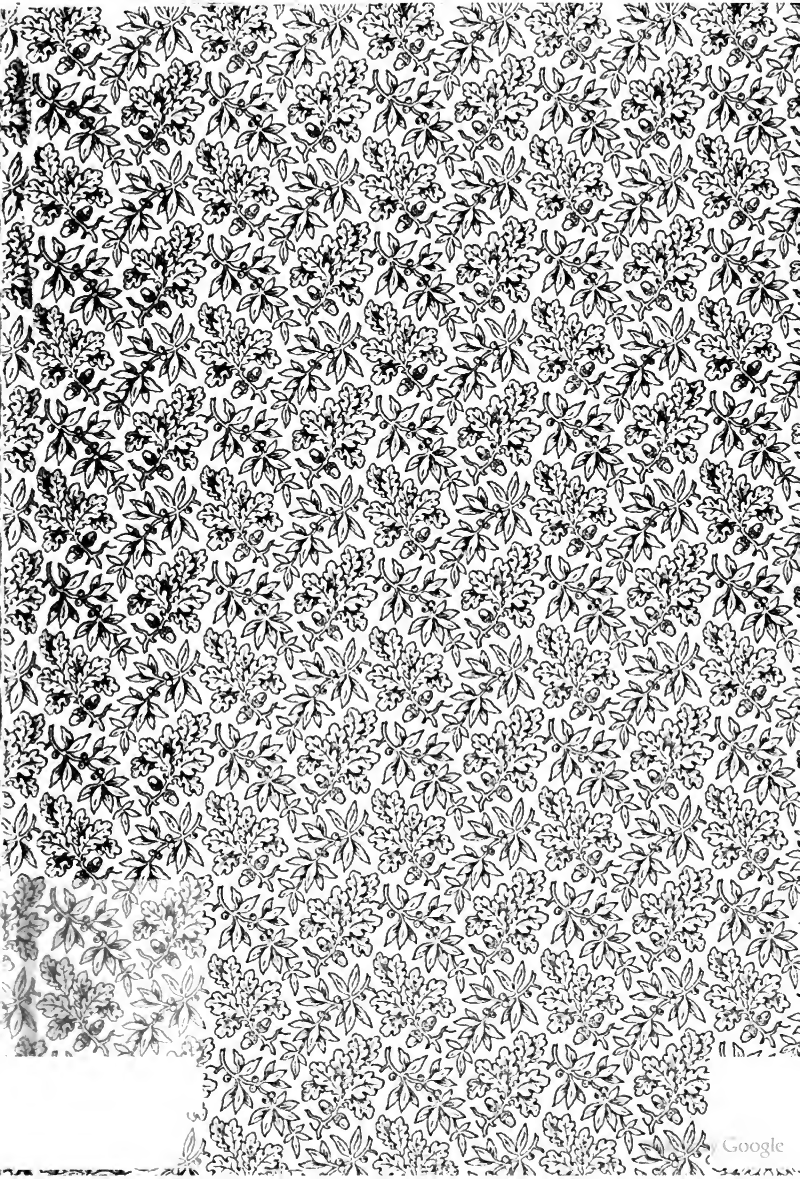


Geschichte des pfälzischen Aufstandes im Jahre 1849

Otto Fleischmann





1. Palatinate – Hist., 19th cent.

Geschichte

des

Pfälzischen Aufstandes

im Jahre 1849.

Nach den zugänglichen Quellen geschildert

von

Otto Fleischmann.



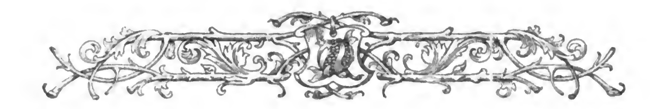
Kaiserslautern.
Buchdruckerei von Emil Thieme.
1899.

Vorwort.

Ein halbes Jahrhundert ist nun seit dem pfälzischen Aufstande des Jahres 1849 hinabgerollt in den Schoss der Ewigkeit. Die meisten seiner Urheber und Teilnehmer sind aus dem Leben geschieden, die Wünsche jener Tage sind erfüllt, die Ziele ihres Strebens erreicht; Ideen anderer Art bewegen das heutige Geschlecht. Unter solchen Umständen mag es jetzt gelingen, ein objektives Urteil über die Ereignisse jener Jahre und über die damals handelnden Männer zu fällen, die Bedeutung jener Vorgänge für die Entwickelung der Geschichte Deutschlands gebührend zu würdigen. Es war aber auch höchste Zeit, einen und den andern der letzten noch lebenden Zeugen zu vernehmen und den Inhalt so mancher da und dort zerstreuten Dokumente zusammenzustellen und so der Nachwelt zu erhalten. Inwiefern mir meine Arbeit gelungen ist, überlasse ich den Fachmännern zu beurteilen. Es erübrigt mir nur, Allen denen, welche mich bei meinem Unternehmen freundlich unterstützt haben, vornehmlich dem kgl. preussischen Generalstabe, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Kaiserslautern, im Frühling 1899.

Otto Fleischmann.



I. Deutschland von 1815 bis 1848.

Keiner versteht die Gegenwart, der nicht die Vergangenheit erforscht hat. Niemand kann die Bedeutung des Jahres 1870 würdigen, der nicht die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 begriffen hat, und niemand versteht diese Jahre, dem nicht klar geworden ist, nach welchen Zielen sich die Entwickelung unseres Volkes seit seinem Wiederzusammenschluss im Jahre 1815 bewegt. Nur auf diesem Wege sehen wir ein, warum Deutschland mächtig und reich aus dem neunzehnten Jahrhundert hinausgeht, in das es schwach und arm hereingetreten ist. Nur auf diesem Wege gelangen wir auch zu einem richtigen Urteil über die Vorgänge des Jahres 1849, ob wir es da mit dem Ausbruch einer Volkskrankheit, mit einem Verbrechen zu thun haben, oder mit einem verfehlten Versuche, berechtigte Ideale zu verwirklichen.

Schauen wir uns zuerst die Lage Deutschlands nach Beendigung der Befreiungskriege an. Der Krebsschaden, welcher Jahrhunderte lang an den Kräften unseres Volkes zehrte und zuletzt im Jahre 1806 den Untergang des deutschen Reiches herbeiführte, war der unberechtigte, von Jahr zu Jahr wachsende Partikularismus. Je selbständiger die Einzelstaaten wurden, umsomehr musste sich das Band lockern, welches das Ganze umschloss. Dem Kaiser Napoleon gelang es, auf diesem Wege Deutschland auseinanderzusprengen.

Dasselbe bestand nach dem Jahre 1806 aus dem verkleinerten Preussen, aus den deutschen Stücken Oesterreichs, aus den deutschen Bestandteilen Frankreichs und aus dem Rheinbund, der sich an Frankreich angeschlossen und unter das Protektorat Napoleons gestellt hatte. Es zeugt von dem staatsmännischen Blicke des ersten Franzosenkaisers, dass er die Mittel fand, das deutsche Volk nach menschlicher Ansicht für immer schwach zu erhalten, zu einem ungefährlichen Nachbar Frankreichs zu machen. Zuerst zerstückelte er Preussen; wenn es ihm möglich gewesen wäre, hätte er es ganz vernichtet. Er ahnte wohl, welche Gefahren von diesem Lande seinem Volke drohten. Dann ballte er aus vielen kleinen deutschen Gebietsteilen ansehnliche und mächtige Mittelstaaten zusammen, Bayern, Württemberg, Baden, Westfalen, die vereint wohl im stande waren, sich einer Einigung Deutschlands, namentlich unter Anschluss an Frankreich, für alle Zeiten zu widersetzen, zumal nachdem er sämtlichen Rheinbundsfürsten die Souveränetät verliehen hatte. Die einst so glänzende stolze deutsche Kaiserkrone rollte verachtet in den Staub, es gab nichts mehr gemeinsames unter den Deutschen, als nur noch die Sprache.

Nun hatte aber der Druck der napoleonischen Weltherrschaft unter den Völkern noch etwas anderes erzeugt, was der Korse nicht wollte, den Hass gegen Fremdherrschaft und die Begeisterung für das Vaterland und die nationale Selbständigkeit. Zuerst stand das stolze spanische Volk auf, dann erhoben sich die mutigen Söhne der Berge, die Tiroler, dann die Russen und zuletzt die Preussen, die eine kurze, aber grosse Vergangenheit hatten und am tiefsten gedemütigt worden waren. Unter diesem Zorne der Völker brach das mächtige Gebäude, das Napoleon mit Gewalt aufgerichtet und mit Blut zusammengekittet hatte, bei Leipzig zusammen, und es fragte sich nun, was aus den Stücken werden sollte, die früher Deutschland gebildet hatten. Der Name der Deutschen war in dem Befreiungskriege wieder zu Ehren gekommen, man sang in den Feldlagern mit Begeisterung die Lieder von des Deutschen Vaterland, man erinnerte sich wieder seiner grossen Kaiser und seiner alten Herrlichkeit und hoffte, dass es aus dem Schutte sich zu neuem Glanze erheben werde. Allein was das Schwert gut gemacht hatte, verdarb die Feder, was die Feldherrn in blutigen Schlachten erkämpften, haben die Federfuchser, wie Blücher die Diplomaten nannte, hinter dem grünen Tische verpfuscht. Die wichtigste Frage, welche auf dem Wiener Kongresse zur Beratung stand, war die Neugestaltung Deutschlands. Die Eifersucht Oesterreichs auf Preussen, der Neid der Grossmächte und der starre Partikularismus der ehemaligen Rheinbundstaaten

liessen alle hochgespannten Erwartungen bald wie Seifenblasen zerrinnen.

Was Deutschland mit Recht nach den furchtbaren Opfern der Befreiungskriege verlangen konnte, war zweierlei: Erstens die nationale Einigung und dann eine deutsche Verfassung, durch welche wenigstens dem politisch reifen Teile der Bevölkerung ein gewisser Anteil an der Regierung gewährt wurde. Die erste Forderung ruhte auf göttlichem Rechte, denn jede Nation hat als solche Existenzberechtigung; nicht ein zerstückeltes und zerrissenes, nur ein geeinigtes und zusammengeschlossenes Volk kann als Ganzes, als Organismus jene individuelle Aufgabe erfüllen, die ihm Gott, unterschieden von allen übrigen Völkern, in der Weltgeschichte zugedacht hat. Die zweite Forderung beruhte auf menschlichem Rechte. Der ausgelebte Absolutismus war in Frankreich im Jahre 1789 und in Preussen 1806 für immer zusammengebrochen. Das Volk sollte von nun an mitbestimmen dürfen über seine Geschicke. Solches hatte man auch am 23. Februar 1813 in der Proklamation von Kalisch dem deutschen Volke verheissen, in welcher gesagt war: „Aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes soll die künftige deutsche Verfassung hervortreten."

Was von Oesterreich inbezug auf die Zukunft Deutschlands zu erwarten war, liessen die Verträge erkennen, die es im Namen der Verbündeten mit den von Napoleon abfallenden süddeutschen Rheinbundstaaten abschloss. Es beeilte sich, im Vertrage von Ried am 8. Oktober 1813 dem Königreich Bayern und im Vertrage von Fulda am 2. November 1813 dem Königreich Württemberg die unbedingte Souveränetät zu garantieren. Und dem nachfolgenden Vertrage der Verbündeten zu Chaumont am 6. März 1814 wusste Metternich geschickt die Bestimmung einzufügen: „Die deutschen Staaten sollen unabhängig und durch ein föderatives Band verknüpft sein." Der starre Partikularismus in Deutschland wusste nun, wo er in allen Fällen einen festen Rückhalt finden werde.

Unter solchen Umständen darf man sich über das Ergebnis des Wiener Kongresses nicht mehr wundern. Es war ein sonderbares Schauspiel, zu sehen, wie hier diejenige Macht, über die man zu Gericht sitzen wollte, die von rechtswegen gar nicht hätte mitreden sollen, Frankreich durch die Geschicklichkeit seines Vertreters die ausschlaggebende Rolle spielte. Talleyrand wusste mit diabolischer Klugheit so die Karten zu mischen und so die Einzelinteressen der Sieger gegeneinander auszuspielen, dass sie schon im Begriffe waren, sich in die Haare zu fallen, als Napoleon von Elba wieder erschien und dem hässlichen Streite ein Ende machte. Noch einmal musste

Preussen die Hauptarbeit thun, um dann zum Schluss um den wohlverdienten Lohn schnöde geprellt zu werden. Missgunst, Eifersucht und Neid brachten es fertig, dass dieser Staat, der am meisten gelitten und am meisten geopfert hatte, nicht den geringsten Machtzuwachs, im Gegenteil eine geradezu lächerliche und gefährliche Gestalt erhielt. Ein langgestreckter, schmaler Streifen Landes, der innerlich kaum zusammenhing, und zugleich gegen Frankreich und Russland Front zu machen hatte. Aber gerade dieser Umstand musste Preussen veranlassen, stets die Augen offen und das Schwert bereit zu halten, seine Bürger leiblich und geistig so zu erziehen, dass es sich als Grossmacht behaupten und seinen grossen Aufgaben innerhalb Deutschlands schliesslich gerecht werden konnte. Die 39 souveränen Staaten Deutschlands traten am 8. Juni 1815 zu einem föderativen Staatenbund zusammen. Die dem deutschen Volk zu Kalisch versprochene Verfassung entpuppte sich als die „deutsche Bundesakte". Der dadurch ins Leben gerufene „deutsche Bund" war ein „beständiger" Bund der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, der die Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten zum Zwecke hatte. Die Bundesglieder verpflichteten sich, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und einander gegenseitig ihre sämtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantieren. Denselben wurde zwar das Recht der Bündnisse aller Art gegeben, aber bei erklärtem Bundeskriege durfte keiner einseitig mit dem Feinde unterhandeln, Waffenstillstand oder Frieden schliessen, auch keine Bündnisse eingehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären. Auch war es den Bundesgliedern verboten, unter irgend einem Vorwande sich zu bekriegen, vielmehr sollten etwaige Streitigkeiten durch Vermittelung der Bundesversammlung im schiedsgerichtlichen Verfahren friedlich ausgeglichen werden. Die oberste Bundesbehörde bildete die Bundesversammlung, der Frankfurter Bundestag. Oesterreich war natürlich die Präsidialmacht und führte als solche stets den Vorsitz. Diese Versammlung war keine Vertretung des Volkes, sondern nur der verschiedenen Regierungen. Sonderbar und doch von Oesterreich klug berechnet war die Verteilung der Stimmen. Oesterreich und Preussen hatten nicht mehr Stimmen als Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, ja im „engeren Rat" besassen Baden, Nassau, Kurhessen, Grossh. Hessen, Holstein und Luxemburg gerade so wie Preussen und Oesterreich je eine Stimme. Verwies der engere Rat eine Angelegenheit an das „Plenum", so entschied hier Zweidrittel-

mehrheit. Sollte gar über Verfassungsänderungen, über organische Bundeseinrichtungen, z. B. über die wohlerworbenen Rechte der einzelnen Fürsten und Staaten Beschluss gefasst werden, so war Stimmeneinheit nötig. Die Heeresverfassung war dermassen jämmerlich, dass diese aus 39 Kontingenten zusammengewürfelte Reichsarmee keiner einzigen europäischen Grossmacht mit Erfolg hätte gegenübertreten können. Vergessen darf nicht werden, dass die „Bundesakte" versprach, in jedem deutschen Bundesstaate werde eine landständische Verfassung „stattfinden", ferner über die Pressfreiheit und über die Regelung des Handels und Verkehrs zwischen den einzelnen Bundesstaaten gleichförmige Verfügung getroffen werden. — Elsass-Lothringen blieb bei Frankreich, Oesterreich trat dem Bunde nur mit seinem deutschen Teile bei, Posen, Ost- und Westpreussen, sowie Schleswig waren ausgeschlossen. England dagegen hatte für Hannover, Dänemark für Holstein und Lauenburg und Holland für Luxemburg im Bundestag Sitz und Stimme. Damit sich aber noch mehr Mächte nötigen Falles in deutsche Fragen mischen konnten, wurde die „deutsche Bundesakte" in die allgemeine Wiener Kongressakte aufgenommen und so unter Garantie und Bürgschaft der europäischen Mächte gestellt.

Die deutschen Patrioten senkten traurig die Köpfe und die Studenten sangen:

Und der Frühling war im Lande
Wie die Welt noch keinen sah,
Und es lief die ganze Bande,
Und der Bundestag war da! —

Man hat über diesen Bundestag seinerzeit viel gelacht, gehöhnt, gespottet, heute lautet das Urteil des Geschichtskenners anders. Er sagt sich: unter den damaligen Verhältnissen war es nicht möglich, mehr zu erreichen. Auch ein Bismarck hätte in Wien nichts besseres zustande gebracht. Es war doch wenigstens wieder ein Band, das die auseinandergefallenen deutschen Stämme umschloss, es war doch wieder eine Vereinigung, wenn auch eine lose, welche die deutschen Staaten umfasste und zusammenhielt. Es war wieder ein Fundament da, auf dem weiter gebaut, ein Anfang, an den patriotische Thätigkeit angeknüpft werden konnte. Dass der Bundestag so gar nichts Positives leistete, daran war nicht seine Schwerfälligkeit und Machtlosigkeit, sondern Oesterreich oder vielmehr dessen leitender Staatsmann, Metternich, schuld. Die Verkoppelung der Geschicke Deutschlands mit jenen Oesterreichs, dieses rein mittelalterlichen Staates, war der Fluch, der auf der Thätigkeit des Bundestages lastete. Unter anderen Verhältnissen hätte auch dieser nützliches leisten und das deutsche Volk auf dem Wege der Reform geraden Weges zum

Ziele führen können. Eine Macht, die so viel böses zu wirken im stande war, wie der Bundestag, hätte unter Umständen auch die Kraft zu segensreicher Thätigkeit gehabt.

Metternich war bis 1848 der tonangebende Staatsmann in Deutschland, ja in Europa. Man kann ihn den letzten Diplomaten der alten Schule nennen. Ein höchst begabter, scharfblickender Mann, aber oberflächlich, ohne Ideale, glaubte er nicht, dass die Menschheit sich nach bestimmten Ideen und Gesetzen vorwärts bewege, er glaubte, wie sein grosser Meister Napoleon, nur an die Gewalt. Dieser nannte alle Vertreter der Ideenwelt verächtlich „Ideologen“, und auch Metternich war fest überzeugt, dass alle Fragen nur Machtfragen seien, dass die brutale Gewalt die Weltgeschichte mache. Mit scharfem Blicke erkannte er die Gefahren des „Nationalitätsprinzipes“, der „konstitutionellen Verfassungen“, kurzum des modernen Staatsbegriffes für Oesterreich, das durch den Absolutismus entstanden und auf denselben zugeschnitten war. Er sah voraus, was sich 1848 und 1849 zeigte, und auch jetzt wieder zutage tritt, dass das Nationalitätsprinzip Oesterreich nicht etwa nur schwächen, sondern unter Umständen zerreissen, ja vernichten könne. Sein Streben ging aber dahin, Oesterreichs Machtstellung in Deutschland und Europa um jeden Preis und mit allen Mitteln zu erhalten. Weil für Oesterreich der Stillstand geboten schien, musste auch in Deutschland alles beim Alten bleiben, weil Oesterreich kein Nationalstaat werden konnte, musste in Deutschland jede nationale Regung unterdrückt werden, weil das Streben nach einer Verfassung in Oesterreich unendliche Wirren hervorrufen musste, sollte auch das deutsche Volk keine solche erhalten. Wir werden später sehen, wie derartige Anschauungen in den deutschen Mittelstaaten lebhaften Anklang fanden. In Bayern waren die tonangebenden Männer Montgelas und Wrede starre Partikularisten, die von Deutschland möglichst wenig wissen wollten; von der Gesinnung des Königs von Württemberg gibt ein Schreiben aus dem Jahre 1814 Kenntnis, das von Kosaken aufgefangen wurde, in dem er dem Kaiser Napoleon wegen seiner Siege über die deutschen Heere, die auf Paris losgingen, gratulierte, und die Hoffnung aussprach, bald wieder mit demselben



Fürst Metternich.

Hand in Hand gehen zu können. Nicht viel anders war die Gesinnung an den meisten kleinen deutschen Höfen.

Sehen wir uns die innere Lage Deutschlands im Jahre 1815 näher an. Infolge der langen Kriegszeit blutete das Land aus tausend Wunden, seine Kräfte waren beinahe völlig erschöpft. Preussen war tief verschuldet, die Schlachten des Befreiungskampfes hatten in Norddeutschland, der Zug nach Russland in Süddeutschland viele tausende von jungen Männern weggerafft. Auf die unerhörten Anstrengungen und Aufregungen der letzten Jahre erfolgte ein Rückschlag. Das Volk im grossen und ganzen wollte nur Eines, Friede nach Aussen, Ruhe im Innern, das Bedürfnis nach Erholung machte sich geltend. Deutschland war damals ein kapitalarmer Ackerbaustaat; der Bauer, d. h. also die Masse des Volkes verlangte, seinen zertretenen Acker wieder zu bauen, den verlorenen Wohlstand wieder zu erlangen und das Hauptbestreben der Regierungen musste auf die materielle Wohlfahrt des Landes gerichtet sein. Die Verfassungsfragen lagen dem Landmanne ferne, er kümmerte sich nicht im geringsten um Konstitution oder Pressfreiheit und ähnliche Dinge. Politisches Leben fand sich damals nur in den höheren Ständen, nur in diesen Regionen hatte man hochfliegende Erwartungen an die Erhebung Deutschlands geknüpft, nur hier war man mit den Ergebnissen des Wiener Kongresses unzufrieden. Bei diesen politischen Bestrebungen, welche wir nun in das Auge zu fassen haben, zeigte sich sofort ein charakteristischer Unterschied zwischen Norddeutschland und den früheren Rheinbundstaaten, ein Unterschied, der selbst heute noch nicht ganz verwischt ist. Der süddeutsche Liberalismus war anders geartet wie der norddeutsche, der preussische. Jener war genährt mit den Ideen der französischen Revolution, die politische Hauptstadt Süddeutschlands war bis in die Mitte des Jahrhunderts eigentlich Paris; von dort erhielten die süddeutschen Liberalen ihre geistige Nahrung, ihre Anregung, ihre Begriffe von Freiheit waren die eines liberalen französischen Bourgeois, ihr Idealstaat war die Republik. Starke französische Sympathien herrschten noch lange auf dem linken Rheinufer, das über ein Jahrzehnt französisch gewesen war; die Veteranen, die unter Napoleon gedient hatten, verehrten ihn wie ihren Gott, noch in den 60er Jahren haben sich manche der Ueberlebenden mit der Helenamedaille geschmückt. Und dass jetzt nur in Süddeutschland eine republikanische Volkspartei besteht, ist lediglich auf diese Ursache zurückzuführen. Der norddeutsche Liberalismus war von jeher monarchisch bis auf die Knochen. Preussen ist durch seine grossen Könige gross geworden, das Volk schien gleichsam mit seinen Fürsten verwachsen. Hier hatten die Lieder der Arndt, Körner,

Rückert gezündet, hier hatte die romantische Dichterschule mit ihren ergreifenden Dichtungen von des alten deutschen Reiches Herrlichkeit Anklang gefunden, hier sang man sehnsuchtsvoll vom alten Barbarossa, dem Kaiser Friedrich, hier wirkte begeisternd die Kaiseridee, hier dachte man sich an die Spitze des neuen Deutschland einen Kaiser, wie Karl den Grossen oder den Sachsen Otto oder den Rotbart.

Die ersten Regungen der Unzufriedenheit über die innere Lage zeigten sich unter der Studentenschaft. Viele Jünglinge, die als Freiwillige zu den Fahnen geeilt waren und sich selbst das eiserne Kreuz errungen hatten, kehrten nach dem Friedensschluss wieder zur Universität zurück. Nach den ernsten Erlebnissen auf den Schlachtfeldern widerte sie das öde, nichtige, vielfach rohe Leben und Treiben der Landsmannschaften an, sie beschlossen, das Leben der Studenten auf einen höhern, idealen Standpunkt zu heben, ihr Interesse der Pflege der Vaterlandsliebe, der persönlichen und wissenschaftlichen Tüchtigkeit zuzuwenden. So entstand die deutsche Burschenschaft, welche am 12. Juni 1815 ins Leben trat. Sie nahm als Abzeichen das schwarz-rot-goldene Band an, welches die Uniformfarbe des Lützow'schen Freikorps gewesen war. Diese Bewegung griff auf den Universitäten rasch um sich, begreiflicherweise am meisten im Norden Deutschlands. Als man im Jahre 1817 das dreihundertjährige Jubiläum der Reformation beging, feierten die Burschenschafter verschiedener Universitäten am 17. und 18. Oktober als am Jahrestage der Leipziger Schlacht auf der Wartburg ein Verbrüderungsfest. Man überreichte ihnen eine Bundesfahne in den neuen deutschen Farben und ein Bundesschwert, schwärmerische Reden wurden gehalten, aber die Feier nahm einen würdigen Verlauf, bis am letzten Tage auf den Vorschlag Massmanns ein Feuer angezündet wurde, in welches man die Schriften von Kotzebue, Kamptz, einen Ulanenschnürleib, einen hessischen Zopf und einen österreichischen Korporalstock hineinwarf. Diese kindische Nachäffung der grossen That Luthers erregte in ganz Europa ausserordentliches Aufsehen. Die Schwarzseher erblickten geheime Verschwörungen gegen die Staatsordnung, die Denunzianten, wie Schmalz, erhielten ausgiebigen Stoff für ihre ehrenwerte Thätigkeit. Von Wien, von Berlin, von Russland und Frankreich ergingen Warnungen, Mahnungen und Wünsche an den Grossherzog von Weimar, solches verruchte Treiben in seinem Lande nicht zu dulden. Dieser aber, der in der schrecklichen That nur jugendlichen Uebermut erblickte, gab den Anregungen keine Folge, und so blieb die Sache auf sich beruhen. Als die jungen Leute aber gewahrten, welche Wichtigkeit man in der Welt ihrem Thun und Treiben beilegte, begannen sie selber von sich grösser zu

denken und hielten sich allmählich für die richtigen Personen, um eine Umgestaltung Deutschlands, ja Europas vorzunehmen. Im Jahre 1818 bestanden schon an 17 deutschen Universitäten Burschenschaften, welche sich am 18. Oktober dieses Jahres zu einem allgemeinen Verband, der „Allgemeinheit“ zusammenschlossen. Manche unreife Ideen, manche tolle Pläne wurden in diesen Kreisen ausgeheckt, unglücklicherweise kamen auch einige zur Ausführung. Am radikalsten war die Burschenschaft in Giessen, die unter dem Einflusse des Privatdozenten Follen stand, eines Jakobiners vom reinsten Wasser. Dieser siedelte 1818 nach Jena über, wo er ebenfalls in verderblicher Weise auf die Burschenschaft einzuwirken begann. Zu seinen ergebenen Anhängern gehörte bald der Student Karl Sand aus Wunsiedel, ein ehrlicher Mensch, aber beschränkter Kopf und zäher Fanatiker. In den Kreisen der Jenenser Burschenschaft hatte man einen grimmigen Hass gegen den Schriftsteller Kotzebue gefasst, der sich im benachbarten Weimar aufhielt und schlechte Theaterstücke schrieb. Man hielt ihn für einen russischen Spion und schwor ihm den Untergang. Als derselbe um diese Zeit nach Mannheim verzog, folgte ihm Sand nach und erdolchte ihn am 23. März 1819. Aber mit dieser einen zwecklosen Blutthat war es noch nicht genug. Bald darauf machte der Apotheker Löning, der in Giessen der Burschenschaft angehört hatte, einen Mordanfall gegen den nassauischen Präsidenten Ibell, der zum Glück nicht gelang. Die Vergeltung folgte auf dem Fusse, eine schwere Zeit brach an für die deutschen Universitäten, an denen zu jener Zeit fast allein politisches Leben herrschte, die man in Wien für die Pflanzstätten aller revolutionären Ideen hielt.

Dem Fürsten Metternich war es allmählich gelungen, die europäische Diplomatie — England ausgenommen — von der Richtigkeit seiner politischen Anschauung zu überzeugen. Kaiser Alexander von Russland, eine glänzende Erscheinung, aber eitel und überspannt, der in seinen alten Tagen unter den Einfluss der schwärmerischen Frau von Krüdener geriet, machte schon im Jahre 1815 den Vorschlag, eine hl. Allianz zu gründen, einen Bund der christlichen Potentaten zu dem Zwecke, in ihren Ländern die Grundsätze des Christentums zur Geltung zu bringen. Die Idee war an und für sich harmlos und gut gemeint, Metternich bemächtigte sich aber derselben zu seinen Zwecken und machte aus dieser Allianz eine europäische Versicherungsgesellschaft zur Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen. Nach der Blutthat Sand's trat im August der Karlsbader Kongress zusammen und beschloss, die revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen mit der Wurzel auszurotten. Man einigte sich dahin, die Burschenschaft zu unterdrücken, für Druckschriften

unter 20 Bogen die Zensur einzuführen, die Universitäten unter Kuratel eines Regierungsbevollmächtigten zu stellen. Die Turnplätze hatte man schon vorher geschlossen und Jahn in Untersuchungshaft genommen, in welcher derselbe sechs lange Jahre verbringen musste. Der Bundestag genehmigte diese Beschlüsse am 20. September 1819 und alsbald begann die Zentraluntersuchungskommission in Mainz ihre unheilvolle Thätigkeit. Der Denunziation war Thür und Thor geöffnet, sie wagte sich mit ihrem Gift und Geifer an die besten deutschen Männer; elende Verdächtigungen richteten sich gegen Arndt, den Freiherrn vom Stein, Gneisenau, Blücher, York, Schleiermacher, Fichte, ja gegen den aktiven Minister Eichhorn. Schon im Juli hatte man die Papiere von Arndt und der Gebrüder Welker beschlagnahmt. Man stellte diese Männer vor ein Ausnahmegericht, der Prozess nahm einen für die Behörde schmachvollen Ausgang. Aber Arndt durfte von nun an keine Vorlesungen mehr halten, und die blindwütende Borniertheit brachte es fertig, einen Mann wie Görres, eine publizistische Kraft ersten Ranges, aus Preussen zu verjagen und in die Arme des partikularistischen Ultramontanismus zu treiben.



Friedrich Ludwig Jahn.



Ernst Moritz Arndt.

117 Personen wurden von der Mainzer Inquisition wirklich in Anklagezustand versetzt und 72 verurteilt, meist junge Leute, die der Burschenschaft angehört hatten, wie Karl Hase, der später berühmte Kirchengeschichtslehrer, der Dichter Hauff, Dr. Eisenmann, Anselm Feuerbach und andere. Die eigentlichen Brandstifter, z. B. die Gebrüder Follen waren, wie dies gewöhnlich bei solchen Anlässen zu gehen pflegt, rechtzeitig nach Amerika entwichen. Eine Bundesexekutionsordnung aber bestimmte, dass von nun an der Bund nicht blos gegen Ruhestörungen in jedem Einzelstaat mit Waffengewalt einschreiten könne, sondern auch gegen

jede Bundesregierung, die sich bei Ausführung von Bundesbeschlüssen säumig oder widerspenstig zeige, ein Beweis, wie wenig genau man es, wenn es galt, mit der Souveränetät der Einzelstaaten nahm.

Aeusserlich schien die politische Bewegung an den Universitäten erloschen; hie und da tönte das berühmte Sterbelied der Burschenschaft:

Das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiss, was er gewollt.

Das Haus mag zerfallen,
Was hat's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen,
Und uns're Hilf' ist Gott.

Aber das Feuer glimmte unter der Asche fort, es brach auch, wie wir sehen werden, hie und da noch einmal heraus; die eigentliche Bedeutung der Burschenschaft war aber, dass von ihr eine Menge tüchtiger Männer in alle deutschen Lande gingen, deren Herz warm für ein grosses, einiges Deutschland schlug, die in ihren Kreisen nach Kräften deutsche Gesinnung verbreiteten. Eine grosse Zahl der Persönlichkeiten, die im Jahre 1848 in der Paulskirche zusammentraten, Heinrich v. Gagern selber, haben der Burschenschaft angehört.

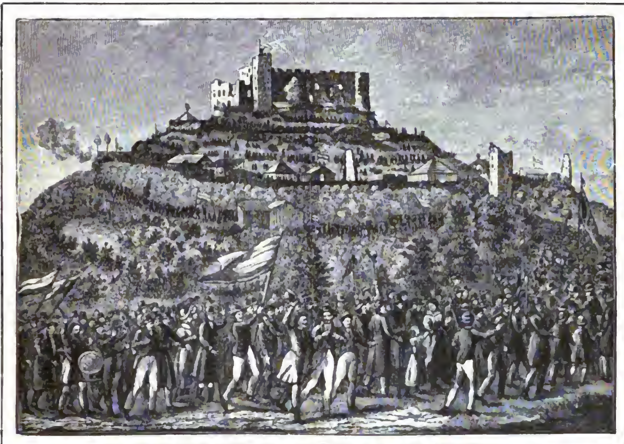
* * *

Dass und warum Deutschland die versprochene Verfassung nicht erhielt, haben wir gehört, dagegen wurden solche in den meisten Einzelstaaten bald eingeführt. Voran ging im Jahre 1816 Weimar, es folgten 1818 Bayern und Baden, 1819 Württemberg, 1820 Hannover, Braunschweig und Hessen-Darmstadt, 1821 Coburg, 1824 Meiningen u. s. w. Bald waren nur noch Preussen, Sachsen, Kurhessen und selbstverständlich Oesterreich rückständig. Den Preussen waren durch eine Kabinettsordre vom 22. Mai 1815 Reichsstände versprochen worden, aber die Ausführung zögerte sich immer weiter hinaus. Friedrich Wilhelm III. war ein wackerer, ehrenhafter, für sein Volk besorgter und von demselben geliebter Fürst, aber nüchtern, bedenklich, zögernd bei allen entscheidenden Schritten, von Scheu gegen grosse energische Männer und energische Thaten erfüllt. Und Hardenberg war, ungleich dem mächtigen, unbeugsamen Freiherrn vom Stein, ein zwar wohlwollender und einsichtiger, aber auf seine Stellung versessener und biegsamer Mann, der sich zuletzt ganz unter Metternich beugte. Die versprochene Verfassung fand lebhaften Widerspruch bei dem Adel und der Beamtenschaft und bald wusste Metternich, der ja ein Menschenkenner war, den preussischen König so zu bearbeiten,

dass derselbe von seinem Vorhaben als einem bedenklichen und gefährlichen Abstand nahm und sich mit der Einführung von Provinzialständen genügen liess, die 1823 ins Leben traten. In diesen einzelnen Ständekammern herrschte von 1820—30 kein sonderliches politisches Leben, das auch von den Regierungen ängstlich niedergehalten wurde, aber man arbeitete, was anerkannt werden muss, eifrig daran, durch geeignete Massregeln den nationalen Wohlstand und die Bildung des Volkes zu fördern. Für solche Reformen hatte die breite Masse des Volkes auch Sinn und Verständnis, während sie sich gegen die politischen Ideen und Pläne des Liberalismus lange Zeit völlig gleichgültig verhielt.

Die revolutionären Zuckungen in den zwanziger Jahren wurden von der heiligen Allianz mit Leichtigkeit unterdrückt, ein Zug Oesterreichs nach Unteritalien und ein solcher Frankreichs nach Spanien stellte dort rasch die alten Zustände wieder her. Dass es mit dem Aufstand Griechenlands nicht ebenso geschah, daran war Metternich sicherlich nicht schuld, der das Vorgehen Englands, Frankreichs und Russlands gegen die Türkei mit grösstem Missvergnügen betrachtete. Nun aber brach im Jahre 1830 unerwartet der morsche Bourbonenthron in Frankreich infolge der Julirevolution zusammen. Nun ward es mit einem Schlage auch in Deutschland lebendig; namentlich in den ehemaligen Rheinbundstaaten, die in ihrem politischen Denken noch mit Frankreich zusammenhingen, wie ich früher gezeigt habe, hob der Liberalismus kühn sein Haupt. Genau so, wie in Frankreich, das seine Einheit nicht erst zu erstreben brauchte, lief die deutsche Bewegung nur auf Herstellung liberaler Zustände in den Einzelstaaten hinaus, Kurhessen erhielt im Januar, Sachsen im September eine Verfassung, in Braunschweig, wo geradezu unerträgliche Zustände herrschten, wurde der wahnsinnige Herzog Karl verjagt; in Hannover 1833 eine neue, liberalere Verfassung eingeführt, in Baden wagte man es sogar, die Pressfreiheit zu gestatten. Es entstand in Süddeutschland eine Menge von kleinen liberalen Blättern, die allmählich einen zahlreichen Leserkreis in der Bourgeoisie fanden. Den meisten Einfluss übte hier das schon ältere Frankfurter Blatt, das Journal, aus, das sich ganz wie ein verdeutschter Abklatsch eines liberalen Pariser Bourgeoisblattes las. Die Reden, die in der französischen Kammer gehalten wurden, fanden in den liberalen Kreisen Süddeutschlands die grösste Beachtung und die Kammergrössen Frankreichs waren auch bei uns gefeierte Männer. Die Volksfeste in Süddeutschland bekamen um diese Zeit einen politischen Beigeschmack und als pfälzische Liberale auf den 27. Mai 1832 zu einem „Deutschen Nationalfeste“ auf das Hambacher Schloss einluden,

strömte hier aus allen Himmelsgegenden eine grosse Menschenmasse zusammen. Die Regierung hatte das Fest anfänglich verboten, aber auf die energischen Proteste pfälzischer Honoratioren und des Neustadter Stadtrates, die solches Vorgehen als ungesetzlich bezeichneten, das Verbot wieder zurückgezogen. Ein ungeheurer Zug bewegte sich am genannten Tage nach der Schlossruine, die etwa dreiviertel Stunden von Neustadt weg liegt, man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 30 000. Die Gesellschaft war eine sehr gemischte, Gäste aus allen Teilen Deutschlands, Franzosen, Elsässer, die unvermeid-



Zug auf das Hambacher Schloss am 27. Mai 1832.

lichen Polen, die eben wieder einen missglückten Aufstand gemacht hatten, die Häupter des pfälzischen Liberalismus, Wirth und Siebenpfeiffer, beide Juristen und Redakteure liberaler Blätter, sowie Anwalt Schüler aus Zweibrücken waren anwesend, ebenso Börne, der viel gefeiert wurde, trotzdem er das deutsche Volk eine Nation von Hausknechten genannt hatte. Die Hauptredner des Tages waren Siebenpfeiffer und Wirth, welch letzterer einen starken, von den anwesenden Elsässern übel vermerkten Ausfall gegen die französische Eroberungspolitik machte, aber schliesslich ein Hoch ausbrachte auf die „Vereinigten Freistaaten Deutschlands und das konföderierte

republikanische Europa". Für solche Dinge war damals gerade so viel Aussicht, als wie für die Wiederherstellung des Paradieses und die Abschaffung der Krankheiten und des Sterbens unter der Menschheit. Dass man derartige Reden halten konnte und dass sie ungeheuren Beifall fanden, zeugt von der politischen Unreife des damaligen deutschen Liberalismus. Einen politischen Kopf nenne ich den, der greifbare Ziele vor Augen hat und die Mittel anzugeben weiss, mit denen man diese Ziele erreicht. Welcher Opfermut in der Versammlung herrschte, beweist der Umstand, dass, als einige Steine an der Ruine abbröckelten und in der Ferne Trommelschlag vernehmbar wurde, der von einer spät kommenden Festschaar herrührte, alles von panischem Schrecken ergriffen davonlief, weil man heranziehendes Militär vermutete. Unter den verschiedenen Fahnen, die im Zuge mitgeführt wurden, wehte auch eine schwarze mit der Inschrift: Die Weinbauern müssen trauern! Warum gerade die Weinbauern trauern mussten, war durchaus nicht ersichtlich und sie haben auch an diesem Tage durchaus nicht getrauert. Das Weinschmieren war ja auch damals noch nicht erfunden und wenn einige schlechte Weinjahre vorausgingen, so trug hieran die bayerische Regierung sicherlich keine Schuld. Trotz der Harmlosigkeit des Festes erregte dasselbe doch bei den Regierungen grossen Schrecken. Der Bundestag begann wieder energisch zu werden, die Pressfreiheit wurde unterdrückt. Die sechs Ausnahmebeschlüsse vom Juni 1832 bedrohten jede freie Regung in den Kammern, ja sogar die Veröffentlichung der in denselben gehaltenen, gegen die bestehenden Zustände gerichteten Reden mit bewaffnetem Einschreiten des Bundes. Die bayrische Regierung stellte die Redner Wirth und Siebenpfeiffer vor Gericht mit dem Erfolge, dass dieselben freigesprochen wurden.


Joh. Georg Wirth.

Auch die Burschenschaft, die sich wieder aufgethan hatte, begann sich neuerdings bemerkbar zu machen. Man beschloss diesmal durch Sprengung des Bundestages eine neue Zeit in Deutschland herbeizuführen. Ein unsinnigeres Unternehmen ist wohl selten geplant worden. Einige alte Burschenschafter in Frankfurt bereiteten dasselbe vor. Man wusste, dass im Bundes-Palais 400000 Gulden Mainzer Festungs-Gelder lagen, welche als geeignetes Mittel zur

Ausführung des Planes erschienen. Man hoffte auf Teilnahme der Frankfurter Bevölkerung, man rechnete auf Zuzug von Bauern aus der Umgegend, von Polen, von Franzosen, von einem Württembergischen Regiment in Ludwigsburg, und so schlug man am 3. April 1833 los, nachdem etwa vierzig gut bewaffnete Burschenschafter aus Heidelberg, Giessen, Erlangen und Jena eingetroffen waren. Es gelang zwar unter Führung des Hannoveraners Rauschenplat, die Hauptwache zu überraschen, aber die Frankfurter Bevölkerung blieb teilnahmslos, die erwartete Hilfe kam nicht, dagegen kam rasch das in Frankfurt liegende Bataillon Infanterie, und von Mainz waren schon Truppen unterwegs, weil der Anschlag vorher von Würzburg aus verraten worden war. Derselbe misslang vollständig, einige Tote und Verwundete waren auf beiden Seiten zu beklagen. Den Hauptattentätern gelang es, selbst hernach noch aus dem Gefängnis, zu entkommen. Die Folgen waren überaus traurige. Durch die „Geheimen Wiener Konferenzen“ wurden die Burschenschaften wieder unterdrückt, der auf den Universitäten und Ständekammern lastende Druck noch verschärft. Eine neue Untersuchungskommission der „Bundeszentralbehörde“ eröffnete ihre Wirksamkeit und füllte von neuem die Gefängnisse Deutschlands mit Märtyrern aller Art, Studenten, deren einziges Verbrechen oft darin bestand, dass sie das Burschenschaftsband getragen hatten, und dass bei ihnen ein Stammbuchblatt mit dem Namen eines der Führer des Aufstandes gefunden wurde. Zu den Opfern jener Tage zählte Fritz Reuter, Laube, Jordan, Dr. Eisenmann, Bürgermeister Behr von Würzburg, aus der Pfalz unter anderen Moré und Fleischmann (später Dekan in Landau), welch letzterer fünf Jahre in Untersuchungshaft schmachtete und endlich ohne Urteil gegen Stellung einer Kaution von 20000 Gulden freigelassen wurde. In Süddeutschland hörte man damals oft das Lied:

In dem Kerker waren
Zu Frankfurt an dem Main
Noch vor wenig Jahren
Viel Studenten drein,
Weil gekämpft die Braven
Für der Menschheit Glück
Gegen niedre Sklaven
Für die Republik.

Wir wenden unsere Augen von diesen traurigen Zuständen weg zu den Leistungen der deutschen Regierungen, namentlich aber Preussens, auf wirtschaftlichem Gebiete, welche als erfreuliche bezeichnet werden müssen. Das grösste Ereignis in dieser Hinsicht

war die Begründung des Zollvereins. Die ökonomische Lage Deutschlands nach Schluss der Befreiungskriege liess alles zu wünschen übrig. Nach aussen hin standen alle Grenzen offen, im Innern versperrten hundert Zollschranken jeden Verkehr. Lange konnte dieser Zustand nicht fortdauern, zumal England damals infolge Ueberproduktion unser Land mit Waren aller Art überschwemmte. Der geniale Nationalökonom Friedrich List erkannte alsbald, wo der Grund des Uebels lag, er forderte Schutzzoll gegen Aussen und Zolleinigung im Innern. Er und Nebenius werden gewöhnlich als die Begründer des Zollvereins betrachtet. Nach neueren Forschungen ist dies falsch. Beide wiesen wohl theoretisch überzeugend nach, wo es fehlte und was allein helfen konnte, aber wenn man sie fragte, auf welchem Wege denn nun die Zollschranken im Lande, die doch mit dem Partikularismus, mit der Souveränetät der Einzelstaaten im Zusammenhang standen, beseitigt werden sollten, da wussten sie keine Antwort, ja selbst der erfindungsreiche Gentz, der für Alles ein Mittel angeben konnte, gestand, hier stehe er so ratlos da, als ob er den Mond in eine Sonne verwandeln solle. Der Zollverein war ein Kind der Not, aber dass er mit unbeugsamer Zähigkeit nach langer Anstrengung endlich durchgeführt wurde, ist das grosse Verdienst der preussischen Regierung, insbesondere des Ministers v. Motz. Da durch freiwillige Vereinbarung gar nichts zu machen war, erschien es als der einzige praktische Weg, dass die grösste deutsche Macht in ihrer eigenen Mitte einmal alle Zollschranken beseitigte und sich nach Aussen durch Zollschranken fest abschloss. Dies geschah von Seiten Preussens im Jahre 1818 und die wohlthuenden Folgen für das Land liessen sich bald verspüren. Preussen erwartete trotz aller Schimpferei von Seiten der Mittel- und Kleinstaaten und namentlich der süddeutschen Liberalen, dass die Not bald einen Gegner nach dem andern zum Anschluss bewegen werde, und es zeigte sich, dass es richtig gerechnet hatte. Zuerst machten sich jene kleinen Staaten bei, die ganz von preussischem Gebiete umgeben waren und verlangten Zollanschluss, den man ihnen gewährte. Endlich im Jahre 1828 kam das Grossherzogtum Hessen und wünschte zu Preussen in ein Vertragsverhältnis zu gelangen, worauf dann zwischen beiden Staaten als Gleichberechtigten eine



Friedrich List.

„Zollvereinigung“ abgeschlossen wurde. Einige Wochen vorher hatte sich ebenso zwischen Bayern und Württemberg ein Zollverein gebildet und später entstand noch ein dritter, mitteldeutscher, ein richtiger Trutzzollverein, der von Sachsen ausging. Es war ein genialer Griff, dass Minister v. Motz nun über die Mitteldeutschen weg den Süddeutschen die Hand zur Vereinigung bot, die auch bald angenommen wurde. Nun war der sächsische Trutzzollverein matt gesetzt; ein Glied nach dem andern bröckelte ab und am 1. Januar 1834 fielen endlich die Zollschranken in dem allergrössten Teile Deutschlands zum Jubel aller Patrioten. Dieses Ereignis trug zur raschen Hebung des Wohlstandes in Deutschland bei, es hat auch die politische Einigung Deutschlands mehr gefördert, als alles, was durch Bankettieren und Schwätzen zu diesem Zweck geleistet wurde. Mit welchen Augen Oesterreich diesen Vorgang ansah, den es nicht verhindern konnte und bei dem es zum erstenmale von Deutschland ausgeschlossen wurde, lässt sich begreifen.

Auch der allmähliche Ausbau des Eisenbahnnetzes, den wieder List in mächtiger Weise förderte, führte die deutschen Gebiete näher und enger zusammen. Hat der Partikularismus auch manchmal dem Netze die wunderlichste Gestalt gegeben, die eisernen Schienen waren doch auch eiserne Klammern, welche das zerrissene Deutschland immer enger und fester umspannten. Auch auf anderen Gebieten leistete speziell Preussen anerkennenswertes, gleichsam als ob es instinktmässig die nötigen Kräfte sammeln wollte, um zur richtigen Zeit die ihm zugewiesene grosse Aufgabe erfüllen zu können. Das Postwesen wurde in Ordnung gebracht, das Steuerwesen geregelt, eine brauchbare Gemeindeordnung eingeführt und zur Stärkung seiner Heeresmacht that der verhältnismässig kleine und arme Staat, was nur irgend in seinen Kräften stand. —

In zwei deutschen Ländern fand kurz nacheinander ein bedeutsamer Thronwechsel statt. Nach dem Tode des englischen Königs Wilhelm bestieg Königin Viktoria 1837 den Thron Englands. Da aber nach dem Erbrechte Hannovers eine Frau hier nicht regieren darf, wurde der Herzog Ernst August von Cumberland, der die welfische Starrköpfigkeit mit der Stuart'schen vereinigte, hannöverischer König. Alsbald liess er verkündigen, dass er die Verfassung von 1833 nicht anerkenne und dass deshalb jene von 1819 wieder in Geltung trete, welche die reichen Domänen dem König zusprach. Alle Abmachungen halfen nichts, da erliessen 7 Göttinger Professoren (Dahlmann, Albrecht, die beiden Grimm, Weber, Ewald, Gervinus) einen mannhaften Protest, worin sie erklärten, dass sie sich an den Eid gebunden fühlten, den sie auf die Verfassung geleistet hätten.

In hellem Zorn setzte Ernst August die Sieben ab und verwies drei davon des Landes, worauf die vier anderen freiwillig folgten. Den Schaden hatte die Universität Göttingen, die so ihre besten Lehrer verlor; die berühmten „Göttinger Sieben“ wurden in ganz Deutschland hochgefeiert und mit offenen Armen an anderen Universitäten aufgenommen. — In Preussen folgte 1840 dem biedern, schlichten, im Lande vielbedauerten König Friedrich III. sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. Man setzte auf ihn grosse Hoffnungen, die sich hernach



W. Grimm. J. Grimm.
W. Weber. G. Gervinus. E. Albrecht.
F. C. Dahlmann. H. Ewald.

Die Göttinger Sieben.

nicht erfüllten. Er war ein hochbegabter, feingebildeter Fürst, phantasiereich und der Rede mächtig, aber ohne klaren, politischen Blick, ohne festen Willen, unberechenbar in seinen Entschlüssen. Eine Verfassung, die den Herrscher in gewissem Sinne argwöhnisch kontrollierte, stiess ihn ab, sein Ideal war ein gemütliches, erleuchtetes, persönliches Regiment, dem das Volk das herzlichste Vertrauen entgegenbringt. Den Fürsten Metternich hielt er für einen grossen Staatsmann und Oesterreich schien ihm ein unveräusserliches historisches Anrecht auf die Führung Deutschlands zu besitzen. Im Anfange ging auch alles gut, die ersten Schritte des Königs wurden

mit Jubel begrüsst. Er begnadigte die Demagogen, setzte Arndt wieder in Amt und Würde ein, und bewies sich versöhnlich gegen die katholische Kirche, der sein Vater in den letzten Jahren im Interesse des konfessionellen Friedens energisch entgegengetreten war. In Frankreich hatte sich Louis Philipp das liberale Ministerium Thiers genommen, das auf einmal sehnsüchtige Anwandlungen nach dem linken Rheinufer bekam. Aber der französische Lobredner des Napoleonismus hatte sich inbezug auf den deutschen Volksgeist stark verrechnet. Durch ganz Deutschland tönte ein Ruf der Entrüstung, das bekannte Rheinlied Beckers wurde allenthalben mit Begeisterung gesungen. Preussen begann zu rüsten, da wich der Bürgerkönig, der sah, dass sich hier kein leichtes Geschäft machen liess, und dass es mit der französischen Armee auf dem Papier besser bestellt war, als in der Wirklichkeit, mutig zurück und nahm anstelle des Thiers den konservativen Guizot, um in Ruhe weiter spekulieren zu können. Ein Hauch patriotischen Gefühls ging seit jenen Tagen über die erstarrten Felder Deutschlands, der im Laufe des Jahrzehnts zu einem fühlbaren Wehen und am Ende desselben zu einem kräftigen Sturmwinde erstarkte. Die gemeinsamen deutschen Unternehmungen mehrten sich. Der Ausbau des Kölner Domes gestaltete sich zu einem nationalen Gesamtwerk; überall erhoben sich Stimmen, welche nach Münzeinheit, nach einem deutschen Patentgesetz, nach einem gemeinsamen Handelsrecht verlangten, ein deutscher Handelsverein, dann ein deutscher Industrieverein trat 1843 ins Leben, die deutschen Aerzte, Naturforscher, Philologen und Juristen schlossen sich zusammen und hielten ihre Wanderversammlungen bald im Norden, bald im Süden des gemeinsamen Vaterlandes. In der Dichterbrust beginnt sich zuerst der Frühling zu regen, und so stimmten Freiligrath, Hoffmann von Fallersleben und Herwegh patriotische Klänge an, die in vielen Herzen lebhaftes Echo fanden. Auch auf religiösem Gebiete wurde es lebendig. Als im Jahre 1844 der Trierer Bischof Arnoldi sich wieder mit dem hl. Rocke hervorwagte, erhob der Priester Johannes Ronge laut seine Stimme, um die Katholiken Deutschlands zur Abkehr von Rom und zur Gründung einer deutsch-



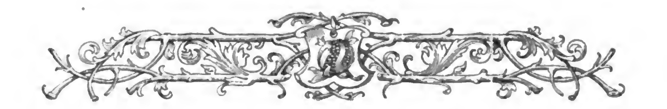
König Friedrich Wilhelm IV. von Preussen.

katholischen Kirche zu bewegen. Das Unternehmen erregte anfangs lebhaftes Aufsehen und fand in weiten Kreisen Beifall, bis sich herausstellte, dass jenem Ronge zu einem Reformator nicht weniger als Alles fehlte und dass sich mit blosser Negation eine bleibende Religionsgesellschaft nicht gründen lässt.

Nach mancherlei Schwankungen fühlte sich endlich Friedrich Wilhelm IV. bewogen, am 3. Februar 1847 einen „Vereinigten Landtag“ für Preussen einzusetzen, der durch Zusammentritt der Provinziallandtage gebildet werden und dem Könige als „Beirat“ dienen sollte. Diese Versammlung kam am 10. April zusammen, aber bald stellte sich heraus, dass eine derartige rechtlose Korporation, die zudem nur alle vier Jahre tagen sollte, dem Bedürfnisse des Staates nicht genügte und dass der König am besten thun würde, um der steigenden Gefahr vorzubeugen, freiwillig dem Volke eine Verfassung zu geben, die ihm ja schon lange versprochen war.

Alle Anzeichen deuteten im Jahre 1847 auf einen kommenden Sturm hin. In der Schweiz hatte der Liberalismus den Sonderbund, welchen Metternich begünstigte, niedergeschlagen. In Italien gärte es gewaltig; die Patrioten scharten sich um den Piemontesen-König Karl Albert und der neue Papst Pius IX. schien sich den liberalen und patriotischen Ideen zuzuwenden. In dem liberalen Baden fanden Volksversammlungen statt, in denen mehr oder minder energisch eine Umgestaltung der Bundesverfassung verlangt wurde. Unter solchen Umständen brach das Jahr 1848 an, welches Europa in seinen Grundfesten erschütterte und das Herrschaftssystem Metternichs völlig über Haufen warf.





II. Das Jahr 1848.

a. Die Ereignisse in Deutschland und Oesterreich.

Im Jahre 1848 war in Europa viel Zündstoff angehäuft, es bedurfte nur eines Funkens, um eine allgemeine Explosion herbeizuführen. Namentlich gilt dies von Mitteleuropa; Russland, England und Spanien kamen weniger inbetracht. Der erstgenannte Staat hatte vorsichtiger Weise in Polen eine solche Truppenmacht zusammengehäuft, dass eine Revolution unmöglich war, obgleich sowohl in dem benachbarten Posen wie in Krakau Aufstände stattfanden. England unterdrückte ohne Mühe einen Aufruhr unter Smith O. Brien in Irland, das vorher durch eine furchtbare Hungersnot heimgesucht worden war. In Spanien regten sich die Carlisten unter Cabrera und die Radikalen, allein es gelang dem kräftigen Narvaez, die Ruhe in dem durch lange Bürgerkriege erschöpften Lande bald wieder herzustellen. In Frankreich, Italien, Oesterreich und Deutschland fühlte sich das Volk sehr unbehaglich, man sehnte sich nach neuen Verhältnissen, die Lage war vielfach geradezu unerträglich geworden. Italien, welches Metternich in seiner bekannten Manier für einen „geographischen Begriff“ erklärt hatte, schmachtete unter dem Drucke fremder Potentaten, der Habsburger und Bourbonen. Namentlich letztere haben an dem Königreich beider Sizilien schwer sich versündigt. Es geschah nichts für Verkehr, Handel und Wandel, noch weniger für Bildung, das Volk verkümmerte in Unwissenheit und Armut. Es gab nur eine Dynastie im Lande, die savoyische, welche

im Nordwesten einen kleinen aber gesunden und kräftigen Volksstamm beherrschte. Dort erstarkte allmählich der nationale Gedanke, tüchtige Politiker, Schriftsteller, Philosophen und begeisterte Dichter fanden sich in Piemont zusammen, um durch Rat und That die Begeisterung für ein grosses, freies, einiges Italien im ganzen Lande zu wecken. Geheimbünde erstreckten sich über alle Landesteile, welche die bestehende Ordnung untergruben und namentlich die Jugend auf die Revolution vorbereiteten. Da König Karl Albert sich dieser nationalen Bewegung günstig zeigte, erblickte das Volk in ihm seinen natürlichen Führer und das Haupt des geeinten Landes, wodurch die ganze Bewegung in monarchische Bahnen geleitet wurde. Scharfblickende Politiker erkannten sofort, dass durch republikanische Schilderhebungen Italien in eine Reihe von kleinen Freistaaten zerfallen würde, und dass eine wirkliche nationale Einigung nur durch ein italienisches Königreich herbeigeführt werden könnte. Auch die republikanisch Gesinnten sahen ein, dass man mit Freischaren allein Oesterreich nicht zu bekämpfen im stande sei, dass sich vielmehr die gesamte Volkskraft an ein organisiertes Heer anschliessen müsse, wie es eben Piemont besass. In Oesterreich hatte nur Ungarn eine Verfassung erhalten und von dort ging namentlich durch Kossuth der Anstoss zu frischer, politischer Thätigkeit in Deutschösterreich aus. Metternich hatte in seiner cynischen Weise die Wiener dazu angeleitet, den Ersatz für ein tüchtiges bürgerliches Wirken und Schaffen im Staate in einem einschläfernden und entnervenden sinnlichen Wohlleben zu suchen, was dann als die bekannte Wiener „Gemütlichkeit“ gepriesen wurde. An der Spitze des Staates stand Kaiser Ferdinand, ein gutmütiger aber geistesschwacher Mann, dem die Forderungen des modernen Staatslebens kaum begreiflich zu machen waren, der sich völlig von seinem allmächtigen Staatskanzler leiten liess. Der Deutsche begann sich allmählich dieses unmoralischen Regierungssystems zu schämen, welches die furchtbaren revolutionären Zuckungen hervorrief, denen der Staat beinahe zum Opfer gefallen wäre. Deutschland war auch im Jahre 1848 noch ein Ackerbaustaat, der im ganzen nicht einmal als wohlhabend bezeichnet werden konnte. Hie und da begann sich die Fabrikthätigkeit zu entwickeln, so namentlich in den Rheinlanden, Berlin und Sachsen. Allein von einem übermächtigen Kapitalismus einerseits und einem organisierten starken Proletariate, wie in England und Paris, war nichts zu bemerken, von einem Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von einem Klassenhass zwischen Arm und Reich konnte keine Rede sein. Die soziale Frage, an deren Lösung man in England und Frankreich schon lange arbeitete, existierte in Deutschland noch

nicht, die meisten, welche bei Zuteilung der irdischen Güter zu kurz gekommen zu sein glaubten, sprachen vom „Teilen“; sie stellten sich die richtige Regelung der Besitzverhältnisse so vor, dass eine neue, gerechtere Verteilung des Vermögens unter die Einzelnen vorgenommen werden müsse. Nur in den Rheinlanden, wo Marx und Engels litterarisch thätig waren, verspürte man etwas von sozialistischer Wühlerei, die beiden hatten 1847 ihren bekannten Aufruf an die Proletarier aller Länder erlassen, welcher die Gründung der „Internationale“ und die Organisation einer Arbeiterpartei mit kommunistischen Tendenzen nach sich zog. Das Hungerjahr 1847 hat in Deutschland viele Not und Unzufriedenheit hervorgebracht, allein den Regierungen konnte man höchstens zur Last legen, dass sie nicht weitsichtig genug in ihren Massregeln zur Abwendung des drohenden Notstandes verfahren waren. Auch an dem Weberelend in Schlesien trug der Staat keine direkte Schuld; es wurde durch die wachsende Industrie Deutschlands und den Import Englands verursacht, welche die Hausindustrie vernichteten. Auch hier konnte man der Regierung höchstens vorwerfen, dass sie nicht rechtzeitig für Eröffnung einer anderen Erwerbsquelle bedacht gewesen sei. Nur in einigen Gegenden wie Sachsen, Württemberg, Baden bestanden noch drückende Feudallasten, welche sofort bei Beginn der revolutionären Bewegung abgeschafft wurden. Im ganzen kann man also wohl behaupten, die Bewegung des Jahres 1848 sei in Deutschland keine soziale, keine durch Klassengegensätze und materielle Not hervorgerufene, sondern eine rein politische gewesen, bei der es sich lediglich um Erlangung politischer Rechte, um ideale Güter gehandelt hat. Der gebildete Teil des Volkes war der langen Stagnation satt, man beklagte allgemein die politische Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands, man wünschte eine mächtige, angesehene, politisch volljährige Nation zu werden. Die politische Bildung hatte seit 1815 wesentlich zugenommen, jene Schicht des Volkes, die sich mit politischen Fragen beschäftigte, war ansehnlicher geworden. Auch der Bürgerstand las nun Zeitungen und suchte sich ein Urteil über die Vorgänge im Staatsleben zu bilden. Sogar politische Vereine hatten sich da und dort gebildet und namentlich war Baden in dieser Beziehung vorausgegangen, das einen wohlwollenden, schwachen Herrscher und eine liberale Regierung besass, und von Frankreich wie von der Schweiz her radikalen Einflüssen ausgesetzt war. Struve fing schon vor 1848 hier seine Wühlarbeit an und durch die kleine Presse wie durch zahlreiche Volksvereine wurde dem kleinen Mann das Glück der republikanischen Staatsform ans Herz gelegt. — In Frankreich hatte das Haus Orleans vollständig abgewirtschaftet. Nichts von allem dem, was

das Volk von dem Bürgerkönig Ludwig Philipp erhofft hatte, war eingetroffen. Der Franzose, der auf Aeusserlichkeiten sieht, will einen Herrscher, der durch Aussehen und Auftreten imponiert, der durch grossartige Freigebigkeit die Herzen zu gewinnen weiss. Ludwig Philipp hatte von allen diesen Eigenschaften keine einzige an sich. Er machte den Eindruck eines behäbigen Bürgersmannes, der es durch pfiffige Spekulationen und schäbige Haushaltung zu etwas gebracht hat. Die Habgier des Hauses Orleans machte sich immer breiter, die Pläne des Königs, die meistens auf Vergrösserung der Hausmacht hinausliefen, wie z. B. die spanischen Heiraten, erregten Verwunderung und Verachtung, die herrschende Klasse suchte sich in schamloser Weise auf jede Art zu bereichern, Skandale aller Art gaben lautes Zeugnis von moralischer Korruption in den Kreisen der Volksvertreter und der höheren Burgeoisie. Dazu kam, dass einerseits das gewaltig angewachsene Proletariat im Hinblick auf diese Zustände in sozialistischem Sinne bearbeitet und verhetzt wurde, andererseits gerade durch Thiers der Bonapartismus mit seinen glänzenden Erinnerungen entschwundener Macht und Herrlichkeit wieder aufgelebt war. Als nun Minister Guizot, ein eigensinniger Doktrinär, die anschwellende Bewegung, welche mit Veranstaltung von Banketten in die Oeffentlichkeit trat, durch kleinliche Polizeischikane zu unterdrücken suchte, stiess er dem Fass mit einemmale den Boden aus. Am 23. Februar 1848 kam es in Paris zum Aufruhr, der Thron der Orleans sank unter der allgemeinen Verachtung hilflos zusammen. Diese Februarrevolution wirkte gleich einem Erdbeben durch ganz Europa, dort natürlich am meisten, wo die meisten Missstände herrschten, wo die Unzufriedenheit am grössten war.

Schauen wir zuerst an, welche Wirkung die Februarrevolution in Deutschland hervorbrachte. Dieselbe zeigte sich unmittelbar in Süddeutschland, das politisch von dem französischen Liberalismus genährt wurde und sogar die dortigen Reformbankette nachgeahmt hatte. Für die gewaltige Veränderung, die hier mit einem Schlage vor sich ging. gibt nichts deutlicheres Zeugnis als das Verhalten des Bundestages. Es erregte Heiterkeit und Mitleid zugleich, als sich am 1. März diese Korporation also vernehmen liess: „Einmütiges Zusammenwirken von Regierungen und Völkern thut jetzt not; ein jeder mag in seinem Kreise für Eintracht und Ordnung sorgen. Deutschland wird und muss auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt. Dahin führt aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschrittes und der einheitlichen Entwickelung. Der Bundestag vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen

Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes." Diese Einsicht kam zu spät, niemand in Deutschland achtete auf die ungewohnten Klänge, die aus dem Taxis'schen Palais zu Frankfurt lockend heraustönten. Aber auch an verwunderlichen Thaten liess es diese Behörde in ihrer Sterbensangst nicht fehlen. Am 3. März gab sie die Aufhebung der Zensur den Regierungen frei, am 8. beschloss sie die „Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemässen nationalen Grundlagen." Am 10. bat sie die Regierungen um Entsendung von Vertrauensmännern, um mit dem Bundestag vereint das Verfassungswerk vorzuberaten. Und am selben Tage wurde der goldene Reichsadler auf schwarzem Grunde für das amtliche Wappen des deutschen Bundes erklärt und die schwarz-rot-goldene Fahne stieg auf dem Bundespalast empor, um derentwillen so mancher arme Student so manches Jahr hinter Schloss und Riegel gesperrt worden war. So viel konnte man wenigstens aus diesen Massregeln sehen, dass der Bundestag bei gutem Willen viel Gutes hätte stiften können.

Unter dem Drange der grossen Ereignisse trat am 5. März in Heidelberg eine wichtige Versammluug von 51 Männern zusammen, mit einer Ausnahme lauter Süddeutsche. Die bekanntesten Namen sind die Badenser Welker, Mathy, Bassermann, Soiron, Gervinus, Itzstein, Hecker, Häusser, der Hesse G. v. Gagern, die Württemberger Römer und Fetzer, der Rheinpreusse Hansemann und der Oesterreicher Wiesner. Man beschloss einmütig auf eine baldige Berufung eines deutschen Parlamentes durch die Regierungen zu dringen, vorher aber eine grosse Versammlung deutscher Männer aus allen Gauen einzuberufen, welche bei der Schaffung einer deutschen Volksvertretung mitwirken solle. Eine Kommission von 7 Männern wurde aufgestellt, welche dieses „Vorparlament" auf den 30. März nach Frankfurt zusammenrief. Man lud hiezu alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Teilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Landen ein, nebst einer Anzahl von anderen Persönlichkeiten, welche für Vertrauensmänner des Volkes galten. Dass dies frei geschehen konnte und von den deutschen Regierungen angenommen wurde, beweist, welch ein Umschwung während weniger Tage in den deutschen Verhältnissen eingetreten war.

Wenn wir nun die deutschen Einzelstaaten der Reihe nach ins Auge fassen, um die Wirkung der Februarrevolution auf ihre innere Lage zu schildern, haben wir uns in erster Linie mit Baden zu beschäftigen, das infolge seiner Lage, sowie seiner inneren Verhältnisse und der leitenden Persönlichkeiten an der Spitze der deutschen Bewegung stand. Dasselbe hatte schon 1846 ein liberales Ministerium

und manche liberale Einrichtungen erhalten, so dass die frühere Opposition mit Ausnahme der Radikalen allmählich ins Regierungslager überging. Die hervorragenden gemässigten Liberalen, deren Name in ganz Deutschland gefeiert wurde, waren der alte Itzstein, Professor Welker, der Mannheimer Kaufmann Bassermann, dann Soiron und vor allem Mathy, eine charaktervolle, unterrichtete, energische Persönlichkeit, welche schon manches Opfer für ihre Ueberzeugung gebracht hatte. Die Führer der Radikalen, die späteren Republikaner, waren Hecker, v. Struve und Brentano, alle drei Advokaten. Am meisten wurden die Namen der Ersten genannt.



Hecker.



v. Struve.

Hecker war eine gewinnende Erscheinung, ein packender Redner, ein ehrlicher Schwärmer, aber ein schlechter Menschenkenner und Politiker, der sich in seiner Selbstüberschätzung für den berufenen Retter Deutschlands hielt. Bei seiner Gutmütigkeit, die er hinter einem burschikosen Wesen versteckte, hätte er ja eine fördernde Rolle in der Bewegung jener Zeit spielen können, wäre sein böser Dämon Gustav v. Struve nicht gewesen, ein zäher Fanatiker, der den Ehrgeiz besass, Deutschlands Robespierre zu werden, zu welchem Zwecke er den verschossenen Jakobinismus mit etwas frischem Sozialismus aufgeputzt hatte. Er redigierte ein vielgelesenes Hetzblatt „Deutscher Zuschauer“ und war gross als Demagoge, während seine geschichtlichen Kenntnisse, seine politische Befähigung und namentlich seine strategischen Anlagen auch von seinen Anhängern als minimal bezeichnet wurden. Diesem unheilvollen Manne gelang es bei der grenzenlosen Schwäche der liberalen Regierung, durch eine freche Presse und ein Netz von radikalen Vereinen das badische Volk zu gewinnen, das Land zu revolutionieren und grosses Unheil über dasselbe herbeizuführen. —

Unter dem Eindruck der Pariser Nachrichten gingen die Gemässigten und Radikalen noch einmütig vor, um eine Reihe von Forderungen an die Regierung zu stellen, wodurch eine Anzahl von missliebigen Persönlichkeiten von den leitenden Stellen entfernt und die letzten Spuren der Reaktion aus Baden beseitigt werden sollten. Man veranstaltete einen Petitionssturm durch das ganze Land und hielt am 27. Februar in Mannheim eine grosse Bürgerversammlung, in welcher eine Adresse an die Regierung beschlossen wurde, worin man vor allem Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere, unbedingte Pressfreiheit, Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands und sofortige Herstellung eines deutschen Parlamentes forderte. Diese Adresse sollte am 1. März durch 400 Mannheimer Bürger dem Präsidenten der zweiten Kammer in Karlsruhe überreicht werden. Aehnliche Adressen und Deputationen wurden in den anderen badischen Städten beschlossen. Bei diesen Versammlungen zeigten sich bereits Elemente, welche zu gewaltsamem Vorgehen, z. B. zum Sturme auf die Zeughäuser entschlossen schienen. In der Hauptstadt sammelte sich viel verdächtiges Gesindel und Karl Blind wurde am 28. Februar verhaftet, weil er mit seinem Anhange eine republikanische Erhebung und einen Angriff auf den Grossherzog beabsichtigte. Am folgenden Abend steckte man zur Rache dafür das Ministerium des Aeusseren in Brand. Am selben Tage versprach die Regierung umfassende Reformen, durch welche die Forderungen der Sturmpetition befriedigt werden sollten. Da man aber vonseiten der liberalen Führer noch die Beseitigung der missliebigen Minister Regenauer und Trefurt, sowie die Einberufung eines Parlamentes vermisste, so wurde die Abreise der Deputationen nach Karlsruhe auf 1. März beschlossen. Mit diesen langten aber auch bezahlte Kerle an, welche in Nachahmung der französischen Revolution mit in die Kammer dringen und dort die Bewilligung der Forderungen mit Gewalt erzwingen sollten. Jetzt stellten sich die gemässigten Liberalen diesem Plane Struves energisch entgegen und selbst Hecker wies seinen Freund mit barschen Worten zur Ordnung, sodass das revolutionäre Beginnen vereitelt wurde. Die Kammersitzung selbst gestaltete sich stürmisch genug, da revolutionäre Banden, ähnlich wie einst in Versailles, die Gallerien füllten, um mitzuberaten und die Gemässigten einzuschüchtern. Minister Bekk verkündigte die Wiedereinführung des Pressgesetzes von 1831, was grossen Beifall hervorrief. Allein die Radikalen, voran Brentano, stellten nun noch weitere Forderungen, auf welche die Regierung nicht vorbereitet war, so z. B. Einführung einer progressiven Einkommensteuer, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung u. dgl. Die Gemässigten suchten den Minister zu stützen,

indem sie hausordnungsmässige Behandlung der Anträge beschlossen und die sofortige Annahme derselben energisch zurückwiesen. Nun war der Bruch mit dem Radikalismus da; die tobende Volksmasse, welche ihre Absicht in der Kammer vereitelt sah, wendete sich in drohender Absicht nach dem Schlosse, wo ihr aber Militär und Bürgerwehr in solcher Haltung entgegentraten, dass die Führer es für besser hielten, für diesmal von ihren Plänen abzustehen. Am 4. März genehmigte die Regierung alle Forderungen der Petitionen, Regenauer und Trefurt, übrigens vortreffliche Ressortminister, wurden entlassen. Nun schien die Einigkeit hergestellt und eine friedliche Weiterentwicklung ermöglicht. Dies wäre aber dem Verschwörer Struve sehr leid gewesen, weshalb auf seine Veranlassung auf 19. März eine neue Volksversammlung nach Offenburg einberufen wurde. Hier führte der Radikalismus das grosse Wort. Eine Anzahl neuer Forderungen, wie Verschmelzung des Heeres mit der Bürgerwehr, Trennung von Schule und Kirche, Reinigung der Kammer von „reaktionären und gesinnungslosen Elementen“ wurde der zusammengeströmten Volksmasse vorgelegt und von derselben unbesehen angenommen. Der wichtigste Beschluss war aber der, dass das Volk sich gegenüber der Regierung Bürgschaften für die Erfüllung seiner Forderungen verschaffen müsse. Zu dem Zwecke wird 1) In jeder Gemeinde ein Verein ins Leben gerufen, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volkes, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. 2) Sämtliche Vereine eines Wahlbezirkes bilden einen Bezirksverein, sämtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine den Landesverein. 3) An der Spitze jeder dieser Vereine steht ein leitender Ausschuss. Den Landesausschuss bildeten 16 Radikale, an der Spitze Hecker. Struve aber wusste diesen Apparat trefflich zur Erreichung seiner Ziele zu verwenden.

* * *

Als die Nachricht von der Pariser Februarrevolution in München eintraf, befand sich die Hauptstadt Bayerns in der grössten Aufregung. Der Lolaskandal hatte zu einem Aufruhr und zur gewaltsamen Austreibung der Tänzerin geführt, welche seit zwei Jahren im Lande ihr Unwesen trieb. Lola Montez war 1820 zu Montrose in Schottland als uneheliche Tochter eines Offiziers, namens Gilbert, und einer Kreolin geboren. Mit siebzehn Jahren heiratete sie einen Offizier, namens James, den sie aber 1840 verliess, um dann als Tänzerin ein abenteuerliches Leben zu führen. Sie ging als Maitresse von einer Hand in die andere und erregte überall, wo sie auftrat, Skandal, weshalb sie mehrfach ausgewiesen wurde. Im Jahre 1846

kam sie nach München, wo sie mit ihrer dämonischen Schönheit den sechzigjährigen König Ludwig förmlich bezauberte, der sein Leben lang für Frauenreize empfänglich gewesen war. Seine Leidenschaft für die sittenlose Person riss ihn zu Schritten fort, die ihn und das Königtum auf das tiefste demütigen mussten. Die Liebschaft wäre wohl, wie manche andere, im ganzen unbeachtet vorübergegangen, wenn die Lola nicht die unglückliche Idee gehabt hätte, in Bayern eine politische Rolle spielen zu wollen. Sie glaubte sich berufen, das Land von dem verhassten Ministerium Abel zu befreien und auf diese Weise die allgemeine Volksgunst zu gewinnen. Bayern hatte nämlich seit 1837 eine streng ultramontane Regierung, unter welcher sich namentlich der protestantische Teil der Bevölkerung sehr unbehaglich fühlte. Man zwang die protestantischen Soldaten, bei der Fronleichnamsprozession mit auszurücken und vor dem Sanktissimum die Kniee zu beugen. Man verbot den Gustav-Adolph-Verein, der den harmlosen Zweck verfolgt, armen protestantischen Gemeinden in der Diaspora Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser zu bauen. Man suchte den religiösen Orden auf alle Weise Eingang und Verbreitung im Lande zu verschaffen, man begünstigte religiöse Uebertritte. Selbst die Gefängnisse wurden konfessionell geschieden; wenn einem Sträfling der bisherige Aufenthalt nicht mehr gefiel und er eine Luftveränderung vornehmen wollte, so zeigte er an, dass er gesonnen sei, seinen Glauben zu wechseln, worauf er dann — wenn der Uebertritt zum Katholizismus geschah — aus dem protestantischen in ein katholisches Gefängnis versetzt wurde. Manche traten auf solche Weise mehrmals herüber und hinüber und trieben freventliches Spiel mit der Religion, die dadurch tief herabgewürdigt wurde. König Ludwig war nicht immer so gewesen. In seiner Jugend schwärmte er nicht nur für die Kunst, sondern für ein grosses, freies Deutschland, so dass er sogar den Zorn Napoleons auf sich lenkte. Allein mancherlei Erfahrungen, die er mit den Kammern gemacht hatte, der Widerstand gegen seine philhellenischen Pläne, gegen seine Ausgaben für Kunstzwecke, verbitterten allmählich sein Herz, sodass er sich zuletzt ganz den Anschauungen Metternichs anschloss. Er liess das Ministerium Abel gewähren, da er nun freie Hand behielt, die Ueber-



Lola Montez.

schüsse, die in einzelnen Ministerien erzielt wurden, zu grossartigen Werken der Kunst zu verwenden, für die er allein noch schwärmte, für die er auch das grösste Verständnis besass. Gegen dieses unbeliebte Ministerium ging nun Lola Montez vor, da sie des Königs sicher war, der in der letzten Zeit dem Minister Abel bedeuten musste, dass er bei aller Begünstigung der katholischen Kirche doch Herr im Hause bleiben wolle. Sie verlangte geadelt, zu einer Gräfin



König Ludwig I. von Bayern.

Landsberg erhoben zu werden, was ohne das Ministerium nicht geschehen konnte, da sie zuerst die bayrische Staatsangehörigkeit erhalten musste. Als der König sich zu diesem Zwecke an das Ministerium wandte, wies dieses das Verlangen zurück und bat um seine Entlassung, die ihm am 16. Februar 1847 gewährt wurde. Man mag über Abel sonst urteilen, wie man will, man muss aber sagen, dass er hier mutig seine Schuldigkeit gethan hat und mit Ehren gegangen ist. Hätte das nachfolgende liberale Ministerium Maurer gleiche Entschiedenheit gezeigt, so wäre das Land und die

Krone vor grossem Schaden bewahrt worden. Maurer, ein Pfälzer, liess sich herbei, was ihm nicht zum Ruhme gereicht, das Dekret zu unterschreiben, welches der fremden Abenteurerin die bayrische Staatsangehörigkeit verlieh, so dass jetzt die ersehnte Standeserhöhung erfolgen konnte. Wenn die neugebackene Gräfin Landsberg nun meinte, sie habe dadurch, dass sie dem bereits wankenden Ministerium Abel ein Bein stellte, die Volksgunst gewonnen, so irrte sie gewaltig. Im Gegenteil: die Münchener Bevölkerung stellte sich mit einem Eifer, der an Undankbarkeit gegen den König grenzte, auf Seite der Ultramontanen, die nicht versäumten, das glimmende Feuer nach Kräften zu schüren. Der ultramontane Professor Lasaulx beantragte im Senate der Universität, den entlassenen Ministern Dank und Anerkennung auszusprechen. Für dies Vorgehen erhielt er am 1. März 1847 seine Entlassung. Die Studenten zogen in hellen Haufen vor seine Wohnung, ihm ein Hoch zu bringen, und dann vor das Palais der Gräfin, um dort Pereat zu rufen, wobei sie von dieser vom Balkon aus verhöhnt und verlacht wurden. Auch gegen den König, der abends das Haus betrat, richteten sich beleidigende Rufe. Infolgedessen entsetzte derselbe, welcher annahm, die ganze Bewegung gehe von den Führern der Ultramontanen aus, neun Professoren, darunter Döllinger und Sepp, ihres Amtes. Den Herbst verlebte er mit Lola in dem Bade Brückenau, aber als er zurückkehrte, ging der Tanz infolge des herausfordernden Wesens der Abenteurerin aufs neue los. Am 1. Dezember 1847 trat Maurer, der wenigstens die Gemeinschaft mit Lola gemieden hatte, zurück und nun kam das sogenannte Lolaministerium, der bankerotte Fürst Oettingen-Wallerstein und der verachtete Staatsrat Berks, welcher der Tänzerin in allem zu Willen war. Dieselbe gründete nun als eine Art von Leibgarde ein eigenes Studentenkorps, die „Alemannia“, welche ihre Kneipe unter Assistenz der Gräfin in dem Hinterbau ihres Palais abhielt. Diese Verbindung, welche in roten Mützen durch die Strassen stolzierte, war der Gegenstand unbegrenzter Verachtung und grössten Hasses von seiten der übrigen Studenten und der Bevölkerung. Sobald einer in einem öffentlichen Lokale oder einem Kollegium erschien, verliessen die anwesenden Studierenden sofort den Ort. Als Professor Görres am 29. Januar 1848 starb, wurde sein Leichenbegängnis zu einer grossartigen Demonstration benützt. Die dagegen angewendeten Polizeischikanen steigerten nur die Erbitterung. Am 7. und 9. Februar kam es zu Rempeleien mit den Alemannen vor dem Universitätsgebäude. Da die persönlich intervenierende Lola vom Publikum beschimpft wurde, drohte sie, die Universität schliessen zu lassen. In der That erfolgte der Schluss derselben noch am 9. Februar.

Nun brach der Unwille der Bevölkerung los. Am 10. Februar sammelten sich drohende Volkshaufen vor dem Schloss, denen Berks mitteilte, die Universität werde nach Ostern wieder eröffnet. Am 11. Februar erneuerten sich die Auftritte in verstärktem Masse; man verlangte sofortige Eröffnung der Universität, Auflösung der Alemannia und Verbannung der Lola, was endlich von dem erschrockenen Könige bewilligt wurde. Die Gräfin entfloh noch in derselben Nacht, worauf das Volk ihr Palais demolierte. —

In gewöhnlichen Zeitläuften hätte der Handel damit wohl seinen Abschluss gefunden, die Münchener Bevölkerung wäre nach der Entfernung Lolas zu ihrer gewohnten Beschäftigung zurückgekehrt. Nun kam aber gerade um diese Zeit die Nachricht von den Pariser Ereignissen nach München und verwandelte den lokalen Putsch in ein politisches Ereignis von grösster Tragweite. Die ganze Bewegung erhielt neue Nahrung und eine veränderte Richtung. Am 2. März verlangte das Volk die Absetzung des verhassten und verachteten Ministers Berks, der vor dem tobenden Pöbelhaufen die Flucht ergriff. Am 4. März forderte man auf einmal sofortige Einberufung der Kammern, Pressfreiheit, Schwurgerichte, kurzum alle jene Reformen, die man später als „Märzerrungenschaft“ bezeichnete. Der durch diese neuen Forderungen überraschte und gereizte König gab eine ausweichende Antwort und liess durch Wrede Vorbereitungen zum gewaltsamen Niederschlagen weiterer Aufläufe treffen. Solche Massregeln verschlimmern immer die Lage, wenn man nicht den festen Willen hat, im gegebenen Falle wirklich von ihnen Gebrauch zu machen. Als die Volksmassen Sturm läuteten und das bürgerliche Zeughaus stürmten, gab der König klein bei und Wrede steckte den Säbel wieder ein. Das Volk erhielt das Versprechen, die Kammern sollten auf den 16. März einberufen werden, und am 6. März versicherte der König, den Kammern sollten die vom Volke geforderten Reformen zur Beratung unterbreitet werden. Alle diese Vorgänge machten auf den König einen solchen Eindruck, dass er aus innerem Antrieb am 20. März plötzlich zur Ueberraschung der ganzen Welt der Krone entsagte. Was ihn eigentlich hiezu bestimmte, wird man wohl erst dann sicher erfahren, wenn einmal seine hinterlassenen Papiere veröffentlicht werden dürfen. Nach menschlichem Vermuten haben wohl mehrere Beweggründe zusammengewirkt. Als der Rausch der Leidenschaft verraucht war, kam ihm vielleicht Scham über die Rolle, die er als bejahrter, sonst stolzer Fürst bei dem Lolahandel gespielt hatte; dazu gesellte sich der Aerger über ewige neue Forderungen, welche das Volk an ihn stellte, welche zurückzuweisen er nicht an Kraft besass, dann der Unmut über den Undank der Münchener

Bevölkerung, von der er sich verehrt glaubte; er fühlte sich ohne Zweifel tief gedemütigt und das mag ihm das Königsamt völlig verleidet haben. So reifte der Entschluss, den nach der Hand die Münchener Bürgerschaft aufs tiefste bedauerte. — Am 22. März trat König Maximilian II. die Regierung an. Er rief seinem Volke zu: „Auf Gottes allmächtigen Schutz vertraue ich und auf meinen redlichen Willen, dieser Zeit Gebot zu verstehen und zu vollbringen ... Bayern, steht mir bei, mitten im ernsten Vorhaben, Euch auf die Stufe zu erheben, zu der ihr als ein freies Volk berufen seid, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande.“ Am 24. März eröffnete der König die Kammer mit einer Thronrede, in welcher viele neue und wichtige Gesetzesvorlagen versprochen wurden. Zugleich erfolgte eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen. Am 28. März trat das neue liberale Ministerium, in welchem Lerchenfeld, Thon-Dittmer und Heintz die bekanntesten Namen waren, sein Amt an. Auch die besonderen pfälzischen Forderungen — siehe das Jahr 1848 in der Pfalz — wurden befriedigt. Alles kam wieder in ein ruhiges Geleise, man wendete seine Aufmerksamkeit den gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zu. Der Umschwung der Dinge vollzog sich ganz ohne Ruhestörung in Oldenburg, Braunschweig, Weimar, Anhalt und Lippe, ebenso im Grossherzogtum Hessen, wo Heinrich von Gagern an die Spitze der Regierung trat. In Nassau gab es in Abwesenheit des Herzogs einige stürmische Auftritte. Nach dessen Rückkehr verlief alles glatt, indem Hergenhahn die Leitung der Geschäfte übernahm. Schwieriger gestaltete sich die Sache in W ü r t t e m b e r g. In einer grossen Bürgerversammlung verlas Römer eine Adresse an den König, in welcher die üblichen „Reformen“ verlangt wurden. Der König zauderte und nahm ein Ministerium Linden, welches ebenso unbeliebt war, wie das vorige. Nun wuchs die Aufregung in der Stadt derartig, dass der König sich veranlasst sah, ein liberales Ministerium zu ernennen, in welches Pfister, Düvernoy und Römer eintraten. Hier erhoben sich auch, von einem Fabrikanten Gustav Rau aufgestachelt, in einigen Landesteilen die Bauern, drangen in die Schlösser des Adels und verbrannten die Rechnungsbücher. Als am 28. März die Ablösung der Feudallasten im Königreich beschlossen wurde, gab sich das Landvolk zufrieden. Im Kurfürstentum H e s s e n - K a s s e l entstand bald eine solche Aufregung, dass der verhasste Minister Schäffer am 5. März es für geraten fand, sein Heil in schleuniger Flucht zu suchen. Des Kurfürsten Zorn wendete sich besonders gegen die Stadt Hanau, welche er für den Sitz der Bewegung hielt. Er beorderte Militär dahin, allein die Hanauer barrikadierten die Stadt. Derweilen drohte in Kassel ein

Aufruhr auszubrechen, so dass das Militär dorthin zurückgezogen werden musste. Die ganze Lage des Kurfürsten erschien zuletzt eine so missliche, dass er alle Forderungen des Landes bewilligte und ein liberales Ministerium ernannte. Der vielverfolgte Professor Sylvester Jordan konnte wieder seine Stellung in Marburg antreten. — Auch in Hannover sperrte sich der König einige Zeit gegen die Forderungen des Volkes. Als er die Wünsche der Bürger seiner Hauptstadt kurz abgewiesen hatte, nahm Bürgermeister Stüve von Osnabrück die Sache auf und forderte die übrigen Städte auf, diese Forderungen energisch zu unterstützen. In Göttingen kam es zu einem Zusammenstoss zwischen der Gendarmerie und den Studenten, worauf letztere aus der Stadt auszogen. Am 17. März versammelte sich eine grosse Volksmasse in drohender Haltung vor dem königlichen Schlosse, so dass der Fürst in einigen Punkten nachgab. Derweilen verbreitete sich die Kunde von dem Sturze Metternichs in Wien und nun folgte ein völliger Umschlag, infolgedessen Stüve Minister wurde. — Noch hartnäckiger trat der König von Sachsen der Bewegung entgegen, die mit elementarer Gewalt unwiderstehlich durch Deutschland ging. Hier standen an der Spitze Professor Biedermann und der Theatersekretär und Buchhändler Robert Blum in Leipzig. Am 1. März forderten die Vertreter dieser Stadt vom Könige die notwendigen Reformen, vor allem Reorganisation der Bundesverfassung. Als dieser die Forderung abwies, verlangte Leipzig weiter, der König solle sein Ministerium entlassen. Nun wurde Militär aufgeboten, das von allen Seiten gegen diese Stadt anrückte. Als königlicher Kommissär traf der Minister Carlowitz am 11. März daselbst ein. Nachdem sich dieser von der Sachlage überzeugt hatte, erteilte er selbst dem König den Rat, nachzugeben. Sachsen erhielt am 11. März eine neue Regierung, an deren Spitze v. d. Pfordten trat, der sich als Professor in Würzburg durch seinen Widerstand gegen das Ministerium Abel in Bayern missliebig gemacht hatte. — In Oesterreich brachte der Ungar Kossuth die Ereignisse ins Rollen, der am 3. März im Pressburger Reichstag das Verlangen aussprach, alle Länder Oesterreichs sollten eine Verfassung erhalten. Diesen Wunsch eignete sich die Stadt Wien an, die sich mit einer Adresse an den Kaiser Ferdinand wandte. Dieser aber wies die Petition mit einigen dürftigen Versprechungen ab. Nun trat die Studentenschaft auf den Plan und liess am 12. März durch zwei Professoren ihre Adresse dem Kaiser überreichen, der darauf eine sehr unklare Antwort gab. Die Aufregung in der Stadt wuchs, als am 13. März die niederösterreichischen Stände zusammentraten. Man schickte eine Deputation in das Ständehaus, um die Versammlung

zu veranlassen, beim Kaiser für die Wünsche des Volkes einzutreten. Da sich plötzlich die Nachricht verbreitete, diese Deputation werde im Ständehaus gefangen gehalten, stürmte die Masse das Gebäude, demolierte dasselbe und zwang die Ständemitglieder, sich in corpore als Deputation zum Kaiser zu verfügen. Währenddem rückte Militär gegen das Ständehaus, das in den Volkshaufen feuerte, als es von oben mit Möbelstücken beworfen wurde. Nun bewaffnete sich die Bürgerwehr und rückte herbei. In dieser kritischen Lage entschloss sich im Staatsrate Metternich zur Abdankung, die allenthalben mit Freuden aufgenommen wurde. Der verhasste Mann verliess sofort die Stadt, der Pöbel zerstörte seine prächtige, mit Kunstschätzen gefüllte Villa. Nun erhielt Oesterreich die gewünschte Konstitution und Volksbewaffnung; der alte Kaiser wurde sogar veranlasst, aus einem Fenster des Schlosses eine schwarz-rot-goldene Fahne zu schwingen.

In Preussen äusserte sich die Wirkung der Februarrevolution zuerst in den Rheinlanden, wo noch starke französische Reminiszenzen vorhanden waren und wo auch die Kommunisten Marx und Engels ihre journalistische Thätigkeit ausgeübt hatten. Dass die Forderungen aus diesem Landesteile meistens sehr radikal ausfielen, ist deshalb nicht zu verwundern. Die allmähliche Abschaffung der Heere, die Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere durch die Soldaten war dem jacobinischen, der Schutz der Arbeit, die Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle, die Erziehung der Kinder auf öffentliche Kosten, dem kommunistischen Katechismus entnommen. Würdiger lautete die Adresse der Bonner Professoren. Auch aus Königsberg und Breslau langten Deputationen mit allerlei Reformwünschen in Berlin an, die gnädig angehört, aber ohne bestimmte Zusagen entlassen wurden. Der König sandte am 5. März an den damals in der Hauptstadt versammelten Vereinigten Ausschuss der Stände eine Botschaft, wonach er die durch das Patent vom 3. Februar 1847 dem Ausschuss verliehenen Rechte auf den Vereinigten Landtag übertrug. Am 8. März gewährte er auch Pressfreiheit, so dass man in Berlin sich mit diesen Zusagen zufrieden gab. Auch hatte der König den General v. Radowitz am 1. März nach Wien mit Vorschlägen zu einer Bundesreform geschickt, die auf eine Machtstärkung des alten Bundestages und Vernichtung des Zollvereins hinausliefen. Metternich erkannte sofort, welchen Nutzen diese Reformen Oesterreich bringen würden, und lud die Bundesglieder zu einer gemeinsamen Beratung auf 20. März nach Dresden ein. Glücklicherweise haben die Ereignisse diese Art von Reform vereitelt. Dass die Sache in Berlin so ganz ohne Skandal und Krawall ablaufen sollte, war

den Revolutionsmachern ohne Zweifel sehr unangenehm. Man schob deshalb in diesen Tagen Haufen fremden Gesindels, namentlich Rheinländer und Polen, nach der preussischen Hauptstadt. Auch radikale Hetzredner wurden von aussen verschrieben. Bei energischem Einschreiten hätte hier noch der Katastrophe vorgebeugt werden können. Aber von keiner massgebenden Seite, von keiner einflussreichen Persönlichkeit geschah das geringste, um aufklärend auf das Volk zu wirken. Dieses war deshalb völlig dem Radikalismus in die Hand geliefert. Am 7. März begannen unter den „Zelten“, Gartenwirtschaften beim Tiergarten, die öffentlichen Volksversammlungen. An unzufriedenen Elementen fehlte es in Berlin ja auch nicht, infolge der Revolutionen und Unruhen war das Vertrauen in Europa geschwunden, überall stockten die Geschäfte, Arbeitslosigkeit machte sich bemerkbar. Die verlogensten Nachrichten wurden im Volke verbreitet, die Aufregung ergriff zunächst die Arbeiter, dann die Studenten, dann die Bürger. Die Hetzer hatten entschieden schon gründliche Vorstudien im Veranstalten von Revolutionen gemacht. Es galt zunächst Hass gegen das Militär zu erregen, zu welchem Ende erfundene Geschichten über allerlei Schandthaten aufgetischt wurden, welche sich Soldaten in Wien oder sonstwo hätten zu Schulden kommen lassen. Das wirkte, und bereits am 12. März begann man das Militär auf den Gassen zu insultieren. Am 13. waren etwa 30000 Menschen unter den Zelten beisammen, die hier durch Alkohol und entsprechende Reden angefeuert wurden und sich beim Heimgehen das Vergnügen machten, die Soldaten mit Steinen zu bewerfen. Jetzt wurde zum erstenmale eingehauen, doch verfuhr man so schonend, dass nur zwei Verwundungen vorkamen. Auch der Barrikadenbau wurde nun durch Meister in diesem Fache eingeübt, denn eine Revolution war unter allen Umständen beschlossene Sache. Am 14. März endlich verbot man die Versammlungen und Aufläufe mit dem Erfolge, dass die Beschimpfungen der Soldaten auf den Gassen nun häufiger und roher wurden. Das Militär benahm sich nach glaubhaften Quellen musterhaft, bis dahin war noch kein Schuss gefallen. Auf den Bericht des Polizeidirektors wurde am 15. März das Schloss militärisch besetzt. Der heftig andrängende Pöbel bewarf die Soldaten, die regungslos hinter den Gittern standen, derartig mit Steinen, dass eine grosse Anzahl verwundet wurde. Auch übte man sich wieder im Barrikadenbau. Nun wurde zum erstenmale geschossen, das Militär säuberte die Strassen und räumte die Barrikaden weg. Jetzt kam die Nachricht vom Sturze Metternichs an, die natürlich zweckentsprechend ausgenützt wurde. Am 16. März wuchs die Aufregung sichtlich, fremder Zuzug von Volksbefreiern,

worunter angeblich auch „Studenten", langte an, Waffenläden wurden geplündert, neue Barrikaden gebaut. Wieder schritt das Militär ein und stellte bald die Ruhe her. Eine grosse Deputation der Rheinlande wurde angesagt, und die Hetzer teilten der Masse mit, wenn ihre Forderungen nicht angenommen würden, sei der Abfall der Rheinlande und deren Anschluss an Frankreich zu erwarten. Sie drängten deshalb darauf, dass auch die Berliner Bürgerschaft sich dieser Deputation, und zwar massenweise, anschliessen solle. Sie hofften dadurch, die Berliner Bürger mit in den beabsichtigten Aufruhr zu verwickeln. Die Stadtverordneten gingen ahnungslos auf diesen Plan ein und auf einmal herrschte, da die Rheinländer erst am 17. abends ankamen, in Berlin die grösste Ruhe, so dass der König die Truppen zurückzuziehen befahl. Da die Revolutionsmacher sicher auf eine ablehnende Antwort des Königs rechneten, war das Losschlagen auf 18. März festgesetzt. Nun geschah aber das Gegenteil, der König verkündete, dass alle Wünsche der Bevölkerung erfüllt seien und Minister v. Bodelschwingh verlas das Patent vom 18. März wegen beschleunigter Berufung des Vereinigten Landtages auf den 2. April, worin die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, eine Bundesrepräsentation aus den Staaten aller Länder, konstitutionelle Verfassungen für die Einzelstaaten, eine tüchtige deutsche Wehrverfassung mit einem Bundesfeldherrn, eine deutsche Flotte, ein Bundesgericht, allgemeines deutsches Heimatsrecht, Freizügigkeit, gemeinsames Handelsrecht, Mass-, Münz- und Gewichtseinheit und Pressfreiheit in Aussicht gestellt, resp. als Ziel Preussens verkündet wurden. Ein Patent vom vorigen Tage hatte schon die Zensur aufgehoben, so dass in Berlin allgemeiner Jubel herrschte. Alles schien sich in Wohlgefallen aufzulösen, man liess den König hoch leben, natürlich zum grössten Aerger der Revolutionäre. Sie liessen deshalb ihre Zöglinge gegen das Schlossthor vorgehen, wo sie die Luft mit Gebrüll erfüllten: Militär zurück! Die Soldaten wurden beordert, den Volkshaufen zurückzudrängen, was in aller Ruhe geschah. Jetzt gingen zwei Flintenschüsse los, ohne irgend jemand zu treffen. Eine spätere Untersuchung ergab, dass einem Soldaten der Hahn des Gewehres an seinem Säbel hängen blieb und dass ein Aufrührer einem andern Soldaten mit dem Stock auf den Piston schlug. Diese verhängnisvollen Schüsse kamen den Machern sehr gelegen, denn die Revolution musste um jeden Preis losbrechen. Hatte man doch schon vorher angefangen, in den entfernteren Stadtteilen Barrikaden zu bauen und am Bankgebäude zwei Schildwachen angefallen, von denen die eine schmählich ermordet, die andere schwer verwundet wurde. Nun

tönte das Geheul durch die Strassen: „Verrat! Man mordet unsere Brüder! Rächt das vergossene Bürgerblut!“ Man glaubte in den Bürgerkreisen infolgedessen an einen Gewaltakt der Truppen, ein Student eilte in die Maschinenfabrik von Borsig und veranlasste die Arbeiter, zu den Waffen zu greifen; der Kampf, der von den Aufrührern begonnen wurde, war bald allgemein. Man gewahrte sofort, dass derselbe vorher genau geplant war; an den geeigneten Stellen erhoben sich rasch die Barrikaden; die Art, wie man dieselben und die anstossenden Häuser besetzte und verteidigte, liess erkennen, dass die Führer Veteranen und Meister in Strassenkämpfen sein mussten. Um den Schrecken zu vermehren, machte sich der süsse Pöbel das Vergnügen, eine Anzahl von Staatsgebäuden ohne allen Zweck in Brand zu stecken, eine Gepflogenheit, die bei allen derartigen Vorfällen, von der ersten französischen Revolution bis zur Kommune, zu konstatieren ist und von dem wilden und sinnlosen Zerstörungstriebe der rohen Masse Zeugnis gibt. Das Militär, welches vom General Prittwitz befehligt wurde, zählte 14000 Mann mit 36 Geschützen. Von den 400000 Einwohnern, welche Berlin damals zählte, mögen sich 20—30000 am Kampfe beteiligt haben, worunter auch Studenten, Bürger und anständige Arbeiter, aber auch viel fremdes und ausländisches Gesindel. Dass die Truppen beim Vorgehen betrunken gewesen seien, ist eine offenkundige Lüge. Die meisten Barrikaden fielen nach kurzem Kampfe in die Hände des Militärs, nur an einzelnen Stellen zeigte sich ein hartnäckiger Widerstand. Weder die Aufrührer, noch die Truppen, die vielfach ungedeckt vorgingen, erlitten grössere Verluste. Der Kampf dauerte die Nacht hindurch, am 19. März morgens war die Stadt in den Händen der Armee. Da griff der König, der vorher mehrere Versuche zur Einmischung abgewiesen hatte, in seiner unberechenbaren, zu den grössten Schwankungen geneigten Weise in den Gang der Dinge ein und verdarb alles. Er hatte in der Nacht eine Proklamation an seine lieben Berliner verfasst, die er am 19. März anschlagen liess, ohne einen Erfolg zu erzielen. Dann versprach er, die Truppen zurückzuziehen, wenn die Bürger vorher die Barrikaden wegräumen würden. Nun erschien der Bürgermeister und versicherte, Ruhe und Frieden würden entstehen, sobald die Truppen zurückgezogen seien. Da befahl der König nach kurzem Zögern den Rückzug der siegreichen Truppen und damit war seine eigene Niederlage besiegelt. Lautlos und pflichtgetreu zogen die Soldaten ab, vom Pöbel vielfach verhöhnt und beschimpft. Der König ernannte ein liberales Ministerium, dessen hervorragende Mitglieder Schwerin, Auerswald, Kühne, Camphausen und Bornemann waren. Keine Demütigung wird ihm nun erspart,

er muss den Kelch austrinken bis zur Hefe. Das Volk schleppt die Leichen vor das Schloss, der König muss auf den Balkon, man zerrt die kranke Königin herbei, die bei dem schrecklichen Anblick ohnmächtig zusammenbricht. Der Pöbel brüllt: „Hut ab!“ und der König entblösst das Haupt. Grössere Schmach ist nie einem preussischen Könige angethan worden; Kaiser Wilhelm soll nie zu bewegen gewesen sein, in dieses Schloss zu ziehen, das eine solche Szene gesehen hatte. Ihm selbst, der auch in diesen Tagen seinen klaren Blick und festen Charakter bewährt hatte, gelang es, nach England zu entkommen; an sein Palais schrieb man, um es vor Demolierung zu bewahren: Nationaleigentum!

Da die Aasgeier der Revolutionen, die Polen, bei der Sache eifrig mitgethan hatten, mussten selbstverständlich ihre gefangenen Brüder, voran Mieroslawski, die wegen Aufruhrs im Gefängnis sassen, befreit werden. Triumphierend holte man sie ab, auch der König musste sich vor ihnen bücken, und nach einem Monat schoss Mieroslawski aus Dankbarkeit in Posen schon wieder auf die dummen Deutschen, die ihn zu diesem Zwecke losgelassen hatten. Am 20. verliessen die Truppen, tiefen Grimm im Herzen, Berlin, das nun in den Zustand der Anarchie verfiel. Am 21. März veranstaltete der König mit der schwarz-rot-goldenen Binde den bekannten Umritt durch Berlin und hielt verschiedene Ansprachen, ein Vorgang, der von vernünftigen, charakterfesten Männern auch noch zu dem „Stand der Erniedrigung“ gerechnet wurde. Abends erfolgte dann noch eine Proklamation, welche verhiess, dass Preussen in Deutschland aufgehen werde. Am 22. fand das feierliche Begräbnis der gefallenen Barrikadenkämpfer statt, etwa 200 an der Zahl. Der König musste selbstverständlich wieder auf den Balkon und ein liberaler Prediger namens Sydow verherrlichte ihr Heldentum, indem er sie den Gefallenen der Befreiungskriege an die Seite stellte. Unter den Toten befanden sich auch einige dreissig Unbekannte — beim späteren Dresdener Aufstande waren es über 100 —, heimat- und namenlose Gesellen, gewerbsmässige Revolutions- und Barrikadenmacher, die von den Führern hin- und hergeschoben wurden, um Häuser anzustecken, Menschen totzuschiessen und so die allgemeine Brüderlichkeit möglichst rasch herzustellen. Am 24. wurden die gefallenen Soldaten, die ihr Leben für den König und für die gesetzliche Ordnung in die Schanze geschlagen hatten, ohne Sang und Klang wie Missethäter verscharrt.

Wie früher berichtet, hatte die Heidelberger Versammlung vom 5. März einen Siebenerausschuss ernannt, der auf den 31. März das „Vorparlament“ nach Frankfurt zusammenrufen sollte. Die an diesem



Friedhof der Märzgefallenen in Berlin.

Tage an genanntem Orte zusammentretende Versammlung war eine sehr gemischte. Schon die Vertretung der verschiedenen Bundesstaaten gab manches zu denken. Oesterreicher zählte man zwei, Hessen-Darmstädter dagegen 84. Gar manche hatte nicht das Vertrauen des Volkes, sondern ihr eigenes dorthin geführt. Die aus etwa 500 Köpfen bestehende Versammlung hielt ihre Sitzungen in der Paulskirche ab, Professor Mittermaier wurde zum Präsidenten erwählt. Sofort stiessen auch die Monarchisten und Republikaner hart zusammen. Ungeschickter Weise hatte der Siebenerausschuss ein Programm aufgestellt über die zukünftige Gestaltung Deutschlands, welchem zufolge die Entscheidung über die wichtigsten Fragen eigentlich dem Vorparlament zugefallen wäre. Dieses Bundesreform-Programm stellte auf 1) Ein Landesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern, 2) Einen Senat der Einzelstaaten, 3) Ein Haus des Volkes und 4) Die Kompetenz des Bundes, die sich auf Heerwesen, Vertretung gegenüber dem Auslande, auf Handel, Schiffahrt, Zoll, Münze, Gewicht, Posten, Eisenbahnen, Zivil- und Strafgesetzgebung erstrecken sollte. Ob Deutschland künftig eine Monarchie oder eine Republik bilden würde, war zwar nicht bestimmt ausgesprochen, allein jedenfalls hatten die Republikaner nun auch das Recht, von ihrer Seite ein Programm vorzulegen. Sofort in der ersten Sitzung trat Hecker, den 18 Gesinnungsgenossen unterstützten, mit demselben hervor. Der wichtigste unter den 15 Artikeln beantragte „Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der förderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.“ Hecker, der im Namen „des Volkes“ nach Jacobinerart einhertrat, glaubte die Versammlung terrorisieren zu können, sah sich aber gründlich getäuscht. Eisemann äusserte die einzig richtige Ansicht, das Vorparlament habe sich nicht mit der zukünftigen deutschen Staatsverfassung zu beschäftigen, sondern lediglich mit der Art, wie das deutsche Parlament zusammenzurufen sei. Vogt und Wesendonk stimmten ihm bei und nun war die Versammlung auf dem richtigen Wege. Man beschäftigte sich vorerst mit der Bildung der konstituierenden deutschen Nationalversammlung, und zwar näher mit den Vorfragen, wie das Bundesgebiet für die Wahlen abzugrenzen und dann wie die Zahl der Wähler für den einzelnen Wahlkreis festzustellen sei. Bei der Beratung des ersten Punktes beschloss man, dass auch Schleswig vertreten sein solle. In Bezug auf Ostpreussen und Posen einigte man sich dahin, die Frage ob und welche Abgeordnete aus den polnischen Provinzen Preussens zugelassen seien, überlasse man der Entscheidung des Parlaments. Dann wurde

festgesetzt, dass auf je 50000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei. In der zweiten Sitzung beschloss man; für die konstituierende Nationalversammlung die direkte Wahl eintreten zu lassen und zwar wurde das Wahlrecht jedem volljährigen, selbständigen Deutschen zugesprochen. Am Mittag des 1. April fand eine wichtige Debatte über die Frage statt, ob man zur Betreibung der Parlamentswahlen einen Fünfzigerausschuss ernennen, oder ob sich das Vorparlament, wie die Republikaner wollten, für „permanent" erklären, d. h. alle Gewalt an sich reissen und einen revolutionären Konvent oder Wohlfahrtsausschuss bilden solle. Gagern trat dafür ein, einen Fünfzigerausschuss zu erwählen, und diesen bis zum Zusammentreten des Parlamentes als eine dem Bundestage gleichberechtigte Behörde demselben zur Ueberwachung zur Seite zu stellen, was mit grosser Mehrheit angenommen wurde. In der dritten Sitzung einigte man sich, über den Wahlmodus zum Fünfzigerausschuss kein bestimmtes Zahlenverhältnis für die einzelnen Staaten zu bestimmen im Vertrauen darauf, dass jeder dafür sorge, dass die verschiedenen Provinzen und Interessen aller Teile Deutschlands im Ausschusse vertreten seien. Am selben Tage hatte Zitz im Namen der Republikaner zur Herstellung eines ebenbürtigen Bundestages den Antrag gestellt: „Die Versammlung möge erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schosse entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Auf Antrag Bassermanns wurde beschlossen, den Antrag in dieser Form abzuweisen, worauf Hecker und Struve mit 40 Parteigenossen den Saal verliessen. Nun setzte man im Antrage Zitz für das Wort „bevor" „indem", worauf der in seinem Sinne wesentlich geänderte Satz angenommen wurde. Die Permanenzerklärung des Vorparlaments war dadurch verhindert. Uebrigens fügte sich schon am Abende des 2. Aprils der Bundestag auch diesem Beschlusse. Als dieser Erfolg am 3. April bekannt wurde, lud man die Sezessionisten zum Wiedereintritt in die Versammlung ein, um die Wahl zum Fünfzigerausschuss vorzunehmen. Bei dieser fielen Hecker und Struve durch, worauf sich beide wutentbrannt nach Baden begaben, um dort das Glück mit ihren republikanischen Plänen zu versuchen. Am Schlusse seiner Beratung fasste das Vorparlament noch den wichtigen Beschluss, „dass die Beschlussnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei." Hiermit war die Frage erledigt, ob das Parlament nach Beratung der deutschen Verfassung noch mit den deutschen

Fürsten über die Einführung derselben zu verhandeln habe, oder nicht.

Der Fünfzigerausschuss, an dessen Spitze Soiron stand, entledigte sich seiner Aufgabe mit Energie und Geschick, so dass nach Beseitigung mehrerer Anstände in Bezug auf den Wahlmodus das deutsche Parlament am 18. Mai zusammentreten konnte. Ueberall richtete man sich nach seinen Anordnungen, nur Oesterreich erklärte, dass es sich Zustimmung und Widerspruch bei jeder Aenderung der deutschen Bundesverfassung vorbehalte. Auch Hecker und Struve bekümmerten sich bei Herstellung ihrer Republik im badischen Seekreise um die Intervention des Fünfzigerausschusses nicht im geringsten.



A. v. Soiron.

Hecker, auf das tiefste über seinen Durchfall in Frankfurt gekränkt, begab sich mit seinem Kopfe voller Illusionen nach Baden, um dort seinen Idealstaat aufzurichten. Er hoffte auf den Uebertritt des badischen Militärs, auf Hilfe aus der Schweiz, auf den Zuzug deutscher Arbeiter aus Frankreich, auf den jubelnden Beifall und Beitritt des ganzen deutschen Volkes. In jeder Hinsicht wurden seine Hoffnungen getäuscht. In Baden war zwar der Grossherzog politisch eine Null, die Regierung, schwach und hilflos, liess im Lande jeden machen, was er wollte, auch hatten die Vereine und kleinen Hetzblätter schon stark im Volke und auch unter dem Militär gearbeitet. Doch war der Staat noch nicht zum Zusammenbruche reif, das Militär hielt noch an seinem Eide und die Regierung beantragte die Mobilmachung des 8. Armeekorps und dessen Einmarsch in Baden. Der Aufruhr sollte im badischen Oberlande losbrechen, das durch den Konstanzer Redakteur Fickler, einen gefährlichen Agitator, am tiefsten unterwühlt war. Am 7. April brachte Brentano die Heranziehung der „fremden Truppen“ in der Kammer zur Sprache, die „den Versuch bewaffneter Reaktion bedeute“. Er ahnte nicht, dass der ganze republikanische Feldzugsplan der Regierung bekannt war. Minister Bekk und Mathy dienten dem unverfrorenen Manne gebührend und die Kammer genehmigte das Vorgehen der Regierung. Am folgenden Morgen verhaftete Mathy persönlich den Agitator Fickler auf dem Bahnhofe zu Karlsruhe und entzog so den gefährlichen Mithelfer dem

ausbrechenden Aufstand. Hecker begab sich nach Konstanz, wo er Struve, den früheren preussischen Lieutenant Willich, den Lehrer Mögling und einen gewissen Doll, der bei allen Revolutionen sein musste, antraf. Am 11. April wurde das sofortige Losschlagen beschlossen. Am 12. erliessen Hecker und Struve einen Aufruf an die Aemter des Seekreises, sich bis 14. April in Donaueschingen bewaffnet zu stellen. Hecker selbst fand in Konstanz fast keine Unterstützung; mit 50 Mann rückte er am 13. April aus der Stadt. In Donaueschingen traf er einige hundert schlecht bewaffnete Leute und die Württemberger, die ihn merkwürdiger Weise ruhig aus der Stadt abziehen liessen. Hier fand sich auch die Frau Herweghs, eine Amazone mit der Nachricht ein, ihr Mann werde mit etwa 1500 Mann aus dem Elsass zu Hecker stossen. Die französische Regierung nämlich, die sich vor den brodlosen Arbeitern in Paris fürchtete, begrüsste freudig den Entschluss deutscher Republikaner, sie von einer Anzahl derselben zu befreien.

Sie half gegen 1800 bis 2000 Deutschen aus der Hauptstadt abschieben, denen sie zwar Reisegeld aber keine Waffen zukommen liess. Herwegh, Corvin und Schimmelpfennig, letztere zwei gediente Offiziere, führten diese Legion nach dem Rhein, wo man nun auf die Befehle Heckers wartete. Dieser fürchtete anfangs, die französische Hilfe werde das deutsche Volk abstossen, auf das er alle Hoffnung setzte, weswegen er die Legion Herweghs abwies. Vier Tage später, als ihm die Truppen auf den Fersen waren, liess er jenem sagen, wenn er kommen wolle, solle es ihm lieb sein. Auf dem Marsche von Donaueschingen nach dem Rheinlande trafen am 17. April zwei Abgeordnete des Fünfzigerausschusses auf Hecker, die eine Proklamation dieses Ausschusses mitbrachten und der Schar Amnestie anboten, wenn sie sofort die Waffen niederlege. Das Angebot wurde verhöhnt, die Abgeordneten behielt man vorläufig als Geisseln im Lager. Währenddem hatte der frühere Lieutenant und dermalige Student Sigel eine Schar Bewaffneter gesammelt, mit welcher er sich mit Hecker zu vereinigen suchte. Dieser stiess am 9. April bei Kandern auf Bundestruppen, hauptsächlich Hessen, unter dem besonnenen und edlen General von Gagern. Dieser suchte, bevor er Gewalt anwendete, durch Unterhandlung die republikanische Schar zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Hierbei fand er seinen Tod. Die Berichte über diesen Vorgang lauten so verschieden, dass sich mit Gewissheit ein Urteil nicht fällen lässt. Das aber steht fest, dass die ersten Schüsse aus den Reihen der Republikaner fielen, und dass der General den Augenblick zur Eröffnung der Feindseligkeiten noch nicht gekommen glaubte, als ihn unerwartet die tödliche Kugel traf. Bei dem Vor-

gehen der Hessen liefen die Freischaren Heckers auseinander, dieser entkam mit Mühe in die Schweiz. Die Schar Sigels, der mehr Führertalent besass, wie der Mannheimer Advokat, wurde am 24. April bei Freiburg auseinandergejagt und leztere Stadt, die von Turnern und Landleuten besetzt war, am Ostermontag nach kurzem Kampfe genommen. Die Schar Herweghs, die etwa 1100 Mann stark über den Rhein gesetzt war, stiess am 27. April bei Dossenbach auf Württemberger und begab sich nach kurzem Kampfe, in dem Schimmelpfennig fiel, auf den eiligsten Rückzug. In Konstanz waren am 14. April Bayern eingerückt, die Republik hatte dort unter dem Statthalter Peter einen Tag gedauert. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht sorgen. Der badische Dichter Nadler sang dem Putsch zu Ehren das bekannte Guckkasten-Lied vom grossen Hecker, das also beginnt:



Friedrich v. Gagern.

Seht da steht der grosse Hecker
Eine Feder auf dem Hut,
Seht da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefeln, dicke Sohlen,
Säbel trägt er und Pistolen;
Und zum Peter sagte er:
„Peter, sei du Statthalter!“

Am 30. April des Jahres 1848 fanden in Deutschland unter starker Beteiligung die Wahlen zum deutschen Parlamente statt. Am 14. April erschien in Bayern folgende königliche Proklamation: „Bayern! An euch ergeht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus eurer Mitte, aus der des ganzen Volkes, die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung zu wählen! Seid stolz darauf und erkennt die Grösse eurer Aufgabe. Einer der ältesten, edelsten deutschen Stämme, im Herzen unseres Gesamtvaterlandes gelegen, seid ihr bestimmt mitzuwirken zur Gestaltung des grossen Nationalwerkes, Deutschland soll nach Innen und Aussen gekräftigt, die ihm gebührende achtunggebietende Stellung einnehmen unter den Staaten Europas, zum mächtigen Schutze seiner Freunde, zur Abwehr seiner Feinde.

Dieses Ziel zu erreichen, thut Eintracht not. Mit Deutschland stehen und fallen wir. Wir sind alle Kinder einer Mutter, Söhne eines Volkes. Ihm verdanken wir Sprache, Gesittung, Freiheit und Recht, der Menschheit höchste Güter!“ Aehnliche Aufrufe ergingen auch in den übrigen Staaten und man darf wohl sagen, dass sich das deutsche



Paulskirche zu Frankfurt a. M.

Volk bei jener Wahl seiner Aufgabe würdig gezeigt hat. Es schickte seine tüchtigsten Männer aus allen Ständen, Parteien, Konfessionen und Berufsarten nach Frankfurt, namentlich die Universitätsprofessoren waren stark vertreten, denen man damals ganz besondere politische Weisheit zutraute. Mit grösseren Hoffnungen hat wohl kaum je ein Volk auf eine gesetzgebende Versammlung geschaut, als die Deutschen

im Jahre 1848 auf ihr Parlament. Als am 18. Mai die 600 Abgeordneten in feierlichem Zuge sich zur Paulskirche begaben, donnerten die Kanonen, wehten die Fahnen, brannten die Feuer auf den Bergen, und stiegen die Gebete der Gläubigen für eine gedeihliche Wirksamkeit der Nationalversammlung zum Himmel empor. Der Bischof von Speyer erklärte am 15. April in einem Rundschreiben: „Es soll die grosse Aufgabe gelöst werden, ein einiges, tüchtiges, gesegnetes Deutschland zu bilden und zugleich die Wohlfahrt unseres geliebten Bayern und der anderen deutschen Volksstämme zu sichern und zu erhalten. Als Bürger und als Christen sind wir bei dem grossen Werke der neuen Gestaltung unseres deutschen Vaterlandes hochbeteiligt.“ Dabei wurde angeordnet, dass am folgenden Sonntage in allen Pfarrkirchen der Diözese ein feierliches Hochamt nebst besonderen Gebeten abzuhalten seien, um Gott um Segen für diese wichtige Angelegenheit anzuflehen. Die Begeisterung in ganz Deutschland war eine allgemeine, ein neuer Frühling schien für unser Volk gekommen, das ganze Volk ohne Ausnahme — die Fürsten, die Priester, die Soldaten, die Bürger — schien endlich einig zu sein in dem Bestreben, Deutschlands Einheit, Grösse und Macht herzustellen. Sonst ruhige, besonnene und bejahrte Männer wurden wie von einem Rausche ergriffen, und die Jugend kam grossenteils aus diesem Rausche das ganze Jahr durch nicht mehr heraus. Wenn man die stattliche Versammlung in der Paulskirche ansah, so schien sie auch wohl geeignet, die grossen Erwartungen Deutschlands zu erfüllen. Berühmtere Namen sind in Deutschland nie beisammen gewesen, wie hier, ja es fragt sich, ob je ein Parlament so viele Grössen auf allen Gebieten des Staatslebens aufzuweisen hatte, wie die Frankfurter Nationalversammlung. Und doch ist ihr Werk gescheitert! Woran lag wohl die Schuld? Wir können heute antworten: Die rechte Zeit und die rechten Männer waren eben noch nicht da! Wenn man die Grössen des Parlaments auf ihr politisches Verständnis untersuchte, dann fiel allerdings das Urteil ganz anders aus. „Brave Leute, — schlechte Musikanten“ sagte einst Thiers; so darf man hier sagen: Berühmte Leute — schlechte Politiker. Bald zeigte sich, welch ein Chaos von Ansichten über das zukünftige Deutschland in den Köpfen dieser Gesetzgeber herrschte. Bald konnte man unterscheiden, wie die einen das grosse Deutschland sich nicht denken konnten, ohne das ganze Oesterreich, die anderen dagegen auf Preussen ihre Hoffnung setzten. Die Grossdeutschen standen wider die Kleindeutschen! Die einen erblickten das Heil in der Monarchie, die anderen — und das waren nicht wenige — in der Republik. Die einen wollten zuerst die Freiheit herstellen, die anderen hielten die Einheit für das Wichtigste. Die meisten

hatten ausserdem sich noch in ihrem Kopfe ein besonderes Plänchen für die Herstellung Deutschlands ausgeheckt, dem sie nach deutscher Art nur ungern entsagten. Allen eigentümlich war die kindliche Zuversicht, dass es ihnen eine Leichtigkeit sein werde, das einige freie Deutschland herzustellen; die meisten hatten gar keine Ahnung von der Schwierigkeit und Grösse dieser Aufgabe. Wenn man die Art, wie sich das Parlament an sein Werk machte, beschaut, sagt man sich, dass man es hier mit einem politisch ungeschulten Volke und mit einer an parlamentarische Thätigkeit nicht gewöhnten Versammlung zu thun hat. Fast der einzige wirklich politische Kopf unter allen war Heinrich von Gagern, überhaupt der bedeutendste Mann der Versammlung, dem es allein zu danken ist, dass das Parlament wenigstens schätzbares Material für eine zukünftige Verfassung Deutschlands zustande gebracht hat. Und doch krankte auch er an der allgemeinen Illusion von der Volkssuveränität, von der suveränen Nationalversammlung, welche in Deutschland nach Belieben schalten und walten könne. Diese Illusion war es vor allem, welche die revolutionären Zuckungen im Volke und das Scheitern des ganzen Reformwerkes verursachte.



Heinrich v. Gagern.

Auch noch ein anderer Gegensatz trat am Eröffnungstage des Parlamentes unangenehm hervor. Als der Bischof von Münster mit einer Anzahl von Katholiken und Protestanten beantragte, das grosse Werk mit einem Gottesdienste zu beginnen, rief der Kölner Raveaux in abweisendem Tone: „Jetzt ist es Zeit zum Handeln, nicht zum Beten,“ ein Wort, dem die Mehrzahl zustimmte, das aber in allen religiösen Kreisen Deutschlands einen ungünstigen Eindruck hervorrief. Eine ausführliche Darstellung der Parlamentsverhandlungen wird niemand an dieser Stelle erwarten, ich muss mich beschränken, in grossen Zügen den Verlauf der Thätigkeit dieser Versammlung zu schildern. Das Vorparlament hatte, wie berichtet, den Verfassungs-

entwurf des Siebenerausschusses nicht beraten, sondern dem zukünftigen Parlament überwiesen. Nun war aber auch ein zweiter Entwurf von der Siebenzehnerkommission, mit welcher sich der Bundestag umgeben hatte, ausgearbeitet worden, der vorwiegend von Albrecht und Dahlmann herrührte. Denn dass das Parlament nicht nur das Recht, sondern auch die Macht habe, kraft der ihm inwohnenden Volkssuveränität ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten nach seinem Ermessen ein neues Deutschland zu schaffen, und an die Stelle des alten zu setzen, darüber herrschte in der ganzen Versammlung auch nicht der geringste Zweifel, und doch war dies, wie sich zeigt, eine verhängnisvolle Täuschung.

Nach dem Plane der Siebenzehner sollte an der Spitze Deutschlands ein erbliches Kaisertum mit verantwortlichen Ministern stehen, ihm zur Seite ein Oberhaus, gebildet aus den regierenden Fürsten und 161 von den Kammern gewählten Reichsräten, und ein aus direkten Wahlen hervorgehendes Unterhaus. Kriegswesen, Diplomatie, Handels-, Zoll- und Verkehrsangelegenheiten unterstehen dem Reich. Alle Truppen der Einzelstaaten bilden das Reichsheer, dessen Offiziere der Kaiser ernennt, der auch über die Festungen verfügt. Die Einzelstaaten hatten nur noch Verfügung über das Gerichtswesen, Polizei, Schule, Kirche und einen Teil des Steuerwesens. Deutschland sollte nach diesem Entwurfe ein konstitutioneller Einheitsstaat werden. Zum Reichsgebiete wurden Schleswig, Ost- und Westpreussen, die deutsche Hälfte von Posen und Cisleithanien gerechnet, denn Kaiser Ferdinand hatte am 11. April den Ländern der ungarischen Krone eine selbständige Regierung bewilligt, sodass damals, wie jetzt in Oesterreich, zwischen den Reichshälften nur Personalunion bestand. Deshalb wollte der Entwurf, dass Cisleithanien allen Gesetzen des neuen Deutschlands sich füge, dem Zollverein beitrete und die Hälfte der österreichischen Armee zum deutschen Reichsheere stosse. Dass diese Bedingungen für Oesterreich unannehmbar waren, liegt auf der Hand. Dieser Entwurf erregte lebhaften Widerspruch bei den Kleinstaaten, die empört waren über die Stellung, die man den Fürsten zuwies, in Oesterreich und bei den Republikanern. Unter den andern auftauchenden Plänen erwähnen wir den Vorschlag des Königs von Preussen. Er dachte sich das neue Deutschland als Staatenbund mit einem Fürstenrate und einem Parlamente. Der Kaiser von Oesterreich sei immer zugleich römischer Kaiser und als solcher Ehrenhaupt deutscher Nation, unter ihm stehe als Reichsobrigkeit ein auf Lebenszeit gewählter deutscher König. Sollte der österreichische Kaiser, fügte er später bei, sich mit dem Ehrenamte nicht begnügen wollen, dann könne man ihm auch die Regierungsgewalt im deutschen Reiche über-

tragen, er, der preussische König, wolle mit dem Amte eines erblichen „Reichserzfeldherrn“ sich zufrieden geben. Bayern liess einen Entwurf ausarbeiten, wonach an Stelle des Erbkaisers ein je sechsjähriges Direktorium treten sollte, in dem sämtliche deutsche Reichsfürsten abwechselnd den Vorsitz zu führen hätten. Oesterreich stellte sich dem Entwurf sofort feindselig entgegen, nicht nur die Regierung, sondern auch die Industriellen der Stadt Wien, welche bei der neuen Ordnung der Dinge Verluste befürchteten, sodass die Regierung am 21. April erklären liess, sie behalte sich die Prüfung jedes Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vor und werde keinen anerkennen, der mit den Interessen Oesterreichs und dem Charakter eines Staatenbundes nicht in Einklang stehe. — Am 18. Mai, an dem ziemliches Durcheinander in der Paulskirche herrschte, wurde auch ein Glückwunsch des Bundestages, der weiter fungierte, an das Parlament verlesen. Am folgenden Tage wählte man Gagern zum Präsidenten, wodurch die Leitung der Verhandlungen in eine feste Hand kam. Er sagte in seiner ersten Ansprache: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Suveränität der Nation!“ Das stolze Wort wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen, obschon es der Wirklichkeit nicht entsprach. Da keine Beratungsvorlagen vorhanden waren, wählte man Ausschüsse, unter welchen der Verfassungsausschuss natürlich der wichtigste war. Fünf kostbare Wochen verflossen, ehe man an die Beratung der neuen Verfassung herantreten konnte.

Während dieser Zeit kamen einige Gegenstände zur Verhandlung, die auch hier erwähnt werden müssen. Preussen hatte nämlich trotz der Abmahnung des Fünfzigerausschusses die verfassunggebende preussische Nationalversammlung gleichzeitig mit dem deutschen Parlamente einberufen und die Abgeordneten, welche beiden Versammlungen angehörten, aufgefordert, nur eines der Mandate anzunehmen. Hierauf beschloss das Parlament am 27. Mai: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Wollen und den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, dass alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem von ihr zu begründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Massgabe des letzteren als giltig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.“ Wiederum fühlte man sich gehoben durch die Fiktion der Suveränität, welche die Einzelstaaten sich gefallen liessen, so lange sie mussten. Praktischer wäre es gewesen, statt erhaben über die Köpfe der Regierungen hinweg

zu dekretieren, sich mit dem damals überaus fügsamen Bundestage ins Einvernehmen zu setzen. So hätte man zwar kein so stolzes theoretisches Verfassungswerk, das völlig in der Luft schwebte, zu stande gebracht, aber wahrscheinlich im Einverständnis mit den Regierungen eine Anzahl von tüchtigen eingreifenden Reformen, die sofort ins Leben getreten wären. So wiegte man sich immerfort ein in den Traum suveräner Macht, und als das Verfassungswerk glücklich fertig war, schwand der schöne Wahn mit einem Male und machte der schmerzlichen Enttäuschung und dem Ausbruche ohnmächtiger Volkswut Platz. — Auch die Zustände in der Bundesfestung Mainz, das in den neunziger Jahren ein berüchtigtes Jacobinernest gewesen war, und in dem immer noch französische Sympathien und Sansculottenmanieren herrschten, beschäftigten die Versammlung. Hier bestanden seit längerer Zeit Reibungen zwischen dem Mob, einem Teil der Bürgerschaft und dem preussischen Besatzungsteil. Kurz vorher hatte die Bürgerwehr bei einem Auflauf auf die Preussen geschossen, worauf diese die Schüsse erwiederten. Es gab nämlich in jenen Jahren viele Leute in Deutschland, welche es für ein verdienstliches Werk hielten, auf die Soldaten zu schiessen, dagegen für ein Verbrechen, wenn diese sich erlaubten, mit Schüssen zu antworten. Der Vizegouverneur der Festung drohte die Stadt zu beschiessen, wenn die Bürgergarde nicht entwaffnet werde, was dann auch geschah. Aber ihr Kommandant, der radikale Advokat Zitz, den wir später in der Pfalz näher kennen lernen werden, donnerte nun im Parlament gegen die Preussen los, obschon von diesen 4 getötet und 25 verwundet, von der Bürgerwehr dagegen nur 5 verletzt worden waren. Das Parlament, das keinen Konflikt mit Preussen provozieren wollte, nahm das Geschrei kühl auf. Selbst Robert Blum sprach von der Notwendigkeit, einer wilden und zügellosen Gewalt entgegenzutreten, und so ging man denn ruhig zur Tagesordnung über.

Unterdessen hatten sich die Abgeordneten so weit kennen gelernt, dass sie sich zu Parteien zusammenfanden. Dieselben erhielten ihre Namen nach den Lokalen, wo sie zu tagen pflegten. Die äusserste Rechte war schwach an der Zahl, hatte aber einen trefflichen Karikaturenzeichner und mehrere wirkungsvolle Redner, Vincke, Schwerin, Radowitz und namentlich Fürst Lychnowsky, ein glänzender Aristokrat, der mit beissender Ironie und scharfem Witze die von der Linken beliebte Phrasendrescherei geisselte und deshalb von dieser und dem Pöbel der Gallerie grimmig gehasst wurde. Diese Partei nannte sich nach dem Kaffee Milani. Die Rechte (eigentlich rechtes Zentrum), auch Professorenpartei genannt, hiess Casino. Hervorragende Mitglieder waren: Bassermann, Mathy, Soiron, Beseler, Dahlmann,

Simson, Beckerath, Schmerling. Im linken Zentrum (Württemberger Hof) standen an der Spitze: Biedermann, Mittermeier, Mohl, Giskra. Von ihr trennte sich später die gemässigte Linke (Westendhalle) unter Raveaux und H. Simon. Die Linke (Deutscher Hof) hatte zu Führern Itzstein, Karl Vogt, Eisenstuck, Löwe, Rösler und Robert Blum. Letzterer war vielleicht der hässlichste Mann im Parlament, aber einer der besten Redner und zugleich der gemässigste Mann auf der ganzen Linken, der ohne Zweifel — wäre er beim Leben geblieben — das neue Reich, wie viele Achtundvierziger, mit Freuden begrüsst hätte. Im „Donnersberg“ tagte die äusserste Linke, die Jacobiner unter Arnold Ruge, L. Simon, Brentano, Trütschler, Julius Fröbel, Zimmermann und Zitz. Zu den zwei letztgenannten Parteien gesellten sich sämtliche Pfälzer. Es waren: Kolb und Reichard von Speyer, Stockinger, Spatz und Umbscheiden von Frankenthal, Christmann von Dürkheim, Anwalt Glass von Landau, Gulden, Schüler und Pfarrer Tafel von Zweibrücken. Als Glass austrat, ersetzte ihn Redakteur Nikolaus Schmitt aus Kaiserslautern. Keiner von ihnen spielte im Parlament eine hervorragende Rolle.



Radowitz.

An witzigen Auslassungen fehlte es in der Versammlung nicht. Karikaturen liefen zahlreich von Hand zu Hand, den kleinen Aegidi nannte man den schwarz-rot-goldenen Tom Pouce, Rösler, der immer in gelbgrünem Gewande erschien, wurde Reichskanarienvogel und Schlöffel, die abstossendste Figur im Reichstage, recht bezeichnend die Reichstagshyäne getauft.

Zu erwähnen bleibt noch, dass das Parlament am 14. Juni beschloss, zur Gründung einer Reichsflotte sechs Millionen Thaler auszuwerfen. — Bald erwies es sich als notwendig, eine provisorische Zentralgewalt ins Leben zu rufen, welche bis zur Einführung der neuen Verfassung die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten leiten sollte. Wie diese zu bilden sei, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Die äusserste Linke wünschte einen Vollziehungsausschuss mit diktatorischer Gewalt, einen ins deutsche übersetzten Wohlfahrtsausschuss; die Linke einen dem Parlamente verantwortlichen Präsidenten mit vier Beigeordneten, während der monarchische Teil der Versammlung teils für einen einzigen fürstlichen Träger

dieses Amtes, teils für ein Triumvirat von fürstlichen Personen eingenommen war. Für die Beratung — es ist das charakteristisch — waren 16 Anträge und 223 Redner angemeldet. Am 19. Juni führte Gagern die Entscheidung herbei durch den bekannten „kühnen Griff", indem er sich für eine einzige Persönlichkeit erklärte, welche nicht die Regierungen, sondern das Parlament zu bestimmen hätte. Das war nicht ein plötzlicher, genialer Einfall, wie man lange meinte, sondern vorher wohl erwogen. Er gefiel beiden Seiten, der einen, weil eine fürstliche Person ins Auge gefasst war, der andern, weil das Parlament wieder einmal Gelegenheit bekam, seine „suveräne" Gewalt zu bethätigen. Gagern selbst aber glaubte, ein einziger Mann werde rascher und energischer in seinen Entschlüssen sein, als ein Kollegium, was nicht zu bestreiten ist. Der zum Reichsverweser Erkorene war Erzherzog Johann von Oesterreich. Diese Wahl kann nicht als eine glückliche bezeichnet werden. Der Erzherzog war ja in Volkskreisen beliebt, er trug ein biederes, leutseliges Wesen zur Schau, hatte eine Posthalterstochter geheiratet und sollte einmal irgendwo gesagt haben: „Kein Preussen, kein Oesterreich, ein einiges Deutschland!" Sonst erwies er sich als ein richtiger Oesterreicher vom Kopf bis zur Zehe und als ein Mann ohne persönliche Initiative, ohne Festigkeit im Entschluss. Das Gesetz über die Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt erhielt folgende Hauptbestimmungen: Dieselbe übt die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, hat die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht und übernimmt die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands. Auf das Verfassungswerk hat sie keinen Einfluss. Krieg und Frieden beschliesst sie im Einvernehmemen mit der Nationalversammlung. Sie wird einem Reichsverweser übertragen, den die Nationalversammlung wählt. Derselbe ist unverantwortlich, und übt seine Gewalt durch Reichsminister, welche dem Parlamente verantwortlich sind. Mit Eintritt der Zentralgewalt hört die Wirksamkeit des Bundestages auf. Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf Vollziehungsmassregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen. —

Der neue Reichsverweser zog unter Kanonendonner und Volksjubel am 11. Juli in Frankfurt ein und gelobte am folgenden Tage in der Nationalversammlung, das Gesetz über die Zentralgewalt zu halten und halten zu lassen zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Zur Feier dieser Wahl wurde vom bischöflichen Ordinariate in Speyer am 13. Juli 1848 ein feierliches „Te Deum" für

alle Pfarrkirchen der Diözese ausgeschrieben. Auch sonst wurde der Tag in Deutschland vielfach festlich begangen. Die bayerische Regierung erliess unterm 1. April 1848 folgende Proklamation: „Bayern! Der Reichsverweser unseres deutschen Gesamtvaterlandes ist ernannt. Seine Person, seine hochwichtige Stellung begrüssen wir, begrüsst ganz Deutschland mit offenem Vertrauen! Das teure Gesamtvaterland wird nach innen und aussen kräftiger erstarken und durch Einigkeit überall Achtung gebieten. Bayern wird, wo es not thut, der grossen deutschen Sache alle seine Kräfte und da, wo es gilt, Gut und Blut zum Opfer bringen." Der Bundestag liess am 12. Juli durch den österreichischen Bundespräsidialgesandten Schmerling dem Reichsverweser erklären, „dass die Bundesversammlung die Ausübung ihrer verfassungsmässigen Befugnisse und Verpflichtungen in die Hände der provisorischen Zentralgewalt lege, dass die Mitwirkung aller deutscher Regierungen dem Reichsverweser zur Seite stehe und sie ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehe". Man konnte diese Erklärung so deuten, als ob der Reichsverweser seine Macht eigentlich den Einzelregierungen, d. h. dem Bundestage verdanke und als ob dieser seine jetzt beendete Thätigkeit später einmal wieder aufnehmen könne, was thatsächlich wider alles Erwarten geschah. —

Alle deutschen Regierungen erklärten sich — Hannover und Bayern nach einigem Widerstreben — mit der Wahl und Persönlichkeit des Reichsverwesers einverstanden. Das erste Reichsministerium war nach der Ablehnung Camphausens aus dem Fürsten Leiningen, der den Vorsitz übernahm, Peucker, Beckerath, R. v. Mohl, Heckscher und Duckwitz zusammengesetzt. Bisher hatte das Parlament von seiner „Suveränität" eigentlich noch keinen praktischen Gebrauch gemacht, vermutlich um nicht mit den harten Sachen der Wirklichkeit unangenehm zusammenzustossen. Jetzt aber musste seine Zentralgewalt anfangen zu fungieren und diese Kraftprobe ergab bald, wie es mit der suveränen Gewalt der Volksvertretung thatsächlich beschaffen war. Schon der Beschluss des Parlamentes, das Reichsheer zu verdoppeln und alle in den Einzelstaaten bestehenden Befreiungen abzuschaffen, erregte allgemeinen Widerspruch und wurde von den meisten Staaten gar nicht ausgeführt. Nun erliess am 16. Juli der Reichskriegsminister v. Peucker ein Schreiben an die deutschen Regierungen, in welchem der Reichsverweser als höchster Kriegsherr in Deutschland bezeichnet und an die Regierungen die Forderung gestellt wurde, am 6. August alle Truppen dem Reichsverweser huldigen und die deutsche Kokarde tragen zu lassen. Oesterreich teilte dem Heere hievon gar nichts mit, der König von Preussen erliess einen Heeresbefehl, in dem er das Vertrauen aussprach, seine

preussischen Truppen würden die alte Tapferkeit bewähren, wenn sie einmal auf Befehl des Königs unter die Führung des Reichsverwesers zu treten hätten. Eine Huldigung fand nicht statt, auch nahm man die deutsche Kokarde nicht an. Auch Hannover lehnte die Huldigung völlig ab. Wenn man sich in Frankfurt nicht selbst Sand in die Augen gestreut hätte, hätte man sich jetzt sagen müssen: Wer die Armee nicht hat, hat auch nicht die Suveränität. — Auch die Uebertragung der diplomatischen Vertretung Deutschlands im Auslande an die Gesandten der Zentralgewalt nahm einen kläglichen Verlauf. Die neuen Vertreter, meistens Männer ohne diplomatische Erfahrung, wurden sehr wenig beachtet und die Gesandten der Einzelstaaten fungierten ruhig weiter. Bei Behandlung der schleswigholsteinschen Frage hatte Preussen die Führung und die Zentralgewalt lief hinterher. Und trotz dieser Erfahrungen und trotzdem, dass Windischgrätz jetzt den Aufstand in Prag und Cavaignac den Proletarieraufruhr in Paris blutig niedergeschlagen hatten, schob das Parlament die Behandlung der Reichsverfassung wieder auf die lange Bank. Es beschloss am 3. Juli, zunächst die Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes vorzunehmen. Das war den Republikanern recht, welche das Hauptgewicht auf die Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers legten. Aber auch die monarchische Mehrheit zeigte sich damit einverstanden, weil die Preussen auf eine kommende grössere Volkstümlichkeit ihres Königs, die Oesterreicher auf eine grössere Stärke ihrer Regierung, die sich eben in Innsbruck befand, hofften. Drei Monate verbrachte nun die Nationalversammlung über der Feststellung der Grundrechte, ein Platzregen von Reden ergoss sich über Deutschland, welches dieses Schauspiel mit einem Gefühle von Ermüdung, Enttäuschung und Ingrimm betrachtete. Damals fuhr, wie Hans Blum in seinem Buche „Die deutsche Revolution" berichtet, eine grössere Anzahl von Heidelberger Studenten, worunter auch Miquel und der Schweizer Gottfried Keller — nach Frankfurt, um die langweilige Verfassungsarbeit des Parlaments durch Anwendung von Gewalt zu beschleunigen. Die Sache wurde aber verraten, in Darmstadt schob man die Wagen mit ihren heissblütigen Insassen auf einen toten Strang und fuhr eine stattliche Anzahl von Bierfässchen auf, worauf ein Vertrag geschlossen wurde, wonach die Musensöhne nach Stillung ihres grossen Durstes wieder zu ihrem Sitze, allerdings unverrichteter Sache, zurückkehrten. — Bei der trockenen weitschweifigen Beratung der Grundrechte fehlte es doch an aufregenden Zwischenfällen nicht. Die schwächliche Politik Preussens hatte die Polen in Posen übermütig gemacht, so dass sie die dortigen Deutschen bedrängten, die preussischen Adler abrissen,

eine „nationale“ Reorganisation des Grossherzogtums offen ankündigten und endlich zu den Waffen griffen. Am 24. Juli kam im Parlament die Frage zur Debatte, ob die deutschen Abgeordneten Posens rechtgiltig gewählt seien oder nicht, welches letztere die Polen behaupteten. Namentlich Robert Blum konnte nicht umhin, dabei seiner glühenden Polenbegeisterung Luft zu machen. Eine durchschlagende Rede des Dichters Wilhelm Jordan verhalf glücklicherweise dem gesunden Menschenverstand und dem deutschen Patriotismus zum Siege. Ein anderer Anlass zu einer heftigen Debatte war die Frage, ob Heckers Wahl ins Parlament, die nachträglich im Wahlkreise Thiengen erfolgt war, giltig sei. Trotzdem oder vielleicht weil Brentano für Hecker eintrat und die Gallerien tobten, verwarf das Parlament die Wahl und Simson erklärte rundweg: „Wenn Heckers That ihm den Eintritt in alle Ehren- und Ruhmeshallen der Welt geöffnet haben sollte, in diese Hallen hat sie ihm den Eintritt verschlossen.“ Am 10. August zog das Parlament mit dem Reichsverweser zum Dombaufest nach Köln. Der König von Preussen empfing seine Gäste freundlich, konnte aber nicht unterlassen, ihnen die warnenden Worte zuzurufen: „Vergessen Sie nicht, dass es noch Fürsten in Deutschland gibt, und dass ich einer von ihnen bin.“ — Die Erbitterung unter den Parteien im Parlament selbst war im Wachsen, und die demokratischen Blätter und Vereine hatten schon alle Hoffnungen auf die Nationalversammlung aufgegeben; sie erklärten dem Volke, dass nur in der Republik das Heil und nur in der Revolution die Rettung zu finden sei. — Um diese Zeit musste sich das Parlament und die Reichsgewalt um das Schicksal Schleswig-Holsteins bekümmern. In Dänemark war im Januar 1848 Christian VIII. gestorben, welcher im Jahre 1846 in seinem „Offenen Brief“ die Trennung der stets vereinigten Provinzen Schleswig und Holstein anbahnte, indem er die Einverleibung Schleswigs in Dänemark forderte und die Erbfolge im Mannesstamme aufhob, welche nach Erlöschen des dänischen Mannesstammes das Haus Augustenburg zur Thronfolge gebracht hätte. Die Stände der beiden deutschen Provinzen protestierten, Chemnitz sang sein berühmtes Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, das in ganz Deutschland begeisterten Widerhall fand. Der Nachfolger Christians Friedrich VII. kündigte eine Gesamtverfassung Dänemarks an, wobei Schleswig, von Holstein getrennt, in jenem Lande aufgehen sollte. Am 24. März wurde thatsächlich die Einverleibung Schleswigs proklamiert und am selbigen Tage bildete sich eine provisorische Regierung in Rendsburg, um das Landesrecht zu schützen. Friedrich Wilhelm von Preussen stellte sich, dem ersten Drange folgend, auf die Seite des Augustenburgers,

Schleswig-Holstein wurde am 12. August in den deutschen Bund aufgenommen. Ein von Jütland anrückendes dänisches Heer schlug die holsteinischen Truppen, die meist aus Freiwilligen bestanden, bei Bau, allein nun rückten die preussischen Garden nebst Hannoveranern und Braunschweigern in Schleswig ein, erstürmten das Danewerk und jagten die Dänen nach Jütland zurück. Alles hätte zu einem guten Ende kommen können, wenn der König von Preussen nicht umgefallen wäre. Man verleidete ihm die Erhebung der Herzogtümer als eine revolutionäre That, Russland warnte, England tobte, Palmerston hatte die Frechheit anzukündigen, man werde die schwarz-rot-goldene Fahne als Piratenflagge behandeln, der preussische Handel litt unter der dänischen Blockade grosse Not, so schloss denn Preussen am 26. August 1848 den schmählichen Waffenstillstand von Malmö, der die Herzogtümer in die Hände der Dänen gab. Da hier Preussen auch im Namen der deutschen Zentralgewalt gehandelt hatte, musste die Sache vor das Parlament kommen. Das Reichsministerium, welches fühlte, dass es ganz in den Händen Preussens sei, und keinen Krieg mit England und Russland heraufbeschwören könne, wollte dem Waffenstillstand zustimmen, allein das Parlament war anderer Ansicht und verwarf den Malmöer Vertrag mit 14 Stimmen Mehrheit. Das Reichsministerium dankte nun ab, Dahlmann suchte vergeblich ein Ministerium zu bilden, welches es wagte, mit Preussen anzubinden, das am 2. September obigen Vertrag ratifiziert hatte. Am 14. September wurde unter diesen Umständen die Sache nochmals dem Parlamente unterbreitet, das endlich am 16. September mit 21 Stimmen Mehrheit dem Waffenstillstand zustimmte, nachdem Camphausen aus Berlin gemeldet hatte, es seien Aussichten auf günstige Aenderungen der Vertragsbestimmungen vorhanden. Die Gallerie tobte, manche Abgeordnete wurden beim Verlassen der Paulskirche insultiert, das Lokal der gemässigten Linken demoliert. Die Gemässigten hatten keinen Einfluss mehr auf die Masse, Leute wie Zitz und Schlöffel waren die Männer des Tages. Am 17. September, einem Sonntage, versammelten sich etwa 12000 Menschen auf der Pfingstweide, welche von den genannten Persönlichkeiten zum Aufruhr gehetzt wurden. Der Berufsrevolutionär Germain Metternich nahm mit seinen Banden das weitere in die Hand, nachdem die Vertreter der Linken es abgelehnt hatten, sich als Konvent aufzuthun und die Republik zu proklamieren. Am 18. September waren 2400 Preussen und Oesterreicher von Mainz gekommen, welche die Paulskirche schützten, wo man ruhig über die Grundrechte weiterberiet. Derzeit entstanden an vielen Orten Barrikaden, von welchen mehrere durch die Truppen genommen wurden. Zum Angriff

auf die festesten erwartete man Kanonen aus Darmstadt. Ein Versuch republikanischer Abgeordneten, den Frieden zu vermitteln, blieb ohne Erfolg. Drohende Flintenläufe richteten sich auf Robert Blum, der noch kurz vorher der angebetete Volksliebling gewesen war. Unterdessen hatten die Abgeordneten Fürst Lychnowski und General Auerswald einen Spazierritt unternommen nach der Friedberger



General Auerswald.



Fürst Lychnowski.

Strasse, woher die erwarteten Truppen kommen sollten. Ein Haufe Sensenmänner erkannte den verhassten Fürsten und verfolgte die Abgeordneten, die sich in ein Gärtnerhaus flüchteten. Hier wurden sie entdeckt und von den Gurgelabschneidern in bestialischer Weise abgeschlachtet. So achtete das Volk die Unverletzlichkeit seiner Abgeordneten! Und so musste das Parlament von den Soldaten gegen das Volk geschützt werden. Die Truppen nahmen nach kurzem Kampfe die Barrikaden, allein mit der Grösse des Parlaments war es vorbei, sein Nimbus begann zu erblassen. Wie weit die persönliche Verbitterung und Gehässigkeit in dieser Versammlung selbst vorgeschritten war, konnte man am 19. September gewahren. Als der Präsident die Nationalversammlung aufforderte, sich zum Zeichen der Entrüstung über den scheusslichen Mord Lychnowskis und Auerswalds zu erheben, blieb die Linke sitzen. Sie entrüstete sich also nicht.

Der Waffenstillstand von Malmö hatte in Deutschland einen schlimmen Eindruck hervorgebracht und man empfand ihn allgemein als eine tiefe Demütigung. Unter diesen Verhältnissen glaubte der

Agitator Struve, der sich in der Schweiz aufhielt, einen neuen Versuch zur Proklamierung der deutschen Republik machen zu sollen. Hecker, der mit ihm und seinem Anhange zerfallen war, hatte anfangs September die Schweiz verlassen und sich am 20. September nach Amerika eingeschifft. Struve, Heinzen und Löwenfels hatten von der Schweiz aus die ganze Rheingegend fortwährend mit revolutionären Brandschriften überschwemmt, und die ebenso kurzsichtige wie kraftlose badische Regierung hielt die Zeit für gekommen, eine Anzahl der wegen des Heckeraufstandes Verurteilten zu begnadigen, die natürlich grossenteils sich an Struve anschlossen. Am 21. September war dieser mit 30 Mann aus der Schweiz in Lörrach eingerückt, wo die deutsche Republik ausgerufen wurde. Die Hauptthätigkeit der Bande, die nun die rote Fahne führte, bestand im Konfiszieren von Staatseigentum, im Ausleeren öffentlicher Kassen und in Erpressungen. Sie nahm sogar auf der Landstrasse einem Handwerksburschen sein ganzes Geld im Betrag von 13½ Gulden ab. Der Zuzug war sehr schwach, trotz aller Drohungen, bei welchen „General" Löwenfels, ein verkommener Litterat, den Stil Marats nachahmte. Das „Heer" langte am 24. September in Staufen an, wo man sich verschanzte, als die Nachricht ankam, dass der badische General Hoffmann mit etwa 800 Mann im Anzug begriffen sei. Bald war das Städtchen erstürmt, die Freischaren liefen auseinander und Struve wurde von dem erzürnten Volke auf der Flucht festgenommen und hinter Schloss und Riegel gebracht. So endete der ebenso lächerliche wie traurige Raubzug.

Endlich war man im Parlament mit den Grundrechten fertig geworden, am 19. September begann die Beratung über die neue Reichsverfassung, die man möglichst lange hinausgeschoben hatte. Es drehte sich dabei um die Frage, ob und wie Oesterreich beim Reich bleiben, oder ob Preussen die Führung des neuen Deutschland übernehmen solle. Um den Gang der Beratungen im Parlamente zu verstehen, müssen wir die Lage dieser beiden Staaten in jener Zeit uns vergegenwärtigen. Wenn Oesterreich die neue deutsche Verfassung annahm, so verstand sich von selbst, dass im eigenen Lande nur noch eine Personalunion möglich war. Aber die österreichische Regierung, welche sich nach den glänzenden Siegen Radetzkys in Italien und der Niederwerfung des Prager Aufstandes durch Windischgrätz wieder stark fühlte, ging eben daran, Ungarn niederzuschlagen und die Staatseinheit wiederherzustellen. Ungarn hatte ein eigenes Ministerium erhalten, allein der Reichstag, von Kossuth geführt, verlangte nun auch eigene Finanzen und eine eigene Armee. Der Kaiser wies diese Forderung ab und ernannte den Obersten Jellacic zum

Banus von Kroatien, das sich eben gegen Ungarns Oberherrschaft zu erheben begann. Die Ungarn verlangten von der österreichischen Regierung die Anweisung an Jellacić, sich den Befehlen des ungarischen Ministeriums zu unterwerfen. Die erstere wies dies zurück und der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan, legte seine Stelle nieder. Nun wurde der gemässigte General Lamberg nach Pest geschickt, um dort zu vermitteln und den Befehl über die ungarischen und kroatischen Regimenter zu übernehmen. Der Pöbel riss ihn aber auf der Kettenbrücke zwischen Pest und Ofen aus seinem Wagen und ermordete ihn auf grässliche Weise. Jetzt war jede Verständigung unmöglich, der Banus von Kroatien brach gegen Ungarn los, die kaiserliche Regierung löste den ungarischen Reichstag auf und ernannte Jellacic zum Statthalter und Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen in Ungarn. Als am 6. Oktober Truppen von Wien nach Ungarn abgehen sollten, suchte das Volk dies zu verhindern und als General Bredy seines Kaisers Befehle durchzusetzen suchte, wurde derselbe umgebracht. Hierauf stürmte die Masse das Gebäude, wo eben das Ministerium versammelt war, bemächtigte sich des greisen Kriegsministers Lataur, schleppte ihn auf die Strasse, misshandelte ihn auf alle Weise und knüpfte ihn an einer Laterne auf. Der kaiserliche Hof begab sich nach dieser Greuelthat von Schönbrunn nach Olmütz, General Windischgrätz rückte auf Wien, das sich in vollem Aufruhr befand. Der Reichstag blieb übrigens in der Stadt und der Gemeinderat schloss sich den Aufrührern an, die Messenhauser zum Kommandanten gewählt hatten. Die deutsche Zentralgewalt und das Parlament sandten zur Vermittelung den Abgeordneten Welker und den Obersten von Mosle in das Hauptquartier von Windischgrätz, die aber kurz abgewiesen wurden. Von seiten der Linken des Frankfurter Parlaments schickte man die Abgeordneten Blum und Fröbel nach Wien, um dem Reichstag und dem Gemeinderat zu ihrer Haltung zu gratulieren. In Begleitung



Robert Blum.

der österreichischen Abgeordneten Moritz Hartmann und Trampusch langte diese Deputation am 17. Oktober in Wien an, wo sie sich ihres Auftrages entledigte. Längstens am 20. hätten Blum und Fröbel wieder abreisen können, nachdem — ich folge dem Bericht Fröbels im Parlamente über den Hergang — ersterer einen Pass vom sächsischen Gesandten, letzterer einen Passierschein vom Oberkommandanten mit Giltigkeit auf 3 Tage erhalten hatten. Beiden war es aber, wie es scheint, um das Fortgehen nicht zu thun, sondern sie liessen sich vorspiegeln, die Passanten würden von den österreichischen Truppen belästigt, und entschlossen sich, zu bleiben. Sie liessen sich sogar bewegen, am Kampfe teilzunehmen, was selbst der Sohn Blums als nicht „korrekt", als einen „falschen Schritt" bezeichnet. (Siehe „Die deutsche Revolution", S. 333.) Bis zum 29. kämpfte Blum gegen die Kroaten, wo er die Unmöglichkeit eines längeren Widerstandes einsah und seine Entlassung nahm. Am selben Tage bot die Stadt ihre Unterwerfung an, am 30. wurde die Kapitulation abgeschlossen, wobei Windischgrätz versprach, gegen Alle Grossmut üben zu wollen. Als sich aber 30. Oktober ein ungarisches Ersatzheer der Stadt näherte, brachen die Aufrührer die Kapitulation und griffen wieder zu den Waffen, sodass die Stadt am 31. mit Sturm genommen werden musste, nachdem sich die Ungarn zurückgezogen hatten. Selbstverständlich waren nun die Bedingungen der gebrochenen Kapitulation hinfällig. Robert Blum wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und am 8. November, wie sein Sohn angibt, besonders auf Antrieb des Barons Hübner, in der Brigittenau erschossen. Er starb mutig und sein Tod wurde in Deutschland, namentlich von seinen Parteigenossen, tief betrauert. Man hielt unzählige Leichenfeiern ab, bei vielen wurden unglaublich heftige Hetzreden gehalten. So liess sich am 15. November in Mainz der Redakteur L. Bamberger also aus: Zuerst beschimpfte er den ermordeten Lychnowski in niederträchtiger Weise, indem er ihn einen „frivolen Menschen", den traurigen Ritter einer traurigen Sache nannte, der im Augenblicke des Kampfes (!) „von den Geringsten seiner Gegner, nicht von deren ersten Würdenträgern, hingeschlachtet wurde". Dann rief er gegen den Schluss der Rede: „O, ich wollte, dass ich sagen könnte: dereinst, wenn jene blutige Saat aufgehen, wenn dieser furchtbare Tod seine herrlichen Früchte bringen wird, am Tag der Ernte, da wird das Volk sich rächen — durch Grossmut, durch Menschlichkeit und Verzeihung! Ich wollte, dass ich es versprechen könnte! Aber ich kann es nicht, ich kann mir nicht falsche Hoffnung vorspiegeln. Der Mann mit dem gezückten Schwert, vor der Wiege des Säuglings, vor dem wehrlosen Gegner, man wird ihn um Mitleid anflehen und er

wird antworten: Robert Blum! und jeder Ruf wird verstummen vor diesem furchtbaren Rachewort. Ein Haufe wälzt sich vor die Paläste; es wird ihm zugerufen: Schone die Unschuldigen, erbarme dich der Greise, der Weiber und Kinder! und der Haufe fühlt Mitleid, da tritt ein Mann hervor, er schwingt das Beil, sieht sich vernichtend um, ruft: Robert Blum! und vorwärts stürzte die Menge in entfesselter Mordlust und aus den Flammen steigt zum Himmel empor das Geschrei der Unglücklichen, ein furchtbarer Grabgesang für den geopferten Robert Blum." Wir werden diesem blutrünstigen Hetzer später in Kirchheimbolanden begegnen, wo er, während die Preussen auf seine Leute schiessen, sich „vernichtend umsieht", aber nicht „Robert Blum" sagt, sondern in eine Chaise steigt und sich eilig aus dem Staube macht. Wenn der Sohn Blums jetzt noch die Hinrichtung seines Vaters einen „Mord" nennt, so mag man das dem Sohne zu gut halten. Allein der objektive Geschichtsschreiber wird anders urteilen. Ich gebe zu, dass der übermütige Fürst Felix Schwarzenberg durch die Erschiessung Blums dem Frankfurter Parlamente seine Missachtung bezeugen wollte, aber ich bin auch der Ansicht, dass ein Abgeordneter, der bei einem Aufruhr drei Tage lang auf die Truppen des Landesfürsten geschossen hat, sich nachderhand auf seine „Unverletzlichkeit" als Parlamentsmitglied nicht mehr berufen darf.

In der Stadt Berlin herrschte von Frühjahr bis Herbst die reinste Anarchie. Der König war jetzt liberal, die Regierung überaus schwach, die Bürgerwehr, welche die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten sollte, that in keiner Weise ihre Schuldigkeit. Da es ihr bald zu viel wurde, die nötigen Wachtposten zu besetzen, rückten auf ihr eigenes Ansuchen schon am 30. März und 1. April wieder vier Regimenter Soldaten in die Stadt, die mit der Sicherung der Ruhe auf den Gassen allerdings nichts zu thun hatten. In den bürgerlichen Kreisen hatte sich eine Menge von Klubs gebildet, unter denen der „Politische Klub" die wichtigste Rolle spielte. Die meisten verfolgten eine republikanische Tendenz, ja in manchen wurde die „rote" Republik gepredigt. Einer der beliebtesten Klubredner und Volksführer war der verkommene und zweideutige Litterat Alexander Held, dem der bankrotte Kaufmann Müller, gewöhnlich Lindenmüller genannt, indes bald den Rang ablief. Bei allen Versammlungen und Aufläufen spielten die „Rehberger", brodlose Arbeiter, die auf Staatskosten an den Rehbergen unproduktive Arbeit schafften, richtige Bassermannsche Gestalten und die „Maschinenbauer", ebenfalls zu jeder Gewaltthat aufgelegte Leute, die tonangebende Rolle. Der suveräne Pöbel vergnügte sich den

Sommer über besonders damit, missbeliebigen Persönlichkeiten Katzenmusiken darzubringen, ein schöner Gebrauch, der sich bald in die kleinsten Dörfer Deutschlands verbreitete. — Unter solchen Verhältnissen trat am 22. Mai die preussische Nationalversammlung in Berlin zusammen. Unter den 372 Abgeordneten zählte die radikale Linke höchstens 40 Mitglieder, aber da sie durch die Klubs, die Pöbelmasse, die Presse die Majorität einzuschüchtern wusste, hatte sie bald das Heft in der Hand. Am 8. Juni trat der Prinz von Preussen in die Versammlung ein. Zu Ehren dieses Tages hatte der Kommunist Berends den Antrag eingebracht, man wolle in Anerkennung der Revolution erklären, dass sich die Kämpfer des 18. und 19. März ums Vaterland wohl verdient gemacht haben. Als die Versammlung mit 19 Stimmen Mehrheit zur motivierten Tagesordnung überging — die Motive besagten ungefähr dasselbe, was Berends beantragt hatte — insultierte der Pöbel die Minister und Mitglieder der Rechten beim Austritte aus dem Beratungslokal, ohne dass die Bürgerwehr Miene machte, Ordnung zu schaffen. Aehnliche Szenen ereigneten sich fast täglich bis zur Auflösung des Landtages. Der König hatte unterdessen an Stelle des Ministers Arnim Camphausen zum Ministerpräsidenten ernannt, welcher der Kammer einen sehr liberalen Verfassungsentwurf vorlegte, der nach radikaler Ansicht nur den grossen Fehler hatte, dass darin das Zweikammersystem beibehalten war. Der Pöbel, der unterdessen die wiedereingehängten Gitter am kgl. Schlosse ausgehoben und ins Wasser geworfen hatte, auch mit Erfolg in die Wohnung des liberalen Ministers v. Patow gedrungen war, um dort unter Drohungen Arbeit zu verlangen, fühlte sich nach diesen Kraftproben zu einem grösseren Handstreich aufgelegt und so wurde denn am 14. Juli das Zeughaus gestürmt und ausgeräumt. Man zerriss und zerbrach dabei die von der Armee eroberten feindlichen Fahnen, stahl die kostbaren Waffen, um sie in der Nacht noch an Trödler, Antiquare u. s. w. zu verschleudern. Nun musste Camphausen gehen, an seine Stelle trat Auerswald, der ebensowenig Energie besass, wie sein Vorgänger. Da die Bürgerwehr beim Zeughaussturm wieder in glänzender Weise ihre Pflicht nicht gethan hatte, fragte am folgenden Tage der Präsident der Nationalversammlung bei dem Kommandanten an, was für Massregeln getroffen seien, um ausreichenden Schutz für die Sitzung der Nationalversammlung derselben zu gewähren, worauf dieser wörtlich antwortete, nach der Lage der Dinge sei er nicht im stande irgend eine Garantie zu übernehmen. Zwar sei die Mannschaft bestellt, ob sie aber erscheinen werde, wisse er nicht; noch weniger, ob sie ihrer Pflicht genüge nach den Erfahrungen vom vorigen Tage. Die Rechte hatte den Antrag gestellt,

man solle unter diesen Umständen die Versammlung nach einer anderen Stadt verlegen, aber diese nahm den Antrag Ulichs an, sie bedürfe keines Schutzes Bewaffneter, sondern stelle sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung, worauf ein Teil der Rechten Berlin verliess. Eine neue Unterhaltung bereitete sich der süsse Pöbel nun dadurch, dass er die preussischen Fahnen beseitigte und den Kadetten — nicht den bewaffneten Soldaten — die preussischen Kokarden herabriss. weshalb ein weiteres Infanterieregiment in die Stadt gezogen wurde. — Da in Potsdam Angehörige eines demokratischen Klubs durchgeprügelt worden waren, hetzten in Berlin Edgar Bauer und Doviat das Gesindel auf die Minister, deren Häuser geplündert werden sollten, was aber infolge des Eintretens der Schutzmannschaft nur teilweise gelang. In Breslau hatte Graf Brandenburg einen Aufruhr mit kräftiger Hand niedergeschlagen, weshalb der dortige radikale Abgeordnete Steiner einen Antrag in der Nationalversammlung einbrachte, der gegen das Offizierskorps gerichtet war und darauf hinauslief, dasselbe zu demoralisieren. Da sich das Ministerium hiegegen verwahrte, beschloss die Kammer, der geforderte Erlass des Kriegsministers an die Offiziere müsse ohne weiteres abgehen. Nun reichte das Ministerium seine Entlassung ein, worauf General v. Pfuel die Regierung übernahm, der womöglich noch energieloser war als sein Vorgänger. Er führte thatsächlich Steins Antrag aus, indem er einen Erlass an die Offiziere richtete, sich ja möglichst mit dem Bürgerstande zu befreunden und von reaktionären Bestrebungen fern zu halten. Derweilen war General Wrangel mit den Garden aus Schleswig-Holstein zurückgekommen und zum Oberbefehlshaber über alle Truppen in den Marken ernannt worden. Jetzt änderte sich auf einmal die Lage, die Freunde der Ordnung und des Gesetzes atmeten auf, als der Tagesbefehl bekannt wurde, mit dem er sein Amt antrat. Am 20. September hielt er eine Parade in Berlin ab, wo er von der Bevölkerung mit Jubel begrüsst wurde. Auch in Breslau und Köln trat man nun den Aufrührern und Spektakelmachern energisch entgegen. Nur die konservativen Mitglieder der Nationalversammlung wagte der Pöbel noch zu insultieren, und als diese am 26. September den Antrag stellten, der Präsident möge dafür sorgen, dass die Würde und Unverletzlichkeit der Versammlung gesichert werde, lehnte die Mehrheit den Antrag als nicht dringlich ab. Am 12. Oktober wurde endlich mit der Durchberatung der Verfassung begonnen, die Waldeck in gemütlicher Muse gänzlich herumgestellt hatte. Die Kammer strich sofort in der Ueberschrift den Passus „von Gottes Gnaden“ und erklärte dann den Adel, die Orden und Titel für abgeschafft. Die Abgeordneten,

welche in der Minderheit waren, wurden wieder beim Verlassen des Saales vom Gesindel misshandelt. Am 16. Oktober hatte ein Arbeiterhaufen mit roter Fahne die Bürgerwehr angefallen, sodass selbst diese endlich schoss, wobei 10 Aufrührer getötet und eine grössere Anzahl verwundet wurden. Der schon erwähnte Kommunist Berends beantragte nun die sofortige Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner, die Bestattung der Toten auf öffentliche Kosten, die Pensionierung der Hinterbliebenen und die Auszahlung zweier Taglöhne an alle bei dem Krawall beteiligten Arbeiter! Am 17. Oktober war ein neues Bürgerwehrgesetz veröffentlicht worden, welches dieser Gesellschaft endlich die gebührende Stelle anwies, wonach die Volksmasse einen Zug veranstaltete, wobei ein Esel das Gesetz auf dem Rücken trug, das dann vor dem Sitzungssaal der Kammer verbrannt wurde. Am 18. Oktober wurden die missliebigen Mitglieder der Nationalversammlung in verstärktem Masse misshandelt, welches sich am 31. Oktober in der schändlichsten Weise wiederholte. An diesem Tage beantragte Waldeck, das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte aufzubieten. Da dieser wahnsinnige Antrag nur 52 Stimmen erhielt, fiel der Pöbel über die Minister und die Abgeordneten derart her, dass mehrere in Lebensgefahr schwebten. Nun war das Fass zum Ueberlaufen voll, Pfuel legte sein Amt nieder und der energische Graf Brandenburg nahm die Zügel in die Hand. Sofort machte sich eine Deputation der Kammer unter Führung ihres Präsidenten v. Unruh nach Potsdam zum Könige auf den Weg, um ihm mitzuteilen, „dass dieses Ministerium die grössten Besorgnisse im Volke errege und unabsehbares Unglück in das Land zu bringen drohe.“ Der König verliess, ohne Antwort auf die in unverschämtem Tone gehaltene Adresse zu geben, das Zimmer, wobei der ostpreussische Jude Jacoby die Frechheit hatte, ihm nachzurufen: „Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit — die Jacoby allein in Pacht genommen — nicht hören wollen!“ Die richtige Antwort blieb nicht aus: Am 9. November erfolgte der Befehl an die Nationalversammlung, ihre Verhandlungen abzubrechen und am 27. November in Brandenburg wieder aufzunehmen. Am selben Tage wurde der Belagerungszustand über Berlin verhängt, am 11. November die Bürgerwehr aufgelöst. Am 10. November rückte Wrangel in Berlin ein und stellte sich vor dem Sitzungslokale der Nationalversammlung, dem Schauspielhause, auf. Die Bürgerwehr, die das Gebäude besetzt hielt, erklärte, sie werde nur der Gewalt weichen. Wrangel erwiderte, die Gewalt sei jetzt da, die National-

versammlung werde in 15 Minuten das Haus verlassen und dann die Bürgerwehr abziehen. Wie er gesagt hatte, geschah es. Mit einem Schlage war Berlin von der Lausbubokratie erlöst, das ganze Land atmete auf. Der Rumpf der Nationalversammlung hatte vor dem Verlassen Berlins noch eine wirkungslose Steuerverweigerung beschlossen, und als am 27. November in Brandenburg ein Streit über die Rechtmässigkeit der Verhandlungen entstand, löste der König am 5. Dezember die Körperschaft auf und oktroyierte eine neue Verfassung.

Kehren wir nun zur Beratung des Parlamentes über die Reichsverfassung zurück. Der erste Abschnitt handelte vom „Deutschen Reiche". Es umfasste das Gebiet des deutschen Bundes unter Vorbehalt der Verhältnisse Schleswigs. Oesterreich war also dazugerechnet, natürlich unter der Bedingung, dass es seine Pflichten ebenso wie die andern Bundesglieder erfülle. In dem zweiten Abschnitte: „Von der Reichsgewalt" wurde mit Hinsicht auf Oesterreich bestimmt: Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte Verfassung, Regierung und Verwaltung haben; dort können nur deutsche Staatsbürger Beamte werden und die Reichsverfassung und Reichsgesetze haben dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern. Damit war Oesterreich vor die Alternative gestellt, entweder aus dem Reiche auszuscheiden, oder in seinem Innern die deutschen Bestandteile völlig von den nichtdeutschen zu trennen und durch Personalunion zu verbinden. In Bezug auf die Reichsgewalt beschloss das Parlament, diese habe die auswärtige Politik, das Heer und die Flotte, Handel, Zoll- und Verkehrswesen, Aufrechterhaltung des Friedens im Innern und die Grundrechte zu umfassen.

Nun begannen schwierige Unterhandlungen mit den Einzelstaaten, namentlich mit Preussen und Oesterreich. Der dominierende Mann in der Paulskirche wurde jetzt Heinrich von Gagern, der an klarem Blick und staatsmännischer Begabung alle überragte. In Preussen lag die Hauptschwierigkeit in dem schwankenden Charakter des Königs, der heute das Gegenteil von dem beschloss, was er gestern für das allein richtige erklärt hatte. Oesterreich aber wollte weder die Reichseinheit im Innern aufgeben, noch auch seine Zugehörigkeit zu Deutschland. Gagern begab sich am 24. Dezember nach Berlin, wo ihm der König erklärte, das Parlament habe kein Recht, die Kaiserkrone zu vergeben, dabei hätten die deutschen Fürsten auch ein Wort mitzureden. Das Ministerium Camphausen zeigte sich einverstanden, zur Schaffung eines kräftigen Bundes-

staates mitzuwirken. In Oesterreich hatte am 27. November Fürst Felix Schwarzenberg dem Reichstage sein Regierungsprogramm vorgelegt, in welchem es in Bezug auf die deutsche Frage wörtlich hiess: „Oesterreichs Fortbestand als staatliche Einheit ist ein deutsches wie europäisches Bedürfnis. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuer und fester Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten getreulich zu erfüllen.“ Diese Worte waren so unklar, wie möglich; die weiter fortschreitende Beratung der Verfassung drängte aber immer mehr auf völlige Klarstellung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich, denn es sollten Einrichtungen geschaffen werden, die dem bisherigen Bundestage möglichst wenig glichen. Der zukünftige Reichstag sollte in ein Staatenhaus und ein Volkshaus zerfallen, zwischen welchen ein ähnliches Verhältnis geplant wurde, wie in England zwischen dem Haus der Gemeinen und dem der Lords. Der Kaiser sollte gegenüber den Beschlüssen dieses Reichstages nur ein suspensives Veto erhalten. Zu den Verhandlungen mit Oesterreich war der Oesterreicher Schmerling, der an der Spitze des Reichsministeriums stand, der rechte Mann nicht, weshalb derselbe veranlasst wurde, sein Amt niederzulegen, welches dann Gagern übernahm, an dessen Stelle als Präsident der Nationalversammlung Simson trat. Gagern nahm es als sicher an, dass Oesterreich, da es am Einheitsstaate festhielt, auf den Eintritt in den deutschen Bundesstaat verzichte, weshalb mit demselben ein „weiterer Bund“, eine Union abgeschlossen werden sollte. Hierüber seien gesandtschaftliche Beziehungen zu Oesterreich zu eröffnen. Das war der einzig richtige Weg, der auch später eingeschlagen wurde, als ein Grösserer und Stärkerer das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich richtig stellte. Im Parlament, im Volke, in Oesterreich brachte allerdings dies Programm damals die grösste Aufregung hervor. Alles, was gegen die Monarchie und Preussen war, that sich in Frankfurt zur „Grossdeutschen Partei“ zusammen, während man die Anhänger Gagerns „Kleindeutsche“ oder auch „Erb-Kaiserpartei“ titulierte. Schmerling eilte nach Oesterreich, von wo alsbald eine Note an die Reichsgewalt gelangte, in der es hiess, dass Oesterreich nicht daran denke, auf den Eintritt in den Bund zu verzichten, aber vorläufig müsse es sich die Freiheit der Entschliessung unbeschränkt offen halten, auch einen gesandtschaftlichen Verkehr über diese Frage ablehnen.

Dagegen müsse die Regelung der deutschen Verhältnisse weiterer Vereinbarung vorbehalten bleiben. Denn keine Reichsverfassung könne rechtlichen Bestand gewinnen ohne Einvernehmen mit den deutschen Fürsten, deren erster der Kaiser sei. Das Aktenstück schloss: „Oesterreich wird in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen." Gagern erklärte hierauf am 5. Januar 1849 im Parlamente, er ziehe sein Programm zurück, wenn Oesterreich wirklich unter denselben Bedingungen wie die anderen Bundesstaaten in den Bund eintrete. Das bezweifle er aber und Oesterreich solle nicht glauben, dass man sich mit einem Institute, ähnlich wie der frühere Bundestag in Deutschland begnügen werde. Am 11. Januar begann die dreitägige Redeschlacht im Parlament, die mit einem Siege Gagerns endete, der die Vollmacht zu gesandtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich erhielt.

Nun musste noch die wichtige Frage des Reichs-Oberhauptes entschieden werden, worüber vom 14. Januar 1849 fünf Tage lang debattiert wurde. Die Mehrheit des Ausschusses hatte beantragt: „Die Würde des Reichsoberhauptes werde einem regierenden deutschen Fürsten übertragen", 10 Mitglieder wollten ein erbliches Kaisertum. Die Republikaner wünschten einen Präsidenten, die Grossdeutschen ein sechsgliederiges Direktorium, andere einen Wechsel der Kaiserwürde zwischen Oesterreich und Preussen, andere wollten das Kaiseramt auf Lebenszeit, 12 oder 6 Jahre vergeben. Zuletzt wurde der Ausschussantrag angenommen, der Antrag auf Erblichkeit aber abgelehnt. Gagern hoffte auf einen Umschwung bei der zweiten Lesung und richtete derweilen ein Schreiben an die deutschen Regierungen, um sie über ihre Stellung zu der neuen Verfassung, die beigelegt war, zu befragen. Preussen empfahl gleichzeitig den Regierungen ausser Oesterreich, sich über das Verfassungswerk, welches es in seinen Hauptpunkten billigte, zu verständigen. Die Einzelstaaten zeigten sich der Vorlage günstig, nur die 4 Königreiche wollten von einem Bundesstaate ohne Oesterreich nichts wissen. Von Oesterreich traf am 4. Februar eine Note ein, worin sich dasselbe gegen den Verfassungsentwurf verwahrte, der den Kaiser einer Zentralgewalt unterordne, den Verträgen zuwiderlaufe und dem Staate keine Wahl lasse, als entweder seine Staatseinheit aufzugeben, oder von Deutschland auszuscheiden; dabei hiess es: „Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach aussen festes und mächtiges, im inneren starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor; auf dessen Grundlage fänden nicht blos die Deutschen, sondern auch die nichtdeutschen Staaten Oesterreichs Platz." Nun legten auch die „Grossdeutschen" eine Verfassung vor

mit einem siebenköpfigen Direktorium, in dem Oesterreich und Preussen abwechselnd den Vorsitz führen sollten. Demgegenüber bildete sich am 17. Februar eine grosse, erbkaiserliche Partei von über 200 Mitgliedern. Am 24. Februar hatten sich 28 Regierungen mit dem Verfassungsentwurf einverstanden erklärt. Der König von Preussen wechselte alle paar Tage seine Ansicht, während von Oesterreich, das am 7. März dem Staate eine Gesamtverfassung aufoktroyiert hatte, ein energischer Schlag gegen die deutsche Verfassung gerichtet wurde. Dasselbe erklärte in Frankfurt, Oesterreich habe nun seine endgültige Verfassung und trete als Gesamtstaat in den deutschen Bund. Demgemäss müsse der Verfassungsentwurf entsprechend umgeändert werden. Es verlange ein Direktorium von 7 Mitgliedern, in welchem Oesterreich und Preussen abwechselnd den Vorsitz führten, und ein Staatenhaus von 70 Mitgliedern, die von den Regierungen und Kammern der Einzelstaaten gewählt würden, 38 Oesterreicher und 32 Deutsche. Deutschland werde in sechs Kreise unter sechs Königen (!) zerfallen. Das war das berühmte Siebzigmillionenreich, in dem Deutschland Oesterreich eingegliedert und unterworfen wurde! Welker, der bisher grossdeutsch war, empörte sich derart über den Vorschlag Oesterreichs, dass er am 12. März den Antrag stellte, die erbliche Kaiserwürde sofort dem König von Preussen zu übertragen. Derselbe wurde am 21. März mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Bei der zweiten Lesung erklärte sich eine Anzahl Abgeordneter bereit, für den Kaiserantrag zu stimmen, wenn das suspensive Veto wieder in die Verfassung aufgenommen werde. Dies geschah, und am 27. März beschloss das Parlament, die Oberhauptswürde solle einem regierenden deutschen Fürsten übertragen werden, und diese Würde solle erblich sein. Am 28. März wurde der König von Preussen mit 290 gegen 248 Stimmen zum deutschen Kaiser gewählt. Wieder läuteten die Glocken und donnerten die Kanonen, wieder hallte die Paulskirche vom Jubelrufe, es war der letzte frohe und festliche Tag, den das Parlament erlebte.

Mit grossen Hoffnungen reiste die Deputation von 22 Gliedern nach Berlin, um Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone zu überbringen. Die preussische Regierung hatte schon vorher erklärt, der Frankfurter Beschluss sei nur für diejenigen Regierungen gültig und verbindlich, welche demselben aus freier Entschliessung beistimmten. Am 3. April 1849 fand die entscheidende Audienz statt. Der König that der Deputation zu wissen, er könne die Kaiserkrone nur dann annehmen, wenn die andern Fürsten dieser Würde sowohl zugestimmt, als auch unter sich und mit ihm selbst darüber sich verständigt hätten, ob die Reichsverfassung in ihrer dermaligen Gestalt dem Einzelnen wie dem Ganzen frommen, ob die ihm als Reichs-

oberhaupt zugedachten Rechte ihn in den Stand setzen würden, mit starker Hand die Geschicke Deutschlands zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Das war so viel, wie eine Absage; traurig reiste die Deputation nach Frankfurt zurück. Während nun Preussen Umfrage bei den Einzelregierungen hielt, rief Oesterreich seine Abgeordneten am 5. April aus der Paulskirche ab. Am 11. April hatten schon 29 Regierungen ihr Einverständnis mit der Reichsverfassung und Kaiserwahl erklärt und das Parlament beschloss, an seinen Beschlüssen festzuhalten. Hätte in Preussen der rechte Mann auf dem Throne gesessen, so wäre es damals wohl möglich gewesen, Deutschland zu einigen, da Oesterreich gerade durch die Ungarn aufs ärgste bedrängt wurde. Allein Friedrich Wilhelm IV. sagte selbst einer Abordnung des Reichsministeriums: „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Grossen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen, ich bin kein grosser Regent.“ In der That liess er, statt die Lage energisch zu benützen, am 21. April namens der preussischen Staatsregierung die Verwerfung der Reichsverfassung in den Kammern erklären.

Das ganze Werk Gagerns, des Parlaments war gescheitert, die Hoffnung Deutschlands vernichtet! Die Patrioten verliessen allmählich Frankfurt, wo sie nichts mehr zu thun fanden. Preussen forderte die Regierungen zu einer Konferenz in Berlin auf, um über die zukünftige Reichsverfassung zu beraten. Die Linke des Parlamentes sann darauf, ob die Reichsverfassung, resp. ihre Republik nicht durch eine Revolution gewaltsam durchzusetzen sei. Am 14. Mai rief Preussen seine Abgeordneten von Frankfurt zurück, am 20. Mai schieden Gagern, Simson, Arndt, Dahlmann und Mathy aus dem Parlament aus. Am 30. Mai beschloss ein Rest von 120 Mann die Verlegung der Versammlung nach Stuttgart. Dieses Rumpfparlament setzte daselbst eine Reichsregentschaft, d. h. einen revolutionären Wohlfahrtsausschuss ein und gefährdete durch seine Beschlüsse derartig die Ruhe und Sicherheit Württembergs, dass der liberale Minister Römer die Versammlung am 18. Juni durch Militär auseinander jagen liess. Ein solches Ende nahm die glänzende und mächtige Versammlung, auf welche das ganze Deutschland seine Hoffnung gesetzt hatte. Die rechte Zeit war noch nicht da, die rechten Männer mussten erst noch kommen!

b) Das Jahr 1848 in der Pfalz.

Bevor wir zu den Ereignissen in der Pfalz während der Jahre 1848 und 1849 übergehen, will ich versuchen, die Verhältnisse näher zu schildern, welche in jenen Jahren in dieser bayrischen Provinz bestanden. Das Ländchen zählte zu jener Zeit 615,000 Einwohner, war also schon verhältnismässig sehr dicht bevölkert. Die Hauptnahrungsquelle der Bewohner bildete der Acker- und Weinbau. Fabriken waren nur wenige vorhanden; als Fabrikorte konnte man höchstens St. Ingbert und vielleicht noch Pirmasens bezeichnen. Bedeutende Städte existierten nicht, ebensowenig Proletariat. Alle 8 Tage fand in Kaiserslautern ein grosser Fruchtmarkt statt, der aus der ganzen Pfalz besucht wurde. Die ganze Kaiserstrasse entlang hielt Wagen an Wagen, Tausende von Verkäufern, Käufern und Händlern fanden sich ein. Wirklich reiche Leute gab es nur sehr wenige, allein man konnte das Ländchen als ein wohlhabendes bezeichnen, da sich ein tüchtiger Mittelstand unter den Bauern vorfand. Im Westrich traf man jedoch auch viele arme Dörfer, wo die Hauptnahrung aus Kartoffeln bestand und der Fusel eine grosse Rolle spielte. Holzfrevel war hier stark im Schwunge, es gab Walddörfer, die ganz von Waldarbeit und Holzdiebstahl ihr Dasein fristeten. — Der Pfälzer ist ein Rheinfranke und hat trotz der vielen Mischungen mit andern Stämmen, trotz des öfteren Herrschafts- und Glaubenswechsels den rheinfränkischen Charakter ziemlich bewahrt. Er ist von Natur aufgeweckt, rasch von Begriff, schlagfertig, munter, witzig, lebensfroh, praktisch, etwas materialistisch in seiner Weltanschauung, leicht empfänglich für Neuerungen, rasch wechselnd in seinen Ansichten und Neigungen, im Ganzen unbeständig. Sein Charakter ist vorwiegend sanguinisch; er ist kein Schwärmer, kein Mystiker, kein Philosoph und kein Theosoph, er zählt zum Schlage der Leute, die sich am liebsten in der Mitte halten. — Politisch gehörte die Pfalz zu Bayern, war aber innerlich mit demselben noch nicht verwachsen, noch nicht eins geworden. Der Pfälzer redete vom „Bayerkönig", von den „Bayern", unter denen er dienen müsse. Die Beamten aus dem jenseitigen Bayern standen isoliert und waren im Ganzen unbeliebt. Man hielt sich von Bayern für stiefmütterlich behandelt; Kolb in Speyer suchte des öftern nachzuweisen, dass die Pfalz finanziell zurückgesetzt werde, was allerdings aus Regierungskreisen lebhaft bestritten wurde. Infolge der isolierten Lage und der in der Pfalz geltenden französischen Gesetze hatte sich hier ein gewisser, manchmal unangenehm hervortretender Lokalpatriotismus herausgebildet, der mit Stolz auf die „Altbayern", ihre Sitten, ihre Sprache,

ihre Lage herabschaute! — Grossgrundbesitz und alter Adel existierten in der Pfalz nicht, eine führende Universität war nicht vorhanden, den Ton gaben Anwälte, Beamte, Geistliche und die Reichen, namentlich die sogenannten Flaschenbarone an, aus welchen Kreisen auch die Volksvertreter gewählt wurden. Das ganze Volk war seit französischer Zeit bewusst und unbewusst liberal und zwar in allen Schattierungen, es mochten 1848 konservative Männer vorhanden sein, eine konservative Partei gab es nicht. Was liberal war, war in den Augen des Pfälzers gut, ohne dass es gerade näher besehen wurde; für liberale Ideen, aber auch für liberale Schlagwörter und Phrasen zeigte sich des Pfälzers Herz sehr empfänglich und sie haben heute ihren Zauber noch nicht ganz eingebüsst. — Mit dem Zeitungswesen war es im Ganzen schlecht bestellt; am meisten wurde das Frankfurter Journal gelesen, in den meisten Städtchen erschienen kleine Lokalblättchen höchstens dreimal in der Woche, die mangelhaft redigiert waren und kümmerliche Nachrichten über Unglücksfälle, Mordgeschichten, Missgeburten und erste Maikäfer brachten. Hievon machte die „Speyerer Zeitung“ eine Ausnahme, die von Kolb in radikalem Sinne geschickt redigiert und ziemlich stark gelesen wurde. Doch gab es viele vermögende Bauernorte, in denen ausser dem Pfarrer und höchstens noch dem Schullehrer niemand eine Zeitung las. Der Wirtshausbesuch war — die Weinorte ausgenommen — nicht stark; die Leute tranken höchstens am Sonntag einen Schoppen, wobei man kartete, kegelte, über Wetter und Ackerbau, selten über Politik, sprach. Im Jahre 1848 allerdings wurde das anders; da nahm der Wirtshausbesuch stark zu, man las dort das „Blatt“ vor, es wurde viel gekannegiessert. — Der Pfälzer hatte in den langen Friedensjahren eine sehr unkriegerische Natur angenommen; es gab für ihn kein grösseres Unglück, als 6 Jahre unter „die Bayern“ zu müssen. Was wurden für Kniffe und Schliche angewendet, den Buben vom Militär frei zu bringen! Wie viele Bestechungsversuche wurden gemacht! Und wenn es nicht anders ging, kaufte auch der kleine Mann lieber einen teuern Einsteher, als dass er den Sohn unter die Soldaten liess. Der Militärdienst war, mit einem Worte, verhasst, Freude am Soldatenleben nicht vorhanden, nur die alten Veteranen Napoleons erzählten noch mit Begeisterung von ihren Kriegserlebnissen. Militär lag in der Pfalz sehr wenig, in Germersheim, Landau und Zweibrücken befanden sich ziemlich schwache Garnisonen, da unter König Ludwig der Stand der Armee soviel wie irgend möglich reduziert wurde. — Französische Sympathien waren immer noch lebendig, namentlich in Landau, wir werden dieselben während des Aufstandes im Jahre 1849 hervortreten sehen. Ich

glaube allerdings, dass wohl nur Wenige an eine Wiedervereinigung mit Frankreich dachten, allein man nahm sich den französischen Liberalismus in allen Stücken zum Vorbild und hielt demgemäss für den Idealstaat die Republik.

Dass bei einer derartigen Bevölkerung die Nachrichten von der Revolution in Frankreich einen mächtigen Eindruck hervorrufen mussten, liegt auf der Hand, bald darauf regte es sich auf politischem Gebiete an allen Orten. Voran schritt natürlich Neustadt, das auf seine führende Rolle im Jahre 1832 nicht wenig stolz war. Schon am 3. März 1848 ging von dort folgende Adresse „An die pfälzischen Abgeordneten“ ab: „Die Würfel sind gefallen! Frankreich hat die Fesseln des Absolutismus gesprengt und die hochherzigste aller Nationen hat abermals für die Freiheit von ganz Europa geblutet. Ja, in dem heissen Kampfe, den sie geführt, hat sie ihre Tyrannen unter die Trümmer des Absolutismus begraben! Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind heute die Losungsworte von ganz Europa, und auf den Fittichen der Freiheit werden sie in Windesbrausen von Land zu Land getragen, die Völker aus dem Schlafe rüttelnd! Auch uns, die wir an der Schwelle der Freiheit wohnen und das wärmende Feuer ihrer Sonne zunächst fühlen, auch uns hat sie aus dem Schlafe geweckt. Zeigen wir uns, die wir stets auf der Warte der Freiheit standen, der Nachbarschaft dieses Heldenvolkes würdig! Der Zeitpunkt ist gekommen, lassen wir ihn nicht abermals unbenutzt vorübergehen, — schmieden wir das Eisen, so lange es warm ist! Jetzt oder nie können und müssen wir unsere so lange vorenthaltenen Rechte erringen! Zu diesem Zwecke wenden wir uns vor der Hand an unsere hier versammelten Deputierten und rechnen mit Zuversicht darauf, dass sie, eingedenk ihres hohen Auftrages und des aus den Händen des Volkes empfangenen Mandats alles aufbieten werden, um die Erfüllung nachstehender Forderungen auf die schnellste und nachdrücklichste Weise zu bewirken: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere. 2) Unbedingte Pressfreiheit. 3) Errichtung eines deutschen Parlaments. 4) Freiheit aller Kulten mit gleichen Ansprüchen zu allen Staatsämtern u. s. w. 5) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 6) Errichtung einer Nationalbank zur Unterstützung der Arbeit, des Handels, Ackerbaues u. s. w. 7) Rückverlegung des Kassationshofes in unsern Kreis. 8) Freies Associationsrecht. — Ehrfurchtsvoll zeichnen: — Folgen die Unterschriften.“ In Neustadt bestanden schon vorher einige politische Vereine, welche im Geheimen thätig waren und obige Adresse in Umlauf gesetzt hatten. Auf den 4. März war nämlich eine grosse Bürgerversammlung nach dem Schiesshause bei Neustadt ausge-

schrieben, bei welcher man auch die pfälzischen Deputierten erwartete, denen dieses Schriftstück übergeben werden sollte. In dieser Versammlung wurde beschlossen, eine Adresse an die Fortschrittspartei in der badischen Kammer zu richten und ihr die Bruderhand über den Rhein zu reichen mit der Versicherung, dass man in Allem, was des Vaterlandes heiligstes Interesse erheische, mit ihnen wie ein Mann stehen werde.

Besagte Adresse wurde von Itzstein in der badischen Kammer verlesen, wo sie volle Anerkennung fand, was derselbe am 10. März dem Dr. Hepp in Neustadt mitteilte. Ausserdem legte die Neustadter Versammlung den pfälzischen Abgeordneten die Wünsche der Pfälzer ans Herz, vermutlich wie sie in dem oben mitgeteilten Schriftstücke zusammengefasst waren. In München hatten um diese Zeit die Volksaufläufe stattgefunden, welche gegen den verhassten Ministerverweser von Berks gerichtet waren. Dieser floh, sein Haus wurde demoliert, Am 6. März ordnete der König die rasche Einberufung der Kammern an, zugleich versprach er Vorlagen über Pressfreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Aenderung der Wahlordnung in liberalem Sinne, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichte, Volksvertretung beim Bundesrat u. s. w. Die Truppen mussten den Eid auf die Verfassung leisten. Am 8. März that der König den Pfälzern zu wissen, er habe aus den jüngsten Vorlagen des Regierungspräsidenten der Pfalz (Alwens) mit Freude ersehen, welche würdige Haltung die Bewohner derselben in dieser ernsten Zeit und gegenüber der Gebahrung in dem westlichen Nachbarlande, besonders in einigen seiner Grenzbezirke, behaupteten, welcher Sinn für Aufrechthaltung der gesetzlichen Zustände sie belebte und von welch entschiedenem Eifer für das gesamte Wohl des deutschen Vaterlandes, für dessen Erstarkung nach innen und aussen die Pfälzer erfüllt seien. Er gebe sich deshalb dem besten Vertrauen hin, dass die geliebten Pfälzer unter allen Umständen bei diesen trefflichen Gesinnungen treu beharren, an König, Vaterland und Verfassung festhalten und den alle Deutsche von Tag zu Tag mächtiger umschlingenden Banden nationaler Einigkeit sich innig und unerschütterlich anschliessen würden. (Amtsblatt für die Pfalz 1848, Seite 186.) — Am 12. März fand in Neustadt des Morgens der erste deutsch-katholische Gottesdienst statt und mittags im Hofe des Rathauses eine grosse Volksversammlung, welche Dr. Hepp leitete. Man beschloss die Forderungen des pfälzischen Volkes zu formulieren und durch 76 Männer aus der Pfalz dem Könige vortragen zu lassen. Diese Wahl fand am 14. März statt, die Deputation reiste unter Führung des Notar Reichard von Speyer nach München ab. Am selben Tage erschien eine allerhöchste Entschliessung, welche, um den pfälzischen Unterthanen einen neuen

Beweis des landesväterlichen Wohlwollens und des vollen Vertrauens auf ihre Anhänglichkeit an das bayerische und gesamte deutsche Vaterland zu gewähren, die allgemeine Bürgerbewaffnung, so wie sie in den übrigen Landesteilen des Königsreichs seit 1826 schon bestand, auch in der Pfalz ins Leben rief.

Die grosse pfälzische Deputation war am 17. März in München am Bahnhofe angelangt und wurde von einer zahlreichen Volksmasse mit dem Rufe: „Hoch den Pfälzern!" empfangen. Ihr Führer, Notar Reichard, sprach zum Volke folgendes: „Deutsche Männer! Brüder! Wir bringen euch den aufrichtigsten Gruss der Pfalz, wir bringen euch den Brudergruss der Pfälzer! In euren Reihen stehen wir in den Reihen der deutschen Männer, um dem deutschen Volke seine Freiheiten erringen zu helfen, zum Heile des gemeinsamen deutschen und heiligen Vaterlandes. Umarmt uns als Brüder und wir werden, getragen von dem Geiste der grossen Zeit, stark in eurer Bruderliebe der Unverletzbarkeit Deutschlands an seiner westlichen Grenze eine unüberwindliche Brustwehr sein. Das deutsche, das freie Vaterland lebe hoch!" Ein grosser Zug geleitete die Deputation in die Stadt. Die Studenten traten an der Hauptwache unter Gewehr, worauf Advokat Spatz aus Frankenthal sie also anredete: „Deutsche Jünglinge! Der Frühlingshauch der Freiheit, welcher aus Frankreichs Gauen in unser Vaterland herübergeweht, er hat im Greise und Manne den Funken der Begeisterung geweckt er möchte ihn im Jünglinge zur Flamme anfachen. Diese Begeisterung hat euch zum Schutze von Freiheit und Vaterland den schönsten Schmuck des Mannes, die Waffen in die Hand gegeben. Wir, die Bewohner der westlichen Grenzmarken Deutschlands, fühlen uns gedrungen, euch die Bruderhand zu drücken, euch zu sagen, dass auch wir einstehen mit Gut und Blut für ein freies einiges Deutschland. Darum rufet mit uns: Hoch lebe unser Vaterland!" (Ich bringe mit Absicht einige solcher Reden im Wortlaut, um den Leser mit der Phraseologie des Jahres 1848 bekannt zu machen.) — An demselben 17. März traten die Kammern in München zusammen. Am folgenden Tage richteten die pfälzischen Abgesandten eine besondere Adresse an die Bürgerschaft Münchens, worin sie sich für deren Forderungen aussprachen. Sie erklärten, vom Rheine gekommen zu sein, um wieder von der Krone die Freiheitsrechte zurückzufordern, die das hl. Erbgut jedes würdigen Volkes bilden. Weiter hiess es: Wir wollen vor allem ein einiges freies Deutschland. Die Verheissungen unserer Verfassung müssen zur Wahrheit, die Forderungen der Zeit erfüllt werden. Gleichheit vor dem Gesetze, Aufhebung aller Standesvorrechte, Befreiung des Grundes und

Bodens von Feudallasten, unbedingte Freiheit der Presse, Versammlungs- und Vereinigungsrecht, Freiheit des Glaubens und der Kulten, Schutz der Personen und des Eigentums durch Schwurgerichte und Volksbewaffnung gegen innere und äussere Feinde, freie Wahl der Volksvertreter und Ausdehnung ihrer Befugnisse auf das volle Mass der Rechte, welche von Gott und Rechtswegen einem mündigen Volke zustehen. Am 20. März verlangten dieselben in einer weiteren Adresse vom König die Gewährung von 29 besonderen Punkten, worunter die wichtigsten waren: Alsbaldige Aufhebung der konfessionellen Trennung der Schulen und Schullehrerseminare, Aufhebung der in der Pfalz errichteten Klöster, Schutz der Rechte der unierten protestantischen Kirche, Entfernung der Oberkonsistorialräte von Roth und Rust, die sich stets den Grundsätzen dieser Kirche feindselig zeigten, unverzügliche Wiedereinsetzung des protestantischen Pfarrers Frantz zu Ingenheim, des Herausgebers einer liberalen Kirchenzeitung, „Morgenröthe", schleunige Abberufung des Regierungsdirektors Lufft, der sich des Vertrauens der Pfälzer nie würdig gezeigt habe. An diesen Lufft richtete am 30. März von Neustadt aus Ludwig Frey, Bürger von Neustadt, Lehrer der französischen und badischen Rechte an der Universität zu Heidelberg, ein offenes Sendschreiben, das folgenden Wortlaut hat: „Mein Herr! In der „Speierer Zeitung" unter Nr. 68 haben Sie den Führern und Antragstellern der Bürgerversammlung vom 12. März dieses Jahres den Handschuh hingeworfen. Erlauben Sie mir, dass ich ihn aufhebe und zwar nur für meine Person. Ich erkläre Ihnen ganz offen, dass ich, so viel an mir lag, alles aufbot, um Ihre amtliche Entfernung aus der Pfalz zu erwirken, ja ich war sogar fest entschlossen, falls diese Ihre Entfernung den Forderungen der Pfälzer nicht angereiht worden wäre, einen motivierten Spezialantrag an die Neustadter Bürgerversammlung zu richten. Mein Herr! Ich bitte Sie, in allem diesem keinen Hass und keine Leidenschaft zu erkennen. Sie haben mir persönlich nie etwas zu Leid gethan. Sie mögen ein guter Gatte, ein zärtlicher Vater, ein treuer Freund, ein guter Bruder sein, Sie mögen alle Privattugenden besitzen, das kümmert mich nicht. Ich habe es ausschliesslich nur mit Ihrem öffentlichen Charakter, mit Ihrer politischen Stellung zu thun. Nicht einmal von Ihrer Thätigkeit als Regierungsdirektor der Pfalz will ich reden, denn ich kenne Sie nicht. Ich will dagegen folgendes erzählen: Zur Zeit der Julirevolution (1830) waren Sie Landkommissariatsaktuar in Bergzabern. Diese Stelle legten Sie nieder mit der ziemlich unverhohlenen Andeutung in der „Speierer Zeitung", dass fortan kein ehrlicher Mann mehr bayerischer Beamter sein

könne. Sie privatisierten hiernach in Neustadt und waren bei der Verhaftung und Abführung des Dr. Hepp nach München so wütend, dass Sie einen Säbel umhingen und losschlagen wollten. Doch als vorsichtiger Familienvater fragten Sie vorher Notar Müller aus Neustadt um Rat; dieser sagte Ihnen aber: „Petrus, Petrus, stecke dein Schwert ein!“ Sie — steckten das Schwert ein und fuhren nach Frankenthal. Später gingen Sie nach Strassburg, von dort aus machten wir eine Fahrt nach Nieder- und Oberbrunn, wo Sie in 24 Stunden bald für die Republik, bald für die Errichtung eines burgundischen Reiches, bald für den Ringkragen eines Offiziers der französischen Nationalgarde geschwärmt. Von Strassburg gingen Sie nach Bern und wurden Untersuchungsrichter; Sie machten von Bern aus eine Reise in Ihre frühere Heimat und kamen dort alsbald wegen Verbreitung revolutionärer Schriften mehrere Wochen lang in Untersuchungshaft; nach Ihrer Freilassung kehrten Sie nach Bern zurück. Hier ging im Anfang alles gut: Sie wurden Bürger der Republik Bern, Mitarbeiter einer radikalen Zeitung der „jungen Schweiz“ und ein gnädiger Protektor der deutschen Flüchtlinge. Doch sehr bald wechselte die Szene. Die Berner Bauernkönige bekriegten die deutschen Flüchtlinge, verfolgten sie und trieben dieselben aus dem Lande, mich mitgerechnet. Hier beginnt nun der schwarze Faden, der sich durch die Geschichte Ihres Lebens zieht. Sie gaben sich zu bösen Dingen her — Sie denunzierten die deutschen Flüchtlinge Scriva, Vulpius und Lembert der Berner Polizei (was ich aus dem Munde dieser Männer habe): Sie wurden Inquisitor Ihres Gesinnungsgenossen Schüler von Biel, des Redaktor's der „jungen Schweiz“. Sie haben diesen Mann wegen seiner freiheitlichen Bestrebungen inquisitorisch wahrhaft mit Füssen getreten; aber dieser hat sich in einer Schrift gegen Sie gerächt, er hat Ihre in der „jungen Schweiz“ erschienenen radikalen Artikel gegen die Berner Regierung, ihrem Hauptinhalte nach abgedruckt, gegen dieselbe Berner Regierung, welcher Sie gleich nachher als blind ergebener Helfershelfer die allerfatalsten Dienste geleistet haben. Schüler wirft Ihnen in seiner Schrift sogar vor, dass Sie mit der Frankfurter Bundeskommission in der allerzweideutigsten Verbindung gestanden haben. Endlich verliessen Sie die Schweiz, denn Ihre Stellung wurde durch Schülers himmelschreiende Anklagen gegen Sie förmlich unhaltbar. Und kaum sind Sie in Bayern, so werden Sie gleichsam wie im Fluge Regierungsassessor in München, Polizeikommissär in Bad-Kreuth, um der Kaiserin von Russland die gefährlichen Polen zu signalisieren; Sie wurden Regierungsrat in Augsburg und Zensor der zahmen Augsburger Zeitung, welche Sie so grausam geistig henkerten, dass Cotta

Miene machte, die Redaktion dieser Zeitung nach Stuttgart überzusiedeln. Um das ganze nun würdig zu gipfeln, wurden Sie unter Abels Pfaffen- und Gendarmerieministerium hoher königlicher Regierungsdirektor der Pfalz, in der Pfalz, auf dem Schauplatze Ihrer demagogischen Umtriebe, Ihrer politischen Verfolgungen, Ihrer Begeisterung für die Sache der Freiheit. Ach, ich hätte fast vergessen, dass Sie auch Orden haben, sogar einen russischen Orden — Sie, ein alter Republikaner, ein Verfolgter der Könige, sind russisch dekoriert! Sie sind Inhaber eines Ordens, an dem das Blut eines gemordeten Volkes klebt!!! Wissen Sie jetzt, warum Tausende von Pfälzern eine schwarze Verdammungskugel in die Urne warfen? Wundern Sie sich, dass Sie, bevor Frankreichs Hahn der Völker Erhebung zum drittenmal gekräht, den Heiland der Freiheit und der Volkssache dreimal, ja zehnmal verleugnet haben? Sie wundern sich, dass die Pfalz gleich in den ersten Tagen ihrer Freiheit auf Ihre Entfernung drang, indem sie Sie als ein Abelsches Spottgedicht auf die Freiheitsliebe der Pfälzer betrachtet? Sie wundern sich, dass Sie alles Vertrauen Ihrer Mitbürger und alle Achtung Ihrer alten Freunde verloren, indem Sie ihnen bald als Republikaner, bald als Royalist, bald als verfolgter Patriot, bald als Inquisitor der bernischen Freiheitskerker, bald als korrespondierendes Mitglied der Frankfurter Bundeskommission, bald als harter Zensor, bald als Polizeikommissär, bald als Regierungsrat, bald als Regierungsdirektor der Pfalz erschienen? Ich weiss nicht, wie weit Sie sich mit unseren bundestäglichen Quälern eingelassen, aber das weiss ich, dass Sie sich als ehemaliger Republikaner ungeheure Verdienste erwerben mussten, um einem argwöhnischen finsteren Despotismus gegenüber Ihre alten Freiheitsflecken gänzlich auszulöschen. Mein Herr, Sie sehen, ich kenne Sie, ich habe Sie verfolgt, wie Ihr Schatten, wie Ihr Gewissen; ich war mit Ihnen vor den Landauer Assisen, ich war mit Ihnen in Frankreich, ich war mit Ihnen in der Schweiz, ich erhielt zwar von den Feinden der Volksfreiheit keinen Rang, keinen Titel, keinen Orden wie Sie, aber dafür bin ich ein ehrlicher Mann geblieben. Der Morgen der Gerechtigkeit ist angebrochen und hat Sie gerichtet. Zum Schlusse empfangen Sie den Rat eines ehemaligen Freundes. Ziehen Sie sich zurück in den verborgensten Winkel des Weltteils und überdenken Sie die Geschichte der Verirrungen Ihres vielbewegten Lebens. Genehmigen Sie, mein Herr, die Versicherung aller der Achtung, die man dem Unglück schuldig ist."

Am 20. März legte König Ludwig unerwartet die Krone nieder. Sein Sohn Maximilian II. erliess am 22. März eine allerhöchste

Entschliessung, dahin lautend, dass die von den Pfälzern vorgebrachten Wünsche und Beschwerden gründlich erwogen und nach Thunlichkeit gewürdigt werden sollen. Dem Direktor Lufft wurde ein zweimonatlicher Geschäftsurlaub erteilt. Derselbe vertheidigte sich in einer eigenen Schrift „Offene aktenmässige Verwahrung und Abwehr, Augsburg 1848“ gegen die wider ihn erhobenen Beschuldigungen. Am 27. März wurden die vor dem 21. März erfolgten Urteile wegen Wald- und Forstfrevels aufgehoben, am 2. April Pfarrer Frantz in Ingenheim wieder in sein Amt eingesetzt. —

Zunächst bemühte man sich jetzt in der Pfalz Volkswehren zu errichten. Auch hier ging wieder Neustadt voran. Am 19. März wurden die Bürger und Waffenfähigen über 21 Jahren auf das Schiesshaus geladen, um über die allgemeine Bewaffnung zu beraten. Eine Liste zur Sammlung für Waffenankauf wurde in Umlauf gesetzt. In Speyer machte man sich an die Bildung einer Schaar von Sensenmännern und sammelte ebenfalls Gaben zur Anschaffung von Waffen. Uebrigens wurden auf Anregung der Regierung bald darauf Waffen aus den Zeughäusern an eine Anzahl pfälzischer Bürgerwehren abgegeben. —

Auch auf dem Gebiete der Kirche und Schule wurde es lebendig. Man suchte auch in der Pfalz deutsch-katholische Gemeinden zu gründen. Die erste kam in Neustadt zu Stande, mehrere andere Städte folgten nach. In der protestantischen Kirche entstand ein lebhafter Streit zwischen der positiven und rationalistischen Richtung, der in den verschiedenen Kirchenblättern und in einigen Schriften ausgefochten wurde. Am 5. April fand in Dürkkeim eine Versammlung von etwa 80 Protestanten statt, in welcher der dortige Pfarrer Fleischmann sich vergebens bemühte, die Anwesenden für eine deutsch-protestantische Volkskirche zu begeistern. Man beschloss vielmehr, die protest. Deputierten der Pfalz um ihre kräftige Mitwirkung für folgende Wünsche anzugehen: 1) Gänzliche Trennung der vereinigten Kirche der Pfalz von dem Oberkonsistorium in München. 2) Anerkennung einer freigewählten Generalsynode als der obersten kirchlichen Behörde der Pfalz. 3) Vollkommene Studienfreiheit für die Theologie-Studierenden der Pfalz. 4) Besetzung des protest. Schullehrerseminars zu Kaiserslautern mit einem Vorstande, der der vereinigten Kirche mit aufrichtigem Herzen zugethan sei (der damalige Vorstand hiess Wagner). 5) Schleunigste Berufung einer ausserordentlichen Generalsynode zur Entwerfung einer neuen Wahl- und Geschäftsordnung für die künftigen Synoden. 6) Augenblickliche Wiedereinsetzung des Pfarrers Frantz von Ingenheim. – Die Trennung der pfälzischen Kirche von dem Ober-

konsistorium wurde thatsächlich durchgesetzt. Ebenso trat Pfarrer Frantz bald darauf sein Amt wieder an. Auf dem Gebiete der Schule hatte schon die Volksversammlung vom 12. März in Neustadt die Einführung von Kommunalschulen verlangt. Am 23. April fand in dem Schiesshause bei Neustadt eine grosse Lehrerversammlung statt, wo man die Trennung der Schule von der Kirche, die Kommunal- und Staatsschule, die Erhebung des Lehrerstandes aus seiner gedrückten Lage als Ziele der freigesinnten Lehrerschaft bezeichnete. Das von dem Lehrer Baab in Dürkheim redigierte Schulblatt unterstützte eifrig diese Bestrebungen, leistete nebenbei auch erhebliches in der persönlichen Verunglimpfung der Geistlichkeit. Ein Artikel dieses Blattes ist mir deshalb noch in Erinnerung, weil er meinen eigenen Vater betraf. Ich teile kurz den Inhalt mit, damit man sieht, wie die Sache gemacht wurde. Mein Vater hatte die Gewohnheit, jede Woche einmal das nächste, etwa $1^1/_2$ Stunden entfernt gelegene Städtchen zu besuchen. Da er von dem jungen Lehrer des Ortes, mit dem er auf freundschaftlichem Fusse stand, der auch uns Knaben Privatunterricht erteilte, hörte, dass derselbe am gleichen Tage einen Besuch in einem zwischen jenem Städtchen und unserer Heimat gelegenen Orte abstatten wolle, forderte er ihn auf, so lange zu warten, bis er zurückkomme. Er werde ihm klopfen und dann könnten sie zusammen nachhause gehen. Ebenso bat er den jungen Mann, der das Okulieren der Bäume verstand, bei einem Spaziergang im Garten, er möge uns Knaben, die wir eine kleine Baumschule angelegt hatten, doch einmal zeigen, wie die Bäumchen veredelt werden. Nun erschien in jener Zeitung ein Artikel, der etwa folgende Ueberschrift hatte: Wozu die Geistlichen die Lehrer alles verwenden! Die Antwort lautete dahin: wenn der Pfarrer in die Stadt gehe und sich einen gehörigen Rausch antrinke, müsse der Lehrer ihm entgegengehen und ihn heimführen. Ausserdem solle er im Garten der Geistlichen umsonst Taglöhnerarbeit, wie Bäume putzen u. s. w. verrichten, wenn dieser aus Geiz den Taglohn gerne sparen möchte. — Eine grosse Volksversammlung, in welcher Schulfragen besprochen wurden, fand am 25. Juni in Kaiserslautern statt, wobei die Geister heftig aufeinanderplatzten. Man beschloss daselbst eine Petition an das Frankfurter Parlament folgenden Inhaltes:

Hohe deutsche Nationalversammlung!

Die deutsche Volksschule, Trennung derselben von der
Kirche mit Aufhebung der Konfessionsschulen betreffend.

Das deutsche Volk erwartet von seinen in der Nationalversammlung vereinigten Vertretern die Begründung der Einheit

und Freiheit Deutschlands auf dauerhaften Grundlagen, die in dem innersten Leben des Volkes selbst ruhen. Sollen diese Erwartungen erfüllt, soll wahre Volks- und Staatseinheit erreicht werden, so müssen lebenskräftige Triebe den ganzen Staatskörper durchdringen und es darf bei der Regeneration desselben kein Krebsschaden zurückbleiben, der, wenn auch Jahrhunderte hindurch vorhanden, doch niemals mit dem gesunden Leben verwachsen konnte, und fortan die ungehemmte Erstarkung des Körpers gefährden würde. Die Volksschule ist es, durch welche zur wahren Volksfreiheit der Grund gelegt und mittelst einer alle Volksklassen gleichmässig durchdringenden Bildung, Bestand und Dauer der Einheit und Freiheit gesichert werden muss. Soll aber die deutsche Volksschule diese hochwichtige Aufgabe lösen, so muss sie von der Herrschaft der Kirche befreit und zu einem selbständigen Eigenleben erhoben werden, das ihr in ihrem bisherigen Zustand durch den überwiegenden Einfluss der Kirche entzogen oder verkümmert war. Die Nationalversammlung besitzt allein die Macht sowie den Beruf, mit Beseitigung kleinlicher Sonderinteressen die Regeneration der nationalen Bildungs- und Erziehungsanstalten, bisher an so mannigfacher Verkrüppelung in den getrennten Theilen unseres vielgestaltigen Vaterlandes leidend, auf einer gleichmässigen Grundlage in allen Gauen Deutschlands zustande zu bringen. Die Unterzeichneten, in einer Volksversammlung vereinigt, erachten es als eine heilige Pflicht, den von allen Seiten für diese grosse Volkssache erhobenen Stimmen sich anzuschliessen und der hohen gesetzgebenden Versammlung Deutschlands ihre Wünsche und Ansichten vorzutragen. Sie fühlten sich umso dringender zu dieser Pflichterfüllung aufgefordert, da die Hierarchie, in dem Besitz eines lange geübten Machtmissbrauches bedroht, den gleissnerischen Ruf: „Religion und Kirche seien in Gefahr“ an ihre Getreuen ergehen lässt und, den lockenden Namen der Freiheit trügerisch missbrauchend, die Religion und die Freiheit des Unterrichts und der Erziehung zu beschützen vorgibt, indem sie in Wahrheit darnach strebt, ihre Herrschaft über die Schule und damit über Volk und Staat zu erweitern und aufs neue zu befestigen. Die Kirche hat aber ihrem innersten Wesen nach mit dem öffentlichen Volksunterrichte, der eine rein — bürgerliche Sache ist, nichts gemein, weshalb unbeschadet ihres segensvollen Wirkens auf dem Gebiete der Religion die Volksschule, als dem Staate angehörig, der Herrschaft der Kirche entzogen werden kann und muss. Ueberall und in allen Zeiten hat die Kirche, wie so manches Blatt der Geschichte lehrt, so oft sie ihren eigenen Wirkungskreis verlassen und das Gebiet des Staates betreten hat,

störend und verderblich einwirkend den Segen, der von ihr ausgehen soll, in Fluch verwandelt. Die lebende Generation darf, um hierüber Belehrung und Warnung zu finden, ihre Blicke nur auf die jüngste Vergangenheit richten, sie hat selbst den Absolutismus im Bunde mit seinen treuesten Alliierten, Kirche und Hierarchie, in seiner grellsten Gestalt nicht gescheut; und ein Volk, das noch vor wenigen Monden durch religiös-politische Dogmen der Kirchengewalt geknebelt und geknechtet werden sollte, wird, wenn von dieser Seite ihm Freiheit geboten werden will, sich durch die Sirenenstimme nicht abermals in die erst gesprengten Fesseln locken lassen. Dem Staate allein steht unbestreitbar das Recht zu, seine künftigen Bürger heranzubilden. In der Jugend liegt der Keim seiner künftigen Macht und Grösse, und diesen Keim zu entwickeln und zu pflegen, ist die Aufgabe der Volksschule. Diese Erziehungsanstalt muss deshalb, soll sie ihrem Zwecke entsprechen, sich frei und selbständig in ihrem Wirkungskreise bewegen können, sie muss somit von dem hemmenden Einfluss der Kirche, von der Herrschaft des Kastengeistes ihrer Diener emanzipiert werden, während anderseits ihre Organisation, Leitung und Aufsicht dem Staate angehört, der die Ausübung dieser Attribution nach dem Grundsatze der Volkssuveränität den Gemeinden und ihren gesetzlichen Organen übergibt. — Und um diese Organisation des Volksschulwesens in seinen unmittelbaren Resultaten fruchtbringend zu machen, und zugleich in der Ausführung zu erleichtern, muss die Trennung der Volksschulen nach Konfessionen aufhören und an deren Stelle sollen Gemeindeschulen, wie sie in einer dazu weniger reifen Zeit auf dem linken Rheinufer mit dem besten Erfolg schon bestanden haben, gegründet werden, damit die deutsche Jugend im gemeinsamen Unterricht in allen dem künftigen Bürger nützlichen und allen Konfessionsgenossen gemeinschaftlichen Lehrgegenständen frühzeitig vor religiöser Spaltung bewahrt und das jugendliche Gemüt konfessionellem Hass unzugänglich gemacht werde. Es soll endlich die Volksschule zur Erstrebung der Einheit im geistigen Leben und Sein des ganzen Volkes nach gleichen Grundprinzipien in dem ganzen Umfange des deutschen Reiches organisiert werden. Dieses sind die Wünsche der hohen Versammlung, welche die Unterzeichneten, von der Ueberzeugung geleitet, dass deren Verwirklichung das Glück und die Grösse des deutschen Volkes wesentlich begründen werden, vertrauensvoll den mit der Neugestaltung Deutschlands beauftragten Männern zur Prüfung und Würdigung anheimgeben, womit sie die Bitte verbinden, dass folgende Bestimmungen in ein Reichsgesetz aufgenommen werden möchten: 1) Die Volksschule in allen Gebiets-

teilen Deutschlands ist Staatsanstalt mit der notwendigen Konsequenz in Betreff einer selbständigen Stellung der Lehrer in amtlicher und pekuniärer Hinsicht. Darum 2) Trennung der Schule von der Kirche, Errichtung von Gemeindeschulen statt der bisherigen Konfessionsschulen. 3) Dem Staat allein steht das Recht zu und liegt die Pflicht ob, die Volksschulen zu leiten und zu beaufsichtigen, und weder die Kirche noch irgend eine andere Korporation hat das Recht, Schulen zu errichten ohne Ermächtigung der Staatsregierung. 4) Die die einzelnen Familien drückenden Schulsteuern werden aufgehoben, und die Kosten der Volksschule werden auf die Staatskassen (oder die Kassen der betr. Gemeinden) übernommen. 5) Jeder Familienvater ist verbunden, seine Kinder in die Volksschule zu schicken. 6) Die bisher von den einzelnen Staaten bestehenden Volksschulgesetze sind aufgehoben, insoweit sie obigen Bestimmungen entgegenstehen, und die von den Regierungen der einzelnen Territorien etwa zu erlassenden Gesetze und Verordnungen haben nur Giltigkeit, insofern sie den Reichsgesetzen über das Schulwesen nicht widerstreiten." — Am 19. Juli erging der Aufruf an das deutsche Volk, „alle seine Wünsche, mögen sie sich nun auf die geistige Entwickelung oder auf die körperliche Ausbildung der Jugend beziehen, mögen sie das erste Kindesalter vor seinem Eintritte in die Schule, oder mögen sie Fortbildungsanstalten nach beendigtem Schulbesuche im Auge haben, rückhaltlos kundzugeben", was die Bewegung auf diesem Gebiete und die Zahl der guten Ratschläge noch erheblich vermehrte.

Am 9. April sollten in Kaiserslautern Volksabgeordnete aus allen Teilen der Pfalz zur Bildung eines pfälzischen Vaterlandsvereins zusammentreten. Man befürchtete augenscheinlich in Süddeutschland das Hervortreten einer republikanischen Bewegung. Schon am 5. April richtete der liberale Pfarrer Frantz in Ingenheim ein „Ernstes Wort an alle, welche die Freiheit und das Vaterland lieben", worin er sich gegen die wendet, die teils offen, teils im Geheimen darauf hinarbeiteten, dass in Deutschland die Republik proklamiert werde. Er liebe die Republik so heiss, als Einer, aber nachdem die Volkssuveränität anerkannt sei, solle man die Neugestaltung Deutschlands getrost dem zusammentretenden Parlamente überlassen. Wer eigenmächtig und gewaltthätig auf die Errichtung der Republik hinarbeite, begehe einen Verrat am Vaterland. Eine ähnliche Warnung richtete der Vorstand des Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt, welcher die Wahlen zum Parlament vorzubereiten hatte, v. Soiron, an die Deutschen unterm 6. April. Am 8. April schrieben die beiden pfälzischen Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses zu Frankfurt, Spatz und Kolb, an die Kaisers-

lauterer Volksversammlung also: „Unsern Gruss zuvor liebe Freunde und Mitbürger! In Zeiten, wie die unsere, wo die ganze Zukunft des Vaterlandes in Frage steht, fühlt Jeder das Bedürfnis, sich enger an seine Gesinnungsgenossen anzuschliessen und durch Wort und That an den Bestrebungen der Gegenwart teilzunehmen. Dieses Gefühl hat Euch zusammengeführt und wird unzweifelhaft die beabsichtigte Gründung von Volksvereinen sofort zur Ausführung bringen. Ihr seid überzeugt, dass auch wir gerne persönlich teilgenommen hätten an einem so hochwichtigen Werke; allein das Vertrauen des Vorparlaments zu Frankfurt hat uns in den Fünfziger-Ausschuss berufen und fesselt uns hierher. So gestattet uns denn, es schriftlich auszusprechen, was wir für jetzt für die dringendste Aufgabe halten, um die Wiedergeburt unseres Vaterlandes zum Ziele zu führen. Vor Allem thut not Klarheit in dem, was wir wollen, ein fester Entschluss, mit allen Kräften das gesteckte Ziel zu erstreben, und endlich besonnene Wahl der Mittel hierzu. Wir wollen Alle ein freies, einiges Deutschland, wir sind entschlossen, jedes Opfer zu bringen, diese Einigkeit, diese Freiheit herbeizuführen. So lasset uns denn die Mittel erwägen, dieses Ziel zu erreichen. Das Vorparlament zu Frankfurt hat diese ganze Angelegenheit in die Hände der konstituierenden Nationalversammlung gelegt, welche auf den 1. Mai nächsthin hierher einberufen ist, und hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, dass die Beschlussnahme über die zukünftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser frei vom Volke zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei. Man ging dabei von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Volkssuveränität aus — der Gerechtigkeit, indem im Vorparlament nicht alle deutschen Volksstämme gleichmässig vertreten waren — der Volkssuveränität, weil nur das ganze Volk, repräsentiert durch freigewählte Vertreter, das Recht haben kann, seine Verfassung zu ordnen. Wir müssen sonach der konstituierenden Nationalversammlung diese ganze Angelegenheit überlassen und unsere Wirksamkeit für jetzt darauf beschränken 1) dass am 1. Mai der Zusammentritt dieser Nationalversammlung wirklich stattfinden und ihre Aufgabe in freier Beratung lösen könne; darum ist zu sorgen a) für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, denn gewaltsame Störung dieser führen Anarchie herbei, die stets das Grab der Freiheit gewesen, b) für unverzögerte Vornahme der Wahlen; 2) dass die Nationalversammlung von Männern beschickt werde, welche sich als wahre Freunde des Volkes erprobt haben, die Einigkeit und Freiheit des gesamten Vaterlandes stets im Auge behalten und den Mut und die Kraft besitzen, dieses Ziel mit aller Entschiedenheit zu erstreben. Dies, liebe Mitbürger, scheint uns für jetzt unsere hauptsächlichste Aufgabe zu

sein. Die Art und Weise, wie die Nationalversammlung die Verfassungsfrage lösen wird, lässt sich übrigens jetzt schon mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vorausbestimmen, wenn wir aus den im Vorparlamente und dem Fünfziger-Ausschuss vorherrschenden Ansichten überhaupt eine Folgerung ziehen dürfen. — Wir wollen sie Euch andeuten. Es wird die neue Verfassung statt des bisherigen Prinzips der Legitimität das Prinzip der Volkssuveränität aufstellen und in allen Staatseinrichtungen durchführen, dagegen die republikanische Staatsform nicht annehmen. Dieses Ideal einer freien Verfassung liegt der grossen Mehrheit unserer Stammesgenossen, namentlich in Oesterreich und Preussen, noch allzuferne, als dass wir annehmen dürften, bei ihnen gleiche Sympathien zu finden. Eine Republik unseren übrigen deutschen Brüdern mit Gewalt aufzudrängen, kann aber nicht unsere Absicht sein, denn wir dürfen keinen Bürgerkrieg hervorrufen, und unser Hauptbestreben muss der Einheit Deutschlands gelten, nur durch sie kann die künftige Grösse unseres Vaterlandes herbeigeführt und Freiheit und Wohlstand Aller gesichert werden. Auch hat die Frage, ob Republik, ob Monarchie, eine untergeordnete Bedeutung, wenn nur einmal klar ausgesprochen ist, dass einzig der Wille des Volkes, nicht aber die Laune eines Fürsten herrschen soll und kann. Dieser Ausspruch ist unzweifelhaft, der Grundsatz der Volkssuveränität ist bereits faktisch anerkannt, er wird und muss auch wohl zur Anerkennung gelangen und alle Einrichtungen im Gefolge haben, welche der Freiheit die breiteste Grundlage geben. Dies, liebe Freunde und Mitbürger, ist unsere Ansicht von der Sache, in diesem Sinne wollen und werden wir wirken. Möge unser Entschluss Eure Billigung finden, wir alle werden dann feststehen in Einigkeit und Liebe zu Freiheit und Vaterland!" —

Diese Instruktion that ihre Wirkung. Die Versammlung der 96 Volksabgeordneten, welche im Fruchthallsaale zu Kaiserslautern unter dem Vorsitze des Rechtskandidaten Nikolaus Schmitt, Redakteurs des „Boten für Stadt und Land" — an dessen Feuilleton auch der vortreffliche Blaul, damals Pfarrer in Otterberg, mitarbeitete — verlief ohne eine Kundgebung für die Republik. Man beschloss die Bildung eines pfälzischen Vaterlandsvereins, dessen Zweck die Förderung der politischen und sozialen Wiedergeburt Deutschlands im allgemeinen und der Pfalz im besondern durch Belehrung, sowie auch durch gemeinsame Massregeln auf gesetzlichem Wege. Zunächst fasste man die Wahlen für das Parlament, welche am 30. März erfolgen sollten, ins Auge und versprach einheitliches Zusammenwirken, um das Bewusstsein im Volke hervorzurufen und zu befestigen, dass allein die deutsche Nationalvertretung den Beruf habe, das grosse Werk

der Wiedergeburt zu vollbringen, und nur unbedingte Unterwerfung aller einzelnen Gebietsteile unter deren Beschlüsse zum Heile führe. Aus jedem Bezirke der Pfalz wurden sofort 4 Verwaltungsglieder des Vereins unter der Vorstandschaft des Nikolaus Schmitt gewählt und dann eine Adresse an den König mit der Erklärung beschlossen, dass die jetzigen Landtagsabgeordneten das Vertrauen des Volkes nicht besässen. Denselben möchte daher nur noch das provisorische Wahlgesetz für die neue Kammer und für die Frankfurter Nationalversammlung, sowie ein Gesetzentwurf für Amnestie und Volksbewaffnung vorgelegt und nach der Vollendung dieser Gesetze die Kammer aufgelöst werden.

Am 14. April erschien ein Aufruf des Königs von Bayern folgenden Inhaltes: „Bayern! An Euch geht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus Eurer Mitte, aus der des ganzen Volkes die Abgeordneten zu wählen zur deutschen Volksvertretung. Seid stolz darauf und erkennt die Grösse Eurer Aufgabe!“ Am 15. April erschien das Gesetz für die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde (Amtsblatt 1848 S. 161). Am 30. April fanden die Wahlen im Königreich statt, das Ergebnis in der Pfalz habe ich früher mitgeteilt, ebenso, dass auf Anordnung des Bischofs von Speyer in allen katholischen Kirchen der Pfalz ein feierliches Hochamt nebst besonderen Gebeten angeordnet wurde, um Gottes Segen für die wichtige Angelegenheit anzuflehen. Gleicherweise fand am 13. Juli in allen pfälz. kath. Kirchen ein Tedeum zu Ehren des neugewählten Reichsverwesers statt. Ein Zeichen der Zeit ist es übrigens, dass man in diesem Jahre in Speyer unterliess, die Fronleichnamsprozession öffentlich abzuhalten, weil man Störungen befürchtete.

Am 22. Mai ernannte König Maximilian II. den Melchior Schulz und Georg Friedrich Usslaub von Speyer zu Kreisinspektoren der pfälzischen Landwehr. Dieselben traten aber ihr Amt niemals an, da man keine königliche, sondern eine demokratische Bürgerwehr wollte. Diese Bürgerwehren spielten während des Jahres 1848 unstreitig im pfälzischen Volksleben die erste Rolle. Viele hatten Freude an der Uniform, wenn dieselbe auch nicht gerade besonders glänzend aussah. Der Bürgergardist trug eine blaue Bluse, graue leinene Beinkleider mit roter Kordel besetzt, einen schwarzen Ledergürtel, eine schwarze sog. Oesterreicher Mütze mit schwarz-rot-goldener Kokarde, unten mit einer Kordel in denselben Farben eingefasst. Anderen machte die gefahrlose Soldatenspielerei Vergnügen; nie hörte man bei uns soviel Säbelgerassel, wie im Jahre 1848. Und dann musste doch auch jede Bürgerwehr notwendig eine Fahne haben und diese Fahne musste

feierlich eingeweiht werden. Da in jedem Dorfe eine Bürgerwehr war, fand auch in jedem Dorfe eine Fahnenweihe statt, wobei die umliegenden Dörfer eifrig mithalfen. So gestaltete sich diese Weihe zu einem fröhlichen Volksfest; jeden Sonntag war man wo anders, es schien das ganze Jahr hindurch im Lande Kirchweihe oder vielmehr Fassnacht zu sein. Der Landmann war an und für sich schon fröhlich, da eine reiche Ernte auf dem Felde stand und die Weinberge voll von Trauben hingen. Und welche Thätigkeit konnte bei solchen Anlässen der glühende deutsche Patriot entfalten! Manche kamen vor lauter Arrangieren von Festen gar nicht mehr in ihr Geschäft, wie viele Adressen mussten aufgesetzt, wie viele Reden gehalten; wie viele Gedichte angefertigt und deklamiert werden! Da sah man erst, welche Menge von Dichtern und Rednern Deutschland in seiner Mitte barg. Die Leute redeten nicht mehr ruhig und vernünftig, alles hatte einen gewissen Schwung, man ging gleichsam auf Stelzen, nie wurde eine solche Fülle von Phrasen über die Köpfe des deutschen Volkes ausgestreut, wie im Jahre 1848. Ich will das an einigen Beispielen erweisen. Am 12. April 1848 richtete Herr Ernst Julius Paraquin an Landaus edle Frauen und Jungfrauen folgende hochpoetische Bitte: „Stets schlug des echten Weibes Herz dem kräftigen Handeln des Mannes und war bereit, seinem Werke jene erhebende und verschönende Weihe zu geben, die zu erteilen nur der zauberischen Gewalt der holden Frauenwelt durch den Genius des ewig Schönen und Wahren verliehen wurde. Und mit Begeisterung erkannte stets der Mann diesen so hohen Beruf der schönen und edlen Lebensgefährtin und wurde durch ihren aufmunternden Zuruf in seinem Mühen gestärkt und herrlich belohnt. So seid, so denkt auch ihr, ihr holden Frauen und Jungfrauen unserer Stadt Landau, an die ich mich nun wende mit der Bitte, das neu geschaffene Werk Eurer Männer, unsere Bürgergarde zu krönen mit einem Geschenke, aus Eurer kunstreichen Hand hervorgegangen, dem Symbole der Treue und der Tapferkeit, dem deutschen Banner. Um dieses teure Angebinde werden sich dann in Zukunft der Bürger kriegerische Reihen scharen, Begeisterung und Liebe für Euch stets aus ihm schöpfen und beseelt durch seinen Anblick, wenn dereinst das Vaterland seine Söhne zur Verteidigung ruft, ihr Herzblut willig den höchsten Gütern hienieden opfern. Mehrere hiesige Frauen und Jungfrauen haben mich, den Unterzeichneten, aufgefordert ihre Schwestern zu diesem schönen Werke einzuladen. Ihrem Wunsche bin ich gerne entgegen gekommen, da ich von der willfährigen und edlen Gesinnung der Frauenwelt dahier überzeugt bin, und im Geiste schon den werten Banner vor unsern Reihen stolz flattern sehend, rufe ich mit

meinen Waffengefährten des unsterblichen Dichters schönste Worte aus: Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Kränze ins irdische Leben.“ — Welches Frauenherz konnte da Widerstand leisten? War das „Banner“ — Fahne sagte niemand mehr — fertig, so folgte die Fahnenweihe, auf welche sich ausser den Rednern die Wirte, Metzger und Bäcker am meisten freuten. Auf einer Wiese wurde eine Rednerbühne aufgeschlagen, mit schwarz-rot-gelben Tüchern drapiert und mit grünen Laubkränzen behängt. Dann ging ein grosses Trommeln und Musizieren los, von allen Seiten zogen die benachbarten Bürgerwehren ins Dorf. Endlich bewegte sich der lange Zug zur Festwiese und der feierliche Akt nahm seinen Anfang. Eine weissgekleidete, etwas bleich aussehende Jungfrau hielt mit klopfendem Herzen und stockender Stimme die Ansprache, womit sie die Fahne dem stolzen Fahnenjunker überreichte. Sie sprach dabei etwa also: (Die beiden Reden wurden bei der Fahnenweihe in Meisenheim am 12. Juli 1848 gehalten und gehören zu den bessern ihrer Art.) „Als die Morgenröte der Freiheit ihre Strahlen über Deutschland verbreitete, da trat auch hier die Volksbewaffnung frisch und herrlich ins Leben. Mit edlem Wetteifer bestrebten sich Meisenheims Männer und Jünglinge, eine Bürgerwehr zu bilden, aber auch die Frauen und Jungfrauen wollten ihre Anerkennung dieses schönen Strebens bethätigen. Sie glaubten, der Bürgerwehr keinen besseren Beweis geben zu hönnen, als dadurch, dass sie ihr ein Banner übergeben, welches ihr stets ein Bild deutscher Grösse und Einheit, aber auch zugleich die weise Mahnung geben soll, dass diese Grösse wieder errungen und diese Einheit wieder hergestellt werden muss. Im Namen der Frauen und Jungfrauen unserer Stadt überreiche ich Ihnen nun diese schwarz-rot-goldene Fahne und rufe Ihnen die schönen Worte des edlen Erzherzogs Johann zu: Kein Oesterreich, kein Preussen, ein einiges, freies Deutschland, stark und fest wie seine Berge.“ Nachdem sich so Fräulein Elisabetha Persinger ihrer schweren Aufgabe glücklich entledigt hatte, dankte Herr Major Dr. Kempff mit beredtem Munde also: „Frauen und Jungfrauen Meisenheims! Tief ergriffen nehme ich das Wort, um Ihnen im Namen der Meisenheimer Bürgerwehr unsern herzlichsten, unsern innigsten Dank darzubringen. Sie haben uns das deutsche Banner überreicht und damit es ausgesprochen, dass auch Sie von dem Geiste der Gegenwart durchdrungen sind, dass auch Sie zum Aufbaue eines einigen freien Deutschlands nach Kräften mitwirken wollen. Es wird dieses Banner als Sinnbild deutscher Einheit zur Begründung dieser Einheit kräftig uns anspornen, es soll aber auch dieses Banner als Sinnbild deutscher Kraft, deutschen Mutes und deutscher Freiheit uns voranleuchten auf

dem Felde der Ehre, wenn es gilt, für Deutschlands Freiheit mit der That einzustehen und für sie Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Aber nicht allein für diese Fahne als solche will ich Ihnen danken. Ihre ächt deutsche Gesinnung, Ihre warme Teilnahme an dem Wiedererwachen unseres Vaterlandes aus schmählicher Knechtschaft, die Ueberzeugung, dass auch Sie durchdrungen sind von reinem deutschen Hochgefühl — diese Gewissheit ist es, was vorzugsweise uns begeistert, was mit froher freudiger Hoffnung für die Zukunft uns erfüllt. Bei dem Gedanken, dass das, wofür seit Jahrzehnten nur einzelne feurige Jünglingsherzen schlugen, dass die Jdee eines neuen und kräftigen Erblühens unseres herrlichen Deutschlands jetzt auch in dem Gemüte des zarteren und edleren Geschlechtes seinen Widerhall gefunden hat, dass mit uns auch die Herzen unserer Frauen und Jungfrauen für deutsche Einheit und Freiheit schlagen — bei diesem schönen und erhebenden Gedanken durchdringt und belebt mich die feste, die freudige Zuversicht, dass unsere längst geträumten Hoffnungen zur schönsten Wirklichkeit erblühen, dass Deutschland einer schönen, einer herrlichen Zukunft entgegengeht. Die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen der verflossenen Jahrzehnte gelang der Gewaltherrschaft nur desshalb so leicht, weil diese Bestrebungen vereinzelt dastanden. Was aber unsere edlen Vorkämpfer bei aller Verfolgung und Schmach, die über sie verhängt wurden, stets mit Mut und Begeisterung erfüllte, was an dem einmal begonnenen Werke sie nicht hoffnungslos verzweifeln liess, es war das hl. reine Feuer der Vaterlandsliebe, es war das Bewusstsein, dass ihre Ueberzeugung eine Wahrheit sei und dass diese Wahrheit siegen müsse, den Verfolgungen und der Schmach, dem Kerker und der Verbannung zum Trotze, welche über ihre Verkünder von den Unterdrückern des Volks verhängt wurde. Dass aber diese Wahrheit endlich gesiegt, für immer gesiegt habe, wer wagt das heute noch zu bezweifeln im Angesichte des wiedererwachten Deutschlands, wer wagt es im Angesichte unserer Frauen und Jungfrauen, welche durch das Ueberreichen des Banners deutscher Freiheit zu dieser Wahrheit laut und öffentlich sich bekennen? Weg mit allen Befürchtungen für Deutschland's Zukunft! Weg mit allen bangen Zweifeln! Felsenfest steht in meinem Innern die Ueberzeugung: eine Sache, der Tausende, der Millionen von Herzen entgegenschlagen, für die unser Edelstes und Schönstes — unsere Frauen und Jungfrauen mit uns erglühen, diese hl. Sache wird, sie kann nicht untergehen. Mögen immerhin Gefahren unserem Vaterlande drohen, mögen Stürme den jungen Baum der deutschen Freiheit umtoben, er wird, er kann nicht wanken, denn seine kräftigen Wurzeln, sie haften tief in den

Herzen des ganzen Volkes, sie haften in den Herzen unserer kühnen Jünglinge und unserer mutigen Männer, in den zarten aber starken Herzen unserer Frauen und Jungfrauen, und es ist heute bereits zur Wahrheit geworden, was ein begeisterter Sänger in den schönen Worten besungen:

„Im Weibe blüht des Volkes Ehre,
Durch sie gedeiht das Kraftgeschlecht.
Der Sohn gedenkt der Mutter Lehre,
Des Worts für Wahrheit, Freiheit, Recht.
Ja noch als Mann gedenkt der Knabe,
Was Mutterlieb' ihm eingeprägt.
Die Tugend ist des Weibes Gabe,
Auf den Altar des Volks gelegt.

Das Weib wird jetzt begeistert schauen
Auf ihres deutschen Volkes Los,
Auf Männerkraft in Not vertrauen,
In Glaub', in Lieb', in Hoffnung gross.
Sie wird dem Sohn die Waffen reichen,
Wie sie zum Kampf den Gatten schmückt,
Und nicht beim Abschiedskuss erbleichen,
Wenn an sein Herz der Mann sie drückt.

D'rum soll das Weib, die Jungfrau leben,
Die Knospe deutscher Herrlichkeit.
Ihr Hoch soll laut den Kreis durchbeben,
In Ahnung einer schönern Zeit.
Und wer den Tod im Kampfe findet,
Eh' ihm der Hoffnung Traum gewährt,
Wohl ihm, die Hand der Jungfrau windet
Den Sargkranz um sein deutsches Schwert."

Nachdem ein brausendes Hoch verklungen, folgt die Weiherede, die wir uns von Herrn Subrektor Gelbert in Kusel halten lassen. Er hebt also an:

„Werte Mitbürger! Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Nicht aus eigener Wahl, sondern als einfacher Bürger ergreife ich das Wort, gedrungen fast gegen den eigenen Willen stehe ich hier, um den Gefühlen der Freude und der vaterländischen Gesinnung den geeigneten Ausdruck zu geben. Allein, wie schwer ist's doch, den Sinn und die Ueberzeugung Aller auszusprechen, wo Verschiedenheit der Ansichten unter so vielen selbständigen Männern vorausgesetzt werden muss. Ueben Sie daher Nachsicht mit mir, wenn mir dies nicht gelingen sollte, wie ich es wünsche. Doch in einem, hoffe ich, sind wir alle einig, im heiligen Gefühle für's grosse, einige, freie deutsche Vaterland; ausser der allgemeinen Menschenliebe kenne ich kein heiligeres. Geschart unter das schwarz-rot-goldene Banner stehen wir hier; welch anderes Gefühl könnte jetzt unsere Herzen

entflammen? Ist's nicht derselbe Sinn, der mit Blüten in frischem Grün, der mit vaterländischen Farben unsere Stadt geschmückt, der dies freundlich stille Thal mit jubelnder Freude erfüllt? Ist's nicht dieselbe Gesinnung, die uns so viele werte Gäste, deutsche Männer, deutsche Frauen von fern und nah zugeführt, denen ich im Namen Aller mit deutschem Brudergruss ein dreifach herzliches Willkommen zurufe?

„Ja, wir sind eines Herzens, eines Blutes", sagt laut das Herz uns mit des Dichters Wort:

„Aus einem Stamme sind wir entwachsen,
Die an der Elbe, wir am Rhein,
Die Bayern, Hessen, Preussen, Sachsen
Die an dem Neckar und am Main,
Dort, wo aus Gletschern Flüsse brausen,
Die dort am nord'schen Meere hausen,
Germania hat uns geboren,
Die alte Mutter lebet noch,
Und hat sie viel an Kraft verloren,
Einst thront sie wieder stark und hoch."

Dies ist die erste Deutung, die erste Mahnung, die uns das deutsche Banner, dies heilige Bundeszeichen mit seinem Wehen, wie mit Geisterstimme zuruft: Seid einig, seid treu, seid wach! Dann aber auch, nur dann kann uns Segen erblühen.

O lasse keiner sich bewegen,
In Selbstsucht je allein zu steh'n,
Vereint erblüht uns allen Segen,
Vereinzelung heisst untergeh'n.
Und wenn wir fest zusammenhalten —
Ein deutsches Volk, ein deutscher Sinn,
Dann ziehen alle Truggestalten
An unsern Häusern machtlos hin.

Sie, meine werten Wehrmänner unserer Stadt, Sie haben, wie allerwärts deutsche Bürger thaten, der neugeschaffenen, durch die Nationalversammlung im Namen des suveränen Gesamtvolkes geschaffenen provisorischen Zentralgewalt eine feierliche, freie Huldigung dargebracht. Zu dieser sichtbaren, gesetzlichen Gewalt deutscher Einheit wollen wir einig, fest und treu halten gegen jedes Sonderbundsgelüste, komme es her von oben oder unten, bis das grosse Werk gelungen unter Gottes Schutz, das zu des ganzen Vaterlandes Heil zu begründen, alle deutschen Stämme aus freier Wahl ihre Abgeordneten nach der alten, freien Reichsstadt Frankfurt gesendet. Nie töne wieder in unserem Lande, das so oft im schrecklichsten der Kriege, im Bruder- und Bürgerkriege sich zerfleischt, der Parteiruf: Hie Waibling, hie Welf! Geschart unter den schwarz-rot-goldenen

Fahnen stehen wir hier, weil es uns ein heiliges Freiheitsbanner ist. „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren“, an denen selbst der feierliche Römer schon vor 2000 Jahren den tapferen Freiheitssinn zu rühmen weiss, von denen ein geistreicher Franzose sagt: „Die Freiheit ist in deutschen Wäldern geboren.“ Freiheit tönt's durch alle Lande, wir sprechen: „Freiheit nicht blutbespritzt, Freiheit nicht rotbemützt.“

Licht aller Welt und Freiheit allen Landen!
Tag allen Völkern, Ordnung, Recht und Friede!
Das ist der Wahlspruch dieser neuen Zeit.

L. Bechstein.

Nicht die feine Diplomatie hat uns dies heiligste der Rechte, dieses Banner wiedergegeben; nein Volkeskraft hat es sich errungen im schnellen Sturme. Jetzt gilt es, sie zu wahren und zu schirmen. Wie aber schützen, wie hegen wir die junge Saat der Freiheit? Nicht durch frechen Uebermut, der Recht zerstören, jedoch nicht bauen kann, nicht durch rohe Zügellosigkeit, die keine Schranke kennt und dulden will. Die festeste Burg der Freiheit, ihr Schutz und Schirm, das sind Gesetz und Recht für Alle gleich, Gesetz und Recht, nicht wie sie aufgedrungen werden durch herrschende Gewalt, sondern wie sie ein Volk durch seine Weisesten und Besten sich selbst beraten und bestimmen lässt. Das ist die höchste Freiheit eines Volkes, dass es sich selbst die Freiheit, sich selbst Gesetz, Ordnung und Recht bestimmt, geübt durch selbst- und freigewählte Vertretung, das ist die Volkssuveränität. Am vaterländischen Rheine, in unserer gesegneten Pfalz hat das Volk gezeigt, wie schön sich wahres Freiheitsstreben zu paaren weiss mit Sinn für Ordnung und Gesetz. Werden wir uns diesen Ruhm selbst schmälern wollen? Der Staat selbst gab Ihnen, wackere Männer, die Waffen in die Hand auf Ihr Verlangen, um Ordnung, Recht und Friede und Ihren Herd zu schützen. Werden Sie sie je anwenden dazu, um die eigene Freiheit zu unterdrücken? O wahrlich, wahrlich nein! O nein! Sie stehen im Waffenschmucke, als Schirmer und Hüter des schwarz-rot-goldenen Banners deutscher Freiheit. Wehe dem, der es feig verlassen würde. Wohl dem, der seine zweite Deutung, seine zweite Mahnung kennt und ehrt, die es mit seinen Wehen, gleich einer Geisterstimme aus freien Lüften kündet:

Der Deutsche ehrt in allen Zeiten
Der Fürsten heiligen Beruf.
Der Deutsche liebt es frei einherzuschreiten
Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf.

Geschart stehen wir unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen als dem Sinnbild deutscher Ehre. Ist schon für den Einzelnen die Ehre

ein hohes, köstliches Gut, um wie viel mehr für ein ganzes Volk. Wenn der Einzelne seiner Ehre und Menschenwürde sich berauben lässt, dann ist er ein feiger Sklave; ein Volk aber, seiner Würde beraubt, ist ein Jammer der Menschheit. Und gestehen wir es uns, wenn auch mit tiefem Schmerzgefühl: Das deutsche Volk lief oft Gefahr, die Achtung vor sich selbst, die Achtung anderer Völker zu verlieren. In sich gespalten wurde es, das früher die Vorherrschaft führte in Europa, den Fremden zumteil zur Beute, und diese zimmerten sich aus geraubten Aesten deutscher Eichen Siegeszeichen. An sich selbst verkennend die Tiefe seines Geistes war es eine traurige Zeitlang der Affe fremder Nationen. Und die es warnten, mahnten an seine Ehre, Würde und Freiheit, wie oft wurden sie nicht verkannt, geächtet und verbannt! Kein deutscher Gesandte des Gesamtvolkes wahrte draussen in der Fremde Deutschlands Würde, kein Ehrengruss tönte deutscher Flagge von fremdem Fahrzeug entgegen. Ach, wir hatten ja nicht einmal ein deutsches Banner. Wohl sprachen Preussen mit Oesterreich im Rate der Völker, doch Deutschland nicht; das wird, das soll jetzt anders werden, ist anders schon geworden! Nicht Ehren- und nicht Schmuckberaubt wird Deutschland ferner dienen dem Fremden, nein, aufrecht, ehrenfest stehen unter seinem heiligen Banner. Bald, bald wirst du weh'n auf deutschen und auf fremden Meeren, du stolzes Zeichen deutscher Ehre. Stolz wehst du über deiner Bürger blanken Waffen, von dir gemahnt wird Deutschland nun ein volles, kräftiges Wort im Rate der Völker sprechen zum Schutz des Rechtes und der Freiheit. Das aber ist der deutschen Fahne letzte Deutung, ernste Mahnung, die sie stolz flatternd im unbefleckten Farbenschmuck uns entgegenstrahlt aus freien, vaterländischen Lüften:

Wenn Deutsche fest auf ihre Ehre halten
Und wenn der Bürger seine Würde schützt,
Kann sich das Schicksal nimmer umgestalten,
Wenn auch die Nacht mit ihren Wettern blitzt.

Und nun empfange von eines deutschen Mannes Hand die Weihe. Möge Gott im Himmel seinen Segen dazu geben. Wir weihen dich, du teures Bundeszeichen, als Sinnbild deutscher Einheit, deutsch vaterländischer Treue. O mögest du nur wehen über ächten Vaterlandssöhnen zum Schutz und Trutz für unser einiges, grosses, deutsches Volk und Vaterland. Und wer nicht für dich kämpfen will, der weiche fern von dir aus deutschen Landen.

Wir weihen dich, du deutsches Banner, als Sinnbild deutscher Freiheit, Recht und Ordnung. Sei du ein Schutz der Freien und der Frommen, ein Schrecken der Frechen und der Bösen!

O mögest du nur wehen über
Deutscher, freier Männer Häuptern.
Heil dem, der zu dir hält,
Heil dem, der für dich fällt!

Wir weihen dich, o deutsches Banner, als Sinnbild deutscher Ehre. O mögest du nie die Feigheit und Schande decken. O bleibe freier Männer Zier! O wahre uns des eignen Herdes Ehre, des Volkes Würde, zu Land, zu Meer, im Schoss des Friedens, im Krieges Schlachtengetümmel.

Und unter deinem stolzen Flattern

„Stets wage sich mit Adlerschwung
Der vaterländ'sche Geist“.

Auch dieser Rede folgt ein donnerndes Hoch! Auch sie gehört zu den bessern; bei denen gewöhnlichen Schlages hörte man meistens nur von „Tyrannen, Pfaffen, vertierten Söldlingen, Henkern, Kerkern, Folterkammern, Finsternis, Volksverdummung, von Morgenröte, Märtyrern, Aufklärung, Freiheit, Volkswille, Heldentod.“ Namentlich durfte „Gut und Blut“ nicht fehlen, welch' letzteres im Jahre 1848 auf denRednerbühnen in Strömen vergossen wurde. In der Umgegend von Kirchheimbolanden pflegte ein Schreiber von Alzey, namens Haas, den man wegen seinen langen schwarzen Locken den „Lockenhaas“ hiess, diese Reden zu halten. Dabei focht er heftig mit den Händen, schlug mit den Fäusten und trat mit den Füssen, wobei es ihm passierte, dass er — da die Rednerbühne aus einem alten, wurmstichigen Weinfass gemacht war — diesem Fasse den Boden hinaustrat und unter dem Gelächter der Menge fechtend in die Tiefe versank. Da die Leute die Rede alle schon kannten, so begannen sie sich des öftern mit einander zu unterhalten, was Haas sehr übel nahm, weshalb er ihnen „Ruhe“ zudonnerte. Heute noch hört man ältere Leute dort sagen: „Ruhe, spricht der Haas“. Es ist dies ein geflügeltes Wort geworden, wie auch das andere in der Pfalz verbreitete Sprichwort „So schnell schiessen die Preussen nicht“ aus jenen Jahren stammt, wo die Preussen zum ersten Male mit ihrem Zündnadelgewehr ins Feld rückten. — Nach dem Reden liess man sich dann zum Essen und Trinken nieder und stand auf, zu tanzen, und spät Abends gings nach wohlvollbrachtem patriotischen Werke mit Trommeln und Musizieren wieder heimwärts. Als bemerkenswert ist zu verzeichnen, dass bei der Fahnenweihe in Speyer der Kommandant, Notär Kissel, in Gegenwart des Regierungspräsidenten der Bürgerwehr das Wort abnahm, für die deutsche Sache unter dem Banner der Freiheit auch mit bewaffneter Hand zu kämpfen.

Ueber die Pfingstfeiertage — Pfingsten war 1848 am 11. Juni — machten etwa 50 Parlamentsmitglieder der Linken einen Ausflug in die Pfalz. Sie trafen am 11. Morgens in Neustadt ein, wo sie festlich empfangen wurden. Von da begaben sie sich nach dem Eschbacher Schlosse, Gleisweiler, Edenkoben und kamen am zweiten Feiertage morgens wieder nach Neustadt zurück. Ueberall wurden Reden gehalten, an letzterem Ort fand eine grosse Volksversammlung statt, zu der sich 6—8000 Menschen eingefunden hatten. Die Begrüssungsansprache hielt Dr. Hepp, hierauf ergriff Robert Blum das Wort, um nachzuweisen, wie nur durch Revolution die bestehenden Verhältnisse gebessert werden könnten und vor den grössten Feinden der jungen Freiheit zu warnen. Es redeten ausserdem Zimmermann aus Spandau, Dr. Schilling aus Wien, Tafel, Schott, Eisenstuck, Wesendonk, Günther und Schlöffel, worauf Blum die Versammlung schloss. Am schlimmsten kamen die Fürsten und die „Schwarzröcke“ weg, aber auch gegen die „Geldsäcke“ wurde gedonnert. Es soll dabei, wie der „Christl. Pilger“ 1848 S. 119 versichert, eine rote Fahne erschienen sein, auch hätten einige Burschen in der Stadt königl. Wappenschilder herabgerissen. Die Gäste begaben sich über Dürkheim, wo wieder geredet wurde, nach Frankfurt zurück.

Am 20. August traf der deutsch-katholische Reformator Johannes Ronge, ein herzlich unbedeutender Mann, in Neustadt ein, um hier für die neue Kirche zu wirken. In der protest. Kirche fand Gottesdienst statt, zu welchem viele Neugierige von nah und fern herbeigeströmt waren. Er predigte von der Liebe, hielt dann das Abendmahl, an dem sich 200 Leute, auch Protestanten, beteiligten und taufte zwei Kinder. Mittags war Festessen im Köhler'schen Saale mit Toasten von Rassiga, Ronge, Hepp, Daqué, Fitz, Weis und Gleich, und Abends Schlussfeier im Schiesshause. Bald darauf erhielt die deutsch-katholische Gemeinde einen eigenen Prediger Namens Loose, ein gemeines, verächtliches Subjekt, das im Volksmunde wegen seines Verhaltens nur die „Loos“ — in der Pfalz Ausdruck für Mutterschwein — genannt wurde. Es gelang ihm durch sein anmassendes, brutales Wesen bald in Neustadt, das grosse Wort zu führen. Er und sein Handlanger, der bankrotte Uhrmacher Weber, Bürgerwehrkommandant, übten eine förmliche Tyrannei in der Stadt aus, welcher Niemand entgegen zu treten wagte. Später gaben sie zusammen ein demokratisches Kreuzerblatt „der Pfälzer Volksmann“ heraus, ein ordinärer Wisch, in welchem der Kommunismus gepredigt und die Armen gegen die „Geldsäcke“ gehetzt wurden. In Nummer 4 dieses Blattes von 1849 heisst es von den „Dienern Gottes, Lehrern der Moral, Männern der richtigen Mitte, Liberalen“, das seien

„Schurken, die ihres Verdienstes um die Menschheit wegen den Galgen zieren sollten“. Auf der zweiten Seite schliesst ein Artikel: „Kein Heil ausser dem Sozialismus!“ Dieser würdige „Prediger“ erliess im Verein mit dem Kirchenvorstande: Weber, Ries, Ratius, Wappler, Leib, am 18. Oktober einen Aufruf an die Pfälzer, worin diese alle, Katholiken und Protestanten, aufgefordert wurden, zu freien kirchlichen Gemeinden zusammenzutreten. Auch in Frankenthal und Dürkheim hatten sich solche Gemeinden gebildet, und als Loose im November in Kaiserslautern die Robert-Blumfeier abhielt, veranstaltete er in der Fruchthalle eine Volksversammlung, bei welcher 60 Personen der deutsch-katholischen Gemeinde beitraten.

Der Unfug von Katzenmusiken verbreitete sich um diese Zeit von Berlin über ganz Deutschland. Am 31. August fanden solche in Speyer statt, und diese Bethätigung des freien deutschen Bürgers gewann solchen Anklang, dass selbst in Dörfern missliebigen Persönlichkeiten derartige Ständchen dargebracht wurden. Besonders arg scheint man es in Kaiserslautern getrieben zu haben; es liegt mir eine Bekanntmachung des Bürgermeisters Weber vom 30. Januar 1849 vor, worin über die in letzter Zeit ausgeführten Katzenmusiken und andern Unfug geklagt und angeordnet wird, dass Patrouillen der Bürgerwehr jeden Abend die Stadt zu durchstreifen und gegen jede Ruhestörung ernstlich einzuschreiten hätten. Die Eltern und Lehrherrn werden aufgefordert, ihre Kinder, die Lehrlinge und Dienstboten bei der Nacht von den Strassen wegzuhalten.

Am 8. Oktober fand in Neustadt eine Beratung der Ausschussmitglieder des über die ganze Pfalz verbreiteten Volksvereins statt, dem auch zwei Mitglieder der Nationalversammlung, Gulden und Umbscheiden, beiwohnten. Das Leben in diesem Vereine muss in jener Zeit ziemlich flau gewesen sein, denn sowohl Dr. Hepp aus Neustadt, wie Gulden aus Zweibrücken mahnten zu frischer, energischer Thätigkeit. Alle betonten, Zweck des Vereins sei: Politischer Fortschritt und Volksbildung auf gesetzlichem Wege. Lischer aus Dürkheim tritt gegen den Verein auf, der zu konservativ sei, und fordert zum Beitritt zu den demokratischen Vereinen auf, die weiter gingen und grössere Regsamkeit zeigten.

Am 4. November richtete der geschäftsführende Ausschuss des pfälzischen Volksvereins, bestehend aus: Dr. Hepp, Rassiga, Ph. Knöckel, H. Frey, Werner, Ph. Abresch, F. Maucher, Dr. Klein, Martin Fuchs, F. Daqué, Th. Riess, eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung mit der Bitte, dieselbe wolle die deutsche Zentralgewalt nötigen, der Stadt Wien helfend beizuspringen gegen die „Barbarenhorden des Menschenschlächters Windischgrätz“. Eine

zweite Adresse an dieselbe Adresse beschwert sich über einen Erlass des Reichsministeriums, wonach die Polizeibehörden das Recht haben sollten, von den politischen Vereinen Vorlage der Statuten und der Beschlüsse mit Angabe der Mitgliederzahl zu verlangen, was als Verkümmerung des Vereinslebens bezeichnet wird. Der Polizeikommissär von Neustadt, Reuthner, hatte nämlich unterm 28. Oktober 1848 folgendes Schreiben an den Vorstand des dortigen Volksvereins, Dr. Hepp, gerichtet: „Zufolge eines Rundschreibens des Reichsministeriums vom 3. lfd. Mts., sowie einer Ministerialentschliessung vom 11. dieses — bin ich gemäss Landkommissariats-Verfügung vom 20. Oktober beauftragt, Euer Wohlgeboren als Vorstand des Volksvereins zu ersuchen, wenn möglich umgehend die Statuten des Vereins, die bisher bekannt gemachten Beschlüsse und die Angabe der Zahl der Vereins-Mitglieder mir zur weitern Erledigung des gegebenen Auftrags übersenden zu wollen. — Besagtes Rundschreiben des Reichsministeriums, sowie die Ministerialentschliessung will ich, wenn Euer Wohlgeboren dies wünschen, auf meinem Büreau Ihnen zur Einsicht vorlegen. Mit vorzüglichster Hochachtung, der kgl. Polizeikommissär, unterzeichnet: Reuthner. —“ Hierauf antwortete Dr. Hepp folgendes: „Sr. Wohlgeboren dem Herrn königl. Polizeikommissär dahier. — Ihre gestern in Folge höhern Auftrages an mich in meiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des hiesigen Volksvereines gerichtete schriftliche Aufforderung kam mir nach den vorausgegangenen Nachrichten öffentlicher Blätter und verschiedenen düstern Anzeichen der Zeit nicht unerwartet und legt mir die Pflicht auf, Ihre Zuschrift zu beantworten, wenn auch nicht in dem gewünschten Sinne. Ich bin nicht allein Vorstandsmitglied des hiesigen zirka 400 Mitglieder zählenden Volksvereines, welcher bekanntlich ein Zweigverein des am 9. April lfd. Jrs. in Kaiserslautern gegründeten pfälzischen Volksvereines ist, daher auch — wie sich von selbst versteht — die Satzungen des ganzen Vereines nur teilt und keine eignen besitzt, sondern bin auch Mitglied des Zentralkreisausschusses des pfälzischen Volksvereines. — In letzterer Eigenschaft fühle ich mich verpflichtet, gegen die in Folge des von Ihnen angeführten Rundschreibens des Reichsministeriums vom 3. lfd. Mts. und Erlasses des königl. bayerischen Ministeriums vom 11. dieses uns angesonnene Vorlage der Statuten des Vereines und der bisher bekannt gemachten Beschlüsse desselben u. s. w. vorläufig in persönlichem Namen — da mir eine Verständigung mit den übrigen nicht hier anwesenden Mitglieder des Zentralausschusses im Augenblicke nicht möglich ist — Verwahrung einzulegen und die Gründe, die mich hierzu bestimmen, hervorzuheben. — Im März dieses Jahres hat das ganze deutsche Volk den politischen

Druck, der so schwer auf ihm lastete, durch seine edle kräftige Erhebung von sich abgeschüttelt und die freie Bewegung seiner gefesselten Glieder wieder erlangt. Das Volk fühlte sich mündig und wollte frei sein — und es wurde frei, indem sich keine Macht stark genug erachtete, um dem überall kräftig ausgesprochenen Volkswillen entgegenzutreten oder die Gewährung zu versagen. Eine der schönsten Errungenschaften dieser Volkserhebung bildet das unbeschränkte Vereinsrecht, in dessen faktischen Besitz das deutsche Volk sich schon seit mehr als 6 Monaten befindet und das nebst dem Versammlungsrecht dem bayerischen Volksstamme insbesondere durch ein von den Ständen des Landes öffentlich gegebenes Ministerwort in so lange feierlich gewährleistet wurde, bis im Wege der Reichs- und Staatengesetzgebung die definitive Feststellung dieses so wie der andern Grundrechte des Volkes stattgefunden haben würde. Der verfassungsgebende Reichstag in Frankfurt hat bereits die wesentlichsten Grundrechte des Volkes zum erstenmale beraten und über das Vereinsrecht insbesondere in seiner 86sten Sitzung den Beschluss gefasst: „Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine Massregel beschränkt werden.“ Dadurch hat diese hohe Versammlung, welche die Suveränität der ganzen Nation repräsentiert unzweideutig ausgesprochen, dass sie weit entfernt ist, solche das Recht selbst gänzlich verkümmernde Polizeimassregeln bezüglich des Vereinsrechtes, wie die angesonnenen, welche jeden Vaterlandsfreund nur allzusehr an den dahingeschiedenen Bundestag und dessen unheilvolles Wirken erinnern — fernerhin zuzulassen und dass sie entschlossen ist, das Vereinsrecht dem Volke in Wahrheit und unverkümmert zu erhalten und zu sichern — was durch die ganz nahe bevorstehende zweite Beratung der Grundrechte in Aussicht gestellt ist. Wenn gleichwohl das Reichsministerium im direkten Widerspruche mit dem ausgesprochenen Beschlusse des deutschen Reichstages selbst es unternommen hat, das unbeschränkte Vereinsrecht dem Volke zu entziehen und den untergegangenen Polizeistaat wieder unter Anmassung der gesetzgebenden Gewalt ins Leben zurückzurufen: so wird hiegegen die ganze deutsche Nation — wie ich hoffe — einen wirksamen Protest erheben und wird von einer kompetenteren Seite demselben nachgewiesen werden, dass diese Befugnis ihm in keiner Weise zusteht. — Die Grundlage der Existenz des Reichsministeriums liegt in dem durch die deutsche Nationalversammlung erlassenen Gesetze vom 28. Juni lfd. Jrs. Darnach hat die provisorische Zentralgewalt für Deutschland: „Die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen,

und ist die Errichtung des Verfassungswerkes selbst von ihrer Wirksamkeit gänzlich ausgeschlossen. Das Reichsministerium hat sonach als Executivbehörde wohl die Verpflichtung den Reichsbürger in seinen verfassungsmässigen Rechten — mögen sich diese auf die Reichs- oder Staatenverfassung gründen — zu schützen und alle Angriffe auf die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates kräftig abzuwehren und insbesondere die Beschlüsse der konstituierenden Nationalversammlung zu vollziehen, keineswegs aber steht demselben die Befugnis zu, in die Gesetzgebung des Reiches oder der einzelnen Staaten irgendwie einzugreifen oder auch nur ein einziges Recht eines Staatsbürgers anzutasten oder zu suspendieren. So lange noch in Deutschland die vollziehende von der gesetzgebenden Gewalt getrennt ist, und so lange wir noch nicht dahin gelangt sind, dass das ganze deutsche Volk unter das Kriegsgesetz gestellt, d. h. die Herrschaft der Gesetze suspendiert ist — so lange steht dem Reichsministerium das Recht nicht zu, beschränkende Verfügungen über die Rechte des Staatsbürgers zu erlassen. — Wenn ich hiernach erkläre, dass ich Ihrer Aufforderung nicht Folge leisten kann noch werde, und dass ich hoffe, das alle Mitglieder des pfälzischen Volksvereins, so wie alle andern politischen Vereine in ganz Deutschland ebenso handeln werden: so gehe ich hiebei von dem Grundsatz aus, dass es Pflicht eines jeden freigesinnten deutschen Mannes ist, den auf Verkümmerung der Errungenschaften der Neuzeit gerichteten Bestrebungen, woher sie auch kommen mögen, mit männlicher Entschiedenheit entgegen zu treten und nur der Gewalt allein zu weichen, indem die prinzipielle Anerkennung des Rechtes der Regierungsgewalt zu einer ungesetzlichen und willkürlichen Massregel alle andern Freiheitsrechte des Volkes mit der Vernichtung ebenfalls bedrohen würde. Nur dieser Grund ist es, warum ich Ihrer Aufforderung nicht entspreche, vielmehr gegen dieselbe protestiere. Ausserdem bestände wahrlich kein Grund zur Verweigerung Ihres Begehrens, denn das Wirken des pfälzischen Volksvereins ist bekannt; sein Zweck, seine Beschlüsse, sowie seine Satzungen, worüber in öffentlichen Sitzungen verhandelt wurde, sind für Niemanden ein Geheimnis, auch durch die Presse ihrer Zeit mehrhaltig veröffentlicht worden und dürfen darum auch als eine den Polizei- und Verwaltungsbehörden unseres Landes längst bekannte Sache betrachtet werden. — Sollte das kgl. bayerische Staatsministerium beschlossen haben, dem Volke die Errungenschaften der Neuzeit dadurch zu entziehen, dass es die Existenz politischer Vereine von der Vorlage und Genehmigung der Statuten und einer fortwährenden polizeilichen Aufsicht abhängig machen will: so möchte ich dieses beklagen, würde aber immerhin die

völlige Aufhebung aller politischen Vereine durch den Machtspruch der Gewalt einer Fortexistenz unter der Aufsicht der Polizei vorziehen. Ob aber eine solche Massregel auch nur im geringsten durch die seitherige musterhafte Haltung der ganzen Bevölkerung der Pfalz gerechtfertigt erscheinen kann, ob sie gute Früchte bringen, oder ob sie Aufregung, Unwillen und Entrüstung in der bisher so ruhigen und durch ihren Sinn für gesetzliche Ordnung sich auszeichnenden Bevölkerung der Pfalz hervorrufen wird, dies will ich Andern zur Beurteilung anheim geben und mich meinerseits für alle Fälle damit trösten, dass die Verkümmerung der grossen Freiheitsrechte eines Volkes, welches zur Erringung derselben entschlossen ist und sich mündig fühlt, — jedenfalls nur von kurzer Dauer sein wird. — Neustadt a. d. Haardt, 22. Oktober 1848. Mit vollkommener Hochachtung: Dr. Hepp. —

Im Dezember erliess der Ausschuss des Volksvereins in Zweibrücken: Dr. Hannitz, Hofenfels, Dingler, Lilier, einen Aufruf zur Gründung von „Märzvereinen", welche von der Linken des Parlamentes angeregt wurden, damit alle Anhänger der Volkssuveränität sich zu einer grossen, organisierten Widerstandsmasse gegen den gemeinsamen Feind, die Reaktion der deutschen Fürsten und des russischen Kaisers, vereinigten. Dieser über ganz Deutschland sich erstreckende Verein wurde von den radikalen Parlamentsmitgliedern geleitet und hatte folgende Tendenz: „Wir wollen die Einheit Deutschlands; wir wollen, dass die Freiheit als das natürliche Eigentum der Nation anerkannt werde, nicht als ein Geschenk oder eine Gabe, die ihr nach Belieben von irgend einer Seite zugemessen wird; wir wollen, dass die Nation die Einschränkungen dieser Freiheiten selbst bestimmt und sich nicht aufdrängen lässt, dass aber ein Jeder sich diesen Einschränkungen zu unterwerfen hat. Wir wollen die Berechtigung für das Gesamtvolk, wie für das Volk eines jeden einzelnen Landes, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, zu verbessern und umzugestalten, wo es ihm zweckdienlich erscheint, weil jede Regierung nur um des Volkes Willen und durch seinen Willen da ist. Wir wollen, dass die Verfassungen, welche der Gesamtstaat und die einzelnen deutschen Staaten sich geben, Bestimmungen enthalten, nach denen sie auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert und verbessert werden können. Wir wollen, dass die auf solchen Grundlagen errichteten Verfassungen von dem Gesamtstaate garantiert werden, — damit auf diese Art die Revolution zu Ende gebracht und ein dauernder Zustand der Gesetzlichkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation und der einzelnen deutschen Volksstämme gesichert werde." — Mit diesen politischen Vereinen ging es aber trotz aller Bemühungen in der Pfalz nicht recht vorwärts; in

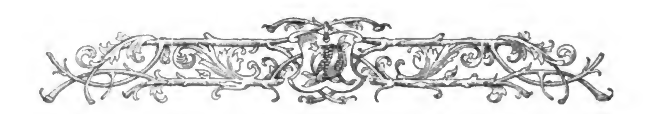
der Schrift Fennebergs wird angegeben, dass alle diese Vereine zusammen in der Pfalz 1849 nicht mehr als 18010 Mitglieder zählten.

Der Regierungspräsident der Pfalz, Alwens, ein wohlwollender, liberaler Mann, aber ohne persönliche Initiative, ohne Voraussicht und ohne Energie, der bei solchen erregten Zeiten seiner Stelle nicht gewachsen war, hatte bisher den Pfälzern die ausgedehnteste Freiheit gewährt. Nun scheint entweder er selbst oder das Staatsministerium in München*) in dem Verfahren der pfälzischen Volkswehren ein Haar gefunden zu haben, denn sämtliche Kommandanten wurden veranlasst, am 5. November in Edenkoben zusammen zu kommen, um über mehrere von dem anwesenden Regierungspräsidenten gestellte Fragen Beschluss zu fassen. 21 derselben hatten sich eingefunden, welche als Zweck der Bürgerwehr die Sicherung der bürgerlichen und politischen Rechte der Staatsangehörigen bezeichneten. Ferner bestimmten sie: „Jeder waffenfähige Bewohner der Pfalz, welcher 18 Jahre zählt, ist berechtigt in die Bürgerwehr einzutreten. Alle Führer derselben werden gewählt und ihre Wahl alljährlich erneuert. Die oberste Leitung der Bürgerwehr ist dem betreffenden Kommandanten anvertraut. Dieselbe steht in allen, ihren Zwecken entsprechenden Fällen auf schriftliches Ersuchen zur Verfügung des Ortsvorstandes u. s. w.“ Es war also eine bewaffnete Macht, auf welche die Regierung gar keinen Einfluss hatte. Eine unterm 9. Dezember 1848 erlassene Verordnung über Besetzung der Landwehr-Ober- und Unteroffiziers-Stellen (Amtsblatt 1848 S. 701) fand in der Pfalz auch nicht die geringste Beachtung.

Am 8. November war Robert Blum in Wien standrechtlich erschossen worden, was in Deutschland lebhafte Erregung hervorrief. Auch in der Pfalz hielt man zahlreiche Totenfeiern in den Kirchen oder auf den Kirchhöfen ab. Am 19. November fand eine solche in Neustadt, am 21. November in Speyer, am 25. November in Kaiserslautern statt. Da Blum deutsch-katholisch war, wurde die Feier gewöhnlich von irgend einem deutsch-katholischen Geistlichen geleitet. Auch sammelte man für die Hinterbliebenen Blums, aus einer Quittung ersehe ich, dass der Ertrag dieser Sammlung in Kaiserslautern 315 Gulden 20 Kreuzer betrug. — So endete das Jahr 1848 in Deutschland mit Leichenfeiern; bald sollte das ganze Verfassungswerk des Parlaments mitsamt den Hoffnungen des Volkes zu Grabe getragen werden.

---

*) Der Einblick in die Regierungsakten jener Jahre wurde mir nicht gestattet.



III. Der pfälzische Aufstand im Jahre 1849.

Die aus 50 Paragraphen bestehenden „Grundrechte des deutschen Volkes“ waren am 18. September von dem Parlament fertig gestellt worden. Am 27. Dezember 1848 erschien das dazu gehörige Einführungsgesetz, am 18. Januar 1849 wurden sie unter grosser Feierlichkeit in Frankfurt proklamiert. Am 21. Januar verkündigte man dieselben in Speyer, Neustadt und andern pfälzischen Orten. Man verlas und beschwor dieselben öffentlich, Kanonendonner und Feuer von den Bergen verkündeten aller Welt das grosse Ereignis. Am 22. Januar wurde in München der Landtag eröffnet. In der Thronrede heisst es: „Alle deutschen Stämme bewegt der Drang nach einer lebenskräftigen das gesamte Deutschland umfassenden Einigung. Auch mich beseelt dieses Streben, und vereint mit Ihnen hoffe ich das schöne Ziel zu erreichen.“ Von einer Anerkennung der Grundrechte war keine Rede. Die Kammer nahm in ihre Antwortadresse mit 72 gegen 58 Stimmen den Passus auf, „dass die Grundrechte und alle Gesetze der Zentralgewalt, an deren Spitze der Reichsverweser stehe, an und für sich schon in Bayern geltend seien und keiner besonderen Zustimmung mehr bedürften.“ Hierauf gab das Ministerium seine Entlassung und der Landtag wurde vertagt. Am 5. März erhielt das Land ein neues Ministerium, dessen hervorragendstes Mitglied von der Pfordten war. Der Kreisausschuss der pfälzischen Volksvereine richtete alsbald eine Eingabe an die Zentralgewalt — der Kongress der demokratischen Vereine schloss sich am 18. März zu Winzingen derselben an — worin die bayerische Regierung, weil sie die Grundrechte nicht anerkenne, als Rebellin bezeichnet und die

Zentralgewalt gebeten wurde, dieselbe mit Gewalt zum Gehorsam zu zwingen. Ende März hatte das Parlament das aus 197 Paragraphen bestehende Reichsverfassungsgesetz beendet, am 28. März wurde dasselbe von der Zentralgewalt als Gesetz für ganz Deutschland proklamiert. Am 23. April erklärte das bayerische Ministerium der Frankfurter Zentralgewalt, dass die Reichsverfassung in Bayern nur durch die Beratung und Zustimmung der Krone und der Kammern Rechtskraft erhalten könne. Diese Erklärung erregte im ganzen Lande Erbitterung und Aufregung. Eine nie dagewesene Menge von Adressen ging von allen Seiten, aus allen Gesellschaftsklassen, auch von Beamten nach München. In vielen Orten der Pfalz wurden zu diesem Zwecke, am 28. April in Neustadt, am 29. in Speyer, Versammlungen veranstaltet. Am 30. April richteten die bayerischen Parlamentsabgeordneten folgende Proklamation an das bayerische Volk: „Jeder Vaterlandsfreund sieht die Anzeichen des nahen Gewittersturmes, der über unser Vaterland loszubrechen droht. Nicht blos die Einheit, Freiheit und politische Wiedergeburt unseres grossen Vaterlandes — alle die Errungenschaften vom März vorigen Jahres — sondern auch die bürgerliche Freiheit überhaupt —, die Humanität und Zivilisation in ganz Europa sind bedroht. Das Bündnis zwischen den Mächten des Absolutismus, zwischen Russland, Oesterreich und Preussen, zur Durchführung der Gegenrevolution liegt offen zu Tage. Bereits haben russische Krieger, herbeigerufen von einer deutschen Regierung deutschen Boden betreten, um das ungarische Heldenvolk, das zunächst für seine eigene nationale Existenz und Freiheit und damit für die politische Freiheit des ganzen Weltteiles kämpft, durch die Uebermacht erdrücken zu helfen. Ein volksverräterisches Ministerium in Preussen gibt in seiner letzten, an die deutschen Höfe gerichteten Note zu erkennen, dass es dem nach seiner Einheit und Freiheit ringenden deutschen Volke ein gleiches Schicksal zugedacht hat, und demselben den in der deutschen Reichsverfassung so mühsam errungenen Rechtsboden durch Ströme von Bürgerblut entreissen will. Gelänge dieser Plan, dann bestünde kein schützender Damm mehr gegen weitere Schritte der rohen Gewalt und keinerlei Bürgschaft ferner auch für die Verfassungen der Einzelstaaten. Das bayerische Staatsministerium schliesst sich den Kabinetten von Oesterreich und Preussen an und hat der Reichsverfassung, wie sie die hierzu einzig und allein berufenen Vertreter der ganzen deutschen Nation endgiltig verkündet haben, in unbefugter Anmassung die Anerkennung ebenfalls versagt. Nachdem es durch eine wiederholte dreimalige Vertagung des bayerischen Landtages den erneuten loyalen Ausdruck des Volkswillens, den es übrigens schon in der Adresse

auf die Thronrede ausgedrückt finden musste, zu entfernen gesucht, hat dasselbe die Kühnheit, in seiner Note auszusprechen, dass es auf die Zustimmung der Mehrheit der Volksvertretung und der Mehrheit des bayerischen Volkes rechnen zu können glaubt. Mitbürger, jetzt ist der Augenblick gekommen, wo Einigkeit vor Allem not thut, und wo sich das ganze Volk um das Panier der Reichsverfassung — sein wohlerworbenes Recht, das ihm durch keine Gewalt der Erde verkümmert werden soll — wie ein Mann scharen muss. Die verfassunggebende Nationalversammlung, erkennend die grosse Gefahr des Vaterlandes, hat durch ihren gestrigen Beschluss die „Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk“ aufgefordert, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Lasset uns dem Rufe der suveränen Vertretung der deutschen Nation, welcher sich die deutschen Fürsten, wie die Volksstämme zu unterwerfen haben, freudigst und schleunigst Folge leisten. Wir richten darum an das ganze bayerische Volk die Aufforderung, dass es zur Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung sofort in allen seiner Gemeinden, wo möglich unter Vorantritt der Ortsvorsteher, zusammentreten und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen möge: „1) Die von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung verkündigte Rechtsverfassung ist mit ihrer Verkündigung Gesetz in ganz Deutschland geworden. 2) Die Nichtanerkennung derselben von seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene, gesetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff hierauf ein Hochverrat gegen die deutsche Nation. 3) Jeder Bürger verpflichtet sich, mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher er auch sei, durch die That abzuwehren. 4) Es findet in Gemässheit der Paragraphen 14, 191 und 193 der Reichsverfassung die freiwillige Vereidigung des Volkes und insbesondere der Bürger- und Landwehren auf die Reichsverfassung statt. 5) Das Volk erklärt es für eine hl. Pflicht seiner in der deutschen Nationalversammlung sitzenden Vertreter, unter allen Umständen auf ihrem Posten auszuharren, und einer Abberufung, wenn dieselbe von seiten des bayerischen Staatsministeriums erfolgen sollte, keine Folge zu geben.“ Diese Beschlüsse, welche nach unserer Ansicht sofort sowohl der deutschen Nationalversammlung als auch dem kgl. bayerischen Staatsministerium mitzuteilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen und dann durch die Presse zu veröffentlichen wären, werden die ernste Antwort bilden auf die Note des bayerischen Staatsministeriums, und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über

die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Die werden aber auch in dem Volke offen den Bund besiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaktion.“

Da das bayerische Ministerium den renitenten Landtag zum drittenmale vertagt hatte, richteten die pfälzischen Abgeordneten an dasselbe folgende Vorstellung: „Diese weitere, dritte Vertagung ist auf keinerlei Weise zu rechtfertigen, nachdem die Nationalversammlung, als einzig und allein hiezu berufen, die deutsche Reichsverfassung mit den darin aufgenommenen Volksgrundrechten nebst dem Wahlgesetz endgiltig beschlossen und publiziert hat, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten also nur die Durchführung und Anwendung obliegt. Und wenn auch die Frage sich erhoben hat, inwiefern ein einzelner Punkt der beschlossenen Reichsverfassung sofort noch einer Abänderung zu unterwerfen sei, so kann doch auch diese Frage einzig und allein nur von der ausschliesslich hierzu befugten konstituierenden Nationalversammlung entschieden werden. Gerade der Umstand, der als Grund der letzten Vertagung angegeben wird, nämlich, dass die Ungewissheit über die Lösung der deutschen Frage dem kgl. Gesamtministerium immer noch fortzudauern scheint, müsste diesem Ministerium zum Grunde dienen, den Landtag nicht zu vertagen, sondern möglichst schnell zu versammeln; denn das bayerische Volk ist bei dieser Frage wesentlich interessiert und wohl befugt, durch seine Vertreter seine Stimme darüber abzugeben. Aus diesen Gründen, heisst es zum Schluss, fühlen die unterzeichneten Abgeordneten sich durch ihre Pflicht aufgefordert, gegen die neue Vertagung des Landtags feierlichst zu remonstrieren und dahin anzutragen: es wolle Ew. Majestät die schleunigste Wiedereröffnung des Landtags veranlassen.“

Auf alle diese Adressen — in manchen aus der Pfalz war gedroht, wenn Bayern nicht deutsch werde, würde die Pfalz aufhören, bayerisch zu bleiben — gab das Ministerium folgende Antwort: „Seiner Majestät dem Könige sind mehrere Adressen zugesendet worden, in welchen um ungesäumte Einberufung der Kammern und Anerkennung der Reichsverfassung gebeten wird. Se. Majestät haben die Adressen an das unterzeichnete Gesamtministerium gelangen lassen, und dies sieht sich hiedurch veranlasst, zu erklären: 1) dass bei dem nahe bevorstehenden Zusammentritte der Kammern, welcher jedenfalls am 15. folgenden Monates stattfinden wird, keine genügenden Gründe zur Zurücknahme der Vertagungs-Entschliessung vom 15. laufenden Monates (April) vorhanden seien; 2) dass die Staatsregierung ihre Ansicht über die deutsche Reichsverfassung in der Erklärung vom 23. dieses Monates zu erkennen gegeben habe und hierauf umsomehr

verweisen müsse, als von den Regierungen der beiden grössten deutschen Staaten Erklärungen in gleichem Sinne abgegeben worden sind.“ Am 1. Mai gab das Ministerium folgendes Versprechen ab: „Die Regierung wird alle Verheissungen getreulich halten und erfüllen, welche in der königlichen Proklamation vom 6. Mai 1848 und in den sich daran reihenden Thronreden und Landtagsabschieden enthalten sind. Sie wird nach den hierin vorgezeichneten Grundlagen sowohl für die baldige Vollendung der deutschen Gesamtverfassung als für die Ausbildung der innern Zustände Bayerns nach den Bedürfnissen der Zeit mit allem Ernste thätig sein. Sie wird hiebei auch die von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes, soweit sie es mit ihrer pflichtmässigen Sorge für das Wohl des Landes vereinigen kann, zur Richtschnur nehmen und die wenigen Bestimmungen derselben, welche sie als nachteilig erachtet, in einer Vorlage an die Kammer bezeichnen.“ (Amtsblatt 1849 S. 255.) Der oberste Gerichtshof für Bayern hatte bereits am 14. April in einer bezüglichen Entscheidung die Giltigkeit der Grundrechte für Bayern verneint.

Der entscheidende Augenblick für Deutschland war nun gekommen. Der Suveränität des Volkes, welche sich in der Nationalversammlung darstellte, trat nun die Suveränität der wieder gekräftigten Fürstenmacht entgegen. 28 kleine Staaten hatten zwar teils freiwillig, teils gezwungen die neuen Reichsgesetze anerkannt. Zuletzt sah sich auch der König von Württemberg veranlasst, in Folge der drohenden Haltung der Bevölkerung dieselben anzunehmen. Aber alle grösseren Staaten, Oesterreich, Preussen, Bayern, Sachsen, Hannover wiesen dies Ansinnen ab. Nun war der lange ängstlich vermiedene Konflikt da, nun stellte sich heraus, dass die geträumte Volkssuveränität eitel Illusion war. Die deutsche Zentralgewalt fand sich nicht in der Lage, die betr. Regierungen zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen. Dies sah man bei allen Parteien des Parlamentes ein. Wenn man nicht unverrichteter Sache nach Hause gehen wollte, blieb nur noch ein Weg: Die Revolution! Diesen Weg beschloss man nun auf der äussersten Linken (Donnersberg) zu beschreiten. Von dort aus ist ohne Zweifel der erste Anstoss zum Aufstande in der Pfalz und Baden ausgegangen. Man gab sich auch jetzt wieder allerlei Täuschungen hin. Man hatte gesehen, wie rasch der König von Württemberg zum Nachgeben gezwungen wurde; man glaubte, wenn an einem Platze einmal losgeschlagen sei, werde sich die Bewegung rasch über ganz Deutschland verbreiten, man träumte von einer Erhebung des ganzen Volkes, welcher ein ernsthafter Widerstand von seiten der Fürsten nicht

entgegengesetzt werden könnte. Die Gründe aber, warum in der Pfalz und Baden zuerst losgeschlagen werden sollte, waren, dass diese Länder für durch und durch liberal galten, dass die Abgeordneten der radikalen Linken glaubten, dieselben ganz in der Gewalt zu haben, da die Leitung der dortigen politischen Vereine allein in ihrer Hand lag, und dass von den Regierungen in diesen beiden Gebieten, die sich sehr schwach zeigten, am wenigsten Widerstand zu erwarten war. Möglicherweise dachte man auch an eine Unterstützung von Frankreich und der Schweiz her, oder hielt es wenigstens für einen Vorteil, sich nach dieser Seite nicht verteidigen zu müssen. Ob auch schon jemand die bequeme Rückzugslinie ins Auge gefasst hatte, scheint zweifelhaft, da man ein Scheitern der Bewegung für unmöglich hielt! —

Bevor wir zur Schilderung des Aufstandes selbst übergehen, müssen wir noch zwei Fragen beantworten: Wollte die pfälzische Bevölkerung eine Revolution, und was that die Regierung, um eine solche zu verhindern? Auf die erste Frage antworte ich: Die pfälzische Bevölkerung, soweit sie überhaupt in diesen Dingen ein Urteil hatte, wollte zwar die Reichsverfassung, aber die Revolution nun und nimmermehr. Dieselbe wurde von Männern, die sich selbst täuschten, getäuscht und in ein Unternehmen mitgerissen, dessen Tragweite sie gar nicht kannte. Hätte man jeden Pfälzer gefragt: Willst Du für diese Reichsverfassung grosse Opfer bringen an Geld, willst Du dafür Dich gegen eine feindliche Armee schlagen, willst Du dafür in den Tod, ins Gefängnis, in die Verbannung gehen, so hätte eine ungeheure Mehrzahl diese Fragen verneint. Wie sollte ein ganz unkriegerisches, in den Waffen ungeübtes Völkchen, das in ziemlich zufriedenstellenden Verhältnissen lebte, dazu kommen, gegen eine Armee zu kämpfen, sich mit Erbitterung bis zur Vernichtung zu schlagen? Die Meisten glaubten, ès handle sich um eine Demonstration, es gelte, dem König von Bayern und den renitenten Fürsten Schrecken einzujagen, sie meinten, ganz Deutschland mitsamt den Soldaten stehe auf ihrer Seite und so werde die Sache ohne Zweifel unblutig verlaufen und bald abgethan sein. Als ihnen die Augen aufgingen, als der blutige Ernst sich zeigte, da war von Widerstand, von Opfern an Gut und Blut keine Rede, da wurden die paar Führer und die hergelaufenen Fremden in wenigen Stunden mühelos von der Oberfläche, gleich einer Hand voll Federn, weggefegt. Man lese mit Aufmerksamkeit die „Anklag-Akte“, die ja in mancher Hinsicht einseitig abgefasst sein mögen und vieles übertreiben, aber das wird doch Jedem klar, dass es die provisorische Regierung nebst ihren Agenten überall mit einer vollständig reni-

tenten, durchaus widerspenstigen, zu gar keinem Opfer bereiten Bevölkerung zu thun hatte, dass „das Volk“ wie zur Jacobinerzeit in Frankreich, in dessen Namen Proklamationen und Befehle erlassen wurden, aus einer ganz kleinen Gesellschaft von Leuten bestand, welche mit jenen Jacobinern meistens nicht die geringste Aehnlichkeit hatten, ja sich in ihrer Revolutionsrolle vielfach recht komisch ausnahmen. Hören wir auch noch einige Zeugen, die deshalb um so glaubwürdiger sind, weil sie auf revolutionärer Seite standen und bei der Bewegung eine Rolle spielten. Fenner v. Fenneberg, dessen Vergangenheit uns hier nichts angeht, äussert sich in seiner Schrift: „Zur Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des badischen Aufstandes“ (Zürich bei Kiesling, I. Aufl. 1849, II. Aufl. 1850) über die vorliegende Frage folgender Massen: „Wir sprachen im Verlaufe dieser Blätter, sowie bei den Charakteren der Pfälzer Revolution wiederholt die Behauptung aus, dass die Revolution der Rheinpfalz nicht aus dem Volke hervorgegangen, sondern demselben oktroyiert worden, und es ist an uns, diese Behauptung zu beweisen. Wer nur einigermassen aus eigener Anschauung die Pfalz und deren politische Zustände kennt, dem wird ohne Mühe, ohne sorgsame Forschung gleich beim ersten Anblick klar, dass das als so politisch aufgeklärt gerühmte Pfälzervolk diesem seinem Rufe nicht im geringsten entspricht. Die französischen Institutionen, deren sich die Rheinpfalz erfreute, sowie eine eben im Geiste dieser Institutionen liegende grössere Freiheit hatten in der öffentlichen Meinung die Pfalz zum Asyl freisinniger Ideen gestempelt und das Volk, das im Besitze derselben, galt demzufolge als das im politischen Fortschritte am weitesten begriffene. Dass die Opposition in der Münchener Kammer beinahe stets durch sämtliche Pfälzer verstärkt wurde, hatte diesem Glauben an die politische Bildung der Pfalz nur um so mehr Eingang verschafft, während die eigentlichen Motive, dass die Pfalz stets nur oppositionelle Elemente in die Kammer sandte, ganz einfach auf nationaler Eifersucht und Abneigung gegen die altbayerische Herrschaft beruhten. Letztere hatte als ihre einzigen Vertreter die Beamten, deren Majorität natürlich aus Altbayern bestand (?), die dem Volke ihrerseits im vollen Masse die gegen sie so offen ausgesprochene Abneigung und Misstrauen entgelten liessen. „Die Gelder der Pfalz wandern nach Altbayern“ war das Losungswort, das zum Hasse gegen die Regierung aufstachelte, ohne dass deshalb gegen die Form der Staatsgewalt viel laut geworden wäre. Die Pfälzer zehrten noch am örtlichen Ruhme des Hambacher Festes und die Anklänge desselben zitterten, wenn auch nur schwach, bis in die Vierziger-Periode hinüber. Aber es

waren eben auch nur Anklänge, deren Echo meist von denen erweckt wurde, die sich damals an der Bewegung beteiligt, und mit Bedauern wahrnahmen, wie ihr politischer Stern im Sinken und von ihrer dereinstigen Wirksamkeit im Volke bald nichts mehr, als halb verschollene Sagen kreisen würden.“

Fenner führt weiter aus: „Die Pfalz ist ein reiches, gesegnetes Land, beinahe ohne Proletariat, und selbst die wenigen Proletarier, die sich daselbst finden mögen, erfreuen sich einer Existenz, die gegenüber der der schlesischen oder rheinpreussischen Proletarier eine gemächliche genannt werden kann. Die Besteuerung ist nicht drückend; die feudalen Einrichtungen, deren sich zu entledigen den übrigen deutschen Volksstämmen schwer genug fiel, waren Dank der französischen Einrichtungen nicht vorhanden: kurz, das Volk erfreute sich materiellen Wohlseins, freisinniger Gesetze und Staatseinrichtungen, die gegenüber der Reichsverfassung nicht viel zu wünschen übrig liessen. Die freie Presse war der Pfalz seit den Märztagen geworden; das freie Versammlungsrecht hatten sie seit Jahren beinahe ungestört ausgeübt, und die Volksbewaffnung, die durch die Reichsverfassung organisiert werden sollte, war nicht sehr nach ihrem Geschmacke. Man hatte in der Pfalz nach Errichtung der Bürgerwehr einige Wochen damit gespielt, aber bald die Lust dazu verloren, denn das Jnstitut der Bürgerwehr befand sich im Mai im jämmerlichsten Zustande. Was konnte also die Pfalz bewegen, zu gunsten der Reichsverfassung eine Revolution zu beginnen? Nicht das Bedürfnis nach diesem halb demokratisch, halb absolutistischen Flickwerke, nicht die Hingebung für eine Versammlung, die im Volke nur wenig Beachtung, unter den Parteien aber die Verachtung beinahe Aller auf sich gezogen; nicht all dies war es, was das Pfälzer Volk zu einer Revolution vermögen konnte. Es war der Beschluss Einzelner, dass die Pfalz revolutionieren sollte und die Pfalz ward in Revolutionszustand versetzt. Die Teilnahmlosigkeit des Landvolks, die der anbefohlenen Rekrutierung zum Volksheere allüberall aufstossenden Hindernisse, die Weigerung der Gemeinden, die sie treffende Seelenzahl zum Volksheere zu stellen, die geringen Geldbeiträge, die aus einem so wohlhabenden Lande eingingen, die in ihrer Mehrzahl konservativ ausgefallenen Wahlen behufs Einsetzung einer provisorischen Regierung, welche letztere einzig und allein einem gelinden Terrorismus ihr Entstehen verdankte, das Benehmen der Pfälzer Gemeinden beim Herrannahen des preussischen Heeres: dies Alles erweist hinlänglich unsere Behauptung, dass die rheinpfälzische Revolution nicht aus dem Willen des Volkes hervorgegangen,

sondern demselben von einer unbedeutenden Minorität oktroyiert worden! Dass diese Revolution auf den Volksversammlungen beschlossen wurde, zeugt nicht gegen unsere Behauptung; denn erstens sind in Deutschland leider schon die absurdesten Dinge durch Volksversammlungen beschlossen und teilweise ausgeführt worden und dann war die Volksversammlung zu Kaiserslautern, die den Landesausschuss einsetzte, kaum an 8000 Seelen stark, während die Pfalz deren 800000 (615000) zählt. Man hat mir, als ich in der Pfalz diese Bemerkung aussprach, entgegnet, es seien allerdings nur an 8000 Menschen am 2. Mai in Kaiserslautern versammelt, dabei aber alle Volksvereine der Pfalz vertreten gewesen.“ Fenner konstatiert dann, dass 1849 in der Pfalz nur 173 politische Vereine mit 18000 Mitgliedern vorhanden waren.

Hören wir, wie L. Bamberger in seiner Schrift: „Erlebnisse aus der pfälzischen Erhebung im Mai und Juni 1849. Frankfurt. Litterarische Anstalt 1849“ über die „politischen Kulturzustände in der Pfalz“ urteilt. Seite 19 heisst es: „Die Rheinbayern standen von den dreissiger Jahren her in dem Rufe einer sehr erregbaren und freiheitsliebenden Bevölkerung. Sie hatten damals die erste Rolle in Deutschland gespielt. Im Laufe der mit dem März 1848 begonnenen Bewegung hatte man zwar auffallend wenig von dieser Provinz gehört, doch hatte sie ihre Abgeordneten nach Frankfurt sowohl als nach München immer aus der radikalen Partei gewählt und die Vorgänge, welche der ganzen letzten Insurrektion den Impuls gaben, die Volksversammlung von Kaiserslautern und ihre Folgen weckten den alten Glauben wieder auf. Ich habe Gelegenheit gehabt, viele Teile von Deutschland aus eigener Anschauung, andere aus getreuen Schilderungen in demokratischen Sachen kennen zu lernen. Nach meinem zweimonatlichen Aufenthalt in der Pfalz, wobei ich stets in die Kreuz und Quere das Land durchreiste, kann ich behaupten, dass ich nur einzelne nördliche und südliche Teile von Deutschland für weniger demokratisch halte, als diesen Landstrich. In der Weise, wie bei uns in Rheinhessen, wie in Rheinpreussen, in Franken, Thüringen, Sachsen, wie selbst in Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau war dort während des ganzen vorausgegangenen Jahres durchaus nicht gewirkt worden. Von einer über das Land verbreiteten, wohl organisierten Demokratie konnte gar keine Rede sein. Hier und da bestand so Etwas, wie ein demokratischer Verein; an eine gemeinsame, permanente, rührige Leitung der Agitation, an eine systematische Propaganda war nicht zu denken. Es fehlte, sei es als Folge, sei es Ursache dieser Zustände, durchaus an agitatorischen Talenten. Als die Einzigen, welche

einigermassen auf diesen Namen Anspruch machen konnten, wurden nur zuweilen zwei Bürger aus Neustadt an der Haardt genannt (wohl Loose und Weber; der Verfasser), welche jedoch durchaus ein allgemeines Ansehen genossen (?), daher auch wohl nicht von rechtem Zeuge waren. Was ich kennen lernte, war für die eben bezeichnete Aufgabe durchaus unbedeutend. Eine gehörig durchgebildete demokratische Bevölkerung fand ich nirgends, ebensowenig glühende Begeisterung. Der Anblick des Landes, das ich in den ersten Tagen einer von Erfolgen begleiteten Revolution betrat, war durch und durch matt. Ich reiste von Kirchheim nach Kaiserslautern, von da nach Neustadt, Ludwigshafen, Frankenthal, Grünstadt durch den Teil des Landes, der für den besten galt, ohne in der Bevölkerung auch nur die Spur einer Aufregung zu sehen; hier und da eine freisinnige Aeusserung, im Wirtshausgespräch — Enthusiasmus nirgends. Natürlich konnte man wie von jeher Altbayern nicht leiden und zog gegen die Preussen los. Doch habe ich in allen diesen Wutäusserungen gegen die Preussen, die ich so oft unter den Bürgern, den übergetretenen Soldaten und der Volkswehr vernahm, immer mehr den Ausdruck der Furcht als den des kampflustigen Hasses wahrgenommen. Der Terrorismus von Dresden hat seine guten Wirkungen gethan, und viel Verdienste um die Siege der Preussen in der Pfalz. Die Demokratie, von jeher zumeist mit der Nachrede der Schreckensgelüste und der Schreckensmethode in üblem Ruf gebracht, hat sich trotz des belehrenden Exempels von der Nützlichkeit des Terrorismus, welches ihr die Reaktion hundertfach gegeben hat, nicht überwinden können, Repressivmassregeln zu brauchen. Die Gräuel von Wien haben im November Berlin eingeschüchtert und die Grausamkeiten von Dresden haben in der Pfalz und vielleicht in ganz Süddeutschland einen Schrecken verbreitet, der überall schon vor den Kanonen siegte. — Namentlich war es das Landvolk, auf welches die demokratische Propaganda in dem übrigen Deutschland so viel Sorgfalt verwendet hatte und welches sich in der Pfalz in einem Zustand vollständiger Gleichgiltigkeit, um nicht sagen politischer Rohheit befand. Die Pfalz ist ein üppiges, reiches, prächtiges Land. Die provisorische Regierung war bis auf die letzten Tage stets in den armseligsten, man kann sagen in den lächerlichsten Finanzverhältnissen. Was freiwillig hergegeben wurde, war kaum der Rede wert und rührte meistens von einzelnen noblen Leuten her. Das Zwangsanlehen musste zu zwei Drittel durch Exekution eingetrieben werden. Und wenn man nun bedenkt, was dazu gehört, dass ein Volk und gar eine Zahl von nur 800000 (615000) Menschen dem Kolosse könig-

licher Gewalten widerstehe, welche Opfer seiner Zeit in Polen, welche in Ungarn gebracht werden mussten, um einen nennenswerten Widerstand möglich zu machen, Opfer, zu welchen nur die höchste Ekstase, die wildeste Freiheitsbegeisterung hinreissen können — wenn man dies bedenkt und sich dagegen den Anblick einer vollkommen nüchternen, hier und da gelind liberalen, aber ebenso oft entschieden reaktionären, im ganzen mit gewohnter Ruhe ihren gewohnten Geschäften nachgehenden Bevölkerung vergegenwärtigt — so wird man allerdings es erklärlich finden, dass die provisorische Regierung auf einen solchen Boden keine grossartige Revolutionspolitik zu pflanzen wagte." Bamberger schliesst diese zutreffende Betrachtung mit der Frage: Warum gaben die Leiter der Bewegung, als sie sahen, dass sie keinen revolutionären Boden unter sich hatten, das Unternehmen nicht auf? Er antwortet: „Weil es angefangen war" und schliesst: „Das Einzige, was ich nicht begreife, ist der Teil der Revolution, den ich nicht miterlebt habe: ihren Anfang! Wie man bei einem solchen politischen Kulturzustande, den doch die Innländer kennen mussten, das va banque ausrufen konnte, ist mir ein bis auf diese Stunde unaufgeklärtes Rätsel."

Ein gewisser A. Daul, der den Aufstand in der Pfalz und Baden mitgemacht hat und inbezug auf das, was er selbst erlebt, Glauben verdient, kann in seinem „Tagebuch eines politischen Flüchtlings", St. Gallen, Scheitlin und Zollikofer 1849, nicht genug losziehen über den störrischen, feindlichen Sinn der Bevölkerung in der Pfalz und Baden. So schreibt er S. 20: „Diese Rohheit der Vinninger passte zu den andern von mir bereits gemachten Erfahrungen des undankbaren pfälzischen Bauernvolkes, das grösstenteils entweder gar nicht wusste, was an dem Aufstande in der Pfalz gelegen war, oder es nicht mehr wissen wollte. Allenthalben auf dem Lande hörte man über die provisorische Regierung raisonieren: „Zu was eine Revolution? hiess es; lasst die Altbayern zuerst revoltieren, die sind schlimmer daran und gedrückter wie wir, wir sind zehnmal besser daran, wir haben freisinnige Gerichtsformen, wir haben unser eigenes Gesetzbuch u. s. w." — S. 67 sagt der Verfasser: „Ich sah, das badische Volk war noch schlechter als die Rheinpfälzer. Das rheinpfälzische Volk brachte, wenn auch gegen seine Ueberzeugung, doch noch Opfer und schluckte grösstenteils seinen Hass gegen uns hinunter. Der badische vornehme und nicht vornehme Pöbel liess aber nicht nur seinen Unmut laut gegen uns werden, sondern — prellte uns arme Tröpfe noch." Wir werden während der Schilderung des Aufstandes des öfteren auf Thatsachen stossen, welche die Beobachtungen dieser drei Nichtpfälzer bestätigen.

Auf die Frage: Was that die pfälzische Regierung, um die Revolution zu verhindern? muss ich notgedrungen antworten: Nichts, gar nichts! Wenigstens ist von Vorbereitungen gegen den Ausbruch eines Aufstandes, von Schritten zur Verhinderung desselben nicht das geringste in die Oeffentlichkeit gedrungen. Man vernimmt nur, dass um diese Zeit von Bayern an die Zentralgewalt in Frankfurt das Ansuchen gestellt wurde, das dort liegende, zur Verfügung dieser Behörde gestellte bayerische Militär nach der Pfalz abgeben zu wollen. Dieses Land war nämlich von Truppen, die man nach Holstein geschickt hatte, fast ganz entblösst. Anfangs wurde dieses Gesuch abgewiesen, da man diese Mannschaft notwendig brauche, später schickte man ein Infanteriebataillon des 6. Regiments nach Speyer, das aber, wie sich herausstellte, gänzlich demoralisiert war und bei der ersten Gelegenheit seine Fahne verliess. Uebrigens hätte man aus dem jenseitigen Bayern leicht einige zuverlässige Bataillone senden können, wenn man in Speyer die Sache ernst genommen hätte. Man scheint aber bei der Regierung die Stimmung in den leitenden Kreisen der Pfalz nicht gekannt, von der Möglichkeit eines Aufstandes nichts geahnt zu haben. Oder wenn die Berichte der Landkommissariate etwas derartiges in Aussicht stellten, hat es der Regierungspräsident nicht geglaubt. Anders lässt sich die vollständige Unthätigkeit der Regierung nicht erklären. Man brauchte ihr die Zügel nicht gewaltsam aus der Hand zu nehmen, sie fielen ihr von selbst zu Boden, der Regierungspräsident flüchtete widerstandslos in eine Festung und überliess das ihm anvertraute Land seinem Schicksal, wie er auch vorher die Wasser der Revolution ruhig hatte über die Pfalz laufen lassen. Keinem Beamten, keinem Gendarmen gab man für solchen Fall Verhaltungsmassregeln, die meisten waren rat- und hilflos und ganz auf sich allein angewiesen. Persönlichen Einfluss besass der damalige Regierungspräsident Alwens augenscheinlich gar nicht, er machte denselben wenigstens in der kritischen Zeit in keiner Weise geltend. Mit abmahnenden Worten ist da nicht gedient, persönliches Auftreten wäre am Platze gewesen. Ein energischer Präsident hätte in erster Linie die entscheidende Versammlung vom 2. Mai in Kaiserslautern verbieten und gewaltsam verhindern müssen. Wäre derselbe mit einem Bataillon zuverlässiger Truppen aus Germersheim am 1. Mai erschienen und hätte an Ort und Stelle kräftig eingegriffen, so wäre der ganze Aufstand ohne Zweifel unterblieben. Ich bin der Ueberzeugung, dass ein schneidiger Offizier mit einem Bataillon Soldaten nebst einigen Reitern und Kanonen den Aufruhr zur Zeit seiner grössten Stärke in wenigen Tagen niedergeschlagen hätte. Nach Ausbruch des Aufstandes musste man die Gendarmen und Zollwächter

— unter Umständen auch die Forstleute —, die meistens einzeln entwaffnet wurden oder flüchtig gingen, an einem Orte, etwa in Speyer, konzentrieren. Von 4 bis 500 tüchtigen, entschlossenen, waffengeübten Männern umgeben, hätte sich die Regierung ganz gut in Speyer behaupten können. Von Allem geschah nichts; man muss sagen, die Regierung wurde nicht gestürzt, sie brach von selbst aus innerer Schwäche zusammen, und dieser Zusammenbruch machte einen überaus kläglichen Eindruck.

Der erste Anstoss zum Aufstande ging von dem geschäftsführenden Ausschusse der pfälzischen Volksvereine aus, der in Frankenthal seinen Sitz hatte. Derselbe schrieb, vermutlich von Frankfurt inspiriert, zur Erzielung eines einheitlichen Zusammenwirkens und um einen Gesamtbeschluss aller Vaterlandsfreunde zu erlangen, auf den 2. Mai eine allgemeine Volksversammlung nach Kaiserslautern aus.

Dieser Aufruf hatte folgenden Wortlaut: „Mitbürger! Unsere gesetzlichen Vertreter zu Frankfurt am Main haben die Verfassung Deutschlands festgestellt und rechtsgültig verkündet. Sie ist die einzige verkümmerte Frucht, welche von den vielen Blüten am Baume der Revolution zur Reife gedieh. Aber selbst sie droht fürstliche Herrschbegier uns zu entreissen. Bayerns König hat es unserem Parlamente durch sein „konstitutionelles“ Ministerium in das Gesicht erklären lassen, dass er nichts wissen wolle von einer Reichsverfassung, nichts wissen wolle von einem einigen, mächtigen deutschen Vaterlande, für ihn giebt es nur ein Bayern, die erbliche, ewig zinspflichtige Domäne des Hauses Wittelsbach. Mitbürger! So wagen es dieselben Leute, welche noch vor kaum einem Jahre, um uns wieder in den alten Schlaf zu lullen, immer das Wort „Gesetz“ im Munde führten, die heiligsten Gesetze der Nation mit Füssen zu treten. Und was sagt die gebildete, freiheitberühmte Pfalz zu solch frevelndem Beginnen? Wird sie sich beugen vor dem Machtgebote einer verblendeten Fürstenfamilie? Darf sie schweigen, um durch Schweigen zur Mitschuldigen an dem Hochverrate zu werden, welchen ein undeutsches Ministerium an dem deutschen Volke begeht? Nimmermehr! Wir werden handeln, wie es die Ehre gebietet, wie es Deutschland erwartet. Aber um einmütig handeln zu können, müssen wir uns besprechen, verständigen. Wir fordern daher unsere Abgeordneten, sowohl jene der Nationalversammlung, wie jene der Ständekammer, die Landratsmitglieder, die sämtlichen Wahlmänner, Bürgermeister und Gemeinderäte, die Mitglieder des Kreisausschusses, des Volksvereins und die Vertreter der übrigen politischen Vereine auf, künftigen Dienstag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, zu Kaiserslautern sich zu versammeln, um die Frage zu beraten und zu entscheiden:

„Welche Mittel hat das bayerische und namentlich das pfälzische Volk zu ergreifen, um die Krone und ihr Ministerium zur sofortigen unbedingten Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und zur Unterwerfung unter die Reichsgewalt zu zwingen?" Um die in dieser Versammlung gefasst werdenden Beschlüsse dem Volke sogleich verkünden und zur Genehmigung vorlegen zu können, fordern wir die ganze männliche Bevölkerung der Pfalz auf, sich Mittwoch, 2. Mai, mittags 1 Uhr, zu einer allgemeinen Volksversammlung in Kaiserslautern einzufinden. Mitbürger! Wir bitten, wir beschwören Euch: Gebt unserem Rufe Gehör! Die Opfer, welche wir von Euch verlangen, sind klein im Vergleiche zu den Gütern, die wir damit erringen. Wir wollen die Ordnung und den Frieden! Aber gerade deshalb müssen wir einer Regierung die Stirne bieten, welche die Unordnung will und den Bürgerkrieg. Die Zeit ist eine ernste und die Ehre der Pfalz steht auf dem Spiele. Das Vaterland erwartet, dass jedermann seine Schuldigkeit thue. Wenn die Regierung zur Rebellin geworden, werden die freien Bürger der Pfalz zu Vollstreckern der Gesetze werden. Frankenthal, 27. April 1849. Mit brüderlichem Grusse. Der geschäftsführende Ausschuss: Bauer, C. Behlen, Fr. Cörper, Fries, Hamm, Hertle, G. Hillgärtner, Resch, M. Riel, P. Zöller."

Die kommunistischen Führer der Neustadter Demokratie, Loose und Weber, denen es um etwas ganz anderes zu thun war als um die Reichsverfassung, welche nur als Aushängeschild für das Volk benützt wurde, erliessen folgenden Aufruf: „Pfälzer! Das Unglaublichste ist geschehen! Maximilian von Bayern hat die durch unsere suveränen Vertreter zu Frankfurt festgestellte und für uns rechtsgültige Verfassung verworfen. Tiefe Entrüstung erfüllt die Brust eines jeden Pfälzers; es gilt zu zeigen, ob der Wille des suveränen Volkes oder der Wille einer volksfeindlichen Regierung massgebend sei. Um die nötigen Massregeln zu treffen, versammelten sich heute zu Neustadt an der Haardt Männer aus allen Vereinen und beriefen eine Volksversammlung für Neustadt und seine Umgebung, welche von 3 bis 4000 Männern besucht war und in welcher folgender Antrag zum Beschluss erhoben wurde: Es soll eine „allgemeine Volksversammlung" für Süddeutschland, insbesondere für die Pfalz zusammenberufen werden, wozu alle Pfälzer, alle waffenfähigen Bürger eingeladen sind. Die Unterzeichneten wenden sich daher im Auftrag obengenannter Versammlung an Euch, Pfälzer, mit der Aufforderung, der auf Mittwoch, 2. Mai, mittags 12 Uhr, zusammenberufenen Volksversammlung, welche der weltgeschichtlichen Hambacher Versammlung vom Jahre 1832 nicht nachstehen soll und in welcher das Wohl

und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutschlands auf dem gesetzlich errungenen Boden der Reichsverfassung besprochen werden sollen, beizuwohnen und durch kräftige That unser heiligstes Recht zu wahren!" Jene am 28. April stattgehabte Versammlung hatte ferner beschlossen, jede Regierungsverfügung gegen die Frankfurter Verfassung sei eine Gesetzesauflehnung und Verletzung der Volkssuveränität. Die bayerischen Abgeordneten hätten auf schleunige Einberufung der Kammern zu drängen, um die Minister wegen Verletzung der Verfassung in Anklagezustand zu setzen. — Bei einer ähnlichen Versammlung in Offenbach bei Landau am 27. April hatte der Redner Bauer zu einer allgemeinen Erhebung gegen die Regierung aufgefordert. — Am 29. April fand eine Volksversammlung in Speyer statt. Mit Bezug auf die Auflösung der Kammer beschloss man, wenn das Ministerium fortfahre, gegen die deutsche Einheit zu kämpfen, so müsse sich die Pfalz von Bayern trennen. Dieselbe habe so wie so äusserlich und innerlich mit den Interressen und Neigungen der altbayerischen dynastischen Politik nichts gemein. — Gleiche Versammlungen mit den gleichen Beschlüssen — die Sache ging ja vom Volksvereine aus — wurden in Oggersheim, Eppstein u. s. w. gehalten.



Christian Zinn.

— In Kaiserslautern war der „Bote für Stadt und Land" nach Einführung der Pressfreiheit ganz in das radikale Fahrwasser geraten. Sein Redakteur, das Parlamentsmitglied Nikolaus Schmitt, und der jugendliche Philipp Schmidt, dessen Schreiber und Stellvertreter in der Redaktion, arbeiteten mit aller Kraft auf Revolution und Republik hin. Neben diesem Blatte entstand bald ein zweites, das „Kaiserslauterer Wochenblatt", gegründet und redigiert von Christian Zinn, einem begabten und energischen, aber exaltierten jungen Manne, der seine Kollegen in aufreizender Sprache noch zu überbieten suchte. In Nr. 85 des „Boten für Stadt und Land" vom 29. April stand ein Aufruf von Nikolaus Schmitt und Philipp Schmidt, der also beginnt: „Pfälzer! Der König von Bayern hat, wie Ihr aus nachstehender

Note erseht, offen erklärt, er erkenne die Reichsverfassung nicht an. Auf: Zwingt ihn, die Verfassung anzuerkennen. „Wir verachten die Frankfurter Versammlung. Aber ein Fürst bedroht sie. Ist das nicht Grund genug, sie zu beschützen?“ sagt das Organ der rheinhessischen Demokratie, die Mainzer Zeitung (von Bamberger redigiert) „und einzig und allein, weil ein Fürst die Verfassung bedroht, müssen wir sie durchführen um jeden Preis“. Zum Schlusse heisst es: Aber auf eins müssen wir noch aufmerksam machen, und zwar auf das Wichtigste. Mit Beschlüssen ist es nicht gethan, wenn diesen Beschlüssen nicht Nachdruck verschafft wird. Drum rüste Jeder seine Waffen, stähle Jeder seinen Mut. Es kann kommen, wenn der König sich nicht unterwirft, dass der Rhein den Scheidepunkt zwischen uns und Bayern bildet, es kann kommen, dass die Pfalz sich von Bayern lossagen muss. Drum steht fest zusammen und haltet die Hand an die Waffen!“



Phil. Schmidt.

Am 29. April fand in Kaiserslautern ein Turnerkongress statt, geleitet von Buchheister und Ph. Schmidt. Er fasste folgenden Beschluss: „Die anwesenden Turnvereine ernennen einen permanenten Ausschuss der Turner, der in Frankenthal seinen Sitz hat, und sofort die Organisation eines bewaffneten Korps waffenfähiger Mannschaft der Pfalz übernimmt, für den jedoch heute noch, da die Zeit drängt, ein provisorischer Ausschuss aus der Mitte der Anwesenden ernannt wird, der heute noch zu weiterer Beratung zusammentritt, um den verschiedenen Abgeordneten gleich nähere Aufträge zu erteilen. Die Funktion dieses provisorischen Ausschusses währt nur so lange, bis der permanente Ausschuss in Frankenthal zusammentritt. Sollte der Kreisausschuss des Volksvereins der Pfalz aber einen Verteidigungsausschuss für das ganze Land ernennen, und dieser von der demnächst abzuhaltenden Volksversammlung gebilligt werden, so unterordnet sich der permanente Turnerausschuss diesem und übergibt dem Verteidigungsausschuss des Landes die von ihm organisierte Macht. Sollte jedoch der Kreisausschuss des Volksvereins die jetzt

begonnene Bewegung auf das Gebiet der Schwätzerei und Adressefabrikation ziehen, und sich zu einer provisorischen Regierung der Pfalz nicht verstehen, so hat der permanente Turnerausschuss in Frankenthal das Oberkommando der versammelten Macht zu behalten und diese zum Gedeihen des Vaterlandes zu verwenden. Als provisorischer Ausschuss wird der Vorstand der Turngemeinde Kaiserslautern ernannt." — Die Sprache, die aus allen diesen Versammlungen und Aufrufen nach Speyer tönte, war so deutlich, dass die Regierung über die Bedeutung des 2. Mai und der Volksversammlung in Kaiserslautern nicht mehr im Zweifel sein konnte. Oberstleutnant Staroste schreibt in seinem „Tagebuch über die Ereignisse in der Pfalz und Baden im Jahre 1849", Potsdam bei Riegel 1852, Seite 4 mit Recht: „Gegen alle diese sichtlichen Zeichen der Auflehnung war seitens der Regierung nicht das mindeste geschehen; sie gab kein Lebenszeichen von sich und liess ungestört einen Zustand der Dinge sich entwickeln, der die Provinz in unabsehbares Unglück stürzen und offenbar Anarchie herbeiführen musste". Ferner S. 5: „Man hätte mit zwei Regimentern (mit einem, der Verf.) dem revolutionären Treiben ein rasches Ende machen können, aber nie war die Pfalz so von Truppen entblösst wie an diesen Tagen, obwohl die Krise vorauszusehen war."

Die auf 1. Mai nach Kaiserslautern ausgeschriebene Vorversammlung war von den Notabeln der Pfalz, auch von Beamten sehr zahlreich — Zinn gibt S. 9 2000 Personen an — besucht. Nach Eröffnung derselben wurden 4 Anträge gestellt. Rechtskandidat Fries aus Frankenthal beantragte sofortige Niedersetzung einer provisorischen Regierung, Dr. Hitzfeld von Kirchheimbolanden eine grosse Adresse an den König, die in der Volksversammlung unterzeichnet werden solle, Christian Zinn die Ernennung eines Landesverteidigungsausschusses, und mehrere Andere — die Namen sind nirgends genannt — die Absendung einer Deputation nach München, um eine Art von Ultimatum zu überbringen. Nach kurzer Debatte wurden die Anträge 2 und 4 beseitigt, indem man die Adressenfabrikation als eine ewige Krankheit der Deutschen bezeichnete, der heftige Kampf drehte sich um provisorische Regierung oder Landesverteidigungsausschuss, oder mit anderen Worten um die sofortige oder erst vorzubereitende Revolution. Für erstere sprachen Fries, Resch und Hillgärtner aus Frankenthal, Loose und Weber von Neustadt, für letztere Christian Zinn, Richter Hase und der Abg. Nikolaus Schmitt von Kaiserslautern. Der Antrag Fries wurde nach langer Debatte mit schwacher Mehrheit verworfen, worauf man den Antrag Zinn fast einstimmig annahm. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „In Erwägung, dass die durch die Nationalversammlung endgültig

beschlossene und verkündete Reichsverfassung, einschliesslich des Wahlgesetzes und der Grundrechte, für ganz Deutschland als Gesetz gilt, dass demzufolge das Verfahren der bayerischen Staatsregierung in ihrer Auflehnung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung als rebellisch zu betrachten und die Pfalz allen bezüglichen Anordnungen insolange den kräftigsten Widerstand zu leisten verpflichtet ist, bis dieselbe ihre unbedingte Unterwerfung unter die Reichsgesetze erklärt haben wird; aus diesen Gründen ernennt die Volksversammlung einen Landesverteidigungsausschuss, welcher sogleich in Thätigkeit tritt und solange in Permanenz verbleibt, bis die gefahrdrohende Lage des Vaterlandes vorüber ist. Ferner beschliesst die Versammlung, eine Kommission zu ernennen, welche unverzüglich eine energische Ansprache an das Militär, sowie an das deutsche resp. bayerische Volk verabfasst und solche der morgigen Volksversammlung in Vorlage bringt." Nach Zinn S. 10 wurde dieser Antrag von allen Anwesenden, worunter sehr viele Justiz- und Administrativbeamte, unterzeichnet.

Am entscheidenden Tage, am 2. Mai, ging es in Kaiserslautern vom Morgen bis zum Abend sehr lebhaft zu. Das Aussehen der zahlreichen Ankömmlinge, das Leben und Treiben in der Stadt, der Verlauf der Versammlung wird in einem selten gewordenen Romane „Die Freischärlerin" von F. Karcher, Kaiserslautern bei Mahla 1852, dessen historische Bestandteile von einem glaubwürdigen Augenzeugen herrühren, anschaulich geschildert. Der Zuzug zu Wagen und zu Fuss wollte kein Ende nehmen, bald waren die Wirtschaften und Biergärten gefüllt. Auch Scharen in Waffen rückten ein. Man sah meistens schwarz-rot-goldene Abzeichen, aber auch rote waren nicht selten. Ueberall herrschte die animierteste Stimmung. Am Morgen fand noch eine Separatberatung der Partei statt, welche am Abend vorher für eine provisorische Regierung gestimmt hatte. Fries erklärte hier, dass er seinen Antrag vom vorhergehenden Tage in der Volksversammlung nicht wieder vorbringen werde, weil er keine Zerstückelung herbeiführen wolle. Er forderte alle auf, ebenso zu verfahren und der guten Sache ein Opfer zu bringen. Alle schienen damit einverstanden, allein bei der Versammlung selbst zeigte es sich, dass die Sache sich anders verhielt. — Auf dem Stiftsplatz, wo eine Tribüne aufgeschlagen war, versammelte sich gegen Mittag eine grosse Menschenmasse, die nach der niedersten Schätzung 6000, nach der höchsten 12000 Köpfe betrug. Notar Reichard von Speyer übernahm den Vorsitz, Resch von Frankenthal das Amt des Schriftführers. Loose von Neustadt brachte seinen Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung wieder ein.

Da er an diesem Tage heiser war, schrie er in einer das Ohr unangenehm berührenden Weise. Aus seiner Hetzrede wurden folgende Worte festgestellt (Anklag-Akte): „Die Versammlung wolle die sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung, die Beschlagnahme der öffentlichen Kassen beschliessen und ja keine halbe Revolution zugeben. Das Volk darf nicht, wie in Württemberg, vor dem Throne stehen bleiben — was er den neuesten Schwabenstreich nannte —, sondern es muss über denselben hinausgehen, damit der rebellische König von Bayern, der mit den andern hochverräterischen Fürsten sich gegen das Volk verschworen, keine Galgenfrist mehr bekommt.“ Er hatte zugleich die Unverfrorenheit, sich selbst und seinen Handlanger Weber zu Mitgliedern der provisorischen Regierung vorzuschlagen. Trotz seines widerwärtigen Gebahrens wäre sein Antrag beinahe von der erhitzten und aufgeregten Menge angenommen worden. Ohne den Entschluss von Fries hätte man schon am 2. Mai die Republik und zwar eine rote gehabt. Reichard, Nikolaus Schmitt und Zinn sprachen für den Vorschlag der Vorversammlung, der schliesslich mit knapper Mehrheit — es wurde mit Handaufheben abgestimmt — angenommen wurde. Wütend zogen nun Loose und Weber, nachdem sie noch Schmitt einen Volksverräter genannt hatten, unter den Klängen der Marseillaise auf den Maxplatz, wo sie auf eigene Faust die Republik ausriefen. Bis gegen 6 Uhr hatte die Versammlung gedauert. Man begab sich nun zur Fruchthalle, wo die Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses gewählt wurden. Auf den Antrag von Dr. Hepp beschloss man, dass nur die Parlamentsmitglieder, die Landtagsabgeordneten, die Mitglieder des Landrates, sowie jene des Kreisausschusses der pfälzischen Volksvereine und die Offiziere der Bürgerwehr wahlfähig und wählbar sein sollten. Aus der Wahl gingen folgende 10 Herrn hervor: Die Parlamentsmitglieder Nikolaus Schmitt aus Kaiserslautern, Reichard aus Speyer, Culmann und Schüler von Zweibrücken, die Landtagsabgeordneten Dr. Hepp von Neustadt, Dr. Hanitz von Zweibrücken und Dr. Greiner aus Thaleischweiler, die Kreisausschussmitglieder P. Fries aus Frankenthal und Notar Schmidt aus Kirchheim und der Bürgerwehrkommandant Didier, Gutsbesitzer und Posthalter in Landstuhl.

Am Abend fand noch eine Beratung in der Bierbrauerei von Jaenisch statt, welcher die Gewählten und eine kleine Anzahl Wahlberechtigter unter dem Vorsitze des Landtagsabgeordneten Gelbert beiwohnten. Man wollte sich über die Kompetenz des neuen Ausschusses und über die Massregeln einigen, die zunächst zu ergreifen seien. Man fasste folgendes ins Auge: 1) An die Nationalversammlung soll eine Bittschrift gerichtet werden, die Pfalz in ihrem Unter-

nehmen zu schützen. 2) Alle Beamten der Pfalz werden aufgefordert, sich der Reichsgewalt unbedingt zu unterwerfen und sich binnen drei Tagen auf die Reichsverfassung vereidigen zu lassen, wofern sie nicht als Rebellen erklärt und behandelt werden wollen. 3) Diese Beschlüsse werden den Gemeinden mitgeteilt. 4) Das Volk wird bewaffnet. 5) Dem Staate werden die Steuern verweigert. 6) Mit den badischen und hessischen Demokraten wird eine Verbindung hergestellt. 7) Alle Eltern werden aufgefordert, ihre Söhne nicht mehr zum Militär zu schicken. 8) Alle Offiziere, die gegenwärtig in der Pfalz sind, werden aufgefordert, der Sache des Volkes zu dienen und die Landwehr zu organisieren. 9) Eine allgemeine Volkswehr soll organisiert werden. 10) Die Gemeinden werden verpflichtet, die Ortsbürger aus den Gemeindegeldern zu bewaffnen. Der Vorsitzende war der Ansicht, dass die Steuerverweigerung und die Vereidigung der Beamten ungesetzlich seien.

Die verabredete Ansprache des „pfälzischen Volkes", vertreten durch die am 2. Mai abgehaltene Volksversammlung, an seine Brüder im jenseitigen Bayern, unterzeichnet durch Reichard, Resch und Gravius, hat folgenden Wortlaut: „Deutsche Männer! Brüder im jenseitigen Bayern! Die bayerische Staatsregierung hat die Anerkennung der von den Abgeordneten des deutschen Volkes in Frankfurt endgültig beschlossenen Reichsverfassung verweigert, sowie auch die Grundrechte des deutschen Volkes und das Wahlgesetz diese Anerkennung noch nicht gefunden haben. Sehnsüchtig harrte das Volk seit einem ganzen Jahre der endlichen Vollendung des Werkes seiner Wiedergeburt. Mit Jubel hat Deutschland den Tag der Verkündigung dieser Grundlage der künftigen Macht und Freiheit des Gesamtvaterlandes begrüsst. Leider sehen sich die Völker in ihren gerechten Erwartungen abermals bitter getäuscht. Die Fürsten haben auch in der jüngsten Zeit nichts gelernt und nichts vergessen. Wie immer, wagen sie es abermals, den vermeintlichen Interessen ihres Hauses das Wohl des Volkes zu opfern. Sie wähnen in ihrer Verblendung, auch heute sei es noch möglich, die Schwingen des Volkswillens von neuem zu binden und der reifen Frucht der Zivilisation eines grossen Volkes mit der Macht der Bajonette entgegenzutreten. An dem deutschen Volke ist es nun und an dem bayerischen zumal, seiner volksfeindlichen Regierung gegenüber zu zeigen, ob fortan sein Wille oder der Wille eines Einzelnen Gesetz sei, es gilt nun zu beweisen, ob das bayerische Volk Kraft und Mut besitze, seinen Willen zur Geltung zu bringen und die Regierung zur Anerkennung des Volkswillens zu zwingen. Brüder in Bayern! Blickt auf das edle Volk der Württemberger! Wollen wir beschämt die Augen nieder-

schlagen vor seiner Hoheit? Wollen wir vor den auf uns gerichteten Blicken des Brudervolkes gestehen, dass wir gleicher Erhebung nicht fähig sind? Nein, Söhne eines Vaterlandes! Auch wir fühlen den Mut und die Begeisterung in uns, gleichmässig uns zu erheben für die deutsche Einheit und Freiheit? So schart Euch denn mit uns um das Panier, das uns siegreich voranweht! Auch wir wollen gemeinschaftlich kämpfen für die unbedingte Geltung der deutschen Verfassung. Eintracht macht stark. Auf denn ihr wackern Franken, Schwaben und Bayern, ergreift die Bruderhand der Pfälzer, Gott ist mit uns, der Sieg muss der gerechten Sache werden. Wir geben Euch die Beschlüsse kund, in welchen heute das in Kaiserslautern versammelte Volk der Pfalz seinen Willen ausgesprochen. Fasset gleiche Beschlüsse und führt sie thatkräftig aus!"

Die Revolution war ausgebrochen, betrachten wir nun die Männer, welche an die Spitze der Bewegung traten, die auf $1^1/_2$ Monate die Regierung des aufständischen Pfälzerlandes führen sollten. Geistig hervorragende, wirklich bedeutende Männer, welche die grosse Menge durch Einsicht und Willenskraft weit überragten, besass die Pfalz damals nicht, es war nicht einmal ein Einziger vorhanden, dem in diesem Falle das allgemeine Vertrauen eine Art von Diktatur hätte übertragen können. Die Gewählten waren lauter Mittelschlag, man hätte leicht noch 20 bis 30 ebenso Taugliche gefunden. Gescheidte, gebildete Leute, die ihren Beruf tüchtig ausfüllten und nebenbei wohl auch noch eine kleine politische Rolle als Abgeordnete zu spielen vermochten. Aber ein aufständisches Land mit starker Hand regieren, neue Ordnung schaffen, einen neuen Beamtenstand bilden, neue Finanzquellen eröffnen, ein verteidigungsfähiges Heer aufstellen, das konnten sie nicht. Keiner war ein organisatorisches Talent, geschweige ein Genie. Sie übernahmen den schweren Posten mit einer naiven, selbstgefälligen Zuversicht, schrieben Erlasse, die Niemand befolgte, wurden mit ihrem Schiffe eine zeitlang hin und her geworfen, ohne dass sie das Steuerruder zu führen vermochten, und zuletzt haben sie die Wogen spurlos weggeschwemmt. Die Bewegung hatte ja gar keine Chancen, auch ein Bismarck wäre unterlegen, aber dann hätten jene Männer in richtiger Selbsterkenntnis, in genauer Erwägung der Umstände die angetragene Stelle weit von sich weisen müssen. Hören wir, wie Zeitgenossen, wie Teilnehmer der Bewegung über die Einzelnen urteilen.

L. Bamberger in seiner schon genannten Schrift S. 23 beschreibt die pfälzischen Revolutionsmänner also: „Sie passten zu einer pfälzischen Revolution. Sie wären vielleicht unter bessern Konstellationen entschiedener gewesen, aber es war gut, dass sie es

nicht zu sein brauchten. Revolutionäre Charaktere waren sie nicht; Fries von Frankenthal, starr genug, um zu terrorisieren, war zu wenig seriös dazu, Schmitt von Kaiserslauten, in höchstem Grade seriös, war zu weichmütig. Die andern, Greiner von Pirmasens, Reinhard von Speyer, Hepp von Neustadt waren nicht mehr und nicht weniger als liberale Deputierte. Von diesen fünf sind vier Juristen, Hepp ist Arzt. Mehr als das, was man einen verständigen Mann nennt, ist keiner von ihnen, einer oder der andere vielleicht weniger. Sie hatten sich nicht an die Spitze der Bewegung mit Kraftanstrengungen, durch Ehrgeiz oder Feuergeist hinaufgeschwungen. Sie waren mit den kleinen Mitteln, die in Verhältnissen, wie ich sie oben beschrieben hatte, ausreichen, zu der gangbaren, demokratischen Landesmünze geworden, wurden demgemäss in den Landesausschuss gewählt und mussten sich bald darauf, wenn sie die Sache nicht aufgeben wollten, zur provisorischen Regierung machen lassen. Sie meinten es redlich und herzlich mit der Revolution wie mit ihrem ehelichen Weib, aber eine blinde, sprühende Jugendliebe trugen sie nicht in der Brust."

Fenner v. Fenneberg fällt in seiner Schrift S. 11 ff. über die einzelnen Persönlichkeiten nachstehendes Urteil: „Didier, Oekonom von Landstuhl, Mitglied des Landesausschusses, ein Mann von gutem Willen, aber beschränkten Fähigkeiten, gegenüber seinen Kollegen ohne alle persönliche Selbständigkeit. Er übernahm die Mission, von Lüttich Gewehre herbeizuschaffen, die er auch nach dem Ankauf, anstatt sie über Frankreich nach der Pfalz zu schaffen, rheinaufwärts glücklich in preussische Hände spedierte. Der Mann hatte geglaubt, die preussische Regierung würde die Waffensendung, sobald sie als ein Transitgut für ein Schweizerhaus erschiene, respektieren. Bei der demokratischen Offenherzigkeit, mit der alle politischen und militärischen Angelegenheiten in der Pfalz betrieben wurden, hatten die deutschen Zeitungen schon lange ausführliche Berichte über die Mission des Bürgers Didier gebracht. — Greiner, Rechtskandidat, Mitglied des Landesausschusses und der provisorischen Regierung, hatte sich in den Märztagen des Jahres 1848 zuerst als Volksredner bekannt gemacht und wurde später durch die Vermittelung einiger Pfälzer Deputierten, sowie die Anstrengungen seiner Partei in die bayerische Kammer gewählt. Greiner spricht fliessend und klar, aber seine Rede bleibt wirkungslos, da ihr Tiefe und Selbständigkeit der Gedanken wie Begeisterung durchweg fremd sind. Aber Greiner ist eine ehrgeizige Natur, kalt und berechnend, er wird einst seinen Weg machen trotz des Missgeschickes, das ihn betroffen, Teilnehmer und Leiter eines Aufstandes zu sein, der nicht aus dem Volke her-

vorgegangen, sondern demselben oktroyiert worden. Greiner war unter den Mitgliedern des Landesausschusses beinahe stets für energische Massregeln, liess sich aber von der Majorität mit fortreissen. Ein Mann der kräftigen Revolution war er nie, denn dazu fehlten ihm: revolutionäre Praxis, ein revolutionäres Ziel, wie revolutionäre Grundsätze, während ihm eine dem Deutschen angeborene heilige Scheu vor allem, was nach Terrorismus roch, anklebte. Es ist dies der Fehler beinahe aller deutschen Juristen, welche sich über das Gesetz, dessen Studium sie so lange Jahre gewidmet, aus Pietät oder Gewohnheit nicht hinaussetzen können, um selbstständig ein neues, den revolutionären Grundsätzen, die sie verfolgen, entsprechendes zu schaffen. — Peter Fries, Rechtskandidat, Mitglied des Landesausschusses wie der provisorischen Regierung, war der einzige wahrhaft revolutionäre Charakter im Landesausschusse wie Regierung. Jung, für republikanische Ideen glühend, ein, wenn auch nicht begeisternder, doch klarer und verständiger Redner, war er ganz der Mann, eine Revolution vorzubereiten und ins Leben zu rufen. Aber das Kind seiner Mühe zu erziehen, die Quelle, die er sprudeln gemacht, auch in ein Becken zu leiten: das verstand er so wenig, wie seine Genossen. In Deutschland ist von Revolutionen gegen Monarchien nie zu fürchten, dass der revolutionäre Geist seine Grenzen überschreite und in eine tolle, zweck- und schreckenlose Anarchie ausarte. Ein Marat oder Robespierre ist noch nicht auf deutschem Boden gross geworden. Fries ist zudem mehr Gemütsmensch, von leicht erregbarer Phantasie, und dies erklärt auch einzig, wie ein sonst politisch begabter, den Ernst wie die Forderungen der Zeit verstehender Mann auf gleicher Bahn mit den Leuten des Landesausschusses und der provisorischen Regierung wandeln konnte, Leute, welche meist in den Pfuhl deutsch-einheitlichen Blödsinns und abgedroschenen Phrasentums versunken waren. — Reichard, Notar von Speyer, Oberst der dortigen Bürgerwehr, Parlamentsmitglied, Mitglied des Landesausschusses und der provisorischen Regierung, war, ehe die Revolution vom Wort zur That geworden, eines der entschiedensten Mitglieder des „Donnersberges“, zu Allem entschlossen, was die auf Herbeiführung der Republik abzielende Revolution fördern konnte. Danton war gegen Bürger Reichard ein unentschlossener, gemässigter Schwachkopf. Seine Reden atmeten republikanischen Geist, zu dem indes Einheitsphrasen und gesetzliche Wege und Grundlagen eine komische Staffage bildeten. Als jedoch die Flammen der Revolution emporschlugen, erschrack Danton-Reichard vor dem Kinde, das er hatte zeugen helfen, und der Mann der eisernen Konsequenz, für den er so gerne

angesehen sein wollte, beging die antirevolutionärsten Albernheiten. Als Oberst Blenker die Offiziere in Ludwigshafen, welche den Eid



Peter Fries.

auf die Reichsverfassung verweigerten, in Haft setzen liess, verlangte er deren augenblickliche Freilassung. Fenneberg, der sie als Geiseln behalten wollte, konnte nur so viel erlangen, dass dieselben erst

nach Ausstellung eines Reverses, nicht gegen die Pfalz zu kämpfen, entlassen wurden. Fennebergs Vorschlag, die Glocken der Pfälzer Gemeinden behufs der Einschmelzung zu Kanonen zu requirieren, wurde von ihm und Herrn Hepp mit tiefster Indignation zurückgewiesen! Herr Reichard bewies sich im Verlaufe der Revolution als ein beschränkter Kopf, verdummt durch langjähriges Phrasengeklingel, zu allem unfähig, als Mann der hohlen Redensarten ohne Thatkraft und selbst ohne den Willen, sich zur selben emporzuschwingen. Der Ausgang des Kampfes hat ihn zum Märtyrer gemacht und es schmeichelt dies seiner Eitelkeit wahrscheinlich nicht minder, als es ihm schmeichelte, als Präsident der provisorischen Regierung zu glänzen. Er hatte sich als solcher das Departement des Krieges auserlesen, ein Fach, von dem er, obgleich Bürgerwehroberst, doch nicht die leiseste Ahnung hatte, was ihn indessen nicht hinderte, mit seinen Herren Kollegen, die in gleichem Falle ebenso bewandert waren, über militärische Dispositionen stundenlange Debatten zu führen. — Hepp, Dr. der Medizin, Mitglied des Landesausschusses und der provisorischen Regierung, ist uns als Märtyrer der dreissiger Jahre, sowie durch seine mit Erfolg begleitete Opposition gegen den ehemaligen Zensor der Allg. Zeitung, Herrn Lufft, später Regierungsdirektor in der Pfalz, bekannt. Was aus den Märtyrern der damaligen Epoche geworden, haben wir an Rauschenplat und Genossen zur Genüge erfahren. Herr Hepp gehört nicht ganz in diese Kategorie und bei dem Mode-Liberalismus der Pfalz war dies weniger sein Verdienst, als das der örtlichen Verhältnisse. Hepp erscheint uns als Repräsentant des verrückt gewordenen konstitutionellen Bourgeois, der seine Art von Liberalismus zum Leben ebenso erforderlich hielt, als Salz und Brot. Diese Menschenklasse ist bisher einer weit geringeren Beachtung gewürdigt worden als sie von seiten der radikalen Partei eigentlich verdient hätte. Diese Art Bourgeois ist liberal, weil es sie kitzelt, als Oppositionsmänner zu gelten; sie unterzeichnet Sammlungen zu liberalen Zwecken, beteiligt sich bei allen Oppositionsadressen, Volksversammlungen, Klubs u. s. w.; faselt bedeutend viel von konstitutionellen Rechten und Freiheiten, bildet sich ein, ein Gegenstand fortwährender Aufmerksamkeit und geheimer Verfolgungen von seiten der Minister zu sein, abonniert auf die Augsburger Allgemeine, um über sie schimpfen zu können, liest dagegen die liberalen Blätter im Kasino. In einer Weinlaune versteigt er sich sogar, das Heckerlied zu singen, nicht ohne bedeutenden moralischen Katzenjammer am Montag. Ist eine Regierung mitunter einfältig genug, sich an einem solchen ungefährlichen Schreihals zu reiben, so erhebt ihn dies auf den Gipfel seines Glückes

und nach überstandenem Märtyrertum blühen ihm Adressen, Deputationen, Pokale und was dergleichen Lappalien mehr sind. Dieser Rasse gebührt der Ruhm der Erfindung des konstitutionellen Rechtsbodens, des legalen Bodens und harmloser Adressenkrawalle. Es wäre vergebens, ergründen zu wollen, was diese Spezies eigentlich will, denn sie weiss es selbst nicht. Sie will nur liberal heissen und zur konstitutionellen Opposition gehören. Hepp, der sich, ganz im Geiste des geschilderten Geschlechtes, noch nie recht bewusst geworden, was er eigentlich will, ist bei aller Verwirrung, die in seinen politischen Begriffen herrscht, ein sehr ehrlicher Mann, der gerne etwas wollte, wenn er es nur könnte. Als Mitglied der provisorischen Regierung, in die er sich zu seinem nicht geringen Schrecken gewählt sah, verwaltete er das Finanzfach. Obgleich die Staatswirtschaft sein Fach nicht war, so entledigte sich der neugebackene Finanzminister mit vieler Würde seiner Amtspflichten, deren Inbegriff er indes dahin interpretierte, dass er die Wirtshausrechnungen bezahlte, mit den Kutschern akkordierte und Quittungen über empfangene Gelder ausstellte oder entgegennahm. Bemerkenswert ist, dass Hepp, ungeachtet er selbst von den Radikalen nicht zu ihrer Partei gezählt wurde, da er in Neustadt a. d. Haardt, seinem Wohnorte, als Gegensatz zu dem roten demokratischen Vereine einen Vaterlandsverein gegründet, doch seine Wahl in den Landesausschuss durchzusetzen gewusst hat. Seine Wahl in die provisorische Regierung kann nicht befremden, da zweidrittel der Wahlversammlung konservativ gesinnt, womöglich Gemässigte wählten, als sie durch gelinden Terrorismus zur Einsetzung einer provisorischen Regierung getrieben wurden. — Hanitz aus Zweibrücken, Landtagsabgeordneter, Mitglied des Landesausschusses, Arzt ohne Praxis, darum auch politischer Dulkamara. Beschränkt, in politischen Dingen grenzenlos unwissend, dabei aber, wie zu erwarten, ein nie ermüdender Schwätzer, hatte er die viele freie Zeit, die ihm sein ärztlicher Beruf gestattete, dazu benutzt, an Fruchtmarkttagen den vom Lande kommenden Oekonomen die Neuigkeiten aus den deutschen und französischen Zeitungen mitzuteilen und ihnen das zu erklären und fasslich zu machen, was er selbst nicht begriff. Er war dadurch zu einer gewissen Popularität und durch diese in die Kammer gelangt, wo eine mühsam einstudierte Jungfernrede auch seinen Schwanengesang bildete. Zu Hanitz' Eigenschaften gesellte sich auch die persönliche Furchtsamkeit. Hanitz wurde in den Landesausschuss gewählt, lehnte es ab, liess sich jedoch sogleich in Kaiserslautern blicken, um Sitz und Stimme im Ausschusse zu reklamieren, als er hörte, dass Eisenstuck denselben anerkannt habe. Nach Rückberufung des Reichs-

kommissärs sah man Herrn Hanitz nie wieder. — Nikolaus Schmitt von Kaiserslautern, übergangener Rechtspraktikant aus den dreissiger Jahren, Redakteur des „Boten für Stadt und Land“, National-



N. Schmitt.

versammler, Mitglied des Landesausschusses und der provisorischen Regierung, Minister des Innern, ein Mann von Talent und Kenntnissen, nicht ohne politischen Scharfblick, ist unstreitig der verdienstvollste unter den Mitgliedern der Regierung, da er, als die Preussen schon in der Pfalz waren, wenigstens offen eingestand,

dass man ein ganz anderes Regiment hätte führen sollen. Schmitts Leidenschaft während seiner Amtsführung bestand in eifriger Abhaltung von Reden, in denen die deutsche Einheit und deutsche Männer stets glänzende Rollen spielten. Schmitt konnte zu jeder Tages- und jeder Nachtzeit Reden halten, und er würde, wenn ihm die Einsicht nicht zu spät gekommen wäre, auch gehandelt haben; denn er war unstreitig der entschlossenste Charakter, der unter anderer Gesellschaft als der seiner Kollegen, selbst den entschiedensten Massregeln nie seine Zustimmung versagt haben würde. — Schmidt (Karl Wilhelm), Notar von Kirchheimbolanden, Mitglied des Landesausschusses, später spurlos verschollen, war eine ehrliche Haut, die zu allem ja sagte, wenn nur die Leute damit zufrieden waren. In einer revolutionären Behörde war sein Platz nicht, und er war sich dessen auch bewusst. Herrn Schmidts hervorragendste und liebenswürdigste Eigenschaft war seine fortwährende Schweigsamkeit. — Culmann, Advokat beim Appellhof in Zweibrücken, Parlamentsmitglied und Abgeordneter in München, Mitglied des Landesausschusses, ist der hervorragendste Charakter der Rheinpfalz. Umfassendes Wissen, grosse politische Bildung und Begabung, vereint mit einem scharfen Geiste, der alle ihm der Beachtung würdig scheinenden Vorkommnisse mit einer unerbittlichen Logik bis zu den äussersten Konsequenzen verfolgte, war er ausser Schüler vielleicht der einzige, der sich über Gegenwart wie Zukunft der Bewegung, sowie über die vielgerühmte politische Durchbildung des Pfälzer Volkes keine Illusionen machte. Culmann erschien die Bewegung insoweit willkommen, als sie im Volke einen regern Geist erweckte, der sich endlich über den engeren Kreis von Adressen und Volksversammlungen wagte..... Culmann, der recht wohl einsah, dass die vielgerühmte politische Bildung des Pfälzer Volkes nicht weit her sei, nahm an den Beratungen des Landesausschusses nur geringen Anteil und als er sich von der Unfähigkeit der Revolutionsbehörde überzeugt hatte, zog er sich gänzlich zurück, um sich einerseits nicht unnötig und ohne Zweck zum Gegenstand politischer Verfolgung zu machen und dadurch seine fernere Wirksamkeit zu lähmen und andererseits, um in der Folge bei der eigenen Partei nicht unmöglich zu werden.

Hören wir noch, wie Christian Zinn in seiner Schrift S. 14 f. über eine Anzahl der Mitglieder des Landesausschusses urteilt. Nachdem er bemerkt, dass zu den Entschiedenen in dieser Körperschaft Reichard, Culmann, Schmitt, Greiner, Fries und Hepp, zu den Unentschiedenen Hanitz, Schmidt und Didier gehörten, fährt er fort: „Schüler, welcher später auch in die provisorische Regierung gewählt wurde, trat weder in den Landesverteidigungs-Ausschuss noch in

diese, und erklärte zuletzt, dass er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen könne, weil ihm die Vertretung der Pfalz durch die Vertrauensmänner, welche die provisorische Regierung wählten, nicht vollständig genug erscheine. — Culmann, unstreitig nach Schüler der talentvollste von allen, spielte den feinen Politiker. Er trat in den Landesverteidigungs-Ausschuss sowie in die provisorische Regierung, hielt jedoch nur so lange Stand, als noch ein guter Erfolg möglich war und war sogleich verschwunden, als die Sache anfing, eine andere Wendung zu nehmen. Später erklärte Culmann, er sei aus der provisorischen Regierung ausgetreten, weil er sich überzeugt habe, dass dieselbe die Trennung der Pfalz von Bayern beabsichtige. Wie Herr Culmann, dessen Lieblingsidee von jeher die Trennung der Pfalz vom jenseitigen Bayern war, plötzlich so gut bayerisch wurde, will mir nicht recht einleuchten. Hanitz, praktischer Arzt in Zweibrücken, liess sich nach seiner Wahl in den Landesverteidigungsausschuss trotz mehrmaliger Aufforderung nicht eher in demselben blicken, als nachdem solcher von dem Reichskommissar Eisenstuck namens der Zentralgewalt bestätigt worden war. Sobald Eisenstucks Abberufung bekannt wurde, war Herr Hanitz nicht mehr zu sehen. Schmidt, Notar in Kirchheim, hatte dieselbe Absicht, wie Herr Hanitz; er musste durch Estafette einberufen werden und wäre sicherlich nicht gekommen, wenn ihm nicht die Kirchheimer Demokraten eine Deputation um die andere geschickt und seine Abreise auf das Entschiedenste verlangt hätten. Endlich kam er in Lautern ganz verschlagen, in der grössten Angst an und verbrachte, da seine Absicht, sich zurückzuziehen, nicht auszuführen war, die Zeit seiner Wirksamkeit allda in nicht geringer Qual. Mit Creierung der provisorischen Regierung war Schmidt verschwunden und kam von da nicht mehr zum Vorschein Ja, er agierte sogar später gegen die provisorische Regierung und weigerte sich, den von derselben verlangten Revers auszustellen, worüber das Volk in Kirchheim derart aufgebracht wurde, dass es Miene machte, sein Haus zu stürmen. Herrn Schmidt war eine gute Versteigerung lieber, als sein Sitz im Landesverteidigungsausschusse. — Didier, Oekonom in Landstuhl, gehörte eigentlich zu gar keiner Partei. Er unterschrieb alles, was die Andern machten, und war nicht froher, als wenn das Tagewerk vollbracht war. Er übernahm den Auftrag, für eine gewisse Summe, die ihm behändigt wurde, Waffen in Frankreich anzukaufen, kam aber erst nach dem Einmarsche der Preussen an die Grenze und kehrte sogleich wieder nach Frankreich zurück, wo er sich heute noch befindet.

Kolb, Bürgermeister von Speyer, war Mitglied der deutschen

Nationalversammlung sowie des früheren bayerischen Landtags, in welchen er nach der Revolution wieder gewählt wurde. Er ist als Redakteur der freisinnigen Speyerer Zeitung sowie durch seine litterarische Thätigkeit in weiten Kreisen bekannt. Das durch ihn in der bayerischen Kammer über das famose griechische Anlehen erstattete Referat, wodurch dem Staate $1^1/_2$ Millionen Gulden wiedergewonnen wurden, ist bekannt. Seine Wahl in den Landesausschuss, sowie in die provisorische Regierung der Pfalz hatte er abgelehnt. Er beteiligte sich bei der ganzen Revolution auch nicht im mindesten; ja er weigerte sich sogar, dem Dekrete der provisorischen Regierung, welches eine Neuwahl der Bürgermeister und Gemeinderäte anordnete, Folge zu leisten, weshalb 200 Mann Exekutionstruppen nebst 2 Kanonen von Kaiserslautern nach Speyer gesandt werden mussten. Kolb war übrigens durchaus nicht gegen die Bewegung als solche, sondern er wollte blos einen passiven Widerstand des Volkes, indem er glaubte, dass man dadurch eher zum Ziele gelangen werde."

Wir kennen nun nach dieser Beleuchtung von verschiedenen Seiten die Männer ziemlich genau, welchen das Schicksal der Pfalz in die Hand gelegt war. Wenn die Regenten so aussahen, so wundern wir uns nicht mehr über die Art, wie sie regierten, worüber Bamberger S. 24 ff. ergötzliches zu berichten weiss. Er schreibt: „Was sie gar nicht verstanden, war das Regieren. Ein patriarchalischeres Treiben als bei dem Landesverteidigungsausschuss und der provisorischen Regierung habe ich mein Lebtag nicht gesehen. Da sassen die fünf oder sechs Männer beisammen von morgens bis abends und berieten durcheinander und miteinander alles, was vorkam, vom höchsten bis zum geringsten. Jeder hatte dabei Zutritt, wer irgend eine Geschäft abmachen, eine Erkundigung einziehen, eine Nachricht bringen wollte; wer ein bischen Reputation oder auch nur gute Manieren hatte, konnte gelegentlich, so lange er Lust zu bleiben hatte, sich aktiv an der Beratung der gerade vorliegenden Gegenstände beteiligen. Ueberaus gern nahm man guten Rat an, wie denn überhaupt den zweimonatlichen Regenten der Pfalz nichts weniger nachgeredet werden kann, als irgend eine Spur von Hochnäsigkeit. In Baden sah man nicht viel mehr der grösseren Talente, aber schon bedeutend gewichtigere Mienen. Von einer Regelung der Geschäfte nach Zeitabschnitten und Personen war keine Rede. So lange der Landesausschuss bestand, war nicht einmal der Form nach eine Ordnung eingeführt. Die Mitglieder der provisorischen Regierung verteilten allerdings die Geschäfte untereinander nach Departements. Reichard erhielt die Präsidentschaft und den Krieg, Schmitt das

Innere, Greiner das Aeussere, Fries die Justiz und Hepp die Finanzen. Doch bestand dies alles nur dem Namen nach. In Wahrheit sass man nach wie vor von früh bis spät beisammen und nahm alles durcheinander und gemeinschaftlich vor. Dazu kam aber noch, dass jeder in seinem Departement auch die geringsten Schreiber- und Laufburschendienste that und, weil er selbst nie aus der Plenarversammlung zu bringen war, auch die abgeschmacktesten Lumpereien in einem Atem mit den wichtigsten Massregeln von der Gesamtregierung verhandelt wurden. Man sass über der Beratung eines Bündnisses mit Baden. Es klopft, herein tritt der Stockhaus-Verwalter, um sich bei dem Justiz-Minister über die Auslagen für die Atzung von drei eingebrachten Gefangenen aufzuklären. Eine Viertelstunde lang bildete die Stockhausatzung die Tagesordnung des Ministerrates. So kamen tausend Dinge vor. Dabei liefen die einzelnen Regierungsmitglieder jeden Augenblick weg, um irgend ein kleines Geschäft, das in ihr Departement schlug, ausserhalb zu besorgen. Ich und viele andere haben sie hundertmal angefleht, sie möchten doch jeder in einem besonderen Kabinett arbeiten und nur ein- oder zweimal des Tages sich versammeln, um über die wichtigsten Angelegenheiten gemeinschaftlich zu beschliessen und ebenso, sie möchten nicht selber alle Dienstverrichtungen vollziehen, sondern sich Bureaus etablieren. Man gab uns stets recht und liess es stets beim Alten. Der Finanzminister akkordierte die Kutschen und kaufte drei Ellen schwarzrot-goldenes Baumwollenzeug. Der Konseilpräsident sprang während der wichtigsten Beratung, die vielleicht in den zwei Monaten vorkam, drei Treppen hinunter auf die Strasse, wo sich zwei Leute balgten, um nach einer halben Stunde, binnen deren es ihm gelang, die Streitenden zu beruhigen, die Debatte wieder aufzunehmen. Welcher enorme Zeitverlust und welche Unordnung aus einer solchen Geschäftsführung hervorging, lässt sich denken und zum Teil daraus erklären, warum im Laufe zweier Monate so unendlich wenig geschah.

Aber auch mit den übrigen Dingen, die zur Regierung und Verteidigung eines Landes gehören, war es nach den Zeugnissen Bambergers sehr schlecht bestellt. Es fehlte vor allem an tüchtigen, brauchbaren Beamten. Die bisherigen Staatsbeamten wollten zum allergrössten Teile von dem neuen Regimente nichts wissen, sowohl aus Pflichtgefühl, als weil sie mit Recht der revolutionären Gewalt keinen langen Bestand zutrauten. Neue Leute, die etwas leisten konnten, bekam man nur wenige, weil man ihnen nichts zu bieten vermochte, nicht einmal eine anständige Bezahlung. So war man nicht in der Lage, die wichtigsten Verwaltungsposten, die der Zivilkommissäre, die an die Stelle der abgesetzten Landkommissäre traten,

sämtlich mit brauchbaren Männern aus der Pfalz zu besetzen. Man musste zu Nichtpfälzern greifen, Leuten, welche Land und Leute nicht kannten und vom Volke mit Misstrauen aufgenommen wurden, das manchmal nicht unberechtigt war. Der Regierung stand nur eine einfache Handpresse zur Verfügung, auf welcher der „Bote für Stadt und Land“ gedruckt wurde, sodass alle ihre Verfügungen zu spät bekannt wurden. Auch an geeigneten Agitatoren fehlte es, um jeden Ort bearbeiten zu können, ebenso war der Nachrichtendienst wahrhaft kläglich, oder vielmehr gar nicht organisiert. Man hatte nicht einmal jemanden in München, um zu berichten, was dort vorging, man war im Dunkel, was im nächsten Dorfe über der Grenze geschah. Wollte jemand bei der provisorischen Regierung Nachrichten einziehen über die Zustände in Baden, Württemberg, Franken, Hessen, Frankfurt, so konnte es ihm zu einer Ueberraschung begegnen, dass man ihn hastig fragte, ob er nichts neues von dort gehört habe.

Zur Errichtung eines Staates, zur Aufstellung eines Heeres, zum Kriegführen gehört Geld. Ja, ein gewisser Montecucoli, seines Zeichens General, soll gesagt haben, zum Kriege gehöre erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld. Davon schienen die pfälzischen Revolutionsmacher und Mitglieder der neuen Regierung noch nichts gehört zu haben, denn mit den Finanzen der pfälzischen Republik war es aufs traurigste bestellt. Es ist eigentlich eine Tollheit, mit 4 bis 500 Gulden eine Revolution anzufangen. Und die Herren des Landesausschusses wussten auch anfangs nicht, woher man solches bekommen könne, am allerwenigsten, wie es scheint, aber der neue Finanzminister Dr. Hepp. Bamberger äussert sich darüber S. 28 also: „Bedenkt man was es heisst: Ein Heer ausrüsten, eine Provinz verwalten, ein Anleihen ausarbeiten und eintreiben, Verkäufe von Staatseigentum anordnen und überwachen, die rückständigen und laufenden Steuern einziehen, und dabei noch stets darüber her sein, neue Finanzquellen aufzuspüren, so wird man lachen — wie ich selber lachte — zu hören, dass die Gesamtfinanzverwaltung des Landes auf einem einzigen Gehilfen beruhte, der auf dem Bureau von Hepp arbeitete, während dieser selbst entweder in den Plenarversammlungen tagte oder Lappalien besorgte. Als ich ihm einmal sagte, er müsse wenigstens 20 Leute beschäftigen, sah er mich an, gleich als hielte er mich für plötzlich toll geworden. Warum gerade Hepp zum Finanzier ausersehen wurde, habe ich mir nie klar machen können.“ —

Weil der Landesverteidigungsausschuss die Regierung noch nicht ersetzen wollte, sondern eigentlich neben ihr wirkte, so wagte er,

obschon er mit Steuerverweigerung drohte, doch nicht nach den öffentlichen Kassen zu greifen. Er war somit auf den Bettelweg, auf die freiwilligen Gaben, auf die Opfer an „Gut“ gewiesen, welche man so oft darzubringen gelobt hatte. Nun musste sich zeigen, wie viel Begeisterung für die Einheit und Freiheit Deutschlands in der Pfalz vorhanden war. Es ist nicht möglich, genau nachzuweisen, wie viel Einnahmen die provisorische Regierung in den anderthalb Monaten ihrer Regierungsdauer gehabt hat, da kein Rechenschaftsbericht vorliegt, obschon Christian Zinn in seiner Schrift S. 15 (Fussnote) im Jahre 1850 sie aufforderte, da „Manche die grosse Sache des Volkes durch verbrecherische Habsucht entweihten“, zur Rettung eigener Ehre und im Interesse der Sache entweder Rechenschaft über ihre Verwaltung abzulegen oder die Hindernisse, die einer solchen Rechnungsablage entgegenstehen, „öffentlich darzulegen, was ohnehin ihre Pflicht und Schuldigkeit ist!“ Nach der Angabe der Anklageschrift 2. Teil, Seite 28 gingen an freiwilligen Beiträgen von Privaten und Gemeinden ein 19 945 Gulden 57 Kreuzer, grössere Beiträge gaben von den Gemeinden nur Speyer (2000 fl.), Göllheim (300 fl.) und Lauterecken (1025 fl.). — In Landau wagte man den eigentlichen Zweck der Sammlung nicht anzugeben, weswegen man Listen für etliche „brotlose Arbeiter“ herumgehen liess, auf welchen 3365 Gulden gezeichnet wurden. Um weitere Geldmittel zu erhalten, hatte man 103 Personen aus der Pfalz, die man für die reichsten hielt, auf 16. Mai nach Lautern bestellt, damit sie hier über die Mittel ratschlagten, durch welche dem Landesausschusse möglich werde, das durchzuführen, was er zu erreichen beauftragt sei. Diese Versammlung beschoss alsdann, wozu sie in keiner Weise befugt war, dass innerhalb 3 Tagen 25 Prozent der Gesamtsteuer und sodann, wenn es der Ausschuss für nötig erachte, weitere 25 Prozent innerhalb 8 Tagen und zwar durch die Kantonalverteidigungsausschüsse erhoben werden sollten. Dann wurde eine Liste zur Einzeichnung von freiwilligen Beiträgen aufgelegt. Obschon der Oberkommandant Fenner von Fenneberg, um den Opfermut der „Geldsäcke“ zu steigern, unten auf der Strasse einen grossen Lärm mit Trommeln und Schreien anstellen liess, kamen doch nicht mehr als 12 738 Gulden zusammen, eine Summe, die von keiner allzugrossen Begeisterung für die „heilige Sache“ Zeugnis ablegt. Als Betrag des Viertels der Staatssteuer wurden von sämtlichen Anwesenden 4879 Gulden eingezeichnet, so dass es auch mit dem Reichtum in der Pfalz damals nicht sehr weit her gewesen ist. Bis zur Bildung der provisorischen Regierung kamen sonach auf freiwilligem Wege in der Pfalz zusammen 37 552 Gulden. —

Als die provisorische Regierung nach den öffentlichen Kassen griff, war es zu spät. Man hatte dieselben geleert und den Betrag in Sicherheit gebracht. In der Regierungskasse waren bei der Uebergabe 10 Gulden 10 Kreuzer vorhanden. Die königstreuen Rentmeister und Einnehmer wussten es so einzurichten, dass in ihren Kassen bei etwaigen Visitationen sich nur minimale Beträge vorfanden, die nach ihrer Angabe zur Zahlung fälliger Gehalte von kleinen Bediensteten nötig waren, welche man anständiger Weise also nicht mitnehmen konnte. Man bezog noch Einnahmen aus den Salzkassen, man versteigerte ärarialische Hölzer, man verkaufte Tücher, welche in dem Zentralgefängnis zu Kaiserslautern angefertigt worden waren. Nach einer mir vorliegenden Aufstellung des Finanzministers Dr. Hepp vom 7. Juni kamen auf diesem Wege vom 8. Mai bis 5. Juni 1849 bei dem Handelshause Gebrüder Karcher in Kaiserslautern, das bis dahin die Zentralkasse führte, zusammen an freiwilligen Beiträgen 30265 Gulden, an Steuern 4539 Gulden, an Beiträgen für Anschaffung von Gewehren 2795 Gulden, aus öffentlichen Kassen 13567 Gulden, zusammen 51167 Gulden. — Da diese Gelder zur Bestreitung der nötigsten Ausgaben nicht ausreichten, schrieb die provisorische Regierung unterm 26. Mai ein Zwangsanlehen aus, das nur von Vermögen über 40000 Gulden erhoben werden sollte. Von letzterer Summe mussten 200 Gulden, von 50000 Gulden 250, von 100000 Gulden 650 und von einer Million 50000 Gulden gezahlt werden. Dieses Zwangsanlehen erregte ausserordentliche Aufregung und Erbitterung, die allerwenigsten haben es gerne bezahlt, bei den Wohlhabenden hatte jetzt die provisorische Regierung und die Republik allen Kredit verloren. Anfangs versuchte man, dasselbe mit guten Worten einzutreiben, wobei nur zum Schlusse etwas mit dem Zaunpfahl für den Fall der Weigerung gewinkt wurde. Später hat man dasselbe vielfach durch Exekution zwangsmässig beigeholt. Dasselbe ergab 83094 Gulden 25 Kreuzer, wovon 26658 Gulden auf den Bezirk Kaiserslautern, 1100 Gulden auf Zweibrücken, 47739 Gulden auf Frankenthal und 9600 Gulden auf Landau entfallen. Wie man sieht, konnten sich die Reichen in Landau diesmal nicht entschliessen, den auf sie treffenden Teil dieses Anlehens freiwillig aus der Festung abzuliefern. Rechnet man alles zusammen, so mag die provisorische Regierung im ganzen kaum 200000 Gulden zur Verfügung gehabt haben, so dass die Angabe Bambergers glaubhaft erscheint, es seien manchmal nur 40 Gulden in der Kasse gewesen, und dass man begreift, warum nichts, oder fast nichts geleistet wurde und werden konnte.

Ich lasse nachstehend zwei Schreiben von Zivilkommissären

folgen, welche zeigen, auf welche Weise das Zwangsanlehen im Anfange angekündigt und beigetrieben wurde. Das erste ist an Bürger Gebrüder Orth dahier gerichtet und lautet also: „Indem Ihnen hiermit die Mitteilung gemacht wird, dass nach einer von der provisorischen Regierung der Pfalz (gemäss Amtsblatt vom 25. Mai l. J., Dekret ein Anlehen betreffend, Artikel 5) vorgenommenen approximativen Vermögensschätzung Ihr Beitrag zu dem durch die augenblickliche Not des Vaterlandes gebotenen Anlehen 650 fl., sage sechshundertfünfzig Gulden beträgt, sind Sie mit Hinweisung auf Artikel 7 des beregten Dekrets aufgefordert, spätestens binnen 3 Tagen nach Empfang dieses die obengenannte Summe gegen Einhändigung des Schuldscheines einzusenden. In einem Augenblicke, in welchem die grosse Idee der Einheit und Freiheit Deutschlands endlich beginnt, der Verwirklichung nahe zu treten, und unserer Pfalz das heilige Amt geworden, die Fahne voranzutragen; in einem Augenblicke, in dem tausend jugendliche Herzen wetteifernd sich zum Kampfe drängen, bereit, Blut und Leben auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern — in einem solchen Augenblicke widerstrebt es mir, Sie an Zwangsmassregeln zu erinnern, die da unnachsichtlich eintreten müssten, wenn Sie dem Notruf unserer heimatlichen Pfalz mit Ausflucht, Säumnis, Umgehung oder Weigerung antworten sollten, wenn Sie sich bedächten, mit einem so kleinen Teil Ihres Vermögens ein Gläubiger der Pfalz, ein Gläubiger Deutschlands, der Mit- und Nachwelt zu werden; wenn Sie sich bedächten, für eine grosse Sache, nicht Ihr Vermögen zu opfern, arm zu werden, nein! nur eine Zeitlang einige Gulden weniger reich zu sein, während Tausende unserer Menschenbrüder kaum wissen, woher sie für den nächsten Tag Brot finden, um ihren und ihrer Familie Hunger zu stillen. Ich erinnere Sie blos daran: Das Vaterland ist in dringender Gefahr! Tragen Sie das Ihrige bei, durch schleunige, durch unbemäkelte Hilfe es zu retten. Deutscher Brudergruss! Clund, Zivilkommissär. Kaiserslautern, 30. Mai 1849.“ Nachschrift: Sie sind dringend gebeten, sofern es Ihnen irgend möglich ist, wenigstens einen Teil der Summe sogleich mit Empfang dieses einzusenden. Kaiserslautern, 1. Juni 1849. Clund.“ (Die höchstbesteuerten Bürger Kaiserslauterns waren damals Adam Orth, Richard Böcking, Simon Schneider, Heinrich Jänisch.)

Das zweite Schreiben ist ergangen von dem Zivilkommissär zu Kusel an den Mühlenbesitzer Scheid auf der Schmeisbachermühle bei Wolfstein. Es hat folgenden Wortlaut: „Bürger! Das pfälzische Volk hat sich erhoben, um die Reichsverfassung, welche die freigewählten Vertreter des deutschen Volkes für alle Deutschen rechtsgültig geschaffen haben, sich durch den Verrat eines wortbrüchigen

Königs nicht wieder rauben zu lassen. Es hat mit Mut den Kampf gegen Fürstenwillkür aufgenommen und ganz Deutschland sieht mit Bewunderung auf uns. Zur Durchführung dieses Kampfes hat das pfälzische Volk eine provisorische Regierung niedergesetzt. Diese provisorische Regierung, geschaffen nach dem Willen des Volkes, kann aber den Willen des Volkes nur dann durchsetzen, sie kann aus dem bisherigen Zustande der Knechtschaft und Schmach in ein freieres, des Menschen würdiges Staatsleben uns nur dann hinüberführen, wenn sie durch alle Kräfte, die im Volke liegen, gestützt und getragen wird. Gross und mächtig sind unsere Feinde und es bedarf grosser Mittel, sie niederzuhalten. Sie hat deshalb alle waffenfähige Mannschaft von 18 bis 30 Jahren aufgerufen zum Kampfe für die heilige Sache des Vaterlandes. Allein diese Arme genügen nicht, wenn sie nicht ausgerüstet sind mit tüchtigen Waffen; und selbst die bewaffnete Mannschaft kann uns nicht vor dem Verderben retten, wenn die Regierung die Mittel nicht hat, den aufs tiefste erschütterten Organismus in Justiz und Verwaltung in Thätigkeit zu erhalten. Die provisorische Regierung hat demnach beschlossen, und sie musste das zum Wohle des Vaterlandes thun, bei den reichen Bürgern der Pfalz ein Anlehen aufzunehmen; sie nimmt daher nur diejenigen in Anspruch, von denen sie weiss, dass durch das verlangte Anlehen ihre Verhältnisse auch nicht im geringsten gestört werden. — Bürger! Die Regierung zählt auf Ihre begeisterte Liebe zur Freiheit — sie rechnet auf Ihr Billigkeitsgefühl. Sie werden nicht verkennen, dass Tausende ihr Leben für die gute Sache aufs Spiel setzen und dass das von Ihnen verlangte Geld nur ein Kleines nicht zu Nennendes ist gegen das höchste Gut — das Leben. Die Regierung ist überzeugt, dass Sie die gesetzte Frist von drei Tagen nicht einmal benützen, sondern sogleich beim Empfang dieses den geforderten Betrag aushändigen werden. — Die Regierung baut so fest auf den Patriotismus aller Pfälzer, dass sie auch nicht im Entferntesten glaubt, Zwangsmassregeln gebrauchen zu müssen, deren Anwendung ihr nur eine schmerzliche Pflichterfüllung gegen das Vaterland wäre. Mit brüderlichem Grusse.“ Wolfstein, den 31. Mai 1849. Der Zivilkommissär für das Landeskommissariat Kusel: K. Resch.“

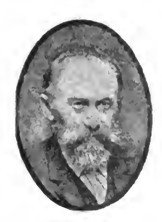
Womöglich noch kläglicher, als mit den Finanzen, war es mit den Streitkräften bestellt, welche dem Landesverteidigungs-Ausschuss zu Gebot standen, um das Land gegen etwaige Angriffe zu verteidigen. Dass man von Bayern aus keinen Versuch machen werde, die Pfalz wieder zu unterwerfen, war doch unmöglich zu erwarten. Als der Aufstand ausbrach, war an bewaffneten Leuten nichts vorhanden, als die Bürgerwehren und einige kleine Abteilungen von Turnern. Aber

mit dieser Bürgerwehr hatte es die merkwürdige Bewandtnis, dass sie zum Kriege durchaus nicht zu verwenden war. Auf den Dörfern hatte man die Kriegsspielerei bald satt und der Bauer wendete, als es Frühling wurde, seine ganze Aufmerksamkeit den nötigen Feldarbeiten zu. In den Städten wurde länger getrommelt und exerziert und mit dem Säbel gerasselt. Die Bürgerwehrgardisten waren gesinnungstüchtige Spiessbürger, wackere und besorgte Ehegatten und Familienväter; sie konnten in Reih und Glied erträglich marschieren, schultern, präsentieren, Schildwache stehen, vielleicht auch schiessen, wenn das Gewehr losging, aber sie waren durchaus nicht gesonnen, auf Soldaten zu schiessen, oder gar von Soldaten auf sich schiessen zu lassen. Thatsächlich ist auch nirgendwo die Bürgerwehr ins Feuer gekommen. Als Fenner von Fenneberg, der zum Oberkommandanten der pfälzischen Streitkräfte ernannt war, in die Pfalz kam, fühlte er sich über das, was er hier an Streitkräften vorfand, sehr enttäuscht. Eigentliche Vorbereitungen zu einem Kriege waren gar keine getroffen. In den Zeitungen stand zu lesen von einem Heere von 30000 Mann, das die Pfalz bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werde. Als Fenneberg in Kaiserslautern anlangte, hoffte er doch wenigstens einige tausend Bewaffnete hier zu finden, allein es war nichts vorhanden als etwa 400 Bürgerwehrleute und Turner. Man sagte ihm, in Neustadt befänden sich 4 bis 5000 Mann, aber als er dorthin schrieb, meldete der dortige „Generalleutnant" Strasser, dass daselbst kaum 600 Bewaffnete zugammengezogen seien. Ueber den Zustand dieser Mannschaft berichtet er in seiner Schrift, Seite 46: „Die Bürgerwehr war in einem jämmerlichen, vollkommen verwahrlosten Zustande. Schlechte Gewehre mit Feuerschlössern, wenig oder gar keine Munition, keine Geschütze, keine einexerzierte Mannschaft, gänzlicher Mangel an Disziplin und noch grösserer an Waffen. — Dies waren die Zustände der pfälzischen Volksbewaffnung." Fenner bringt dann eine Anzahl von Dokumenten bei, aus denen hervorgeht, dass es den Volkswehren an brauchbaren Waffen und an Munition überall fehlte. Auf Seite 53 heisst es: „Zu dem Mangel an Waffen und Munition gesellte sich weiters der Mangel an Geld und die gänzliche Abwesenheit von Individuen, deren ich mich auch nur im geringsten hätte bedienen können. Der Landesausschuss hatte, als ich nach Kaiserslautern kam, kaum über 300 bis 400 Gulden in seiner Kasse und war wenig Aussicht, mehr zu erhalten. Wenn auch die andern Gemeinden mitunter Geld zur Verfügung stellten, so war dies doch nur bedingungsweise, d. h. man verlangte Waffen und wollte dieselben dann bezahlen, oder sie erklärten sich für einen gewissen Betrag als Bürgen. Als ich zur Einrichtung des Bureaus des General-

stabs schreiten wollte, fand sich niemand, der auch nur eine Karte zu kopieren imstande gewesen wäre, kaum ein Schreiber. Von Ingenieurs und Männern, die sonst militär-wissenschaftliche Kenntnisse besässen hätten, keine Spur! Keine Fernröhre, keine Landkarten, einige schlechte Kopien der Generalstabskarte in verkleinertem Massstabe ausgenommen, kein Reisszeug, keine Bussole, kurz von allem, was zum notdürftigsten Gebrauche eines Generalstabsbureaus erforderlich, war nichts zu finden und in Kaiserslautern nicht aufzutreiben. Die ersten Tage meiner Wirksamkeit konnte ich nicht einmal über ein besonderes Zimmer verfügen, um einlaufende Meldungen entgegenzunehmen, sondern arbeitete in der Expedition des „Boten für Stadt und Land“ mit dem Expeditor der Zeitung und den Schreibern des Herrn Schmitt. Das waren vorläufig die Hilfsmittel, die mir als Oberkommandanten der Pfälzer Volkswehr zur Organisierung und Leitung des militärischen Teils zu Gebote standen.“ Ganz genau dasselbe berichtet Bamberger in seiner öfter erwähnten Schrift. —



Franz Zitz.



Bamberger.

Da mit der Bürgerwehr nichts anzufangen war, galt es Leute zu finden, die sich unter Umständen zum Widerstand gegen einen Feind verwenden liessen. Man bildete Freischaren. Es fanden sich in der Pfalz junge Leute, die denselben beitraten, noch mehr kamen aus andern Ländern. Aus Mainz rückten Zitz und Bamberger mit etwa 1500 Mann herbei, von denen eine Anzahl gut bewaffnet war. Ebenso führte Blenker von Worms ziemlich gut ausgestattete Freischärler in die Pfalz. Bald strömte eine Masse von unbeschäftigten Menschen, von Vagabunden und Abenteurern aus Deutschland, Elsass, Frankreich und Polen in das Land, von denen die Allerwenigsten durch Begeisterung hergeführt wurden. Aber die Meisten waren nicht zu brauchen, sie hatten keine Waffen, sie waren nicht einexerziert. Man sah darunter Gestalten, die nichts weniger als Vertrauen einflössten. Ich erinnere mich deutlich, wie eines Tages eine solche Bande von zerlumpten Kerlen ohne Schuhe und Strümpfe mit

gräulichen Bärten und dicken Knüppeln in unser Dorf einzog. Der erschrockene Bürgermeister liess sofort ausschellen, wer Schuhe, Kleidungsstücke und Nahrungsmittel entbehren könne, möge sie sofort auf das Bürgermeisteramt bringen. Die ebenfalls über diesen Besuch erschrockenen Ortsbewohner suchten schleunig, was sie nur auftreiben konnten, und brachten es diesen Vaterlandsverteidigern, und



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Freischärler.

alles atmete erleichtert auf, als das Gesindel dem Orte den Rücken gekehrt hatte. —

Zu diesen Freischaren kamen nun die übergelaufenen Soldaten aus Landau, Zweibrücken, Speyer und Germersheim. Ich habe nirgendwo eine Zusammenstellung derselben gefunden, aber nach meiner Schätzung mögen es über 1000 (Zinn gibt 2000 an) gewesen sein, von denen Viele mit ihrer Armatur desertiert waren. Dieselben wollten aber meistens durchaus nicht der provisorischen Regierung

dienen, sondern liefen direkt aus der Garnison nach Hause und mussten vielfach mit sanfter Gewalt herbeigeholt werden. Sie wurden in die Ortschaften verteilt, um dort die ausgehobenen Mannschaften einzuexerzieren. Es war mit diesen Soldaten wenig oder nichts anzufangen. Sie hatten keine Manneszucht mehr. Ich erinnere mich, dass diejenigen, die ich sah, meistens betrunken waren, und als ich



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Freischärler. Offizier.

meine Mutter, eine strenge, ernste Frau, verwundert nach dem Grunde dieser Erscheinung fragte, sagte sie mir: „Sie haben ihren Eid gebrochen, und suchen nun durch Trinken ihr Gewissen zu betäuben.“ Man hat nicht gehört, dass diese Soldaten irgendwo mannhaften Widerstand geleistet hätten.

Man rief aber auch die sämtliche Jugend der Pfalz von 18 bis 30 Jahren zu den Waffen. Aber trotz des Rufens kam sie nicht. Hier zeigte sich noch mehr Renitenz, wie beim Geldzahlen. Nur

durch Drohung und Zwang konnten in den meisten Dörfern die jungen Leute bewogen werden, sich zu stellen. Ein Jammern und Heulen ging durch das ganze Land. Solange die Burschen im Dorfe einexerziert wurden, ging es noch; die Alten sassen dabei und unterhielten sich an dem Schauspiel. Als man die Leute aber fortbrachte, als bei Göllheim ein Lager errichtet wurde, wo die Mannschaften kampieren mussten, da entstand eine Erbitterung, die ohne Zweifel bei längerer Dauer dieses Zustandes zu einer Gegenrevolution geführt hätte. Mit diesen gezwungenen, dürftig exerzierten und noch dürftiger bewaffneten Bauernburschen war gar nichts anzufangen. Das pomphaft angekündigte erste Bataillon der Pfälzer Volkswehr, von Major Schlinke bei Göllheim organisiert, lief beim Einrücken der Preussen über Nacht bis auf einen kleinen Rest auseinander. Es waren nur Freischärler, Fremde und desertierte Soldaten, die zuletzt nach Baden übertraten.

Da sich im Laufe der Bewegung einige dreissig Studenten der provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt hatten, wurde aus ihnen eine Studentenlegion gebildet. Man wusste diese gebildeten jungen Männer, welche die Begeisterung herbeigezogen hatte, nicht besser zu verwenden, als dass man sie wie eine Art von Gendarmerie den Zivilkommissären zur Verfügung beigab.

Aus einem amtlichen Aktenstück der provisorischen Regierung, das von den Preussen in Baden beschlagnahmt wurde, geht hervor, dass Mitte Juni 1849 die Stärke der Aufständischen in der Pfalz 12821 Mann mit 8 Geschützen betrug. Hiervon waren zum Ausrücken bereit: 12165 Mann. Diese hatten 3586 Gewehre, 1312 Sensen, 8 Kanonen, 81 Säbel und 51979 Patronen. Das Freikorps Zitz in Kirchheimbolanden gibt an als zum Ausrücken bereit: 955 Mann mit 902 Gewehren, 230 Sensen, 8 Kanonen d. h. Katzenköpfen; das Freikorps Willich 517 Mann mit 404 Gewehren, 60 Sensen (lag in Edenkoben); das Freikorps Zinn 100 Mann mit Sensen; das 1. Bataillon Schlinke in Göllheim 2020 Mann mit 1500 Gewehren, 500 Sensen, das 2. Bataillon Schlinke 600 Mann; das Bataillon Kandel 150 Mann mit 60 Gewehren und 100 Sensen; das Bataillon Homburg 900 Mann; das 1. Bataillon Kaiserslautern 347 Mann, das 2. Bataillon Kaiserslautern 860 Mann; das Bataillon Pirmasens 800 Mann; das Bataillon Bergzabern 1310 Mann; das Bataillon Speyer 640 Mann; die Bataillone Landau, Kusel, Frankenthal?; das Bataillon Zweibrücken 342 Mann mit 220 Gewehren, 222 Sensen; das 1. Bataillon Neustadt 865 Mann, das 2. Bataillon Neustadt 1000 Mann; das Freikorps Clement (Dürkheim) 700 Mann mit 500 Gewehren und 200 Sensen; eine Eskadron Reiter (Chevauxlegers) Kaiserslautern mit

59 Mann, eine Abteilung Artillerie Kaiserslautern mit 101 Mann. Von diesen gingen noch etwa 6000 Mann nach Baden hinüber. 1000 bis 2000 von ihnen waren vielleicht fähig und bereit, sich hinter Barrikaden oder in gedeckter Stellung zu schlagen, in offenem Felde konnte man diesen bunt zusammengewürfelten, dürftig bewaffneten und schlecht exerzierten Haufen überhaupt regulären Truppen nicht gegenüberstellen.

So stand es mit den Mannschaften der pfälzischen Volksarmee; sehen wir uns nun die Führer und Offiziere derselben etwas näher an. Der Feldherr soll noch geboren werden, der ohne Offiziere, ohne exerzierte Soldaten, ohne Gewehre und ohne Geld einen Feldzug gewinnen kann. Auch einem Moltke wäre es unmöglich gewesen, unter solchen Umständen einen Erfolg zu erringen. Man darf deshalb auch an die Männer, welche in der Pfalz die Führung übernahmen, keinen allzustrengen Massstab legen. Es ist nicht klar geworden, ob die Mitglieder des Landesausschusses, als sie meldeten, sie hätten den Schweizergeneral Dufour zum Oberkommandanten der Pfälzischen Armee ersehen, düpiert worden waren, oder andere düpieren wollten. Wer den genannten General kannte, wusste im Voraus, dass er für eine solche Stellung in keiner Weise zu haben sei. Wahrscheinlich hat er auf die Anfrage auch gar keine Antwort gegeben, wenigstens ist nie eine solche bekannt geworden. Als man klar wurde, wie es mit dieser Wahl stand, ernannte man auf die Stelle des Oberkommandanten den früheren österreichischen Offizier Fenner von Fenneberg, der bei der Wiener Oktober-Revolution die dortige Nationalgarde befehligt hatte. Er nahm an und traf am 8. Mai in der Pfalz ein. — Christian Zinn weiss in seiner Schrift viel schlimmes von ihm zu erzählen. Derselbe habe in Wien den Verräter gemacht und sei mit 4000 Gulden entflohen, die dem schwerbedrängten Volke gehörten und nie mehr zurückkamen. Dann habe er einen fabelhaften, lächerlichen Bericht über die Art seiner Entweichung geschrieben, um sich wichtig zu machen. Er habe feine Zigarren geraucht, gut gegessen, lang geschlafen, sei dreispännig gefahren, habe sich in Neustadt einmal eine Extralokomotive heizen lassen, die dann zwei Stunden auf ihn warten musste, weil er noch im „Schiff“ Champagner trank. Der Landesausschuss habe täglich Zuschriften erhalten, in denen er vor Fenner gewarnt wurde, und deshalb sehr schnell das Vertrauen zu ihm verloren. Bamberger äussert sich über ihn also: „Es war offenbar eine Riesenaufgabe, aus dem unordentlichen Nichts, das ihm geboten war, haltbare Rüstungen hervorzuzaubern. Dass er es nicht vermochte, war nicht zu verwundern. Etwas mehr wäre

einer geeigneten Person wohl gelungen. Aber Fenner hatte gerade die Gaben nicht, welche hier nötig waren, um aus dem chaotischen unerquicklichen Treiben irgend etwas zu gestalten. Dazu fehlte ihm Ueberblick, Ruhe und Nüchternheit. Seine militärischen Fähigkeiten zu erproben, habe ich keine Gelegenheit gehabt. Hier hatte er seiner Aufgabe nach mehr die Rolle eines Kriegsministers auszufüllen. Um diesen administrativ-büreaukratischen Teil verstand er nach meiner Wahrnehmung eben so wenig als die Mitglieder des Landesausschusses. Er liess sich vollständig in die Unordnung hineinreissen. Auch er hatte den grössten Teil des Tages Lappalien zu versehen, fertigte stundenlang Unteroffiziers-Patente aus, ernannte, indem er über den Gang schritt, einen eben Angekommenen zum Offizier, lief dann einmal wieder hinüber zum Landesausschuss, war über die Dispositionen im Lande selbst schlecht unterrichtet und — was noch schlimmer — schien sich gern in mehr Beruhigung einzuwiegen, als die Zustände boten.“ In seiner eigenen Schrift macht Fenner keinen schlechten Eindruck, wenigstens in seinem Urteil über seine eigene Person, das bescheiden ist, und über die Lage, das zutrifft. Sein Verteidigungsplan ist unstreitig der beste, ja der allein richtige unter Allem, was jenesmal ausgedacht wurde. Der Hauptfehler war ja in der ganzen Sache, dass Baden und die Pfalz nicht zusammengingen, ein Fehler, der sich für Baden noch schwerer rächte wie für die Pfalz. Letzteres Land war auch allein zu verteidigen, Baden aber nicht ohne die Pfalz. Corvin erzählt in seinen Lebenserinnerungen, er habe Sigel, den damaligen badischen Oberkommandanten auf die Gefahr, die Pfalz preiszugeben, aufmerksam gemacht, sei aber kurz abgewiesen worden und zwar durch einen Satz, der beweist, dass Sigel damals wenigstens noch keinen Feldherrnblick gehabt hat. In Baden scheint sich ein bornierter, engherziger Partikularismus breit gemacht zu haben. Dieses Land hatte Geld, Waffen, Soldaten: die Pfalz von allem nichts. Man musste den Pfälzern Waffen geben, oder ihnen helfen, Landau zu erobern, wo Waffen waren. Ja man musste mit einem Teil des badischen Heeres die Pfalz verteidigen helfen, damit das badische Gros nicht durch die Preussen in der Flanke gefast, ja umgangen wurde. Man hat keines von beiden gethan; man wies die Bittenden kurz und grob ab, man knauserte und schacherte um eine Batterie Kanonen, man schickte einige Belagerungsgeschütze vor Landau, als es viel zu spät war. Deswegen war auch der Feldzug für Baden an dem Tage verloren, wo der Prinz von Preussen die Rheinbrücke bei Germersheim überschritt.

Da unter solchen Umständen die Pfalz allein und zwar durch die Pfälzer allein verteidigt werden musste, bezeichnete Fenner ganz

richtig, auf welchem Wege dies unter den obwaltenden Umständen mit einiger Aussicht auf Erfolg geschehen könnte. Es war ihm klar, dass die ganz offene, ebene Vorderpfalz von Freischaren gegen ein reguläres Heer mit Geschütz und Reiterei nicht zu halten sei. Er schlug vor, das hügelige, waldige Westrich zu besetzen, zu verschanzen, zu verteidigen. Wenn sich die Freischaren überhaupt halten konnten, wäre es in diesem Terrain noch am ersten möglich gewesen. Er gab Befehle, die Zugänge zum Westrich von der Saar her durch Aufgraben der Strassen, Verhaue u. dgl. zu sperren, was wieder vernünftig war, wie sehr sich Zinn, ein Laie im Militärwesen, in seiner Schrift auch darüber aufhält und lustig macht. Aber keiner der Befehle Fenners wurde ausgeführt, wie denn dazumal in der Pfalz viel befohlen und wenig gehorcht wurde. Man hörte gar nicht auf ihn, man schob ihn bei Seite, indem man ihm zuerst einen Kollegen gab und endlich wichtige kriegerische Unternehmungen ausführte, ohne ihm nur etwas davon mitzuteilen. Nachdem der Angriff auf Landau, von dem er nicht das geringste wusste, gescheitert war, legte er seine Stelle nieder, wurde in Neustadt von Zinn persönlich insultiert, dann verhaftet, aber bald wieder freigegeben, worauf er noch eine kurze Zeit als Freiwilliger diente und sich dann zurückzog. Er kann noch von Glück sagen, dass er so wegkam, sein Nachfolger Sznayde wurde in Baden nach einem verlorenen Treffen von trunkenen Menschen schmählich misshandelt.

Der Kollege, den man Fenner beigab, hiess Raquillier (manchmal wird der Name auch Raquillet geschrieben) und war ein Pole, denn nun traten die Polen ein, die jederzeit bereit waren, dort einzuspringen, wo es galt, ein Land zu verheeren und unglücklich zu machen. Besagter Raquillier, ein altersschwacher Mann, war mit einigen fixen Ideen behaftet, die er in der Pfalz absolut zur Ausführung bringen wollte. Er hatte in seinen vielen freien Stunden etliche unbrauchbare Erfindungen gemacht, für die er beständig schwärmte, von denen er stets redete. So sollte jeder Soldat einen eisernen Sägebock von etwa 20 Pfund Gewicht mitschleppen, um sich gegen Reiterangriffe zu schützen. Dann hatte er Bomben mit Federdruck konstruiert, welche in die Erde vergraben wurden und explodierten, sobald der Feind darauf trat. Auch von Hundeposten sprach er, die eingerichtet werden müssten und ähnlichen Dingen, während es den Pfälzern an ganz Anderem fehlte. Er war, wie Bamberger mitteilt, früher vielleicht einmal ein braver Subalternoffizier gewesen, aber zum Feldherrn taugte er nicht, wie denn auch der Landesausschuss ihm ebensowenig Vertrauen schenkte, wie seinem Kollegen Fenneberg. — Nach der Abdankung des letzteren griff man

nach dem polnischen General Sznayde, der früher einmal Schneider hiess und sich nachträglich polnisiert hatte. Bis zu dessen Ankunft ernannte man eine Militärkommission, bestehend aus Kuchenbecker, Techow, Schimmelpfennig, Beust, Weidig, Schlinke und Anneke. Diesen wurden als ausserordentliche Mitglieder beigegeben: Blenker, Clement, Diepenbrock, Fugger, Oswald, Raquillier, Zitz. Diese vielköpfige Behörde, von der ein Teil wenig, der andere nichts vom Kriege verstand, erliess wieder einige Anordnungen, die das Chaos beförderten. Endlich kam der ersehnte General Sznayde an, der alles in die Ordnung bringen sollte. Bald sah man sich auch in dieser Hoffnung schmerzlich getäuscht. Er stand entschieden, was Klarheit des Blickes betrifft, hinter Fenner zurück. In jungen Jahren mochte er ein tüchtiger Reiteroffizier gewesen sein, jetzt war er alt, bequem, langsam, ein Freund der Tafelgenüsse geworden. Ich erinnere mich ihn gesehen zu haben. Er war ein kleiner Herr mit dickem Bauche und kurzen, dünnen Beinen, er sah aus wie ein Frosch, den man auf ein Pferd gesetzt hat, er spielte neben dem hünenmässigen Advokaten Zitz, der neben ihm ritt, keine kriegerische, sondern eher eine komische Rolle. Wenn man ihn fragte, was er eigentlich vorhabe, antwortete er: „Ich werde drei befestigte Lager errichten, eines in Homburg, eines in Kaiserslautern, und eines in Mutterstadt.“ Hierbei verblieb es, zu diesen Lagern ist auch kein Spatenstich geschehen. Er hatte von der Lage des Landes augenscheinlich gar keine Ahnung, er wusste nicht, dass die höchste Gefahr auf Verzug vorlag. Er schrieb Erlasse, aber als die Preussen einrückten, waren die vorhandenen Streitkräfte nicht einmal richtig verteilt, war nicht einmal eines der Thäler besetzt, welche nach dem Sitz der provisorischen Regierung und des Hauptquartiers, nach Kaiserslautern führen, obschon dieselben leicht zu verteidigen sind. Wie gesagt, auch ein junger, tüchtiger General hätte den Sieg nicht errungen, aber mit Sznayde an der Spitze war eine rasche Niederlage unvermeidlich. Nach den Leistungen des Jahres 1849 haben die Polen ihre Rolle als die europäischen Revolutionsführer für immer ausgespielt. — Man hatte keinen richtigen General — einen fremden alten Mann, der weder das Land noch dessen Sprache kannte — man hatte auch keine richtigen Offiziere. Es waren einige frühere Leutnants — darunter auch 3 bayerische: Fugger, Geigel, Stöhr — vorhanden, alle andern Offiziere gehörten früher dem Unteroffiziersstande an, oder verstanden vom Kriege gar nichts. Die Mannschaften fühlten es, dass die Führer ihrer Sache nicht sicher waren und hatten zu ihnen kein Vertrauen. Deshalb glaubten sie sich bei jedem Angriff alsbald umgangen oder verraten, deshalb brach bei der geringsten

Gelegenheit — in Baden zeigte sich dies noch öfter — eine Panik aus, infolge deren alles durcheinander und auseinanderlief. „Dass man gar nichts leistete", schreibt Bamberger S. 47 f., „war die Folge dessen, dass gar keine Offiziere in der Pfalz waren. Mir ist nicht ein einziger Bataillonskommandant — Willich vielleicht ausgenommen — bekannt, der sein Geschäft aus dem Grunde verstanden hätte. Die meisten waren total unfähig, Offiziere mit gewöhnlichen Leutnantskenntnissen waren eine Seltenheit und das höchste, was vorkam. Natürlich war deshalb das Avancement fabelhaft. Ich kenne allein drei ehrenwerte Männer, die mir einige Wochen zuvor als man schon an eine Erhebung dachte, auf mein Befragen, ob sie sich im Stande fühlten, eine grössere Abteilung zu führen, mit dem entschiedensten Nein antworteten und die alle nach der Hand in der Pfalz so stolz und selbstzuverlässig, wie Einer, an der Spitze eines Bataillons einherzogen und durchschnittlich sich in der Lage befinden mussten, Feldherrndienste zu leisten. So süss und unwiderstehlich ist der Reiz des Befehlens. Und solche Leute waren noch die besten. Wenn ich erst an die komplet Unfähigen denke und an die Art, wie sie ernannt wurden, schwindelt mir der Kopf. Ein Beispiel von vielen. Acht Tage vor dem Ende meldete sich bei uns ein Mann mit einer preussischen Militärmütze, mit einer ditto Physiognomie und Halsbinde, ein älterer Mann in überaus ärmlicher Tracht. Ich ersah aus den Papieren, dass er preussischer Unteroffizier und später Leutnant in Schleswig-Holstein gewesen und nach seiner Entlassung bis auf die letzte Zeit vergeblich bei Se. Maj. dem Könige allerunterthänigst um eine Zivilanstellung eingekommen war. Er flösste uns kein Vertrauen ein und ich schlug deshalb vor, ihn mitzunehmen nach Kaiserslautern, wo ich gerade zu thun hatte, damit er dort Verwendung nachsuche. In einer halben Stunde nach unserer Ankunft daselbst sah ich ihn wieder. Er war als Major und Bataillonskommandant nach Göllheim dirigiert. Zwei Tage später sah ich ihn in Kirchheim. Er sollte die von den Preussen besetzte Rheinhessische Grenze inspizieren, war aber so besoffen, dass er überall Händel bekommen hatte und als er nach Göllheim zurückritt, mussten wir zu seiner Begleitung noch einen Mann mitschicken, der ihn unterwegs einhalb Dutzendmal wieder aufs Pferd zu bugsieren hatte." Derselbe Bamberger erzählt von einem polnischen „Kommandanten" Namens Ruppert (Rouppert), einem kopflosen unfähigen Menschen, der auf alle Fragen und bei allen Gelegenheiten, nur ein Mittel wusste: „Je formerai des pelotons". — Genannter Journalist hat aus seinem damaligen Feldzug etwas gelernt, was er vorher nicht wusste, und was heute noch viele Demokraten nicht wissen.

dass nämlich Disziplin und Drill in einer Armee sein müssen und dass die Kriegskunst eine der schwersten in der Welt ist. Er sagt S. 51 „wo nicht das Genie dazwischen kommt, da will sie nicht minder gelernt sein, als die Schusterei, in der man doch 3 Jahre Lehrling sein muss.“ Siehe auch S. 61.

Schauen wir uns nun um, wie es mit der Ausrüstung der pfälzischen Revolutionsarmee bestellt war. Ausser einigen hundert Gewehren, welche die Regierung den Bürgerwehren überlassen hatte, denen man sie aber nicht abnehmen konnte, obschon dieselben sie eigentlich nicht brauchten, war an Waffen gar nichts vorhanden, als der Aufstand begann! Um einen Anfang zu bekommen, befahl man den Bewohnern des Landes, alle überflüssigen Waffen abzuliefern. Die Folge war, dass man die guten Gewehre versteckte und die schlechten herausgab. Man erhielt da alte unbrauchbare Steinschlossflinten, die für den Träger gefährlicher waren, als für den Feind. Später, als die Preussen und Bayern die Waffenablieferung in die Hand nahmen, stellte sich heraus, wie viele schöne und gute Gewehre eigentlich im Lande waren. Nun befahl man überall Sensen anzufertigen, eine Waffe, die sich irgend wann in Polen einmal bewährt haben soll. Auf einer langen, schwarz-rot-gelben Stange stak eine gradgerichtete Sense, an deren hinterer Seite ein Haken angebracht war, mit dem man die angreifenden Reiter vom Pferde riss. (!) Ein guter Prügel ist entschieden dieser unhandlichen, schwerfälligen Stange vorzuziehen. Leute mit einer Sense Soldaten mit Hinterladern entgegenzustellen, muss entschieden als Verbrechen bezeichnet werden. Die Sensenmänner sind in richtiger Erkenntnis ihrer Wehrlosigkeit auch stets am ersten durchgebrannt. Unterdessen wurde Oekonom Didier von Landstuhl mit 20000 Gulden nach Lüttich gesandt, um dort Gewehre zu kaufen, was man gebührend in den Zeitungen ausposaunte. Der Kauf kam auch zu Stande, aber die Waffen kamen nicht in die Pfalz, da Frankreich währenddem die Waffendurchfuhr verboten hatte. Es wurde schon erzählt, wie man die Kisten schlauer Weise als Transitgut nach der Schweiz spedieren wollte, wie sie aber alsbald den wachsamen Preussen in die Hände fielen. — Nun wendete man sich an Baden, aber dort erklärte man, seine Gewehre selbst zu brauchen. So kam es denn, dass bei Ausbruch des Kampfes der grösste Teil der Mannschaften ohne brauchbare Waffen war, ohne Waffen, mit denen man Soldaten entgegentreten konnte, die zum Teil Zündnadelgewehre führten, welche ihnen grosse Zuversicht einflössten. Es lässt sich denken, dass es unter diesen Umständen mit der Artillerie bei den Aufständigen noch schlechter bestellt war. Die Mainzer Freischaren hatten einige kleine

Kanonen, sog. Katzenköpfe, mitgebracht, mit denen man keinen grossen Schaden anrichten konnte, zumal die dazu gehörigen Kugeln fehlten. Auch in der Pfalz befanden sich da und dort dergleichen Geschütze, die bisher bei kirchlichen Festlichkeiten Verwendung fanden. Bei dem Angriff auf Landau hatten die Freischaren drei dreipfündige Kanonen bei sich, zu denen nach der Erzählung Zinns, S. 49, eine sechspfündige Kugel gehörte. Da die badische Regierung sich lange weigerte, Geschütze abzugeben, wurde eine Batterie bei dem Eisenwerk des Frhrn. v. Gienanth in Hochstein in Bestellung gegeben. Aber der konservative Baron nahm die Herstellung so gründlich, dass, als die Kanonen endlich fertig wurden, es auch mit der Revolution fertig war. In den letzten Tagen verstand sich endlich Baden, eine Batterie, natürlich gegen Barzahlung, abzutreten, mit der aber die pfälzische Regierung nichts rechtes anzufangen wusste. Zuerst standen die Geschütze 8 Tage in Kaiserslautern zur Schau, dann wurden damit, bei Homburg einige unschädliche Schüsse gegen die anrückenden Preussen abgegeben, dann schaffte man sie über Zweibrücken, Annweiler schleunig nach Baden zurück, während man sie zur Verteidigung des Annweiler Thales doch hätte vortrefflich verwenden können.



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Freischärler.

Die Ausrüstung der einzelnen Leute war in keiner Weise eine kriegsmässige; die Wenigsten waren derartig equipiert, um einen Feldzug mitmachen zu können. Viele hatten nicht einmal Patronen-

taschen, sondern trugen die Patronen in den Taschen der Hose oder Bluse, wo sie bei Regenwetter verweichten. Das Schuhwerk war in kläglichem Zustande. Es fehlte an Mänteln und Tornistern, die Uniformen waren meistens aus leichten, dünnen Stoffen gefertigt, die gegen Kälte nicht im Geringsten schützten. An ausreichende Verpflegung, an Proviantwagen, an ärztliches Personal hatte man gar nicht gedacht. Die Uniformierung war oft nicht gleichheitlich, manchmal dagegen sehr phantastisch. Auch die Freischaren trugen blaue Blusen — unter den Hessen auch manche rote —, graue Hosen gleich der Bürgerwehr, dagegen hatten sie meistens Schlapphüte aus Filz, sog. Heckerhüte, die mit Hahnenfedern reichlich verziert wurden. Nur solche, die es ausdrücklich verlangten, erhielten Löhnung und zwar waren für den Gemeinen täglich 6, für den Unteroffizier 9, für die Leutnants 30 Kreuzer und für den Hauptmann 1 Gulden festgesetzt. Dass die desertierten Soldaten höher bezahlt wurden, die man durch derartige Vorspiegelungen zum Uebertritt veranlasst hatte, erregte bei den andern Mannschaften viel Neid und Eifersucht. So sah es mit dem Heere aus, das man einem preussischen Armeekorps — allerdings nicht auf Kriegsfuss — entgegenwerfen wollte, welches Mitte Juni in 4 Kolonnen in die Pfalz hereinbrach.

Ich musste diese Verhältnisse etwas eingehender schildern, um die Ereignisse, welche auf die Ernennung des Landesverteidigungs-Ausschusses folgten, verständlich, begreiflich zu machen. Bevor ich zur Darstellung derselben übergehe, will ich mit ein paar Worten darauf hinweisen, wie auch in andern deutschen Ländern, gleichzeitig von derselben Stelle angeregt, der Aufstand losbrach. Am dritten Mai versuchte man in Dresden das Zeughaus zu stürmen, am 9. Mai begannen die Militärrevolten in Rastatt. In Baden würde man sicher früher losgeschlagen haben, aber seine Regierung hatte sofort die Reichsverfassung anerkannt, so dass man zuerst nach einem andern einigermassen plausibeln Grund zu einer Revolution suchen muste. Sachsen war von den politischen Vereinen gänzlich unterwühlt. Als die Reichsverfassung fertig war, beschloss die sächsische Kammer deren Anerkennung, während der preussische König den König von Sachsen dazu bestimmte, diese Anerkennung zu verweigern, indem er ihm bei einem etwaigen Aufstande seine Unterstützung versprach. Bei dieser Stellung der Regierung, in welche am 24. Februar Beust eingetreten war, erklärte die Kammer Steuerverweigerung, weshalb sie am 30. April aufgelöst wurde. Nun war der Aufstand beschlossene Sache; an die Spitze stellte sich der unheilvolle Tschirner, der schliesslich entwischte, nachdem

er das Land in Elend und Jammer gestürzt hatte. Am 3. Mai suchte ein Volkshaufe das Zeughaus zu stürmen, allein ein wohlgezielter Kartätschenschuss brachte eine solche verheerende Wirkung hervor, dass man einen weiteren Versuch, sich dieser Waffen zu bemächtigen, nicht mehr wagte. Unter Sempers Leitung begann man Barrikaden zu bauen, der Hof ging am 4. nach der Festung Königstein, am selben Tage wurde eine provisorische Regierung gebildet. In der Stadt befanden sich etwa 10,000 Aufständische, in deren Reihen auch Richard Wagner kämpfte. Etwa 5000 Soldaten, worunter 2200 Preussen unter General Waldersee, griffen die Stadt an. In dieselbe war am 5. Mai der russische Anarchist Bakunin gelangt, ein halbverrückter, brutaler Fanatiker und Barbar, welcher sich der Diktatur bemächtigte und sofort die rote Fahne aufpflanzen liess. Die Soldaten hatten jezt auch den Kampf gegen Barrikaden studiert und operierten sehr geschickt, so dass der Ausgang des Kampfes bald nicht zweifelhaft war. Bakunin liess ohne andern Zweck, als um Schrecken zu erregen, am 6. Mai das Opernhaus anstecken, wobei auch der herrliche Zwingerpavillon mit seinen unersetzlichen Sammlungen zu Grunde ging. Am 9. Mai floh die provisorische Regierung nach Freiburg, der Aufstand war niedergeschlagen. Als man die Toten begrub, fanden sich unter 178 108, deren Namen und Herkunft nicht herauszubringen war, mobiles Gesindel, das gegen Bezahlung gewerbsmässig Barrikaden baute, Häuser ansteckte und Soldaten totschoss.

Auf den badischen Aufstand werde ich, da er mit dem pfälzischen enge zusammenhängt, in einem besonderen Kapitel zu sprechen kommen.

Der am 2. Mai in Kaiserslautern gewählte Landesverteidigungsausschuss trat sofort in Thätigkeit. Am 3. Mai erschienen einige Erlasse von Bedeutung. Ich teile dieselben im Wortlaut mit. Der erste lautet: „Mitbürger! Brüder! Der König von Bayern hat dem Reichsministerium erklärt, dass er die Reichsverfassung nicht anerkenne, er hat dadurch bewiesen, dass ihm die Interessen seines Herrscherstammes höher stehen, als das Wohl des Landes; er hat damit ausgesprochen, das er die ganze grossartige Revolution des Jahres 1848 samt deren Folgen ableugnet. Was werden aber die unausbleiblichen Wirkungen einer solchen Lostrennung von Deutschland für uns sein? Die Antwort hierauf liegt sehr nahe. Mit dem Wegfallen der Reichsverfassung werden wir der kräftigsten Hebel eines freien Staatslebens, der Pressfreiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechtes, beraubt; die ganze verhasste Abelsche Polizeiwirtschaft wird wiederkehren. Die Zensur wird bald wieder die

Presse ertöten und bald wird es wieder der Gnade der Polizei bedürfen, wenn Ihr zur gemeinsamen Besprechung Eurer wichtigsten Landesangelegenheiten zusammentreten wollt. Die Losreissung von Deutschland wird ein Ausscheiden aus dem Zollverein nach sich ziehen, nicht lange wird es dauern, so erheben sich vor Euren Augen die verderblichen Zollschranken und unsere Pfalz sieht sich in die traurige Lage versetzt, auf allen und jeden Absatz ihrer Produkte verzichten zu müssen. — Mitbürger! Das gemeinsame Gefühl der grossen Gefahren, welche unserer Freiheit und unserem Wohlstande drohen, hat in allen Bürgern der Pfalz das Bedürfnis gemeinsamer Besprechung hervorgerufen und in Folge dessen tagten am 2. d. M. in Kaiserslautern viele Tausend Männer aus allen Teilen der Pfalz, um sich über die Mittel zu beraten, welche geeignet wären, die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen. — Diese Mittel fand man einzig und allein in der Freiheitsliebe der Pfälzer und in der Kraft und dem Mute ihrer Söhne. Um diese Volkskraft zu regeln, zu konzentrieren und dadurch nur um so wirksamer zu machen, hat die Versammlung einen Landesverteidigungsausschuss niedergesetzt, welcher sogleich in Thätigkeit tritt und so lange in Permanenz verbleibt, bis die gefahrdrohende Lage des Vaterlandes vorüber ist. Durch das Vertrauen ihrer Mitbürger wurden in diesen Ausschuss gewählt: Culmann, Didier, Fries, Greiner, Hanitz, Dr. Hepp, Reichard, Schmidt, Notar in Kirchheim, Schmitt in Kaiserslautern, Schüler. Wir gegenwärtigen und unterzeichneten Mitglieder desselben forderen nun in dieser unserer Eigenschaft und im Namen des Pfälzer Volkes alle Gemeinden der Pfalz auf das feierlichste auf, ungesäumt alle waffenfähige Männer aufzuzeichnen, welche sich bereit erklären, für Aufrechthaltung der Reichsverfassung, d. h. für die Freiheit, die Ehre und die Wohlfahrt unserer schönen Pfalz Gut und Leben zu lassen, zugleich mögen sie Listen zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen für die allgemeine Organisation der Volkswehr zirkulieren lassen und uns diese Verzeichnisse und Listen in möglichst kurzer Frist hierher per Adresse des Abg. Schmitt einsenden. — Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr, werdet Ihr zaudern, es zu retten? Wollt Ihr unseren Brüdern, den braven Schwaben, an Freiheitsliebe und Entschlossenheit nachstehen? Wollen wir, die aufgeklärten Pfälzer uns den Vorwurf der Feigheit machen lassen? — Mitbürger! Das wollen, das können wir nimmermehr glauben! Ihr werdet Euch erinnern, dass wir keine Rebellen sind, sondern unser gutes, mit dem Blute unserer Brüder erworbenes Recht schützen und verteidigen. Ihr werdet Euch erinnern, dass Ihr Euren Nachkommen noch etwas mehr zu hinterlassen verpflichtet

seid, als einige Gulden Vermögen — dass die beste Hinterlassenschaft in der Freiheit, der ersten Bedingung des menschlichen Daseins besteht. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo Ihr diese Freiheit erringen könnt — wo Ihr sie erringen müsst, wenn Ihr Euch nicht wollt vorwerfen lassen, Ihr hättet nur Worte für die Freiheit, aber keine Thaten. Darum auf, Ihr Brüder! zu den Waffen! Euer Wahlspruch sei: Mit Gott für Freiheit und Vaterland! Kaiserslautern, den 3. Mai 1849. Der Landesverteidigungsausschuss: G. Didier. P. Fries. Greiner. Dr. Hepp. Reichard.

Am 3. Mai hatte in Kaiserslautern ein Kongress der pfälzischen Volkswehren stattgefunden unter dem Vorsitze von Reuthner. Als Schriftführer fungierten Witt und Dr. Jacob. Vertreten waren die Volkswehren von Zweibrücken, Webenheim, Homburg, Landstuhl, Kusel, Pirmasens, Annweiler, Bergzabern, Landau, Speyer, Neustadt, Edenkoben, Edesheim, Hambach, Haardt, Winzingen, Maikammer, Mussbach, Ludwigshafen, Kirrweiler, Lambrecht, Weidenthal, Winnweiler, Göllheim, Gauersheim, Jacobsweiler, Steinbach, Dannenfels, Standenbühl, Rockenhausen, Alsenz, Kirchheimbolanden, Albisheim, Mauchenheim, Rehborn, Obermoschel, Odernheim, Wolfstein, Kaiserslautern. Beschlossen wurde: „1) Die Volkswehr der Pfalz stellt sich dem Landesverteidigungsausschuss unbedingt zur Verfügung. 2) Die Volkswehr der Pfalz organisiert sich einheitlich. a) Dem Landesverteidigungsausschuss wird die Wahl des Oberkommandanten übertragen. Der Landesverteidigungsausschuss ernennt einen provisorischen Oberkommandanten, welcher bis zum Eintritte des definitiven die Leitung der pfälzischen Volkswehr übernimmt. b) Die pfälzische Volkswehr besteht aus 4 Brigaden aus den Bezirken Landau, Frankenthal, Kaiserslautern und Zweibrücken. c) Jede Brigade besteht aus so vielen Regimentern, als der Bezirk Landkommissariate hat. d) Jedes Regiment besteht aus so vielen Bataillonen, als das betreffende Landkommissariat Kantone zählt. e) Jedes Bataillon zerfällt in Kompanieen. 3) Der Kongress fordert den anwesenden Landesverteidigungsausschuss auf, über die Art der Rekrutierung, die Beschaffung von Munition und Waffen das Geeignete zu verfügen. Zu diesem Behufe wird dem Landesverteidigungsausschusse eine beratende Kommission, bestehend aus den 3 Wehrmännern Dr. Hitzfeld von Kirchheimbolanden, Trauth von Landau und Ph. Heintz von Zweibrücken beigeordnet. Im Falle einer Ablehnung bezeichnet die Volkswehr von Kaiserslautern Ersatzleute. 4) Auf die Aufforderung eines anwesenden Mitgliedes des Landesausschusses verpflichten sich sämtliche anwesenden Wehrmänner feierlich auf die Reichsverfassung. Alle Komandanten der einzelnen

Volkswehren sind gebunden, sofort ihre Mannschaften auf die Reichsverfassung in Eid und Pflicht zu nehmen.“ Auf diesen Beschluss hin erging an demselben Tage noch ein Schreiben an die Befehlshaber der pfälzischen Volkswehren nachstehenden Inhaltes: „Wir teilen Ihnen die unter dem Heutigen gefassten Beschlüsse nachstehend zur Einsicht und Darnachachtung mit: Der Landesverteidigungsausschuss der Pfalz beschliesst auf den Antrag der dahier unter heutigem Tage versammelt gewesenen Abgesandten der Volkswehr: 1) Der Schweizer General Dufour wird zum Befehlshaber der pfälzischen Volkswehr ernannt und sofort brieflich ersucht, sich über die Annahme der Befehlshaberstelle zu erklären. 2) Die durch den Kongress der Volkswehr dem Landesverteidigungsausschusse zur Unterstützung bei den Beratungen über die Organisation der Volksbewaffnung beigegebenen Volkswehrmänner sind ohne Verzug einzuberufen. 3) Die Befehlshaber der Volkswehr in einzelnen Gemeinden haben ihre Mannschaften folgenden Eid leisten zu lassen: Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie mit Gut und Blut zu verteidigen. So wahr mir Gott helfe.“

Ein weiterer Erlass vom selben Tage lautet folgendermassen: „Der für die Pfalz niedergesetzte permanente Landesverteidigungsausschuss hat in seiner Sitzung vom gestrigen folgende Beschlüsse gefasst: 1) Der durch die heute dahier abgehaltene allgemeine pfälzische Volksversammlung gefasste Beschluss soll der Nationalversammlung unverzüglich mitgeteilt und durch unsere Abgeordneten Interpellation an das Reichsministerium gestellt werden, damit dasselbe erklärt, was es in dieser Hinsicht zu thun gedenke. 2) Die Regierung, die Gerichte und sämtliche Beamten der Pfalz sollen aufgefordert werden, sich binnen drei Tagen nach Zustellung dieser Aufforderung schriftlich zu erklären, ob sie die unbedingte Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung, sowie aller Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen. Im Falle der Weigerung sind sie Rebellen und ihre Akten wirkungslos. 3) Tritt Widersetzlichkeit von seiten der Regierung ein, so sollen sofort die Steuern verweigert werden. 4) Die Gemeinden der Pfalz sind aufzufordern, alle waffenfähigen Männer so schleunigst als möglich mit Waffen zu versehen.“ Dieser Erlass erging am selben Tage an alle Beamten der Pfalz mit folgendem Schlusse: „Indem wir Ihnen von diesem Beschlusse Kenntnis geben, fordern wir Sie auf, Ihre Erklärung in der angedeuteten Frist an uns gelangen zu lassen.“ Ebenso wurde am 3. Mai eine Anzeige an die Nationalversammlung gerichtet, in welcher sich der pfälzische Landesverteidigungsausschuss derselben

zur Verfügung stellte und dagegen für sich und die Pfalz den entsprechenden Reichsschutz in Anspruch nahm.

Am 4. Mai erschien — seltsamer Weise nicht im Kreisamtsblatte — eine ernste Verwarnung der kgl. Regierung, worin dieselbe erklärte, tief beklagen zu müssen, dass jene Volksversammlung in Kaiserslautern zu Beschlüssen geführt habe, deren Tragweite über die Grenzen der Gesetzlichkeit gehe, deren Ausführung den Wohlstand des Landes gefährden werde und dabei der Regierung Schritte zugemutet würden, welche mit ihrer Pflicht und ihrer Stellung unvereinbar seien. Die Kreisverwaltungsstelle der Pfalz sei blos ein Organ der obersten Staatsgewalt, habe keine Vollmacht in Fragen der Verfassung, sondern müsse abwarten, was König und Volksvertretung als Gesetz verkündigen. Das Aktenstück schliesst: „Pfälzer, verlasset nicht den gesetzlichen Boden, auf dem ihr bisher gewandelt.“ — Diese Warnung fand nicht die geringste Beachtung. Der Geschichtsschreiber Taine sagt in seiner Geschichte des neueren Frankreich einmal ungefähr also: Wenn ein rasender Mann mit einem Säbel einem Andern entgegentritt und ihn umbringen will, so spielt dieser eine klägliche Rolle, wenn er meint, ihn mit Vorhaltungen, Verstandsgründen oder mit einem Gesetzbuch von seinem Vorhaben abhalten zu können. Der einzige Weg ist, denselben niederzuschlagen und zu entwaffnen.“ Eine solche Rolle spielte die Regierung damals mit ihren Ermahnungen gegenüber dem aufständischen Volke.

An demselben 4. Mai richtete der Landesverteidigungsausschuss für die Pfalz folgenden Aufruf an die bayerischen Krieger: „Soldaten! Brüder! Berufen in der gefahrdrohenden Lage des Vaterlandes zum Schutze der Gesetze und zur Durchführung der Volksfreiheiten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Abwendung eines fluchwürdigen Bürgerkrieges die Oberleitung zu übernehmen, gebietet es uns die Pflicht, vor allem an Euch, Ihr bewaffneten Söhne des Vaterlandes, in dieser ernsten Zeit ein ernstes Wort zu richten. In 38 Fetzen zerrissen, von dem Auslande verachtet, im Innern unter sklavischem Drucke gehalten, lag Deutschland in jahrelangem Schlummer. Der Deutsche hatte kein Vaterland, es gab nur ein Bayern, ein Oesterreich, ein Preussen, ein Württemberg. Aber endlich erwachte das deutsche Volk und liess wie aus einem Munde an das Ohr seiner Unterdrücker den betäubenden Ruf erschallen: „Wir wollen die Freiheit und ein Vaterland, wir wollen ein Parlament, das durch eine Reichsverfassung der deutschen Nation eine glückliche Zukunft sichere.“ Die Fürsten sahen ihre Throne wanken nnd wagten es nicht länger, die heiligsten Menschenrechte für sich allein in

Anspruch zu nehmen. Das Parlament trat in Frankfurt a. M. zusammen, trat zusammen mit Einwilligung und unter Mitwirkung der Monarchen; es vollendete die Reichsverfassung und verkündete sie als Gesetz für Volk und Fürsten. Und trotzdem erfrechen sich einige Könige, welchen das Volk im Freiheitsmärz grossmütig die Krone nicht vom Haupte riss, diese Reichsverfassung ungültig zu nennen. Hört es Brüder im Heere! Auch Euer König hat durch seinen Gesandten dem Parlamente erklären lassen, dass er ein einiges, freies mächtiges deutsches Vaterland nicht anerkennen und Bayern auch für die Zukunft nach seiner eigenen Laune zu gängeln gedenkt. Soll das Volk schweigen zu diesem neuen Treubruche, schweigen zu dieser neuen unerhörten Rechtsverhöhnung, welche ihm alle Früchte seiner glorreichen Erhebung mit einem Schlage zu entreissen droht? Sollen wir uns zurückbeugen lassen unter das alte Joch der Knechtschaft, welches wir auf immer zerbrochen zu haben wähnten? Nein, nein, nein! Wenn die heiligsten Rechte der Menschheit auf dem Spiele stehen, dann fordert es die Pflicht jedes braven Mannes, Gut und Leben in dem Kampf für sie zu opfern. Den Gehorsam muss das Volk einem Könige verweigern, welcher pflichtvergessen und durch falsche Ratgeber verblendet durch die Reichsgewalt zum Rebellen geworden ist und ihn, wenn nötig, mit gewaffneter Hand zwingen, abzulassen, ein Verräter des deutschen Vaterlandes zu werden. Soldaten! Seid eures Ursprungs eingedenk! Aus dem Volke seid ihr hervorgegangen, Ihr seid ein Teil des Volkes, Ihr seid der bewaffnete Teil. In dem Volke habt Ihr Eure Eltern, Eure Brüder, Eure Freunde. Das Volk bezahlt Euren Sold zum Schutze seines Eigentums, zur Beschirmung seiner Rechte gegen jeden Feind. In die Reihen des Volkes tretet Ihr zurück nach vollendeter Dienstzeit. Die Interessen des Volkes, und die Freiheiten, welche es sich erringt, sind auch die Eurigen! Soldaten! Das Volk steht auf dem Boden des Gesetzes, weil es sich der Reichsverfassung unterwirft und für sie kämpft. Die Krone steht auf dem Boden der Revolution, weil sie uns gegen das klarste Recht die Reichsverfassung rauben will. In Württemberg hat das einträchtige Zusammenwirken von Volk und Heer den Starrsinn des Königs gebrochen und ihn zur unbedingten Unterwerfung unter die Reichsverfassung gezwungen. Sollte in Bayern das unmöglich sein, was in Württemberg möglich war? Brüder! Wir beschwören Euch, begreifet in diesem entscheidenden Augenblicke Eure Stellung. Wenn Ihr in unbegreiflicher Verblendung einer meineidigen Regierung Euren Arm leiht, um das eigne Volk zur Schlachtbank zu führen und unser unglückliches Vaterland allen Schrecknissen eines heillosen

Brüderkampfes preiszugeben, dann wird alles schuldlos vergossene Blut über Euer Haupt kommen und Euch der Fluch von Mit- und Nachwelt brandmarken! Wenn Ihr aber als ehrliche Krieger Eure Waffen nicht mit Bürgerblut beflecket — wenn Ihr die Wohlfahrt einer grossen Nation höher schätzet als die unersättliche Herrschgier einiger Adelsfamilien — wenn Ihr zu Eurem Volke stehet und mit ihm sieget für Freiheit und für Recht — dann werden Eure Väter bei der Rückkehr zu dem heimischen Herde Euch segnen und die spätesten Enkel werden noch mit Ehrfurcht von Euch sagen: Sie haben das Vaterland gerettet.“ Das Mitglied Didier hatte diesen Aufruf nicht mit unterschrieben; seine Unterschrift wurde nach der „Anklag-Akte“ von fremder Hand beigesetzt. —

Unterm 5. Mai gab der Landesverteidigungsausschuss auf die Warnung der kgl. Regierung folgende Antwort: „Der Landesverteidigungsausschuss für die Pfalz an seine Mitbürger! Unser Stolz wird es sein, das Vertrauen zu verdienen, welches uns an die Spitze der Bewegung gestellt hat. Wir werden rasch handeln und mit Entschiedenheit, aber wir bauen auch auf Euch und Euere kräftigste Unterstützung. Das Vaterland ist in Gefahr! Wer jetzt nicht mit opferbereiter Hingebung und glühender Begeisterung Gut und Leben einsetzt, um den treubrüchigen Fürsten die Zurückführung der alten Knechtschaft unmöglich zu machen, den erklären wir für einen Verräter an seinem Volke! Die Pfalz hat über die Siege der ruhmbedeckten Magyaren gejubelt, das heldenmütige Wien angestaunt, die einmütige Erhebung der Schwaben gepriesen. Versteht die Pfalz nur zu jubeln und zu staunen ob der Grossthaten freiheitsbegeisterter Völkerstämme, oder wird sie in diesem Augenblick der Entscheidung auch zu handeln wissen und durch ein glorreiches Beispiel für ganz Deutschland zur weithin zündenden Leuchte werden? Mitbürger! seit einträchtig, wie es Brüdern eines Stammes ziemt. Vergesset alle Streitigkeiten, lasset Euch nur einen Gedanken lebhaft vor der Seele stehen: die gemeinsame Gefahr für Alle — die Gefahr des deutschen Vaterlandes. Brüder! Gegen Wort und Pflicht, gegen göttliches und menschliches Recht haben unsere fürstlichen Henker, den Mann mit der blutigen Hand zu Berlin an der Spitze, den volksverräterischen Bund geschlossen, um das unter ihrer eigenen Mitwirkung zusammengetretene Parlament zu verjagen und alle Errungenschaften unserer Revolution mit frevler Gewaltthat zu nichte zu machen. Wessen Rechtsgefühl empört sich nicht ob diesem neuen, unerhörten Treubruche? Auch du Volk der Pfalz! Du Volk, weithin berühmt durch dein Rechtsgefühl und deinen gesetzlichen Sinn! beweise Deutschland, das seine Blicke auf dich

gerichtet hält, dass du zwar dem Gesetze dich beugest, dass du aber auch die Kraft in dir fühlest, die Machthaber zu beugen, welche mit frecher Stirne allem Gesetze Hohn zu sprechen wagen! Brüder! Unsere ganze Provinz muss zu einem Lager umgeschaffen, jeder Arm bewaffnet, jedes Haus zur Festung, jeder Baum zur Brustwehr werden! Lasset Euch nicht einschüchtern durch das Schreckbild der Anarchie oder durch das Hirngespinst einer Güterverteilung. Wenn Alle, Alle sich erheben zur Verteidigung der schmählich bedrohten Rechte unseres Volkes — dann wird eine hehre Gluth der Begeisterung aller Gemüter erfassen und dem bevorstehenden Kampfe eine heilige Weihe geben, die das Eigentum achten und jedes unlautere Gelüste ersticken machen wird! Auf denn Brüder! und rüstet Euch zum hl. Kampfe der Notwehr! Scharet Euch einträchtig zusammen und stimmt mit uns ein in das Feldgeschrei: Es lebe Deutschland und seine ewigen Rechte!" — Derselbe Ausschuss gab am 5. Mai folgende Erklärung ab: „Nachdem von Seiten mehrerer Beamten uns Zweifel mitgeteilt wurden über den Sinn des am 3. Mai gefassten Beschlusses, wonach die Akten derjenigen Beamten, die die Anerkennung der Reichsverfassung verweigern, als wirkungslos erklärt würden, so findet sich der Landesverteidigungsausschuss veranlasst zur Hebung dieses Zweifels die authentische Erklärung zu geben, dass die Wirkungslosigkeit der Akten selbstverständlich nur insoweit eintritt, als sie mit der Reichsverfassung und den Reichstagsbeschlüssen in Widerspruch stehen."

Der Landesverteidigungsausschuss machte am selben 5. Mai seinen Mitbürgern folgende Mitteilungen: 1) Der Schweizer-General Dufour ist zum Befehlshaber der pfälzischen Volkswehr ernannt und um Annahme des Oberkommandos ersucht worden. 2) Dreissig polnische Offiziere stehen für den Fall des Kampfes zu unserer Verfügung. 3) Wir haben uns mit Rheinpreussen, Rheinhessen und Baden zum Zwecke gemeinsamen Handelns in Verbindung gesetzt. 4) Rheinhessen hat Zuzug versprochen; insbesondere der mittelrheinische Turnerbund. Aus anderen Teilen des deutschen Vaterlandes, namentlich aus Hanau, erwarten wir stündlich Mitteilung. 5) An Mitglieder der Linken in der Württembergischen, Badischen und Hessischen Kammer haben wir die Aufforderung gestellt, in ihren betr. Kammern mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, dass der Pfalz im Falle der Not zur Unterstützung ihrer Erhebung Truppen gesandt werden. 6) Wir haben uns in die Lage versetzt, dass wir die Pfalz, sobald wir im Besitze der nötigen Geldmittel sein werden, in ganz kurzer Zeit mit 30000 Bajonettgewehren versehen können."

„Zur Lösung der uns gestellten Aufgabe haben wir in unserer Sitzung vom heutigen folgende Beschlüsse gefasst, zu deren sofortiger kräftiger Durchführung wir jeden treuen Pfälzer auffordern: 1) Es hat sofort die Organisation der Volkswehr in der von dem Volkswehrkongresse unterm 3. Mai abhin beantragten Weise zu geschehen. 2) Die Gemeinderäte sind aufgefordert, Listen zur Einzeichnung freiwilliger Beiträge aufzulegen. Wir erwarten von der Vaterlandsliebe und Hingebung unserer Bürger an der Deutschen gutes Recht, dass sie nach Verhältnis ihres Vermögens auf dem Altare des Vaterlandes ihre Opfer bringen werden. Der Ertrag dieser freiwilligen Gaben wird zu Ausgaben des Landesverteidigungsausschusses, zur Beschaffung von Munition und anderer Kriegsbedürfnisse, zur Besoldung tüchtiger Offiziere u. s. w. benützt. 3) Die Gemeinderäte sind ferner aufgefordert, nach dem patriotischen Beispiele des Gemeinderates zu Kaiserslautern (die betr. Stadtratsbeschlüsse sind nicht mehr vorhanden. Der Verf.) Geldmittel zur Bewaffnung zu bewilligen und uns anzuzeigen, wie vieler Gewehre sie benötigt sind. 4) Alle Gelder, freiwillig eingegangene, wie von Gemeinderäten bewilligte, sind an Gebrüder Karcher dahier und zwar durch expresse Boten gegen Schein einzuliefern. 5) Alle Bürger, welche Gewehre besitzen, und solche nicht zu ihrer persönlichen Bewaffnung bedürfen, werden ersucht, dieselben an den betr. Gemeinderat gegen Bescheinigung zu überlassen. 6) Insolange nicht Schusswaffen in gehöriger Anzahl vorhanden sind, werden die Bürger sich nach Möglichkeit durch Sensen u. s. w. zu bewaffnen suchen. 7) Zur Unterstützung des Landesverteidigungs-Ausschusses und als Vollzugsbehörde der Beschlüsse desselben wird ein aus dem Kantonalvolksvereinsausschusse und den Offizieren der Bürgerwehr des Kantonsortes bestehender Kantonalverteidigungsausschuss gebildet. Drei Mitglieder dieses Ausschusses haben in beständiger Permanenz zu verbleiben und sind beschlussfähig. In den Kantonsorten, in welchen kein Kantonalvolksvereinsausschuss bestehen, haben die Gemeinderäte für die Einsetzung eines Kantonalverteidigungsausschusses zu sorgen. 8) Der Landesverteidigungsausschuss umgibt sich mit einer Volksvertretung und verfügt in dieser Beziehung: a) Jeder Kanton hat einen Vertreter zu wählen. b) Wahlfähig und wahlberechtigt ist jeder volljährige Pfälzer. c) Die Wahlen sind direkt und erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit. d) Die Art der Ausführung bleibt dem Ermessen des Kantonalverteidigungsausschusses überlassen. e) Bis zum 14. Mai nächsthin müssen die Wahlen längstens beendet sein. f) Die Zeit der Einberufung der Volksvertretung zu bestimmen, bleibt vorbehalten. 9) Wir empfehlen den Kantonalverteidigungs-

ausschüssen, welche sofort in das Leben zu treten haben, die energischste Thätigkeit. Sie haben für die Verbreitung und Vollziehung der Beschlüsse des Landesverteidigungsausschusses Sorge zu tragen und mit letzterem in ununterbrochener Verbindung, nötigenfalls durch Expresse zu bleiben. Sie bedienen sich als Hauptmittel ihres Wirkens der Presse, der Volksversammlungen, der politischen Vereine und der Emissäre.

Diese Anordnungen wurden meistens ganz mangelhaft, manche wie z. B. die unter 8 angeordnete Wahl einer Volksvertretung gar nicht ausgeführt. Man vergoss viel Tinte und schrieb grosssprecherische und phrasenreiche Proklamationen, die ungehört verhallten, so dass sich der heftigste Teil der Revolution auf dem Papier und in der Schreibstube zu Kaiserslautern abspielte.

Am 5. Mai wurde die Festung Landau in Kriegszustand erklärt. Man fing an, die Gärten vor den Thoren zu demolieren, aber die Thore wurden am Tage nicht geschlossen. Ueber die Zustände in dieser Festung und das seltsame Verhalten ihres Kommandanten werde ich später berichten.

Von Frankfurt aus wurde nach Möglichkeit der Brand in der Pfalz geschürt und zum vollständigen Bruche mit der bayerischen Regierung gehetzt. Die äusserste Linke (Donnersberg) erliess am 5. Mai eine Ansprache, in welcher es heisst: „Die Gewaltherrschaft der Könige hat ihre Maske abgeworfen. Deutsche, jetzt gilt es abermals zum letzten Male, Euere Freiheit gegen die Angriffe der Fürsten zu schützen. Blicket auf das Beispiel der thatentschlossenen Pfälzer. Säumet nicht, bewaffnet Euch, organisiert Euch, benützet Euere Vereine, wählet leitende Wehrausschüsse, seid mannhaft gerüstet für den Augenblick, wo Ihr Euch den Gewaltschritten der Willkürherren entgegenzustellen habt. Und Ihr, Männer der Pfalz! Die Ihr für Freiheit, Ehre und Recht in die Schranken getreten seid gegen den Verrat der Könige, haltet mutig Stand! Pfälzer! Deutschlands Männer können und werden nicht thatlos und feig Euerer Erhebung zusehen, sie werden es nicht geschehen lassen, dass der Despotismus über Euere Leichen hinweg zur Vernichtung ihrer und des ganzen Volkes Freiheit schreite."

Zur selben Zeit fand in Frankfurt ein Kongress der Märzvereine statt, in welchen beschlossen wurde: 1) einen Aufruf an das Volk und einen andern an das Heer zu erlassen zur thatkräftigen Durchführung und Verteidigung der Reichsverfassung. 2) Dem Präsidenten der Nationalversammlung durch eine Deputation von 5 Mitgliedern die schriftliche Aufforderung zu überbringen, sofort die Beeidigung der Truppen, Bürgerwehren, Beamten und des Volkes

zu beschliessen. 3) Von seiten des Ausschusses des Zentral-März-vereins alsbald einen Vertrauensmann nach der Pfalz zu senden zur genauen Berichterstattung über die Lage der Dinge. 4) Den Ausschuss zu ermächtigen, die Pfalz kräftigst zu unterstützen. Als Vertrauensmann wurde der Abgeordnete Wöhler in die Pfalz geschickt, der zugleich mit dem Reichskommissar Eisenstuck daselbst eintraf.

Das kgl. Appellationsgericht in Zweibrücken beschäftigte sich nach den Vorgängen des zweiten Mai mit der Frage, ob die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung, welche sogleich die Verhaftung der Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses nach sich ziehen müsse, stattfinden solle oder nicht. Man beschloss am 5. Mai in Uebereinstimmung mit dem Generalstaatsprokurator und dessen Staatsprokuratoren, „dass ein gerichtliches Einschreiten unmöglich und unausführbar sei, weil unter den gegebenen Verhältnissen bei der allgemein im Lande verbreiteten Ansicht über die Rechtsverbindlichkeit der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung und nach der in allen Klassen herrschenden politischen Aufregung der Vollzug eines Beschlusses, welcher der Einleitung einer ihrer Natur nach so weit um sich greifenden und so viele Personen berührenden strafrechtlichen Untersuchung anordne, eines Teils unmöglich, andern Teils gefährlich sei, indem eine misslungene Vollziehung der Befehle die Achtung vor dem Gesetze und ihren Organen ganz vernichten und notwendigerweise eine unselige Erbitterung hervorrufen müsste, die in noch höherem Grade für das Staatsinteresse gefährlich wäre, weil sie nur noch extremere Massregeln hervorrufen würde.“ Ein gerichtliches Einschreiten konnte allerdings damals nicht helfen, dagegen hätte energisches Einschreiten der bewaffneten Macht auch damals noch die Revolution ohne Blutvergiessen erstickt.

Schon am 4. Mai war der pfälzische Parlamentsabgeordnete Culmann von Zweibrücken mit einem anderen Abgeordneten aus der Pfalz bei dem Präsidenten des Reichsministeriums von Gagern erschienen, um ihn zu bitten, einen Reichskommissär in die Pfalz zu schicken, damit der Landesverteidigungsausschuss, der schon zu weit gegangen sei, nicht noch weiter gehe. Die Beschlüsse dieses Ausschusses schienen jenen Deputierten, die zur äussersten Linken gehörten, revolutionär und sie wünschten deren Zurücknahme. In ähnlichem Sinne sprachen sich andere pfälzische Parlamentsabgeordnete und Mitglieder der bayerischen Kammer, die in Frankfurt anwesend waren, am 5. Mai Herrn von Gagern gegenüber aus. Sie erklärten es für wünschenswert, dass der Bewegung in der Pfalz Zügel angelegt würden, „damit sie nicht den andern Provinzen voraneile“. (Anklageschrift II. Teil, S. 18.) Zugleich baten sie aber, einen Herrn

der Linken nach der Pfalz zu senden, der dort mit grösserem Vertrauen aufgenommen würde. So liess sich v. Gagern bewegen, den zweiten Vize-Präsidenten der Nationalversammlung Eisenstuck, früher Postmeister in Annaberg, dann Amtshauptmann in Chemnitz zum Reichskommissär für die Pfalz zu ernennen, der sofort in Begleitung von Culmann und Kolb abreiste und am 6. Mai in Speyer eintraf. Er machte dort dem Regierungspräsidenten Alwens einen Besuch, zeigte seine Vollmacht auf und erhielt die Erklärung, dass man der Bewegung nichts in den Weg zu legen gedenke, solange dieselbe nicht in die Befugnisse der Behörden eingreifen werde. Die Vollmacht Eisenstucks hat folgenden Wortlaut: „Nachdem es aus öffentlichen Blättern wie aus Berichten von Augenzeugen zur Kenntnis der provisorischen Zentralgewalt über Deutschland gelangt ist, dass in der kgl. bayerischen Provinz der rheinischen Pfalz eine allgemeine Bewegung zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung eine solche Wendung genommen, dass ein Landesverteidigungsausschuss, hervorgegangen aus den Wahlen einer Volksversammlung, sich als eine öffentliche Behörde konstituiert und Beschlüsse gefasst hat, welche in den Wirkungskreis der bestehenden gesetzlichen Behörden eingreifen; nachdem ferner eine Anzahl bayerischer Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, sowie mehrere hier anwesende Abgeordnete zur bayerischen Ständeversammlung den Wunsch des Landes vorgetragen haben, dass die Reichsgewalt vermittelnd einschreiten möge; nachdem es ferner zu befürchten steht, dass die der gesetzlichen Landesbehörde zur Verfügung stehenden Kräfte unzureichend sein könnten, um die Gesetze und die öffentliche Ordnung überall aufrecht zu halten; so habe ich mich bewogen gefunden, den Abgeordneten Herrn Eisenstuck, zweiten Vize-Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, zum Reichskommissär für die bayerische Rheinpfalz zu ernennen, und denselben zu beauftragen, im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze in jenem Lande erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, sich deshalb sowohl mit den Zivil- als Militärbehörden in das Einvernehmen zu setzen, insbesondere Fürsorge zu treffen, dass der von gedachtem Landesverteidigungsausschusse am 3. Mai zu Kaiserslautern gefasste Beschluss wieder aufgehoben werde oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen selbst aufzuheben, überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung der gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Sämtliche Zivil- und Militärbehörden der bayerischen Rheinpfalz werden hiermit angewiesen, den zu gedachtem Zwecke zu erlassenden Verfügungen des Reichs-

kommissärs Folge zu leisten und denselben in Durchführung aller von ihm zu treffenden Massangabe kräftigst zu unterstützen. Dessen zur Urkunde habe ich dem Vizepräsidenten Herrn Eisenstuck gegenwärtige Vollmacht ausstellen und dieselbe mit einem Insignal versehen lassen. Der Reichsverweser: gez. Johann. Der interimistische Reichsmininister des Innern: gez. v. Gagern". Dass dem Reichskommissar Eisenstuck die Exekutivgewalt in der Pfalz von Reichswegen übertragen wurde, verstiess gegen die Ansicht der bayerischen Regierung, wie aus einer Note des Ministers v. d. Pfordten hervorgeht. (S. Andlaw, der Aufruhr und Umsturz in Baden. 3. Teil, S. 303.)

Wie sich bald zeigte, hatte man hier den Bock zum Gärtner gemacht. Eisenstuck verfuhr so ganz taktlos, dass nur Oel ins Feuer gegossen und die Verwirrung in den Köpfen vermehrt wurde. Er erliess von Speyer aus, noch am 6. Mai, folgende Ansprache: „An meine deutschen Mitbürger in der Pfalz! In dem Augenblicke, wo der Preis der deutschen Erhebung vom vorigen Jahre, die von den Vertretern des deutschen Volkes in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung durch feindliche Gewalt wieder in Frage gestellt wird, hat sich die Pfalz in ächter deutscher Gesinnung mit übereinstimmender Kraft und Entschiedenheit für die Verteidigung und Aufrechterhaltung dieser ersten Schöpfung unserer Nationalsuveränität ausgesprochen. Die Abgeordneten des Pfälzer Volkes zu Frankfurt haben die Vermittelung der provisorischen Zentralgewalt in Anspruch genommen, um dieser Bewegung die erforderliche Richtung zu geben und meine Absendung hieher beantragt. Ein ehrlicher Gesinnungsgenosse dieser Männer folge ich ihrem Rufe und trete unter Euch, in der festen Ueberzeugung, dass es mir gelingen wird, gemeinsam mit Euch die Mittel aufzufinden, welche die deutsche Sache schützen, ohne die gesetzliche Ordnung zu zerstören. Ich werde im Namen der provisorischen Zentralgewalt alle jene Massregeln unterstützen, welche Euch Mittel an die Hand geben, Wacht zu halten, dass von keiner Seite ein Angriff erfolge auf den Willen der Pfalz, die Reichsverfassung zur Geltung zu bringen; ich erwarte aber auch von der wahren Begeisterung und Freiheitsliebe der Bewohner dieses Landes, dass durch die Besorgnis eines drohenden Angriffs auf das vom Volk zu Recht erkannte Grundgesetz sich Niemand zu Schritten verleiten lassen wird, welche gegen die Gesetze, gegen die Ordnung im Staate, gegen die Grundlagen der Gesellschaft gerichtet sind. Ich erwarte, dass Männer, welche im ersten Augenblicke der Bewegung in der Wahl ihrer Mittel sich geirrt haben sollten, gern mit mir zusammentreten werden, um in dieser Stunde

der höchsten Gefahr unter dem sichern Paniere des Gesetzes, der Eintracht und Ausdauer das gemeinsame Ziel, die Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes zu erkämpfen.“ —

Wenn Eisenstuck wirklich die Hoffnung gehabt hat, die er am Schlusse seiner unklaren, widerspruchsvollen Ansprache äusserte, so sollte er noch am selben Tage gründlich enttäuscht werden. In Begleitung Culmanns fuhr er nämlich an jenem Sonntage noch nach Neustadt, wohin eine grosse Volksversammlung einberufen war. Etwa 5000 Menschen waren hier zusammengekommen, um den Reichskommissär zu empfangen. Nikolaus Schmitt von Kaiserslautern führte den Vorsitz, zwanzig Redner traten auf, worunter 14 Nichtpfälzer. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf, Eisenstuck wurde von einem Redner geradezu verhöhnt. Nachdem ersterer erklärt hatte, wie er die Sache der Pfalz auf gesetzlichem Wege zu vermitteln gedenke, sprachen sich die meisten Redner, manche in leidenschaftlichster Weise, für Revolution und Republik aus. Die Versammlung beschloss, den Landesverteidigungsausschuss zu bevollmächtigen, eine progressive Einkommensteuer für die Pfalz auszuschreiben, durch welche die nötigen Gelder für Waffen u. s. w. möglichst schnell herbeigeschafft werden sollten. Ferner solle auf jeden Kanton durch direkte Wahlen ein Abgeordneter gewählt werden, welche zusammen den Landesverteidigungsausschuss in der Bewaffnung des Landes zu unterstützen und am 17. Mai in Kaiserslautern einzutreffen hätten. Endlich sprach sich die Versammlung einstimmig für die Republik und Lostrennung von Bayern aus. Am andern Tage traf Eisenstuck in Kaiserslautern ein, nachdem er abends in Neustadt, wo eben die Nachricht von der Ankunft eines Bataillons Preussen bekannt wurde, noch für einen Volksverräter erklärt worden war. Er erliess am Sitze des Landesverteidigungsausschusses folgende Bekanntmachung: „Zur Sicherung der öffentlichen Zustände und zur Vermittelung der Verfassungsfrage in der Pfalz im Namen der provisorischen Zentralgewalt des deutschen Reiches und in Gemässheit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung vom 11. April und 4. Mai dieses Jahres ist Folgendes festgesetzt: 1) Der am 2. Mai dieses Jahres in den Personen der Parlamentsmitglieder Schüler, Reichard, Culmann und Schmitt, den Landtagsabgeordneten Dr. Greiner, Dr. Hepp, Dr. Hanitz, Notar Schmidt aus Kirchheimbolanden, Oekonom Didier von Landstuhl und Rechtskandidat Fries aus Frankenthal für die Pfalz gebildete Landesverteidigungsausschuss wird als ein Landesausschuss für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung hiermit bestätigt. 2) Der Landesausschuss ist berechtigt a) alle ihm erforderlich scheinenden Massregeln zur Verteidigung der

deutschen Reichsverfassung in der Pfalz einzuleiten, insoweit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, demnach insbesondere die Organisation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen, b) denjenigen Volkswehren und Truppenabteilungen, sowie denjenigen Landesbeamten in der Pfalz, welche auf Grund der Paragraphen 4 und 193 der deutschen Reichsverfassung die Vereidigung auf die Verfassung verlangen sollten, den Eid abzunehmen, c) gegen gewaltsame Angriffe auf die Reichsverfassung in der Pfalz äussersten Falles selbständig einzuschreiten. 3) Der Landesausschuss hat seinen Sitz in Kaiserslautern. Fünf anwesende Mitglieder desselben sind beschlussfähig. 4) Der Landesausschuss besteht bis zu vollständiger Durchführung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz. 5) Durch die in Paragraph 2 dem Landesausschusse erteilten Befugnisse sind alle bis heute von dem Landesverteidigungsausschusse gefassten Beschlüsse, soweit sie diesen Befugnissen zuwiderlaufen, hiermit aufgehoben." Eisenstuck hat damit dem Kinde einen andern Namen gegeben, ihm aber im wesentlichen seine revolutionäre Gewalt gelassen, er hat die Volkssuveränität und die Reichsverfassung in einem Teile des Königreichs Bayern proklamiert, welches beide nicht anerkannte, er hat dem Aufstande den Schein der Gesetzlichkeit verliehen und ihn unter die Protektion der Reichsgewalt gestellt. —

Wie schon mitgeteilt, hat der Festungskommandant Generalmajor v. Jeetze am 5. Mai die Stadt Landau in Kriegszustand erklärt, zugleich aber auch von der Zentralgewalt Verstärkung der Besatzung verlangt. Schon am 30. April wünschte Bayern die Verlegung der in Frankfurt garnisonierenden bayerischen Truppen in die Pfalz, aber die Zentralgewalt schickte nur ein Bataillon des 6. Regimentes, das nach Speyer kam, während sie das 3. Jägerbataillon in Frankfurt behielt. Statt dessen ging ein Bataillon Preussen (1. Bat. 28. Regiment) zwischen 7 bis 800 Mann stark nach Ludwigshafen ab, wo es in der Nacht vom 7. auf 8. Mai anlangte und sich mit einer Eskadron badischer Dragoner vereinigte. Diese Truppenabteilung wollte von Ludwigshafen nach Neustadt und Landau weiterfahren, als die Nachricht eintraf, bei Mutterstadt seien die Schienen aufgerissen worden. Dies hatte der neue Oberkommandant der Pfälzischen Volkswehr Fenner von Fenneberg angeordnet, der eben von Frankfurt her eingetroffen war. Zinn zürnt ihm deshalb in seiner Schrift sehr, der meint, man hätte die Preussen nach Neustadt fahren lassen sollen, wo sie von dem zusammengelaufenen bewaffneten Volkshaufen, der sie dort erwartete, vernichtet worden wären, eine Ansicht, zu der ich ein grosses

Fragezeichen mache. Das Bataillon rückte nun über Schifferstadt nach Speyer, wo man es, weil es nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sei, nicht in die Stadt einliess, die barrikadiert war. Man versah übrigens die ruhig vor der Stadt lagernden Soldaten reichlich mit Nahrungsmitteln, worauf dieselben bis nach Weingarten weitermarschierten. Nicht nur in Neustadt, sondern im ganzen Gebirge herrschte grosse Aufregung, weil man meinte, die Preussen hätten gegen den Willen des Reichsministeriums die pfälzische Grenze überschritten. Auch in diese Angelegenheit mischte sich nun Eisenstuck ein. Er begab sich nach Landau und bewog den Kommandanten, die Badenser, die auf die Reichsverfassung beeidigt waren, in die Festung einzulassen, dagegen die Preussen nach Frankfurt zurückzuschicken. Letzterer soll sogar erklärt haben, er werde sich nur den Befehlen der Reichsgewalt unterwerfen. Das zurückgewiesene Bataillon marschierte in der Richtung nach Speyer zurück, kampierte bei starkem Regen im Schifferstadter Walde und langte am 9. Mai wieder in Frankfurt an. Auf dem Rückwege erst vernahm Eisenstuck, dass die Reichsgewalt dieses Bataillon nach der Pfalz beordnet habe, worauf er durch den Kurier, der diese Nachricht überbrachte, in Frankfurt 3 Bataillone mit schwarz-rot-goldenen Fahnen verlangte, um sie dem pfälzischen Landesausschusse zur Verfügung zu stellen. — Es war höchste Zeit, diesem Unfug ein Ende zu machen. Am 8. Mai sprach der Reichsministerrat seine Missbilligung über die von Eisenstuck dem Landesausschusse gegebenen Befugnisse aus und forderte ihn auf, unverzüglich den rechtlichen Standpunkt wiederherzustellen, wonach der Ausschuss nicht als eine öffentliche, von der Reichsgewalt anerkannte Behörde den gesetzlich konstituierten Gewalten gegenüber erscheinen dürfe und auf die Befugnisse beschränkt werden müsse, welche aus dem freien Vereinsrechte folgten und mit der Aufrechthaltung des konstitutionellen Rechtszustandes vereinbar seien. Seine Vollmacht, erklärte das Reichsministerium, erlaubte in keinem Falle die Organisation der Volksbewaffnung durch eine nicht gesetzlich eingesetzte Behörde und statt dieser Massregel entgegen zu treten, sie sogar als Beauftragter der Reichsgewalt zu autorisieren; auch gegen die eventuelle Ermächtigung zur Vereidigung müsse Widerspruch eingelegt werden, da die Nationalversammlung, welche am Tage vorher aufs neue einen Antrag auf Vereidigung der Truppen abgelehnt habe, sich keineswegs nur einer allgemeinen Anordnung enthalten, sondern im Gegenteil die Teilung des Heeres in beeidigte und unbeeidigte Truppenkörper vermeiden wollte. Da Eisenstuck dieser Anordnung nicht nachkam, wurde er am 10. Mai aus der

Pfalz zurückgerufen. Am 11. Mai verliess derselbe Kaiserslautern, nachdem er sich in folgender Weise von der Pfalz verabschiedet hatte: „An meine deutschen Brüder in der Pfalz! Vor wenig Tagen kam ich in Eure Mitte mit dem heissen Wunsche im Herzen, Eurer glorreichen Erhebung für die deutsche Sache Kraft und Nachdruck zu geben. Der Auftrag, den mir das Ministerium Gagern erteilte, ging dahin, alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung in der Pfalz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Ich habe den Einmarsch der Euch feindlichen preussischen Truppen, welche ohne mein Wissen von dem Reichsminister nach Landau kommandiert waren, abgewehrt. Ich habe Befehl gegeben, keine militärische Macht die Grenzen dieses Landes überschreiten zu lassen, welche nicht der Verfassung zugethan ist. Ich habe dem Landesausschusse für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung seine gesetzliche Schranke und Grundlage gegeben, um Eurer patriotischen Begeisterung für die Freiheit und Grösse unseres gemeinsamen Vaterlandes gesetzliche Mittel und geordnete Leitung zu verschaffen. Das Ministerium Gagern ist der Meinung, dass ich durch diese Massregeln meine Vollmacht überschritten und gegen den Willen der Nationalversammlung gehandelt habe. In diesem Augenblicke wird mir mein Mandat zurückgefordert, ich habe aufgehört, Bevollmächtigter für die Rheinpfalz zu sein. Vielleicht stehen schon jetzt die feindlichen Heere an Euern Grenzen, um einzurücken, sobald ich es nicht mehr verhindern kann. Mit blutendem Herzen scheide ich aus Euerer Mitte, wo ich so herzlichen Empfang, so aufrichtige Hingebung, so freudige Teilnahme an meinen schwachen Bestrebungen fand. Mein Dank bleibt Euch für immer. Gott schütze Deutschland, Gott schütze das brave Volk der Pfälzer!" Als Eisenstuck nach Ludwigshafen kam, empfing ihn dort ein pfälzisches Parlamentsmitglied, das aus Frankfurt eingetroffen war, ihn zu bitten, die Pfalz nicht zu verlassen. Er verlangte daraufhin in Frankfurt neue Vollmacht, was abgeschlagen wurde. Dort war nämlich unterdessen das Ministerium Gagern zurückgetreten und durch ein Ministerium Grävell ersetzt worden. Von da an konnte die Erhebung der Pfalz nicht mehr auf die Unterstützung der Zentralgewalt rechnen. Nach zwei weiteren Tagen kehrte Eisenstuck nach Frankfurt zurück und hielt in der Nationalversammlung eine Rechtfertigungsrede, worin er erklärte, als Folge seiner Abberufung werde die Pfalz am 17. Mai eine provisorische Regierung einsetzen. Wenn man das Versäumte nicht rasch gut mache, stehe dort die Republik zu erwarten.

Dass der politisch gebildete Teil der Bevölkerung in der Pfalz die Reichsverfassung für rechtsgültig und deren Einführung für wünschenswert hielt, habe ich schon früher erwähnt. Viele Angestellte machten aus dieser Ansicht kein Hehl. So rief das Bezirksgericht Kaiserslautern die Beamten des Bezirkes auf 6. Mai zusammen, um in dieser Hinsicht einen gemeinsamen Schritt zu thun. Am folgenden Tage erhielt der Landesverteidigungs-Ausschuss folgendes Schreiben: „An den Landesverteidigungs-Ausschuss dahier! Demselben beehren wir uns in der Anlage die Abschrift einer Adresse an den König, welche in der gestrigen Versammlung der Beamten des Bezirks Kaiserslautern angenommen wurde und heute noch nach München abgehen wird, zu übermachen, um einem desfalls gefassten Beschlusse gemäss für die Unterzeichner der Adresse, insoweit Einzelne derselben nicht schon besondere Erklärungen abgegeben haben, als Antwort zu dienen auf die gedruckte Aufforderung vom 3. d. Mts. Das erwählte Bureau: Der Vorsitzende: Kollei, Bezirksgerichtspräsident; die Schriftführer: H. Hase, Bezirksrichter, Laurent, Bezirksrichter.“ — Die Adresse an den König lautet: „Ew. königl. Majestät! Nach genauer Zusammenstellung aller staatsrechtlichen Akten, welche für Herstellung der deutschen Einheit und des beschlossenen Bundesstaates vom 31. März vorigen Jahres bis hierher von der deutschen Bundesversammlung, der bayerischen Staatsregierung, der Nationalversammlung und der provisorischen Zentralgewalt ausgegangen sind, und bei einer Vergleichung aller inzwischen erfolgten legislatorischen Anordnungen sind die alleruntertänigst Unterzeichneten zu der innigen Ueberzeugung gelangt, dass die Grundrechte des deutschen Volkes und die deutsche Reichsverfassung einschliesslich des Wahlgesetzes für Deutschland und insbesondere für Bayern rechtsgültig sind, und dass das Volk auf sofortige Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung ein unabweisbares Recht hat. Diese Ueberzeugung hier ohne Rückhalt auszusprechen, fühlen die Bittsteller um so mehr sich verpflichtet, als nur bei einem solchen Freimute in ihren Amtsfunktionen noch die Erhaltung des so nötigen Vertrauens ein gedeihliches Wirken möglich macht und die Volksstimmung in der Pfalz derart ist, dass nur, wenn die Reichsverfassung samt den Grundrechten und dem Wahlgesetze von seiten Ew. Kgl. Majestät unbedingt anerkannt werden und der sofortige Vollzug dieser Anerkennung bethätigt wird, die Pfalz vor den Gefahren der höchsten Aufregung der gesamten Bevölkerung bewahrt werden kann. Das pfälzische Volk ist einmütig entschlossen, durch nichts mehr gedachtes Recht sich beeinträchtigen zu lassen, und bereits

zu Massnahmen geschritten, die den entschiedensten Ernst in dieser Hinsicht beurkunden. Mögen darum Ew. Majestät nicht unterlassen, sofort erwähnte Anerkennung eintreten zu lassen, denn hiedurch allein können die Bande der Eintracht und Liebe zwischen Fürst und Volk wieder geknüpft und dem unmittelbar bevorstehenden gewaltsamen Umsturze vorgebeugt werden.“ Folgen 206 Unterschriften, abgedruckt im „Boten für Stadt und Land“ 1849 Nr. 92. Die Beamten der übrigen Bezirke der Pfalz thaten gleiches und der Landrat des Kreises sandte eine ähnliche Adresse ab. Damit war jedoch nicht gesagt, dass die sämtlichen Bittsteller deswegen den gewaltsamen Umsturz gebilligt hätten.

Aus Hessen und Baden kamen Adressen und Deputationen an den Landesverteidigungsausschuss, um denselben der Beistimmung zu seinem Vorgehen und der kräftigsten Unterstützung zu versichern. Am 6. Mai fand in Worms eine Bürgerversammlung statt, welche unter anderem erklärte: „Nachbarn in Rheinbayern, auch wir erkennen in der Verfassung das Banner, dem zu folgen unser aller Streben ist. Euer wackeres Benehmen erregte ebenso unsere Bewunderung, als unsere Sympathie; haltet fest an diesem Panier der Volksfreiheit, wir stehen zu Euch, zur Sache des Volks.“ Eine ähnliche Erklärung überschickte die Wormser Bürgerwehr. Der Gemeinderat und Bürgerausschuss von Mannheim protestierte am 6. Mai gegen alle Truppendurchzüge vom jenseitigen Bayern nach der Pfalz, welche den Zweck hätten, die Bestrebungen dieser Provinz zur Durchführung der Reichsverfassung zu vereiteln, und ersuchte die Reichsgewalt und die badische Regierung, diese Truppendurchzüge zu verhindern. Eine Versammlung in Köln am 8. Mai stellte sich ebenfalls auf Seite der Reischsverfassung und forderte die Nationalversammlung auf, die Pfalz gegen die Revolution von oben zu schützen. — Unterm 8. Mai erliess die äusserste Linke des Frankfurter Parlamentes eine nochmalige Ansprache an das deutsche Volk, in welcher sie zur Revolution herausforderte. Dieselbe lautet: „Zu den Waffen! Deutsche Männer in allen Gauen des Vaterlandes! Die Verbindung der Fürsten, welche Hochverrat an dem Volke und dem Vaterlande begehen wollen, liegt klar zu Tage. Verbindet auch Euch und erhebt Euch, um das Vaterland zu retten. Schon kämpfen Eure Brüder in Sachsen und in der Pfalz für Euch; lasst sie nicht untergehen! Nachbarstämme der Sachsen und der Pfälzer, an Euch ist es zunächst — zieht hin zu Euern Brüdern, zieht hin und helft — helft ihnen und es wird Euch geholfen sein. Ihr könnt nicht zaudern, dürft nicht zaudern, Ihr dürft sie nicht allein stehen lassen, die aufgestanden sind, das Recht in einer

Hand und in der andern das Schwert, das Schwert für Euer Recht, helft mit den Waffen und wenn Ihr die nicht habt, helft sonst, helft wie Ihr könnt — nur helft! Ihr andern Stämme auf, erhebt Euch und zeigt dem Despotismus und der Barbarei, die Euch entgegenstehen, die festgescharte Macht des Volkes, das sein Recht verlangt. Gerechteren Kampf hat es nie gegeben. Zu den Waffen! Männer, zu den Waffen!“ Der Kongress der Märzvereine in Frankfurt rief seinen Mitgliedern zu: „Schwöret Treue der Verfassung! Wer Waffen tragen kann, rüste sich, sie zu gebrauchen. Einheit thut vor Allem Not, Einheit des Mannes, Einheit der That!“

Durch das Auftreten Eisenstucks und die verschiedenen Beistimmungsadressen fühlte sich der Landesausschuss augenscheinlich sehr gekräftigt. Man merkte das an seinem weiteren Vorgehen. Am 8. Mai erging an die permanenten Kantonalverteidigungsausschüsse folgendes Schreiben: Mitbürger! Wir fordern Euch auf, im Einvernehmen mit den betreffenden Bürgermeisterämtern und Gemeinderäten Sorge zu tragen, dass in allen Gemeinden Quartiere zur Aufnahme von bewaffneten Zuzügen, insbesondere von Turnern, Flüchtlingen und fremden Offizieren zur Verfügung gestellt werden. Der Landesausschuss. — Nachschrift: Zugleich fordern wir Euch auf, gestützt auf das dem Landesausschusse unterm gestrigen von der Reichsgewalt durch ihren Kommissär Eisenstuck verliehene Mandat, die sämtlichen Beamten und Truppenabteilungen zu bestimmen, dass sie sich durch den Landesausschuss oder einen von demselben zu bezeichnenden Bevollmächtigten auf die deutsche Reichsverfassung beeidigen lassen.“ —

Am 9. Mai teilt der Landesausschuss den sämtlichen Wehrmännern der Pfalz folgendes mit: „Mitbürger! Wir benachrichtigen Euch hiermit, dass wir den Bürger Fenner von Fenneberg, Oberkommandanten der Wiener Nationalgarde während des Oktoberkampfes, zum Oberbefehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz provisorisch ernannt haben! Bürger! Wir vertrauen zu Euch, dass Ihr in allem dem ernannten Oberbefehlshaber den pünktlichsten Gehorsam leisten werdet. Nur in der Eintracht liegt die Gewähr für die siegreiche Durchführung der deutschen Reichsverfassung. Mutvoll habt Ihr Euch erhoben, begeistert die Waffen ergriffen. Mit Stolz blicken wir, blickt ganz Deutschland auf Euch Pfälzer! Steht fest im Kampfe, haltet treu zu Eueren Führern und der schönste Sieg über alle unsere Feinde wird Euer höchster Lohn sein.“ Eine zweite Bekanntmachung von diesem Tage lautet: „Russland hat auf eine energische Note von England seine Truppen aus Oesterreich zurückkommandiert. Kossuth steht vor Wien. Die österreichische Monarchie

geht in Trümmer. Selbst in Russland soll eine Erhebung ausgebrochen sein. Das Gerücht, dass von Saarbrücken aus Preussen im Anzuge seien, ist eine Lüge, ausgesprengt von Freiheitsfeinden. Preussen hat mehr als genug mit sich selbst zu thun. Ein grosser Teil der Volkstruppen aus den westlichen Teilen der Pfalz ist hierher und in die Umgegend aufgeboten. Bürger Fenner von Fenneberg, Oberkommandant der Nationalgarde zu Wien während der Oktobertage (früher österr. Leutnant. Der Verf.), ist zum Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes, der pfälzischen Volkswehr vom Landesausschuss provisorisch ernannt. In Neustadt und Umgegend stehen 10000 bewaffnete Vaterlandsverteidiger. Bewaffnete Zuzüge sind uns von allen Seiten zugesagt. Bewaffnete Studenten haben sich bereits hier eingefunden."

Ein Befehl des Landesausschusses vom selben Tage wies den Kommandanten der Neustadter Bürgerwehr an, „bei sämtlichen Einwohnern der Stadt und des Kantons Neustadt, welche nicht zur Bürgerwehr gehören oder sich nicht sofort in dieselbe einreihen lassen, die vorfindlichen Schuss-, Hieb- und Stichwaffen zu requirieren und gegen Bescheinigung sich aushändigen zu lassen." Wer die Ablieferung verweigere oder Waffen verheimliche, werde als Vaterlandsverräter erklärt und solle zur Ablieferung gezwungen werden. Gleicher Befehl erging in alle anderen Kantone. — Auch beschloss man, ein Freikorps aus Forstleuten zu bilden, und forderte der Landesausschuss diese auf, unverzüglich sich in Kaiserslautern einreihen zu lassen. Man sandte den Studienlehrer Clund von Kaiserslautern nach Meisenheim, um dort um Hilfe nachzusuchen. Derselbe nahm ein Schreiben Fenners mit, worin dieser ersuchte, die dortigen Strassen aufzureissen, die Diefileen zu besetzen, um den Anmarsch der Preussen aufzuhalten. Beides geschah nicht, so wie das meiste andere, was der Ausschuss anordnete. So befahl er am 8. Mai der Volkswehr in Kusel, sofort im Hauptquartier zu Kaiserslautern einzurücken. Dieser Befehl wurde am folgenden Tage wiederholt — wer nicht kam, war die Kuseler Volkswehr.

Auch die kgl. bayer. Staatsregierung liess sich nun vernehmen. Sie richtete unterm 9. Mai an das bayerische Volk nachstehende Proklamation: „Das Streben nach Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung hat in einigen Teilen des Landes zu gesetzwidrigen Handlungen geführt. In der Pfalz hat sich sogar ein sogenannter Landesverteidigungs-Ausschuss gebildet, welcher sich Befugnisse beilegt, die nur der gesetzmässigen Regierung des Landes zukommen, und welcher die Beamten zur Pflichtverletzung, das Volk zur Gewaltthat auffordert. So klar auch die

Gesetzwidrigkeit dieser Handlungen zu Tage liegt, so richtet doch die Regierung dieses Wort der Mahnung an die Irregeleiteten. In wenigen Tagen tritt der Landtag zusammen. Den Vertretern des Volkes wird die Regierung diejenigen Punkte der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung bezeichnen, welche von ihr mit der Einigung von ganz Deutschland und dem Wohle von Bayern unverträglich gehalten werden. Sie wird zeigen, dass sie keineswegs beabsichtigt, die alte Bundesverfassung wieder herzustellen. Auch sie will dem deutschen Volke die kräftige Einigung nach aussen und die freie Entwickelung nach innen durch eine starke Zentral-Regierung und durch vollständige Vertretung des Volkes gesichert sehen. Die Regierung wird der Kammer darlegen, welche Schritte sie gethan hat, um auf rasche Erreichung dieses Zieles durch Revision der durch Nationalverfassung beschlossenen Verfassung hinzuwirken. Im Bewusstsein ihres guten Rechts und ihrer guten Absichten wird die Regierung aber auch alle Kräfte zum Schutze der öffentlichen Ordnung aufbieten. Sie erklärt daher hiermit den sogenannten Landesverteidigungs-Ausschuss in der Pfalz für eine gesetzwidrige Vereinigung und alle seine Beschlüsse für nichtig und unverbindlich. Sie fordert alle Zivil- und Militärbehörden des Königreichs auf, ihrer Pflicht getreu die Gesetze des Landes zu vollziehen und jeder Uebertretung derselben mit Kraft zu begegnen. Alle Bürger des Landes aber ermahnt die Regierung, auf dem gesetzlichen Wege zu beharren, der allein zum Frieden und zur Freiheit führt.“ Wäre statt einer papierenen Proklamation eine starke Heeresabteilung in der Pfalz erschienen, so hätte das etwas genützt, die ermahnenden und zuredenden Worte der Regierung verhallten spurlos. Ein Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Mai 1849 aus der Pfalz meint: „Mit Proklamationen macht sich das Ministerium hierzulande nur lächerlich. Wenn ihm irgendwie Energie innewohnen würde, müssten jetzt schon 10000 Mann zuverlässiger Truppen diesseits des Rheines stehen, nicht um die Bewegung für die Reichsverfassung zu unterdrücken, sondern um uns vor Anarchie und Deutschland vor der roten Republik zu schützen.“

Das Frankfurter Parlament hatte am 10. Mai folgenden Beschluss gefasst: „Dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebot stehenden Mittel entgegen zu treten. Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volkes und seiner Vertreter, welche zur Durch-

führung der endgültig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen.“ In der Pfalz hoffte man, da das Ministerium Gagern abgedankt hatte, auf ein solches der Linken, allein der Reichsverweser wies die Deputation der Nationalversammlung, die obigen Beschluss überbrachte, kurz ab und griff zu einem Ministerium Grävell, von dem für die Aufständischen nichts zu erwarten war.

Von trügerischen Hoffnungen auf die Reichsgewalt und das Parlament immer noch erfüllt, entschloss man sich in Kaiserslautern an demselben 10. Mai, das Tischtuch zwischen Bayern und der Pfalz zu durchschneiden. Bestand vorher die Revolution eigentlich nur auf dem Papier, so wurde sie jetzt zur That. Der Landesausschuss bemühte sich auf alle Weise, eine bewaffnete, widerstandsfähige Macht zu organisieren, da mit der Bürgerwehr augenscheinlich nichts anzufangen war. Es erschien ein Aufruf zur Bildung eines Reiterkorps folgenden Inhalts: „Alle diejenigen geübten Reiter, welche Pferde besitzen oder sich deren verschaffen können, werden hierdurch aufgefordert, zur Bildung einer berittenen Volkswehr zusammenzutreten und ihre desfallsigen Anmeldungen unverzüglich an den Landesausschuss zur Durchführung der deutschen Reichsverfassung in Kaiserslautern zu machen. Frisch auf Kameraden aufs Pferd! Das Vaterland ist in Gefahr! Mutige Reiter helft es schützen.“ In Bezug auf die Löhnung der Truppen wurde bestimmt, dass solche nur die Wehrmänner erhalten sollten, die sie beanspruchen. Wer sich an seinem Wohnort befindet, erhält nur dann Sold, wenn er einen ganzen Tag im Dienste verbringt. Gemeine erhalten täglich 6, Unteroffiziere 9, Offiziere 30 Kreuzer, der Hauptmann 1 Gulden. Ausserhalb des Wohnortes tritt noch freie Verpflegung hinzu. — Es liegt vom 10. Mai ein Schreiben des Landesausschusses in französischer Sprache vor, worin die in Frankreich verweilenden deutschen und polnischen Flüchtlinge aufgefordert werden, in der Pfalz zu erscheinen und wo möglich Flinten mitzubringen, die man gerne bezahlen wolle. Ein Schreiben nach Wörrstadt bittet, von dort 500 bewaffnete Leute nach Kirchheimbolanden zu schicken und dort unter den Befehl des Kantonalausschusses zu stellen. Unbewaffnete könne man für jetzt nicht brauchen, da es an Flinten mangele; übrigens möge man dieselben einstweilen nach Kräften organisieren. In einem weiteren Schreiben an den Kommandanten Diepenbrock in Mainz wird derselbe aufgefordert, sobald als möglich der Pfalz zu Hilfe zu ziehen. Eine Anzahl von Briefen, die später beschlagnahmt wurde, beweist, dass man in lebhafter Verhandlung mit elsässischen und französischen Demokraten, sowie mit deutschen

Flüchtlingen in Frankreich stand, um eine Unterstützung von dorther zu erhalten.

Man begann jetzt auch seine Augen auf die Soldaten zu richten, die bisher schon eifrig bearbeitet worden waren und die man nun offen zum Uebertritt aufforderte. Eine Ansprache des Landesausschusses an dieselben vom 10. Mai lautet also: „Soldaten, deutsche Brüder! Man schickt Euch, um gegen die deutsche Sache zu kämpfen! Deutsche Brüder sollen sich gegen deutsche Brüder schlagen! Wir stehen fest zum Vaterlande, zur Verfassung, zum deutschen Reich! Kommt zu uns, lasst uns gemeinsam kämpfen gegen den Starrsinn und die Verblendung des Königs von Preussen, dessen Truppen an der Grenze stehen, um unsere Freiheiten und unser Vaterland zu unterdrücken. Die Zentralgewalt in Frankfurt hat uns ermächtigt, Euch den Eid auf die Reichsverfassung abzunehmen, so ihr zur deutschen Sache stehen wollt. Leistet diesem Rufe Folge! Ihr macht Euch um das Vaterland verdient. Eure Brüder öffnen Euch die Arme."

Dass die bayerischen Soldaten in der Pfalz diesem Lockrufe zugänglich waren, zeigte sich noch am selben Tage. In Ludwigshafen lag ein Detachement Jäger, um die dortige Rheinbrücke zu bewachen. Am 10. Mai rückte der Wormser Bürgerwehroberst Blenker, Weinhändler, früher Offizier oder Unteroffizier in Griechenland, verstärkt durch pfälzische Freischaren, mit 800 Mann auf Ludwigshafen los, um sich des Rheinüberganges zu bemächtigen. Einem früheren Versuche der Frankenthaler Volkswehr hatten sich die Jäger noch entschlossen entgegengestellt, jetzt gingen sie bis auf die Offiziere und einige Mannschaften alle zum Volksheere über. Die Treugebliebenen zogen sich über den Rhein nach Mannheim zurück. Nun kamen die 6. und 10. Kompanie des 6. bayerischen Regiments von Speyer an, um die Jäger zu verstärken. Dieses Regiment hatte, wie schon früher erwähnt, in Frankfurt gelegen und war einige Tage vorher nach Speyer verlegt worden. Man hatte die Mannschaften schon in Frankfurt bearbeitet, wie dies auch in Landau, Germersheim und Speyer geschah und sofort bei deren Ankunft in Ludwigshafen zeigte sich ihre wahre Gesinnung. Leute aus dem Volk umringten sie, ein Korporal rief den Bürgerwehrleuten zu: „Bürger und Pfälzer, glaubt nicht, dass wir als Fremde kommen, wir sind Pfälzer, wie Ihr, und wollen das nämliche!" Man trennte sie von den Offizieren, bewirtete sie in den Häusern und Kneipen und bewog sie zum Abfall. Die Offiziere mit wenigen Getreuen wurden als Gefangene behandelt, später aber gegen einen Revers freigelassen, worin sie versprachen, nicht gegen die Pfalz zu

kämpfen. In Speyer bewog das Mitglied des Landesausschusses Reichard am 10. und 11. Mai 200 Soldaten des 6. Regiments zum Abfall, die, begleitet von 100 Heidelberger Turnern, im Triumph nach Neustadt gebracht wurden. Auch in Landau wurde die Stimmung der Soldaten von Tag zu Tag unzuverlässiger. Man steckte den Soldaten Proklamationen und Flugschriften zu, versprach ihnen Avancement, lockte sie in die Häuser, um sie zu bewirten, oder in die Kneipen, sie hier trunken zu machen. Der Kommandant, Generalmajor v. Jeetze, ein ganz unfähiger, energieloser Offizier, der seine Leute nicht in der Hand hatte, that nicht das geringste, um der Verführung der Soldaten entgegenzuwirken. Er liess die Thore offenstehen und die Mannschaften mit Sack und Pack und Gewehr zu dem Gegner überlaufen. Ich habe berichtet, dass eine Abteilung badischer Dragoner, die auf die Reichsverfassung beeidigt waren, am 9. Mai in die Festung Landau eingelassen wurde. Eine bayerische Kompanie, welche diesen Truppen in ihrer Kaserne Platz machen sollte, lehnte sich auf, misshandelte einen Offizier, wurde aber glücklich wieder zur Ruhe gebracht. In Kaiserslautern hiess es nun, das Militär in Landau habe seine Offiziere totgeschlagen und sei Herr des Platzes. Sofort wurde das Mitglied des Landesausschusses Fries abgeschickt, um Landau im Namen des Pfälzischen Volkes in Besitz zu nehmen. Als er vor Landau ankam, gewahrte er, dass er sich in seinen Hoffnungen getäuscht hatte. Reichard von Speyer, der nun die Verleitung der Soldaten zur Fahnenflucht als Spezialität betrieb, begab sich am 14. Mai nach Zweibrücken, wo es ihm gelang, einen grossen Teil der dort garnisonierenden Jäger und Chevauxlegers zur Desertion zu verleiten. Daselbst lag nämlich die 4. Division des 2. Jägerbataillon als Depotkompanie, da das Gros dieses Bataillons nach Schleswig-Holstein geschickt worden war; ebenso die 7. Eskadron des ebenfalls nach Holstein abgegangenen 5. Chevauxlegers-Regiments. Bis 12. Mai war die Stimmung dieser Truppen zufriedenstellend, dann kamen Freischaren mit dem Notar Reichard, und am 16. Mai waren von der ganzen Division (so hiessen damals die Kompanien) noch 3 Offiziere, 4 Unteroffiziere, 1 Hornist und 1 Gefreiter vorhanden. Alle anderen hatte Reichard nach Lautern gebracht, wo sie dem Volksheere einverleibt wurden. Fenner gibt in seiner Schrift S. 89 zu, dass man den Leuten auch dort schon — öffentlich geschah es später — doppelte Löhnung, Beförderung der Gemeinen zu Unteroffizieren, der Unteroffiziere zu Offizieren im Namen des Landesausschusses versprochen hat. Reichard und Genossen thaten diesen Schritt augenscheinlich mit leichtem Herzen, sie glaubten vielleicht sogar, eine grosse, nützliche That ausgeführt zu haben. Aber gerade

die von ihnen Verführten mussten ihren Schritt von allen Teilnehmern an der Revolution am schwersten büssen. Die Führer des Aufstandes flohen nach dem Misslingen desselben in das Ausland, wo sie so lange sicher blieben, bis ihnen Amnestie gewährt wurde, die verlockten Soldaten aber, die unglücklichen Opfer jener leichtherzigen Demagogen füllten die Zuchthäuser. Nur einer, der Artillerie-Leutnant Graf Fugger, wurde in Landau erschossen, dagegen aber mancher zum Tode verurteilt und zu langjähriger Kerkerhaft begnadigt, andere erhielten 16, 12, 8, 6 Jahre Zuchthaus, von denen sie einen guten Teil verbüssen mussten. Manche starben in demselben, andere kamen krank und gebrochen heraus, und sämtliche waren an ihrem Vermögen ruiniert. Mögen sich dies alle Soldaten für die Zukunft merken, damit sie, wenn wieder Verführer kommen, sie zum Eidbruch, zur Fahnenflucht zu verlocken, denselben die gebührende Antwort erteilen!

An diese übergetretenen Soldaten richtete der Landesausschuss am 11. Mai folgende Ansprache: „Soldaten! Brüder! Ihr habt durch Euern, für Aufrechterhaltung der deutschen Reichsverfassung geleisteten Eid gezeigt, dass es auch in den deutschen Heeren treue deutsche Männer gibt, welche über dem Dienste der Fürsten nicht vergessen, dass sie zum Volke gehören, aus dem sie hervorgegangen, und dass die Freiheit und Aufrechthaltung der Volksrechte Euch höher gilt als Fürstendienst. Ihr habt den Eid auf die Reichsverfassung geleistet und gehört zur Volkswehr der Pfalz. Alle Soldaten werden laut Beschluss des Landesausschusses vom 11. Mai als Unteroffiziere, alle Unteroffiziere als Offiziere mit täglichem Sold in die Reihen der Pfälzer Volkswehr eingeteilt und der Chef unseres Generalstabes, Bürger Fenneberg, mit Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Soldaten! haltet treu am Volke! für dessen Freiheit und heilige Rechte Ihr Euern Schwur geleistet. Eure Mitbürger, Kameraden und Führer werden treu zu Euch halten und mit Euch stehen, fallen oder siegen.“ Wir werden sehen, wie dies letztere Versprechen gehalten wurde.

Am selben 11. Mai wurden alle Wehrmänner, welche Artilleristen gewesen waren, aufgefordert, sich zur Bildung eines Artilleriekorps zu stellen. Dann gab man dem Oberkommandanten Fenner in der Person des polnischen Kapitäns Raquillier einen Kollegen, da das pfälzische Heer durch die herbeiströmenden deutschen Streiter rasch zu einer imponierenden Heeresmacht anwachse, wobei dem Bürger Fenner speziell die Leitung des Generalstabes, das Fortifikationswesen und die Ueberwachung der östlichen Heeresabteilung zugewiesen wurde.

Am 12. Mai fasste der Landesausschuss zu besserer Organisation der Volkswehr folgende Beschlüsse: „1. Die gesamte Wehrmannschaft der Pfalz ist in 3 Aufgebote eingeteilt: a) in die bewegliche oder Mobilgarde (1. Aufgebot);. b) in die bleibende Wehrmannschaft (2. Aufgebot), welcher zunächst die Verteidigung des eigenen Hauses und Herdes obliegt; c) in die Reserve (3. Aufgebot). 2. Jeder waffenfähige ledige Pfälzer bis zum 30. Jahre hat sofort in die bewegliche Wehrmannschaft einzutreten, sich zu bewaffnen, wenn auch vorläufig mit gerade gemachten Sensen, und sogleich zu exerzieren. 3. Jeder waffenfähige ledige Mann vom 30. bis 40. Jahre und jeder waffenfähige verheiratete Mann bis zum 30. Jahre hat in die bleibende Wehrmannschaft einzutreten, sich zu bewaffnen und zu exerzieren. 4. Jeder waffenfähige Mann vom 40. bis 60. Jahre hat in die Reserve einzutreten, sich ebenfalls zu bewaffnen und zu exerzieren. 5. Jeder Pfälzer, der in die drei Abteilungen gehört, ist persönlich verantwortlich für seinen Eintritt in die Wehrmannschaft. 6. Jeder waffenfähige Mann ist verbunden, auf die erste Aufforderung des Oberkommandanten der Pfälzer Volkswehr gerüstet zu erscheinen. 7) Jeder Bürgermeister ist persönlich verantwortlich für die Bekanntmachung und den Vollzug dieser Anordnung und den Vollzug jeder Anordnung und Aufforderung, welche von dem Landesausschusse an die Bürgermeister werden erlassen werden." Die Ausführung dieser Anordnung scheiterte an der Renitenz fast der gesamten Bevölkerung.

An demselben Tag erging ein Schreiben des Landesausschusses an den demokratischen Verein in Oppenheim mit der Bitte, sofort zu berichten, wenn etwa bayerische Truppen auf dem Marsche nach der Pfalz dorthin gelangen sollten. Am 12. Mai rückte auch das Mainzer Freikorps, geführt von Zitz und Bamberger, in der Stärke von 1500 Mann mit vier Böllern in Kirchheimbolanden ein. In Kaiserslautern entwickelte sich um diese Zeit ein buntes Leben und Treiben. Von allen Seiten kamen Leute an, oft in dem sonderbarsten Aufzuge, um sich der Pfalz zur Verfügung zu stellen. Auch Zinn gibt zu, dass unter ihnen viele catilinarische Existenzen und Freibeuter waren, welche im Trüben zu fischen gedachten. Da diese Menschen vielfach in den Waffen ungeübt und vollständig unbewaffnet waren, hatte man Mühe, dieselben unterzubringen und etwas Ordnung in dem Chaos zu schaffen. Vor allem fehlte es an Geld. Man fühlte, dass man mit einem Landesausschusse und mit den geringen diesem zu Gebote stehenden Machtmitteln nicht zum Ziele kommen werde. Man sah sich genötigt, die Regierung des Landes in die Hand zu nehmen, die Regierung des Königs zu beseitigen.

Deshalb erfolgte am 13. Mai ein Umschreiben an alle Kantonalausschüsse folgenden Inhaltes: „Die Gefahren steigen täglich. Die Pfalz wird von feindlichen Truppen umgeben. Die provisorische Zentralgewalt hat ihren Bevollmächtigten (gemeint ist Eisenstuck) abberufen. Wir haben eine Wahl durchs ganze Land ausgeschrieben, um den Willen des Volkes in dieser Stunde höchster Gefahr kennen zu lernen. Der König hat durch seine Minister wiederholt erklärt, dass er die Reichsverfassung nicht anerkennt. Es scheint zur Erhaltung der Sicherheit und Freiheit der Pfalz unabweisbar, eine provisorische Regierung zu bilden. Wir fordern unsere Mitbürger auf, schleunigst die ausgeschriebenen Wahlen vorzunehmen und die Gewählten auf den 17. Mai, morgens 9 Uhr, nach Kaiserslautern zu entsenden, um den Willen der Pfalz zu verkünden und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Wir erwarten, dass kein Pfälzer, kein Freund des Vaterlandes einen Augenblick zögern wird, einzustehen für die allgemeine Sache. Es lebe das freie, deutsche Vaterland!"



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Freischärler.

In der Nacht vom 13. auf 14. Mai flüchtete der Grossherzog von Baden, beschützt von einer kleinen Schar treuer Soldaten, auf einem Geschützwagen sitzend, in die Pfalz. Da man ihn in Germersheim nicht aufzunehmen wagte, ging er über Berg, von wo aus er nochmals ein warnendes Wort an sein Volk richtete, nach Lauterburg. Der pfälzische Landesausschuss machte dies sofort am 14. bekannt, indem er triumphierend mitteilte, in Baden sei eine provisorische Regierung eingesetzt, das Militär zum Volke übergegangen und die Festung Rastatt mit der Kriegskasse im Betrage

von $^1/_2$ Million Gulden in den Händen des Volkes. Dass durch diese Nachrichten die Hoffnungen der aufständischen Pfälzer von neuem angeregt und erhöht wurden, lässt sich denken. Am 14. Mai erfolgte ein Tagesbefehl aus dem Hauptquartier Kaiserslautern nachstehenden Inhalts: „Gegenüber der drohenden Stellung, welche die Feinde der Freiheit und Einheit unseres deutschen Vaterlandes einnehmen, thut Einigkeit, Ordnung und strenge Aufrechterhaltung des militärischen Gehorsams mehr als je not. Kameraden! Wenn Eure Begeisterung für die Freiheit und Euer Mut das ersetzen sollen, was Euch an soldatischer Gewandtheit und Uebung abgeht, so kann es nur dadurch geschehen, dass ihr den Befehlen Eurer Führer unbedingten Gehorsam leistet. Ihr seid darum keine Maschinen, kein Futter für Pulver, wie die Söldlinge der Fürsten, welche, gleichviel gegen wen und warum sie ihre Waffen gebrauchen, nur darum gehorchen, weil sie in sklavischer Zucht auferzogen, die Knute und die Eisen stets hinter sich sehen. Ihr habt Euch freiwillig gestellt, um Euer von dem Fürsten unterjochtes Vaterland zu befreien. Ihr seid Euch des hohen Zwecks Eures Kampfes bewusst! Ihr müsst diesen Zweck auch würdig zu erfüllen suchen. — Zur Aufrechterhaltung der Kriegszucht und militärischen Ordnung habe ich in Uebereinstimmung mit dem Landesausschusse folgende allgemeine Heeresordnung entworfen, die für die Zeit der Erhebung infolge Beschlusses Eures Landesausschusses gesetzliche Kraft und Wirksamkeit hat. § 1) Jeder Wehrmann ist seinem Vorgesetzten unbedingte Unterwerfung unter deren Anordnungen und Befehle schuldig § 2) Ueber jedes schwere Verbrechen, wie Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzten, Trunkenheit, Nachlässigkeit im Dienst vor dem Feind, wird von einem aus dem betreffenden Wehrkörper gebildeten Geschworenengericht erkannt. Den Angeklagten steht die Wahl eines Verteidigers, Verwerfung eines oder mehrerer Geschworenen bis zur Hälfte derselben zu. Die Zahl der Geschworenen besteht aus vierzehn Wehrmännern von verschiedenem Grade, wovon sieben zu Gericht sitzen. § 3) Vergehen, welche nicht in die Kategorie der rein militärischen, in § 2 erwähnten gehören, werden dem gewöhnlichen Gerichte zugewiesen; — über leichte militärische Vergehen erkennen die Kommandanten der betreffenden Wehrkörper. § 4) Die Geschworenengerichte erkennen über „Schuldig“ und „Nichtschuldig“ und sprechen die zu verfügende Strafe aus. § 5) Diese Strafen sind: Degradation, Ausstossung aus dem Wehrkörper. § 6) Stehen die Truppen vor dem Feinde, so tritt das Kriegsgericht in Wirksamkeit. § 7) Die Kommandanten aller Wehrkörper, sowie die Platz- und Postenkommandanten sind mit der strengen Aufrecht-

haltung dieser Gesetze beauftragt und für deren Durchführung persönlich verantwortlich. Unterzeichnet: Fenner v. Fenneberg und der Landesausschuss.

Das letzte Aktenstück des Landesausschusses zur Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung datiert vom 16. Mai und ist an die Soldaten des bayerischen Heeres gerichtet. Es lautet: „Viele von Euch haben sich der heiligen Sache der Freiheit und des Volkes, deren Banner in der Pfalz aufgepflanzt ist, angeschlossen. Sie verschmähen es, die Werkzeuge einer verräterischen Fürstenpolitik zu sein, sie wollen nicht die Waffe, die ihnen zum Schutze des Vaterlandes in die Hand gegeben ist, in das Blut der Bürger tauchen, sondern mit den Bürgern kämpfen für das höchste Gut Aller, für des Volkes Glück und Freiheit. Soldaten! Folgt dem edeln Beispiele Eurer Brüder! Ihr seid aus dem Volke hervorgegangen; tretet in das Volk zurück, das Euch liebend seine Arme entgegenstreckt. Jeder Soldat, welcher sich dem Volksheere anschliesst, erhält ausser Verpflegung täglich 9 Kreuzer und wird nach Befund seiner Tauglichkeit zum Unteroffizier mit täglich 15 Kreuzern, jeder Unteroffizier unter derselben Voraussetzung zum Leutnant mit täglich 30 Kreuzern, jeder Leutnant zum Hauptmann mit 1 Gulden befördert. Den Einstehern werden ihre Einstandskapitalien gewährleistet. Das Volk will nicht, dass seine tapfern Söhne durch den hochherzigen Entschluss, des Volkes Sache zu der ihrigen zu machen, irgend welchen Verlust erleiden. Möchten namentlich die Führer der bayerischen Armee die Zeit begreifen! Möchten sie die ernste Mahnung ihrer Mitbürger hören und den Dienst eines volksfeindlichen Despoten mit dem ehrenvollen Dienste der Freiheit vertauschen, wie es der Jägeroffizier Stöhr gethan hat, dessen schönes Beispiel hoffentlich nicht ohne Nachahmung bleibt! Der erhebende Aufschwung der Gemüter, welcher das ganze Volk ergriffen, der Hauch der Begeisterung, welcher das ganze Land durchweht, er wird, er kann unsere Brüder im Heere nicht unberührt lassen. Wir erwarten, dass Führer und Soldaten in diesem entscheidenden Augenblicke sich der Pflichten erinnern, welche sie dem Volke und dem Vaterlande schuldig sind.“

In der Schrift Fenners 1. Aufl. findet sich von S. 56—85 eine grössere Anzahl von Aktenstücken, welche uns einen Einblick in die Thätigkeit des pfälzischen Oberkommandanten thun lassen. Aus denselben geht dreierlei hervor. Erstens, dass Fenner gethan hat, was in seinen Kräften stand und was unter den obwaltenden Umständen möglich war. Zweitens, dass seine Befehle von seinen Untergebenen meistens nicht ausgeführt wurden und drittens, dass er überall dem

passiven Widerstande der pfälzischen Bevölkerung begegnete. Er hatte die richtige Ansicht, dass nur das Westrich mit einiger Aussicht auf Erfolg von Freischaren gegen reguläre Truppen zu verteidigen sei, er fand den Sitz des Landesausschusses von bewaffneter Macht entblösst, er zog deshalb Mannschaften zusammen, er liess das Alsenzthal, sowie das Lauterthal besetzen, das Annweiler Thal barrikadieren, die Zugänge aus Preussen nach Homburg zu durch Verhaue sperren. Es waren das lauter vernünftige Anordnungen, die nur entweder gar nicht, oder sehr mangelhaft ausgeführt wurden, wie das Christian Zinn, der Untergebene Fenners, in spöttischer Weise in seiner Schrift S. 32 berichtet, denn es herrschte ja bei dem pfälzischen Volksheere nicht die geringste Subordination. Jeder that, was er mochte, alles kommandierte, niemand gehorchte. Die verschiedenen Befehle von verschiedenen Seiten durchkreuzten sich, jeder Oberst oder Major führte seine Leute hin, wo es ihm gut dünkte. Als die Preussen in die Pfalz einrückten, konnten sie Kaiserslautern, den Sitz der Regierung ohne Flintenschuss wegnehmen. Es ist nicht möglich, alle Aktenstücke Fenners über die Stimmung der pfälzischen Bevölkerung abzudrucken, eines möge hier stehen, da es in vieler Hinsicht „tief blicken“ lässt. Es ist von Katzweiler 16. Mai 1849 und stammt ohne Zweifel — der Verfasser ist nicht genannt — aus der Feder des Schulgehilfen Heinrich Ludwig Hauber, welcher sich damals in Katzweiler befand. Es lautet: „An den Landesausschuss zu Kaiserslautern! Ich fühle mich gedrungen, Ihnen über die politischen Zustände der Bauern der westlichen Pfalz, meiner engern Heimat, folgende wahrheitsgetreue Schilderung zur Berücksichtigung anheimzugeben. Der noch sehr mangelhaften Intelligenz eines sehr grossen Teils des Westerrichs, welch trauriger Zustand durch pflichtvergessene Pfaffen und deren dienstbare Geister, verstandesarme Ortsvorstände, fort und fort genährt wird, ist es zuzuschreiben, warum unsere Bauern, statt sich den Bewegungen der Jetztzeit anzuschliessen, sich furchtsam und feige zurückziehen und den an sie gestellten Aufforderungen der sofortigen Vornahme von Waffenübungen u. s. w. in keiner Weise Folge geben. Diese Leute durch Vernunftgründe auf den rechten Weg bringen zu wollen, heisst soviel als tauben Ohren zu predigen. Die angeborene und systematisch eingepfropfte Feigheit und Furcht müssen aber in freudige Begeisterung umgewandelt und die Bauern dahin gebracht werden, dem rollenden Rade der Zeit durch ihre Kraft, deren sie sich aber erst selbst bewusst werden müssen, neuen Schwung geben zu helfen. Dieser Zustand kann aber nach meiner innigsten Ueberzeugung nur dadurch herbeigeführt werden, dass in

jedes Dorf des Westerrichs einige waffentüchtige Soldaten verlegt und dieselben mit Vornahme der Waffenübungen und sogleich damit beauftragt werden, die Disziplin mit Kraft und Nachdruck zu handhaben. Schenken Sie, meine Herren, meinem Vorschlage Ihre Aufmerksamkeit. Wenn Sie denselben durchführen, so kommt Begeisterung in die feigen Bauernherzen und ein für die Freiheit begeistertes Herz ist pfäffisch-reaktionären Einflüsterungen, die im Westerrich an der Tagesordnung sind, verschlossen. Schliesslich mache ich Sie noch auf das Treiben des Jesuitenpfäffleins Böhmer (gemeint ist der bekannte pfälzische Dichter Christian Böhmer) in Steinwenden aufmerksam, der, um die Bauern für seine Pfaffenzwecke zu gewinnen, die allerschwärzesten Verdächtigungen und Lügen bezüglich der jetzigen Bewegungen nicht ohne Erfolg ausstreut. Es wird Ihnen nicht an Mitteln fehlen, diese schwarze Bestie unschädlich zu machen, Gruss und Bruderliebe.“ — Fenner S. 52.

Das offizielle Organ des Landesausschusses war der Kaiserslauterer „Bote für Stadt und Land“, in welchem nun der Bevölkerung die Notwendigkeit einer provisorischen Regierung nahe gelegt wurde. Am 14. und 15. Mai erschienen mehrere heftige Artikel, welche die Lostrennung der Pfalz von Bayern verlangten. In einem derselben heisst es: „Die Wogen gehen immer höher. Der Sturm naht mehr und mehr. Herr Max Wittelsbach hat bis jetzt noch nichts gethan, um das gerechte Verlangen der Pfalz zu erfüllen. Die Pfalz hat bis jetzt auch blos die Zähne gewiesen. Wohlan denn! Beisst den Faden durch, der uns mit dem Herrn Max Wittelsbach noch zusammenhält, beisst ihn durch!“ In einem folgenden Artikel wird gesagt: „Der Landesausschuss kann nicht länger wie ein verstossener Sohn neben einer privilegierten bayerischen Regierung herumschleichen und im Angesicht der Hingebung und des Vertrauens eines ganzen begeisterten Volkes verkümmern.“ Ein Artikel vom 15. Mai besagt: „Die Trennung der Pfalz von Bayern ist noch nicht proklamiert, aber sie muss es werden. Der König ist von der Pfalz als Rebell erklärt, aber dadurch, dass die Vertreter der Pfalz seinem Rufe zum bayerischen Landtage folgen, erklären sie, dass er noch das gesetzmässige Oberhaupt der Pfalz sei. Der überwiegend grösste Teil der Pfälzer aber — davon sind wir überzeugt — erkennt keine Vertreter beim bayerischen Landtage mehr an. Bis 17. werden sich hier die Vertreter der Pfalz versammeln und sie werden dem Rebellen in München sagen, wie viel die Uhr geschlagen; sie müssen, der Konsequenz und der Ehre halber, die Trennung der Pfalz von Bayern proklamieren.“ — In der Nummer 97 vom 16. Mai heisst es: „Morgen ist der grosse Tag, der das Schicksal des

schönsten Landes am Rhein, das Schicksal der Rheinpfalz entscheidet. Morgen kommen unsere gewählten Vertreter zusammen, morgen ernennen sie die provisorische Regierung." Der Artikel schliesst: „Vertreter der Pfalz! Das Volk, so stark in Waffen, so gross an Mut, es schaut doch erwartungsbebend morgen auf Euch, wo Ihr die Kraft besitzen werdet, Euch zu befreien und uns! Vertreter der Pfalz! Sprecht es aus das grosse Wort, das unsere Waffen stählen, das unserer Faust die tausendfache Stärke geben wird. Sprecht es aus das kühne Wort: Wir haben keinen Teil mehr an dem Hause Wittelsbach. Wir sagen uns los von den eigensüchtigen Bayern, und im Bunde mit den freiheitsstolzen Brüdern von Baden wollen wir unsere eigenen Herren sein. Sprecht es aus mit einem mutigen Worte: „Die Pfalz ist von heute an reichsunmittelbar."

Während man in solcher Weise die von den Kantonalausschüssen gewählten Vertreter der Pfalz bearbeitete, hatte die grosse Geldnot den Landesausschuss bestimmt, 103 reiche pfälzische Bürger auf 16. Mai nach Kaiserslautern zusammenzurufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie das zur Revolution nötige Geld beschafft werden könne. Die Verhandlung gestaltete sich sehr unerquicklich, da bei den allermeisten eine eigentliche Begeisterung für die Bewegung nicht vorhanden war, auf der andern Seite aber auch Keiner die Forderung des Landesausschusses rundweg abzulehnen wagte. Stand doch unten auf der Strasse Fenner v. Fenneberg, der wusste, wie bei solchen Gelegenheiten die rechte Opferwilligkeit hervorgebracht wird, mit seiner Volkswehr und verübte einen gräulichen Lärm mit Trommeln u. s. w., ja er schien nicht übel Lust zu haben, in den Saal einzudringen und mit Bewaffneten die freiwillige Zeichnung der Beiträge zu kontrollieren. In dem offiziellen Protokoll, das von W. Sauerbeck, Braun, Pletsch unterzeichnet ist, wird hiervon natürlich nichts erwähnt. Nicolaus Schmitt eröffnete die Versammlung, indem er versicherte, der Landesausschuss wolle in keiner Weise auf die Zusammengerufenen einen Zwang ausüben. Notar Reichard schlug dann vor, freiwillige Beiträge zu zeichnen, und stellte, da man in dieser Beziehung einen Massstab haben müsse, der Versammlung anheim, ob man als solchen die Gesamt- oder die Einkommensteuer wählen wolle. Gutsbesitzer Jordan von Deidesheim verlangte dann die Beantwortung folgender Fragen: 1) Was gedenkt der Ausschuss zu thun, wenn die bayerische Regierung die Reichsverfassung anerkennt? 2) Beabsichtigt der Ausschuss eine provisorische Regierung zu bilden? Dr. Greiner erklärte, die Anerkennung der Reichsverfassung von Seite Bayerns sei eine Unmöglichkeit, möglich

sei es dagegen, dass in Kurzem eine provisorische Regierung gebildet werden müsse. Richter Lang forderte, dass man abwarten müsse, was die pfälzischen Deputierten in München ausrichteten, von ihnen solle man erst Nachrichten einholen, ehe man weitere Schritte thue. N. Schmitt begründete die Notwendigkeit der Errichtung einer provisorischen Regierung, wonach Richter Lang den Antrag stellte, die Versammlung wolle beschliessen, dass freiwillige Beiträge von den Bürgern der Pfalz erhoben würden. Darauf wurden folgende Fragen gestellt: 1) Will die Versammlung, dass die Gesamtsteuer als Massstab der Erhebung der freiwilligen Beiträge angenommen werde? Diese Frage wurde einstimmig bejaht. 2) Will die Versammlung, dass diejenigen, welche unter drei Gulden Steuern bezahlen, nicht angegangen werden wegen Entrichtung freiwilliger Beiträge? Eine grosse Mehrheit bejahte diese Frage. 3) Wie viele Prozente der gewöhnlichen Steuer sollen erhoben werden? Die Versammlung beschloss mit grosser Mehrheit, dass innerhalb 3 Tagen 25 Prozent und sodann, wenn der Ausschuss es für nötig erachten sollte, weitere 25 Prozent innerhalb 8 Tagen erhoben werden sollen, und zwar durch die bestehenden Kantonalverteidigungsausschüsse. Es wurde schon erwähnt, dass diese 103 Personen durchaus keine Qualität besassen, über die Geldbeutel ihrer Mitbürger in solcher Weise zu verfügen. Es wird gewiss allgemein interessieren, die reichen Leute der Pfalz vom Jahre 1849 kennen zu lernen, weshalb ich ihre Namen folgen lasse, und zugleich die gezeichneten Beiträge in Gulden. Die erste Zahl bedeutet die 25 Prozent Steuer, die zweite den freiwilligen Beitrag: Denis in Speyer 100,800, Daniel Ritter Sembach 100,300, Gebrüder Krämer St. Ingbert 500,1000, C. Ritter Frankenstein 100,300, W. Köster Annweiler 80,520, L. Daqué und Söhne Neustadt 150,500, Fitting Grosskarlbach 20,20, Isaak Mayer Edenkoben 25,100, J. J. Gossler Frankeneck 25,50, F. Gossler Frankeneck 40,40, Richter Lang Frankenthal 25,75, Th. Ritter Kirchheimbolanden 50,50, G. Camuzzi Dirmstein 100,50, Notar Röbel Rockenhausen 7,20, Notar Krieger Winnweiler 26,76, Brunck Winterborn 75,100, Josef Benzino Landstuhl 100,300, Joh. Benzino Landstuhl 50,100, Jos. Benzino III. Landstuhl 25,100, G. Löw Landstuhl 100,200, W. Catoir Grosskarlbach 25,25, J. H. Baumann Hochspeyer 20,100, Orth Präsident Frankenthal 40,80, Schönlaub Winnweiler 10,20, Dr. Krätzer Mussbach 110,600, Lilier Zweibrücken ? 800, Familie Abresch Neustadt 400,1000, J. Exter Neustadt 18,20, J. F. Haid Speyer 50,50, W. Sauerbeck Dürkheim 40,200, F. Lichtenberger Speyer 50,50, Keller Edenkoben 30,70, Hoscher Witwe Speyer 100,200, Fr. Heppenheimer Speyer 30,50, P. Eberle Speyer 37,100, C. Benzino Wolfstein 14,80,

J. B. Tillmann Frankenthal 15,80, O. Hilgard St. Johann 15,100, S. Pfeifer Ungstein 25,—, Wagner Dirmstein 20,30, A. Köster Friedelsheim 20,40, F. Düpré Frankenthal 30,50, D. G. Zumstein Dürkheim 50,100, H. Fassbender Herxheim 15,20, M. Riel Frankenthal 36,70, J. V. Reudelhuber Lambsheim 25,50, J. B. Müller Frankenthal 55,80, P. Hafen Frankenstein 10,50, Michel Frankenthal 40,50, F. Görg Kaiserslautern 80,100, W. Ritter Hochspeyer 40,50, A. Pletsch Kaiserslautern 70,100, A. Fitz Dürkheim 40,120, Notar Schmidt Kirchheim 38,50, H. Crusius Kaiserslautern 23,30, Dr. Hepp Neustadt 50,100, Witwe Machol? 25,100, Dr. Dreyfuss? 24,50, Joseph Charry Gerolsheim 25,30, Brubacher Kerzenheim 18,12, Becker Bolanden 38,50, Martin Standenbühl 25,10, H. Grill Rockenhausen 20,25, H. Gümbel Dannenfels 25,10, C. Schmidt Dannenfels 15,15, J. Unker Bissersheim 15,10, G. Eichelberger (wohl Münchweiler?) 75.75, Hoster Dielkirchen 10,25, für die Gemeinde 200, A. Janson Dirmstein 25,30, W. Rehr Laumersheim 25,20, L. Goldmann Münchweiler 25,10, H. Cuny Ungstein 8,15, M. Fürst Witwe Speyer 50,100, Dr. Herberger Dürkheim 10,25, Braun Anwalt Frankenthal 26,40, Ch. J. Retzer Freinsheim 50,300, F. Wernz Erpolzheim 40,100, Ph. Wernz Dürkheim 52,200, J. Catoir Dürkheim 22,50, Dr. Benz Heidesheim 50,150, Kern Neustadt 20,50, D. Würz Enkenbach 30,20, J. J. Reverdy Frankenthal 50,50, C. F. Foltz Frankenthal 50,50, J. Dupré Richter Frankenthal 25,50, C. von Gienanth Hochstein 1000,500, Tillmann Edesheim 50,100, Lederle Edesheim 60,100, Ph. J. Völker Edenkoben 30,100, Bilabel Edesheim 50,100, Kämmerer Edesheim 30,25, J. Schiffer Albsheim 25,—, A. Wittmer Albisheim 25,—, für die Gemeinde 50, M. Bloch von Edenkoben 25,75, C. Reihold von Edenkoben 15,25, Ph. Arnold Edenkoben 25,100, C. Bloch Edenkoben 15,25, Isaac Wolf Edenkoben 15,25, Ph. Doll sen. Edenkoben 25,25, Ph. Doll jun. Edenkoben 10,25, E. Sommer Edenkoben 15,25, Fr. A. Grohe Edenkoben 15,25, L. Schimper Edenkoben 15,45. An Steuern wurden 4879, an freiwilligen Geldern 12738 Gulden gezeichnet, eine Summe, mit der man allerdings keine Revolution machen kann.

Am Abend des 16. Mai fand in der Fruchthalle eine grosse Volksversammlung statt, in welcher Nikolaus Schmitt, Fries, Zinn und eine Anzahl sächsischer, preussischer und hessischer Flüchtlinge sprachen, welch letztere eine Erhebung in Rheinpreussen, Hessen, Nassau und Württemberg in sichere Aussicht stellten. Die Versammlung beschloss, die am folgenden Tage eintreffenden Vertrauensmänner ersuchen zu lassen, eine provisorische Regierung einzusetzen. Am 17. Mai traten die Vertreter der pfälzischen Kantone im Fruchthallsaale zusammen, in dem sich viele Bewaffnete befanden, welche

ihren Beifall oder ihr Missfallen bei den verschiedenen Reden laut zu erkennen gaben. Von den 31 Kantonen waren 29 vertreten, in Neustadt und Mutterstadt hatte man die Wahlen noch nicht beendet. Den Kanton Kusel vertrat Bürgermeister Jakob Munzinger von Quirnbach, Blieskastel Gutsbesitzer König von da, Lauterecken J. C. Müller von da, Winnweiler Gutsbesitzer Ritter von Sembach, Landau Tabakfabrikant Walther von Godramstein, Frankenthal Gutsbesitzer Reudelhuber von Lambsheim, Annweiler Student Bolza von da, Edenkoben Gutsbesitzer Tillmann aus Edesheim, Speyer Dr. Walz, Apotheker von da, Dürkheim Studienlehrer Sahner von da, Kaiserslautern Gastwirt Gelbert von da, Grünstadt Gutsbesitzer Becker von da, Otterberg Gutsbesitzer Aufschnaiter von da, Neuhornbach G. Maurer von da, Dahn Gerichtsschreiber Lebachelle von da, Pirmasens Notar Diehl von da, Rockenhausen Kaufmann Hoster von Dielkirchen, Homburg J. Schmolze von da, Zweibrücken Benz, Rechtskandidat von da, Waldfischbach Notar Ansmann von da, Obermoschel Gutsbesitzer Brunck von Winterborn, Landstuhl Rentner Lörr von da, Wolfstein Friedensrichter Benzino von da, Kirchheimbolanden Kantonsarzt Hitzfeld von da, Göllheim Papierfabrikant Friedrich von Eisenberg, Germersheim Gutsbesitzer Schmitt in Bellheim, Waldmohr K. Kötz von Limbach, Bergzabern Phil. Bruch von da, Langenkandel Brunner von da. Nikolaus Schmitt berichtete zuerst über die bisherige Thätigkeit des Landesausschusses, dann bestieg der Abgeordnete des badischen Landesausschusses die Rednerbühne, um der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten. Hierauf begründet Greiner den Antrag des Landesausschusses: „Die pfälzische Volksvertretung wolle eine provisorische Regierung für die Pfalz beschliessen.“ Als Gründe wurden von ihm und H. Schmitt geltend gemacht, man brauche Geld, und ohne Macht werde man keines bekommen, ferner wolle das Volk wissen, wer Herr im Lande sei, ob die Regierung in Speyer oder diejenige in Kaiserslautern. Apotheker Walz von Speyer stellte den Gegenantrag: „Die Versammlung wolle beschliessen, heute noch eine Estaffette an unsere Abgeordneten in München zu senden und erst alsdann, wenn binnen dreimal 24 Stunden gar keine oder keine genügende Antwort erfolgt sein werde, zur Einsetzung einer provisorischen Regierung zu schreiten. Mittlerweile aber solle die Volksvertretung in Permanenz bleiben und den Landesausschuss in seinen Bestrebungen kräftigst unterstützen.“ An der folgenden Debatte beteiligten sich N. Schmitt, Maurer, Walz, Bruch, Diehl, Reichard, Greiner, Benz, Fries und Schmitt von Bellheim. Bei der Abstimmung wurde die Einsetzung einer provisorischen Regierung mit 15 gegen

13 Stimmen beschlossen und die Zahl ihrer Mitglieder auf 5 festgesetzt. Für den Antrag des Ausschusses stimmten Munzinger, König, Müller, Walther, Gelbert, Maurer, Lebachelle, Diehl, Hoster, Schmolze, Benz, Friedrich, Schmitt von Bellheim, Kötz und Bruch. — In der Nachmittagssitzung gaben die 13 Mitglieder der Minorität folgende Erklärung su Protokoll: „Dass sie mit der Einsetzung einer provisorischen Regierung für die Pfalz, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und der Erhebung zu Gunsten der Reichsverfassung eine energische, einheitliche Leitung zu geben, grundsätzlich einverstanden seien. Dass sie aber von der Ansicht ausgegangen, dass dem Lande kein Nachteil zugehe, wenn der Landesausschuss umgeben von einer permanenten Volksvertretung in seiner seitherigen Stellung insolange verbleibe, bis eine letzte Erklärung über Annahme oder Ablehnung der deutschen Reichsverfassung von der bayerischen Krone eingetroffen sein werde. Dass sie jedoch jetzt, nachdem die Mehrheit der Volksvertreter die sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung dekretiert hat, letztere mit voller Hingebung unterstützen werden und dass sie gegen die zu wählenden Mitglieder der provisorischen Regierung die Hoffnung aussprachen, dass dieselben von der ihnen verliehenen Machtvollkommenheit denjenigen Gebrauch machen werden, welcher zum Wohle der Pfalz, zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und zur Rettung des schwer bedrohten deutschen Vaterlandes notwendig sein wird. Hitzfeld, Brunner, Reudelhuber, Löw, Benzino, Becker, Bolza, Aufschnaiter, Ritter, Brunck, Sahner, Walz, Tillmann." Bei 28 Abstimmenden wurden nun zu Mitgliedern der provisorischen Regierung gewählt Reichard mit 28, Culmann 23, Schüler 21, Hepp 21 und Kolb mit 19 Stimmen. Da Culmann, Schüler und Kolb abwesend waren, wurden als Ersatzmänner gewählt Greiner mit 28, Fries mit 28 und N. Schmitt mit 23 Stimmen. Da die drei Abwesenden überhaupt in die provisorische Regierung nicht eintraten, kamen die Ersatzmänner definitiv an ihre Stelle. Die Einsetzung der neuen Behörde wurde abends von Notar Reichard unter Glockengeläute und Böllerschüssen dem versammelten Volke vor der Fruchthalle mitgeteilt. Die Stimmung war keine freudige. Manche schüttelten bedenklich den Kopf über die kleine Mehrheit, welche die provisorische Regierung erhalten hatte.

Am 18. Mai erschien nun folgende „Proklamation": Mitbürger! Im Vertrauen auf ihr gutes Recht hat die ganze Bevölkerung der Rheinpfalz sich erhoben, um der Widerspenstigkeit der deutschen Fürsten gegen die durch die Vertreter des deutschen Volkes endgültig beschlossene deutsche Reichsverfassung thatkräftig entgegen zu

treten. Die Rheinpfalz kann mit Stolz sagen, dass sie für diesen Schutz des unveräusserlichen Rechts der Volkssuveränität zuerst bewaffnet in die Schranken getreten ist — eine Erhebung, welcher sich das benachbarte badische Volk mutig angeschlossen hat. Der Widerspruch des Königs von Bayern gegen den gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen war durch kein Mittel zu brechen, die Autorität aller Behörden in der Pfalz dadurch vollständig gelähmt. Der infolge der Volksversammlung zu Kaiserslautern am 2. Mai d. J. erwählte Landesverteidigungsausschuss blieb die einzige Behörde, welche im Stande war, der drohenden Anarchie für eine Zeitlang Schranken zu setzen. Die Notwendigkeit, die Zügel der Regierung in eine starke Hand zu legen, um einesteils den Bestrebungen des nach Freiheit ringenden Volkes Nachdruck und Einheit zu geben, anderenteils die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, gestaltete sich von Tag zu Tag als ein dringenderes Bedürfnis. Der Landesverteidigungsausschuss würde den ihm gewordenen Auftrag überschritten haben, wenn er selbst die Handhabung der Regierung übernommen hätte. Er hielt es aber für seine Pflicht, die Ernennung einer provisorischen Regierung für die Pfalz einstimmig bei der am 17. Mai zu Kaiserslautern versammelten pfälzischen Volksvertretung zu beantragen. Auch diese erkannte einstimmig die Notwendigkeit der Einsetzung einer provisorischen Regierung zur energischen einheitlichen Leitung der Bewegung und zur Aufrechterhaltung der Ordnung an; und selbst diejenigen Mitglieder, welche den jetzigen Zeitpunkt dazu noch nicht für geeignet hielten, schlossen sich der Mehrheit in der Erklärung an, die provisorische Regierung mit voller Hingebung zu unterstützen. Die Pfälzische Volksvertretung beauftragte mit diesem schwierigen Amte die Bürger Reichard, Culmann, Schüler, Hepp und Kolb, und bestimmte für die 3 Abwesenden Culmann, Schüler und Kolb den Eintritt der Bürger Greiner, Fries und Nikolaus Schmitt als Ersatzmänner. Der Jubel des bewaffneten und und unbewaffneten Volkes begleitete die Verkündigung der provisorischen Regierung durch den Präsidenten der pfälzischen Volksvertreter. „Mitbürger! Indem wir dem hohen Rufe, welcher an uns ergangen, folgen, vertrauen wir auf Eure Begeisterung, auf Eure Hingebung für die Freiheit. Vereint mit Euch werden wir stehen und, wie wir die feste Ueberzeugung hegen, siegen in dem grossen Kampfe für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, indem wir unsern Brüdern im Baden und überall im deutschen Vaterlande, wo sie sich immer zu gleichem Zwecke erheben mögen, freudig die Hand bieten. Wir werden bemüht sein, die Ordnung kräftig aufrecht zu erhalten und rechnen dabei auf Eure Unterstützung. Die be-

stehenden Behörden bestätigen wir hiermit in ihren Aemtern, bauend auf ihre Ergebenheit für das Vaterland und für die grosse Sache, zu deren Durchführung auch sie mitberufen sind. Die Zeit der Gefahr wird sie um so aufmerksamer und um so gewissenhafter in Erfüllung ihrer Pflicht machen. Ihre Amtshandlungen werden von heute an im Namen des pfälzischen Volkes ausgeübt. Diejenigen Verfügungen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Sicherstellung der Personen und des Eigentums und zur weiteren Durchführung der Voksbewaffnung notwendig sind, werden wir in kürzester Frist erlassen. Alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurteilten sind amnestiert und alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen. Bürger! Die absolute Fürstengewalt hat zur Aufrechthaltung der Gesetze ihrer Polizei und ihrer Soldaten bedurft. Eure Liebe zum Vaterlande, Euer Freiheitsgefühl ist eine bessere, eine mächtigere Triebfeder, Euch den für das Wohl des Vaterlandes nötigen Bestimmungen unterzuordnen, als der blinde Gehorsam, welchen Eure frühern Machthaber von Euch gefordert haben. Pfälzer! Das Vaterland ruft: Wir alle werden nicht zurückbleiben. — Die provisorische Regierung, Reichard, Hepp, Greiner, Fries, N. Schmitt."

Die neue Regierung liess sofort ein Amtsblatt erscheinen. In Nummer 1 desselben wird der Vertrag veröffentlicht zwischen dem Landesausschusse in Baden und der provisorischen Regierung der Rheinpfalz. „Es wird folgender Vertrag abgeschlossen: 1) In militärischer Beziehung bilden Baden und die Rheinpfalz ein Land. 2) Das badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und die Rheinpfalz verbinden, wird sogleich abgeschafft, die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. Karlsruhe, 16. Mai 1849. Der Landesausschuss Junghans, Struve, Damm, Starck, Steinmetz. Cordel, Degen. — Genehmigt. Kaiserslautern, 18. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz."

Die kgl. Regierung in Speyer that bei alledem, als ob sie gar nicht da wäre. Remling sagt in seinem Buche „Nikolaus v. Weis, Speyer 1871, II. Teil, 66: „Die Unschlüssigen hatten weder an der königlichen Regierung noch an den Gerichten stützenden Halt und Ermunterung". Diese ohnmächtige Behörde trat denn auch ohne Sang und Klang vom Schauplatze ab. Ohne den geringsten Wider-

stand machte sie der neuen Regierung Platz. Zwei Mitglieder derselben, Reichard und Fries, waren schon am 18. Mai nach Speyer gefahren, die anderen folgten am 19. nach. Der Regierungspräsident erhielt am 19. Mai ein Schreiben folgenden Inhalts: Die provisorische Regierung der Pfalz hat Speyer zu ihrem Sitze bestimmt. Sie sind ersucht, sämtliche Beamten der Kreisregierung auf heute Nachmittag 5 Uhr im Regierungsgebäude zu versammeln, woselbst wir denselben den Eid auf die deutsche Reichsverfassung abnehmen werden. Die provisorische Regierung der Pfalz." — Vorher hatte sich dieselbe folgendermassen von den „Bürgern von Kaiserslautern" verabschiedet: „Indem wir es zur zweckmässigen Einrichtung der uns obliegenden Regierungsgeschäfte für dringend notwendig halten, uns an den Sitz der früheren Regierung nach Speyer zu begeben, fühlen wir uns verpflichtet, Euch Bürgern von Kaiserslautern unseren wärmsten Dank auszusprechen für die thatkräftige Mitwirkung, die Ihr dem Landesverteidigungsausschusse während seiner Wirksamkeit in Eurer Stadt zu teil werden liesset, und für die freudige und begeisterte Teilnahme, die Ihr uns gestern bei unserer Ernennung zur provisorischen Regierung kund gegeben habt. Als ächte Pfälzer, wackere Söhne des deutschen Vaterlandes, habt Ihr mit bewunderungswürdiger Hingebung der Sache der Freiheit und dem deutschen Vaterlande die ersten Opfer gebracht. Im Namen des Pfälzischen Volkes sagen wir Euch Dank dafür. Wenn wir den Sieg errungen haben, wenn unser Vaterland frei sein wird, dann könnt Ihr mit stolzem Bewusstsein von Euch sagen, wir waren unter den ersten, die sich dafür erhoben. Kaiserslautern, 18. Mai. Die provisorische Regierung." Hätte man geahnt, wie bald man sich wiedersehen werde, wäre der Abschied vielleicht etwas weniger rührend ausgefallen. Unter Glockengeläute und mit grossem Pomp zog die provisorische Regierung in Speyer ein. Als sich ihre Mitglieder gegen halb sechs in das Regierungsgebäude verfügten, liess ihnen Regierungspräsident Alwens sagen, er sei in wichtigen Geschäften nach Germersheim gefahren. Die übrigen kgl. Beamten erklärten, weder den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten, noch sich von der provisorischen Regierung in Pflicht nehmen zu lassen. Die beabsichtigte Mitnahme der Regierungsakten nach Germersheim wurde verhindert. Da man aber von dieser Festung her einen Ueberfall befürchtete, wartete die provisorische Regierung nicht einmal die auf den Abend bestellte Serenade ab, sondern begab sich sofort mit Fenner von Fenneberg nach Neustadt, wo man der Uebergabe der Festung Landau entgegensah.

In Landau wurde die Lage durch das unglaubliche Verhalten

des Festungskommandanten v. Jeetze geradezu kritisch. Die Offiziere mussten diesen General am 15. Mai in einer Vorstellung auf die bedenkliche Stimmung der Besatzung aufmerksam machen, er selbst scheint nichts davon gemerkt zu haben. Ein energischer Kommandant hätte bei Zeiten den Belagerungszustand verkündigt, die Thore geschlossen, die Soldaten von der Bürgerschaft getrennt, was in Landau leicht möglich war, im Notfall einen oder den andern kriegsrechtlich erschiessen lassen, die Besatzung zu Ausfällen in die Umgebung geführt, um mit den Freischaren ins Handgemenge zu kommen. So wäre bald ein anderer Geist bei den Truppen eingekehrt und kein Mann mehr davongelaufen. General v. Jeetze dagegen erliess am 18. Mai einen Tagesbefehl, worin er die Soldaten zur Ordnung, Treue, Ehre und Gehorsam ermahnte, der also schloss: „Wer seinem Eide nicht treu bleiben, wer nicht seine Ehre in die Verteidigung desselben setzen will, der möge unsere Reihen sogleich verlassen, die braven Kameraden werden sich um so leichter und dichter aneinander anschliessen.“ Was hierauf geschah, lässt sich denken. Während vorher die Soldaten vereinzelt durch die offenen Thore davongelaufen waren, gingen sie nun in hellen Haufen auf und davon. Damit nicht genug: Es war zwar angeordnet, sie hätten ihre Waffen beim Weggange abzugeben, aber dieser Anordnung wurde nicht ausgeführt. Die Deserteure nahmen ausser Sack und Pack, Gewehre und Munition, ein Tambour sogar seine Trommel mit, und zogen so haufenweise in Neustadt ein. Mich wundert nur zweierlei: Einmal, dass man diesen Kommandanten nicht in erster Linie auf die Anklagebank geschickt hat, dann, dass den Soldaten, welche die Aufforderung des Generals als Erlaubnis zum Weggange ansahen, bei solcher Sachlage nicht mildernde Umstände zugebilligt wurden. In der Festung blieben noch etwa 800 Mann, die Offiziere mitgerechnet, die nun auch Wachedienst u. s. w. versehen mussten, zurück. Dieselbe hätte sich bei ihrer Ausdehnung gegen den Angriff einer starken Truppe mit schwerem Geschütz, was Baden zur Verfügung stand, kaum einige Tage halten können.

Der provisorischen Regierung muss nun — ganz aufgeklärt ist die Sache noch nicht — durch Spione oder Anhänger in der Festung die Nachricht zugegangen sein, wenn die Freischaren kühn auf die Thore losrückten, würde die Besatzung dieselben öffnen und sich widerstandslos ergeben. Anders lässt sich das tollkühne Unternehmen des Obersten Blenker in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai nicht erklären, ein Unternehmen, von dem man merkwürdiger Weise dem Oberkommandanten der pfälzischen Volkswehr, Fenner v. Fenneberg, kein Wort mitteilte. Blenker hatte bei Neustadt 3000 Mann ge-

sammelt, von denen ein Drittel mit Sensen und Mistgabeln bewaffnet war. Ausserdem führte er 3 dreipfündige Kanonen mit einer sechspfündigen Kanonenkugel mit sich. Man zog über Nussdorf und marschierte direkt auf die Festung los. An dem ersten Barrierethor stand eine Wache von Offizieren, die sich sofort hinter die Wälle zurückzog. Man hieb das Palissadenthor ein und rückte bis zum Ravelingraben vor. Allein die Zugbrücke war und blieb aufgezogen, auf dem Walle standen Soldaten bei den Geschützen. Die Freischaren schwenkten die Hüte und riefen den Soldaten zu: „Brüder, schiesst nicht!" Die Antwort war, dass sie doch schossen und zwar zuerst mit Flinten, dann mit Kartätschen, die den Eindringlingen über die Köpfe sausten. Nach Zinn S. 50, der dabei war, lief nun alles in wilder Flucht davon, viele verkrochen sich in die Saatfelder, nur 5 bis 6 Mann trugen leichte Verletzungen davon. Als die Fliehenden in Neustadt angekommen waren, wurde Fenner, der von dem ganzen Unternehmen keine Silbe wusste, von seinem Untergebenen Zinn persönlich heftig angegriffen und bald darauf sogar auf Befehl der provisorischen Regierung verhaftet. Er legte nun sofort den Oberbefehl nieder, diente noch kurze Zeit als Freiwilliger weiter, verliess aber dann die Pfalz, nachdem er sich von der vollständigen Hoffnungslosigkeit des Aufstandes überzeugt hatte. Da dieser verunglückte „Sturm" auf Landau allenthalben, namentlich unter den Beteiligten, Kopfschütteln und Entrüstung hervorrief, erging am 20. Mai von Neustadt aus folgende Erklärung: An unsere Mitbürger! Viele Gerüchte kreuzen sich über das heute vor Landau vorgefallene Ereignis, zur Beruhigung unserer Mitbürger und zur Widerlegung aller Unrichtigkeiten oder Entstellungen geben wir den Sachverhalt, wie er uns von glaubwürdigen Zeugen übereinstimmend vorgetragen wurde. Die militärische Sicherstellung machte eine Rekognoszierung der Garnisons- und Festungsverhältnisse von Landau notwendig. Diese ward dem Oberkommandanten zu Ludwigshafen, Blenker, aufgetragen. Er zog eine, wenn gleich kleine, doch hinlängliche Anzahl regulärer Truppen in verflossener Nacht an verschiedenen Punkten der Umgegend Landaus zusammen. Kleine Abteilungen bewaffneter und nicht bewaffneter Zuzügler hatten sich ohne unsere Berufung eingefunden. Heute morgen gegen 5 Uhr trat Oberst Blenker an der Spitze einiger Züge regulären Militärs in das äussere Palissadenthor der Festung ein, in der Absicht, mit unsern Brüdern in der Festung zu fraternisieren. Einen Eroberungsplan wird man einer Masse von kaum 40 Mann um so weniger unterstellen, als die Festung weder zerniert, noch von einer andern Seite angegriffen war, noch auch von den wenigen in das Palissaden-

thor Eingetretenen auch nur ein einziger Schuss gefallen oder irgend ein Angriff geschehen ist. Ihre Begrüssung wurde sogleich mit einem lebhaften Musketenfeuer erwidert. Ein Wunder, dass wir kein grösseres Blutvergiessen zu beklagen haben; wir haben die genauesten Nachforschungen angestellt, ohne über mehr als 3 Verwundete Gewissheit zu erhalten. Von Toten ist uns, aller Nachforschungen ungeachtet, bis zur Stunde nichts bekannt. Auch richtete sich das schwere Geschütz und ein anhaltendes Kartätschenfeuer gegen die auf der Anhöhe postierte Rekognoszierungsmannschaft und die zahlreichen aus Neugier zusammengetretenen Zuschauer. Wir sind auch von dessen Wirkung beinahe gänzlich verschont geblieben; es ist uns ausser einem Prellschusse, den Oberst Blenker innerhalb des Palissadenthores erhielt, nur eine einzige nicht tötliche Verwundung bis jetzt bekannt geworden. Die aufgebotenen Truppen zogen sich in grösster Ordnung und mit aller Kaltblütigkeit und Ruhe aus dem mörderischen Feuer zurück. Wir haben gehört, dass nicht die Soldaten, sondern die Offiziere Geschütz- und Musketenfeuer unterhalten haben sollen. Nachdem der Rückzug angeordnet und ausgeführt war, sollen noch einige Gewehrschüsse mit hervorgetretenen Zuzüglern gewechselt worden sein, ob und welche Folge sie hatten, haben wir noch nicht erfahren. Unser Zweck ist vollständig erreicht; wir wissen, dass uns von der Garnison zu Landau keine Gefahr droht, wenn gleich die altbayerischen Offiziere mit Kartätschen und schwerem Geschütze, ohne jeden Angriff unsererseits, gegen uns zu wüten suchten!! Wir haben bei dieser Gelegenheit von dem unerschrockenen und ausgezeichneten Benehmen zweier Freiheitskämpfer, des C. L. E. Weber aus Rheindürkheim und eines zum Volk stehenden und von seinen Kameraden kürzlich zum Leutnant gewählten Unteroffiziers der Linie, dessen Name noch nicht ermittelt ist, rühmliche Schilderung erhalten. Hauptquartier Neustadt, am 20. Mai 1849. Das Oberkommando der rheinpfälzischen Volkswehr." Es wäre interessant zu wissen, von wem dieser merkwürdige Bericht verfasst und dem „Oberkommando der rheinpfälzischen Volkswehr" unterschoben wurde. Fenner v. Fenneberg, der Oberkommandant, wusste, wie erwähnt, von dem Unternehmen nichts, hat auch sofort seine Stelle niedergelegt und obige Aufklärung also nicht geschrieben. Dieselbe rührt augenscheinlich nicht von einem Militär her, scheint vielmehr rasch von einigen Mitgliedern der provisorischen Regierung verfasst und verbreitet worden zu sein. Dass der Zug vor Landau keine Rekognoszierung war, liegt auf der Hand; denn eine solche besteht nicht darin, dass man völlig ungedeckt auf das geschlossene Thor und die mit Kanonen besetzten Wälle einer feindlichen Festung

losmarschiert und sich so dem sichern Untergang preisgibt. Richtiger scheint die weitere Behauptung, dass man mit der Garnison zu „fraternisieren“ gedachte, das heisst, dass man glaubte, beim Herannahen der Freischaren würden die Thore von Landau freiwillig geöffnet werden. Dass dieser „Zweck“ nicht „erreicht“ wurde, vielmehr das Gegenteil, dass die ganze Schar sich eilig aus dem Staube machte und dass die kleine Garnison von Landau erkannte, dass ihr von dieser Seite „keine Gefahr drohe“, dies war das wahre Ergebnis der kopflosen Unternehmung. — Landau wurde erst am 20. Mai, also nach diesem verunglückten Ueberfall, in Belagerungszustand erklärt. Der entschlossenste Offizier in der Festung soll Oberst Burkard gewesen sein, welcher den Schlüssel der beiden Pulvertürme in Verwahr hatte und erklärte, sobald die Aufrührer in die Festung einziehen würden, sich mit jenen in die Luft zu sprengen.

Es erschien nun in rascher Folge eine Reihe von Dekreten der provis. Regierung. Eines derselben ordnete die bereits angekündigte Amnestie politischer Verbrechen und Vergehen an. Ein zweites betraf die Erhebung der Steuern und das Kassenwesen und wurden darin die Pfälzer zur Entrichtung der Steuern aufgefordert, die bisherigen Finanzbeamten bestätigt, die Kreiskasse, in welcher sich 10 Gulden 10 Kreuzer vorfanden, zur Verfügung der prov. Regierung gestellt und die Ablieferung von Geldern an die bayer. Staatsregierung untersagt. Ein weiteres Dekret — siehe Nummer 1 des Amtsblattes — beschäftigte sich mit der Organisation der Pfälzer Volkswehr in 24 Paragraphen. Im Eingange heisst es: „Die Aushebung eines Volksheeres und die möglichst schnelle Organisierung desselben erscheinen gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen als um so dringlichere Massregel, da von allen Seiten die Feinde der Reichsverfassung und der Freiheit des Volkes zich zu einem Kampfe auf Tod und Leben gegen uns rüsten und nur mit einem wohlorganisierten, waffengeübten Heere ein erfolgreicher Widerstand möglich ist. Das Dekret teilt die gesamte waffenfähige Mannschaft in drei Aufgebote — das erste umfasst die Ledigen bis 30 Jahre, das zweite die Ledigen von 30—40 Jahren und die Verheirateten bis 40 Jahre, das dritte alle Waffenfähigen von 40—60 Jahren —, verfügt die Bedingungen, unter welchen die Verpflichtung zum Eintritt in dieselbe besteht, und ordnet die Rekrutierung an durch eine in jedem Kantonsorte niedergesetzte Rekrutierungskommission; bestimmt, dass die mittellosen Konskribierten durch die Gemeinden equipiert, wie die Bataillone formiert, die Führer bestellt und die ausgerückte Mannschaft bezahlt werden soll; befiehlt, dass alle gedienten Artilleristen und Kavalleristen durch die Rekrutierungs-

kommission sofort nach Kaiserslautern dirigiert und in alle Kantone Instruktoren zum Exerzitium gesendet werden sollen und beauftragt die Zentralausschüsse, binnen 24 Stunden die Rekrutierungskommissionen zu bilden. — Nach der Entlassung Fennebergs wurde die Leitung des Militärwesens bis zur Ankunft des polnischen Generals Sznayde einer Militärkommission, bestehend aus 7 ordentlichen und 6 ausserordentlichen Mitgliedern, übertragen, deren Namen früher schon mitgeteilt wurden, an deren Spitze Techow trat. Man kann nicht behaupten, dass durch diese Kommission grössere Ordnung und Energie in die Organisation der pfälz. Streitkräfte gekommen sei. Es liegt mir ein Tagesbefehl derselben vor, welcher beweist, wie schlecht es mit der Disziplin der übergetretenen Soldaten bestellt war. Derselbe lautet: „Soldaten! Die mächtige Volksbewegung der letzten Wochen hat Euch unter die Fahne geführt, wo allein für Euch Ehre zu finden ist, unter die Fahne des Volks und der von ihm in freier Wahl geschaffenen Regierung. Euch zur Seite tritt eine allgemeine Volksbewaffnung, in deren Reihen Ihr hinfort für die Freiheit des Vaterlandes kämpfen werdet. Durch den Wechsel der Befehlshaber und durch die Verteilung der Regimenter unter die neue Volkswehr ist eine Auflösung der bisherigen Militärverhältnisse entstanden, welche vielfach einen Bruch der militärischen Disziplin veranlasst hat. Namentlich haben manche Soldaten sogar ohne Urlaub von ihren Truppenteilen sich getrennt, und einzelne sind in ihre Heimat zurückgegangen. Andere haben, besonders bei Avancements, die ihnen vom Staate anvertrauten Waffen und Montierungsstücke an andere abgegeben, die mit ihnen zum Kampfe sich rüsten wollten. Die Zeit ist ernst, das Vaterland wird von den Waffen der Gewaltherrscher stündlich mehr bedroht. Mehr als je thut uns heute Ordnung, Zucht und Diensttreue im Heere not. Es ist gleichfalls von der allerhöchsten Wichtigkeit, dass für den Augenblick der Schlacht die Bewaffnung und Ausrüstung des Mannes in ganz brauchbarem Zustande und bis zum Kleinsten hinab vollständig sei. Wollt Ihr, Soldaten der freigewordenen Pfalz, nicht selbst mit dem ganzen Lande der alten strafenden Gewalt verfallen, die Eueren mutigen Bund mit dem Volke Euch niemals vergessen noch verzeihen wird, dann lernt einsehen, dass der die Freiheit verkennt, der sie in Auflösung der Disziplin sucht, und dass der stets ein untüchtiger Krieger ist, welcher nicht dem notwendigen Gesetze und der strengen Zucht sich unterwirft. Nur durch Euer kräftiges Mitwirken und durch Euer Beispiel des Gehorsams wird es gelingen, dass wir in kürzester Zeit den grossen Zweck erreichen, mittelst einer allgemeinen Aushebung ein schlagfertiges und kampfgeübtes Heer hinzustellen. In

dieser Lage der Dinge verordnet daher das Oberkommando, wie folgt, und ermahnt die Soldaten aufs schärfste, diesen Befehlen Gehorsam zu leisten: 1) Jeder Soldat, der hinfort ohne Erlaubnis seines Vorgesetzten seine Fahne verlässt, wird nach der ganzen Strenge des Militärgesetzes behandelt. 2) Keinem Soldaten, dem Urlaub erteilt wird, ist es gestattet, seine Waffen mitzunehmen, sondern er hat sie für die Dauer des Urlaubes dem Feldwebel seiner Kompanie zuzustellen. 3) Der Soldat ist für seine Waffen und Uniformstücke dem Staate, dessen Eigentum diese Gegenstände sind, verantwortlich. Wer etwas daran verdirbt, verkauft, veruntreut, oder auch nur verliert oder abhanden kommen lässt, wird vor das Kriegsgericht gestellt. 4) Dasselbe Verfahren findet gegen Avancierte statt, die ihre bisher getragenen Waffen an jemand anders, als an den Feldwebel ihrer Kompanie abgeben. 5) Alle Soldaten, welche in dem Augenblick, wo dieser Tagesbefehl erlassen wird, sich nicht unter ihrer Fahne befinden, gleichviel ob sie mit oder ohne Urlaub abgegangen sind, haben sich augenblicklich wieder einzustellen, und zwar nicht bei ihren Truppenteilen, sondern bei ihren Kantonsausschüssen, welche die gedienten Leute als Instruktoren in die Kantonsorte versenden werden. Durch diese werden sie der Militär-Kommission zur Verfügung gestellt. Hauptquartier Neustadt a. d. Haardt am 22. Mai 1849. Die Militär-Kommission der Rheinpfalz: F. Anneke, L. Schlinke, Techow, Schimmelpfennig, F. Beust.“ Am 21. Mai erschien ein Drekret, wodurch folgende Personen ihrer Amtsthätigkeit entsetzt wurden: Der Regierungspräsident Alwens, die Regierungsdirektoren v. Marc und v. Bettinger, die Regierungsräte v. Neimanns, v. Leonrod, Emonts, Frei und Nagler, der Fiskalrat Mattern, der Forstrat Mantel, der Medizinalrat Dr. Dapping, der Regierungsassessor Kollmann, der Kreiskassier Rebenack. An des letzteren Stelle wurde der Kreiskassenoffiziant Hagemann ernannt, der dieses Amt jedoch ablehnte.

Vom selben Tage datiert ein Aufruf an die Besatzungen der Festungen Landau und Germersheim folgenden Inhalts: „Mitbürger! Viele Eurer Brüder haben bereits sich der Sache des Volkes angeschlossen und sind in die Reihen der pfälzischen Volkswehr eingetreten. Sie haben erkannt, dass kein Eid an eine Fürstengewalt sie binden könne, welche durch ihren Widerstand gegen die Beschlüsse der gesetzlichen deutschen Volksvertretung sich der Rebellion gegen die Rechte des deutschen Volkes schuldig gemacht hat. Brüder! Die provisorische Regierung der Rheinpfalz hat die Aufgabe, alle Anordnungen zum Schutze der Reichsverfassung zu treffen. Es ist Eure Pflicht, sie darin zu unterstützen und insbesondere die Pflicht

der Besatzungen der Festungen Landau und Germersheim, welche zum Schutz des deutschen Reiches errichtet worden sind. Brüder! Wir fordern Euch auf, alle Eure Kraft aufzubieten, dass diese Festungen zum Schutze des deutschen Reiches nicht ferner einer rebellischen Fürstengewalt untergeordnet bleiben, sondern durch Anerkennung der provisorischen Regierung der Rheinpfalz und durch die Vereidigung der Besatzung auf die deutsche Reichsverfassung ihrer Bestimmung zum Schutze des deutschen Reiches erhalten werden. Die provisorische Regierung verspricht allen Militärpersonen, welche sie anerkennen und den Eid auf die deutsche Reichsverfassung leisten, die Gewährleistung ihrer Einstandsgelder. Brüder! Ihr werdet Eure Pflicht, die Ihr dem deutschen Vaterlande schuldig seid, zu erfüllen wissen."

Im Amtsblatte Nr. 2 findet sich ein Dekret vom 22. Mai über die Einsetzung von Zivilkommissären also lautend: „§ 1. Es wird für jeden Landkommissariatbezirk eine Zivilkommission durch die provisorische Regierung ernannt. § 2. Die Zivilkommissarien sind die unmittelbaren Organe der provisorischen Regierung in Zivilangelegenheiten. § 3. Sie haben unumschränkte Vollmacht, alle nötig erachteten Massnahmen zur Durchführung der Anordnungen der provisorischen Regierung und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, und wo sie es nötig finden, weitere Kommissäre innerhalb ihres Bezirks zu ernennen und mit den nötigen Vollmachten zu versehen. § 4. Zur Durchführung der ihnen nötig scheinenden Anordnungen sind sie befugt, die bewaffnete Macht zu requirieren. § 5. Sie haben die Rekrutierung innerhalb ihres Bezirks zu leiten und zu beaufsichtigen und die zur Ausführung der Organisationsdekrete und der anderweitigen, von der Militärkommission und dem Oberkommando zu verfügenden Massregeln auf das kräftigste zu unterstützen. § 6. Mit den Kantonalverteidigungsausschüssen haben sie sich über die in den einzelnen Kantonen zu treffenden Anordnungen zu benehmen und dieselben mit den nötigen Anweisungen zu versehen. § 7. Sie sind dem pfälzischen Volke und der provisorischen Regierung für alle ihre Handlungen persönlich verantwortlich. § 8. Die ihnen erteilte Vollmacht kann von der provisorischen Regierung jederzeit zurückgenommen werden." Zugleich wurden 12 Zivilkommissäre ernannt, von denen nachstehende 7 diese Stellung angenommen haben: Karl Witt für Homburg, K. L. Diehl für Pirmasens, Ph. Bruch für Bergzabern, Fr. Hilgard für Speyer, F. A. H. Schneider für Landau, J. Müller für Kirchheimbolanden, G. Hillgärtner für Frankenthal. — Ein Dekret vom 22. Mai fordert die Kantonalausschüsse auf, bei allen öffentlichen Kassen die Rechnung abzuschliessen,

Kassensturz vorzunehmen und den Betrag an die Kreiskasse in Kaiserslautern abzuliefern. Ein zweites ordnet an, allen Staats- und Gemeidebeamten den Eid auf die Reichsverfassung abzunehmen. Die Eidesformel lautete: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.“ Daran schloss sich folgende Erklärung: „Ich verpflichte mich, den Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten.“ Da der Boden in Speyer der provisorischen Regierung wegen der Nähe von Germersheim zu heiss war, kündigte ein Dekret vom 23. Mai an, dass der Sitz derselben sowie der Militärkommission nach Kaiserslautern verlegt werde, wohin sich beide Behörden noch am selben Tage begaben.

Statt eines Armeekorps erschien am 22. Mai folgende Bekanntmachung des kgl. bayerischen Gesamtstaatsministeriums: „Die politische Bewegung in der Pfalz ist nunmehr in eine über den ganzen Kreis ausgedehnte Empörung übergegangen. Der in Kaiserslautern gebildete Landesverteidigungsausschuss, schon in seiner Entstehung gesetzwidrig, hat von den Beamten Eid und Gehorsam gefordert, eine bewaffnete Macht gebildet und Wahlen zu einer Vertretung der Pfalz ausgeschrieben. Die Wahlen sind vollzogen worden; die am 17. versammelten Abgeordneten der Kantone haben eine provisorische Regierung eingesetzt und hierdurch das letzte Band der gesetzlichen Ordnung vernichtet. Die rechtlich gesinnten Einwohner der Pfalz empfinden bereits die verderblichen Folgen dieses Zustandes. Ueberflutet von sogenannten Freischaren, welche von allen Seiten herbeiströmen, um die Aufhebung des Landesfriedens für ihre Zwecke auszubeuten, entbehrt die Pfalz den Rechtsschutz für ihre Personen und Eigentum und ihre Lage wird von Tag zu Tag unglücklicher, weil sich bereits jene Klasse fremder Abenteurer eingefunden hat, welche bei jeder politischen Bewegung in irgend einem europäischen Staate die Fahne des Aufruhrs voranzutragen gewohnt ist. Angesichts dieser Thatsachen erklärt die Staatsregierung: 1. Die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet. 2. Die Einrichtung der provisorischen Regierung ist ein Akt des Hochverrats. 3. Alle Verfügungen der sogenannten provisorischen Regierung, sowie alle Beschlüsse der Kantonalvertretung sind nichtig; alle Steuerentrichtungen an die provisorische Regierung oder deren Organe sind ungültig. 4. Die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, dass sie nach dem Gesetz für allen durch den Aufruhr verursachten Schaden ersatzpflichtig sind. Indem eine Staatsregierung dieses zur öffentlichen Kenntnis bringt, vertraut sie zu den Einwohnern der Landesteile diesseits des

Rheines, dass sie im Hinblick auf die Lage der Pfalz jenen verbrecherischen Einflüsterungen, welche unter dem vorgespiegelten Scheine einer Begeisterung für die Reichsverfassung ähnliches Verderben auch über die anderen Provinzen des Königsreichs bringen möchten, kein Gehör geben, sondern an dem Gesetze unerschütterlich festhalten werden. — In der Pfalz hat das Verbrechen für den Augenblick gesiegt; allein das Gesetz wird über das Verbrechen siegen und die rechtliche Ordnung wieder hergestellt werden.“

An demselben Tage liess auch die pfälzische Kreisregierung ihre Stimme hinter den Wällen der Festung Germersheim vernehmen. In einem langatmigen Aktenstücke wird die Ungesetzlichkeit des Landesausschusses und der provisorischen Regierung mit ihren Amtshandlungen auseinandergesetzt und dann erklärt: „Indem nun die kgl. Kreisregierung von heute an ihre amtliche Thätigkeit in Germersheim fortsetzt, legt sie feierliche Verwahrung ein gegen jeden Eingriff in die Rechte der Landesverwaltung und der gesetzmässigen Obrigkeit und protestiert ebenmässig gegen die gewaltthätige Verhinderung der Verbringung der Akten der Kreisregierung und der Kreiskasse von Speyer an ihren nunmehrigen Amtssitz. Sie fordert alle Behörden und Beamten auf, unerschütterlich fest zu halten an ihrer Amtspflicht und ihrem Diensteide und mit den gesetzlichen Stellen und Behörden fortwährend in amtlicher Beziehung zu bleiben.“ Wären die Beamten auch alle hinter den starken Mauern einer Festung gesessen, so hätten sie leicht den Anordnungen der Regierung nachkommen können. — Die Festung Germersheim, wohin die Regierung geflüchtet war, befand sich aus 3 Gründen in einer besseren Lage als Landau: Einmal war sie als Festung stärker, und schwerer anzugreifen, sodann hatte sie eine zuverlässigere Besatzung, die meist aus Angehörigen des jenseitigen Bayerns bestand, weshalb nur vereinzelte Desertionen vorkamen, und endlich hatte der Kommandant die Klugheit, die Garnison öfters Ausfälle machen zu lassen und so mit den Freischaren zu verfeinden.

Am 21. Mai erfolgte nach fünfstündiger stürmischer Sitzung in der bayerischen Kammer die Abstimmung über die Adresse an den König, worin mit 72 gegen 62 Stimmen die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und ein Misstrauensvotum gegen das Ministerium Pfordten ausgesprochen war. Da die 15 pfälzischen Stimmen den Ausschlag gegeben hatten, wurden dieselben als Vertreter einer aufrührerischen Provinz als unberechtigt in der Kammer betrachtet und bei einer namentlichen Abstimmung am 24. Mai vom Präsidenten geradezu übergangen. Daraufhin erliess die provisorische

Regierung der Pfalz unterm 27. Mai folgende Bekanntmachung: „Mitbürger! Die volksfeindliche bayerische Staatsregierung hat den Abgeordneten der Pfalz, welche sich zu den Sitzungen der zweiten Kammer nach München begeben hatten, die fernere Teilnahme an den Verhandlungen derselben gewaltsam untersagt, nachdem sie sich in Verbindung mit der Mehrheit der fränkischen und schwäbischen Abgeordneten für die unbedingte Geltung der deutschen Reichsverfassung und der sofortigen Entfernung des widerstrebenden Ministeriums ausgesprochen hatten. Mitbürger! Das bayerische Staatsministerium hat dadurch mit eigener Hand die Möglichkeit der gegenwärtigen Verbindung zwischen der Rheinpfalz und Bayern vernichtet, die Trennung deutlich ausgesprochen. Die Abgeordneten der Rheinpfalz haben München verlassen, entrüstet über das Benehmen einer Staatsregierung, welche dem Willen des Volkes und der Würde seiner Vertreter in solcher Weise Hohn spricht. Mitbürger! Manche Bewohner der Pfalz haben von dem Ausspruch und der Wirksamkeit der Volksvertreter in München noch eine gütliche Ausgleichung erwartet, sie haben geglaubt, dass die bayerische Staatsregierung sich dadurch veranlasst sehen werde, von ihrer rebellischen Widerspenstigkeit gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und somit gegen die Suveränität des deutschen Volkes abzustehen. Die bayerische Staatsregierung hat nun selbst alle diese Hoffnungen zerstört. Es ist daher um so dringender die Pflicht eines jeden Pfälzers, zum Schutze der Freiheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit aller Kraft und allen zu Gebote stehenden Mitteln die Anordnungen und Massnahmen der provisorischen Regierung zu unterstützen.“

Am 23. Mai verschob das Appellationsgericht in Zweibrücken die auf 29. Mai fixierte Eröffnung des Schwurgerichts auf 4 Wochen. Da es seinen Beschluss mit der Formel „Im Namen seiner Majestät des Königs“ begonnen hatte, fuhr sie Christ. Zinn im Kaiserslauterer Wochenblatte am 24. Mai also an: „Der Appellhof in Zweibrücken hat beschlossen, alle Urteile auch fernerhin „Im Namen seiner Majestät des Königs von Bayern“ zu erlassen. Wird sich die provisorische Regierung eine solche Missachtung ihrer Anordnungen gefallen lassen, oder wird sie, was allein Rechtens, diese haarzöpfischen Aktenmenschen ohne weiteres entfernen? Es ist heilige Pflicht der Regierung, darüber zu wachen, dass ihre Verordnungen unbedingt vollzogen werden, das Volk steht ihr zur Seite und ein paar ohnmächtige Juristen können an dem Gang der Dinge nichts ändern.“

Die provisorische Regierung hatte noch in Speyer Abgeordnete aus dem Elsass empfangen, welche bei drohender Gefahr Hilfe und

Zuzug versprachen. Ein lebhafter brieflicher Verkehr mit demokratischen Elsässern und Franzosen fand schon früher statt, jetzt aber suchte man eine direkte Verbindung mit der französischen Regierung anzubahnen. Schon bei einer Sitzung des Landesausschusses in Kaiserslautern schlug das Parlamentsmitglied Schlöffel vor, den Schutz der französischen Republik für die Unabhängigkeit der Pfalz anzurufen. Am 28. Mai fassten die Regierungen von Baden und der Pfalz den Beschluss, von Frankreich Hilfe zur Durchführung ihrer Pläne nachzusuchen und sandten zu dem Zwecke am 26. Mai zwei Deputierte ab, die sich zur Uebernahme dieses Auftrages anboten, der Mainzer Schütz und der Pfälzer Culmann. Bei dem ersteren wurde ein französisches Beglaubigungsschreiben gefunden, das in deutscher Uebersetzung (Staroste S. 93) also lautet: „Im Namen des Volkes der Pfalz! Durch Gegenwärtiges wird der Bürger Schütz aus Mainz, Mitglied der konstituierenden Versammlung zu Frankfurt, zum Geschäftsträger für letztgenanntes Land (?) bei der französischen Regierung zu Paris ernannt. Er hat die besondere Mission, die diplomatischen Beziehungen, welche zwischen Frankreich und der Pfalz bestehen müssen, anzuknüpfen und zu unterhalten. Namentlich ist er von uns beauftragt, alles, was in seinen Kräften steht, aufzubieten, dass die französische Regierung das Volk der Pfalz in seinen Schutz nehme, dass sie ihm Hilfe gewähre, entweder durch Zusendung von Munition und Generalen, oder auch dadurch, dass sie ihre Truppen gegen die Preussen marschieren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzubrechen. Kaiserslautern, 26. Mai 1849. G. Schmitt, Reichard, Fries, Greiner, Dr. Hepp." Diese Abordnung wurde von der französischen Regierung nicht nur nicht empfangen, sondern sogar verhaftet und einige Zeit in Haft gelassen, das Betteln um französische Hilfe war vergeblich. —

Im Amtsblatt Nr. 4 werden die Zivilkommissäre gemahnt, das Dekret der provisorischen Regierung betreffend die Verpflichtung der Beamten in kürzester Frist in Ausführung zu bringen. Es wird gesagt: „Wir ermächtigen Sie zugleich, denjenigen Beamten und Militärpersonen, welche den betreffenden Eid und die betreffende Verpflichtung abzulegen sich weigern, in unserem Auftrage die Entlassung aus ihrer Amtsthätigkeit sofort anzuzeigen." In diesen Tagen wurden viele pflichtgetreue pfälzische Beamte abgesetzt. In Speyer verloren mehrere Professoren am Lyceum und Gymnasium ihre Stellen, an die Spitze dieser Anstalten trat der beeidigte Professor Milster.

Ein Dekret vom 24. Mai verbot die Einbringung von Schlachtvieh und sonstigen Lebensmitteln, sowie von Fourage in die Festungen Germersheim und Landau, die übrigens nur mangelhaft zerniert

waren und in keiner Weise Not litten. Am selben Tage erschien ein Dekret, welches eine Studentenlegion ins Leben rief. Es lautet: „Es wird eine Studentenlegion errichtet zur lebendigen Vermittelung zwischen der Regierung, sowie deren Organen und dem Volke. Art. 2. Die Legion steht unter dem Kommando eines von ihr gewählten Hauptmannes. Art. 3. In militärischer Beziehung sind die



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Fr. Behlen von Frankenthal, genannt Hammelhannes, weil er eigenhändig vor Landau 100 Hämmel abfasste.

Legionäre dem Hauptmann untergeordnet, im Uebrigen stehen sie zur Verfügung der Zivilkommissäre und sind deren Anordnungen unterworfen. Art. 4. Ihre Befugnisse werden durch eine eigene Instruktion festgesetzt." Nach der mitfolgenden Instruktion sollten diese Legionäre eine Art höherer Gendarmerie bilden, sie sind Depeschenträger, Verbreiter der Regierungsbekanntmachungen, welche die öffentliche Meinung aufklären, falschen Gerüchten entgegentreten und über Volksstimmung und Volkswünsche berichten sollen. Es

ist kaum zu begreifen, dass sich Studenten — es waren deren etliche 30 — zu einem derartigen Agentengeschäft verwenden liessen.

An demselben Tage wurden in dem Kölner Bahnhofe 24 Kisten mit Gewehren aus Lüttich, welche für die Pfalz bestimmt waren, beschlagnahmt.

Am 25. Mai wurden Studienlehrer Clundt und Dr. Klein zu Zivilkommissären, ersterer in Kaiserslautern, letzterer in Neustadt, ernannt. Unterm selben Tage erschien folgender Beschluss, der sehr böses Blut machte: „Um die Artillerie zu bespannen und die höheren Offiziere der Volkswehr beritten machen zu können, ist eine namhafte Anzahl von Pferden notwendig. Alle Pferdebesitzer werden deshalb aufgefordert, ihre Pferde zur Verfügung zu stellen. Die Pferde werden vor der Uebernahme durch Sachverständige abgeschätzt, damit die Eigentümer für den Verlust oder für den Minderwert bei etwaiger Zurückgabe entschädigt werden können. Von den Experten wird Einer durch den betreffenden Kantonalausschuss, der Andere durch den Eigentümer des Pferdes ernannt. Beide wählen im Falle der Meinungsverschiedenheit einen Obmann.“ Ein Dekret vom nämlichen Tage befiehlt allen Schmieden der Pfalz, möglichst viele Sensen nach einem von der Militärkommission anzugebenden Muster schleunigst anzufertigen. Ein weiteres Dekret verfügt, dass die Holzpreise auf den Aerarialholzhöfen zu Speyer, Neustadt und Mutterstadt um 20 Prozent herabgesetzt und an jeden Käufer, auch Ausländer, in jeder Quantität gegen Barzahlung abgegeben werden sollen. Renitente Rentbeamte sollen durch die Zivilkommissäre entfernt und durch taugliche Männer ersetzt werden.

Am meisten Erbitterung rief bei den wohlhabenden und tonangebenden Familien der Pfalz das Zwangsanlehen hervor, welches im Amtsblatte Nr. 5 unterm 26. Mai mit folgender Ansprache an die Bewohner der Rheinpfalz angekündigt wurde: „Bürger! Mutig begeistert strömt die Pfälzer Jugend unter die Waffen, um für die Freiheit Deutschlands das höchste, was sie besitzt, ihr Leben einzusetzen. Nicht kümmert sie sich um die Gefahr des Verlustes oft grosser materieller Vorteile, vielleicht ihrer ganzen Existenz, sie gibt die schönste Zeit ihres Lebens hin, sie reisst sich los von Allem, was ihr lieb ist, wohl wissend, dass das Vaterland ruft, dass keine Rücksicht zurückhalten darf, wo es gilt, die Freiheit zu retten aus den Ketten der Tyrannen. Seht sie dahinziehen ohne Unterschied, ob arm, ob reich, begeistert von dem feurigen Drange, bald mit dem Hoch auf das freie einige Deutschland die feindlichen Knechte des Despotismus zu zerschmettern. An Euch Bürger, die das Schicksal Euch mit besonderen Glücksgütern ausgestattet hat, an Euch ist es

nun, durch Eure Mithilfe dahin zu wirken, dass aus jenem Feuer die Freiheit des deutschen Volkes und somit auch Eure eigene erstehe! An Euch, Bürger, ist es nun, von Eurem Vermögen denjenigen kleinen Teil dem Vaterlande zu leihen, welcher notwendig ist, um es zu retten, das Blut, die Existenz Euerer Jugend nicht vergeblich in die Schanze zu schlagen. Es ist Eure Pflicht noch um so mehr, da die Helfershelfer des rebellischen Fürsten dem pfälzischen Volke nur leere Kassen zurückgelassen haben und die Bedürfnisse stets steigerndere sind. Der arme Mann, der Weib und Kind, der Sohn, der seine Eltern ohne Hab und Gut verlässt, er setzt nicht blos sein Leben, sein Alles, sondern auch die Existenz seiner ganzen Familie ein, und Ihr könntet zurückbleiben bei solchen grossen Opfern, wo es nur gilt, einen kleinen Teil Eueres Vermögens herzugeben, ohne Eure und Eurer Familien Existenz, auch nur im mindesten zu gefährden? Ganz Deutschland jauchzt unserer erhabenen Bewegung zu; seine mutigsten Arme, seine tüchtigsten Männer kommen zu uns, um vereint mit uns Deutschland zu befreien. Und Ihr, Bürger der Pfalz, Ihr könntet zurückbleiben? Ihr könntet um weniger Geldstücke willen, die das Schicksal Euch morgen reichlich wieder zubringen kann, die Befreiung Deutschlands vernichten? Nein! das können, das dürfen Eure Mitbürger nicht annehmen. Wenn das Vaterland in Gefahr ist, werdet Ihr Euere Schuldigkeit zu thun wissen! Und das Vaterland ist in Gefahr! Und was hättet Ihr aus Scheu vor solch kleinen Opfern erreicht? Wäret Ihr denn etwa in der Erhaltung Eueres Vermögens gesicherter, müsstet Ihr vielleicht nachher nicht doppelt und dreifach verlieren, was Ihr Euch jetzt für die grosse Sache, für die wir kämpfen, zu opfern scheut? Aufhalten werdet Ihr dadurch die Bewegung nicht! Ihr könntet sie höchstens fruchtlos in der Erreichung ihres Zieles machen. Ihr hättet dann nur das trauerige Bewusstsein, durch Euere Zurückhaltung Deutschlands Freiheit und die Existenz Euerer Jugend verraten zu haben! Und glaubt uns, diese Ueberzeugung der Jugend, das Misstrauen, das Ihr selbst gegen Euch säen werdet, wird für Euch und für das ganze Vaterland schreckenerregend sein. Bürger! folgt unserm Rufe! Das Glück des ganzen Volkes ist auch das Euerige; das Unglück des ganzen Volkes ist ebenfalls das Eurige. Ihr könnt geachtete Bürger eines freien Staates oder geknechtete missachtete Sklaven des Despotismus sein. Im Vertrauen auf Euere Vaterlandsliebe haben wir heute eine Anleihe bei Euch zu machen beschlossen. Wir hoffen, dass Ihr durch Euere Mithilfe uns die Erfüllung der schweren Pflichten, die wir übernommen haben, erleichtern, und uns nicht in die unangenehme Lage versetzen werdet, Massregeln ergreifen zu müssen, welche uns

die drohende Gefahr des Vaterlandes dringend vorschreiben würde. Kaiserslautern, 26. Mai 1849. Die provisorische Regierung." Aus dieser herzbrechenden und zugleich mit Drohungen gespickten Ansprache ersieht man, wie die provisorische Regierung selbst recht gut wusste, dass bei den Persönlichkeiten, an welche sie sich wandte, wahre Begeisterung für eine pfälzische Republik nicht im geringsten vorhanden war. In Geldsachen hört die Gemütlichkeit und noch mehreres Andere auf. In den Kreisen der Intelligenten herrschte zudem keine Zuversicht auf den Bestand der provisorischen Regierung und den Erfolg des Aufstandes. — Das dem Aufrufe nachfolgende Dekret ordnete an, in welcher Weise die Zwangsanleihe erhoben werden sollte. § 2 bestimmte: Zum Anlehen werden nur diejenigen herangezogen, welche ein Vermögen von 40000 Gulden und darüber besitzen. In § 3 wird die Skala angegeben, nach welcher die Anleihe erhoben wird: 40000 Gulden zahlen 200, 50000 250, 100000 650, eine Million 50000 Gulden. § 4 besagt, dass von dem Zivilkommissär 5 Taxatoren ernannt werden, welche in Eid und Pflicht genommen werden und nach bestem Wissen die Abschätzung vorzunehmen haben. Nach § 7 sind die ausgeschriebenen Summen längstens innerhalb 3 Tagen zu zahlen. Nach § 9 werden gegen die, welche die Zahlungen verweigern, mit aller Strenge die erforderlichen Zwangsmassregeln angewendet. § 10 verspricht Rückzahlung der Anleihe in 5 Jahren und § 11 eine zweiprozentige Verzinsung. — In derselben Nummer des Amtsblattes wird angeordnet: „Jeder Gemeinde ist von den Forstämtern auf deren Verlangen ungesäumt das benötigte Streuwerk anweisen zu lassen, soweit dies die Forstkultur nur irgendwie gestattet. Die Waldgerechtsamen der Gemeinden sind überhaupt mehr als wie bisher geschehen zu berücksichtigen." Im Jahre 1848 und der Hälfte des Jahres 1849 war der pfälzische Wald vogelfrei. Jeder holte sich darin Holz nach Belieben, die Förster wagten nicht gegen die Verwüstung einzuschreiten, welche in manchen Gegenden einen unglaublichen, auf Jahre hinaus wirkenden Schaden verursachte.

In Nummer 6 des Amtsblattes erschien unterm 26. Mai ein Dekret der provisorischen Regierung, welches eine neue Gemeindeordnung einführte, ein übereiltes Machwerk, das Allerüberflüssigste, was man in solchen kritischen Tagen beginnen konnte. Die Gemeinden wurden durch die angeordneten Neuwahlen nur unnötig aufgeregt und das Ergebnis war, dass man in den allermeisten Gemeinden die alten Vorstände wiederwählte. Ein weiteres Dekret ordnete an, dass die Waffen des zweiten Aufgebotes der Volkswehr sofort an das erste Aufgebot abgegeben werden sollten. Ein Dekret vom 28. Mai in

Nummer 7 des Amtsblattes sichert den Volkswehrmännern zu, dass sie, wenn sie im Kampfe arbeitsunfähig würden, Unterhalt auf Staatskosten finden, ebenso, wenn sie fallen, ihre Witwen und Waisen. Für Kusel wird Karl Resch von Frankenthal, für Germersheim Alfred Erbe aus Altenburg zum Zivilkommissar ernannt. Am 29. Mai setzt die provisorische Regierung den Preis des Salzes um 25 Prozent herab, und empfiehlt strengsten Forstschutz. Wahrscheinlich war sie derweilen auf die traurigen Folgen ihres vorhergehenden Walddekretes aufmerksam gemacht worden. Natürlich fand diese letztere Empfehlung nicht die geringste Beachtung. Es erschienen ferner in Nummer 7 des Amtsblattes zwei Bekanntmachungen, welche die Errichtung einer Feldpost und eines Pionierabteilung ins Auge fassen, aber nie zur Ausführung kamen. — In Nummer 8 des Amtsblattes findet sich ein Dekret vom 26. Mai folgenden Inhaltes: „Nachdem der Bürger Franz Sznayde unserm Rufe gefolgt ist und sich nach der Rheinpfalz begeben hat, um für den Sieg der Volksfreiheit und demokratischen Staatseinrichtungen thätig mitzuwirken, wird derselbe mit der Organisation der pfälzischen Volkswehr beauftragt und vorläufig zum Oberkommandanten der gesammten Streitmacht in der Rheinpfalz ernannt." Der erste Tagesbefehl des neuen Generals an die Volksarmee der Rheinpfalz unter dem 29. Mai 1849 lautet: „Bürger, Soldaten! Von der aus Eurer freiwilligen Wahl hervorgegangenen provisorischen Regierung herbeigerufen, um an Eurer Spitze zur Erkämpfung von Freiheit und Recht das Meinige beizutragen, habe ich diesem ehrenvollen Ruf mit Freuden Folge geleistet. Unterm 28. Mai zum Organisateur und vorläufigen Oberkommandanten der Volkswehr in der Pfalz ernannt, habe ich diese schwierige Stelle angenommen, darauf bauend, dass Eure Vaterlandsliebe und die vielfach erprobte deutsche Tapferkeit gepaart mit militärischem Gehorsam und Achtung des Eigentums mich in den Stand setzen wird, Euch zum Siege gegen die überlegenen Streitkräfte Eurer Feinde der meineidigen Volksbedrücker zu führen. Von heute an habt Ihr also nur solchen Befehlen Folge zu leisten, die von mir gezeichnet und vom vorläufigen Chef des Generalstabes Oberstleutnant Techow gegengezeichnet sind; in meiner Abwesenheit aber vom Hauptquartier wird letzterer für mich zeichnen und der Generalstabsmajor Beust gegenzeichnen. Voran denn! Für Freiheit, Recht und Vaterland! Mutig voran und der Sieg ist unser! Dieser wie alle folgenden Tagesbefehle werden beim täglichen Verlesen der Kompanieen bekannt gemacht. Der Oberkommandant der gesamten Streitmacht in der Rheinpfalz, General Sznayde. Der Chef des Generalstabs, Techow." Weitere Tagesbefehle ordnen an gleiche Uniformierung der Offiziere, ferner

Berichte aller Kommandanten über den Bestand ihrer Streitkräfte und ihre Stellungen, die sie von nun an eigenmächtig nicht mehr verändern dürfen. — Ein Dekret vom 31. Mai ernennt 12 Militärkommissäre für die 12 Landkommissariate, und zwar Ehlert für Homburg, Müller für Kaiserslautern, Cotodziewski für Pirmasens, Trocinski für Bergzabern, Oswald für Speyer, Struss für Landau, Schlinke für Kirchheimbolanden, Kuchenbecker für Frankenthal, Schimmelpfennig für Zweibrücken, Geigel für Kusel, Stöhr für Neustadt, Rouppert für Germersheim. — Das Landkommissariat Neustadt wird geteilt und als Zivilkommissär für Dürkheim Rechtskandidat Hammel ernannt. — Ein Tagesbefehl des Generals Sznayde vom 2. Juni verkündet, dass das Kirchheimer Bataillon zuerst in der Pfalz organisiert sei und desshalb das „erste Bataillon" der Pfälzer Volkswehr benannt werde. Sehr wichtig ist, dass in einem weiteren Tagesbefehle die Mitglieder der Studentenlegion eine rote Binde am rechten Oberarm erhalten!

Besagte Studentenlegion, an deren Spitze der Student Petersen aus Landau stand, richtete unterm 27. Mai an ihre „Kommilitonen in Deutschland" folgenden Aufruf: „Der grosse Kampf für des deutschen Vaterlandes gerechte Sache naht stündlich seiner kräftigen Eröffnung. Durch alle Herzen in Deutschland, die für sein Wohl und seine Ehre schlagen, hat der Notruf der Freiheit, der vom Rheine aus erklungen, seine mächtigen Pulse getragen, und auf die Jugend vor Allem, auf die deutsche Jugend sind die Augen des Vaterlandes in diesem heilig-ernsten Augenblick gerichtet. Sie wird, sie muss dem Rate die That vermählen, mit Herz und Hand in die Reihe der Freiheitskämpfer eintreten. Bereits hat sich unter der Aegide der provisorischen Regierung der Pfalz eine Studentenlegion gebildet, die als bewaffnete Intelligenz sich verpflichtet, in Leben und Tod für die, durch des suveränen Volkes selbst gewählte Vertreter endgültig geschaffene deutsche Reichsverfassung wie Ein Mann einzustehen und sie gegen Angriffe aller Art, kommen sie, woher sie wollen, würdig der Enkel Hermanns zu verteidigen. Die Legion hat ihr Wirken bereits begonnen — verteilt in die Kantonal-Bezirke der Pfalz —, und jeden Tag beweisen zahlreiche Anmeldungen, dass Deutschlands Jugend, wie immer, heilige Begeisterung und kräftige That für ihr schönes Vaterland zu bieten hat. Darum fordern wir Euch auf, Kommilitonen von ganz Deutschland, begreift die Zeit und die hochwichtige Stellung, die sie Euch anweist, als die Ersten zu stehen in der Phalanx des Rechts und der Freiheit. Vereinigt Euch mit uns unter die Fahne der Studentenlegion — lasst sie uns vereint auf der Zwingburg der Feinde des Vaterlandes aufpflanzen und

Euer süssester Lohn wird der Dank des geretteten Vaterlandes sein. Doch vor Allem kommt, wo möglich bewaffnet. Es lebe Deutschland, es lebe die Reichsverfassung! Deutschen Brüdergruss! Die Studentenlegion der Rheinpfalz."

Am. 3. Juni forderte ein Dekret der provisorischen Regierung alle Steuerpflichtigen auf, ungesäumt ihre rückständigen und laufenden Steuern bei Vermeidung von Zwangsmassregeln zu entrichten. Ein Aufruf an die Frauen und Jungfrauen der Pfalz ersucht dieselben dringend, Stoffe zu kaufen, Blousen und Hemden anzufertigen oder Charpie zu zupfen. Die Nummer 11 des Amtsblattes veröffentlicht ein provisorisches Kriegsgesetz in 17 Artikeln, das für Wehr- und Nichtwehrmänner gilt. Für militärische Vergehen werden als Strafen einfacher (geheimer) Verweis, scharfer, (öffentlicher) Verweis, Gefängnis bis zu 14 Tagen, für Verbrechen, Degradation, Gefängnis von 15 Tagen bis 2 Jahre, Tod durch die Kugel festgesetzt. — Das Amtsblatt Nr. 12, das letzte, welches gedruckt wurde — Nr. 13 war nur gesetzt, als die Katastrophe eintrat — enthält einen Aufruf vom 8. Juni, der auch besonders gedruckt und verbreitet wurde, und folgenden Wortlaut hat: „An das Pfälzer Volk! Die provis. Regierung hat mit dem Antritt des durch die Versammlung der pfälzischen Volksvertreter vom 17. Mai d. J. ihr gewordenen Amtes sich der schwierigen Aufgabe unterzogen, in einer Zeit grosser Gefahr die höchste Regierungsgewalt des Landes zu übernehmen. Der Schutz der Freiheit, die Aufrechthaltung der Ordnung und die Verteidigung des Landes nach Aussen waren die Hauptgegenstände ihrer Aufgabe. Als sie die Regierung des Landes übernahm, fand sie nichts vor, kein Geld in den Kassen, kein Kriegsmaterial, kein Heer und keinen gegliederten Verwaltungsorganismus, den die Widerspenstigkeit eines grossen Teils der Beamten gegen die neue Ordnung der Dinge gänzlich zerstört hatte. Sie fand nur den Drang des pfälzischen Volkes nach Freiheit, seine Begeisterung, seinen Hass gegen seine Unterdrücker vor. Geld, Soldaten, Offiziere, Waffen, Munition und neue Verwaltungsorgane waren zu schaffen. Die Verordnung in Betreff der Eintreibung der Steuern, das Anlehen bei den wohlhabenden Bürgern der Pfalz, die Organisation der Volkswehr und der Rekrutierung, die Einsetzung der Zivilkommissäre, die neue Gemeindeordnung, die Vorsorge zum Ankaufe von Waffen und Munition, ein Bündnis mit dem badischen Volke, welches zu ähnlichem Zwecke sich erhoben. waren die Hauptmassregeln, die sie zur Erreichung ihres Zweckes traf. Alle waren gleich notwendig, eine Massregel ohne die andere nicht durchzuführen, weil eine die andere bedingte. Ohne Geld lässt sich kein Herr schaffen, beides — Geld

und Heer — nicht ohne neue Verwaltungsorgane und ohne Umänderung des Verwaltungsganges, der weder den Anforderungen noch den Bedürfnissen der jetzigen Lage des Landes entsprach. Es galt, rasch zu handeln, in einem Augenblicke, wo der Feind mit wohlgerüsteten Heeren an die Grenze rückte, und hier alles zur Verteidigung des Landes notwendige erst geschaffen werden musste. Die provisorische Regierung war sich wohl bewusst, dass sie mit diesen Massregeln eine grosse Verantwortung übernehme, aber sie war sich auch ebenso bewusst, dass nur durch Uebernahme der Verantwortlichkeit dessen, was sie ihrer Ueberzeugung nach für notwendig hielt, das Vaterland aus grossen Gefahren gerettet werden könne, in denen es schwebte und noch schwebt. Sie wird den Tag glücklich preisen, an dem die Lage des Vaterlandes es ihr gestattet, mit ganzer Verantwortlichkeit Rechenschaft zu legen über das, was sie gethan und unterlassen, vor den Abgeordneten des pfälzischen Volkes. Die provisorische Regierung konnte bei allen ergriffenen Massregeln es schon im voraus sich nicht verhehlen, dass sie auch auf Widerstand stossen würde, dass tausendfältige Verkettungen mit dem alten Systeme mannigfache verletzte und angegriffene Interessen, beabsichtigtes und nicht beabsichtigtes Verkennen der augenblicklichen Lage des Landes wie der Stellung der provisorischen Regierung und dergleichen Gründe mehr ihr die verschiedenartigsten Hindernisse in den Weg legen würden. Sie hat dennoch der Notwendigkeit der Verhältnisse und ihrer Ueberzeugung gehorcht mit dem Bewusstsein, dass die Erreichung des grossen Zieles der Bewegung dies von ihr fordere und dass das Volk im allgemeinen zur Beseitigung der kleinen und kleinlichen Hindernisse entschieden mitwirken würde. Die angegebenen Gründe haben auch wirklich einzelne Bewohner der Pfalz veranlasst, sich gegen die Massregeln der provisorischen Regierung zu erklären, ja sogar das Volk zur Nichtbeachtung der Beschlüsse derselben aufzufordern. So fand am 1. Juni zu Neustadt eine Versammlung, grösstenteils aus begüterten Bürgern und Bürgermeistern bestehend, statt, in der man beschloss, die Gemeinden aufzufordern, einen Protest gegen einzelne Dekrete der provisorischen Regierung zu erlassen, sofern sie nicht durch eine Volksvertretung beraten und beschlossen seien. Zugleich erklärte man sich mit einem Vierteile der Erhebung des Anlehens einverstanden, verlangte aber zu den übrigen Bestimmungen der betreffenden Verfügung, folglich auch zu der Erhebung der übrigen drei Vierteile, die Zustimmung eines Volkshauses. Wirklich fanden sich einzelne Behörden, Gemeinderäte und Kantonal-Verteidigungsausschüsse, welche dieser Aufforderung nachkamen, und, wie z. B. der Gemeinderat von

Speyer, welcher beschloss, dass einzelne Dekrete der provisorischen Regierung sofort zu sistieren seien, sich offenbar gegen dieselben auflehnten. Wenn es der Regierung darum zu thun sein musste, die Ansichten aller Parteien des Landes vollständig zu vernehmen, und sie, wo immer möglich, bei ihren Anordnungen zu berücksichtigen, so konnte sie doch nimmermehr dulden, dass durch offene Auflehnung ihre Macht in einem Augenblicke, wo es des thatkräftigsten Handelns bedarf, gelähmt werde; sie schritt ein, liess dem Gemeinderate erklären, dass das Fortbestehen einer renitenten Behörde nicht geduldet werden könne und bestand auf der sofortigen Neuwahl, welche auch am andern Morgen vorgenommen wurde. Zu ähnlichem Einschreiten sah sie sich auch in Zweibrücken genötigt. Die provisorische Regierung hat dabei auch Gelegenheit gehabt, zu ersehen, mit welcher Bereitwilligkeit die Volkswehr zur Unterdrückung solcher Widersetzlichkeiten mitgewirkt oder sich ihr zur Verfügung gestellt hat. Sie hofft, dass die richtige Erkenntnis über die augenblickliche Lage des Landes sie überall in den Stand setzen wird, die notwendigen Massregeln durchzusetzen, damit die kostbare Zeit nicht verloren gehe und durch das Aufhalten der Ausführung ihrer Verordnungen die Unterdrückung des Landes durch feindliche freiheitsmörderische Horden — wenn auch gleichzeitig freilich die Befreiung einzelner engherziger Bürger von den für sie notwendig gewordenen Opfern bewerkstelligt werden würde. Die Berufung einer Volksvertretung würde die Thätigkeit der provisorischen Regierung bis zu dem Zusammentritte und der Beschlussnahme jener gänzlich zerstört haben, weil einesteils die nötigen Massregeln nicht rasch genug hätten getroffen werden können, und andernteils gewiss manche Bewohner der Pfalz sich den ihnen auferlegten Pflichten unter dem Vorwande entzogen haben würden, dass sie die Bestätigung der getroffenen Massregeln durch die berufene Volksvertretung erst abwarten wollten. Aber, Bürger, bedenkt, der Feind steht an den Grenzen, er wartet nicht, bis eine pfälzische Volksvertretung die Massregeln der provisorischen Regierung genehmigt und sie zur kräftigen Verteidigung des Landes in den Stand gesetzt hat. Sobald die Lage des Landes es gestattet, sobald für die dringenden Bedürfnisse der ersten Zeit hinreichend gesorgt sein wird, werden wir keinen Anstand nehmen, eine Volksvertretung zu berufen. Alle unsere Anordnungen sind, wie unsere Gewalt, nur provisorisch hervorgegangen aus der Notwendigkeit des Augenblickes; die zu berufende Volksvertretung wird über unsere Massregeln, wie über unsere Personen zu urteilen, unsere Anordnungen in Anbetracht der Lage des Landes, wie sie dann sein wird,

aufzuheben oder fortbestehen zu lassen haben. Die in die provisorische Regierung gewählten Bürger Schüler und Kolb haben nach längerem Zögern erklärt, die auf sie gefallene Wahl nicht annehmen zu wollen, und der Bürger Culmann, der bereits angenommen hatte und in die provisorische Regierung eingetreten war, hat seine Annahme wieder zurückgenommen. Die als Ersatzmänner gewählten Bürger Greiner, P. Fries und N. Schmitt, welche durch Beschluss der pfälzischen Volksvertretung vom 17. Mai im Falle der Nichtannahme und bis zum Eintreffen einer bestimmten Erklärung der damals abwesenden gewählten Mitglieder der provisorischen Regierung deren Stellen einzunehmen hatten, sind daher zur Vervollständigung der Zahl der Mitglieder in der provisorischen Regierung verblieben. — Bürger! Wenn ausserordentliche Massregeln zur Durchführung des grossen zu erringenden Zieles, wenn selbst ausserordentliche Mittel zur Ausführung dieser Massregeln notwendig sind, so bedenkt, dass auch das Land sich in einer ausserordentlichen Lage befindet, dass die Freiheit nicht ohne grosse Opfer von allen Seiten zu erringen ist, dass endlich die Rheinpfalz als derjenige Landesteil, der sich zuerst erhoben, auch den Beruf übernommen hat, zur Befreiung Deutschlands von seinen Unterdrückern in der Aufopferung, wie in der Begeisterung voranzuleuchten. Darum, Bürger, voran auf der betretenen Bahn! Mit Mut und Ausdauer werden wir das Ziel erreichen. — Das Bewusstsein, an dem grossen Werke der Befreiung Deutschlands entschieden mitgewirkt zu haben, wird Euch für alle Opfer, die Ihr gebracht habt und noch bringen müsst, entschädigen.“

Das Aktenstück liest sich wie eine Entschuldigung, wie eine Verteidigung, und in der That begann sich jetzt schon auf radikaler Seite selbst eine Opposition gegen die Massregeln der provisorischen Regierung zu erheben. Jene Versammlung am 1. Juni in Neustadt, über welche oben geklagt wird, war von dem Bürgermeister Kölsch von dort einberufen worden. Viele Bürgermeister und auch die Stadträte (Remling am a. a. O. S. 71) von Speyer beteiligten sich dabei, und wurde beschlossen, auf Einberufung einer pfälzischen Volksvertretung zu drängen, die der provisorischen Regierung zur Seite zu treten hätte.

Es zirkulierte damals in Neustadt folgende Adresse an die provisorische Regierung: „Wenn das Vaterland in Gefahr ist, muss die Stimme der Mehrheit gehört werden, und derjenige ist in der That der Landesverräter, welcher gegen seine Ueberzeugung schweigt, wo er reden sollte. Wir unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates und Offiziere der Volkswehr dahier halten es für unsere hl.

Pflicht, der provisorischen Regierung einige ihrer Massregeln vorzuführen, bei welchen sie die Grenze ihrer wichtigen Aufgabe überschritten hat. Diese sind folgende: 1) Man hat mit allen Waffen des guten Rechts gegen die Wahl von Ersatzmännern gekämpft, weil sie den wahren Volkswillen nicht vertreten. In der provisorischen Regierung befinden sich heute noch 3 solcher Ersatzleute. Die Bürger Culmann, Kolb und Schüler sind daher schleunigst aufzufordern, sich über Annahme oder Ablehnung der Wahl zu erklären. In letzterem Falle ist eine Ergänzung der provisorischen Regierung durch Neuwahl sofort zu veranlassen. 2) Die Pfälzer sind stolz auf ihr Rechtsgefühl, welches durch freiere Institutionen, als sie ein anderes Land besitzt, erzeugt und genährt worden ist. Sie verschmähen Diktaturen und Oktroyierungsgelüste. Die provisorische Regierung hat ohne den Rat irgend einer Volksvertretung durch die unbeschränkte Vollmacht der Zivilkommissäre, Gestattung willkürlicher Verhaftungen ohne richterlichen Befehl, Dekretierung einer neuen Gemeindeordnung die Grundfesten des gesellschaftlichen Verbandes erschüttert und die Bande des Staatsorganismus gelockert. Ausserordentliche Umstände erheischen zwar ausserordentliche Opfer. Wir sind aber der unerschütterlichen Ueberzeugung, dass die Volksbewaffnung und Herbeischaffung der Mittel die ungeteilte Thätigkeit der provisorischen Regierung in Anspruch nimmt. Was namentlich das Zwangsanlehen betrifft, so sind wir in Berücksichtigung der Zeitverhältnisse mit der sofortigen Erhebung eines Viertels einverstanden, verlangen aber zu den übrigen Bestimmungen dieser Verfügung, sowie zu der angeordneten Wegnahme der Pferde die Zustimmung des Volkshauses. Wir protestieren somit entschieden gegen alle Dekrete, wodurch die Institutionen der Pfalz verletzt oder aufgehoben werden, sofern sie nicht durch eine Volksvertretung beraten und beschlossen sind, und fordern die provisorische Regierung auf, dieselbe durch Anordnung einer direkten Wahl je eines Vertreters auf 10000 Seelen auf den Grund des Reichswahlgesetzes sogleich zu veranlassen."

Daraufhin fasste der Speyerer Stadtrat unter Vorsitz des Bürgermeisters Kolb einen Beschluss, dahin gehend, dass eine allgemeine Volksvertretung in der Pfalz berufen werde, ohne deren Beistimmung keine bestehenden Gesetze aufgehoben und keine neuen geben werden dürften. Die bisher von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze sollten bis zu jener Beistimmung ohne Vollzug bleiben. Auch drei Mitglieder der genannten Regierung für jene, welche bisher ihre Wahl nicht angenommen hatten, müssten sofort gewählt werden. Die provisorische Regierung erklärte am 3. Juni

diesen Beschluss für einen Verrat am Vaterlande, löste den Stadtrat in Speyer auf, und sandte Exekutionsmannschaft unter Anführung des protestantischen Pfarrers Eckhardt von Gönnheim und des preussischen Flüchtlings d'Ester nach Speyer, um eine neue Stadtratswahl vorzunehmen. Die Neuwahl fiel fast ausschliesslich auf die alten Mitglieder. In einem offiziellen Artikel des Speyerer Anzeigeblattes vom 5. Juni 1849 hiess es: „Einem kleinen Teile der Pfälzer ist daran gelegen, die Rechtsgültigkeit der Verordnungen der provisorischen Regierung in Zweifel zu ziehen und zu verdächtigen. Ein gefährlicher Irrtum oder ein schwer zu bestrafendes Verbrechen! Die bayerische Regierung übte einen Verrat an der deutschen Einheit, sie verwarf die Einführung und Anerkennung der auch sie und ihr Land bindenden deutschen Reichsverfassung. Die Pfalz erhob hiegegen das Banner der Revolution. Die Unterwerfung unter die deutsche Verfassung war die Parole. Es bildete sich der Landesausschuss, um die Selbständigkeit des Landes zu wahren, auf seinen Antrag traten die Abgeordneten der Kantone der Pfalz zusammen und wählten eine provisorische Regierung . . . Diese Regierung ist aber gemäss der Zusammenberufung eine suveräne, ist der reine Ausdruck der Majorität des Volkes."

Auf diese Opposition im eigenen Lager beziehen sich auch zwei bemerkenswerte Briefe, die ich im Originale mitteile. Der erste datiert vom 6. Juni und stammt aus der Feder des Parlamentsmitgliedes Eisenstuck, des früheren Reichskommissärs in der Pfalz. Er ist an Trütschler gerichtet, den das Stuttgarter Rumpfparlament damals als Reichskommissar in die Pfalz schicken wollte, und lautet: „Lieber Freund! Schüler bittet mich, bei Deiner Absendung nach der Pfalz meine Ansichten über das Land mitzugeben, weil er meint, dass die allseitige Zustimmung aller Parteien, die ich dort gefunden, mir eine besondere Mission dazu erteile; ich lasse das ganz dahingestellt, komme aber dem Auftrage nach in Folgendem: Wenn Du in der Pfalz mit Erfolg auftreten willst, musst Du das Land ganz anders als Baden ansehen; der Grundton der Bevölkerung ist gesetzliche Form; seit 50 Jahren mit allen Freiheiten versehen und mit einfachen klaren Gesetzen ausgestattet, will man dort bei jedem Verfahren eine loyale Form und nur die fremde Einmischung, welche durch das gänzliche Verlassen der Pfälzer Sache von Frankfurt aus seit meiner Abreise von dort stattgefunden hat, machte es möglich, dass vielleicht scheinbar, aber auch nur scheinbar, eine andere Richtung dort eingetreten. Du musst den Mut haben, diesen exzessiven fremden Einfluss zu entfernen, wenn Du mit Erfolg wirken willst; das wird schwierig sein, aber es muss geschehen.

sonst halte ich die innere Contrerevolution und selbst eine starke Reaktion für möglich. Ferner: Die politische Vereinigung der Pfalz und Badens ist meiner Ansicht nach gegen den entschiedenen Willen der Majorität des Volkes, dessen bin ich gewiss, was die Einzelnen auch darüber sagen mögen. Die Pfalz sendet an 1 Million Ueberschüsse jährlich nach München, sie weiss recht gut, dass diese ihre Steuern auf ein Minimum sich reduzieren würden, wenn man das wohlerworbene Eigentum selbst behalten könnte, und deshalb wird man stets gegen die Vereinigung sein. Vor allen Dingen sorge für schleunigste Berufung einer pfälzischen Landesversammlung auf Grund des Reichswahlgesetzes — schon diese loyale Form der Vertretung des Volkes wird die Parteien versöhnen. Die provisorische Regierung möge als vornämlichste Tagesordnung dieser Konstituante (die Feststellung der staatlichen Form der Pfalz und respektive Abtrennung von Bayern — letztere Worte sind durchgestrichen), die Anerkennung und Prüfung ihrer Massregeln und die Erörterung und Beschlussnahme über die Vereinigungsfrage bezeichnen, das wird gute Wirkung thun. Die provisorische Regierung hat dadurch von vornherein gefehlt, dass sie sich gegen meinen ausdrücklichen Rat konstituieren liess, ehe die letzten Schritte in München seitens der Pfälzer Deputierten geschehen waren. Das war damals der Wunsch Aller und daher kam die starke Minorität von 13 gegen 15 wider die Einsetzung der provisorischen Regierung. Der weitere Mangel war, dass die Landesversammlung nicht unter Angabe eines speziellen Mandates gewählt wurde — denn der Pfälzer will unter allen Umständen eine gesetzliche Form, eine Kontinuität der gesetzlichen Basis. Du wirst meinen, dass ich ungeheuer heulen gelernt habe, — ich bin fest überzeugt, dass, wenn Du die Leute dort nicht nimmst, wie sie sind, und wenn Du nicht die fremden Elemente von den einheimischen mit Vorsicht trennst und sonderst, Du gewiss nicht zum Ziele kommen wirst. Stuttgart, 6. Juni 1849. Dein Eisenstuck. P. S. Ich habe oben die Abtrennungsfrage von Bayern gestrichen; ich glaube, dass es klüger ist, sie nicht in den Vordergrund zu stellen, da sie nutzlos die inneren Parteien entzündet und endlich doch sich von selbst versteht."

Der zweite Brief ist von dem „Reichsregenten" Karl Vogt ebenfalls an Trütschler gerichtet und in der bekannten cynischen Weise Vogts geschrieben. Er lautet: „Lieber Trütschler! Joseph war schon beauftragt, mit Dir Rücksprache zu nehmen, ob Du wohl ein Kommissorium in die Pfalz annehmen würdest. Ehe aber die Antwort kommen konnte, mussten wir uns entschliessen, Dich zu kommittieren, in der bestimmten Hoffnung, Dich annehmen zu sehen

trotz Deiner wichtigen Funktionen in Mannheim, da Du dort ersetzlich, in der Pfalz unersetzlich bist. Ich füge Dir gleich noch bei, dass besonders die „Pfälzer Westendhall“ über Deine Ernennung heult, während F. Simon auf Deine Person besonders hielt. Wesentlich wurde Deine genaue Bekanntschaft mit d'Ester uns vorgehalten, der allerdings eine üble Einwirkung in der Pfalz übt, da er nur desorganisiert, aber nicht organisiert, und zu Oktroyierungen von Gemeindeordnung u. s. w. treibt, die teils unklug sind, teils erbittern. Es gibt nichts besseres für eine revolutionäre Regierung, als die napoleonische Gemeindeordnung, welche Alles in die Hand der Regierung legt — und nun geht d'Ester hin und stellt die reaktionär werdenden Gemeinden frei! So was ist zum Tollwerden! Wir hoffen von Dir, dass Du Ordnung schaffst und besonders all die privilegierten Religionsbuben zur Raison bringst, die, jeder nach eigenem Kopf, schreien, Niemandem gehorchen wollen und Alles in Unordnung und Verwirrung bringen. Du bekommst durch Dein Kommissorium eine Art Diktatur — wir wissen, dass Du sie brauchen wirst, dass die Revolution sich nicht zersplittert und nicht durch mutwillige Verletzung des gesetzlichen Scheines erbittert, wo keine Not dazu da ist. Spezielle Nachrichten wünschten wir über General Sznayde, ob Du sowohl die Verhältnisse in Baden und der Rheinpfalz als auch den Mann selbst für geeignet hältst, als Oberbefehlshaber an die Spitze der Reichsarmee von unserer Seite zu stellen. Weisst Du einen anderen, so bitte ich und die übrigen Regenten um Rat. Ganz speziell möchte ich Dich darauf aufmerksam machen, dass Dein erster Schritt die Einberufung einer Landesversammlung sein müsse. Alle Pfälzer sind darüber einig und der Widerstand gegen die provisorische Regierung stützt sich besonders darauf, dass sie sich nicht mit einer solchen Versammlung umgeben und Gelder erhoben habe ohne diese Versammlung. Dieselbe soll aber ja nicht den Titel „Konstituierende“, sondern nur Landesversammlung erhalten. Ferner wäre es sehr dringend, für Bezahlung des Zwangsanlehens Fristen zu gestatten. Das drückende der Massregel liegt nicht in der Taxation, sondern in der Frist von drei Tagen, binnen welchen Leute, wenn sie auch Hunderttausende besitzen, Tausende von Gulden beischaffen sollen. Römer beträgt sich schändlich, aber es bricht unter ihm der Boden. Nur noch ein paar Tage und er sinkt in den Abgrund. Sie beginnen schon, wie es heisst, Soldaten standrechtlich zu erschiessen. Herzlichen Gruss von Deinem C. Vogt.“

Mit der Hülfe für die Pfalz von auswärts sah es sehr flau aus. An Worten und schönen Versprechungen fehlte es ja nicht, aber an

Thaten. Die Württemberger hielten am 27. Mai in Reutlingen eine grosse Volksversammlung ab, welche Anschluss an Baden und die Pfalz verlangte. Die Regierung wies den Wunsch kurz ab und liess den Hauptagitator Fickler festnehmen. Der regierende Landesausschuss in Baden richtete am 28. Mai einen Aufruf an die Bewohner der Länder Baden und Pfalz, der eine gemeinsame Organisation der Volkswehr für diese beiden Länder ankündigte. Zu dieser „Volkswehr des oberrheinischen Kriegsbundes" sollte die Pfalz 25000 Mann stellen. Beide Länder wurden in 5 Wehrkreise eingeteilt, von denen die Pfalz den fünften bildete. Diese ganze Wehrordnung verblieb auf dem Papier, da Baden den Pfälzern weder Geld, noch Gewehre, noch Kanonen abgeben wollte. Ich habe schon erwähnt, dass es ganz zuletzt auf vieles Bitten und Betteln eine Batterie gegen sofortige Barzahlung lieferte. Dagegen hatte es am 27. Mai Fröbel zum Bevollmächtigten bei der pfälzischen Regierung ernannt. — Am 27. Mai fand in Colmar eine Volksversammlung statt, in der man ein Komitee wählte, welches Baden und die Pfalz durch Lieferung von Waffen und Munition wirksame Hilfe leisten sollte. Auch beschloss man eine Adresse an die französische Kammer, worin gefordert wurde: Die legislative Versammlung solle das Vaterland in Gefahr erklären, die französische Republik müsse die Regierungen in Kaiserslautern und Karlsruhe anerkennen, und die Integrität des Gebietes dieser zwei Staaten proklamieren, die Kammer solle die Absendung einer Observationsarmee an die östlichen Grenzen befehlen, mit dem Auftrage, diese beiden Staaten zu unterstützen, wenn sie bedroht würden, ferner, die Republik möge diesen Völkern die Waffen und Munition liefern, deren sie bedürfen. Bei diesen Beschlüssen ist es auch geblieben, obschon die provisorische Regierung ihre Hand noch direkt, wie wir sehen werden, nach französischer Hilfe ausstreckte.

Ich habe früher mitgeteilt, dass 105 Mitglieder der Linken des Frankfurter Parlaments sich nach Stuttgart begeben hatten, um dort weiter zu tagen. Sie stellten eine Reichsregentschaft auf, welche sich mit dem Plane trug, zum Schutze der Reichsverfassung ein Reichsheer zu organisieren. Allein keine Regierung reagierte auf die Anfragen der Regentschaft, und sie erliess am 18. Juni, an demselben Tage, wo das Rumpfparlament gesprengt wurde, noch folgenden Aufruf: „Deutsche! Die Nationalversammlung hat Baden und die Rheinpfalz unter den Schutz des Reiches gestellt; sie hat das deutsche Volk aufgerufen, die Reichsverfassung zu schirmen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Sie hat uns zu diesen Zwecken mit der Aufstellung eines Reichsheeres und mit der Organisation der Volksbewaffnung beauftragt. Die deutschen Regierungen, welche die

Reichsverfassung anerkannt haben, sind von uns aufgefordert worden, einen Teil ihrer stehenden Heere zur Bildung des Reichsheeres zu stellen. Aber das ganze Volk muss wehrhaft sein, wenn sein Wille ausgeführt werden soll, und in dem Kampfe für das höchste Gut des Lebens hat jeder wehrhafte Mann zum Schwert zu greifen. Wir haben das Gesetz verkündet, welches die deutsche Volkswehr organisiert. Jede Stadt, jedes Dorf wird nach diesem Gesetze die waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren sofort unter die Waffen rufen. Schmach dem, der die Kraft hat und sich dem Vaterlande entzieht. Es gilt vor Allem, Baden und der Pfalz die Bruderhilfe zuzuführen. Aus allen deutschen Ländern mögen Freiwillige in Scharen den Bedrängten zu Hilfe eilen. Deutsche! Duldet nicht, dass die Männer, die sich mutig für die Reichsverfassung erhoben, dem Reichsfeind erliegen. Bedenkt, dass die Niederlage dieser Tapferen auch Euch das Los der Knechtschaft bringt. Zu den Waffen! Deutsches Volk! Es gilt den hl. Kampf für unsere Freiheit gegen schamlose Unterdrückung. Zeige der Welt, dass dein Herz gross wie dein Geist; zeige, dass das Herz Europas, das man erstorben wähnte, noch in Begeisterung schlage für die Freiheit.“ Leute, die sich selbst nicht helfen konnten, vermochten der Pfalz auch keine Hilfe zu bringen, der übrigens am 18. Juni, als der Aufruf erlassen wurde, auch nicht mehr zu helfen war.

Je näher die Gefahr rückte, um so lauter wurden die Hilferufe der provisorischen Regierung. Sie streckte auch dorthin bittend ihre Hände aus, wohin eine Korporation, welche sich rühmte, für Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen, sich unter keinen Umständen wenden durfte, nämlich nach Frankreich. Dorthin tönten am 10. Juni 1849 zwei Notschreie. Der erste richtete sich an die französischen Soldaten und die Nationalgarde und lautete in deutscher Uebersetzung (Anklageakte) folgendermassen: „Bürger! Der Augenblick ist gekommen, wo die Kroaten und Kosaken die Pfalz und das badische Land gewaltsam besetzen. Vom baltischen Meere bis zu den Alpen zieht ein furchtbares Kriegsheer gegen die französische Republik; die Henker von Wien, Berlin, Mailand und Dresden senden ihre mörderischen Banden, um unser Volk, das sich heldenmütig gegen seine tyrannischen Unterdrücker erhoben hat, meuchlerisch zu töten; die Verschwörung sämtlicher europäischen Regierungen wird der Freiheit der Völker ein Ende machen. Frankreich, der erste Verteidiger dieser grossen und edlen Sache, muss ohne Verzug unterliegen, wenn es die freien Völker der Pfalz, von Baden und den Ufern des Rheins, welche ehemals als die treuesten Verbündeten in den Reihen der französischen Armee gegen die hl. Allianz kämpften,

unbestraft erwürgen lässt. Die Lombardei, Piemont, die römische Republik, ganz Italien stehen am Rande des Verderbens und die Demokraten der Rheinlande sind das letzte Bollwerk Frankreichs. Ewige Schmach dem Volke und dem Heere Frankreichs, wenn es die treuloseste und freiheitsmörderischeste Politik, welche jemals bestand, länger duldet — die Politik einer Regierung, welche, die Verfassung beratend, sich bereits offen mit den Tyrannen verschworen hat: Edle Soldaten Frankreichs! Euer Präsident, ein Abkömmling des grossen Napoleon, und Minister der französischen Republik verhindern uns, Waffen zur Verteidigung unserer Rechte und Freiheiten zu kaufen. Man hält bei Euch unsere deutschen und polnischen Brüder, welche dahin eilen, wo Ehre und Notwendigkeit sie rufen, um dem Einfalle der Kosaken zu widerstehen, zurück und Euere Regierung thut alles, um diesen zu begünstigen. Die preussischen Befehlshaber unterhalten bereits Verbindungen mit Euerer Armee, die uns von allen Seiten umringt, um die Verteidiger des Vaterlandes aufzuhalten, wenn sie gezwungen werden sollten, sich auf das französische Gebiet zurückzuziehen. Man will aus Euch eine zweite Armee Oudinots und des Papstes machen. Möge das wahre französische Volk diese Handvoll feiger Elender verjagen, möge das Heer, dessen einziger Leiter die Ehre ist, sich an die Spitze stellen, um der so vielfach verletzten Verfassung Achtung zu verschaffen. Schliessen wir unsere Reihen enger. Kommt zu kämpfen, für die Verteidigung Eurer Grenzen, zum Beistande der Legion „Robert Blum", der deutsch-polnischen Legion, damit der Rhein frei bleibe, damit nicht Euer und unser Blut seine Wellen röte. Und Ihr, Boichot, Nattier und Kommissaire, würdige Vertreter des französischen Heeres in der Nationalversammlung, hört Ihr den Schrei der deutschen Demokratie, welche Euch anruft gegen die ewigen Feinde der Freiheit. Edle Volksvertreter, protestiert nachdrücklichst gegen die unerhörte Beleidigung von seiten Euerer Verräter! Protestiert, edle Soldaten, gegen eine Europa seiner Freiheiten beraubenden Regierung. Zu den Waffen, Bürger, der Kosake ist vor Euren Thoren!" — Der zweite Hilferuf, in deutscher und französischer Sprache verfasst, ist an das französische Volk gerichtet und hat folgenden Wortlaut: „Die Freiheit ist in Gefahr!" Auszug aus dem letzten Tagesbefehl des Kommandanten der preussischen Rheinarmee: „Den Patrouillen und Posten ist sofort strenge anzuempfehlen, dass sie sich gegen die französischen Patrouillen sowie überhaupt gegen das französische Militär besonders freundschaftlich benehmen und mit denselben fraternisieren, da nun Preussen gemeinschaftlich mit Frankreich die Zernierung der Pfalz unternimmt!" Auszug des Sendschreibens des Präsidenten

der Republik an die Legislative: „Ueberall in Europa liegen Ursachen zu Zusammenstössen vor, welche wir beizulegen gesucht haben, dabei jedoch die Unabhängigkeit unserer Handlungen, die Reinheit unseres Charakters wohl bewahrend. Franzosen! Brüder! Das also war die dem ritterlichen französischen Volke, die der grossen Nation aufgesparte Rolle, den Starken gegen den Schwachen beizustehen, die Preussen von Waterloo gegen seine Freunde und Nachbarn zu unterstützen? Ist die französische Republik dazu berufen, sich mit jenen zu verbünden, welche die Verträge von 1815 diktierten, mit dem Braunschweiger von 1849, mit den Royalisten, Kroaten und Kosaken, mit den Preussen endlich, welche Eure Felder verheert, Eure Hauptstadt besudelt, Euer Land geplündert haben, und dies gegen ein kleines Völkchen, welches nichts will, als sein Recht und seine Freiheit, gegen die Demokraten der Pfalz, seiner Zeit den getreuesten Verbündeten des Onkels Eueres Präsidenten, des grossen Napoleon? Die Barbaren stürmen von allen Seiten auf uns ein, wir werden uns tapfer wehren, wir schwören es. Die Armee von Kriegsknechten, blinde Werkzeuge blutgieriger Tyrannen, werden es fühlen, was eine kleine Anzahl vermag, wenn sie für Recht und Freiheit gegen Knechte streitet, die besoldet sind, um Henkersdienste zu leisten. Verraten aber durch jene, welche wir für unsere Freunde hielten, durch Eure meineidige Regierung aller Kriegsmittel beraubt, die ja sogar unsere in Belgien angekauften Waffen beim Durchgange durch Frankreich mit Beschlag belegt; umzingelt von ihren Truppen, welche den Preussen von Waterloo die Hände reichen, wird nur mit Euerer Hilfe der Sieg uns möglich sein, denn es geschehen keine Wunder mehr. Franzosen und Ihr, Demokraten des Elsasses und Lothringens, aus demselben Blute mit uns entsprossen, wollt Ihr nicht sämtlich den Schandfleck auf der Stirne tragen, welchen Eure an Frankreich verräterische Regierung Euch aufzudrücken sucht, wollt Ihr von den Schwellen Euerer Thüren aus Eure Freunde, Weiber, Greise und Kinder nicht durch die Preussen von Waterloo hinmorden sehen, dann eilet herbei zu unserer Hilfe mit bewaffneter Macht, denn die verfluchten Henkersknechte des Königs von Preussen, des Alliierten der Kosaken und Kroaten! stehen im Begriff unsere Grenzen zu überschreiten und marschieren bereits gegen die Euere: Hoher Ruhm, unbegrenzte Erkenntlichkeit denjenigen, welche herbeieilen gegen die blutgierigen Unterdrücker, um mit uns zu kämpfen! Schmach und Schande auf diejenigen, welche das Gewehr im Arme, ruhigen Auges den Schwachen, dessen Stärke nur in seinem Rechte ruht, dem Tyrannen, durch seine Bosheit stark, preisgegeben sehen!

Herbei, herbei! lasst uns nicht vergebens die Arme nach Euch ausstrecken! Eilt, lasset Frankreichs Ehre nicht besudelt werden.“ Dieser Aufruf ist nur unterschrieben von: Schmitt, Fries, Hepp. — Eine dritte Ansprache wurde an demselben Tage an die „verfluchten Henkersknechte des Königs von Preussen“ selbst gerichtet. Dieselben verwandeln sich auf einmal in „Brüder — Soldaten“! Der Aufruf lautet: „An die preussischen Soldaten der Linie und Landwehr! Brüder! Der unglückliche Starrsinn der deutschen Fürsten hat Euch uns feindlich gegenübergetellt! Deutschland sei gross! Deutschland sei mächtig! Deutschland sei frei! riefen wir alle, Ihr als wir, in der gewaltigen Revolution des Jahres 1848. Die Fürsten wollten aber nur mächtige grosse Fürsten, wir ein mächtiges, grosses, freies Volk in Deutschland haben. Die Fürsten, die im Frühjahre 1848 sich demütig dem Volkswillen gebeugt hatten, rebellierten, als das gutmütige Volk sie unvermerkt wieder hatte zu Macht kommen lassen, gegen das Volk und seine Vertreter in Berlin wie in Dresden, in München wie in Frankfurt. Ja sogar der preussische König, dem die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt die höchste Ehre und Macht, die deutsche Kaiserkrone, anbot, wies sie zurück, nur um deswillen, weil er sie nicht aus der Hand des Volkes haben wollte. Er trieb die Vertreter des preussischen Volkes und somit auch die Euern in Berlin auseinander, als sie ihm dringend die Notwendigkeit vorstellten, durch Annahme der Kaiserkrone Preussen an die Spitze von Deutschland zu stellen. Viele Teile Deutschlands haben sich erhoben gegen solche Fürstenwillkür, um das deutsche Volk zu schützen gegen die Unterdrückung aller Freiheit und allen Rechtes. Was that der König von Preussen? Er liess Euch marschieren, ihm die Freiheit des deutschen Volkes und somit Eure eigene vernichten zu helfen. Brüder! Ihr steht heute der pfälzischen Volkswehr gegenüber, die für das höchste Gut des Menschen, die Freiheit, kämpft, nicht etwa für die Pfalz, nein, für ganz Deutschland. Wir wollen keinen Kampf mit dem preussischen Volke, das wir achten als ein tapferes, hochherziges, und von dem wir überzeugt sind, dass in ihm dieselbe Begeisterung für die Freiheit glüht, wie in uns. Wir wollen nur einen Kampf mit seinen eignen Unterdrückern, den Fürsten und der Kasten engherziger Bevorzugter, die sie umgeben, und die von dem gegenwärtigen Kampfe die Vernichtung ihrer volksfeindlichen Privilegien fürchten. Brüder — Soldaten, reicht uns die Hände, wenn man Euch gegen uns führt, bedenkt, dass Eure Pflichten als Bürger, Eure Pflichten gegen Eure Väter, Eure Brüder, und das ganze Volk höhere sind, als gegen den König, der Euch missbraucht, Euch wie uns verrät, und Euch

den barbarischen Horden des russischen Zaren überliefert. Brüder! Wohlan denn, lasst uns für das gemeinschaftliche Ziel kämpfen, die Einheit und die Freiheit des deutschen Volkes! Lasset nicht den Fluch Euerer deutschen Mitbürger auf Euch kommen, dass Ihr als feile Henkersknechte rebellischer Fürsten missbraucht worden wäret. Es lebe das grosse, mächtige, freie Deutschland!"

Am selben 10. Juni — es wurde an diesem Tage viel Tinte verspritzt — erliessen die provisorische Regierung und der Oberkommandant der Pfälzer Volkswehr gemeinschaftlich ein „Aufgebot zum Landsturm." Es lautet: „Die Preussen, wenn auch nur in geringer Zahl, nahen sich der Grenze, werden aber nicht den Mut haben, sie zu überschreiten, wenn das pfälzische Volk zeigt, dass es Mann für Mann entgegentritt. Pfälzer! jetzt kommt die Zeit, wo Ihr bewähren müsst, dass Ihr für die Sache der Freiheit einsteht. Das ganze Land muss von nun an allarmiert sein, das wird die Preussen abwehren. Es wird darum der Landsturm aufgeboten und demgemäss angeordnet: 1. In jedem Orte ist sofort Sturm zu läuten. Das Läuten beginnt am 11. d. M. früh 6 Uhr, und gilt das erste Mal als Zeichen, dass das Vaterland in Gefahr ist und jeder gutgesinnte Bürger auf seinem Posten sein soll. 2. Sofort haben sich die Bewohner jeden Ortes mit den Waffen, die sie besitzen, seien es Gewehre, Sensen, Pistolen, Heu- oder Mistgabeln, Aexten, Dreschflegeln und dergleichen, zu versehen, sich geordnet zusammenzustellen und ihre Führer zu wählen. 3. Fortwährend ist in allen Gemeinden jede Bewegung, welche die Preussen vornehmen, durch aufgestellte Wächter auf den Höhen und Türmen genau zu beobachten und sobald eine solche erfolgt, durch Sturmläuten und Eilboten weiter zu verbreiten, worauf die Mannschaft jeden Ortes nach Vorschrift 2 sich wieder zu versammeln, auch sich mit Lebensmitteln auf wenigstens zwei Tage zu versehen hat. 4. Des Nachts sind, wenn die Preussen sich bewegen, auf den Bergen Feuersignale zu erteilen. Es sind daher von allen Gemeinden auf den benachbarten Bergen oder Höhen Holzstösse und Alarmpfähle vorzubereiten, auch die erforderlichen Leute zur Durchführung der Signale bereit zu halten. 5. Ferner sind alle Engpässe unverzüglich zu besetzen und in Verteidigungszustand zu erhalten, ohne jedoch den Weg völlig zu sperren bis der Feind wirklich anrückt. Bürger! Wir erwarten, dass diese Verordnung, deren Ausführung wir kräftigst überwachen lassen werden, allenthalben pünktlich erfüllt wird; wir erwarten dies von Euerem Patriotismus. Das Vaterland ist in Gefahr, rettet es!" Die schon erwähnte „Trompete von Speyer", ein rohes Schmutzblatt, verkündet unterm 11. Juni 1849:

„Soeben ertönt die Sturmglocke, — eine Proklamation der provisorischen Regierung erklärt das Vaterland in Gefahr. Die preussischen Junker wollen unsere blühende Pfalz in eine Wüstenei verwandeln; sie wollen Euch, Ihr biederen Pfälzer, morden; sie wollen Eure Weiber und Töchter schänden. Pfälzer! ganz Deutschland, ja ganz Europa hat seine Augen auf Euch gerichtet. Verzaget nicht, lasst Euch durch das kleinmütige Geschrei feiger Knechte nicht irren, die Euch immer vorheulen, es mangle an Waffen. Das ist Thorheit. Bedenkt, dass in den Händen der nach Freiheit Strebenden alles zur Waffe wird, bedenkt, dass es uns nicht an Platz mangelt, Hunderttausende von Preussen zu begraben." Remling bemerkt hierzu: „Es war dies der Todesstoss der „Trompete", welche nur 24 Nummern erlebte."

Am 13. Juni, dem Tage des Einmarsches der Preussen in die Pfalz, richtete die provisorische Regierung nochmals einen „Aufruf an unsere Brüder, die preussischen Soldaten der Linie und Landwehr" folgenden Inhaltes: „In dem Augenblicke, wo Euch der Befehl zugegangen ist, die pfälzische Grenze zu überschreiten, in dem Augenblick, wo es in Eure Hand gelegt ist, ob Ihr Euch missbrauchen lassen wollt, die Freiheit Deutschlands zu unterdrücken oder mitzukämpfen zur Verwirklichung derselben, in diesem Augenblick wenden wir uns nochmals an Euch, Brüder! Wir sind entschlossen zu kämpfen und den Frieden in Deutschland wiederherzustellen, der durch den Verrat deutscher Fürsten gestört ist. Für die Freiheit kämpfen wir, für die Erreichung eines glücklichen, geordneten Zustandes. Tretet in unsere Reihen, schon kämpfen viele von Euch mit uns. Wir versprechen Euch, Euch aufzunehmen als Brüder, Euch alle Rechte zu gewähren, die das Pfälzer Volk selbst geniesst. Wir sind alle Söhne des deutschen Vaterlandes, wir müssen in allen Stücken gleichberechtigte Brüder sein. Ihr findet in der Pfalz nicht Räuberbanden, wie man Euch gesagt hat, Ihr findet die ganze Bevölkerung der Pfalz erhoben, begeistert für die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes. Es lebe die Freiheit! Es lebe Deutschland!"

Am selben Tage erging im „Boten für Stadt und Land" Nr. 118 folgende Aufforderung: „Pfälzer! Brüder! Die Stunde des Kampfes naht. Unser Feind, der Feind der Grösse und Einheit Deutschlands, steht drohend an unserer Grenze. Wir erwarten ihn mit dem Mute, der wahren Männern ziemt; wir erwarten ihn mit dem festen Entschluss, im Kampfe für die Unabhängigkeit und Freiheit, die er mit frechem Hohne vernichten will, zu siegen oder zu fallen. Brüder! Der Feind steht gerüstet, wir müssen ihn ebenso gerüstet empfangen, sobald er es wagen sollte, die Grenzen unserer herrlichen Pfalz zu

überschreiten. Wir fordern Euch daher dringend auf, alles was ihr an unbrauchbaren Glocken und sonstigem Metallgut besitzt, schnell an die Militärkommission einzusenden, damit es zum Kanonenguss verwendet werde. Jede Gabe und sei sie noch so klein, ist willkommen, aber säumet nicht, sie für die Rettung unserer schönen Pfalz anzubieten. Brüder! Die Zeit drängt. Eilet, euere Schuldigkeit zu thun. Kaiserslautern, 12. Juni 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: P. Fries, N. Schmitt, Hepp." Die Zeit drängte am 12. Juni thatsächlich so, dass nicht etliche abgelegte Glocken sondern nur fertige Kanonen etwas helfen konnten.

Am 14. Juni, also sehr spät, erging folgender Aufruf: „An die Forstleute der Pfalz. Kameraden! Brüder! Auf die Aufforderung der provisorischen Regierung der Rheinpfalz haben sich die Unterzeichneten ungesäumt hierher verfügt und um so mehr sich beeilt, als sie sicher erwarteten, dass ein edler Wetteifer ihre Kollegen beseele, dass jeder der Erste auf dem Platze sein wolle! Wir sind der festen Ueberzeugung, dass entweder verspätete Mitteilung und die dadurch hervorgegangene Unkenntnis der Sachlage, oder auch die Art und Weise, wie der Stand der politischen Verhältnisse ihnen geschildert wurde, viele unserer noch nicht eingetroffenen Brüder vom Hierherkommen abhielt. Das Vaterland ist in Gefahr. Dringend bedarf es aller, aller seiner Söhne. Keiner kann, keiner darf sich ihm entziehen. Unser Kamerad, Bürger Keller, Forstaktuar von Neustadt, wurde zum Organisateur eines Freischützenkorps aus Forstleuten und andern geübten Büchsenschützen von der provisorischen Regierung ernannt und hat in dieser Eigenschaft schon zwei Aufrufe an die Forstleute der Pfalz erlassen. Noch fehlen viele. Wir sind überzeugt, dass sie nicht aus Mangel an Liebe zur Freiheit und Gerechtigkeit, aus Kleinmut zurückgeblieben. Wir fordern daher alle unsere noch abwesenden Kollegen, deren deutsches Herz für des Volkes heilige Sache glüht, für das Recht begeistert ist, die Mut genug besitzen, für ihre Ueberzeugung Gut und Blut einzusetzen, auf, unverzüglich hierher zu eilen um sich uns anzuschliessen. Verzug wäre Verrat! Waidmannsheil! Kaiserslautern, 14. Juni 1849. Mieg. Oskar Traitteur, Albrecht, Hofherr, Giesling, Schnorr, Saam, Werle, Kranz, Fischer, Dörr, Osterfeld, Bitsch, Kees, Jäckel, Franck, Guckenbühl, Schneider, Rühl, Carl, Karl Traitteur, Karl Jacoby, Grieshammer, Seel, Krafft, Candidus, Karg, Godron, Compter, Runff, Wüst." Das ganze Scharfschützenkorps, von denen man im Feldzuge nie etwas gehört hat, scheint die Zahl von 31 Köpfen nicht überstiegen zu haben.

Um die öffentliche Meinung in Deutschland zu bearbeiten, hatte

die provisorische Regierung sich eine „Lithographierte Korrespondenz“ beigelegt, welche von einem Litteraten Grün redigiert wurde. Sie leistete ungewöhnliches in Schönfärberei, sie log das Blaue vom Himmel herunter. Ihre Lektüre wirkt zugleich erheiternd und verblüffend, wenn man die kläglichen Zustände kennt, die jenesmal in der Pfalz herrschten. Hierfür einige Beispiele. Aus Kaiserslautern, 16. Mai, meldet Herr Grün: „Die Bewegung, welche vor 10 Tagen in der Pfalz begonnen, hat während dieser Zeit alle Klassen der Bevölkerung ergriffen, so dass jetzt alt und jung, reich und arm wie ein Mann für die Reichsverfassung steht. Die Begeisterung, die sich allenthalben auf die erhebendste Weise kundgiebt, erleichtert dem Landesausschusse, welchem von dem Reichskommissär Eisenstuck die Leitung der Bewegung übertragen worden ist, seine schwierige Aufgabe. Die Kantonalausschüsse stehen dem Landesausschusse rüstig zur Seite. Von allen Seiten treffen in Kaiserslautern und den übrigen Waffenplätzen bewaffnete Zuzüge ein, und bereits stehen mehrere tausend begeisterte Kämpfer gegen die zu erwartenden Angriffe der Tyrannei gerüstet da.“ Ein anderes mal heisst es: „Nachdem Sachsen gefallen, sind die besten Hoffnungen aller Freiheitsfreunde auf die Pfalz und Baden gerichtet. Die Bevölkerung dieser Länder wird diese Hoffnungen nicht zu Schanden werden lassen. Geld, Waffen und Mannschaft sind in ausreichender Masse vorhanden. Die Frauen bieten Bandagen und Charpie an. Schon stehen 10 000 Freiheitsstreiter da und eben werden Anstalten getroffen, noch 12 000 Mann dazu auszuheben. Erhebt sich vollends noch Württemberg, so dürfte über den Ausgang des bevorstehenden Kampfes kaum noch ein Zweifel obwalten.“ Weiter liest man: „Die Rekrutierung hat begonnen, ebenso die Beitreibung der Zwangsanleihe. Im Ganzen gehorcht man den Anordnungen der provisorischen Regierung sehr willig; nur einzelne Fälle der Renitenz kommen vor, und wo diese vorkommen, da haben sicher die Pfaffen die Hand mit im Spiele.“ „Unsere Volkswehr bewährt ihre Wachsamkeit täglich aufs neue. Spione aller Art werden eingebracht und fast alle geheimen Pläne des Feindes entdeckt und vereitelt.“ „Die provisorische Regierung setzt alles in Bewegung, was zur Beschleunigung der Volksbewaffnung erforderlich ist. Die Rekrutierung in der Pfalz wird mit grossem Eifer betrieben und etwaigen vereinzelten Weigerungen die durch den Drang der Zeit zur Notwendigkeit gewordene Strenge entgegengesetzt.“ „Die provisorische Regierung fährt rüstig fort, zu organisieren. Unter ihren neuesten Massregeln ist die Herabsetzung des Salzpreises zu erwähnen. Das Oberkommando der Volkswehr führt bekanntlich seit einigen Tagen General

Sznayde. Ueber seine energische Thätigkeit herrscht unter Volk und Wehrmannschaft nur eine Stimme. Seine Tagesbefehle tragen das Gepräge grosser Umsicht und sind ganz geeignet, das vollste Vertrauen in seine Führung zu erwecken.“ „Die Zivilkommissäre entwickeln eine immer energischere Thätigkeit. Im Anfang hatte man sich in Bezug auf einige Persönlichkeiten vergriffen. Jetzt sind an die Stelle der ängstlichen bedenklichen Leute entschlossene, revolutionäre Charaktere gesetzt worden, welche, wie es auch kommen möge, ihrer schwierigen Aufgabe genügen werden.“ So geht es weiter. Wenn man von allem hier Gesagten das Gegenteil annimmt, kommt man der Wahrheit am nächsten.

Bevor ich zur Schilderung der nun eintretenden Katastrophe übergehe, erscheint es mir geboten, einen raschen Rundgang durch die verschiedenen Kantone der Pfalz anzutreten, da der Leser erst hierdurch ein vollständiges und richtiges Bild der pfälzischen Revolution erhält. Wir beginnen mit Kaiserslautern, das während dieser Zeit die Hauptstadt der Pfalz war. In dem kleinen Landstädtchen, welches etwas über 9000 Seelen zählte, herrschte dazumal buntes Leben und Treiben. Man sah allerlei Gesichter, manchmal auch recht verdächtige, man stiess auf allerlei Gestalten, manchmal auch auf solche, vor denen einst Bassermann erschrak, man gewahrte allerlei Trachten und Uniformen, manchmal auch solche, die an die Sansculotten erinnerten, man hörte allerlei Dialekte und Sprachen, preussisch-sächsisch, österreichisch, französisch und polnisch, es war eine buntscheckige Gesellschaft, welche die Revolution aus allen Weltgegenden hier zusammengeführt. Die Gasthäuser waren angefüllt mit Fremden, die bei der provisorischen Regierung Verwendung gefunden hatten. Das Trommeln in den Gassen hörte nicht auf, Freischaren kamen, Volkswehren zogen durch, die Einquartierungslast nahm kein Ende. Alle paar Tage fand in dem grossen Fruchthallsaale irgend eine Versammlung statt, zu der Tausende zusammenliefen, in der die Gemüter und Köpfe sich erhitzten. Neben den Polen sah man eine Anzahl früherer preussischer Offiziere, auch an republikanischen Litteraten fehlte es nicht. Des Redakteurs der „Lithographierten Korrespondenz“ Grün habe ich schon gedacht, zu ihm gesellte sich ein gewisser Cudlich, der den „Boten für Stadt und Land“ übernahm. Zuletzt stellte sich sogar noch Struve ein, der sich in Baden mit Brentano überworfen hatte und nun die Pfalz beglücken wollte. Er beabsichtigte in Neustadt ein revolutionär-sozialistisches Blatt „Deutscher Zuschauer“ herauszugeben, das es aber nicht über die „Probenummer“ hinaus gebracht hat. In dieser kündigte er an, er werde nicht eher ruhen, bis die Menschheit von ihren sechs Geiseln: König-

tum, Adel, Beamtentum, Armee, Pfaffentum und Geldwucher, befreit sei. Deutschland sollte eine Föderativrepublik mit 23 Freistaaten werden. Im Innern verlangte er Befreiung der Armut von allen



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Hauptmann und Trommler.

Abgaben, alleinige Besteuerung des Ueberflusses, Verteilung der Staatsdomänen unter die besitzlosen Freiheitskämpfer, Erziehung der Kinder auf Kosten des Staates. — Die Führer der Bewegung im Kanton Kaiserslautern waren die schon genannten Nikolaus Schmitt, Philipp Schmidt, Christian Zinn, der Zivilkommissär Clundt, der Platzkommandant Kohl, früher Diurnist bei der Regierung, der nach der

Anklageschrift sich beim Essen und Trinken sehr bemerklich machte. Als charakteristisch für Nikolaus Schmitt ist zu erwähnen, dass er dem Stadtrate zumutete, sich für 60000 Gulden zu verbürgen, wofür man Kanonen kaufen wollte. Als dieser sich weigerte, erklärte er, sie sollten bedenken, dass er Macht habe, ihnen die Köpfe vor die Füsse zu legen und ihr sämtliches Vermögen zu konfiszieren. . . Philipp Schmidt, obschon kaum 20 Jahre alt, hielt in den Volksversammlungen heftige Reden, schrieb grimmige Artikel in die Zeitungen, wirkte eifrig in den politischen Vereinen und zog dann auch mit der Flinte ins Feld. Christian Zinn, der auch als Redakteur sich hervorthat, war besonders als Anführer eines Sensenkorps bekannt und gefürchtet. Diese Truppe muss weder durch ihr Aussehen noch durch ihr Auftreten besonderes Vertrauen erweckt haben. Ihre Hauptbeschäftigung bestand im Festnehmen wehrloser Leute, die mit dem unsinnigen Aufruhr nichts zu thun haben und einen neuen Eid nicht schwören wollten, bevor sie von dem alten entbunden waren. Solche Männer holte man gewaltsam ohne Gesetz und Recht aus der ganzen Pfalz nach Kaiserslautern zusammen. Die bekanntesten unter ihnen waren der Hauptmann Graf Joner, den man der Spionage beschuldigte, der Landkommissär Freiherr von Maillot aus Bergzabern und der Pfarrer Schiller aus Iggelheim, ein beherzter, charakterfester Mann und origineller Schriftsteller. Meistens wurden die Verhafteten nach einigen Tagen durch die provisorische Regierung wieder entlassen, Schiller sogar, wie er schreibt, mit einer Belobung. In Kaiserslautern wurden nur 2 Verhaftungen vorgenommen, die des Polizeidieners Werle wegen „Aufreizung von Soldaten“ und die eines gewissen Philipp Jäger ohne Angabe irgend welchen Grundes. Dass man Staatsgelder mit Beschlag belegte, Kassen wegnahm und dergleichen, ist bei jeder Revolution so selbstverständlich, dass es kaum der Mitteilung bedarf. Erwähnung verdient noch ein Vorfall, der lange im Gedächtnis der Kaiserslauterer geblieben ist. Am Abend des 27. Mai verlautete plötzlich, die Preussen seien in Homburg eingerückt und stünden im Begriff, Kaiserslautern wegzunehmen. Christian Zinn begab sich zum Bahnhofverwalter, um von ihm zu hören, was er über diese Dinge wisse. Dieser erklärte, dass er hiervon gar nichts wisse, worauf man ihm mit Absetzung und Erschiessen drohte. Derselbe vermutete, dass der ganze Lärm auf einem Missverständnisse beruhe, weil Abends von Homburg her telegraphiert worden war, die Bahnwärter sollten auf ihren Posten bleiben, weil ein Extrazug komme, und schlug deshalb Zinn vor, mit ihm nach Homburg zu fahren, um sich über den Zweck des Extrazuges aufzuklären. Während dessen liess Fenner von Fenneberg fortwährend

Generalmarsch schlagen und Sturm läuten, um die Volkswehr gegen die anrückenden Preussen auf die Beine zu bringen. Reiter sprengten schreiend und tobend durch die Strassen. Das Gerücht verbreitete sich, die Sträflinge aus dem Zentralgefängnis seien ausgebrochen und wollten die Stadt plündern, die Weiber jammerten, die Kinder heulten, die Einen fürchteten sich vor den Preussen, die Anderen vor den Freischärlern, es war ein heilloser Wirwarr, bis endlich der Morgen anbrach und die Nachricht von dem preussischen Einfall sich als schlechter Witz eines Spassvogels darstellte. Die Leute nannten die Schreckensnacht die „schwarze“ und die Alten haben sie heute noch nicht vergessen.

Betritt man die ländlichen Kantone, so bemerkt man überall, dass der Bauer von der Revolution nichts wissen will, überall tritt den Anordnungen der provisorischen Regierung der passive Widerstand der Bevölkerung entgegen. Ueberall muss getrieben, dringend gemahnt, versteckt und offen gedroht werden, damit die Burschen sich zur Aushebung stellen, damit die Leute ihre Steuern entrichten. So war es im Kanton Winnweiler, so bei der ganzen pfälzischen Landbevölkerung mit vereinzelten Ausnahmen. Winnweiler ist nur deshalb interessanter, weil hier damals der reichste Mann der Pfalz wohnte, der Hüttenwerksbesitzer Freiherr Karl von Gienanth. Bei ihm wurden denn auch verschiedene Besuche abgestattet. Am 10. Mai nahm man bei ihm 49 Böller weg, von denen nur 5 brauchbar waren, die auch nach Baden mitwanderten. Am 11. Mai zwang man ihn in Ludwigshafen, wo er ein Haus besass, sofort 500 Gulden zu bezahlen. Am 16. Mai musste er sich verbindlich machen, Geschütze für das pfälzische Volksheer zu giessen. Er zog die Sache in die Länge und lieferte nach 23 Tagen 5 unbrauchbare eiserne Kanonen nebst gleichwertiger Munition. Am 10. Juni nahm man ihm einen Wagen voll Werkzeuge für eine zu bildende Pionierkompagnie weg und am 11. Juni zwei schöne Reitpferde, die er nie wieder sah. Ohne diese Pferde hatte er einen Schaden von 1360 Gulden. 3 Verhaftungen wurden im Kanton vorgenommen. In der Nacht vom 1. auf 2. Juni erschien Christian Zinn mit seinem Korps in Sembach und holte dort den protestantischen Pfarrer Kemmer, der nach Lautern geschafft wurde. Am 3. Juni verhaftete ein Hesse, namens Fleischmann, den katholischen Pfarrer Crone von Bayerfeld und den Schullehrer Neurohr in Imsweiler. Ersterer wurde mit 23 anderen Gefangenen am 14. Juni von Kaiserslautern nach Neustadt geschleppt und erlangte dort am folgenden Tage seine Freiheit wieder. — In Sippersfeld verhaftete man am 9. Juni den protestantischen Pfarrverweser Bossert, der ebenfalls am 15. Juni in Neustadt wieder freikam. — Aus dem

Kantone Otterberg ist ebenfalls nichts zu vermelden, als von renitenten Beamten, Geistlichen und Bauern. Wo die Sache nicht ziehen wollte, musste Zinn mit seinen Sensenmännern nachhelfen. Seine Versuche, die katholischen Pfarrer von Otterberg und Schallodenbach festzunehmen, misslangen, da beide sich rechtzeitig davongemacht hatten. Eine gewisse Rolle spielte auch der Schulgehilfe Heinrich Ludwig Hauber in Katzweiler, der den Ackerer Peter Rheinheimer IV. in Olsbrücken festnahm und nach Kaiserslautern schaffte, wo derselbe sofort als unschuldig entlassen wurde und sich mit den Worten von der provisorischen Regierung verabschiedete: „Wenn Sie solche Lumpen zu Ihren Geschäften gebrauchen, werden Sie nicht lange regieren.“ (Anklage-Akte.) Auch ein Schuhmacher Hach von Hirschhorn, früher Soldat, wurde wegen Renitenz festgenommen und mit bis nach Baden geschleppt. — Für die Stimmung im Kantone Kusel ist folgender Vorgang charakteristisch. Der dortige Kantonalausschuss wählte als Vertrauensmann zur Versammlung am 17. Mai den Bürgermeister Jakob Munzinger von Qirnbach. Als man in Kusel gewahr wurde, dass es sich bei diesem Anlasse um Einsetzung einer provisorischen Regierung handele, wurde daselbst eine Volksversammlung abgehalten, einberufen von dem Stadtrate, dem Kantonal-Ausschusse und der Bürgerwehr, welche folgenden Beschluss fasste: „Wir beharren fest bei dem Beschlusse der grossen Mehrheit der Volksversammlung zu Kaiserslautern vom 2. Mai, wonach das Ziel: Anerkennung der Reichsverfassung nur auf gesetzlichem Wege erstrebt werden soll; wir erkennen nicht die Notwendigkeit der Einsetzung einer provisorischen Regierung der Pfalz, verwahren uns demnach gegen die Einsetzung einer solchen als eines vorzeitigen Verlassens des gesetzlichen Bodens, als des Nichtachtens des Willens der grossen Mehrheit der Pfälzer, als eines Vorgriffes in die Wirksamkeit unserer Volksvertretung in München, als einer Vernichtung der Stellung der pfälzischen Deputierten dieser Versammlung und eines verderblichen und die ganze grosse Sache in ihrem heiligen Zwecke der Erringung der Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes, durch Erweckung von Spaltungen im übrigen Deutschland und gewiss auch in der Pfalz vernichtenden Schrittes. Vorgestern wurde der Bürgermeister Munzinger von Quirnbach als Abgeordneter zum Landesausschusse nur in dem Sinne und nur zum Zwecke des Mitrates für die Verteidigungsmittel gewählt und wir können die Befugnis ihm nicht zugestehen, für Einsetzung einer provisorischen Regierung zu stimmen oder irgend andere ungesetzliche Massregeln hervorrufen zu helfen.“ Als Bürgermeister Munzinger am 17. Mai dennoch für die Einsetzung einer provisorischen Regierung stimmte,

überschritt er somit seine Befugnis und war seine Abstimmung eigentlich ungültig. Nachdem man in Kaiserslautern eine provisorische Regierung thatsächlich eingesetzt hatte, legte der Kuseler Kantonalausschuss seine Funktionen sofort nieder. Die meisten Orte des Kantons erwiesen sich als renitent und gleichgültig, so dass der Zivilkommissär Resch eigentlich nichts thun konnte, als das Geld in den kgl. Kassen wegzunehmen und das Zwangsanlehen einzutreiben.

Auch im Kanton Wolfstein war der grösste Teil der Bevölkerung renitent. Eine Rekrutierung, die an Pfingsten im Kantonshauptorte stattfinden sollte, scheiterte an dem Widerstande der eingerufenen Mannschaft. Dem Schreiber Wilhelm Hauber und dem Schulgehilfen Ludwig Hauber von Katzweiler gelang es durch ihr terroristisches Auftreten, in einzelnen Gemeinden die Konskription vorzunehmen. Was man mit einem solchen gewaltsam durch beständige Androhung des Standrechts zusammengetriebenen Landsturm anfangen konnte, lässt sich leicht beurteilen. Einen Leineweber Kneiber von Rossbach verhaftete Wilhelm Hauber wegen einer missliebigen Aeusserung, und L. Hauber nahm dem Kommunalförster von Bosenbach gewaltsam seine Gewehre bis auf eins hinweg. Die Gemeinde Einöllen wurde durch Androhung des gänzlichen Niederbrennens der Ortschaft zur Zahlung eines „freiwilligen“ Beitrages bestimmt.

Im Kantone Lauterecken ging es etwas lebhafter zu. An der Spitze der Bewegung standen hier der frühere Gemeindeschreiber von Lauterecken, König, ferner Robinson, Leich, Dietrich, Müller, Purpus und Henrich, sämtlich eifrige Mitglieder des Kantonalausschusses, sowie der Rentmeister Resplandin. Die Rekrutierung für den Kanton wurde am 29. Mai in der protestantischen Kirche zu Lauterecken abgehalten, allein die jungen Leute zeigten sich sehr renitent und brachten ein Hoch auf den König von Bayern aus. Infolgedessen wurden P. J. Steinhauer, F. A. Steinhauer, Ph. J. Studt und Ph. Fritz, sämtlich von Lauterecken, J. Knopp von Lohnweiler und Karl Konrad von Ginsweiler verhaftet und kriegsgerichtlich abgeurteilt. Nun nahm man die Rekrutierung in den einzelnen Orten vor, allein die Organisation der Volkswehr kam nicht zustande. König liess ausserdem noch drei Verhaftungen vollziehen, die des Gendarmen Weber von Wolfstein, des J. Wendel von Medard und des katholischen Geistlichen Haas von Otterberg, der sich nach Lauterecken geflüchtet hatte. Die Gemeinden wurden auch hier durch Bewaffnete zur Zahlung von „freiwilligen“ Beiträgen gezwungen.

In dem Kantone Kirchheimbolanden übte der frühere Schreiber des Notars Schmidt, Jakob Müller, das Amt eines Zivilkommissars

mit grossem Eifer aus. Der abgesetzte Landkommissar Wand, später Regierungsdirektor in Speyer, hatte sich nach Mauchenheim zur Familie Fitting begeben. Müller trieb die „freiwilligen“ Beiträge und das Zwangsanlehen sehr energisch ein. Letzteres ergab im Kantone 12 236 Gulden, wovon 4080 Gulden bei der Flucht mitgenommen wurden. 20 Pferde führte man gewaltsam weg. Da die Bevölkerung allgemein renitent war, trieb man die jungen Leute in ein Lager bei Göllheim zusammen, wo Major Schlinke das berühmte 1. Bataillon der pfälzischen Volkswehr organisierte, welches bei Ankunft der Preussen eiligst auseinander stob. In Kirchheimbolanden wurden Forstmeister Traitteur, Friedensrichter Metzner, Subrektor Fischer, kath. Pfarrer Völker und Steuerkontrolleur Heim abgesetzt. Verhaftungen wurden mehrere vorgenommen, unter andern die des Ph. Hauenstein II von Bolanden, der geäussert hatte, er wundere sich, dass man immer von „Freiwilligkeit“ rede, da man doch zu allem gezwungen werde. Am 10. Mai rückte in Kirchheim das hessische Freikorps Zitz, etwa 1500 Köpfe stark, ein, von welchem etwa 800 im Städtchen selbst, die übrigen in umliegenden Orten einquartiert wurden. Das Hauptquartier war in dem ehemaligen nassauischen Schlosse; an der Spitze des Freikorps, das übrigens am besten unter allen in der Pfalz bewaffnet war, standen Zitz, Bamberger, Heussner, eigentlich Kommandant desselben, Ditt, Brodrecht, Nix, Bauer, F. Haas, Krätzer, Schwalbach, Ohler, Fr. J. Haas, lauter Hessen. Um den Schlossgarten in Kirchheimbolanden wurde am 14. Juni gekämpft, ein Vorgang, den ich später ausführlicher schildern werde.

Besser als alles andere schildern die Zustände in Kirchheimbolanden nachstehende „Reminiszenzen“ eines jetzt in Amerika wohnenden Kirchheimers, welche ich wegen ihres interessanten Inhaltes ihrem Wortlaute nach hier einschiebe:

„Ja, es war eine grosse Zeit, die Periode des Revolutions-Intermezzos der Jahre 1848 und 1849, und besonders schwärmerische Jünglinge mit unklaren Freiheitsideen, politische Spekulanten mit selbstsüchtigen Bestrebungen, und solche, die durch den Umsturz des Bestehenden nichts verlieren, sondern blos gewinnen konnten, warteten mit Ungeduld auf das Herannahen einer Aera, die mit dem bisher Bestandenen vollständig aufräumen und vollkommen neue Zustände schaffen sollte.

Den besitzenden Klassen und Solchen, die mit nüchterner Ueberlegung sich fragten, ob das erstrebte Ziel mit den angewandten Mitteln auch ausführbar sei, und ob es im Falle seiner Erreichung auch Bestand haben könne, war, da sie sich eine verneinende

Antwort auf diese Fragen geben mussten, die revolutionäre Bewegung anfänglich wenig sympathisch, nicht allein in grösseren Städten, wo die Furcht vor einem zahlreichen, zu Gewaltthätigkeiten leicht aufzureizenden Proletariat Viele von der Parteinahme für die neue Bewegung abhielt, sondern auch in kleinen entlegenen Orten.

Es ist nicht zu verwundern, dass durch die Aufwiegelungen von Demagogen selbst in dem sonst ruhigen, ordnungsliebenden Kirchheimbolanden die Leidenschaften der ärmeren Bevölkerung gegen die Besitzenden so entflammt und Neid und Klassenhass erzeugt wurden, dass eine bedenkliche Gährung sich kundgab und ein umlaufendes Gerücht einer bevorstehenden Plünderung nicht jeden Grundes zu entbehren schien. Zwar hielt die Stadtpolizei und die Bürgerwehr, die aus dem Kern der gesetzliebenden Einwohner bestand, die Ordnung aufrecht, aber manchem vermögendem Bürger bereitete trotzdem die Androhung einer allgemeinen Plünderung schlaflose Nächte, und einen der reichsten, der sich nicht mehr auf die Strasse wagte, sondern mit klopfendem Herzen hinter der verschlossenen Hausthüre den Gang der Ereignisse abwartete, versetzte während eines nächtlichen Auflaufs der greuliche Tumult vor seinem Hause, den er als Zeichen des Beginnes der Plünderung ansah, so in Schrecken, dass er vom Schlage getroffen wurde und auf der Stelle verschied.

Dem Autor dieser Zeilen, der zu jener Zeit der allgemeinen Aufregung erst fünfzehn Jahr alt war, erschienen trotz seiner Jugend die Dinge nicht in dem rosigen Licht, wie manchem viel älteren Bewohner der kleinen Stadt; und viele seiner Mitschüler in der lateinischen Schule, die ebenfalls von dem Strudel der Revolutionsideen mit fortgerissen worden waren, nannten ihn einen „Aristokraten“, weil er sich dem allgemeinen Taumel gegenüber indifferent verhielt.

Insofern hatten die Ereignisse der damaligen Zeit eine gleiche Wirkung auf Alle, als Jedermann nach seiner eigenen Auffassung und dem Grade seiner Bildung und Urteilsfähigkeit sich mit Politik zu beschäftigen begann. Nachdem das Parlament in Frankfurt zusammengetreten war, kam eines Tages die alte Zinkin von Bischheim, die mit Butter und Eiern handelte, zu der Mutter des Verfassers, und im Verlaufe der Besprechung des wichtigen Ereignisses sagte die gute Butterfrau in allarmiertem Tone:

„Ach Gott, die Männer in Frankfort hen ehr Dohdehemder an!“

„Und was kein Verstand der Verständ'gen sieht,
Das ahnet in Einfalt ein kindlich Gemüt.“

Nicht lange Zeit nach der Unterhaltung der beiden Frauen durchflog die Kunde von der Ermordung Lichnowskys und Auerwalds alle Orte Deutschlands, und der ahnungsvolle Ausspruch der alten Zinkin war wenigstens bei zwei der angesehensten und einflussreichsten Parlamentsmitglieder zur traurigsten Wahrheit geworden.

Im Anfange waren es meistens blos die Heisssporne und Unzufriedene jeder Art, die sich durch die Bewegung fortreissen liessen, nach und nach fanden aber die Revolutionsgedanken auch in den Köpfen gesetzter und in den besten Verhältnissen lebender Männer Einlass. Manche königliche Beamten in angesehener Stellung und mit guten Einkünften schlossen sich der Revolutionspartei an, da ihnen für den Fall des Gelingens des tollkühnen Unternehmens glänzende Aussichten auf die Erlangung hoher öffentlicher Aemter gemacht worden waren. Viele Staatsdiener verscherzten auf diese Art ihre ganze Existenz und gerieten nach Wiederherstellung des status quo mit ihren Familien in das grösste Elend.

Eines der traurigsten Beispiele solcher verfehlter Hoffnungen und Bestrebungen lieferte das Schicksal des Studienlehrers Knoll an der lateinischen Schule in Kirchheimbolanden. Da derselbe infolge persönlicher Differenzen mit dem Subrektor Fischer manche Kränkung von diesem seinem Vorgesetzten zu erdulden hatte, liess er sich von den lokalen Revolutionsführern verleiten, die Stelle des Subrektorats zu usurpieren, anstatt die Schule zu schliessen, nachdem der loyale Subrektor Fischer aus Furcht vor angedrohten Gewaltthätigkeiten nach der Festung Mainz geflüchtet war, in welcher viele andere königstreue Beamten Zuflucht gefunden hatten. Nachdem die revolutionäre Herrlichkeit vorüber war, wurde Knoll selbstverständlich seiner Stelle als Studienlehrer entsetzt und geriet in die äusserste Bedrängnis.

Aber lustig ging es in der lateinischen Schule während Knolls Regime her. Von durchaus ehrenhaftem Charakter und im Besitze wertvoller Kenntnisse in den alten und modernen Sprachen, konnte dieser Mann infolge seiner allzugrossen Nachsicht, Energielosigkeit und seines Mangels an pädagogischem Takt sich dennoch bei den stets zu irgend einem tollen Streiche aufgelegten Jungen ganz und gar keinen Respekt verschaffen. Besonders in dem Subrektorats-Interim hatte er seine liebe Not, um dieselben auch nur einigermassen in Zucht zu halten. Von einem regelmässigen Schulbesuch oder von dem Ausarbeiten von Aufgaben zu Hause war keine Rede mehr; jeder kam und ging, wann es ihm beliebte, und machte, was er Lust hatte, da die Freiheitsidee auch die leichtempfänglichen Gemüter der Lateiner

gefangen genommen hatte und dieselben sie nach ihrer eigenen Weise auslegten.

Eines schönen Morgens kam der Herr „Subrektor“ nach der Anstalt, die damals über dem Thorweg nach dem Schlosshofe sich befand, und war sehr erstaunt, die Thüre seines Klassenzimmers von innen gesperrt zu finden, obwohl ein höllischer Spektakel da drinnen ihn nicht im Zweifel liess, dass seine Zöglinge sich alle eingefunden hatten.

„Warum macht Ihr die Thüre nicht auf“, schrie der Herr Subrektor von Revolutions Gnaden; „ich werde Euch durchhauen, dass die Sonne durch Euch scheint!“

„Herr Professor (an den „Subrektor“ hatten sich die Bengel noch nicht gewöhnt), wir spielen Barrikadenbauen, und wenn Sie herein wollen, müssen Sie die Barrikaden stürmen!“

Nun, das war aber dem provisorischen Subrektor doch ein bischen zu stark. „Wollt Ihr gleich aufmachen,“ brüllte wütend der Schulmonarch, „oder ich lasse durch die Polizei aufmachen.“

Als die Jungen in dem Zimmer das Wort „Polizei“ hörten, wurden sie plötzlich bedenklich, denn wie unbändig und unlenkbar ein Junge der damaligen Zeit immerhin sein mochte, das Androhen einer polizeilichen Requisition machte auch den Ungefügigsten zu Kreuze kriechen.

Nachdem die „Barrikaden“, bestehend aus Schultischen und Bänken, von dem Eingang des Zimmer entfernt worden waren und der „Subrektor“ freien Zutritt erhalten hatte, rannte derselbe hastig nach seinem Pulte und holte einen gewaltigen Haselstock hervor, mit dem er, wie gewöhnlich, wenn er einen Anfall von Prügelwut bekam, den allerunschuldigsten und schüchternsten Jungen auf das Unbarmherzigste mehrere Minuten lang bearbeitete, während die eigentlichen Rädelsführer hinter ihren Büchern und Heften sich ins Fäustchen lachten.

Als zuletzt der Uebermut und Ungehorsam der Lateinschüler ihrem Lehrer gegenüber in wahren Aufruhr ausartete und die meisten überhaupt nicht mehr die Klassen besuchten, sondern dem Exerzieren der Bürgerwehr und der Freischaren ihre ganze Zeit und Aufmerksamkeit schenkten, blieb dem Herrn „Subrektor“ nichts übrig, als die Schule zu schliessen.

Zum Beweis von der gräulichen Zuchtlosigkeit und dem Allotria während der Lehrstunden mag als Beispiel angeführt werden, dass der Schüler E. einmal während des Unterrichts überrascht wurde, wie er in einem unter seinem Schreibheft versteckten Schauer-Roman

las, der den Titel führte: „Die Hegira, oder die Flucht Mohameds von Mekka nach Medina, mit seinen 2000 Kebsweibern.“

Nach der Schliessung der lateinischen Schule machte sich der Schreiber dieser Reminiszenzen in dem Buchdruckerei- und Zeitungsgeschäft seiner verwitweten Mutter zu schaffen, wo seine Dienste



Mathilde Hitzfeld anno 1849.

trotz seiner Jugend um so wertvoller sich erwiesen, als im Drang nach kriegerischen Thaten der Geschäftsführer der Druckerei, der Hauptmann und Kommandant der Donnersberger Freischar war, mit dem grössten Teil seines Korps nach dem Kriegsschauplatz in Baden sich begeben hatte, ohne vorher für einen Stellvertreter im Geschäft gesorgt zu haben. Vor dem Abmarsch der Schar hielt eine schöne,

freiheitsbegeisterte Kirchheimbolander Jungfrau, die Tochter eines sehr vermöglichen, aber auch mit dem Revolutionsstrom fortgerissenen Beamten, eine feurige Ansprache an die Helden in spe, und schärfte besonders dem Fahnenträger ein, die der Donnersberger Freischar von den Frauen und Jungfrauen gewidmete prachtvolle Fahne bis zu seinem letzten Blutstropfen zu verteidigen. Trotz des bisher zwischen der schönen Sprecherin und dem Fahnenträger bestandenen Standesunterschieds, da sie den gebildeten Kreisen und er dem Proletariat angehörte, wollte sie doch den Beweis liefern, dass sie es nicht allein mit der Freiheits-, sondern auch mit der Gleichheits-Idee ernstlich meine, indem sie dem Träger der schwarz-rot-goldenen Fahne das Versprechen gab: „Wenn Du das Dir anvertraute Gut im Kampfe gut verteidigst und wieder zurück in die Heimat bringst, werde ich Dich heiraten.“ (Siehe unser Bild.) Leider wurde dem wackeren jungen Manne keine Gelegenheit zu Heldenthaten gegeben, und als er vor dem Uebertritt der Freischar in die Schweiz die Reise nach Hause antrat, nahm der Kommandant und frühere Druckerei-Geschäftsführer die Fahne unter seine Obhut und brachte sie später nach Amerika, wo sie lange Jahre nachher von ihrem Besitzer dem Autor dieser Erinnerungsblätter gezeigt wurde. Mit Ausnahme des Fehlens der Stange, die selbstverständlich auf der Reise hinderlich gewesen wäre, befand sich die merkwürdige Reliquie in vorzüglichstem Zustande.

Die Aufregung der schon sehr in leidenschaftlicher Erregung sich befindlichen Einwohner der Stadt stieg auf das Höchste, als die Mainzer und andere hessische Freischaren einmarschierten. Der Anblick der roten Hemden, mit denen ein grosser Teil der Freischärler bekleidet war, machte viele selbst im gewöhnlichen Leben sehr gemütliche und selbst ängstliche und philisterhafte Leute ganz blutdürstig, während die zerlumpte Kleidung der „Bassermann'schen Gestalten“, die den Hauptteil des Korps bildeten, den für seine Habe besorgten Alldahiesigen ein Gefühl banger Ahnung einflösste.

Sehr heiter ging es während der Zeit der Einquartierung der Hessen im alten Schlosse her, wo der Oberkommandant Zitz mit seinem Stab sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Herr Bamberger, der in einer von „Zitz, Bamberger und Wallau“ unterzeichneten Proklamation an das pfälzische Volk ebenfalls als Hauptrevolutionsmeier mitzuwirken versprochen hatte, war am Erscheinen verhindert (?), dafür hatten sich aber verschiedene „Generäle“ und andere militärische Grössen aus aller Herren Länder eingefunden, unter denen besonders der General Sznayde als ehemaliger Polenführer eine grosse Rolle spielte. Aber auch Amazonen waren da, die von dem in neuerer

Zeit von vielen Damen beanspruchten Rechte, in derselben Weise wie die Männer zu Pferde zu sitzen, schon damals Gebrauch machten — selbstverständlich in Unaussprechlichen.

Unter den hessischen Freischärlern befand sich ein Buchdrucker aus Worms Namens Sch., der nach der Erinnerung des Verfassers dieser Reminiszenzen irgend eine Offiziersstelle in der Schar bekleidete, da er stets mit einem rasselnden Schleppsäbel einherschritt, welcher Umstand jedoch in jener Zeit der allgemeinen Gleichheit nicht gerade als ein Kriterium der Offizierswürde betrachtet werden konnte, indem ein Jeder eine solche Waffe trug, die ihm gerade zur Verfügung stand, und besonders Schleppsäbel sich einer grossen Bevorzugung vor anderen Waffen in den militärischen Kreisen des Bürgertums erfreuten. Sch. kam öfter zur Druckerei, um sich gelegentlich nach den in Arbeit begriffenen Proklamationen und sonstigen Drucksachen zu erkundigen, die im Auftrage des Kommandos und des Landesverteidigungs-Ausschusses in der erwähnten Offizin angefertigt wurden. Da ausser einem noch unerfahrenen Lehrling und dem alten beinahe blinden Zeitungsträger Dübus (Dubois) sonst Niemand da war, der dem jungen Verweser des Geschäfts bei der Arbeit an die Hand gehen konnte, bot jedesmal Herr Sch., wenn er zufällig anwesend war, seine Dienste an, und es war ein höchst komischer Anblick, den zukünftigen Helden mit seinem Schleppsäbel umgürtet mit der Walze vom Farbtisch nach der Presse und von da wieder zurücklaufen zu sehen, da der klirrende Säbel ihm beständig zwischen die Beine geriet. An ein Bezahlen für die gelieferten Drucksachen dachte jedoch keiner der Herren des Staates und des Landesverteidigungsausschusses, obwohl sie durch Zwangsanlehen und Kontributionen stets Geld genug für ihre eigenen kostspieligen Bedürfnisse hatten. Als sie auf ihrer Flucht die Preussen schon beinahe auf ihren Fersen hatten, erpressten sie noch in der Eile bei den vermögenden Landwirten in den von ihnen passierten Dörfern bedeutende Summen, die ihnen in ihrem „neuen Vaterlande“ Amerika wohl zu statten kamen.

Als die Donnersberger Freischar fast vollzählig nach Baden zog, um der dortigen Revolutionsarmee gegen die Preussen beizustehen, blieb ausser wenigen nicht „gesinnungstüchtigen“ Gemeinen auch der Oberleutnant der Schar zurück, weil er so wenig republikanische Ehre im Leibe hatte, dass er blos bei regelmässiger Auszahlung seines Soldes mitmachen wollte, die Kriegskasse der Schar zu jener Zeit aber ganz erschöpft war. Als die Frau des Herrn Oberleutnants, die das ehrenwerte Geschäft einer Waschfrau betrieb, um die Ursache des Zuhausebleibens ihres Ehegesponstes gefragt

wurde, sagte dieselbe: „Ha, die Lumpe, die sin mein'm Mann schun sechs Woche sei' Lohn schullig, un er wär e Esel, wann er sich noch länger am Narresäl erumfihre losse deht.“ Der Herr Oberleutnant war, beiläufig gesagt, ein früherer Gemeiner bei den Chevauxlegers, und im bürgerlichen Leben betrieb er das Geschäft eines Pferdeknechtes.

Trotz des Mottos „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, das besonders bei Fahnenweihen und ähnlichen feierlichen Gelegenheiten von distinguierten Rednern vielfach zitiert und den Zuhörern als Grundsatz republikanischen Lebens zur Darnachachtung empfohlen wurde, gab es doch vielfach Klagen unter den Bürgern wegen des unverhohlen sich zeigenden Kastengeistes in den leitenden Kreisen. Unter den zur Freischar gehörenden jungen Leuten gab es eine Klique, die von dem Volksmunde „Nobelgarde“ genannt wurde, und wenn die Herren Kommandanten, die Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses und andere revolutionäre „Honoratioren“, die vielleicht am Nachmittag zündende Freiheits- und Gleichheitsreden gehalten hatten, des Abends im Wirtshaus von dem gewöhnlichen Volk sich absonderten, liessen sich oft Stimmen des Verdrusses und der Enttäuschung vernehmen.

Als endlich die Nachricht von dem Anmarsch der Preussen nach der Stadt gelangte, stieg die Aufregung bis zur Fieberhitze. Projekte aller Art, auf welche Weise der Einmarsch der Truppen verhindert werden sollte, wurden gemacht, unter denen die Errichtung von Barrikaden in dem von allen Seiten zugänglichen Städtchen das gescheiteste war. „Mer lossen die Breise net erenn!“ schrie der Taglöhner S., der sich zwei Tage vor dem Einmarsch der Okkuptionsarmee durch das Scharfmachen seiner Sense zum Kampfe bereit gemacht hatte. „Ne“, wiederholte er brüllend, „die Breise lossen mer net erenn!“

Am Abend des 13. Juni, als die Nachricht von der Besetzung Morschheims durch die Truppen nach Kirchheimbolanden gelangte, machte sich der Verfasser dieser Zeilen daran, das Geschäftsschild der Buchdruckerei von der Hausfront zu entfernen, da in jener aufgeregten Zeit die Zeitungen selbst durch geringfügige Aeusserungen in den Verdacht der Wühlerei kamen und selbst der fünfzehnjährige Redakteur eines so unschuldigen Blattes, wie damals das „Wochenblatt für Kirchheimbolanden und Grünstadt“ war, möglicherweise durch irgend eine unvorsichtige Aeusserung sich kompromittiert haben konnte, weshalb er ein vorläufiges Schliessen des Geschäfts und die Entfernung jedes Zeichens seiner Existenz für das Beste hielt.

Bald darauf kam die Nachricht, dass ein Vorpostengefecht

zwischen Freischärlern und Preussen in der Nähe von Morschheim stattgefunden habe, bei welchem einer der ersteren gefallen sei. Der Tote wurde noch am Abend nach Kirchheimbolanden gebracht. Es ging das Gerücht, dass die preussischen Truppen die Stadt zusammenschiessen würden, wenn sie irgend welchen Widerstand fänden, und es war deshalb erklärlich, dass die meisten Bewohner in der höchsten Bangigkeit und Furcht eine schlaflose Nacht verbrachten, ohne dass aber dieselbe durch irgend eine Aktion von Seite der Preussen gestört worden wäre.

Den andern Morgen rannte der Taglöhner S., der Tags vorher ganz fürchterlich bramarbasiert und seinen Entschluss, „die Breise net erenn zu losse", in so energischen Worten Ausdruck verliehen hatte, wie ein furchtsames Lämmchen im Hofe des „Herrngartens" umher und fragte ganz kleinlaut seine Frau: „Aber Marie, was soll ich dann mit der Sens' anfange; wann die Breise se sih'n, schiessen se mich dohd!"

„Steck' se unner de Mischthaufe", sagte kaltblütig die Frau, und der beherzte Vaterlandsverteidiger fand diesen Rat auch so weise, dass er ihn auf der Stelle befolgte.

Eine Kanonade, bei welcher das den Kartätschen der Preussen sehr ausgesetzte Eichlingsche Haus demoliert wurde, folgte bald, während zwischen den Truppen und den Freischärlern im Schlossgarten ein mörderisches Gefecht stattfand, bei welchem die Preussen mehr Verluste an Toten gehabt haben sollen (?), als ihre revolutionären Gegner. Da die ersteren jedoch ihre Gefallenen sofort in die Ambulanz-Wagen brachten, konnte die wirkliche Verlustzahl nie erfahren werden.

Im Souterrain des „Herrnhauses", in welchem damals ausser der Druckerei das von seinem flüchtigen Vorsteher v. Traitteur verlassene Forstamt, sowie die Wohnung und Amtsstube des Gerichtsvollziehers Carl sich befand, hatte sich zum Schutz gegen ein allenfallsiges Bombardement ausser allen Bewohnern des Gebäudes auch noch die ihr Haus seinem Schicksal überlassende Familie Eichling eingefunden. Als nun die zahlreiche, beinahe jedes Lebensalter vertretende Versammlung dem Donner der in kurzen Zwischenräumen ertönenden Kanonenschüsse lauschte, wurde sie plötzlich durch ein fürchterliches Gerumpel im ersten Stockwerk aufgeschreckt. Die Beherztesten, zu welchen, um ohne alle Prahlerei die Wahrheit zu sagen, auch der Verfasser gehörte, rannten nach oben und sahen die Preussen, welche die schwere Eichenthüre des Hausganges mit Kolbenstössen zu Fall gebracht hatten, in Scharen in das Haus eindringen. Frau v. Traitteur, die beim Herannahen der preussischen

Truppen von einem Fenster des oberen Stockwerks das nach der Flucht ihres Gatten eingezogene Forstamtschild mit dem königlich bayerischen Wappen nebst einer weissen Fahne, das heisst ein an einem „Stecken“ befestigtes Tischtuch ausgehängt hatte, rief den Preussen zu: „In diesem Hause sind keine Freischärler; da unten wohnt eine Witwe mit ihrem jungen Sohn und ihre Mutter, und hier oben ist das königliche Forstamt, dessen Vorstand sich flüchten musste, da er die Revolution nicht mitmachen wollte.“ Trotz dieser Versicherung durchwühlten die enragierten Vierundzwanziger und Landwehrsoldaten alle Betten, da sie Freischärler darin vermuteten, verliessen aber bald darauf, ohne weitere Störung zu verursachen, das Haus, da sie nichts Verdächtiges zu entdecken vermochten. Nur ein Landwehrmann zerschlug aus Aerger eine leere Weinflasche, in welcher er etwas Trinkbares vermutet hatte, obwohl er eigentlich genug haben konnte, da er im Eichlingschen Keller mit seinen Kameraden an gutem Wein sich zur Genüge gelabt hatte.

Das heftige Gewehrfeuer, das zwischen den Preussen und Freischaren in und um den Schlossgarten herum stattfand, verstummte allmählich, und nachdem der Stadtrat durch das Entfalten einer Parlamentärflagge den Preussen die Loyalität der Bürgerschaft bekundet und sie zum Rasten eingeladen hatte, verliessen dieselben nach kurzem Aufenthalt die Stadt und marschierten nach Marnheim, wo für den Rest des Tags der Prinz von Preussen bei Einnehmer Kayser sein Hauptquartier nahm.

Nach dem Abzug der Preussen begaben sich viele Einwohner der Stadt nach dem Schlossgarten, um die Verheerung, die von den erstern unter den Freischärlern angerichtet wurde, sich anzusehen. Die siebzehn Leichen der gefallenen jungen Männer wurden auf eine freie Stelle in der Nähe des Schlosses gebracht, von wo sie in Särgen den nächsten Tag auf den Friedhof gefahren und in ein gemeinsames Grab gelegt wurden. Dass zu Ehren dieser in so jungen Jahren ihren Angehörigen entrissenen Freiheitsschwärmer ein prächtiges Denkmal errichtet wurde, muss auch von solchen lobend anerkannt werden, die anderer politischer Ueberzeugung sind, indem jene Jünglinge und junge Männer ohne Zweifel nach ihrer innersten Ueberzeugung handelten und ohne Furcht für eine von ihnen für gerecht gehaltene Sache in den Tod gingen, während ihre Anführer sie im Stich liessen und statt mit den Preussen zu kämpfen, darauf bedacht waren, ihre eigene Haut und die gemachte Beute in Sicherheit zu bringen.

Am Abend des 14. Juni, als die Preussen schon die Stadt verlassen und in Marnheim Quartier genommen hatten, hielt plötzlich

vor dem Mittelbau des Herrenhauses, wo die Druckerei sich befand, ein Gefährte, aus dem ein Ordonnanz-Offizier und zwei Unteroffiziere stiegen. Nachdem der erstere den vor dem Hause stehenden Autor gefragt, ob er die Besitzerin des Geschäfts sprechen könne und auf diese Frage eine bejahende Antwort erhalten hatte, gingen sie in das Haus und fragten an, ob hier eine Proklamation des Prinzen von Preussen, wozu sie das Manuskript bei sich hatten, gedruckt werden könne. Die Besitzerin, welcher das plötzliche Erscheinen der drei Militärpersonen ein wenig Unbehaglichkeit verursacht hatte, fühlte sich befriedigt, als der Offizier ihr sein Begehren mitteilte, worauf sogleich mit dem Satz der Proklamation begonnen wurde, während die drei Marsjünger in dem Esszimmer der kleinen Familie mit Speise und Trank bewirtet wurden. Noch vor Mitternacht war der Druck der Proklamation beendet, wofür die Besitzerin einen höheren Preis als den verlangten erhielt, zum Unterschied von denen des Landesverteidigungsausschusses, die heute noch, nach nahezu einem halben Jahrhundert, als unbezahlt in den Büchern des Geschäfts figurieren."

Soweit die Erzählung des ehemaligen Kirchheimers in Amerika. Umstehend finden die Leser die typographisch nicht ganz einwandfreie naturgetreue Proklamation unseres nachmaligen Kaisers Wilhelm I., gesetzt von dem damals 15jährigen W. T., der Redakteur, Faktor und Setzer in einer Person war. Auf die Ereignisse selbst wird später noch eingehend zurückgegriffen werden.

Im Kanton Göllheim betrieb der schon genannte Major Schlinke die Organisation der widerwilligen Volkswehr. Auf der sogenannten Füllenweide war ein Lager errichtet, in welchem man die jungen Leute untergebracht hatte. Es lässt sich denken, dass hiefür im Kanton viel requiriert wurde. Als man von dem Anrücken der Preussen hörte, spannte der „Major" eilig die Pferde des Kantonsarztes von Göllheim an und machte sich auf die Flucht. Das Zwangsanlehen ertrug in diesem Kantone 4590 Gulden, dem Adam Zepp in Eisenberg presste seinen Beitrag der Zivilkommissär Müller von Kirchheim auf der Flucht durch Waffengewalt ab. Verhaftet wurde unter anderen der katholische Pfarrer Pepecus in Weitersweiler. Unter den im Kantone Wohnhaften beteiligten sich besonders Papierfabrikant Friedrich von Eisenberg und Schullehrer Mattern von Stauf, dem ein brutales Benehmen nachgesagt wurde, an der Bewegung. Rechtskandidat Moses Meier aus Dürkheim hielt die notwendigen revolutionären Reden.

Im Kanton Obermoschel war die Bevölkerung ebenfalls sehr renitent, und wollte von Konskription, Pferdeabgabe und Zwangs-

Erklärung der Rheinpfalz in den Kriegszustand.

Nachdem ein Teil der Mir anvertrauten Operationsarmee in die Rheinpfalz eingerückt ist, um daselbst die durch Insurgenten-Banden gestörte öffentliche Ordnung wieder herzustellen, und dem Gesetz der rechtmäßigen Regierung wieder die gebührende und zum Wohle des Landes unentbehrliche Achtung zu verschaffen, erkläre Ich in Erwägung, daß jene Banden den Mir untergebenen Truppen jetzt bewaffnet entgegengetreten sind, und die Leiter der Revolution fortfahren das Land zum bewaffneten Widerstand aufzufordern, die ganze Rheinpfalz hiermit in den Kriegszustand.

Hiernach verfallen nunmehr alle diejenigen Personen in der Rheinpfalz, welche den unter Meinen Befehlen stehenden Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereiten, dem Kriegsgerichte anheim.

Hauptquartier Marnheim, den 14 Juni 1849.





Prinz von Preußen

Oberbefehlshaber der Operationsarmee am Rhein

Die Proklamation des nachmaligen Kaisers Wilhelm I.

anlehen durchaus nichts wissen. Letzteres ergab 1473 Gulden. Bei einer Rekrutierungsvornahme wurde der Tisch der Kommission umgeworfen und Major Schlinke ausgelacht. Man schickte deshalb die Mainzer Freischärler als Exekution in die einzelnen Dörfer, die denn auch mit Gewalt die Bauernburschen zusammentrieben. Einzelne Eltern, deren Söhne über die Grenze geflüchtet waren, wurden durch Einquartierung und Strafgelder gezwungen, dieselben nach Hause zu holen.

Im Kantone Rockenhausen standen Gerber Grill, Posthalter Bolza und Geschäftsmann Helm, in dem genannten Städtchen wohnhaft, an der Spitze der Bewegung. Emissär der Regierung war Litterat Grün, der den katholischen Pfarrer Krone in Bayerfeld verhaften liess, weil derselbe gesagt habe, „er glaube, die provisorische Regierung werde sich nicht lange halten können.“ In diesem meistenteils renitenten Kantone musste alles mit Drohungen und Zwangsmassregeln erzielt werden, woran es denn auch nicht fehlte. Als besonders widerhaarig wurden die Gemeinden Bisterschied, Finkenbach, Gerweiler und Bayerfeld bezeichnet. Widerspenstige Konskribierte liess man verhaften und durch Bewaffnete gewaltsam in das Göllheimer Lager verbringen.

In der Pfalz trieben sich damals verschiedene deutsch-katholische Prediger umher, welche für ihre Sache lebhafte Propaganda machten. Die protestantischen Presbyterien waren häufig schwach genug, diesen Leuten die Kirchen einzuräumen, obschon von denselben meistens das positive Christentum als überwundener Standpunkt und Märchen behandelt und in den Staub gezogen wurde. In dieser Hinsicht leistete wohl am meisten der Prediger Schmidt von Löwenberg, Parlamentsmitglied, der auf 25. Februar 1849 einen Vortrag in Rockenhausen ankündigte. Das dortige Presbyterium bestimmt durch Vikar Risch und den Kantonsarzt Dr. Fleischmann hatte den Mut, dem extravaganten Redner den Gebrauch der protestantischen Kirche abzuschlagen. Ein Artikel in Nummer 26 des „Kaiserslauterer Wochenblattes“ vom 2. März 1849, der wahrscheinlich von dem Geschäftsmann Helm in Rockenhausen herrührte, griff nun in massloser Weise den Rockenhauser Vikar an. Es heisst unter andrem in demselben: „Sicherlich hätte das Presbyterium (sic) dem Ansuchen der freien Gemeinde (um Benützung der Kirche) entsprochen, wenn nicht Pfarrvikar Risch, ein junges, dem grassesten (sic) Orthodoxismus huldigendes Männlein, welcher in Erlangen gebildet wurde, mit Beihilfe von Dr. Fleischmann dasselbe zum Gegenteil bestimmt hätte. Altenthalben gab sich die tiefste Entrüstung ob solch eines echt pfäffischen Benehmens kund und der Unwille

wurde noch dadurch gesteigert, dass die ganze Feier (die dann im Freien stattfand) unter beständigem Regen vor sich ging. Dieser Fall steht in der ganzen Pfalz isoliert da; denn noch nirgends hat man die Intoleranz auf eine solch plumpe Weise an den Tag gelegt." Jenes „dem grassesten Orthodoxismus huldigende Männlein" ist der jetzige Oberkonsistorialrat Risch in Speyer.

In dem kleinen Städtchen Rockenhausen scheint in jener Zeit, überhaupt eine sehr aufgeregte Stimmung geherrscht zu haben. Ein Privatbrief aus diesen Tagen vermeldet, dass sich die Leute einmal vornahmen, bei einer Gerichtssitzung dem Friedensrichter und dem Revierförster gehörig die Meinung zu sagen, wie sich das für freie Männer gezieme. Sie nahmen denn auch kein Blatt vor den Mund, wobei der Friedensrichter zwar kalt blieb, allein einen Bericht nach Kaiserslautern schickte, infolgedessen das dortige Gericht mit 7 Gendarmen in Rockenhausen eintraf und die kecken Männer verhaftete. Nun entstand ein wahrer Volksaufstand, man stürmte mit den Kirchenglocken und die erbitterte Menge suchte die Gefangenen zu befreien, welche indessen erklärten, nach Lautern mitgehen zu wollen. Die Richter wollten bei Wirt Bolza essen, allein da die Wut des Volkes immer höher stieg, erklärte dieser, er könne ihnen für ihr Leben nicht garantieren und er rate ihnen, sich fortzumachen, was sie auch befolgten. Man bedrohte nun den Friedensrichter, der sich ebenfalls aus dem Staube machte und in Dielkirchen übernachtete. Zwei Rockenhauser Männer, Bolza und Lehrer Risch fuhren nun nach Kaiserslautern und es gelang ihnen dort, den Verhafteten die Freiheit zu verschaffen. — Ebenso versichern mir glaubwürdige Männer, dass es im Städtchen jenesmal sehr häufig gebrannt habe und zwar weil an Stelle alter Häuser mit Hilfe der Brandversicherungskasse neue gebaut werden sollten. In eingeweihten Kreisen habe man schon 14 Tage vorher gewusst, wo es am nächsten Male brennen werde.

In der Stadt und dem Kantone Zweibrücken war die allgemeine Stimmung dem Aufstande gar nicht günstig. Den besten Beweis hiefür liefert die Proklamation, welche Dr. Weis, Arzt aus Landstuhl, der zum Zivilkommissär in Zweibrücken ernannt worden war, an die Bewohner dieser Stadt richtete: „Mitbürger! Die provisorische Regierung hat mich hierher gesendet, um die Massregeln, welche zur Durchführung der Reichsverfassung — zur Erringung der Freiheit — zur Erlangung besserer materieller Zustände angeordnet — zur Ausführung zu bringen. Ich bin gekommen in der Zuversicht, dass die Bürger Zweibrückens mich als einen Mann des Vertrauens empfangen, dass sie die Reinheit meiner Absichten nicht bezweifeln, dass sie die Notwendigkeit der Ausführung derjenigen Beschlüsse



1. Moses-Speyer. 2. Heiny-Neustadt. 3. Joachim-Dürkheim. 4. H. Graf-Annwe
Kaiserslautern. 9. Schmidt-Kaiserslautern. 10. Faber-Annweiler. 11. I



ler. 5. Hofmann-Annweiler. 6. Oberst-Annweiler. 7. Fuss-Annweiler. 8. Zinn-
Ielm-Rockenhausen. 12. Carra-Auersbacherhof. 13. Croissant-Annweiler.

erkennen würden, welche einzig die Mittel zu schaffen vermögen, die Regierung zu einer starken, das Volk zu einem siegreichen zu machen. Ich bin gekommen in der Hoffnung, dass wer so oft die That versprochen, die That auch halten werde, da wo es ja nur eine Sache, die Sache der Freiheit, wo es gilt, einig und stark zu sein. Ich habe mich getäuscht in meinen Voraussehungen! Mit Misstrauen aufgenommen, sah ich Zurückhaltung, Teilnahmlosigkeit, ja ein systematisches Widerstreben fast bei allen. Der Gemeinderat der Stadt Zweibrücken, aufgefordert die auf Gleichberechtigung, Selbständigkeit und auf die Bestimmungen der Reichsverfassung sich gründende und von dieser geforderte neue Gemeinde-Ordnung durch einen neu zu wählenden Gemeinderat einzuführen — erwidert darauf — indem er den Standpunkt der vom König hervorgerufenen Revolution verleugnet, indem er das Wesen über der Form vergisst — erwidert mittels juristischen Beweises, dass das Volk durch seine gewählte Regierung nicht das Recht habe, sich ein provisorisches Gesetz zu machen, ein Gesetz, das ihm durch die Reichsverfassung gewährleistet, das ihm aber durch den Widerstand des Königs von Bayern auf dem verfassungsmässigen Wege nicht werden kann. Der Gemeinderat verweigert die Einführung der neuen Gemeindeordnung. Unter 27 mir als die bereitwilligsten bezeichneten Männer verweigern 27 als Wahlkommissäre zur Leitung der Wahlen in die einzelnen Gemeinden zu gehen. Der Kantonalverteidigungsausschuss verweigert jede Mitwirkung zur Kontrollierung der Staatskassen. Das Rentamt ist geschlossen und der bisherige Beamte verschwunden; und während draussen die Streiter für Freiheit und Recht darben, liegt hier das Geld müssig — haben die pragmatischen Beamten ihren Gehalt auf drei Monate voraus erhalten. Fünf Taxatoren sollten ernannt werden, um das Vermögen der reicheren Bewohner zu schätzen, da bei denen, welche ein Vermögen von über 40 000 Gulden besitzen, ein Anlehen zur Herbeischaffung der für Durchführung der Reichsverfassung nötigsten Mittel gemacht werden soll. Dreissig Männer, bekannt als brav, tüchtig, freisinnig, wurden nacheinander ersucht, diesen Auftrag zu übernehmen. Keiner hat es gethan. Das dritte Aufgebot der Bürgerwehr wurde zufolge Dekrets der provisorischen Regierung aufgefordert, so viel Waffen an die Mobilgarden abzugeben, als diese zur vollständigen Bewaffnung bedürfen. Es ist nicht geschehen. Mitbürger! Nehmet mirs nicht übel, gerade heraus zu sagen, wie es hier steht. Ich bitte, ich beschwöre Euch, vergesst nicht die Gefahr, in der das Vaterland schwebt! Helft mir, beweist durch die That, dass es um die Freiheit Euch Ernst ist. Mäkelt nicht an den einmal getroffenen

Massregeln, wenn sie Euch auch nicht die besten scheinen. Folget vertrauensvoll dahin, wo schon neun Zehntel der Pfälzer einig gehen. Ihr dürft, Ihr könnt nicht zurückbleiben. Zweibrücken, 2. Juni 1849. Der Zivilkommissär Weis." Ein hässliches Bild bietet die Verführung der Zweibrücker Garnison zur Fahnenflucht, wobei sich vor allem Notar Reichard aus Speyer, Chr. Zinn, der Maler Karl Schmolze und Rechtskandidat Römer aus Zweibrücken und Assessor Witt beteiligten. Die fahnenflüchtigen Soldaten, Jäger und Chevauxlegers wurden nach Kaiserslautern gebracht, ebenso die Zweibrücker Militärpferde und die Vorräte der Magazine. Die sämtlichen Offiziere mit Ausnahme des Jägerleutnants Stöhr entfernten sich von Zweibrücken, ohne den ihnen zugemuteten Revers, nicht gegen die Pfalz zu kämpfen, zu unterschreiben. Durch fremden Beistand, durch Veranstaltung von Volksversammlungen, in denen besonders Kinkel durch Heftigkeit der Sprache sich hervorthat, gelang es dem Zivilkommissär Weis, sich doch in Zweibrücken zu halten, obschon seine Wirksamkeit eine sehr beschränkte war. Man belegte einige Kassen mit Beschlag, nahm 9 Privatleuten Pferde weg und verhaftete den Gendarmerieleutnant Kohl nebst den Mannschaften der Zweibrücker Brigade, die nach Kaiserslautern geschafft wurden.

Der Kanton Hornbach war im allgemeinen der Revolution nicht günstig gestimmt. Nur in Hornbach selbst befanden sich einige exaltierte Köpfe, der Drechsler Maurer, Kaufmann Wild, Färber Bohl, Ackersmann Sutter und ein Apothekergehilfe Felix Hofmann, welche zusammen den Kantonalausschuss bildeten und den ganzen Kanton in Aufregung versetzten. Es geht gewöhnlich so, dass sich eine ganze Masse von ruhigen, biederen Leuten geduldig von einer Handvoll kecker Schreier terrorisieren lässt. Man läutete in den Gemeinden Sturm, ein Teil des ersten Aufgebotes marschierte sogar aus und als alles verloren schien, forderte Bohl den Kommandanten des französischen Militärs in Schweigen auf, Hornbach für die französische Republik in Besitz zu nehmen. Verhaftet wurde der Einnehmer Horn von Altheim, dem es indessen gelang, sich während des Transportes zu flüchten.

Der Kanton Blieskastel verhielt sich anfangs ganz ruhig, bis einige Orte durch Agitatoren von Zweibrücken her aufgeregt wurden. Am 10. Mai rückte Christian Zinn von Kaiserslautern im Kantons-Hauptorte ein, liess an mehreren Stellen die Strassen aufgraben und befahl, beim Anrücken der Preussen, mehrere von ihm bezeichnete Brücken abzutragen. An der Spitze der Bewegung im Kantone selbst stand der Wirt König von Blieskastel, der auch für

die Einsetzung einer provisorischen Regierung stimmte, obschon man im Kanton allgemein dagegen war. Verhaftet wurde der beurlaubte Soldat Tussing von Ommersheim und Joh. Ph. Lampel in Lautzkirchen. Auch wurden mehreren Privatleuten die Waffen weggenommen.

Der Kanton, ja das ganze Land-Kommissariat Homburg waren und blieben ganz ruhig, nur einige exaltierte Köpfe beteiligten sich am Aufstande; alles, was überhaupt zu dessen Förderung geschah, musste mit Gewalt erzwungen werden. Das Landkommissariat hatte zwei Zivilkommissäre, zuerst den gemässigten Witt, der als Assessor nach Kaiserslautern versetzt wurde, und dann den mehr terroristisch auftretenden Rechtskandidaten Hertle aus Bergzabern. Von Einheimischen stand mit an der Spitze der Bewegung der Bierbrauer Helwig von Homburg, der sich ganz wie ein Jacobiner gerierte. Acht Landleuten wurden Pferde weggenommen, auch mehrere Verhaftungen von renitenten Bauern ausgeführt.

Im Kanton Landstuhl, der grösstenteils renitent war, ist die Verhaftung des katholischen Pfarrers von Reichenbach, Heitzmann, zu erwähnen. Man nahm mit ihm acht Landleute, die ihn verteidigen wollten, fest und brachte sie unter grossen Exzessen nach Kaiserslautern. Da man wusste, dass bei der Aushebung in Landstuhl die jungen Leute sich widerspenstig zeigen würden, verschrieb man Christian Zinn mit seinen Sensenmännern, der auch einrückte und derartige Drohungen vernehmen liess, dass die Landstuhler Sturm läuteten und mit Aexten, Mistgabeln und dergleichen bewaffnet sich den Leuten Zinns entgegenstellten. Hätte Posthalter Didier den Zinn nicht bewogen, abzuziehen, so wäre es zu Mord und Totschlag gekommen. Pferde wurden im Kantone vier weggenommen, das Zwangsanlehen bei Johann und Joseph Benzino in Landstuhl wenigstens teilweise eingetrieben.

Im Kanton Waldmohr zeigte sich nicht die geringste Begeisterung für den Aufstand. Es ist hier nur von Zwangsmassregeln, Arretierungen, Haussuchungen, Gewaltthätigkeiten zu berichten. An der Spitze der Republikaner stand der Gerichtsvollzieher Zöller von Waldmohr, wegen seiner Härte im Amt vom Volke der „glühende Haspel“ genannt, der sich wie ein Terrorist vom reinsten Wasser benahm. Unterstützt wurde er dabei von dem Zivilkommissär Hertle und dem Bierbrauer Helwig in Homburg.

Da es hiess, in einigen Dörfern an der Grenze konspiriere man mit den Preussen, wurden mehrere Exekutionszüge nach Schönenberg, Sand, Brücken, Breitenbach unternommen, die mit gröblichen

Ausschreitungen verbunden waren. Man suchte Pfarrer, Schullehrer, Adjunkten, die sich aber rechtzeitig davon gemacht hatten. Bei den Haussuchungen wurde sehr gewaltthätig verfahren. Die Gemeinden gerieten derartig in Aufregung, dass man hie und da bei Ankunft dieser Volkswehren aus Homburg Sturm läutete. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, Student Weis und Lehrer Brunner von Schönenberg bis nach Neustadt mitgeschleppt. Auch mehrere Pferde nahm man weg.

Im Kanton Pirmasens war die Landbevölkerung der Bewegung nicht günstig gestimmt. Auch der bessere Bürgerstand der Stadt wollte von einer Revolution nichts wissen. Da sich aber daselbst unter den niederen Klassen von jeher ein zu Exzessen geneigter Bevölkerungsteil befindet, so nahm die Sache eine schlimme Wendung, als von einigen republikanischen Fanatikern ein Volksverein gegründet wurde, in dem man die Verhetzung der Massen systematisch betrieb. An der Spitze der Bewegung stand der Notar Diehl, ein leidenschaftlicher, rücksichtsloser Mann, der Apotheker Lippack, ferner Georg Schneider, Justus, König, Bürkel, Huber, Herbert und Dörner. Nachdem Diehl zum Zivilkommissär für das Landkommissariat Pirmasens ernannt war, entfernte er sofort den gemässigten Kantonalverteidigungsausschuss, welcher am 26. Mai folgendes Schreiben an die provisorische Regierung gerichtet hatte: „Wir ersuchen Euch, den Boden der Reichsverfassung nicht zu verlassen, Eure ganze Thätigkeit nur für deren Durchführung aufzuwenden, alle Beamten der Administration und Justiz, damit eine Anarchie nicht einreissen kann, unter der bis jetzt bestehenden exekutorischen Formel regieren zu lassen, und mit unsern in Frankfurt und München fungierenden Deputierten Hand in Hand zu gehen, indem eine definitive Lostrennung von Bayern nicht ausgesprochen ist.“ Anstelle dieses Ausschusses setzte Diehl seine obengenannten Anhänger. Da sich der Pirmasenser Bürger Peter Werner über dessen Treiben missfällig ausgesprochen hatte, brachte dieser es in einer Volksversammlung zur Sprache, worauf am 13. Mai etwa 300 Bürgergardisten in Werners Haus drangen, in der Absicht denselben umzubringen, was nur dadurch vereitelt wurde, dass sie ihn nicht auffinden konnten. — Da der katholische Pfarrer Lorentz in Pirmasens einen „freiwilligen“ Beitrag zur Anschaffung von Waffen verweigerte, drang der Kappenmacher Herbert mit einem Pöbelhaufen am 17. Mai in das Pfarrhaus, das zuerst von aussen mit Steinen bombardiert und dann innen gänzlich demoliert wurde. Sogar die Betten riss man auseinander, dass die Federn im Garten herumflogen. Dem Pfarrer, der sich zur Wehre setzte, gelang es,

in ein Nachbarhaus zu flüchten, wo man ihn endlich fand, worauf er unter Drohungen und Misshandlungen in Begleitung der wütenden Menge durch die Gassen geschleppt wurde, bis ihn einige mutige Bürger der Todesgefahr entrissen. Bei demselben Anlasse stürmte man auch das Lokal der Gendarmerie, wobei der Polizeikommissär misshandelt wurde. Am 7. Juni drangen etwa 30 Pirmasenser Strolche in das Haus des Barbiers Ertel mit der Drohung, denselben einen Kopf kürzer zu machen, weil derselbe für den alten Stadtrat gestimmt hatte. Man fand ihn endlich in einem anderen Hause, von wo er vor den Zivilkommissär Diehl geschleift wurde, der ihn auf Andringen einiger gemässigten Bürger freiliess, obschon man aus seinem Benehmen ersah, dass er an solchen Exzessen seinen Gefallen hatte. Die Beeidigung der Beamten erzwang Diehl durch Drohungen folgender Art: „Wer nicht schwört, der wird dem Volke preisgegeben, mit dem kann man verfahren, wie man will, und er kann sich nirgends beschweren.“ An das protestantische Presbyterium in Pirmasens richtete er das Ansinnen, die grosse Glocke zum Gusse von Kanonen herzugeben. Selbstverständlich wurden die öffentlichen Kassen ausgenommen, auch Staatsholz verkauft, wie überhaupt die Wälder um Pirmasens damals einer weitgehenden Verwüstung ausgesetzt waren. Auch nahm man gewaltsam Pferde und Waffen weg, und liess von allen Schmieden und Schlossern in Pirmasens Sensen anfertigen. Der Militärkommissär Seifensieder G. Fuhrmann liess in den renitenten Gemeinden zahlreiche Verhaftungen vornehmen — in Zeselberg 5 — und sich die Exekutionskosten aus den Gemeindekassen vergüten. Als am 16. Juni die Preussen in Pirmasens einrückten, flüchtete sich Diehl, wurde aber von Bürgern von Winzeln festgenommen, die ihm vorhielten, er habe selbst befohlen, alle nach Frankreich flüchtenden Personen zu verhaften. Da die Preussen unterdessen Pirmasens wieder verlassen hatten, zog ein tobender Volkshaufe nach Winzeln und befreite Diehl, der dann seine Flucht fortsetzte. Den würdigen Beschluss machte am 18. Juni ein Pöbelauflauf vor dem Hause des Gerichtsboten Göckler, den Herbert mit dem Tode bedrohte, weil er am 16. Juni einem Verwandten in Waldfischbach, wo Preussen lagen, einige Fässchen Bier geschickt hatte.

Der Kanton Dahn war wohl der renitenteste der ganzen Pfalz. Es gelang hier überhaupt nicht, eine Volkswehr zu organisieren, auch wurden trotz aller Drohungen fast gar keine „freiwilligen“ Beiträge gezahlt. Nur in Dahn befanden sich einige der Revolution günstig gestimmte Männer, der Kantonsarzt Dr. Weigel, der Friedensgerichtschreiber Lebachelle, der Forstamtsaktuar Schleicher, sowie die Kauf-

leute Dahm und Fournier, welche zusammen den Kantonalverteidigungsausschuss bildeten und den Kanton in Unruhe versetzten, in welchem sie nicht den geringsten Anklang fanden. Bei den Rekrutierungen kam fast niemand, — in Bobenthal ein einziger Bursche —; in Erfweiler musste der Kommissär flüchtig gehen, in Busenberg verweigerten die Wehrpflichtigen einstimmig das Losen, in Erlenbach warf der Ackerer J. Breiner den Kommissär Dahm, Kaufmann aus Dahn, mitsamt dem Stuhl zu Boden und rief: „Bist Du der Landkommissär, dass Du die jungen Leute losen lassen willst, oder ist unser Landkommissär in Pirmasens?" Nur dem Bürgermeister verdankte Dahm, dass er mit heiler Haut aus dem Dorfe kam; auch in Niederschlettenbach erklärten die Leute, sie wollten nicht losen und in Bobenthal empfing man den Kommissär mit dem Rufe: „Der Hecker kommt!", worauf dieser sofort umkehrte. In Busenberg befanden sich zwei beurlaubte Soldaten, die auf die Aufforderung, zur Volkswehr zu kommen, sogleich nach Landau zurückkehrten; der Ackerer J. A. Anstett von Erfweiler brachte in Dahn vor den Revolutionsmännern ein Hoch auf den König aus. Dass man mit solchem Materiale keine Revolution machen kann, liegt auf der Hand. Der Zivilkommissär Diehl von Pirmasens beeidigte unter terroristischen Drohungen die Dahner Beamten und setzte eine Anzahl katholischer Geistlichen ab, auch wurden mehrere Kassen beschlagnahmt und geleert. Exekutionen fanden einige statt, die aber durch auswärtige Freischärler vorgenommen werden mussten. In Erfweiler wollte man dem schon genannten Anstett mit Gewalt ein Pferd wegnehmen, was durch Sturmläuten vereitelt wurde. Selbstverständlich mussten die Gemeindekassen die Exekutionskosten bezahlen.

Auch im Kanton Waldfischbach war keine Spur von Begeisterung für die provisorische Regierung und die Republik zu entdecken. Am 2. Juni erschien der Zivilkommissär Diehl von Pirmasens, die Beeidigung der Beamten vorzunehmen. Diese hatten sich geeinigt, sich zur Beschwörung der Reichsverfassung herbeizulassen, aber die provisorische Regierung nicht anzuerkennen. Diehl hielt nun an die Versammelten eine Rede, in welcher er unter Andern sagte: „Als im vorigen Jahre der Revolutionssturm den Thron wankend machte, da blieb das Volk vor den zitternden Fürsten stehen und sie verlangten Vertrauen; aber dem Verrate gegenüber ist Vertrauen nicht mehr am Platze. Man berief eine Nationalversammlung nach Frankfurt, doch Talent und Bildung macht den Menschen schlecht, die Nationalversammlung bestand aus Leuten von hoher Bildung und grossen Talenten, aber die Fürsten haben Geld und mit diesem Gelde haben sie die Talente bestochen und sie aufs

neue zur Unterdrückung des Volkes benutzt. Ich komme eben aus dem Kanton Dahn und mit schwerem Herzen sage ich es, dass ich auf diesen Kanton für unsere gute Sache wenig Vertrauen habe. Der ganze Kanton Dahn ist leider durch die schlechte Pfaffenwirtschaft ganz demoralisiert, wie überhaupt die Pfaffen das Wort Gottes benutzten, um die Menschheit schlecht zu machen." Man glaubt, einen rohen und unwissenden Jacobiner vom Jahre 1793 poltern zu hören. Als ihm die Bediensteten ihre Erklärung schriftlich überreichten, zerriss er sie, warf sie zornig zu Boden und schrie: „Die schlechten Beamten, die schlechten Pfaffen, die Fürstenknechte! Wer nicht schwören will, der muss!" Ein Teil der Anwesenden leistete nun erschrocken den Eid, der Gerichtsschreiber Gassert und vier Pfarrer, welche man als renitent verhaftet hatte, wurden später entlassen. Im Kantone wurden 27 Pferde weggenommen, die man nicht bezahlte und die sämtlich verloren gingen. Am 15. Juni rückten 152 Freischärler in Leimen ein, um bei Johanniskreuz Verhaue anzulegen. Da sie beim Requirieren in dem armen Dörfchen nicht alles Gewünschte erhielten, begannen sie in brutalster Weise zu plündern, wobei den Leuten die Gewehre auf die Brust gesetzt wurden. Da einige junge Burschen, die man gewaltsam mitnehmen wollte, die Flucht ergriffen, wurde nach ihnen scharf geschossen.



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Hauptmann Behlen.
(Pose No 2.)

Im Kantone Frankenthal wollte die Landbevölkerung in ihrer grossen Mehrheit von einer Revolution nichts wissen, während in der Stadt Frankenthal hiefür eifrig agitiert wurde. Es bildete sich schon im Jahre 1848 ein Volksverein und bald auch ein demokratischer Verein, die für den genannten Zweck wirkten. An der Spitze der Bewegung standen die Rechtskandidaten Fries, Hertle, Hillgärtner,

Glockengiesser Hamm, sowie Resch, Held, Bauer, Carl und Friedrich Behlen. Hillgärtner, der in sehr gewaltthätiger Weise vorging, wurde Zivilkommissär, als Militärkommissär fungierte der ehemalige österreichische Offizier Kuchenbäcker. Hillgärtner war besonders stark im Beischaffen von Geldmitteln, wobei er von seinem Vater, einem stadtbekannten Wucherer, durch Ratschläge unterstützt wurde. Der bessere Teil der Frankenthaler Bevölkerung war übrigens mit diesem radikalen Treiben nicht einverstanden, von dem man das Aergste befürchtete, wie denn auch der Abgesandte Frankenthals den Auftrag hatte, am 17. Mai in Kaiserslautern gegen die Einrichtung einer provisorischen Regierung zu stimmen. Hillgärtner und Hamm bemächtigten sich der Staatskassen und liessen aus dem kgl. Holzhofe für 1755 Gulden Hölzer versteigern; ebenso trieben sie das Zwangsanlehen auf nachdrücklichste Weise ein. Als 11 Personen am 11. Juni noch nicht bezahlt hatten, liess Hamm die Namen derselben an den Strassen öffentlich anschlagen, um damit ihre Personen dem Volkszorn preiszugeben. Auf diese Weise wurden noch in den letzten Stunden 8789 Gulden erpresst. Der Frankenthaler Stadtrat schloss sich am 2. Juni den übrigen Stadträten an, die in Neustadt beschlossen hatten, die provisorische Regierung möge sofort eine Volksvertretung einberufen, allein ihr Beschluss wurde durch Hillgärtner und Kuchenbäcker in der Druckerei beschlagnahmt und unterdrückt. Eine Reklamation in Kaiserslautern wurde mit dem Bemerken abgewiesen, dass man Geld haben müsse. Die Konskription auf dem Lande vollzog sich in flauer Weise, weshalb Kuchenbäcker den Gemeinden durch Drohungen mit Exekution und wirkliche Exekution Eifer zu machen suchte. Auch Verhaftungen wurden vorgenommen, wobei der Oberst Blenker, welcher mit seiner Truppe von 1200 Mann eine Zeit lang in der Stadt lag, mithalf. Nachdem man noch dem Gutsbesitzer Krätzer von Mainz auf dem Hofe Scherrau zuguterletzt 188 Säcke Frucht gewaltsam weggenommen, und in Frankenthal den Dr. Bettinger, Dekan Zöller, Dekan Seibert, Heinrich Mattil und Jakob Reverdy als Geiseln nach Dürkheim mitgeschleppt hatte, begab sich die terroristische Gesellschaft auf die grosse Retirade. —

Auch im Kantone Grünstadt betrieb der Zivilkommissär Hillgärtner von Frankenthal sein Erpressungsgeschäft in ausgiebiger Weise. Die Anklageschrift beschuldigt ihn, das Geld mitgenommen zu haben, um es im Auslande für sich zu verwenden. Das Zwangsanlehen ertrug ihm hier 10445 Gulden, der Witwe Koch in Asselheim presste er ausserdem noch ab 1025 Gulden. Anfänglich hatte er zugegeben, dass das Zwangsanlehen in zwei Terminen bei einem Zwischenraum von 8 Tagen gezahlt werde. Als er aber am 11. Juni

hörte, dass das Einrücken der Preussen bevorstehe, hob er diesen Termin auf, zog bewaffnet umher, schickte Bewaffnete in die Dörfer, um mit Drohungen und Gewalt den zweiten Termin einzuheben. Im Rentamtsjournale zu Grünstadt fand er, dass die Wittwe Koch von Asselheim und ihr Sohn Reinhard für eine Zuchtpolizeistrafe noch 6000 Gulden schuldeten, für deren Zahlung aber Jahrestermine von 1000 Gulden bewilligt worden waren. Obschon der Termin noch nicht fällig war, schickte Hillgärtner doch am 13. Juni Bewaffnete nach Asselheim, welche die Koch durch ihr Gebahren derart in Schrecken setzten, dass sie die 1000 Gulden und zugleich den zweiten Termin ihres Betrages vom Zwangsanlehen entrichtete. Für die Exekution selbst musste sie auch noch 25 Gulden bezahlen. Der Rechtskandidat Held in Frankenthal und der Handelsmann Moritz Escales von Grünstadt hielten im Kantone die revolutionären Reden, letzterer betrieb auch die Organisation der Volkswehr, die auf den Dörfern nur mit Zwang vorgenommen werden konnte. Aus Dirmstein waren 30 Burschen nicht ausmarschiert, worauf sie Kuchenbäcker durch Exekution holen liess. Verhaftet wurde unter Andern der protestantische Pfarrer Christmann aus Grossbockenheim, dem man in Frankenthal als Grund seiner Verhaftung angab, es sei „eine Portion da draussen denunziert worden". In den letzten Tagen noch rückte der Gerichtsbote Louis von Grünstadt mit bewaffneter Mannschaft nach Sülzen und fing dort einige Landleute ab, die ihre Pferde vor den Freischaren in das Hessische flüchten wollten. Die Bauern samt den Pferden wurden nach Grünstadt verbracht. —

An der Spitze der Bewegung im Kantone Speyer standen der Notar Reichard, Mitglied der provisorischen Regierung, Bierbrauer F. Weltz, Rentner L. Heidenreich, Rechtskandidat Jakob Moos, Baupraktikant Flad und der berüchtigte Lithograph Heren, ein vielbestraftes Subjekt, der durch sein revolutionäres, nach dem Muster des Père Duchêsne redigiertes Schmutzblatt „Die Trompete von Speyer" die untersten Volksklassen aufwühlte. Bezeichnend für die Energie und den Einfluss der pfälzischen Regierung ist es immerhin, dass ein solches Blatt längere Zeit frisch und wohlgemut unter den Augen des kgl. Regierungspräsidenten erscheinen konnte. Aus den mir vorliegenden 10 Nummern will ich eine kleine Blütenlese mitteilen. In Nr. 6 findet sich ein Gedicht, das nach der unten befindlichen Punktierung von Heren selbst herrührt und überschrieben ist: Des Teufels Samen. Nach demselben war die Erde zuerst eine Republik, in welcher die Menschen so glücklich und tugendhaft lebten, dass Niemand in die Hölle kam. Darob ärgerte sich der Teufel, und was er that, soll das Gedicht selbst erzählen:

„Drauf stieg er mit einem grossen Sack
In die tiefste Hölle hinein.
Und füllt ihn mit lauter Lumpenpack
Von schrecklichen Teufelein,
Er hob sich dann auf den Rücken hin
Und zog mit Jubel zur Erde hin.
Dort liess er lachend, in jedem Land
Einen kleinen Teufel heraus;
Der wuchs gar bald, so wie er stand,
Und es ward ein Fürstlein daraus.
Und wies nun klein oder grösser war,
Ward Herzog es oder König gar."

Nun geht das Sündigen auf der Erde an und der Teufel schwört:

„Die Menschheit bleibt so lange verflucht,
Als auf Erden ihr halten euch könnt,
Und dann erst findet ein Ende mein Schwur,
Wenn der letzte von euch zur Hölle fuhr."

In Nr. 10 wird die „schwarze Schand-Armerie" also angehaucht: „Finstere Volksfeinde! Schandbuben unserer Zeit! Geht nach Waldsee (ein Ort bei Speyer) geht hin aufs Land, geht hin zu dem einfachen Landvolke und seht das Feuer, das aus jedem Auge sprüht, seht die geballten Fäuste und ihr werdet, ihr müsst abstehen von der teuflischen Unterdrückung des Volkes." Auf die Geistlichkeit ist überhaupt die „Trompete" schlecht zu sprechen. In Nr. 11 findet sich ein Gedicht, dem ich folgende Strophen entnehme:

„O Du edler Nazarene! (Sic!)
Auserwählter Gottessohn!
Es entfiel Dir manche Thräne,
Ueber Deine Religion;
Wenn Du kämst zu uns hernieder
Und würdest schlechte Pfaffen sehn
Wie durch diese Satansbrüder
So viel Unglück ist geschehn.
O wie viele, viele Thränen,
Wurden, ach, durch sie erpresst,
Wenn sie ärger als Hyänen,
Wenn sie würgten, wie die Pest."

In Nr. 14 wird die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes heftig angegriffen. Es heisst am Schlusse des Artikels: „Nein, wenn rote Republikaner, Anarchisten und ächte Wühler kämpfen, so kämpfen sie nicht für Parlament und Reichsverfassung, so ist ihr Kampfpreis die Vernichtung der konstitutionellen wie der nichtkonstitutionellen Monarchie." In derselben Nummer heisst es: „Die Ungarn haben unter Andern einen Sohn des Scheusals Windischgrätzer gefangen.

Der Alte wollte ihn auswechseln und wandte sich deshalb an Kossuth; dieser aber antwortete: „Gib mir Robert Blum dafür und Dein Sohn ist frei, eine andere Auswechselung kann ich nicht gestatten.“ So wird denn der junge Windischgrätzer wahrscheinlich sein Leben lassen müssen, was wir mit grosser Freude vernehmen, da der Sohn eines solchen Vaters jedenfalls ein Unkraut sein muss.“

In Nr. 16 liest man: „Die gottesbegnadete Majestät, der Grossherzog von Baden, hat sein Volk im Stich gelassen; mit anderen Worten: er ist der Gerechtigkeit des Volkes entflohen, wie ein Dieb in der Nacht. Das badische Monarchlein befindet sich samt der fürstlichen Brut in Germersheim . . . . . Und der Mann des Unheils, Beck (badischer Minister) ist ebenfalls verschwunden. O ewig schade! Man hätte sonst das nie trügende Experiment des Zuschnürens vermittels eines hänfenen Strickes zur allgemeinen Belehrung mit ihm machen können.“ Ferner: „Die kaiserlichen, schwarzgelben Horden sind überall geschlagen! Der junge Laffe, der sich Kaiser nennen lässt, will sich selbst an die Spitze seiner Henker und Henkersknechte stellen.“ In Nr. 17 heisst es: „Die drohende Stellung des Volks in Süddeutschland soll die Pläne des preussischen und bayerischen Volksmörders etwas durchkreuzt haben. Sie sollen jetzt nachgeben wollen und zwar folgende Bedingungen machen: Friedrich Wilhelm IV., der gekrönte Schlächterhund, bleibt König von Preussen. Ein Junge aus der Race Hohenzollern wird Reichsstatthalter. Die Reichsverfassung erleidet Abänderungen zu Gunsten des Königtums. So kalkulieren diese Menschen. Aber es ist zu spät. Keine Vereinbarung mit den Fürsten mehr. Entweder müssen sie daran oder wir.“ Weiter: „Der grösste Feind der Menschheit ist und bleibt immer die Monarchie. Nehmt die Weltgeschichte, das Sündenregister dieser fürstlichen Wölfe, zur Hand, wie viele Ausnahmen zählt ihr? Seht nur in die deutsche Geschichte, fangt mit Karl dem Grossen an und wo ist der Massstab, mit welchem die Gräuel dieser sich Gottesbegnadete nennenden Raubtiere könnten gemessen werden? Wo ist nur das Mass, in welches das durch die fürstlichen Henker nur in Deutschland vergossene unschuldige Blut könnte aufgenommen werden? Betrachtet nur die neueste Zeit! Beseht euch diese sich Landesväter nennenden Hyänen genau! Seht, wie alle Laster blos von ihnen auf das Volk übergehen.“ In solcher Weise durfte auf das Volk in einem Blatte ein verkommenes Subjekt einwirken, dem jeder anständige Mensch weit aus dem Wege ging.

Es wurde schon mitgeteilt, wie die Speyerer ihre Stadt am 7. Mai beim Heranrücken eines preussischen Bataillons, das nach Landau kommandiert war, barrikadierten, ebenso wie man die in

Speyer und Umgegend liegenden Soldaten eines Bataillons des 6. Regimentes zum Uebertritt verführte. Am 12. Mai zog das Brigadekommando mit dem treugebliebenen Reste der Truppen nach Germersheim ab. Was dasselbe an Vorräten, Pulver, Waffen und Teppichen zurückliess, wurde alles mit Beschlag belegt und dem Landesverteidigungs - Ausschusse überliefert. Am 19. Mai kam die provisorische Regierung nach Speyer, wo sie mit Unterbrechung bis 23. verblieb. Die Hauptkasse des Kreises mit 200000 Gulden war vorher nach Germersheim verbracht worden. Am 23. Mai fand man als Barbestand 10 Gulden, 10 Kreuzer, 2 Pfennige — nicht einen Kreuzer, wie manche berichten — vor. Beim Abzug nahm die provisorische Regierung auch 292 Dienstmedaillen für Bürgermeister, im Werte von 3 Gulden 30 Kreuzer das Stück, mit, die niemals wieder zum Vorschein kamen. Am 24. Mai wurden auf Befehl des Militärkommissärs v. Diepenbrock, eines früheren preussischen Offiziers, der Regierungsrat v. Neimanns und der Medizinalrat Dr. Dapping verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Zivilkommissär war der Regierungsrevisor Hilgard, der als schonender und ehrlicher Mann geschildert wird. Erwähnt ist bereits, dass am 3. Juni ein Exekutionszug nach Speyer beordert wurde, wo die Vollzugskommissäre der provisorischen Regierung Eckhard und d'Ester den renitenten Stadtrat absetzten, der dann wieder gewählt wurde. Die Umgegend von Speyer stand grösstenteils der Bewegung gleichgültig, ja wider-



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Hauptmann Luchesi aus Frankenthal,
Anführer des Robert Blum-Korps.

spenstig gegenüber. Aus Harthausen stellte sich Niemand bei der Rekrutierung, 5 junge Leute liessen sich sogar bei dem Militär in Germersheim freiwillig einreihen. Dafür kam der Militärkommissär Oswaldt, Litterat aus Württemberg, mit 250 Freischärlern in den Ort, und führte den Bürgermeister mit zwei Gemeinderäten gefangen nach Speyer ab. Dort liess man sie erst frei, als der ganze Gemeinderat sich für Stellung des I. Aufgebotes verbürgte. Nun gingen oft Streifpatrouillen nach Harthausen, die manchmal mit den Einwohnern in Konflikt kamen, sodass am 10. Juni Sturm geläutet wurde. Zur Strafe musste es 300 Gulden zahlen, ebensoviel wurde von der renitenten Gemeinde Heiligenstein verlangt. Auch Berghausen musste 200 Gulden Kriegssteuer bezahlen. Aus Mechtersheim rückten statt 22 Rekruten nur 3 ein, weswegen der Bürgermeister dieses Ortes verhaftet wurde. Von der Gemeinde Dudenhofen wurden 100 Gulden erpresst. In der Umgegend von Speyer gegen Germersheim zu lag eine Zeit lang „Robert Blums Rachekorps" unter dem Kommandanten Luchesi, einem Rechtskandidaten aus Frankenthal. Ein charakteristisches Licht auf dieses Korps der Rache wirft folgendes Aktenstück: „Vorzeigerin dieses Urlaubsscheines begibt sich zu ihrer Kompanie, dem Freikorps Robert Blum nach Landau. Alle Fahrgelegenheiten benutzen zu dürfen, wird dieselbe angewiesen. Rheingönnheim, 20. Mai 49. Der Kommandant Kohler." Die Vorzeigerin war eine berüchtigte lüderliche Dirne. Der Freischärler Daul klagt ebenfalls in seiner früher erwähnten Schrift über das Unwesen, das diese als Amazonen mitmarschierenden Prostituierten bei den Freischärlern trieben.

Im Kantone Mutterstadt war der Zentralpunkt der aufständischen Bewegung Ludwigshafen, wo der prakt. Arzt Dr. Löwenthal die Agitation leitete. Derselbe wurde mit dem Wormser Weinhändler Blenker bekannt, den er im Einverständnis mit Reichard zu einer Expedition nach Ludwigshafen veranlasste. Dort lagen als Besatzung der Rheinbrücke 50 Mann Jäger, welche am 10. Mai sich noch gegen die ankommenden Freischaren stellten, am 11. aber grösstenteils zu Blenker überliefen. Es wurde bereits berichtet, wie dann zwei Kompanien des 6. Infanterieregimentes, die von Mundenheim kamen, ebenfalls zu den Freischaren übertraten. Ebenfalls am 11. Mai fing man einen Transport von 76 Rekruten ab, der von Würzburg her mit einem Dampfer in Ludwigshafen ankam. — Blenker verlegte nun sein Hauptquartier nach Ludwigshafen, wo auf Anweisung Reichards von 20 Bürgern ein Anlehen von 2000 Gulden erhoben wurde. Am 12. Mai nahm man der Freifrau v. Herding in Mundenheim drei kleine Kanonen — sog. Katzen-

köpfe — weg. Die öffentlichen Kassen wurden beschlagnahmt und auch mehrere Verhaftungen vorgenommen, so die des Bürgermeisters Amberger, des Adjunkten Höflich und des Gemeinderates Wippel in Maudach, ferner des Ph. Zinkgraf und Adam Scheuermann von dort, dann des Oberzollinspektors Herwagen in Ludwigshafen und des Adjunkten Magin in Mutterstadt. Am 13. Juni kam Blenker mit etwa 1600 Mann nach diesem Orte, wo er sofort 5 Bürger festnehmen liess, von denen zwei entkamen, drei aber als Geiseln nach Dürkheim mitgeschleppt wurden. Da in Iggelheim Niemand marschieren wollte, legte man 200 Freischärler als Exekution in das Dorf, welche 3 Tage daselbst verblieben. Eine ausgesprochene Geldstrafe von 600 Gulden konnte wegen Ankunft der Preussen nicht mehr eingetrieben werden. Ueber die Beschiessung und teilweise Zerstörung Ludwigshafens durch die Badenser werde ich später ausführlich berichten.



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

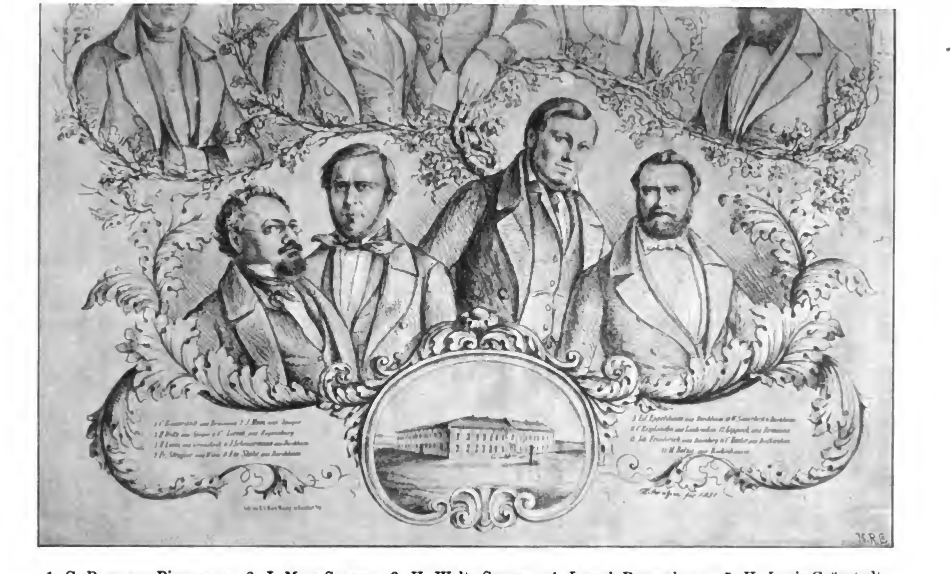
Fritz Milster,
Platzkommandant von Ludwigshafen.

Im Kantone Dürkheim bestanden schon 1848 verschiedene politische Vereine, welche sich 1849 zur Unterstützung des Aufstandes vereinigten. Den Kantonalverteidigungsausschuss bildeten Sauerbeck, Eppelsheim, Catoir, Stöhr, Sahner, Scheuermann und der Müller Jakob Graf, ein exaltierter Republikaner. Derselbe sollte Zivilkommissär werden, aber da man ihn fürchtete, bewirkte der Kantonalausschuss die Ernennung des Rechtskandidaten Hammel von Grünstadt, der seines Amtes mit Milde und Schonung waltete.

Deshalb wurden von dem Zwangsanlehen, das 80790 Gulden eintragen sollte, nur 4273 Gulden erhoben. Verhaftungen kamen 34 vor, von denen Hammel nur 8 angeordnet hatte. Da die meisten Orte des Kantons vollständig renitent waren, dienten die Freischaren fast nur zu Exekutionszwecken. Solchen Besuch, der jedesmal aus der Gemeindekasse bezahlt werden musste, erhielten Weisenheim a. S., Freinsheim, Wachenheim, Rödersheim, Niederkirchen, Friedelsheim, Bobenheim, Dackenheim, Weisenheim a. B., Herxheim, Forst, Ungstein, Leistadt und die Gemeinde Kallstadt dreimal. In Forst und namentlich in Wachenheim wurden viele schöne Pferde für die Offiziere der Freischaren weggenommen. In den Akten des Bürgermeisteramtes Forst finden sich zwei amtliche Urkunden, durch welche der Schaden, den diese Gemeinde erlitten hat, also dargestellt wird: „Durch Exekutionstruppen wurde die erste Hälfte des ersten Aufgebotes gewaltsam herbeigetrieben und die Gemeinde Forst musste ausser der Einquartierung und Beköstigung an dieselben 85 Gulden 46 Kreuzer Exekutionskosten bezahlen. Zur Armierung der hiesigen, gewaltsam beigezogenen Mannschaft wurden unter Androhung von Exekution Patronentaschen, Bajonettscheiden, Feldflaschen geliefert, Strohsäcke angefertigt, was einen Kostenaufwand von 109 Gulden 12 Kreuzer veranlasste. Auf gleiche Weise wurden auch die Gewehre der hiesigen Bürger requiriert, welche sie auf dem Gemeindehause ablieferten, wo sie zu 180 Gulden taxiert und alsdann eingeschickt worden sind. Der Kostenbetrag der hiesigen Gemeinde beläuft sich demnach auf 878 Gulden 58 Kreuzer. Aber nicht nur die Gemeinde, sondern auch mehrere einzelne Bürger wurden durch die Organe der sogenannten provisorischen Regierung terrorisiert, wie dies aus dem beiliegenden Protokolle entnommen werden kann." Aus diesem Protokolle ist zu ersehen, dass dem Matth. Schellhorn von Oberstleutnant Strasser ein schwarzes Wallachpferd im Werte von 500 Gulden weggenommen wurde, dass er von der Zwangsanleihe 1000 Gulden gezahlt hat, und dass ihm bei der Retirade ein Sattel mit Zaum im Werte von 22 Gulden gestohlen wurde. Georg Spindler zahlte von der Zwangsanleihe 50 Gulden, Kaufmann Andreas Seyfried 65 Gulden, Gutsbesitzer J. Werle für sich 50 und für seine Mutter 50 Gulden. Dem Gutsbesitzer Christoph Biebel wurde durch den Freischarenhauptmann Fassbender ein Pferd im Werte von 297 Gulden fortgeführt, auch hat er von der Zwangsanleihe 65 Gulden bezahlt. Ebenso bezahlte Witwe Katharina Eschmann 200 Gulden, Gutsbesitzer Georg Schellhorn 137 Gulden 30 Kreuzer. Dem Gutsbesitzer Johann Adam Steinmetz wurde von dem Hauptmann Fassbender ein Pferd im Werte von 396 Gulden und ein Sattel mit Zaum gewaltsam

weggenommen. Witwe A. Steinmetz zahlte von der Zwangsanleihe 50 Gulden, Bürgermeister Mossbacher 230 Gulden. Letzterem wurde auch noch ein Reitzeug im Werte von 50 Gulden entwendet. Der Schaden, den diese Privatleute erlitten haben, beläuft sich somit auf 3172 Gulden 30 Kreuzer. Sehr auffallend erscheint, dass im ganzen Kantone Dürkheim mit seinen vielen reichen Leuten das Zwangsanlehen nur 4273 Gulden ertragen haben soll, da doch die kleine Gemeinde Forst nach obigem amtlichen Aktenstücke allein 1897 Gulden 30 Kreuzer gezahlt hat. — Bei seinem Durchzuge durch Freinsheim liess Blenker den dortigen katholischen Geistlichen Holderied verhaften, der in Dürkheim brutal behandelt wurde.

Im Kantone Neustadt war besonders diese Stadt schon längere Zeit durch politische Vereine unterwühlt. An der Spitze der gemässigt-republikanischen Partei stand Dr. Hepp, später Mitglied der provisorischen Regierung, während die rote Partei von dem schon geschilderten deutsch-katholischen Prediger Loose, dem Uhrmacher Weber, dem praktischen Arzte Dr. Klein, Meergott, Wernert, Fischer und Saladin Mattil geleitet wurde. Die Radikalen, welche ein kommunistisches Schandblatt „Der Pfälzer Volksmann“ herausgaben, dominierten zuletzt in der Stadt völlig. Sie hetzten die Armen gegen die Reichen und sprachen nur von der Guillotine, durch welche die Köpfe der „Geldsäcke“ fallen müssten. Zivilkommissär war Dr. Klein, der in seinem Vorgehen als nicht hart geschildert wird. Derselbe trat sein Amt mit nachstehender „Ansprache an die Bewohner des Landkommissariates Neustadt“ an: „Bürger! Durch Dekret der provisorischen Regierung vom 25. Mai wurde ich zum Zivilkommissär für das Landkommissariat Neustadt ernannt und mir unter anderen Obliegenheiten die Leitung der Rekrutierung, sowie die Liquidation der Steuern zur Pflicht gemacht. Mitbürger! Der Kampf der Pfalz gegen eine wortbrüchige, reaktionäre Regierung ist ein heiliger! Wir, das Pfälzervolk, haben das Schwert nicht ergriffen, sondern es wurde uns in die Faust gedrückt! Wir kämpfen nicht den Kampf der Revolution, sondern der Notwehr! Aber abgesehen von unserm sonnenklaren Rechte ist unser Kampf auch kein leichtsinnig begonnener, welcher schon voraussichtlich alles Erfolges ermangeln wird. (sic!) Nein! Wenn je ein Kampf siegreich zu Ende geführt wurde, so wird es der unsrige! Unsere Pfalz, früher die kostbarste Perle in der bayerischen Krone, bietet unerschöpfliche Hilfsquellen an Geld. In wenigen Tagen werden 50000 kräftige Männer und zwar Pfälzer, unter den Waffen stehen. Mit Baden, welches heute schon ein Heer von 100000 Mann, worunter 27000 Soldaten, stellt, sind wir zu Schutz und Trutz verbunden. Württembergische



1. C. Baumann-Pirmasens. 2. J. Moos-Speyer. 3. H. Weltz-Speyer. 4. Loreck-Regensburg. 5. H. Louis-Grünstadt. 6. J. Scheuermann-Dürkheim. 7. Fr. Strasser-Wien. 8. Em. Stöhr-Dürkheim. 9. Ed. Eppelsheim-Dürkheim. 10. W. Sauerbeck-Dürkheim. 11. Resplandin-Lauterecken. 12. Lippack-Pirmasens. 13. Joh. Friedrich-Eisenberg. 14. C. Hoster-Dielkirchen. 15. M. Bolza-Rockenhausen.



Truppen haben dem Könige persönlich erklärt, nie gegen Baden zu ziehen, für die deutsche Reichsverfassung aber mit Freuden in den Tod zu gehen. — Franken und Schwaben, bayerische Landesteile, waffnen sich emsig, um, sobald der Zeitpunkt erschienen ist, mit uns loszuschlagen. Ein altbayerisches Regiment, welches in das Lager von München beordert wurde, zog in München unter Absingung des Heckerliedes ein. In Donauwörth haben die bayerischen Soldaten das Lager zerstört und sich bei den Bürgern einquartiert. Die Offiziere haben Reissaus genommen. Ungarn, die hochherzigen Vorkämpfer der europäischen Freiheit, brachen in fünf Armeen aus ihrem Lande, um die bewaffnete Propaganda weiter und weiter zu tragen. Wenige Tage noch und der Tapferste der Tapfern, Held Bem, hat seinen Siegesflug durch Galizien gemacht, und steht an der Grenze von Polen. Polen selbst schärft racheschnaubend seine Waffen und 100000 Mann stellen sich freiwillig, ohne Rekrutierungsgesetz, unter Bems Fahnen. Wie die österreichischen Heere, so werden die russischen vernichtet werden. Frankreich, d. h. dessen Regierung, muss seine Politik ändern, will sie sich nicht selbst den Strick um den Hals schlingen; denn den grössten Teil des französischen Volks hatte sich Louis Napoleon schon früher entfremdet, aber auch das Heer, dessen seitherige einzige Stütze, hat durch seine kürzlichen Wahlen zur Deputiertenkammer nach Paris bewiesen, dass es Napoleon feindlich entgegensteht, indem gerade die französische Armee die entschiedensten Republikaner wählte. Unsere französischen Brüder in Elsass endlich haben uns erklärt und feierlichst zugesagt, dass beim ersten Rufe ihre ganze ledige Nationalgarde, wenigstens 20000 Mann, aufbrechen werden, um an unserm Kampfe selbst gegen den Willen ihrer Regierung teilzunehmen! So wird sich auf den ersten Schlag, den die Regierungen gegen uns führen, ein Kreuzzug entspinnen, wie die Welt noch keinen erlebte! Nationen werden auf den Kampfplatz treten und zermalmen, was sich ihnen entgegenstellt. Darum, Pfälzer, müssen auch wir unsere Schuldigkeit thun, wollen wir unsern Namen nicht brandmarken! Um nun obigem Befehle der provisorischen Regierung bezüglich der Steuererhebung und Rekrutierung nachzukommen, wird Nachstehendes geschehen müssen: Ich selbst werde, nachdem ich die Einnehmer auf die Reichsverfassung verpflichtet habe, jedem derselben eine Kommission braver Bürger seiner Gemeinde beigeben, welche, nachdem ihnen die Steuerliste übergeben, sich von Haus zu Haus zu begeben haben, um ihre Mitbürger aufzufordern, die Steuern sofort zu entrichten. Dieselben, mit den Vermögensumständen jedes Einzelnen bekannt, werden die etwaigen Ausflüchte zu beurteilen wissen, und sodann an mich be-

richten. Bezüglich der Rekrutierung sind, wo es noch nicht geschehen, von allen Bürgermeisterämtern vollständige Listen aller ledigen Männer bis zu 30 Jahren sogleich an das Kommando hieher einzusenden. Sodann wird durch einen zu ernennenden Kommissär die Hälfte des ganzen Aufgebotes durch das Los herausgezogen, welche sich sofort marschfertig zu machen hat. Alle vorhandenen Waffen sind dem ersten Aufgebote zu dessen vollständiger Bewaffnung auszuhändigen. Privatwaffen werden durch eine Kommission verzeichnet, und deren Wert in ein Register eingetragen, damit später eine Barvergütung oder der Rückersatz der Waffen selbst bewerkstelligt werden kann. Mitbürger! Nur durch das einige feste Zusammenwirken aller, kann des Vaterlandes Wohl bezweckt, kann unser Ziel erreicht werden. Dem Wohle Aller aber darf aus dem feigen oder böswilligen Widerstande des Einzelnen kein Schaden erwachsen, weshalb diejenigen, welche sich den Anordnungen der provisorischen Regierung nicht freiwillig fügen sollten, gezwungen werden müssen. Denn für uns gibt es keine Wahl mehr! Freiheit oder Knechtschaft! Der Nachkommen Segen oder deren Fluch! Neustadt, 29. Mai 1849. Der Zivil-Kommissär Dr. Klein." Man kann nicht anders sagen, oder dass ein Mann, der den Mund so voll zu nehmen verstand, entschieden nach Neustadt gepasst hat! — Das Zwangsanlehen ertrug 10272 Gulden, eine verhältnismässig geringe Summe. Verhaftungen wurden im ganzen 97 vorgenommen, ein Beweis, wie gross auch in diesem Kantone die Begeisterung für die Republik war. Am meisten Aufsehen machte diejenige des protestantischen Pfarrers Schiller in Iggelheim, die von Weber und Buchheister vorgenommen wurde. Diese zogen am 23. Mai aus, konnten aber an diesem Tage ihren Zweck nicht erreichen, da man in Iggelheim Sturm läutete und die bewaffneten Bewohner erklärten, sie liessen ihren Pfarrer nicht fortführen. Buchheister eilte nun nach Neustadt zurück und kam am andern Tage mit einer Verstärkung von 200 bewaffneten Turnern zurück, worauf die Verhaftung stattfand, nachdem Pfarrer Schiller selbst seine Gemeinde zur Ruhe gemahnt hatte. Exekutionen wurden nach Lachen, Geinsheim und Hassloch geschickt. In den letzteren Ort rückte Robert Blums Rachekorps unter Luchesi ein und benahm sich daselbst in der rohesten, gewaltthätigsten Weise, namentlich gegen wehrlose Frauen.

Der Kanton Edenkoben wollte, die Stadt selbst ausgenommen, von dem Aufstande nichts wissen und zeigte sich vollständig renitent. Edenkoben selbst war dagegen schon seit 1848 von demokratischen Vereinen aufgewühlt, an deren Spitze der Schreiber Schneider, Oekonom Teutsch, Kaufmann Bumiller, Weinhändler Völker und

Seifensieder Lintz standen. Auch fremde Redner, wie z. B. Vogt und Schlöffel, kamen in grosser Anzahl hieher und suchten die Aufregung auf alle Weise zu vermehren. Das Hin- und Hermarschieren der Freischaren nahm kein Ende, durch beständige Einquartierung und unaufhörliche Lieferungen erwuchs der Stadt bedeutender Schaden. Zweimal fand in derselben ein grosser Tumult statt, zum erstenmale, als man mit grossem Geschrei ausrückte, um das preussische Bataillon abzufangen, welches nach Landau beordert war, das anderemal, als die fliehenden Haufen von Freischärlern, welche vor Landau zurückgejagt worden waren, hieher zurückströmten. Man schrie Verrat und liess seine Wut an dem Stationskommandanten Priester und dem Polizeikommissär Weber aus, welch letzterer durch eine Pöbelrotte beinahe gelyncht worden wäre. Es gelang, beide nach Neustadt zu verbringen, wo sie von einem Kriegsgerichte freigesprochen wurden. Der Schreiber Schneider, der auch eine radikale Zeitung redigierte, wurde Zivilkommissär, übte aber sein Amt mit Schonung aus. Vom Zwangsanlehen wurden etwa 5000 Gulden aufgebracht, dann 31 Personen verhaftet. Die Rekrutierung verursachte grosse Schwierigkeiten. Das erstemal mussten in Edenkoben die Rekrutierungsmänner vor den renitenten Konskribierten durchgehen, beim zweitenmale warfen diese den Ofen um und ein Kommissionsmitglied zum Fenster hinaus. Herbeigeeilte Sensenmänner mussten die Ordnung herstellen, wobei einige Verwundungen vorfielen. Unter den Verhafteten befand sich auch der Lehrer Müller von Alsterweiler, welcher in der Kirche das Domine salvum fac regem angestimmt hatte. Man schleppte ihn nach Kaiserslautern, wo Fries ihm seine „Dummheit" vorhielt, „da doch die Schullehrer überall an der Spitze stünden und ohne diese man nicht so weit wäre." Ueber einen kranken preussischen Offizier, namens Kaiser, der sich in Bad Gleisweiler aufhielt und der Spionage beschuldigt wurde, hielt man zweimal Kriegsgericht. Dann schleppte man ihn fort; über sein weiteres Schicksal wurde nichts bekannt. Einige Gemeinden, wie z. B. Rhodt, erhielten wegen Renitenz Exekution, eine grössere Anzahl von Pferden wurde gewaltsam weggenommen. Als am 16. Juni die Freischaren vor den Preussen von Neustadt gegen Edenkoben flüchteten, stiessen Blenker, dessen Frau und der Tabaksfabrikant Konrad Emil Haas aus Worms bei Maikammer auf etliche Burschen, die sich aus Furcht, gepresst zu werden, in die Getreidefelder flüchteten. Haas verfolgte einen, Nikolaus Müller, holte ihn ein, und schoss den Wehrlosen, der jämmerlich um Gnade schrie, erbarmungslos nieder.

Als Zivilkommissär für den Kanton Landau fungierte der

Schreiber Schneider von Edenkoben, der in Begleitung von Student Krätz und Schuldienstadspirant Ehrstein einige königliche Kassen bei den Einnehmereien ausleerte, aber das Zwangsanlehen nicht erheben konnte, da Landau, wo die reichen Leute wohnten, in der Hand der königlichen Truppen sich befand. Diese Festung wurde, nachdem der Angriff Blenkers durch ein paar Schüsse abgeschlagen war, durch den Obersten Willich wenigstens teilweise cerniert, doch konnten stets Nahrungsmittel eingeführt werden und die Besatzung litt an nichts Mangel. Wenn der Freischärler Daul richtig berichtet, wurde sogar in der Nacht vom 3. auf 4. Juni durch eine Militärabteilung eine grössere Geldsumme zum Auszahlen der Löhne von Germersheim nach Landau gebracht. Einer Abteilung Freischaren, die bei Nussdorf stand, war es gelungen, eine Wasserleitung, die nach Landau führte, zu verstopfen, so dass dort in einigen Brunnen das Wasser ausblieb. Nachdem man am 9. Juni mehrmals nach Nussdorf mit Kanonen gefeuert hatte, machte eine Truppenabteilung einen Ausfall dahin, und stellte die Wasserleitung wieder her. Der Kommandant von Landau, Generalmajor v. Jeetze, hatte die Dörfer Nussdorf und Godramstein warnen lassen, sich jeder feindlichen Handlung zu enthalten, da man sonst diese Dörfer beschiessen würde. Das Bürgermeisteramt Nussdorf schrieb zurück, dass die Bewohner des Ortes sich an keinem Unternehmen gegen Landau beteiligt hätten und bat um Schonung. Nun richtete der Anführer der Freischaren folgendes Schreiben nach Landau: „Der Führer der pfälzischen Freischaren und Kommandant der Einschliessungstruppen.“ „An den Kommandanten der Festung Landau, Bürger-General Jeetze.“ Der Nussdorfer Brunnen ist auf meinen Befehl und durch die Freischaren abgegraben worden und wird wieder abgegraben werden, da die Festung unser sein muss und wird. Wir kämpfen aber mit loyalen Waffen, wenn Sie aber die Häuser und den Besitz der Nussdorfer Bürger bedrohen, so vergeben Sie sich jeden Anspruch auf eine ehrenvolle Behandlung. Sie werden von uns als ein herz- und gesinnungsloser Volks- und Menschenfeind, nicht aber als ein redlicher Gegner angesehen und behandelt werden. Bedenken Sie, dass die Zeit nahe ist, wo das Volk Gericht halten wird. Viel wird verziehen werden, aber keine Unmenschlichkeit, die auch Kinder und Frauen trifft. Bedenken Sie dieses; möge dieser letzte Zuruf Sie erinnern, nicht den Bruch mit der Menschheit vollends zu vollbringen. Nussdorf, 9. Juni 1849. unterz.: Der Bürger August Willich.“ Jeetze antwortete darauf nicht, gab aber dem Bürgermeisteramte Nussdorf folgenden Bescheid: „Der königliche bayerische General-Major und Kommandant der Reichsfestung Landau Freiherr v. Jeetze.“ „An

das Bürgermeisteramt zu Nussdorf.“ „Dem Bürgermeisteramte zu Nussdorf erwidere ich auf seine Vorstellung vom gestrigen folgendes: So viel in meinen Kräften steht, werde ich trachten, dass ich Schuldlose nicht mit Schuldigen verwechsele, allein stets werde ich jeden direkten oder indirekten Angriff auf die Festung als frevelhaften Reichsfriedensbruch mit allen mir zu Gebot stehenden Mitteln zurückweisen; die Einwohner Nussdorfs mögen sich so verhalten, dass über die Art ihres Benehmens kein Zweifel entstehen kann, dann haben sie auch nichts zu befürchten. Landau, den 10. Juni 1849. gez. v. Jeetze, General-Major.“ Die Wasserleitung wurde hernach nicht mehr zerstört und die Festung hatte Ruhe. — Die Umgebung von Landau musste durch die zernierenden Freischaren, unter welchen sich viele katilinarische Existenzen befanden, schweres leiden. Die Einquartierungen, Exekutionen und Verhaftungen nahmen kein Ende. Ein Augenzeuge schildert das Korps Luchesis, der mit einem Weibsbilde in Amazonentracht zur Seite in Oberhochstadt einmarschierte, also: „Dasselbe hatte eine blutrote Fahne mit der Inschrift: „Robert Blums Rachekorps“. Es bestand aus etwa 80 Mann, Gesindel, wie ich es noch nie gesehen und nicht mehr zu sehen hoffe. Sie schienen überall her zusammengeblasen zu sein, und waren Kerls mit wahren Banditengesichtern, in einem Aufzuge, den ich genug dadurch bezeichnen kann, dass ich sie eine zweite verschlechterte Ausgabe von Sansculottes nenne. An der Kopfbedeckung trug jeder pflichtlich ein rotes Abzeichen. Darin bestand allein Uniformität. Die Bewaffnung war ebenso buntscheckig, Flinten, Spiesse, Sensen, Stöcke und manche trugen blos einen Sack (!) nach.“ Die Leiden der Bevölkerung wurden noch grösser, als die ganze pfälzische Volksarmee nach Baden fliehend, diese Gegend durchzog. Man requirierte Nahrungsmittel, Kleider, Gewehre, Wagen und Pferde. Die Einwohner dieser Orte nennen den 17. Juni 1849 den Plünderungssonntag. Sogar noch eine Anzahl junger Burschen wurden bei dieser Flucht ausgehoben und soweit als möglich mitgeschleppt. Den Einnehmer Sattler in Herxheim liess Blenker verhaften und vor ein Kriegsgericht stellen, weil er die bayerische Fahne aufgezogen und die Preussen in Offenbach um Hilfe angegangen habe. Er befahl den kranken Mann zu bewachen und beim etwaigen Anrücken der Preussen sofort niederzuschiessen. —

Die meisten Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten während des Aufstandes kamen im Kantone Bergzabern vor. Dort standen einige besonders rabiate Menschen an der Spitze, die mit dem zahlreichen Proletariate in Bergzabern die ganze Gegend tyrannisierten. Ein bankrotter Kaufmann, namens Borscht, ein ebenso brutales wie

feiges Subjekt, war die Seele der Bewegung. Ihm standen getreulich der Uhrmacher Rothaas, der Lederhändler Simon, Posthalter Pistor, Wirt Hartje, Seifensieder Moritz, Schneider Thysohn, Bäcker Herrmann, Müller Behret und der rohe Küfer M. Hörner von Gleishorbach zur Seite. Borscht, der sich Major titulieren liess und eine Schildwache vor sein Haus stellte, liess 17 Personen in das Gefängnis zu Bergzabern sperren und mehrere Andere, die noch erwähnt werden, nach Kaiserslautern transportieren. Zivilkommissär war der Geschäftsmann Bruch, welcher 1980 Gulden von dem Zwangsanlehen erhob und dieselben bei der Flucht nach Frankreich mitnahm. An besonderen Gewaltakten ist zu erwähnen, dass Borscht die Gendarmen von Bergzabern und Schweigen, bis auf 2, die sich der Verführung zugänglich zeigten, verhaften, fesseln und geschlossen nach Kaiserslautern transportieren liess, wo sie nach einigen Tagen wieder freigelassen wurden. Ebenso suchte derselbe in der Nacht vom 23. auf 24. Mai die Gendarmen in Schaidt zu überfallen, die aber gewarnt wurden und sich schiessend nach Germersheim flüchteten. Die ganze Rotte verliess das Dorf erst, als man mit Sturmläuten drohte. Am 28. Mai liess Borscht den Landkommissär von Maillot, einen sehr angesehenen und beliebten Beamten, der nach wie vor seine Berichte an die königliche Regierung machte, festnehmen und ebenfalls nach Kaiserslautern schaffen, wo man ihn gegen das Versprechen, binnen 24 Stunden die Pfalz zu verlassen, freigab. Auch der Friedensrichter Prinz, der Steuerkontroleur Schütz, der Bezirksgeometer Braun und der Forstamtsaktuar Weis wurden verhaftet und nach pöbelhafter Behandlung am andern Morgen erst freigelassen. Den Letzteren nahm man am 2. Juni abermals fest und transportierte ihn nach Kaiserslautern, wo er ebenfalls bald wieder entlassen wurde. — Von einem bewaffneten Zuge, den Borscht am 4. Juni nach Gossersweiler unternahm, werde ich bei Annweiler näheres berichten. — Zu den Gemeinden, die von dem Aufstande nicht das geringste wissen wollten, gehörte auch Steinfeld, wohin Borscht schon am 4. Juni einen Exekutionszug mit 200 Bewaffneten unternommen hatte, wobei es beinahe zu Blutvergiessen gekommen wäre. Wie die Steinfelder Bauern von den Bergzaberner Revolutionsmännern dachten, lässt sich nach diesem Vorgange begreifen. Der Grenzoberkontroleur Noll in Schweigen, welcher seine Leute kannte, liess schon am 16. Juni die Grenze gegen Weissenburg überwachen, um etwaige Flüchtlinge von Bergzabern abzufangen. Thatsächlich suchte sich der traurige Feigling Borscht, noch ehe ein Preusse zu sehen war, an diesem Tage aus dem Staube zu machen. Man nahm ihn mit einigen Spiessgesellen fest und brachte ihn nach Steinfeld, wo er,

wie man wusste, gut aufgehoben war. Als am 17. Juni die Nachricht von dieser Verhaftung nach Bergzabern kam, liessen Rothaas, Moritz Pistor und Simon, die Hauptanhänger des Borscht, Generalmarsch schlagen, worauf sich ein bewaffneter Haufe, der noch von 200 Freischärlern verstärkt wurde, nach Steinfeld auf den Weg machte, um Borscht zu befreien. Während des Tumultes in der Stadt hatte man daselbst den Landkommissariatsaktuar Megele, den ehemaligen katholischen Pfarrer Dr. Würrschmidt, den Polizeikommissär Jäger und den Gefängniswärter Schmitthenner verhaftet. Die Bewohner von Steinfeld hatten sich bewaffnet und verteidigten ihren Ort gegen die andrängende Rotte. Man schoss eine Stunde lang hin und her, wobei 5 Steinfelder und 5 Angreifer verwundet wurden, einer der ersteren tötlich. Eine Scheune, die von den Freischärlern angesteckt wurde, ging in Flammen auf. — Zu denen, welche bei der Festnahme des Borscht mitgeholfen hatten, gehörte auch der Zolloberaufseher Volkmuth in Rechtenbach. Eine Anzahl Bewaffneter machte sich deshalb am 17. Juni in Bergzabern auf, ihn zu verhaften. Da dieser, rechtzeitig gewarnt, sich geflüchtet hatte, drangen die Helden in sein Haus, plünderten dasselbe, wobei sie dessen Frau mit dem Bajonette bedrohten und auf das gröblichste behandelten. Am selben Tage verhaftete man auch den Grenzoberkontroleur Noll und den Grenzaufseher Ruppert in Schweigen, brachte sie nach Kandel, dann nach Durlach, wo sie später von den Preussen befreit wurden. Auch einen jungen Mann von Schweigen, namens Riester, der mit dem tollen Treiben nichts zu thun haben wollte, schleppte man mit fort, nachdem Einer auf den Fliehenden scharf geschossen hatte. Durch besondere Rohheit und Gewaltthätigkeit that sich der Küfer Hörner von Gleishorbach hervor.

Der im Kantone Annweiler bestehende Kantonalverteidigungsausschuss wollte von einer provisorischen Regierung nichts wissen, und löste sich deshalb am 22. Mai auf. Die in diesem Kantone vorgekommenen Ausschreitungen fallen der Annweilerer Volkswehr zur Last, welche vom Wirt Foltz, Bierbrauer Acker, Geschäftsmann Croissant und Schulgehilfe Hoffmann geführt wurde. Die grössten Gewaltthaten trugen sich bei einem Exekutionszuge nach Völkersweiler, Gossersweiler und Schwanheim zu, der am 11. Juni stattfand. Am 4. Juni hatten sich nämlich bei einer Rekrutierung in Annweiler die jungen Leute aus obigen Dörfern nicht gestellt. Deshalb schrieben die zwei Studentenlegionäre, welche die Aushebung vornahmen, die Konskription auf 11. Juni nach Gossersweiler aus, wo die Burschen auch eintrafen und in den Wirtschaften zechten. Als die Legionäre die Aushebung im Schulhause vornehmen wollten, warfen die jungen

Leute sie die Treppe hinab und prügelten einen mit seinem eigenen Säbel durch. Beide eilten nach Annweiler, wo Foltz sofort die Volkswehr allarmierte und durch Eilboten die Volkswehr von Bergzabern um Zuzug ersuchte. Als sich der bewaffnete Haufen von Annweiler dem Dorfe Völkersweiler näherte, hörte man darin Sturm läuten, worauf Croissant schiessen und das Dorf stürmen liess, wobei Häuser aufgesprengt, durchsucht, Leute misshandelt und verwundet wurden. Sechs Bewohner des Ortes, die man mit Gewehrkolben traktierte, wurden verhaftet und nach Bergzabern geschleppt. Die übrigen Einwohner flüchteten nun aus dem Orte nach der Kapelle zu, wobei Philipp Ballweber von den Verfolgern erschossen wurde. Nach dieser Heldenthat wagte sich im Orte Gossersweiler niemand mehr zur Wehre zu setzen. Die Freischaren zechten nun und zogen dann ab, kamen aber bald mit der Albersweiler Bürgerwehr zurück und demolierten nun das Haus des katholischen Pfarrers, der sich geflüchtet hatte. Auch holte man den Wein aus dem Keller und aus einem anderen Hause Lebensmittel. Endlich zog die Bande nach Schwanheim weiter, wo man auch Exekution vorzunehmen hatte. Jetzt traf aber Borscht mit seinen Leuten in Gossersweiler ein, die in dem Dorfe noch ärger hausten wie ihre Vorgänger. Der Bergzaberner Marat forderte sofort 500 Gulden vom Bürgermeister, wobei er von Erschiessen sprach, und sagte seinen Leuten, sie sollen in die Häuser gehen und nehmen, was sie fänden, was auch geschah. Das Pfarrhaus liess Borscht bewachen und als der Pfarrer Fautsch mit seinem Besuche, dem Pater Zöller, zurückkehrte, beide sogleich verhaften. Letzterer wurde unter Insulten aller Art nach Bergzabern geschleppt und dann nach Lautern geliefert, wo man ihn des Landes verwies. — In Schwanheim verhaftete die Annweiler Volkswehr unter Misshandlungen sechs junge Leute, von denen zwei wieder entkamen, und drangen nun in das Pfarrhaus, um den katholischen Pfarrer Schmidt festzunehmen, der sich aber geflüchtet hatte. Man misshandelte seine anwesenden Schwestern, warf das Bettzeug heraus, und stach in das Heu und Stroh auf dem Speicher. Kaum war diese Gesellschaft abgerückt, so kam wieder Borscht nach, der sich hier wie ein einbrechender Räuber aufführte. Man demolierte das Pfarrhaus noch gründlicher und schleppte die Schwestern des Pfarrers unter rohen Spässen als Gefangene fort. — Von weiteren Heldenthaten der Annweiler Volkswehr hat man nichts vernommen; in dem Gefecht bei Rinnthal am 17. Juni, von welchem ich später ausführlich handeln werde, wo man Soldaten gegenüberstand, lief alles in eiligster Flucht davon. Vor ihrem Ausmarsch aus Annweiler hatten Willich und Schimmelpfennig noch schnell das Zwangs-

anlehen im Betrage von 2620 Gulden erhoben und ungezählt eingesackt.

Im Kantone Kandel standen an der Spitze der Bewegung die zwei Aerzte Dr. Weigel und Dr. Martin, von denen namentlich letzterer rabiate Reden hielt und zur Revolution aufstachelte. Dr. Weigel war anfangs Zivilkommissär, legte aber dann nieder, worauf der Advokat Erbe aus Altenburg diese Stelle antrat. Es wurden auch hier die gewöhnlichen revolutionären Amtshandlungen vorgenommen; man beschlagnahmte Kassen, fing Briefposten nach Landau oder Germersheim ab, und schickte Exekutionen in die renitenten Dörfer. Dieser Kanton hatte sehr zu leiden unter dem Durchzuge der flüchtigen Volksarmee, welche sich der Knielinger Brücke zuwälzte, und im Durchgehen Pferde, Wagen, Gewehre, Lebensmittel gewaltsam mitnahm. An Verhaftungen fehlte es nicht. So nahm man am 6. Juni den Bürgermeister und Gemeindeschreiber der Gemeinde Jockgrim fest und transportierte sie nach Kandel, wo aber das energische Auftreten der Jockgrimer Burschen bewirkte, dass man ihnen die beiden Gefangenen erschrocken wieder herausgab. In Minfeld sollte der protestantische Pfarrverweser Prell, der jeden Sonntag für den König betete, festgenommen werden, allein es gelang ihm rechtzeitig zu flüchten, während die Gemeinde zu seinem Schutz zusammenlief. — In der renitenten Gemeinde Rülzheim hatten der Gemeindediener und der Waldhüter einen desertierten Soldaten nach Germersheim zurückgebracht, weswegen der Freischarenhäuptling Loreck aus Regensburg, angeblich unehelicher Sohn eines Prinzen oder einer Prinzessin, der sich bei diesem Anlass überaus roh benahm, am 10. Juni den Gemeindeschreiber Mehrlein, den man für den Urheber dieser Auslieferung ansah, verhaftete. Derselbe wurde nun nach Kandel geschleppt, wo am 13. Juni unter Willichs Vorsitz ein Kriegsgericht gehalten wurde. Am 15. brachte man ihn nach Frankweiler, wo abermals ein Kriegsgericht stattfand, ohne dass man demselben ein Urteil mitteilte. Doch sprach man allgemein davon, derselbe solle erschossen werden. Am 17. Juni transportierte man ihn nach Annweiler, wo ihn die Preussen befreiten, nachdem er 8 Tage in Todesangst geschwebt hatte.

Im Kantone Germersheim konnte der Aufstand nicht zu Kraft kommen, da die Festung in den Händen einer Garnison von etwa 2600 Mann war, welche die ganze Umgegend durch Ausfälle unsicher machte. Zu erwähnen ist nur, dass der Vertrauensmann des Kantones, Ph. Schmidt von Bellheim, am 17. Mai gegen den Willen und Auftrag des Kantonalausschusses für Errichtung einer provisorischen Regierung gestimmt hat. — Der frühere Leutnant

im bayerischen Ingenieurkorps Spegg, der zum Anführer einer Pionierabteilung ernannt worden war, plante eine Zerstörung der Germersheimer Rheinbrücke. Er liess zu dem Zwecke aus starken Stämmen drei Flösse bauen und in der Nacht vom 24. Juni den Rhein herabtreiben. Da man in Germersheim von dem Unternehmen unterrichtet wurde, gelang es der Wachtmannschaft, diese Flösse, von denen eines an das badische Ufer geschwemmt wurde, so abzulenken, dass sie der Brücke keinen Schaden brachten.

Unser Rundgang in der Pfalz muss auf jeden unbefangenen Beurteiler den Eindruck machen, dass man es hier nicht mit einem zum äussersten entschlossenen, zähneknirschenden Volke zu thun hat, welches in heller Begeisterung einmütig zu den Waffen greift, um ein verhasstes Joch todesmutig zu brechen, sondern mit einer politisch leichtgläubigen, beweglichen, den liberalen Ideen zugänglichen, aber auch friedliebenden, grösstenteils loyalen Bevölkerung, die sich von einer Handvoll unbesonnener Männer überraschen und in ein verfehltes hoffnungsloses Unternehmen mitreissen lässt.

Unter den 333 Angeklagten, welche nachträglich wegen bewaffneter Rebellion, Hoch- und Staatsverrates vor Gericht gestellt wurden, befanden sich etwa 113, also etwa ein Drittel, Nichtpfälzer. Nach den Ständen verteilt habe ich gezählt 34 Juristen, eine unverhältnismässig grosse Zahl, 31 Kaufleute, 15 Oekonomen und Bauern, 15 Wirte und Bierbrauer, 14 Aerzte, 10 Lehrer, 8 Geistliche, worunter 4 fremde Deutsch-Katholiken, 7 Litteraten, lauter Auswärtige, 7 Studenten, 5 Fabrikanten, 3 Forstleute, die übrigen gehören allen möglichen Berufsarten an, entlassene Offiziere, polnische Flüchtlinge, Geschäftsmänner, Schreiber und Handwerker. — Während unter der protestantischen Geistlichkeit mehrere — Remling nennt namentlich Eckardt von Gönnheim, Berkmann von Einselthum, Müller von Heuchelheim, Humbert von Drusweiler, Höpfner von Oberotterbach — den Aufstand unterstützten, hatte sich von katholischer Seite nur einer, Pfarrer Tafel von Zweibrücken, der Bewegung angeschlossen. Deshalb richtete am 12. Februar 1850 König Max II. an den Bischof von Speyer folgendes Handschreiben: „Herr Bischof von Speyer! Inmitten der Umsturzbewegung, welche vorigen Jahres auch über den pfälzischen Kreis ihre Flut ergoss, hat die unter Ihrer oberhirtlichen Leitung stehende Geistlichkeit, beinahe ohne alle Ausnahme, eine Pflichttreue bewahrt, die über alles Lob erhaben. Mit unerschütterlichem Mute und hingebender Selbstaufopferung stellte sich dieselbe dem verbrecherischen

Treiben entgegen und beachtete nicht die schwersten Verfolgungen noch drohende Todesgefahr, wo es galt, die ihrer geistlichen Führung anvertrauten Gemeinden vor Verführung und Verderben zu bewahren, sie in den Pflichten gegen Gott, König und Vaterland zu befestigen. Diese ausgezeichnete Haltung hat der gedachten Geistlichkeit neuerlich Meine volle Anerkennung erworben, welche Ich andurch mit Freude ausspreche, und erwähnter Ihrer Geistlichkeit kund zu geben, Ich Sie, Herr Bischof, ermächtige, der Ich anbei mit aufrichtig wohlwollenden Gesinnungen verbleibe Ihr wohlgewogener König Max."

Weniger schmeichelhaft lautet das Urteil, welches die pfälzische Regierung über das Verhalten des Lehrerstandes während des Aufstandes gefällt hat. Folgender Erlass erging an das Landkommissariat Kusel und in ähnlicher Weise wird auch an die anderen Landkommissariate ergangen sein:

Speyer, den 14. September 1849.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Betreff:
Das Verhalten der deutschen Schullehrer, Verweser und Gehülfen während der revolutionären Bewegung in der Pfalz.

Die k. Kreisregierung hat niemals eine Gelegenheit ausser Acht gelassen, jeden in seinem Berufe eifrigen, in seinem Wandel untadelhaften Lehrer mit Achtung, mit Anerkennung seines Verdienstes und mit möglichster Verbesserung seiner äusseren Lage zu belohnen.

Dieselbe hätte daher nimmermehr erwarten sollen, dass bei den revolutionären Bewegungen in der Pfalz eine so grosse Anzahl von Lehrern, Verwesern und Gehülfen an den deutschen Schulen den Weg der Treue und der Anhänglichkeit an Seine Majestät den König und Allerhöchst dessen Staatsregierung auf eine so schmähliche Weise verlassen und sich zu den bereitwilligsten Dienern und Handlangern einer Faktion hergeben würden, deren seit lange schon nicht mehr zu verkennendes einziges Streben es war, zu gunsten antimonarchischer, grösstenteils selbstsüchtiger Zwecke nicht nur die äussere gesetzliche Ordnung des Staates zu stürzen, sondern auch jeden religiösen Ernst, jedes sittliche Gefühl, im Herzen des Volkes zu ersticken und dasselbe folglich gerade derjenigen Güter zu berauben, die zu pflegen und mit allen möglichen

Mitteln gegen freche Angriffe zu schützen und zu verteidigen vorzugsweise der Lehrerstand den nächsten Beruf hat.

Die gerechten Erwartungen der k. Regierung sind nicht in Erfüllung gegangen; es fehlt nicht an den traurigsten Beispielen einer solchen Gewissenlosigkeit im Lehrerstande und leider in allen Landkommissariatsbezirken hat es dergleichen Schullehrer gegeben und die k. Kreisregierung vollzieht nur eine ihrer unverbrüchlichsten Pflichten, wenn sie gegen diese Lehrer das ihr obliegende Strafamt mit gerechter, aber unnachsichtlicher Strenge ausübt. Es handelt sich darum, den politischen und zugleich sittlichen Verrat zu züchtigen und die Jugend und ihre Erziehung aus den Händen derjenigen zu nehmen, die in der Zeit der Prüfung, anstatt ihre treuen Hüter und Pfleger zu sein, durch ihr Beispiel gewissenlose Verderber und Verführer derselben geworden sind.

Demzufolge wird auf den Bericht des Landkommissariats vom 6. August d. J. erwidert wie folgt: Aus den höchst oberflächlichen Berichten der Distriktsschulbehörden ist unschwer zu erkennen, dass der diesseitigen Weisung vom 30. Juni d. J. nirgendwo mit jenem Ernste und Nachdrucke entsprochen worden ist, oder dermalen ignoriert, mit Stillschweigen übergangen, oder auch aus was immer für Motiven nicht zur Anzeige gebracht werden will. (sic.)

Aus den Berichten der katholischen und protestantischen Distriktsschulinspektion zu Kusel geht indessen soviel hervor, dass sowohl die katholischen Lehrer Martin Külbs und Philipp Heieck zu Lauterecken, als auch die protestantischen Lehrer Friedrich Forster zu Haschbach, Friedrich Georg Thomas zu Quirnbach, Daniel Fauss und Johann Fegert zu Konken, Christian Heyd zu Langenbach und Georg Klensch sen. zu Herschweiler — abgesehen davon, dass sie, wie die übrigen Lehrer des Amtsbezirks pflichtvergessen ihren Diensteid gebrochen haben — nicht nur ihre Teilnahme an der revolutionären Bewegung unverhohlen und offen ausgesprochen, sondern auch demokratische Vereine teils selbst, wie Thomas zu Quirnbach gegründet, teils als eifrige Mitglieder an denselben teilgenommen, im Interesse des revolutionären Regiments in diesen Versammlungen Reden gehalten haben, sogar an der Spitze der sogenannten Volkswehr, wie Forster zu Haschbach, ausgezogen sein sollen. Da die genannten Lehrer dadurch aber sich desjenigen Vertrauens unwürdig und verlustig gemacht haben, welches sowohl die k. Landesregierung als die Schul-

gemeinde bei ihrer Anstellung in ihre religiöse und sittliche Bildung, welche die unerlässliche Grundbedingung eines gesegneten Wirkens in den Schulen für die öffentlichen Lehrer ist, gesetzt hat: so wird das k. Landkommissariat angewiesen, ohne weiteren Verzug über das Benehmen der Genannten sich genau zu informieren und die Schulkommissionen insbesondere die Lokalschulinspektoren zur umständlichen Berichterstattung nicht nur über die Genannten, sondern auch über die protestantischen Lehrer, Gehülfen und Verweser in den Kantonen Wolfstein und Lauterecken aufzufordern und die Einsendung dieser Berichte mit eigenem Gutachten möglichst zu beschleunigen, damit die desfallsige Vorlage an die allerhöchste Stelle nicht länger verzögert werde.

Kgl. Bayer. Regierung der Pfalz

Kammer des Innern.

Wie man mit dem Aermel in einem Rucke eine ganze Armee von Bleisoldaten von dem Tische hinabstreift, so fegte der Prinz von Preussen in wenigen Tagen die ganze, buntscheckige Revolutionsarmee, die keinen Halt in sich und im Volke hatte, spurlos von der Oberfläche der Pfalz weg.*)

Von der Zentralgewalt war an Preussen das Ansuchen um bundesmässige Hülfe zur Niederschlagung des Aufruhrs in Baden und der Pfalz gestellt worden, von Bayern wurde eine gleiche Bitte aber in Abrede gestellt und auch später jede Entschädigung für die in der Pfalz geleistete preusische Hilfe verweigert. Am 4. Juni 1849 hatte der bayerische Gesandte in Berlin, von Lerchenfeld, die dortige Regierung in Kenntnis gesetzt, dass Generalleutnant Fürst Taxis am 1. Juni angewiesen worden sei, mit 11000 Bayern über Aschaffenburg und Worms in die Pfalz einzurücken. Dabei eröffnete der Gesandte wörtlich: „Sehr erwünscht würde es nach solcher Beschlussnahme für die k. b. Regierung sein, wenn k. preussischerseits diese Expedition, welche den doppelten Zweck hat, den Aufruhr in der Rheinpfalz niederzuschlagen und die Festungen Landau und Germersheim wieder vollständig sicher zu stellen, unterstützt

*) Bei der folgenden Schilderung habe ich vorwiegend die Werke: „Operationen und Gefechtsberichte aus dem Feldzuge in der Rheinpfalz und im Grossherzogtum Baden im Jahre 1849, Beihefte zum Militär-Wochenblatt vom Oktober 1849 bis Juni 1851, Berlin, bei Mittler & Sohn, sowie: Staroste, Tagebuch über die Ereignisse in der Pfalz und Baden im Jahre 1849, benützt.

werden wollte und zwar auf folgende Weise: 1) dass von Mainz aus Vorsorge getroffen werde, dass der Rheinübergangspunkt bei Oppenheim rechtzeitig und vollkommen gesichert erhalten werde; 2) einige preussische Bataillone die Bestimmung erhielten, sich an der Expedition nach der Pfalz zu beteiligen und Landau gemeinschaftlich zu besetzen; 3) der kommandierende General der preussischen Truppen am Oberrhein den Befehl erhalten möchte, sich mit dem Fürsten Taxis in genaues Benehmen zu setzen, und gemeinschaftlich mit demselben zu handeln wie der gleichmässige auch k. b. Seits an den Fürsten Taxis bereits ergangen ist."

Entgegen diesem Wunsche rückten die Preussen am 13. Juni in der Pfalz ein, während Fürst Taxis erst am 16. in Oppenheim ankam. Zur Erklärung dieses Vorgehens muss betont werden, dass der Angriff auf Baden nur mittels eines Flankenmarsches durch die Pfalz erfolgreich unternommen werden konnte. Preussen stellte zwei Armeekorps unter dem Oberbefehl des Prinzen von Preussen, des späteren ersten deutschen Kaisers, auf, welche mit einem Reichskorps unter General v. Peucker gemeinsam operieren sollten. Der Prinz traf am 11. Juni in Mainz ein und entwarf gemeinsam mit den kommandierenden Generalen am 12. folgenden Operationsplan: Das erste Armeekorps unter Generalleutnant v. Hirschfeld wurde für das linke Rheinufer bestimmt. Es sollte am 13. Juni in der Pfalz einrücken, dieselbe von den Freischaren säubern und am 21. Juni den Rhein bei Germersheim überschreiten. Das zweite Armeekorps unter Generalleutnant v. Gröben sollte nach dem Neckar ziehen und das dort stehende Reichskorps ablösen. Dieses wurde angewiesen, unter Vermeidung jeder Schlacht gegen den überlegenen Feinde sich links zu wenden, den Neckar, wenn möglich bei Hirschhorn zu forcieren und bei Durlach in die Rheinebene herabzurücken. Derweilen sollte das zweite preussische Korps auf Mannheim und Heidelberg vorstossen. Dann kam das erste Armeekorps von Germersheim der badischen Armee in den Rücken, wodurch dieselbe entweder eingeschlossen oder in den Odenwald, in die Hände des Reichskorps, getrieben werden müsste. Der Plan war, wie man sieht, vortrefflich, allein er wurde nicht ebenso ausgeführt, sonst wäre von den badisch-pfälzischen Truppen kein Mann nach der Schweiz entkommen. Die Schuld lag an dem Peuckerschen Reichskorps, bei dem infolge der buntscheckigen Zusammensetzung alles nicht klappte und das auch keinen schneidigen Führer besass. — Sehen wir uns die Zusammensetzung und den Bestand dieser 3 Armeekorps etwas näher an. Das erste zählte am 23. Juni 1849: 463 Offiziere, 18919 Mannschaften, 3263 Pferde, 50 Geschütze, eingeteilt in 23 Bataillone Infanterie,

3 Jägerkompanien, $1^1/_2$ Kompanie Pioniere, 15 Eskadrons Reiterei, 8 Batterien Artillerie. Die erste Division setzte sich zusammen aus 6 Bataillonen Infanterie, 2 Jägerkompanien, 1 Kompanie Pioniere, 4 Eskadrons Reiterei und 8 Kanonen, zusammen 127 Offiziere, 4977 Mann, 770 Pferde. Bei der Infanterie befand sich 1 Bataillon Landwehr. Die zweite Division bestand aus 5 Bataillonen Infanterie, 1 Jägerkompanie, 35 Pionieren, 2 Eskadrons Reiterei, 8 Geschützen, zusammen 104 Offiziere, 3719 Mannschaften, 430 Pferde. Hierunter war 1 Landwehrbataillon. Die dritte Division zählte 5 Bataillone Infanterie, 26 Pioniere, 2 Eskadrons Reiter, 8 Geschütze, zusammen 88 Offiziere, 4141 Mann, 485 Pferde. Dabei stand 1 Landwehrbataillon. Die vierte Division bestand aus 5 Bataillonen Infanterie, 7 Eskadrons Ulanen, 22 Geschützen, zusammen 110 Offiziere, 4066 Mann, 1481 Pferde, hierbei waren 4 Landwehrbataillone. Ein Detachement unter Oberst Brandenstein, das die Rheinübergänge schützen sollte, war aus 2 Bataillonen Infanterie mit 4 Geschützen, 34 Offizieren, 1497 Mann, 97 Pferden zusammengesetzt. — Das zweite Armeekorps zählte 395 Offiziere, 14688 Mannschaften, 1994 Pferde. Es bestand aus 17 Bataillonen Infanterie, 1 Jägerbataillon, 69 Pionieren, 16 Eskadrons Reiterei, 30 Geschützen. Unter der Infanterie befanden sich 11 Landwehrbataillone. Die sämtlichen preussischen Bataillone waren durchschnittlich etwas über 600 Mann stark. — Das Reichskorps — Neckarkorps — setzte sich zusammen aus Kontingenten von Hessen, Württemberg, Preussen, Nassau, Bayern, Mecklenburg, Frankfurt und Hohenzollern, eine verschieden einexerzierte, ungleichartig bewaffnete Truppe, bei der ein Zusammenhalt schwer herzustellen war. Der Bestand betrug: 20 Bataillone Infanterie, 9 Schwadronen Reiterei, 24 Geschütze, 438 Offiziere, 18,470 Mannschaften, 1993 Pferde.

Betrachtet man die preussischen Formationen, so gewahrt man sofort, dass man es hier nicht mit bestehenden, organisierten Armeekorps zu thun hat, sondern mit eilig zusammengerafften, noch dazu auf Friedensfuss befindlichen Truppenteilen, die rasch zu Verbänden zusammengestellt wurden. Sämtliche Mannschaften sowie die meisten Offiziere hatten noch keinen Feldzug mitgemacht: dass sich in dieser Armee 18 Landwehrbataillone befanden, trug auch nicht gerade zur Erhöhung ihrer Kraft bei. Zwei Regimenter waren mit Hinterladern — Zündnadelgewehr — ausgestattet, die anderen führten die alten Vorderlader, die mit Zündhütchen abgefeuert wurden.

Dieser aus 3 Korps bestehenden Armee in der Gesamtstärke von 53373 Mann stand entgegen die badische Armee, deren Stärke nicht offiziell festgestellt ist, aber zwischen 30—40000 Mann be-

tragen haben mag. Dann die pfälzische Volksarmee, welche Mitte Juni 12821 Mann mit 8 Geschützen stark war. Die Zusammensetzung dieser Truppe habe ich früher mitgeteilt, worauf ich verweise. Die Qualität der Insurgenten-Armee stand tief unter jener der Preussen. In offener Feldschlacht konnte man nur die badische Artillerie und Infanterie und einen kleinen Teil der Freischaren verwenden, alle übrigen hielten kaum hinter einer Barrikade Stand. Die Hälfte der pfälzischen Volkswehr lief beim ersten Flintenschuss davon, die Sensenmänner waren überhaupt nicht zu gebrauchen. An Reiterei und geübten Artilleristen fehlte es den Pfälzern fast ganz, die von Baden in letzter Stunde erhaltenen Kanonen wusste man nicht zu verwenden.

Von den 4 Divisionen des 1. preussischen Armeekorps, das in der Pfalz zu operieren hatte, stand das erste am 11. Juni unter General v. Hanneken bei Kreuznach, das zweite unter General v. Webern bei Neunkirchen, das dritte unter General v. Niesewandt bei Baumholder, das vierte unter General v. Brun bei Stromberg. Ihre Stärke wurde bereits oben angegeben. Das Detachement Brandenstein hatte den Rheinübergang bei Oppenheim zu sichern. — Das pfälzische Volksheer war folgendermassen verteilt: Eine Abteilung stand unter dem Oberkommandanten Sznayde in Kaiserslautern, eine weitere unter Blenker in Frankenthal und Ludwigshafen, das hessische Freikorps unter Zitz und das 1. Bataillon der pfälzischen Volkswehr unter Schlinke befanden sich unter dem Kommando des Polen Rouppert bei Kirchheimbolanden, Schimmelpfennig bei Zweibrücken und Homburg, Willich umlagerte mit einigen tausend Mann Landau und beobachtete Germersheim. Nach Ebernburg am Ausgange des Alsenzthales hatte man etwa 150 hessische Schützen vorgeschoben, die aber bei Ankunft der Preussen, ohne einen Schuss zu thun, nach Kirchheimbolanden zurückgingen. Der Weg durch das Alsenzthal, sowie durch das Lauterthal nach Kaiserslautern, der sehr leicht verteidigt werden konnte, war also völlig frei.

Den 4 preussischen Divisionen war folgender Operationsplan vorgeschrieben: Die zweite und dritte Division sollten von Norden und Westen auf Kaiserslautern losgehen, den Feind von dort nach der Vorderpfalz drängen, und sich bei Dürkheim mit der ersten und vierten Division, welche im Rheinthale operierten, vereinigten. Das ganze Armeekorps hatte dann die Aufgabe, Landau zu entsetzen und den Rheinübergang nach Baden bei Germersheim zu bewerkstelligen. —

Das Opperationsterrain in der Pfalz schildert Oberstleutnant Staroste in seinem öfters erwähnten Werke 1. Tl. S. 170 also: Das

Terrain steigt 2 bis 3 Meilen vom Rhein ab unmerklich aber allmählich und wird dann gebirgig und sehr durchschnitten. Der Donnersberg überragt die ganze Umgegend. Westlich von ihm und südlich nach der Haardt zu sind die Wasserläufe tiefer eingeschnitten und enger als östlich und nördlich. Das Terrain ist schwierig; für einen hartnäckigen Gegner bietet es die Möglichkeit eines ungemein nachhaltigen Widerstandes; es gibt zahlreiche Positionen von grossartiger Stärke, die Engpässe gar nicht gerechnet, wo 20 Büchsenschützen ganzen Bataillonen den Weg versperren können. Das Land ist durchgängig sehr fruchtbar. Die Ortschaften bestehen meist aus massiven Gebäuden, die dicht nebeneinander liegen, sind mit Wällen und Mauern umgeben (?) und mithin sehr leicht zu verteidigen. Quer durch die Pfalz von Osten nach Westen geht die Eisenbahn von Mannheim über Neustadt, Kaiserslautern nach Homburg."

Der Prinz von Preussen begab sich von Mainz am 12. Juni nach Kreuznach zum 1. Armeekorps, bei welchem er den Feldzug durch die Pfalz mitmachen wollte. Bei Niederingelheim wurde aus einem Kornfeld auf denselben geschossen, die Kugel verwundete den Postillon und ein Pferd. Den Thäter entdeckte man nicht, ein verhafteter Bursche wurde in Mainz freigesprochen. Radikale Blätter verbreiteten die Nachricht, der Prinz habe auf den Postillon geschossen, weil derselbe zu langsam gefahren sei. Der Kommandierende des 1. Armeekorps, Generalleutnant v. Hirschfeld, erliess von Baumholder aus folgenden Korpsbefehl: „An die Truppen des mobilen Armee-Korps! Auf Befehl Sr. Majestät des Königs habe ich euch an dieser fernen Grenze unseres preussischen Vaterlandes versammelt, um euch auf Anrufen unserer deutschen Bundesgenossen in Bayern, Hessen und Baden in die benachbarten Lande zu führen, wo der Aufruhr tobt, die Willkür herrscht und die Rechte und die Freiheit aller ehrlichen Leute täglich misshandelt werden. Preussens ruhmvolle Waffen sind berufen, diesen Landen Recht und Gesetz wieder zu bringen, Freiheit und Frieden dahin zurück zu führen. Mit Gottes Hülfe werdet ihr diese, Preussens tapferer Ahnen würdige, Aufgabe wie Männer lösen, zum Ruhm eurer glorreichen Fahnen und zum Heile unseres gemeinsamen Vaterlandes! Kameraden aller Grade und Waffen! Das erwarte ich von eurer Tapferkeit und Zuversicht. Ebenso bestimmt fordere ich aber von euch den pünktlichsten Gehorsam, die strengste Bewahrung der Disziplin. Ein treues und gehorsames Volk ist der Stolz und die Ehre, eine zuchtlose Truppe die Schmach und die Geisel des Vaterlandes. Das eben sehet ihr in den unglücklichen Ländern, die ihr betreten

werdet. Und nun vorwärts, Kameraden! Wir werden sehen, ob man uns als Retter und Befreier, oder als Feinde empfangen wird. Der Bedrängte fühle eine helfende Hand, der feindliche Bedränger die volle Wucht einer schweren Waffe. Mit Gott für König und Vaterland!" — An die Bewohner Hessens und der Pfalz richtete



Wilhelm, Prinz von Preussen.

derselbe General unterm 13. Juni 1849 von Baumholder folgenden Aufruf: „Bewohner von Rheinbayern und Rheinhessen! Auf Befehl meines Königs, veranlasst durch die Aufforderungen eurer Regierungen, die bundesmässige Hülfe zu leisten, betrete ich mit meinen braven Truppen, euren deutschen Brüdern, heute eure Grenze, um euch den durch Verrat gestörten Frieden wieder zu bringen. Den wohlgesinnten Bürgern verspreche ich Schutz und erwarte von ihnen kräftige Unterstützung bei Handhabung des Gesetzes und bei Her-

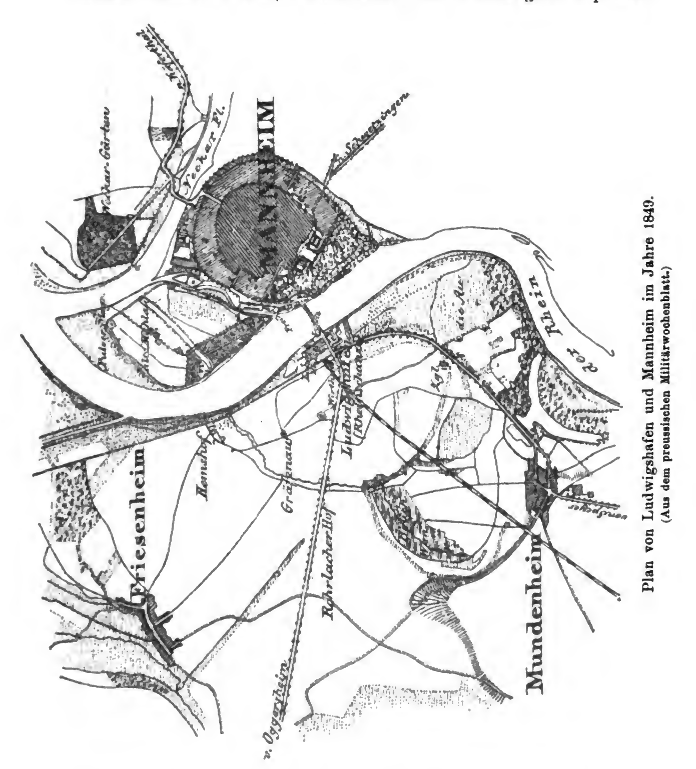
stellung der Ordnung. Die Aufrührer aber, die euch in Unglück und Verderben gestürzt haben, werde ich mit starker Hand niederwerfen, wo ich sie finde. Ihr preussischen Unterthanen, die ihr durch Aufruhr und Verrat den preussischen Namen schändet und in den Reihen der Rebellen gegen eure Brüder kämpft, ihr seit dem Kriegsgesetz unnachsichtlich verfallen. Ihr habt die Todesstrafe verwirkt, und sie wird euch treffen nach dem Gesetz."

In den pfälzischen Grenzgebieten sah man,*) obschon man im allgemeinen die Wiederkehr der Ordnung mit Freuden begrüsste, doch dem Einrücken der Preussen nicht ohne eine gewisse Besorgnis entgegen. Es war in den radikalen Blättern in den letzten Monaten viel über dieselben gelogen worden, wie sie z. B. in Dresden Weiber geschändet, Kinder gespiesst und ins Feuer geworfen, und die Häuser völlig ausgeplündert hätten, so dass manches zuletzt doch Glauben fand. Von vielen Familien wurde das Wertvolle versteckt oder vergraben, die heimlichen Gemächer und Wandschränke in den alten Häusern kamen wieder zu Ehren. Als die Preussen dies erfuhren, lachten sie herzlich über diese Besorgnis. Man muss ihnen bezeugen, dass sie treffliche Mannszucht hielten und sich als freundliche, anständige, gefällige Leute erzeigten, die leicht zufrieden zu stellen waren und bald die Herzen ihrer Quartiergeber gewannen. Von den nachrückenden Bayern, die manche grobe Ausschreitungen begingen, konnte man das nicht rühmen. Dieser Ansicht ist auch Remling, welcher in seinem mehrerwähnten Buche: Nikolaus von Weis II. Teil Seite 100 schreibt: „Jeden treuen Pfälzer grämte es nicht wenig, dass Truppen mit dem schwarz-weissen Panier und mit Pickelhauben geschmückt, die Helfer und Retter in höchster Gefahr und Not gewesen, während die bayerischen Krieger nunmehr als unliebsame Kostgänger erschienen, die der Zucht, Ordnung und Genügsamkeit der Preussen gegenüber manches zu wünschen übrig liessen." — Und vortrefflich Bescheid wussten diese Preussen im Ländchen. Sie kannten nicht nur Weg und Steg, sondern auch die Bewohner. Sie wussten die Namen aller Krischer und Krakehler und legten diesen, wenn sie auch den wilden Heckerbart rasch abgekratzt hatten und die sanftesten Mienen zeigten, doch ein paar Mann Einquartierung mehr ins Haus. Die scharenweis aus dem Göllheimer Lager nach Hause laufenden Burschen wurden zwar von den Schildwachen angehalten, auch zum Scherze etwas erschreckt, durften aber dann sofort unbehelligt zu ihren Eltern zurückkehren. — Verfolgen wir nun die Operationen der einzelnen Divisionen bis zum

*) Vieles von dem nun Folgenden beruht auf eigener Erinnerung.

Rheinübergang bei Germersheim, welcher am 20. Juni erfolgte. Die I. Division, welche bei Kreuznach gestanden hatte, marschierte am 13. Juni über Niederwiesen — wo ein Zusammenstoss mit Freischaren stattfand — Alzey und Pfeddersheim nach Worms. Am folgenden Tage, wo Rasttag war, vereinigte sich das Detachement des Oberst Brandenstein mit dieser Division. Als Husaren von hier gegen Roxheim und Bobenheim vorstiessen, verliess Blenker Frankenthal, von wo er Geiseln mitnahm und zog über Oggersheim, wo er ebenso verfuhr, nach Dürkheim. Am 15. Juni rückte die erste Division in Frankenthal ein und schickte ein Detachement gegen Ludwigshafen vor, das barrikadiert und von etwa 600 Freischärlern — Legion Besançon mit roter Fahne — und einer Kompanie badischer Linientruppen mit 2 Geschützen besetzt war. Ludwigshafen, eine damals noch ganz junge Stadt, hatte nur zwei Strassen mit grossen Häusern und Magazinen. Die eine dieser Strassen bildete eine Verlängerung der Rheinbrücke, durchschnitt den Ort und setzte sich dann als Chaussee nach Oggersheim und Frankenthal fort. Die zweite Strasse zog von dem nördlich gelegenen Bahnhofe quer durch das Städtchen und führte weiter über Mundenheim nach Speyer. Gegen 11 Uhr beschossen badische Infanteristen das anrückende preussische Detachement unter Major Künzel, der 4 Feldgeschütze mit sich führte, zogen sich aber rasch auf Ludwigshafen zurück. Ebenso gingen auch aus der Stadt vorbrechende Freischärler bei einigen Kanonenschüssen wieder hinter die Barrikaden zurück. Der nördliche und westliche Ausgang der Stadt war nämlich durch Barrikaden aus Baumwollballen gesperrt, hinter denen 2 Geschütze standen; auch hatten Freischärler die an die Barrikaden stossenden Häuser besetzt, namentlich aus dem beim westlichen Ausgange gelegenen Gasthofe zum deutschen Haus und aus dem Bahnhofe erhielten die Preussen starkes Feuer. Die preussische Artillerie eröffnete das Feuer gegen die beiden badischen Geschütze, welche bald gezwungen waren, über die Rheinbrücke zurückzugehen. Nun bewarfen die Geschütze das deutsche Haus mit Schrapnels, was bald seine Wirkung zeigte. Als die Infanterie, die bisher nur tirailliert hatte, zum Sturme vorging, flohen die Freischärler nach der Brücke. Unterdessen waren die Preussen auch auf der nördlichen Seite in die Stadt eingedrungen und jagten die Verteidiger vor sich her, die teilweise in der Richtung auf Speyer davoneilten. Während die Badener über die Brücke nach Mannheim zogen, wurden zwei Joche derselben abgefahren, aber so eilig, dass mehrere Freischärler in den Rhein stürzten und ertranken, auch fielen auf der Brücke noch mehrere durch das preussische Feuer. In dem

Gefecht, das etwa 2 Stunden gedauert hatte, waren 3 preussische Artilleristen getötet und 2 Infanteristen verwundet worden, die Badener liessen 11 Tote, 9 Verwundete und 18 Gefangene in preuss-



Plan von Ludwigshafen und Mannheim im Jahre 1849.
(Aus dem preussischen Militärwochenblatt.)

ischen Händen. Die auf der Brücke Getroffenen und im Rheine Ertrunkenen sind dabei nicht mitgerechnet. Auf der badischen Rheinseite hatte man 12 schwere Geschütze aufgefahren, mit welchen nun der Kommandant v. Corvin, ein früherer preussischer Leutnant

ein heftiges Feuer auf Ludwigshafen eröffnete. Die vier leichten preussischen Geschütze konnten sich dagegen nicht halten, sondern mussten in eine gedeckte Stellung zurückgenommen werden. — Von hier aus erwiderten sie wohl das Feuer, aber ohne Schaden anzurichten. Bald stellte es sich heraus, dass man es badischerseits auf die Zerstörung Ludwigshafen abgesehen hatte. Drei Tage lang, am 15., 16. und 17. Juni, wurde die unglückliche Stadt bombardiert, ein Gebäude nach dem anderen in Brand geschossen. Zuerst brannte das Zollhaus, dann ergriff das Feuer die Hafenbauten, endlich brannte auch die Rheinbrücke, und die aus Baumwollsäcken errichtete Barrikade. Die Einwohner waren geflohen, das Bombardement brachte den Preussen nicht den geringsten Verlust. Der Brandschaden betrug über 400000 Gulden, und nur durch kräftige Mithilfe des Staates konnte Ludwigshafen wieder aus den Trümmern erstehen. Die Entrüstung über diesen zwecklosen, vandalischen Zerstörungsakt war gewaltig; anfangs glaubte man allgemein, der Neid der Mannheimer über die rasch emporblühende Konkurrenzstadt habe dieses barbarische Vorgehen veranlasst. Dem war jedoch nicht so; Corvin, der in seinen Lebenserinnerungen den Vorgang mit behaglicher Breite schildert, probierte auf diese Weise seine Geschütze, war stolz auf seine Treffer und auf seine Ueberlegenheit über den Gegner und hatte augenscheinlich kindische Freude an der Zerstörung. Man sieht, nicht nur der König Bomba von Neapel, auch „das Volk“ verstand es, offene Städte zu bombardieren, sobald es die hiezu nötigen Kanonen hatte. Dass es in Ludwigshafen übrigens brennen sollte, geht auch aus dem Umstande hervor, dass in einem Hinterhause des „deutschen Hauses“ bald nach Abzug der Freischaren Feuer ausbrach, welches augenscheinlich gelegt war.

In der Nacht vom 19. auf 20. Juni wurde Ludwigshafen von den Bayern besetzt, welche unter General Fürst von Taxis am 16. Juni in Oppenheim eingetroffen waren. Die erste preussische Division langte am 16. Juni in Speyer an, das ohne Widerstand besetzt wurde, war am 17. in Niederhochstadt, wo sie am 18. Ruhetag hatte, und traf am 19. in Lingenfeld bei Germersheim ein.

Die vierte Division unter General v. Brun, die ebenfalls im Rheinthal operieren sollte, kam am 13. Juni in der Gegend von Alzey an. Der Prinz von Preussen, den der jugendliche Prinz Friedrich Karl, der spätere berühmte Reiterführer und Feldherr, begleitete, hatte sich dieser Heeresabteilung angeschlossen und war von ihr unterwegs mit Jubel aufgenommen worden. Das Hauptquartier des Prinzen befand sich in der Nacht vom 13. auf 14. Juni in Alzey. Am 13. mittags rückte ein Bataillon des mit Zündnadel-

gewehren ausgerüsteten 24. Regimentes (Brandenburger) von dem hessischen Orte Offenheim her über die pfälzische Grenze und besetzte das nahegelegene Mauchenheim. Es hatte zwei Kanonen und zwei Eskadrons Ulanen vom 7. Regimente bei sich. Sie wussten, dass in dem eine halbe Stunde entfernten höher gelegenen Dorfe Morschheim hessische Freischaren lagen, weshalb sofort alle Vorbereitungen gegen einen etwaigen Ueberfall getroffen wurden. Die Preussen besassen eine viel zu hohe Meinung von ihren Gegnern, die an ein solch kühnes Unternehmen gar nicht dachten, ja von dem Anmarsche der Preussen nicht einmal unterrichtet waren, so gut hatten sie ihren Nachrichtendienst organisiert. Gegen Abend wurden bei den Preussen Freiwillige zu einer Rekognoszierung gegen Morschheim aufgerufen, von denen 16 ausgewählt und unter Führung eines Unteroffiziers abgesendet wurden. Sie konnten sich jenem Orte ungesehen nähern, da sie durch die hohen Kornfelder vollständig gedeckt wurden. Morschheim wird von Osten nach Westen durch die breite, von Napoleon gebaute Kaiserstrasse durchzogen. Die Preussen gewahrten nun, dass auf diesdr Strasse eine lange, dunkle Linie von Freischärlern aufgestellt war, die sich regungslos verhielt. Sie beschlossen sofort, sich bis an das erste Haus des Ortes zu schleichen, bis wohin ein Kornfeld reichte und von dort unter diese Masse zu schiessen. Es fielen nun 16 Schüsse auf einmal und lautes Geschrei verriet, dass man getroffen hatte. Eine Anzahl Freischaren stürzte nach dem Eingang des Dorfes und begann ins Blaue zu feuern, die anderen zogen sich sehr rasch aus dem Dorfe hinaus, die preussischen Plänkler eilten so schnell sie konnten, nach Mauchenheim zurück. Am andern Tage hörte man, dass ein Freischärler getötet, zwei verwundet worden waren. Morschheim wurde in der Nacht wieder von Freischaren besetzt, die von Kirchheimbolanden Verstärkung erhielten, aber wider Befehl früh Morgens den Ort verliessen und nach Kirchheim zurückgingen. Ich will nicht vergessen, hier einzuschalten, dass schon etwa 14 Tage vorher eine Anzahl kühner preussischer Husaren auf einem Rekognoszierungsritte durch dieses Morschheim, Bischheim, Rittersheim und Ilbesheim gesprengt waren, nach links und rechts auf die Schildwachen der Freischaren geschossen und einen panischen Schrecken verbreitet hatten.

Ueber diesen kühnen Husarenritt mitten durch Feindesland teilt ein glaubwürdiger Gewährsmann aus Morschheim etwa folgendes mit: „Eine Patrouille von 12 Husaren kam eines Morgens aus dem hessischen „Vorholze“, das sich hart an der bayerischen Grenze von Offenheim bis Oberwiesen erstreckt, und schlug den Weg nach

Morschheim zu ein. Die Leute hatten genaue Spezialkarten und folgten nicht dem Fahrwege, sondern einem schmalen Fusspfade, der zuletzt in die nördliche Dorfstrasse von Morschheim einmündet. Obgleich das alles rasch vor sich ging, hatten doch einige Morschheimer Bauern, die auf dem Felde arbeiteten, die Preussen erkannt und ihre Ankunft den im Orte liegenden Freischärlern mitgeteilt. Diese gerieten sofort in grosse Bestürzung und Verwirrung. Einige suchten am Eingange in das Dorf eine Barrikade zu errichten, indem sie schnell einige Wagen zusammenschoben. Die Meisten verkrochen sich rasch und nur wenige schienen entschlossen, sich zu verteidigen. Als diese aber sahen, wie die Husaren rasch mit den Pferden über die Barrikade wegsetzten, als diese strammen Reiter mit dem Säbel im Munde und dem Karabiner in der Faust hereinsausten, da liefen sie eiligst davon, zuletzt auch der junge Schulverweser von Mauchenheim, namens Scholl, der am längsten aushielt und mit knapper Not durch Flucht in einen Hof den nacheilenden Husaren entrann. Die Preussen ritten in vollem Galopp durch das Dorf hindurch nach Kirchheimbolanden zu. Sie hatten zweifellos die Absicht, auch durch dieses ebenfalls von Freischärlern dicht besetzte Städtchen zu sprengen. Als sie auf dem steinernen Berge ankamen, von wo man auf Kirchheim heruntersieht, begegnete ihnen ein junger Mensch aus Morschheim, der in Kirchheim den Präparandenunterricht besuchte. Ihn fragten sie, ob man durch die Langgasse von der katholischen Kirche bis zur Vorstadt im Galopp reiten könne, was derselbe verneinte, da die Gasse sehr steil, eng und krumm sei. Hierauf erkundigten sie sich noch über die Anzahl der im Städtchen liegenden Freischärler und trabten dann weiter. Sie schlugen nun infolge der ihnen gewordenen Aufklärung einen Weg links zum Heuberger Hof und zum Rittersheimer Berg ein, wo sie auf die Strasse kamen, die von Kirchheimbolanden in der Richtung nach Flomborn und Osthofen führt. Sie ritten von Flomborn hinüber nach Alzey, von wo aus sie ihren verwegenen Zug unternommen hatten. Heute noch wird in den betreffenden Dörfern von dem panischen Schrecken erzählt, den diese kecken Reiter auf ihrem Rekognoszierungsritte allen einjagten."

Ehe ich zur Schilderung des Gefechtes von Kirchheimbolanden, das am 14. Juni stattfand, übergehe, rufe ich ins Gedächtnis zurück, dass die vorrückende preussische Division 110 Offiziere, 4066 Mann, 1481 Pferde, 22 Kanonen stark war, und sich aus 5 Infanteriebataillonen (4 Landwehrbataillone), 7 Eskadrons Ulanen und den nötigen Artilleristen zusammensetzte. Ueber die Stärke des Gegners gibt ein Beschluss Auskunft, der in einem Kriegsrate, welchem Schlinke, Blenker, Zitz u. s. w. beiwohnten, am 11. Juni in Grünstadt

gefasst wurde. Der wesentliche Inhalt desselben war: „Heute den 11. Juni sind die unterzeichneten Offiziere der pfälzischen Volkstruppen zu einem Kriegsrate zusammengetreten, um sich, bei Abgang aller Instruktionen und Unterstützungen des Oberkommandos über die Massregeln zu verständigen, welche sie durch die Umstände zu ergreifen genötigt sind. Sie haben einstimmig beschlossen: In Erwägung, dass notorisch die ganze Nordgrenze der Pfalz von Meisenheim bis an den Rhein von preussischen Truppen, darunter Artillerie und Kavallerie in bedeutender Stärke besetzt ist, und überdies die Ankunft eines bayerischen Armeekorps an den Rhein nahe bevorstehe; dass, will man auch den Zeitungsnachrichten über die Stärke dieser Truppen keinen Glauben schenken, solche doch nach früheren Nachrichten jetzt schon wenigstens 20000 beträgt, dass über die Absicht derselben, unverzüglich in die Pfalz einzumarschieren, kein Zweifel obwaltet, und dieser Einmarsch höchst wahrscheinlich von Rheinhessen aus auf 3 Seiten, über Kirchheim, Grünstadt und Frankenthal geschehen wird, da diese Strassen gar keine Schwierigkeiten bieten und die Anhäufung stärkerer Korps an jenem Punkte keinen anderen Zweck haben kann, dass nun die ganze Streitmacht der Pfalz, welche auf dieser Seite dem Feinde entgegengestellt werden kann, nur in folgenden Korps besteht: 1) in dem rheinhessischen Korps zu Kirchheim, ungefähr 950 Mann stark, wovon ein Teil im Alsenzthal liegt (war am 14. Juni vollständig in Kirchheimbolanden vereinigt), 2) in dem Blenkerschen Korps zu Frankenthal, ungefähr 480 Mann stark, 3) in dem ersten Bataillon Volkswehr zu Göllheim, ungefähr 2000 Mann stark, und 4) in dem Neustadter Bataillon, 600 Mann stark, dass aber die drei ersten Korps nur sehr unvollständig und ungenügend bewaffnet und viele Waffen unbrauchbar sind, dass namentlich das erste Bataillon Volkswehr nur zu zwei Dritteln und auch diese teilweise nur mit Sensen bewaffnet, die Leute überdies erst zwei bis drei Tage beisammen (?) und daher weder organisiert noch diszipliniert sind; dass ferner ein höchst fühlbarer Mangel an den nötigsten Armierungsstücken herrscht, indem z. B. das erste Bataillon gar keine Patronentaschen hat, dem übrigen Korps solche teilweise, allen aber Schuhe und Kleidung fehlen. In Erwägung, dass diese kleine Zahl die Aufgabe haben soll, die ganze Nordgrenze zu überwachen und namentlich die drei gefährdeten Strassen zu besetzen und zu verteidigen — es daher nötig wäre, sie auf beiläufig sieben Stunden zu dislocieren, diese Zersplitterung aber augenscheinlich jeden Widerstand an den einzelnen, mit Uebermacht von einem disziplinierten und wohlgerüsteten Korps angegriffenen Punkten unmöglich macht und

nur ganz nutzlose Opfer bringen heisst; dass daher unter so verzweifelten Umständen ein zeitiger Rückzug in eine Gegend, wo Widerstand eher möglich ist, als von der Notwendigkeit geboten erscheint, und die Unterzeichneten es für ihre Pflicht halten, diesen Rückzug und zwar nach Neustadt hin auszuführen, um sich dort mit den etwa noch organisierten Pfälzer Streitkräften zur Cernierung Landaus zum Widerstande am Gebirge, oder zur Deckung der Rheingrenze zu vereinigen, was allein bei der Unmöglichkeit das Land zu verteidigen, eine militärische Bedeutung haben kann. Beschluss: Das rheinhessische, das Blenkersche Korps, und das erste Bataillon Pfälzer Volkswehr zieht sich an das Haardtgebirg nach Neustadt zurück. Dieser Beschluss unterliegt der Genehmigung des Oberkommandos zu Kaiserslautern. Sollte vor deren Erteilung ein Einmarsch preussischer oder bayerischer Truppen in überlegener Anzahl erfolgen, so wird der Beschluss provisorisch, auf ihre eigene Verantwortlichkeit, vollzogen.“ Da die Antwort aus Kaiserslautern auf diesen Beschluss ausblieb, da man am 13. Juni in Kirchheim auch nicht an einen wirklichen Einmarsch der Preussen in die Pfalz glaubte, lag das rheinhessische Korps in der Stärke von 1000 Mann am 14. Juni noch in diesem Städtchen. Dasselbe ist, natürlich von entschlossenen, tapferen Leuten, auch gegen einen überlegenen Feind leicht zu verteidigen. Es hat einen Schlossgarten, der ringsum mit einer hohen dicken Mauer umgeben ist (siehe Plan). Ganz nahe bei demselben liegt, gleichsam wie ein vorgeschobenes Werk, ein mit einer steinernen Mauer umgebener Kirchhof, beides formidable Positionen, auch gegen einen Feind mit Feldgeschütz. Das Städtchen ist an einem Hügel hinaufgebaut, der unmittelbar an den Donnersberger Wald stösst, jetzt Schillerhain genannt. Für einen tüchtigen Soldaten lagen nur zwei Möglichkeiten vor. War man entschlossen, die Stadt zu verteidigen, so musste man — dazu war Zeit genug — die nötigen Verteidigungsmassregeln treffen. Man musste die sämtlichen Zugänge in den Ort durch solide Barrikaden sperren, dann den Kirchhof und Schlossgarten mit Schiessscharten versehen und endlich den Schillerhain stark besetzen und verschanzen, um eine gesicherte Rückzugslinie nach dem Walde zu besitzen. War man entschlossen, die Stadt nicht zu verteidigen, so musste man sie rechtzeitig räumen. Man that weder das erste noch das zweite und so konnte die Katastrophe und Blamage nicht ausbleiben. Es wurde in der Eile an einem ungeeigneten Orte, der leicht zu umgehen war, (siehe Plan Alleestrasse) aus gefällten Kastanienbäumen und einigen Karren eine ungenügende Barrikade errichtet, die schliesslich nur eine Amazone besetzt hielt. Sonstige Verteidigungsmassregeln waren nicht getroffen. In der

Stadt herrschte in der Nacht vom 13. auf 14. Juni eine erklärliche Unruhe, der Stadtrat blieb bis morgens versammelt und beschloss, die Freischaren aufzufordern, die Stadt alsbald zu verlassen, damit unnötiges Blutvergiessen vermieden werde. Zitz liess darauf antworten, er werde thun, was er wolle. Morgens frühe kam die nach Morschheim vorgeschobene Truppe, die sich dort augenscheinlich sehr unbehaglich fühlte, auf eigenen Antrieb nach Kirchheim zurück. In den Strassen des Städtchens tobte eine aufgeregte Masse. Die einen wollten Sturm läuten und forderten äussersten Widerstand, die Besonnenen stellten vor, was daraus folgen werde. Als die Bürger sich auf dem Markte versammelten, trat Karl Giesen mutig für die Uebergabe der Stadt ein, während sein Sohn Cornelius mit Erfolg den Versuch zum Sturmläuten verhinderte. Die Besonnenheit siegte zuletzt, und beim Anrücken der Preussen hängte man von den Kirchtürmen und aus den Fenstern Leintücher, Hemden und was man sonst Weisses hatte, als Zeichen der Ergebung heraus. Im Hause des Dr. Hitzfeld, wo sich gerade Zitz und Bamberger befanden, welch letzterer nach den Aussagen noch lebender Augenzeugen eilig hin und herlief und keine Spur von einem Fussleiden merken liess, traf ein Brief aus Alzey ein mit der Nachricht, die Preussen seien dort um 5 Uhr auf der Kaiserstrasse ausmarschiert. Bamberger verfocht darauf die Ansicht, dieselben würden sich zweifellos nach Worms wenden und nicht auf Kirchheim vorstossen. Trotzdem stellten sich bald darauf die Frei-



Carl Giessen.

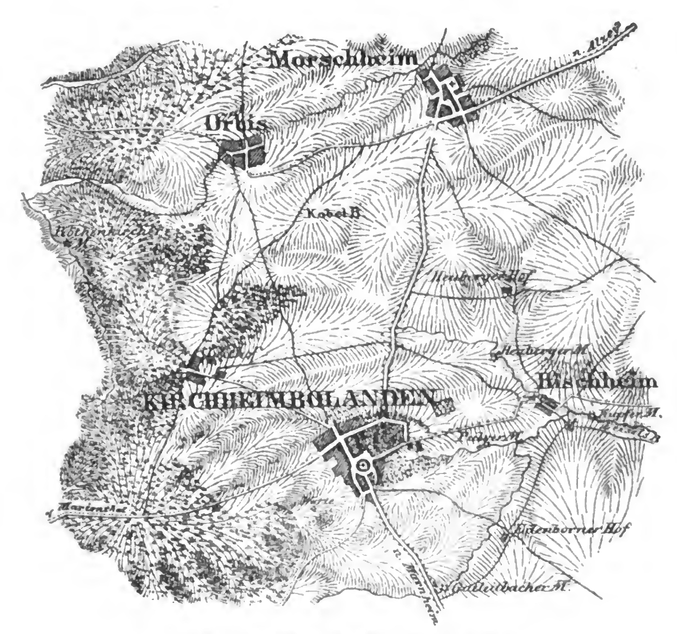


Cornelius Giessen.

scharen wieder in der Alleestrasse auf, eine ungenügende Abteilung besetzte den Schlossgarten, eine andere erwartete hinter dem Kirchhofe den Feind, dessen Vorposten man bald darauf über den steinernen Berg herabkommen sah.

Die Preussen unter ihrem Prinzen Wilhelm rückten überall Schlag 5 Uhr aus ihren Quartieren aus und trafen um sechs in Morschheim zusammen. Hier hatten die Freischaren verschiedenerlei Waffen zurückgelassen, Sensen, alte Flinten, rostige Säbel, welche an der Strasse den vorüberziehenden Truppen gezeigt wurden, denen man im Hessenlande viel von der Furchtbarkeit der hessischen Freischar und von dem erbitterten Widerstand, den diese leisten würde, vorgeschwindelt hatte. Eine Kompanie Füsiliere erhielt Auftrag, das Dorf Orbis zu besetzen, etwaige Freischaren von dort nach Kirchheim zu jagen und dann am Waldsaume nach diesem Städtchen vorzugehen. Das Gros der Division marschierte zum steinernen Berge vor, wo man Kirchheim vor sich sah. Die preussische Avantgarde erhielt bald aus dem Schlossgarten Feuer, auch brach eine Abteilung Freischaren aus dem Städtchen heraus. Als eine Kompanie 24er gegen dieselben feuernd vorging, zogen sie sich sofort wieder zurück. Der preussische General dirigierte nun Ulanen nach der Heuberger Mühle, links bei Kirchheim, um von dort gegen die Stadt vorzudringen. Ihnen folgte in derselben Richtung eine Kompanie vom Garde-Landwehrbataillon Berlin, ein Zug 24er, nebst 2 Kanonen. Diese begannen auf die Freischaren zu feuern, welche sich hinter dem Kirchhofe festgesetzt hatten, und als diese nach dem Schlossgarten zurückgingen, wurde letzterer unter Feuer genommen. Da man bald die Stärke dieser Stellung erkannte, zog man die Haubitzkanonen bei, welche das Innere des Schlossgartens und die Stadt bewarfen, letzteres, um darinnen Schrecken zu erregen und die beginnende Flucht zu beschleunigen. Das Garde-Landwehrbataillon Koblenz und die Reservereiterei zogen sich nun näher vor die Stadt. Die rechts über Orbis am Waldrande herkommende Kompanie hatte jetzt Kirchheim erreicht und drang am nordwestlichen Teile in die Stadt. Eine Kompanie vom Bataillon Berlin wurde zur Unterstützung dorthin dirigiert, und die Reiterei der Avantgarde erhielt Befehl, Kirchheim nach links zu umgehen und so den Rückzug des Feindes abzuschneiden. Derselbe war aber schon grösstenteils in den Donnersberger Wald und in der Richtung nach Marnheim, Göllheim, Dreisen geflüchtet. Zitz und Bamberger hatten sich in die Chaise des Dr. Hitzfeld geworfen und eilten auf der Strasse nach Rockenhausen über Winnweiler, Hochspeyer nach Neustadt. Nur eine Abteilung hessischer Schützen von etwa 40 Mann war noch im Schlossgarten zurück-

geblieben, oder zurückgelassen worden und suchten denselben nach Kräften — ihre Zahl war hiezu viel zu gering — zu verteidigen. Die Ulanen, welche links um die Stadt geritten waren, trafen jetzt mit den Truppen, welche von rechts kamen, zusammen. Eine Abteilung



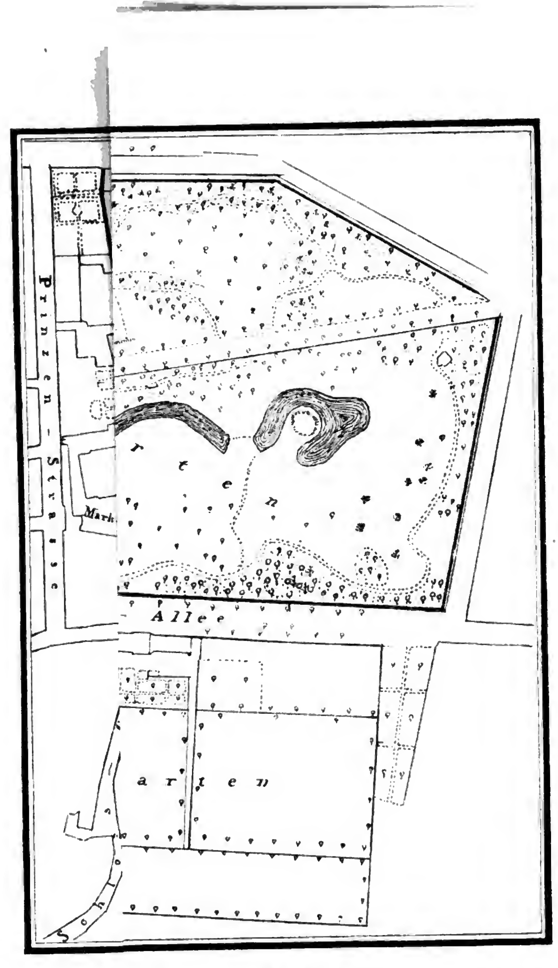
Plan von Kirchheimbolanden und Umgebung.
(Aus dem preussischen Militärwochenblatt.)

vom Garde-Landwehrbataillon Berlin, nebst einem Zug 24er drang auf der Bischheimer Strasse vor und bemächtigte sich einiger Häuser — eines dem Gärtner Eichling gehörig und die alte Orangerie — wo eine Barrikade errichtet, aber bald verlassen worden war. Man traf bei ihr nur die tapfere Amazone Fräulein Mathilde Hitzfeld, welcher ein preussischer Offizier in ritterlicher Weise den Arm

reichte, um sie in ihre Wohnung zu geleiten, „da, nach seinen Worten für eine zarte Dame eine Barrikade kein geeigneter Aufenthalt sei.“ — Diese Abteilung gelangte nun zum südlichen (Haupt-) Eingang des Schlossgartens, wo sie auf eine Schildwache der Hessen stiessen, welche das Gewehr auf sie anlegte, aber sofort entwaffnet und erschossen wurde. Ein Bürger der Stadt, Lauer, machte dem kommandierenden Offizier Vorstellungen, er möge die Leute schonen, die schmählich im Stiche gelassen worden seien, allein dieser entgegnete, es thue ihm Leid, aber er habe strengen Befehl, alle Freischärler, die mit den Waffen in der Hand ergriffen würden, sofort erschiessen zu lassen. Die Preussen drangen in den Schlossgarten ein, wo sie schon einen Leutnant mit etlichen Füsilieren trafen, der durch die Gärten von Westen her in das Schloss gedrungen war und von hier aus auf die Freischaren feuern liess. Als nun auch noch das nördliche Thor des Gartens, das ein hölzernes Staketenthor hatte, durch Vierundzwanziger eingestossen war, begann ein Kesseltreiben auf die Verteidiger, von denen 17 — darunter einige von den Bäumen herab — erschossen und zehn gefangen wurden. Den übrigen gelang es zu entkommen. Einer von ihnen, ein junger Mann aus Wörrstadt, ein entfernter Verwandter meiner Mutter, sprengte mit dem Gewehre ein Pförtchen, das aus dem Garten nach der grossen Kirche führt, auf, flüchtete in einen Heuhaufen auf einer Wiese, in den die Ulanen mehrmals mit den Lanzen stachen, kam des Nachts zu uns nach Mauchenheim, wo ihn meine Mutter auf dem Speicher versteckte, mit Zivilkleidern versah und am anderen Tag in die Heimat entliess. Ein anderer, Weilbäcker aus Mainz, richtete von da am 28. Juni 1849 folgenden Brief an die Familie Giessen in Kirchheim, wo er im Quartier gelegen hatte: „Wertester Herr Giessen! Indem ich mich der mir und meinem Kameraden Schilling im letzten Augenblicke unseres unfreiwilligen



Mathilde Hitzfeld anno 1868.



ır Umgebung im Jahre 1849.

Scheidens von dorten bewiesenen Teilnahme mit herzlichem Danke erinnere, bin ich heute so frei. Sie durch einige wenige Zeilen von unseren seitherigen Schicksalen zu unterhalten, indem ich glaube, dass es Ihnen und Ihrer geschätzten Familie von Interesse sein wird, davon das Nähere zu vernehmen. Sie werden sich vielleicht noch erinnern, dass wir bei dem ersten Trommelschlag Morschheim entgegenrückten, um die angreifenden Preussen zurückzutreiben, was uns bekanntlich nicht gelang. Von der Uebermacht in Gefahr umzingelt zu werden, zogen wir uns nach und nach zurück, ein Teil unserer Schützen, wobei ich auch war, in den Schlossgarten, während der andere mit dem übrigen Korps sich zur Verteidigung der inzwischen gebauten Barrikaden (?) anschickte. Ungefähr eine viertel Stunde mochten wir im Schlossgarten gewesen sein, als die Preussen mit Kartätschen und Kugeln in denselben feuerten, was uns aber durchaus nicht genierte, da wir gedeckt hinter der Mauer standen. Während wir uns vorbereiteten, die Angreifer aufs beste zu empfangen, fiel es uns auf, von der unteren Seite des Gartens an der Strasse nach Dürkheim kein Schiessen und Lärmen zu hören; ich ging daher mit Einigen rekognoszieren und fanden wir die Barrikade an der Ecke des Gartens ganz verlassen. Dadurch beunruhigt, lief ich an den Eingang, wo einige Bürger standen, die mir auf mein Befragen bemerkten, das ganze Korps sei bereits in vollem Rückzuge hinter Kirchheim nach Dannenfels zu. Ich sprang nun eilig zu meinen Kameraden zurück und rief denselben zu, sich sogleich fortzumachen, da wir zirka 30 Mann, die einzig Zurückgebliebenen, worauf Straub und Bloos mit mir gingen, Falk und noch ein anderer gleich nachkamen, während die anderen, auf meinen Zuruf nicht achtend, zurückblieben und sich dadurch ihren unseligen Tod zuzogen. Vis-à-vis der Post gingen wir nun durch einen Hausgang, kamen in die hinter Kirchheim liegenden Felder und von da in den Wald auf den Weg nach Dannenfels, wo wir denn auch mit den übrigen wieder zusammentrafen. Um 9 Uhr abends kamen wir in Dürkheim an und quartierten uns ein. Wir trafen hier das Korps des Obersten Blenker, sowie das des Majors Schlinke von Göllheim. Letzterer brachte aber von 2200 Mann des ersten Aufgebotes kaum 300 Mann mit, die übrigen hatten alle Reissaus genommen. Am anderen Morgen 9 Uhr wurden wir abermals von den Preussen überfallen; unsere Kompanie, die noch aus 60—70 Mann bestand, musste an der Saline das Feuer von 3—400 Mann, die teils mit Büchsen, teils mit Zündnadelgewehren bewaffnet waren, aushalten, während sich das Gros wieder zurückzog, nach Neustadt zu. Ein wahres Wunder war es, dass wir bei dieser Affaire nicht alle auf

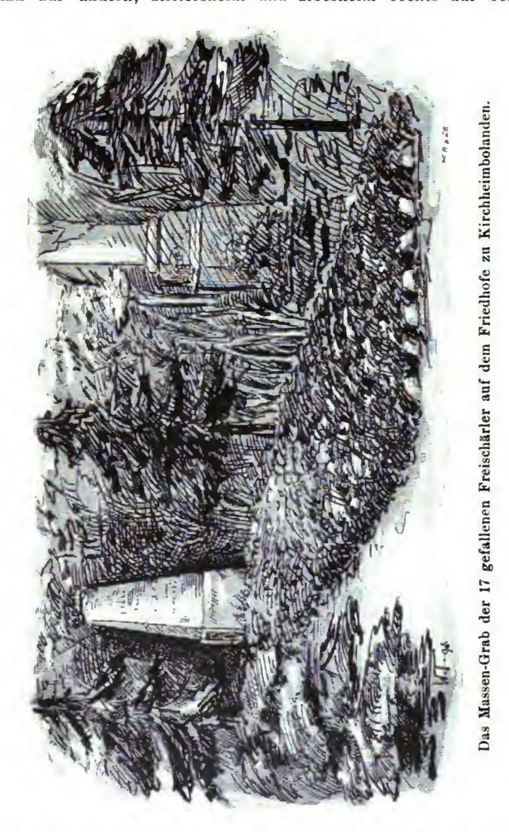
dem Platze blieben, so schlecht waren wir postiert; aber trotzdem, dass die Kugeln hageldicht um uns flogen, erhielt nur Einer einen unbedeutenden Streifschuss an dem Kopf, während unsere Feinde 1 Offizier und 1 Schützen als Tote aufzuweisen hatten. (?) Von da aus gab es nun einen fortwährenden Rückzug von Neustadt nach Edenkoben, von da um Landau herum nach Langenkandel, an welch letzterem Platze alle Korps zusammentrafen. Da in der Pfalz nichts mehr zu machen war, so zogen wir, wie bekannt ins Badische. Die vereinigten Korps, welche mit hinübergingen, mögen zirka 7—8000 Mann stark gewesen sein. Unsere Kompanie wurde $^1/_2$ Stunde von Karlsruhe in ein Nest gelegt, Schilling und ich natürlich wieder zusammen, wo wir 1 $^1/_2$ Tage Ruhe hatten. Am Abend des zweiten Tages wurden wir nach Karlsruhe gerufen und von da aus gegen Leopoldshafen, 3 Stunden von Karlsruhe, geschickt, um mit dem Blenkerschen Korps die an demselben Morgen bei Germersheim über den Rhein gedrungenen Preussen zurücktreiben zu helfen. Wir lagen bis 3 Uhr morgens auf der Chaussee, als die Ansicht allgemein laut wurde, es müsse Verrat im Spiele sein, da man nicht begreifen konnte, wie die Preussen so ohne allen Widerstand den Rhein passieren konnten. Als die Kommandeurs sogar selbst dieser Ansicht wurden, brach das ganze Korps auf nach Karlsruhe zurück, wohin wir um 7 Uhr morgens kamen. Hier war inzwischen Zitz von Basel aus wieder eingetroffen, beriet sich mit Bamberger über das weitere Verhalten und löste, gestützt auf die allgemeine Ansicht eines Verrates von Seiten der provisorischen Regierung in Baden, das Korps auf. Ein Jeder erhielt seinen Abschied nebst zwei Gulden Reisegeld mit dem Bemerken, er solle nun sehen, so gut als möglich nach Hause zu kommen. Schilling und ich kleideten uns gleich um, stellten Waffen und Gepäck unter die Obhut eines guten Freundes und reisten dann per Eisenbahn nach Kehl und von da nach Strassburg. Unsern Uebergang bei Kehl bewerkstelligten wir dadurch, dass wir mit einigen Strassburgern Arm in Arm die Marseillaise singend an der Wache und Duane vorbeizogen und uns so als Franzosen glücklich durchbrachten. Kretzer mit noch einigen 20 Mann kam erst am andern Tage nach, indem sie unterhalb Kehl mit einem Nachen über den Rhein fuhren und so von einer andern Seite, wo nicht streng kontrolliert wurde, nach Strassburg gelangten. Wir zwei blieben nur zwei Tage daselbst, sahen uns die Stadt an, und gingen dann, nachdem wir durch Vermittelung guter Freunde französische Pässe erhalten, am Samstag Abend per Diligence ab. Sonntag Mittag assen wir in Landau, von da gings nach Neustadt und dann nach Dürkheim, wo wir über Nacht blieben. Am anderen Morgen fuhren

wir nach Worms, am Abend per Post nach Mainz, wo wir zur Ueberraschung und Frende unserer Familien und guten Freunde glücklich ankamen."

Mein früher erwähnter Morschheimer Gewährsmann, jenesmal Seminarist in Kaiserslautern, aber von dort in die Heimat entlassen und unter die Freischaren eingereiht, schildert seine Erlebnisse in der Gegend von Kirchheimbolanden am 13. und 14. Juni folgendermassen: „Am 12. Juni kehrte ich von Morschheim, wohin ich desertiert war, auf den Rat meines Vaters wieder zu meiner Kompanie, der vierten des dritten Bataillons der pfälzischen Nordarmee zurück, die unter dem Befehl eines Hauptmannes Holzbacher stand und in dem Dorfe Stetten lag. Ich wurde von demselben in Gnaden wieder angenommen und zur Hauptwache kommandiert. Mittags um 1 Uhr stand ich gerade Schildwache, als die Allarmtrommel ertönte und alles erschrocken zusammenlief. Es hiess, die Preussen seien im Anmarsch und schon ganz nahe dem Dorfe. Endlich stellte es sich heraus, dass die vermeintlichen Feinde etliche zu den Freischärlern übergelaufenen Chevauxlegers waren, die in dieser Gegend Pferde requirieren wollten. Kaum hatte sich die Aufregung gelegt, so schlug es schon wieder Generalmarsch und die Kompanie, die ziemlich klein geworden war, wurde zum Abmarsch aufgestellt. Um 5 Uhr rückten wir aus in der Richtung nach Ilbesheim, wo wir die anderen Kompanien des dritten Bataillons versammelt fanden. Wir wurden nun in der Dorfstrasse aufgestellt und mussten vor dem Kommandanten der pfälzischen Nordarmee, Major Schlinke, Revue passieren. Nach kurzer Besichtigung hielt er eine mir unvergessliche Rede: „Kinder! schrie er mit ganz dünner Fistelstimme, Kinder! braucht euch nicht zu fürchten! Die Preussen kommen nicht hieher, sondern ziehen auf der Strasse von Kreuznach über Alzey nach Worms." Nach einigen Schwadronaden fuhr er fort: „Kinder! Euer Bataillonskommandant Kaiser ist ein Verräter und Spion. Er ist schon drüben am Vorholz zu den Preussen hinüber geritten, um euch alle auszuliefern. Es wurde aber noch rechtzeitig entdeckt. Ich setze ihn hiermit ab und ernenne zu euerm Bataillonskommandanten den hier anwesenden österreichischen Bürger Plankenstein, der vor einigen Tagen aus einer österreichischen Festung entsprungen ist und den ich euch hiermit vorstelle." (In der Requisition heisst es: Napoleon von Plankenstein, sich auch Adler von Plankenstein nennend, aus Württemberg!) Schlinke war noch nicht fertig mit seiner Rede, als aus den Reihen des Bataillons der Ruf ertönte: „Alleweil kommt der Major Kaiser!" Richtig ritt derselbe von Morschheim kommend, die Dorfstrasse herab. Die Freischärler aus Eisenberg stürzten sofort auf ihn zu, um Lynchjustiz

an ihm zu üben. Der Eine nahm ihm den Hut ab, den er von ihm geliehen habe, der Andere reklamierte dessen Stiefel als ihm gehörig. Ein Dritter rief: Reisst ihn vom Gaule, denn der gehört der Frau Lauer von Albisheim und richtig wurde er vom Pferde herabgezerrt. Es war eine hässliche Szene! Major Plankenstein, der das Kommando übernommen hatte, teilte mit, dass uns eine halbe Stunde Rast vergönnt sei. Wir lagerten uns und tranken Bier, bis es Zeit zum Abmarsche war. Unsere 4. Kompanie kehrte wieder nach Stetten zurück. Unterwegs auf der „Stetter Höhe“ fuhr eine offene Chaise an uns vorbei und in derselben lagen drei schwer betrunkene Männer: Major Schlinke, Kommandant der Nordarmee, Major Plankenstein und — Major Kaiser!! Was ich und wir alle bei diesem Anblicke empfanden und dachten, ist leicht zu erraten. — Als wir spät in Stetten eintrafen, fanden wir dort eine Kompanie hessischer Freischärler, so dass es uns schwer wurde, Quartier zu finden. Ich konnte so wie so nicht schlafen, denn ich musste immer daran denken, was es wohl in Morschheim jetzt geben werde. Wie ich später hörte, hatte dort abends noch ein Vorpostengefecht stattgefunden, bei dem ein Freischärler getötet und einer verwundet wurde. Man sagte allgemein, der in Mauchenheim liegende Kommandant des preussischen Bataillons hätte in der Nacht Morschheim, das ihm als ganz radikal geschildert worden war, überfallen und zusammenschiessen wollen, sei aber von dem in jenem Orte sich aufhaltenden Landkommissär Wand, der ihn besser über die Morschheimer belehrte, davon abgehalten worden. In der Nacht zogen dann die Freischaren von Morschheim nach Kirchheim ab. — Als ich am andern Tage, den 14. Juni, einem Donnerstage, mich auf die Strasse begab, fand ich alles ausser Rand und Band, alle Ordnung aufgelöst. Ein Morschheimer aus meiner Kompanie machte mir den Vorschlag zu desertieren, er habe einen Platz entdeckt, wo wir unbemerkt aus dem Dorfe entkommen könnten. Wir machten uns auch auf den Weg, kehrten aber bald wieder zurück, da uns allerlei schwere Bedenken über unseren Schritt kamen. Wir nahmen die Gewehre und wollten in eine Kompanie eintreten, die auf der Strasse hielt und eben verlesen wurde, die wir für die unsrige hielten. Da legte sich eine Hand auf meine Schulter und eine Stimme rief mir ins Ohr: „Macht euch fort, wenn euch euer Leben lieb ist, vor einer Stunde ist die preussische Armee durch Morschheim nach Kirchheim marschiert“. Hier sahen wir, dass die Mannschaften, die vor uns standen, Mainzer Schiffer waren, die eben nach Süden abmarschieren wollten. Glücklicher Weise sahen sie uns nicht und es gelang uns glücklich abermals aus dem Orte zu

entkommen. Zwischen wogenden Fruchtfeldern liefen wir von einer Gewann zur andern, Rittersheim und Ilbesheim rechts zur Seite



Das Massen-Grab der 17 gefallenen Freischärler auf dem Friedhofe zu Kirchheimbolanden.

lassend. Als uns von Ilbesheim aus Vorposten von Mainzer Freischaren verfolgen wollten, wandten wir uns, in ein rascheres Marsch-

tempo übergehend, mehr zur Linken und kamen glücklich aus dem Bereiche der Mainzer Kugeln. Auf der Höhe des Rittersheimer Berges angekommen, tönte es auf einmal: Bum, bum! und zwar im tiefsten Basse. Wir schauten nach Südwesten und erblickten dort, wo sich eine wundervolle Aussicht über das Thal hinauf nach dem Donnersberg darbietet, über Kirchheimbolanden die Wölkchen von Kanonensalven aufsteigen. Wären wir nicht in grosser Unruhe und voller Hast gewesen, so hätten wir von da die berühmte Schlacht von Kirchheimbolanden ansehen können. Wir konnten jeden Kanonenschuss sehen und hören! Doch wir strebten der Heimat zu und wendeten uns jetzt rechts nach der Gemarkung von Morschheim. Bald sahen wir, wie hier überall preussische Ulanen im Felde umherritten und nach Freischärlern suchten. Wir machten nun in einem Kornacker meines Vaters unter einem Nussbaume eine kleine Grube und verbargen darin unsere mit scharfen Patronen angefüllten Patrontaschen und unsere Freischarenblusen. Dann gingen wir mit kecker Stirne, als ob wir von der Feldarbeit kämen, auf den Fahrweg nach Morschheim zu. Hier langten wir unbehelligt an und sahen, als wir die Kaiserstrasse überschritten, noch Nachzügler der preussischen Armee, Ulanen und Infanterie, auf dem Marsche nach Kirchheim begriffen. Auch kamen von dort gedeckte Militärwagen mit Kranken und Verwundeten. Dass auch Tote darin lagen, wie man behauptete, wurde von den Preussen offiziell als Lüge erklärt. Man kann sich denken, wie ich daheim empfangen wurde. „Er war tot und ist wieder lebendig geworden. Bringet das beste Kleid und ziehet es ihm an. Schier hätte man sogar ein Kalb geschlachtet. Meine Mutter sagte: „Gottlob, nun habe ich meinen Jungen wieder gesund daheim, des bin ich froh."

Die am 14. Juni in Kirchheim gefallenen Hessen hiessen: Adam Holl, Adam Nuss, Peter Vogel, Georg Brozler, Franz Scheidel, Nikolaus Berger, Leopold Schwab, diese aus Mainz, Jakob Wolf aus Oberingelheim, Jakob Wüst, Heinrich Kirchner, Sebastian Zimmermann und Johann Degen, diese aus Bretzenheim, Hironymus Fatscher und Johann Burkheiser aus Bingen, Ambrosius Klein und Ferdinand Secker aus Marienborn, Philipp Metzger aus Gau-Weinheim. Dieselben erhielten auf dem Kirchhofe in Kirchheimbolanden später ein hübsches Grabdenkmal, entworfen von Bildhauer Schiess in Wiesbaden, das am 16. Juni 1872 unter grosser Beteiligung auch von Hessen enthüllt wurde. (Siehe Abbildung.)

Die Preussen, die 4 Verwundete — worunter einer schwer — hatten, liessen sich nun alle Waffen abliefern, von denen die wertlosen sofort zerschlagen wurden. Das Hauptquartier ging noch am

14. nach Marnheim, wo der Prinz von Preussen in dem Hause des damaligen Einnehmers Kayser übernachtete. Am selben Tage noch wurde in der Thiemeschen Druckerei in Kirchheim folgende Bekanntmachung gedruckt: „Erklärung der Rheinpfalz in den Kriegszustand! Nachdem ein Teil der Mir anvertrauten Operationsarmee in der Rheinpfalz eingerückt ist, um daselbst die durch Insurgenten-Banden gestörte Ordnung wieder herzustellen und dem Gesetz der rechtmässigen Regierung wieder die gebührende und zum Wohle des Landes unentbehrliche Achtung zu verschaffen, erkläre Ich in Erwägung, dass jene Banden den Mir untergebenen Truppen jetzt bewaffnet entgegen getreten sind und die Leiter der Revolution fortfahren, das Land zum bewaffneten Widerstand aufzufordern, die ganze Rheinpfalz in den Kriegszustand. Hiernach verfallen nunmehr alle diejenigen Personen in der Rheinpfalz, welche den unter meinen Befehlen stehenden Truppen durch eine verräterische Handlung Gefahr oder Nachteil bereiten, den Kriegsgerichten anheim. Hauptquartier Marnheim, 14. Juni 1849. Prinz von Preussen. Oberbefehlshaber der Operationsarmee am Rhein."

Dass Zitz und Bamberger an diesem Tage keine rühmliche Rolle gespielt haben, wird von Niemandem bestritten werden. Von Tapferkeit war da keine Rede, und das ist eine Schande für Männer, welche so oft mit „Gut und Blut" um sich warfen und andere zur Tapferkeit und zum Opfermut zu begeistern suchten. Es war das auch in jener Zeit die allgemeine Ansicht. Christian Zinn urteilt über Beide in seiner Broschüre S. 36 und 37 also: „Die beiden Diktatoren des hessischen Korps Zitz und Bamberger hatten sich vor Beginn des Kampfes eiligst aus dem Staube gemacht. Zitz, welcher in der bekannten Volksversammlung auf der Pfingstweide bei Frankfurt mit aller Entschiedenheit sagte, man müsse eine Frakturschrift schreiben, schrieb in der Pfalz und in Baden eine ungemein flüchtige Handschrift, und Bamberger, der früher als einer der entschiedensten Demokraten galt, bebte vor dem Kampfe zurück. So grossartig und prahlerisch der Einzug dieser beiden Herren mit ihrem Korps in der Pfalz war, so erbärmlich war auch ihr Rückzug. Am 14. Juni, als an demselben Tage, an dem die Preussen Kirchheim angriffen, sassen sie beide schon des Nachmittags um 3 Uhr in einem Eisenbahnwagen zu Frankenstein und gingen eiligst bei Mannheim über den Rhein. Als 3 Tage später ihr Korps bei Knielingen über den Rhein marschierte und nach Karlsruhe kam, hatten dieselben nichts Eiligeres zu thun, als solches vor dem Kampfe aufzulösen und zu entlassen. War das nicht eine jämmerliche Feigheit und Verräterei an der Sache des übrigen Volkes? Sie wurden beide

für vogelfrei erklärt, entkamen jedoch. Später gab Bamberger eine hochtrabende Broschüre heraus, in welcher er sich reinzuwaschen und die pfälzer Erhebung, sowie deren Leiter zu besudeln sucht. Beim Schreiben mag Bamberger tollkühnen Mut haben, bei Volksversammlungen auch; dem Feind gegenüber, wo es galt, hat er sich der grössten Feigheit schuldig gemacht, und solche Demokraten sind nicht von ächtem Korn." — Das sonst sehr liberale Frankfurter Journal lässt sich aus Mainz, 24. Juni, einen Artikel schreiben, welcher dem Diktator Zitz sehr derb die Meinung sagt. Er ist gegen die „Mainzer Zeitung" gerichtet, welche es für eine mutige That von Zitz und Bamberger erklärt hatte, dass die beiden erst aus Kirchheim fuhren, als die Preussen schon in dasselbe eingedrungen waren und dass „Zitz ruhig, wie auf dem Spaziergange, seine Zigarre rauchte." Das „Journal" antwortet hierauf u. a.: „Wir wollen beiden Herren ihren Mut sehr gerne lassen, müssen es aber auf das Entschiedenste bestreiten, dass namentlich Herr Zitz auch nur die geringste Befähigung zur Bekleidung der Stelle, die er einnahm und einnehmen wollte, an den Tag gelegt. So wenig er als Parlamentsmitglied für Mainz den über ihn gehegten Erwartungen entsprochen, ebensowenig hat er als Freischarenführer dargethan, dass er das Talent besitze, in sturmbewegter Zeit an der Spitze einer Bewegung zu stehen. Sein eigensinniges, herrisches und barsches Benehmen, selbst gegen die, welche ihm nahe standen, hat auf seinen Charakter ein höchst ungünstiges Licht geworfen und rechnet man noch die unerträglichen Launen und jene unselige Rechthaberei hinzu, die ihn gegen bessern Rat ganz taub machte, so dürfen wir uns der peinlichen Mühe überheben, alle die gerechten Vorwürfe aufzuzählen, die ihm während seiner Diktatur in Kirchheimbolanden von allen Seiten gemacht wurden. Der Artikel spricht nun von den Gelderpressungen, die sich Zitz habe zu schulden kommen lassen und fährt also fort: „Ob nun dessen Exekutionen von dem republikanischen Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! geboten wurden, wollen wir nicht untersuchen, das aber wollen wir Herrn Zitz noch zurufen, dass die Aufopferung jener so mutigen Jünglinge, die sich, um die Anderen zu retten, dem Tode weihten, (?) hätte vermieden werden können, wenn er, wie ihm geraten worden, mit seiner Schar Kirchheimbolanden rasch verlassen, als die Preussen gegen dasselbe anrückten. Die Eltern, Geschwister und Verwandten der Gefallenen werden es ihm wenig Dank wissen, dass er „ruhig eine Zigarre rauchte", als er aus Kirchheimbolanden fuhr, ebensowenig die, welche ihm folgten und jetzt (Gott weiss wie lange) von den ihrigen getrennt, umherirren müssen, während

er sich in Sicherheit gebracht hat." Der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" schrieb man aus Basel 19. Juni: „Zitz ist hier." Dann erwähnt der Korrespondent, wie er erst eine Rede desselben gehört habe, worin er versicherte: „Wenn er die Zeit für reif erachte, dann werde man ihn auf der Barrikade finden und er werde für des Volkes Sache stehen, ja, wenn es gelte, zu fallen wissen." Weiter heisst es: „Die Sündenfrucht ist reif geworden, die Barrikaden wurden gebaut, aber nach dem Berichte eines Korrespondenten floh Zitz, als die ersten Schüsse gefallen waren und kam in Basel an, um in der Schweiz Waffenankäufe zu besorgen, hoffentlich wird das nicht übersetzt heissen: um eine oder die andere Kasse in Sicherheit zu bringen. Welche Sprache der zungenreichen Erde hat ein Wort, um solche Menschen zu züchtigen? Gestern las ich einen Brief von einer Beamtenwittwe aus dem Badischen an eine hiesige Freundin, worin sie klagt, dass sie nun seit 14 Tagen mit ihren Brüdern im Keller hungere, weil das ganze Haus mit seinen Vorräten im Besitz der Freischärler sei, die eben nur den Abhub ihr und den ihrigen sozusagen zuwerfen. Zitz erfreut sich des besten Wohlseins und schlürft sein Gläschen Curaçao im Kaffeehaus zu den 3 Königen in Basel. In Mannheim feiert ein losgebundener Pöbel und eine eidbrüchige Soldateska ihr Gelage an dem „freien" deutschen Rhein und schleudert zwischendurch Brandraketen in die Warenhäuser von Ludwigshafen; Zitz, der redlich mitgeholfen hat, die Bauten anzuzünden, vergass als ein besonnener Marschall „Rückwärts" bei aller Eile nicht, zugleich seine Zigarre anzubrennen und raucht sie nun in Ruhe zu Basel aus."

Ueber den bei Kirchheimbolanden von Zitz und Bamberger bewiesenen Mut ist wohl nur ein Urteil möglich; aber auch die andere Frage muss noch kurz untersucht werden: haben jene jungen Männer dort im Schlossgarten sich selbst geopfert, oder sind sie von andern — und zwar zwecklos — geopfert worden? Hören wir, was Bamberger in seiner Broschüre Seite 78 und 79 über diesen Vorgang meldet: „Die Zahl der anmarschierenden Preussen betrug mindestens 3000 Mann; Kavallerie und Artillerie hatten wir gar nicht. Es war mithin der Augenblick eingetreten, von dem Vorbehalt des noch unbeantworteten Memorandums Gebrauch zu machen und den Rückzug anzuordnen. Zitz und ich fertigten also an alle einzelnen Kompanieführer schriftliche Ordres aus, sich am Gebirge hin nach Dürkheim an der Haardt und von da nach Neustadt zurückzuziehen. Kurz darauf begaben wir uns nochmals auf den Sammelplatz und überzeugten uns, dass die Ordres ausgeführt waren. Es befand sich kein Mensch mehr daselbst, die Kompanien

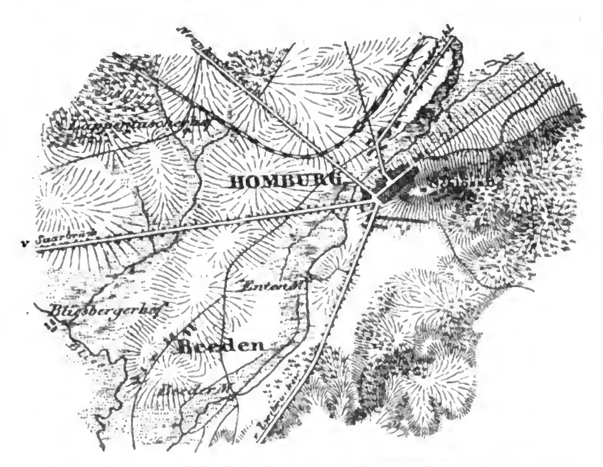
waren abgezogen, und die preussische Artillerie feuerte die Landstrasse herab, auf der wir uns befanden. Eine kurz vorher improvisierte Barrikade war verlassen, die Mannschaft bereits ausserhalb der Stadt. Es war mir unmöglich länger zu Fuss zu gehen, ich liess mir einen Wagen anspannen, Zitz setzte sich zu mir und wir fuhren auf der Strasse nach Rockenhausen zu ab. Als wir hundert Schritte weit hinaus waren, fiel der letzte Kanonenschuss und die Preussen zogen von der Kaiserstrasse her ein. Später erst erfuhren wir, dass noch eine kleine Zahl der Unsrigen im Schlossgarten zurückgeblieben war. Sei es, dass sie mehrmals wiederholte Hornsignale nicht vernahmen, sei es, dass sie es missverstanden, oder dass sie überhaupt nicht weichen wollten. Die Schützenkompanie, wozu sie gehörten, zog ab, ohne zu entdecken, wo die Fehlenden seien. Die anrückenden Preussen fanden sie noch im Schlossgarten und es entspann sich dort ein Kampf. Das Gerücht meldete später, es seien dabei 17 Schützen gefallen, doch ist diese Nachricht wohl übertrieben . . . . Gewiss ist, dass 10 gefangen wurden.“ Ich erinnere mich noch sehr wohl, dass man jenesmal in Kirchheim und Umgegend allgemein Zitz und Bamberger die Schuld an dem Tode der 17 Freischärler beimass, ja man sagte ausdrücklich, dieselben seien aufgefordert worden, den Schlossgarten um jeden Preis zu halten; die Führer würden den Preussen über Orbis in den Rücken fallen und sie so vernichten. Das letztere scheint nach dem oben veröffentlichten Briefe des Mainzer Freischärlers nicht der Fall gewesen zu sein, aber so viel ist sicher, dass die Darstellung Bambergers der Wahrheit nicht entspricht und nicht entsprechen kann. Wir hören von dem obengenannten Freischärler, dass die Führer der Kompanie ganz gut wussten, wohin sich der fehlende Teil derselben zurückgezogen hatte, nämlich in den Schlossgarten. Wir hören auch, dass man sie dort nicht vom Abzug in Kenntnis gesetzt hatte, obschon im Schlossgarten unaufhörlich geschossen wurde, und der Sammelplatz demselben ganz nahe lag. Jeder Laie musste sich sagen, dass da drinnen ein heftiges Gefecht entbrannt sei. Und während dieses Gefechtes, das nicht aufhörte, bis der letzte Freischärler tot war, während des weithin vernehmbaren Gewehrfeuers verliessen Zitz und Bamberger die Stadt. Mit Kanonen wurde allerdings nicht mehr geschossen, als die Preussen einmal in den Garten gedrungen waren, allein das Gewehrfeuer dauerte noch eine geraume Zeit fort. Dass die fliehenden Führer hiervon nichts vernommen haben sollten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und dass es noch Zeit war, diese jungen Männer, die sich nicht unnütz opfern wollten, persönlich abzukommandieren, geht ebenfalls aus



Das Schloss zu Kirchheimbolanden in seinem gegenwärtigen Zustande.

dem obigen Schreiben des Freischärlers deutlich hervor. Dass die jungen Leute durch die Schuld ihrer kopf- und mutlosen Führer ihr Leben eingebüsst haben, steht demnach ausser Zweifel.

Ich habe mitgeteilt, dass das preussische Hauptquartier noch am 14. Juni nach Marnheim verlegt wurde. Ein Seitenmarsch nach



Plan des Gefechtes bei Homburg. (Aus dem preussischen Militärwochenblatt.)

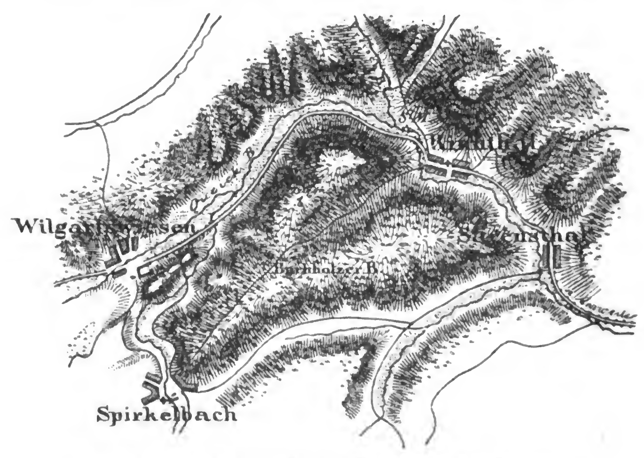
Kaiserslautern wurde unnötig, da diese Stadt am selben Tage ohne Schwertstreich in die Hand der dritten Division überging. Die vierte Divison marschierte deshalb am 15. Juni über Göllheim, Grünstadt weiter nach Freinsheim. Bei Dürkheim kam es hierbei zu einem Zusammenstoss mit Freischaren von dem Blenkerschen Korps. Zwei Kompanien Infanterie und ein Zug Ulanen hatten nämlieh die rechte Flanke der vormarschierenden vierten Division zu decken. Sie gingen über Weitersweiler, Tiefenthal, Neuleiningen nach Leistadt. Hier erhielten sie plötzlich aus dem Walde Feuer. Man sah zugleich eine starke Kolonne Freischaren von Ungstein nach Dürkheim marschieren. Hauptmann v. Plessen verteilte nun seine Mannschaft und liess sie energisch gegen den Feind vorstossen, der

sich eilig davonmachte. Er liess dabei viele Waffen, Munitionswagen und Papiere der provisorischen Regierung zurück, die in die Hände der Preussen fielen. Am 17. Juni marschierte die vierte Division hinter der dritten, mit der sie in Dürkheim zusammengetroffen war, nach Neustadt. Am 19. ging der Marsch bis nach Freimersheim, am 20. traf die Division bei Germersheim ein.

Die dritte Division unter General v. Niesewandt hatte die leichteste Arbeit, sie brauchte blos zu marschieren. Sie überschritt am 13. Juni bei Lauterecken die Grenze und besetzte am 14. Kaiserslautern, das sie vollständig geräumt fand. Am 16. traf sie in Dürkheim ein, marschierte am 17. nach Edenkoben, gelangte am 19. nach Weingarten und am 20. nach Germersheim, ohne auf irgend einen Feind zu stossen.

Die zweite Division unter General von Webern ging am 13. Juni von Neunkirchen auf der Strasse nach Homburg vor, wo man auf den Feind stiess. Hier standen etwa 1000 Freischärler mif 5 Kanonen unter Schimmelpfennig. Vorposten derselben, die bis Mittelbexbach vorgeschoben worden waren, zogen sich beim Herannahen der Preussen ohne Widerstand zurück. Diese rückten in drei Abteilungen gegen Homburg vor, das man barrikadiert hatte. Die eine bewegte sich auf der Strasse Saarbrücken-Homburg, die andere links nach der Strasse Homburg-Landstuhl, während das Zentrum mit 6 Kanonen direkt auf die Stadt losging. Allein die Barrikaden waren verlassen, die 5 Kanonen der Freischärler, welche auf der Strasse gegen Zweibrücken standen, feuerten einige Male gegen die Preussen, ohne zu treffen, worauf die ganze Truppe sich mit den Geschützen eilig nach Zweibrücken zurückzog. Eine Verfolgung durch Reiterei schien wegen des dazwischenliegenden Waldes nicht ratsam, hätte aber ohne Zweifel die Geschütze, die unterwegs stehen geblieben waren, in die Hände der Preussen gebracht. Am 15. Juni hatte die Division Rasttag, da sie nicht bis Kaiserslautern vorzurücken brauchte, das schon besetzt war. Am 16. marschierte sie auf der Kaiserstrasse bis in die Nähe von Landstuhl, und machte dann in beschwerlichem Marsche über Queidersbach, Rodalben und Waldfischbach den Uebergang nach dem Annweiler Thal. Am selben Tage wurde auch noch Pirmasens besetzt, von wo die Freischaren nach Dahn zurückgegangen waren. Am 17. Juni kam es bei Rinnthal zu einem heftigen Zusammenstoss mit den Freischärlern. Dieselben waren etwa 1500 Mann stark und von Willich und Schimmelpfennig, ehemaligen preussischen Offizieren, geführt. Sie hatten westlich von Rinnthal, wo das Thal sehr enge ist, eine starke Barrikade errichtet und die umliegenden Höhen mit Schützen besetzt. Preussischerseits zog man die Vortruppen aus-

einander und liess ein Plänklergefecht beginnen. Inzwischen sollten zwei Kompanien von Wilgartswiesen über Spirkelbach nach Sarnstall gehen, um den Feind im Rücken zu fassen. Nach halbstündigem Feuern vor der Barrikade erstiegen Füsiliere rechts den Buchholzer Berg und gingen von oben gegen den Feind vor, während die unten gebliebene Mannschaft in die Barrikade eindrang. Die Frei-



Plan des Gefechtes bei Rinnthal. (Aus dem preussischen Militärwochenblatt.)
(Die Karte bezeichnet Sarnstall irrtümlich als Sarnsthal.)

scharen eilten nach Rinnthal zurück, welches im ersten Anlaufe genommen wurde. Die Preussen machten in den Häusern manche Gegner in erbittertem Kampfe nieder. Die Freischärler mögen etwa 20 Tote und 30 Verwundete zurückgelassen haben, eine Anzahl Verwundeter wurde mitgenommen. Auf preussischer Seite waren 2 Mann tot, 6 verwundet. Unter den Gefangenen befanden sich der Freischarenhauptmann Loreck, der von seinen Leuten als tot betrauert wurde. Ein mir zugegangener Bericht eines ehemaligen Mitgliedes der Studentenlegion lautet also:

„1) Die Zahl der Freischärler bei Rinnthal betrug meines Wissens 1200. Das Korps bestand nur aus pfälzischen Studenten und Turnern. 2) Am Morgen des 17. Juni, 8 Uhr, wurden wir auf





Denkmal für die Gefallenen von Rinnthal auf dem Friedhof zu Annweiler.

dem Marktplatz in Annweiler aufgestellt, wo unser Kommandant Willich uns mitteilte, dass die Preussen in der Nähe seien, mit dem Beifügen: Wollen wir vorher oder nachher frühstücken? Ein brausendes Hurrah war die Antwort und sofort gings gegen Rinnthal zu. 3) Auf den Höhen rechts und links des engen Thales sahen wir allerdings Leute, es waren aber keine von den unseren, sondern wahrscheinlich neugierige Landleute. So viel Zeit und Umsicht, um derartige Sicherheitsmassregeln zu treffen, hatte man gar nicht. 4) Am Ende des Dorfes Rinnthal, dort wo die Chaussee um den Buchholzer Berg biegt, stiessen wir plötzlich auf die Preussen, worauf ein Teil von uns links den Berghang hinaufgeschickt wurde, ein anderer rechts in das Dorf. Die Preussen kamen von der anderen Seite des Berges herauf und entwickelte sich dann im Walde ein heftiger Kampf. Oben auf dem Buchholzer Berg trafen wir auch Preussen. 5) Eine Barrikade habe ich nicht gesehen, und war auch gar keine Zeit, eine zu bauen; übrigens wäre es auch Wahnsinn gewesen, an dieser engen Stelle des Thales eine Barrikade zu bauen, da die Preussen durch Uebersteigen des Buchholzhanges ihr leicht in den Rücken hätten kommen können; auch auf der anderen Seite hätten sie sie, ohne auf Hindernisse zu stossen, umgehen können. 6) Die Toten wurden auf einem Wagen nach Annweiler gefahren. Man schätzte sie auf 10—12. Die Leichtverwundeten brachte man am anderen Tage auf 2 Wägen nach Landau. 7) Das Treffen bei Rinnthal war ja militärisch von keiner besonderen Bedeutung, angesichts der Thatsache aber, dass es 1200 jugendliche Pfälzer waren, die für einen idealen Gedanken ihr Leben einsetzten, dürfte diese Episode des pfälzischen Aufstandes wohl wert sein, dass sie möglichst getreu und eingehend geschildert und durch entsprechende Darstellung und Würdigung gebührend hervorgehoben werde. Im Jahre 1874 wurde im Friedhofe zu Annweiler für die Gefallenen ein Denkmal errichtet."

Wie man sieht, steht dieser Bericht mit demjenigen des preussischen Generalstabes und des preussischen Oberstleutnants Staroste im Widerspruch. Dieser rührt vermutlich davon her, dass unser Studentenlegionär nicht wusste, dass auch die Mannschaft Schimmelpfennigs, der von Zweibrücken nach Annweiler zurückging, an dem Gefechte beteiligt war, wie dies auch die Anklageschrift II. Teil S. 239 bestätigt, wo die Zahl der Freischaren auf mehrere tausend Mann angegeben wird. Diese Leute Schimmelpfennigs werden wohl auch bei dem Rückzuge die Barrikade errichtet haben, die doch unmöglich aus der Luft gegriffen sein kann. Dies ist umso wahrscheinlicher, als nach der Anklageschrift dieselben Freischärler auch vor Annweiler selbst Barrikaden errichteten. Der Kommandant

der Studentenlegion, Karl Petersen, schildert, wie ich eben in der „Chronik der Familie Petersen“ sehe, den Hergang also: „Schon in Annweiler hörten wir, dass die preussischen Truppen einige Stunden entfernt standen. Sie zogen auf der breiten Strasse des Thales, während ihre Schützen die Berghöhen besetzt hielten. Wir sollten einige Korps, welche schon an Stelle waren, unterstützen, um das Vorrücken aufzuhalten.. Nach kurzem Marsche trafen wir auf jene Korps, welche schon im Feuer waren. Während nun rechts und links der Strasse ein lebhaftes Feuern begann, standen wir unten auf der Strasse; sowohl die verlorenen Kugeln, wie die, welche uns galten, pfiffen an uns vorüber. Da ein längerer Widerstand gegen die höher postierten preussischen Schützen nicht denkbar war, erfolgte ein langsamer Rückzug, bei dem unsere Kompanie den Schluss bildete. Eine weitere Verfolgung fand aber nicht statt, die Preussen rückten vielmehr langsam vor. Nicht ohne Opfer auch aus unserer Mitte war diese kurze Szene erkauft.“ Die verschiedenen Angaben über die Verluste — Staroste, der das Gefecht augenscheinlich mitgemacht hat, gibt 60 Tote an — sind schwerer zu vereinigen. Allein es ist ja möglich, dass man einen Teil der Gefallenen in Rinnthal selbst, den anderen Teil in Annweiler beerdigt hat. Die Namen der letzteren lauten: Phil. Friedr. Ehrhardt, Student aus Leinsweiler, Konrad Schmitthenner aus Bergzabern, Friedr. Peter Gan aus Zweibrücken, Jakob Ruf, Schuster aus Stambach, Max Klein, Zeugschmiedlehrling aus Hornbach, Peter Chirra, Einnehmereigehilfe aus Homburg, Moritz Böme, Schriftsetzer aus Leipzig, Peter Dorsie, Tuchmacher aus Lambrecht.

Am 18. Juni marschierte die zweite Division bei der nunmehr entsetzten Festung Landau vorüber. Auf dem Glacis war die gesamte Garnison — 250 Offiziere, 600 Unteroffiziere und Gemeine — aufmarschiert, die Musiken spielten, die Generale v. Webern und v. Jeetze begrüssten sich herzlich, die Mannschaften liessen Hochrufe erschallen. — Am selben Tage kam auch noch der Prinz von Preussen nach Landau und sprach den treugebliebenen Truppen seine Anerkennung über ihre rühmenswerte Haltung aus. Dieselben erhielten später eine eigene bronzene Denkmünze an grün und rotem Bande, mit der Inschrift: „In Treue fest. Landau 1849.“ Man hat dieser Garnison überschwängliche Lobeserhebungen gespendet. Es muss auch hier alles auf das rechte Mass zurückgeführt werden. Dass die Mannschaften ihrem Eide treu blieben, ist anzuerkennen, war aber doch im Grunde nur ihre Schuldigkeit. Anstrengungen hat die Besatzung viele gehabt, namentlich durch Wachtdienst, den die Offiziere mit verrichten mussten. Auch das verdient Belobung. Allein Entbehrung

und Gefahr waren mit der Cernierung nicht verbunden; Lebensmittel hatte man stets im Ueberfluss und nicht der geringste Angriff wurde von feindlicher Seite auf die Festung gemacht. Die ganze Einschliessung hatte also kein einziges Menschenleben gekostet.

General v. Jeetze erliess am 19. Juni folgenden Tagesbefehl an die Landauer Besatzung: „Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preussen haben bei ihrem gestrigen, kurzen Aufenthalt in hiesiger Festung die glänzendste Anerkennung für die ausgezeichneten Dienste, welche die Offiziere und treugebliebene Mannschaft seit mehr als einem Monat zur Erhaltung der Festung Landau mit so vieler Hingebung leistete, in für die bayerischen Waffen ehrendsten Ausdrücken ausgesprochen und dabei vorzüglich mit Nachdruck hervorgehoben, dass diese seltene Treue und Ausdauer der Garnison von Landau sich die Achtung und Bewunderung aller Militärs, namentlich der preussischen Armee, und den Dank des deutschen Vaterlandes erworben habe und überdies als grössten Lohn jeder, der hier seine Pflicht so treu erfüllt, ein höchst ehrendes Bewusstsein im Herzen trage.“ Bald darauf erhielt der General, welcher selbst durch sein Verhalten die Festung in so grosse Gefahr gebracht, den wohlverdienten Abschied. Ein bayerischer Dichter, Vogel, hat „Die Treue in Landau“ also besungen:

1) Wohlauf mein Lied, mit hohem Klang
Lass deine Töne schallen;
Hoch klingt vom braven Mann der Sang
In Hütte wie in Hallen.

2) Aus tiefer, schmachbedeckter Nacht
Wo jeder Stern verschwunden,
Wo Eid und Treu zum Spiel gemacht,
Schand oben, Ehre unten.

3) Wo alles sich zum Sturze neigt
Sich alle Bande lösen
Wo des Gewissens Stimme schweigt
Und Herren sind die Bösen. —

4) In solcher Zeit, in solcher Nacht
Wo jede Hoffnung schwindet,
Und was nur Schlechtes wird erdacht
Sich keck und frech verbindet;

5) Da strahlt mit wunderbarem Glanz
Mit sonnengleichem Scheine
Umgeben von des Ruhmes Kranz
Ein Stern dort auch am Rheine.

6) Noch geht es nicht, wie sie's gewollt,
Die Bösen und die Schlechten,
Ob auch die rote Fahn' entrollt,
Von den Franzosenknechten.

7) Noch flattert hoch das Weiss und Blau
Auf Landaus stolzen Wällen
Und an dem festen Riesenbau
Manch' Schädel soll zerschellen.

8) Und ob auch Treubruch und Verrat
Viel hat hinweggenommen, —
Die Missethat, die Frevelthat
Wird auf die Schurken kommen.

9) Auf Landaus Wällen hält die Wacht
Ein Häuflein treuer Mannen
Die haben so den Pakt gemacht:
„Kein Einz'ger geht von dannen,

10) Ob die Rebellenschar auch schwillt
Zahllos wie Sand am Meere —
Die reine Treu ist unser Schild
Viel Feind bringt auch viel Ehre.

11) Der Hauptmann wie ein andrer Mann
Steht draussen auf der Wache,
Gewehr im Arm, die Tasche an
Getreu der guten Sache.

12) So lange noch ein einz'ger Mann
Kann die Muskete führen,
So lange soll die heil'ge Fahn'
Kein Meuterer berühren.

13) Und wird der Letzte matt im Kampf
Der Letzte in dem Sturme
Wohlauf, wohlan — durch Blut und Dampf
Hinan zum Pulverturme!

14) Die Lunte glüht, sie liegt bereit
Dort wartet die Rupine (?)
Ein Blitz, ein Krach und ringsum weit
Fliegt auf die Pulvermine.

15) Mit ihr fliegt dann der Letzte auf
Ein Märtyrer der Treue —
Ein Sonnenaar schwebt er hinauf
Zur reinen Himmelsbläue."

16) So halten sie's in Landau dort
Die Helden auf den Wällen
Hier an der Treue Felsenhort
Soll Untreu noch zerschellen.

17) So strahlt mit wundersamem Glanz
Mit sonnengleichem Scheine
Umgeben von des Ruhmes Kranz
Der treue Stern am Rheine.

18) Stets flattern wird das Weiss und Blau
Von Landaus stolzen Wällen,
An diesem festen Riesenbau
Muss der Verrat zerschellen.

Die zweite preussische Division gelangte am 19. Juni nach Rheinzabern und am 20. nach Germersheim, wo nun das ganze Armeekorps, entsprechend dem Feldzugsplane, vereinigt war, bereit, den Rhein zu überschreiten. In der letztgenannten Festung führte der Kommandant, Generalmajor v. Weishaupt, die noch aus 2500 Mann bestehende Garnison dem Prinzen von Preussen in Parade vor. Derselbe hatte am vorhergehenden Tage folgende Proklamation erlassen: „Erklärung des Grossherzogtums Baden in den Kriegszustand! Da die Aufrührer im Grossherzogtum Baden fortfahren, sich zum bewaffneten Widerstande gegen die zur Herstellung der rechtsmässigen Regierung im Lande, an dessen Grenze versammelte Armee zu rüsten, auch bereits durch den Kampf selbst derselben entgegengetreten sind, so erkläre ich als Oberbefehlshaber der zu jenem Zweck gegen Baden aufgestellten preussischen Armee das ganze Grossherzogtum Baden hiermit in den Kriegszustand. Hienach verfallen nunmehr alle diejenigen Personen im Grossherzogtum Baden, welche den unter meinem Befehle stehenden Truppen durch eine verräterische Handlung Gefahr oder Nachteil bereiten, dem Kriegsgericht. Die Korps-Kommandeurs haben hienach das Erforderliche anzuordnen und sind befugt, die Todesurteile zu bestätigen. Neustadt a. d. H., 19. Juni 1849. Der Oberbefehlshaber der preuss. Operationsarmee am Rhein gez. Prinz v. Preussen.“

Die pfälzische Volksarmee war am 18. Juni bei Knielingen versammelt, um nach Baden hinüberzugehen. Brentano und Meierhofer hatten sich von Karlsruhe eingefunden, um die Pfälzer zu emfangen. Etwa 6—8000 Mann, worunter 900 Sensenmänner, 8 Geschütze überschritten die Brücke von morgens bis abends. Der Uebergang soll einen traurigen Anblick gewährt haben. Chevauxlegers, Infanterie, Freischaren aus Hessen, Nassau und Rheinpreussen, alles bunt durcheinander, alles aufs höchste erschöpft. Eine kleinere Abteilung war bei Lauterburg über die französische Grenze getreten und wurde dort entwaffnet. — Die Nachhut der Pfälzer unter Willich zog am 19. Juli in Karlsruhe ein. Voraus ging (Staroste I. S. 205) ein Zimmermann (Sappeur), ihm folgten zwei gleich kostümierte

Scharfschützen, darauf Willich in weissem Freischärlerhut, grossem, roten Bart à la Hecker, blauer Bluse, zwei Pistolen im Gürtel, eine Reitpeitsche in der Hand. Er ritt einen Schimmel, und wurde von Brentano und Meierhofer begleitet. Hinter diesen dreien der Generalstab zu Pferde; darauf folgten Scharfschützen, Turner und Musketiere, abwechselnd mit grossen deutschen und roten Fahnen; auch die Besançoner Legion war im Zuge. Zum Schluss eine Kompanie Sensenmänner und die Bagagewagen.

Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Einer vom Robert Blum-Korps.

Korpslied:

Erhör' unser Flehn, du lieber Herr,
Und schick' uns 100000 Preussen daher,
Wir wollen sie alle legen zur Ruh.
Gib uns Waffen, gib uns Pulver, gib uns Blei auch dazu!
Juvivallera . . . . . .

In Karlsruhe gab die provisorische Regierung der Pfalz ihr letztes Lebenszeichen von sich. Es war folgende Proklamation: „An das pfälzische Volk! Bürger! Wehrmänner! Der Oberbefehlshaber der gesamten badischen und pfälzischen Streitmacht, General Mieroslawski, hatte bereits am 12. ds. Mts. den Befehl erteilt, sämtliche pfälzische Truppen in der Ebene zwischen Neustadt und Ludwigshafen zu sammeln, um sie, sobald erforderlich, mit der badischen Streitkraft zu vereinigen und dem gemeinsamen Feinde die möglichst starke Macht entgegen zu stellen. Während dieser Befehl vollzogen ward, rückten die Preussen am 13. ds. Mts. auf der ganzen Grenze von Saarbrücken bis Worms in die Pfalz ein. Die provisorische Regierung folgte dem Hauptquartiere des Oberbefehlshabers der pfälzischen Volkswehr, General Sznayde, nach Neustadt und begleitete es, als letzterer den Befehl erhielt, sofort die Vereinigung

der pfälzischen Streitmacht mit der badischen über Speyer oder Knielingen zu bewerkstelligen. Es ist an mehreren Orten, insbesondere bei Homburg, Kirchheimbolanden und Annweiler zu vereinzelten Kämpfen mit den preussischen Truppen gekommen. Die Pfälzer Wehrmänner haben dort, wie bei der schwierigen und gefahrvollen Bewachung Landaus bewiesen, dass sie auch einem überlegenen Feinde entgegen zu treten verstehen. Wir haben die Beruhigung, dass die Verluste des Feindes bei weitem grösser gewesen sind, als die unsrigen. Nach schwierigen Märschen ist der Uebergang über die Knielinger Brücke und dadurch die Vereinigung mit dem badischen Heere, welche die Preussen zu verhindern sich alle nur mögliche, jedoch erfolglose Mühe gaben, am 18. ds. Mts. bewerkstelligt worden. Die provisorische Regierung musste dem Hauptquartiere auf badisches Gebiet folgen. Bürger! Wehrmänner! Es gilt dem gemeinsamen Feind, der in Baden wie in der Pfalz, ja in ganz Deutschland der nämliche ist, dem Preussentum, mit der gänzlich von ihm beherrschten deutschen Fürstenmacht auf das thatkräftigste entgegenzutreten. Wie die gesamte Macht des Absolutismus, muss auch die gesamte Kraft der Demokratie ein einiges, eng verbundenes Ganze bilden. Ein grosser Schlag, der unsere Feinde trifft, wird für Baden wie für die ganze Pfalz und ganz Deutschland dieselben Folgen haben. Pfälzer Wehrmänner! Der Augenblick der Entscheidung naht! Beweist, dass Ihr wackere Söhne Deutschlands seid. Ihr werdet mit der Anerkennung Deutschland auch den Dank der Pfalz Euch erwerben, aus der — wir erwarten es mit Zuversicht — der Feind in kürzester Frist hinausgeschlagen und die Fahne der Freiheit aufs neue aufgepflanzt werden wird. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz wird bei Euch ausharren, Wehrmänner, die ganze pfälzische Streitmacht wird nach wie vor ein abgesondertes Korps unter dem Befehl des Generals Sznayde und dem Oberbefehl des Generals Mieroslawski bilden. Die Stellung der provisorischen Regierung der Pfalz zu der von Baden verbleibt dieselbe wie bisher. Ein gemeinschaftliches Kriegsministerium ist infolge des Vertrages vom 18. Mai für beide Länder eingesetzt, und wird demselben zur Ordnung und Leitung der Angelegenheiten des pfälzischen Armeekorps eine eigene pfälzische Abteilung beigegeben, der wir unser Mitglied, Bürger P. Fries, vorgesetzt haben. Pfälzer, die Ihr in unserer schönen Heimat geblieben seid! bewahrt unter dem Drucke feindlicher Heere Euren Mut und Eure Kraft, damit Ihr an dem Tage der Befreiung aufstehen und glorreich mitkämpfen könnt! Bedenkt, dass Eure Mitbrüder das grosse Opfer gebracht haben, den pfälzischen Boden zu verlassen, um mit Sicherheit des Erfolges für Euch, für Eure Frei-

heit und die des deutschen Volks mutig in den Kampf zu gehen. Was auch immer der Feind für Anordnungen in der Pfalz treffen mag, sie sind ungültig und ohne Verbindlichkeit für Euch! Bürger! Wehrmänner! Das Vaterland, die deutsche Freiheit ist in Gefahr! Thue ein jeder seine Schuldigkeit! Karlsruhe, 19. Juni 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: Reichard. N. Schmitt. Hepp. Greiner. P. Fries." — Man darf getrost behaupten, dass die Verfasser dieses Aktenstückes das meiste von dem darin Gesagten selbst nicht geglaubt haben. — Ueber die weiteren Schicksale des pfälzischen Volksheeres, welches nun einen Teil der badischen Armee bildet, werde ich im folgenden Kapitel berichten, das die Geschichte des badischen Aufstandes behandelt.

In München war man über das rasche Vorgehen der Preussen in der Pfalz und über das Zuspätkommen des bayerischen Korps augenscheinlich verstimmt. Ein Artikel der offiziellen „N. Münchener Zeitung" vom 19. Juni behauptete, Bayern habe die Hilfe Preussens gar nicht nachgesucht und sprach die Erwartung aus, dasselbe werde in Berlin gegen den Einmarsch der preussischen Truppen in das bayerische Staatsgebiet Protest erheben. Nach Staroste I S. 189 sei die Verzögerung des bayerischen Einmarsches durch die Lässigkeit des abgetretenen Kriegsministers Lesuire veranlasst worden, welcher die betreffende Ordre fünf Tage lang unexpediert liegen gelassen haben soll. König Max II. hatte am 10. Juni die Ankunft bayerischer Truppen mit folgender Proklamation angekündigt: „Pfälzer! Mit tiefem Kummer sieht sich Euer König gezwungen, die Gewalt der Waffen gegen eine Provinz aufzurufen, welche seinem Herzen stets teuer gewesen ist und dem Königshause in glücklichen Tagen unverkennbare Beweise ihrer Liebe und Anhänglichkeit gegeben hat. Der Lüge ist es für den Augenblick gelungen, durch Verdächtigungen und Aufstachelung eines politischen Fanatismus die Pfalz von Bayern loszureissen, und einer hochverräterischen Gewalt die Herrschaft in die Hände zu legen. Das Unglück, welches mit dieser gesetzlosen Herrschaft über Euer schönes Land hereingebrochen ist, bildet einen beklagenswerten Gegensatz zu den Segnungen der gesetzlichen Regierung, unter welcher das Glück und der Wohlstand des Volkes sich immer lebendiger entwickelt hatten. Ihr müsst erkennen, dass Ihr das Opfer einer strafwürdigen Täuschung geworden seid, indem Eure Empfänglichkeit für politische Ideen zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet wurde. Ich weiss, dass die grosse Zahl der Gutgesinnten mit Sehnsucht den Tag der wiederkehrenden Ordnung erwartet. Er ist Euch nahe! Die angeordnete Vermehrung des Heeres hat jetzt die Möglichkeit herbei-

geführt, ein Armeekorps abzusenden, dessen unerschütterliche Treue und Tapferkeit den Gelüsten des Widerstandes jede Hoffnung abschneiden und dadurch die Schrecken des Bürgerkrieges verhindern wird. Pfälzer! an Euch ist es, zu diesem Ziele mitzuwirken; Ich erwarte, dass Ihr dem Rufe Eures Königs folgen, dass Ihr die Bahn der Gesetzlosigkeit und des Treubruches verlassen, dass Ihr beitragen werdet, die Grundpfeiler der staatlichen Ordnung wieder zu befestigen. Verstosst aus Eurer Mitte jene Fremdlinge, welche Eure Wohlfahrt ihren eigennützigen Absichten aufopfern. Wendet Euch ab von den Verleumdern, welche Euch vorspiegeln möchten, dass Ich die meinem Volke gegebenen feierlichen Zusagen nicht erfüllen, dass Ich der freien Entwickelung des Staatslebens entgegentreten könnte! Wenn Ich bei der Neugestaltung des grossen deutschen Gemeinwesens nicht allen zu momentaner Herrschaft gelangten Ansichten folgte, so geschah es, weil Meine Regentenpflichten Mir nicht gestatteten, das Wohl des Landes den Eingebungen der politischen Leidenschaften zu opfern. Glaubt Mir, dass Ich, von innigster Liebe für das gesamte deutsche Vaterland durchdrungen, Meine heiligste Aufgabe darin finde, auf dauerhafte Weise die Wohlfahrt, Einigkeit und Grösse Deutschlands und das Glück der Meiner Leitung anvertrauten Volksstämme zu begründen. Pfälzer! Vertrauet den Worten Eures Königs! Er sieht in Euch, mit Ausnahme weniger Verführer, keine Feinde, sondern Verirrte. Die Feinde mögen der verdienten Strafe verfallen, den Verirrten wird Er zu verzeihen wissen. München, 10. Juni. Max. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner, Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Lüder. v. Zwehl."

Das bayerische Korps unter dem Befehle des Generalleutnants Fürsten von Thurn und Taxis traf am 16. Juni in Oppenheim am Rhein ein. Es erging von hier folgende Proklamation an die Bewohner der Pfalz: „Pfälzer! Ich komme nicht als Fremder in euer schönes Land. Fragt eure Söhne, eure Brüder, sie haben in vergangenem Jahre mit Vertrauen auf meine Stimme gehört, sie hat sie den Weg des Rechts und der Ehre geführt. Dieselbe Stimme fordert auch jetzt alle die Irregeleiteten auf, zu ihrer Pflicht zurückzukehren. Insbesondere stelle ich den Militärpersonen, welche eidesbrüchig ihre Fahnen verlassen haben, eine Frist bis zum 5. Juli dieses Jahres, binnen welcher sie sich unter meinen Befehl zu stellen haben, widrigenfalls sie kriegsrechtlich behandelt werden. Alle Gemeinden des pfälzischen Kreises werden hiermit in Kriegszustand erklärt und müssen die deshalb bestehenden Bestimmungen, namentlich die Art. 52, 91 und folgende des kaiserlichen Dekretes vom 24. Dezember 1811 zur Anwendung kommen. Oppenheim, 16. Juni 1849. Der

Oberbefehlshaber des kgl. bayerischen westfränkischen Armeekorps, Fürst von Thurn und Taxis, Generalleutnant."

Die erste bayerische Kolonne erreichte am 17. Juni Worms. General Fürst Taxis zeigte dies dem Oberst v. Brandenstein in folgendem Schreiben an: „Hauptquartier Worms, 17. Juni 1849. Der königlich bayerische General Fürst Thurn und Taxis an den königlichen preussischen Herrn Obersten von Brandenstein in Frankenthal. Ich habe die Ehre Ew. Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen, dass ich mit der ersten Kolonne meiner Truppen heute hier eingerückt bin uud sie erst morgen en ordre de bataille an der pfälzischen Grenze aufstellen kann, indem ich in einem dreizehntägigen ununterbrochenen Marsche die Flussübergänge bei Würzburg, Aschaffenburg und Oppenheim zu überwinden hatte. Ich gedenke am 19. in drei Kolonnen bis Frankenthal vorzugehen; das Hauptkorps auf der grossen Strasse, bestehend aus 4 Bataillonen Infanterie à 1000 Mann, 7 Eskadrons Kavallerie à 150 Pferde, eine zwölfpfündige Batterie, eine reitende Batterie, und 2 Haubitzen und eine Brückenequipage mit Pontons; die rechte Seitenkolonne aus 3 Bataillonen, 4 Sechspfündern und einer Eskadron marschiert über Pfeddersheim, Grossniedesheim, Hessheim, Lambsheim; die linke Flügelkolonne aus einem Bataillon, einer Eskadron und 2 Sechspfündern marschiert über Roxheim, Mörsch, Edigheim, Oppau, Friesenheim. Aus dieser Einteilung werden Ew. Hochwohlgeboren ersehen, welche Landesstrecke mir zu einem gedrängten Kantonnement nötig ist. Es ist sehr erwünscht, wenn die königlich preussischen Truppen die Quartiere erst am Morgen unseres Eintreffens räumen, und das zwar umsomehr, als der königliche preussische Herr Premierleutnant Gollwitz mit einem Transport von Trainpferden unter diesseitiger Bedeckung morgen früh 6 Uhr hier abmarschiert und auf weitere Eskorte von Frankenthal rechnet. Schliesslich habe ich noch die Ehre, Ew. Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen, dass ich Sr. kgl. Hoheit dem Prinzen von Preussen über den Marsch meiner Kolonne Anzeige erstattet habe und bitte, die beifolgende Depesche an Se. kgl. Hoheit gelangen zu lassen und zwar per Estafette. Ew. Hochwohlgeboren etc. gez. Fürst von Thurn und Taxis."

Am 18. Juni hatte das westfränkische Korps, das etwa 9500 Mann stark war, die pfälzische Grenze vollständig überschritten, die Vorhut stand in Frankenthal. Von hier aus schickte der Kommandierende 1 Jägerbataillon, 2 Eskadrons und die zwölfpfündige Batterie nach Ludwigshafen zur Ablösung der dortigen preussischen Abteilung. Er zeigte dies dem Oberst Brandenstein durch folgendes Schreiben mit: „Hauptquartier Worms, 18. Juni. Das Kommando des königlich

bayerischen westfränkischen Armeekorps an den Herrn Obersten v. Brandenstein, kgl. preussischen Detachements-Kommandeur in Oggersheim. Auf die gefällige Zuschrift vom 18. aus Oggersheim, welche mir soeben zugekommen ist, beehre ich mich zu erwidern, dass ich am 19. gegen Mittag mit einem Jägerbataillon, 2 Eskadrons Kavallerie und einer zwölfpfündigen Batterie vor Ludwigshafen einzutreffen gedenke, um den Angriff des Herrn Generalleutnant v. Peucker, auf dem rechten Rheinufer gegen Mannheim zu unterstützen. Ich habe soeben einen Generalstabsoffizier an den Herrn Generalleutnant v. Peucker abgesandt, um denselben von meinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen und zugleich bestimmter zu erfahren, um welche Stunde sein Angriff erfolgen werde. Indem ich Sie hievon in Kenntnis setze, bitte ich Sie zugleich, Se. kgl. Hoheit dem Prinzen von Preussen geeignete Mitteilungen erstatten zu wollen. gez. Fürst von Thurn und Taxis.“ Am selben Tage lösten die Bayern die Preussen in Ludwigshafen ab; zu dem oben gemeldeten gemeinsamen Angriffe kam es aber nicht. Am 21. Juni rückte Fürst Taxis mit seinem Stabe, dem 12. Regimente Infanterie, dem 6. Regimente Chevauxlegers nebst Artillerie in Speyer ein, von wo allmählich die bayerischen Truppen über den ganzen Kreis verteilt wurden. Diejenigen Orte, welche sich stärker beim Aufstande beteiligt hatten, erhielten stärkere und anhaltendere Einquartierung, selbst bei einzelnen beteiligten Familien konnte man dies Verfahren beobachten. Einige Tage vor dem Einrücken der Bayern hatte Kolb seine Stelle als Bürgermeister von Speyer niedergelegt. Am 22. Juni wurde die Speyerer Zeitung verboten, die Druckerei Kolbs geschlossen, und am folgenden Tage er selbst verhaftet. Die Bestätigung Kolbs als Bürgermeister von Speyer, war ein Hauptgrund der Verabschiedung des Regierungspräsidenten Alwens. Am 22. Juni erklärte Fürst Taxis die provisorische Regierung und ihre Akte für nichtig und wirkungslos. Die gesetzlichen Obrigkeiten wurden wieder eingesetzt, die erzwungenen Eidesleistungen als ungültig bezeichnet und die Gerichte aufgefordert, gegen die Urheber und Teilnehmer der Erhebung und gegen die dabei begangenen Vergehen und Verbrechen einzuschreiten. Der Kriegszustand ward verhängt und die Ablieferung sämtlicher Waffen verfügt. Gegen alle Beamten und Bediensteten, besonders gegen die am Aufstande stark beteiligten Schullehrer — Verfügung der Regierung vom 30. Juni — wurde Untersuchung eingeleitet. Eine Aufforderung erging an alle fahnenflüchtigen Soldaten, sowie an die mit nach Baden gegangenen Freischärler und gepressten Volkswehrmänner, zurückzukehren und die Gnade des Königs anzurufen. Die Gerichte begannen eine umfassende, angestrengte Thätig-

keit. Nach Schluss der Untersuchung wurden die am wenigsten Beteiligten amnestiert, andere von den Bezirksgerichten abgeurteilt, dagegen 291 der Hauptbeteiligten, von denen sich Viele geflüchtet hatten, an die Schwurgerichte, und die 42 Teilnehmer an dem Steinfelder Zuge vor ein Spezialgericht verwiesen. Es wurde eine Anzahl von Todesurteilen, meist gegen Abwesende gefällt, aber keines vollzogen; manche traf langjährige Gefängnisstrafe. Die schuldigen Soldaten erhielten ihre Strafe von den Militärgerichten. Der junge Artillerieleutnant Graf Fugger wurde am 11. März 1850 im Wallgraben zu Landau erschossen, dem Junker Flach, der gleiches Schicksal erleiden sollte, gelang es durch fremde Mithilfe, in der Nacht vor der anberaumten Urteilsvollstreckung aus dem Gefängnis zu Landau zu entkommen. Viele Beamte wurden entlassen oder quiesziert. Jammer, Sorgen und Not kehrten in vielen pfälzischen Häusern ein.

Nach dem Einzuge der bayerischen Truppen in Speyer kam auch der Regierungspräsident Alwens wieder von Germersheim zurück, wurde aber schon am 30. Juni in den Ruhestand versetzt. An seine Stelle trat am 5. Juli der oberbayerische Regierungspräsident v. Zenetti, welcher im folgenden Jahre dem eigentlichen Reaktionspräsidenten Gustav v. Hohe Platz machte. Dieser erliess unterm 27. Juni 1850 folgende Bekanntmachung: „Die unter dem gestrigen von Seiner Durchlaucht dem Kommandierenden des kgl. bayerischen Armeekorps in der Pfalz, Generalleutnant Herrn Karl Theodor Fürst von Thurn und Taxis erlassene Bekanntmachung hat den unterfertigten kgl. Regierungspräsidenten mit hoher Freude erfüllt, einerseits darum, weil sie den beiden Königlichen Kreisstellen und den äusseren Behörden die Gelegenheit gibt zu bethätigen, dass sie die Kraft und den Willen haben, durch eifriges, pflichttreues Zusammenwirken auch ohne Ausnahmezustand den Gesetzen des Landes Achtung und Beachtung zu sichern, andererseits darum, weil sie eine ausreichende Militärmacht in Aussicht stellt, den Gutgesinnten zum Schutz, den Schlechtgesinnten zum Trutz. Hohe, heilige Achtung vor den Gesetzen des Landes muss fortan von jedem gefordert werden, insbesondere aber von den Beamten und Bediensteten aller Kategorien, Treue, Anhänglichkeit an Thron und Verfassung, Fernhalten von jeder pflichtwidrigen Opposition gegen die Anordnungen der Staatsregierung, aufrichtige, volle, unermüdliche, eifrige Hingebung an den anvertrauten Dienst, unerschütterliches Festhalten an der beschworenen Pflicht. Pflicht der Verwaltungsbehörden ist es insbesondere, in guter Sitte und Gesinnung mit gutem Beispiel den Verwalteten ihres Bezirkes voranzuleuchten, durch ihr Benehmen

keinen Anlass zu begründetem Tadel zu geben, redlich bestrebt zu sein, die Wünsche und Bedürfnisse der Verwalteten ihres Bezirkes kennen zu lernen, wohlwollend und rasch zu helfen, wo Hilfe gesetzlich möglich ist, jedem williges Gehör zu geben, keinen Zeitaufwand zu scheuen, nicht zu vergessen, dass oft von einer Stunde, um welche eine Entschliessung beschleunigt wird, die Beruhigung und das Wohl einer ganzen Familie abhängig ist, nie etwas versprechen, nie etwas anzuordnen, nie etwas anzudrohen, was sie nicht zur That bringen können; wo Hilfe gesetzlich nicht möglich ist, offen, redlich und erschöpfend zu belehren, wohl bemessen zu sein in den Ausdrücken, nie den Anstand zu verletzen, keine Linie vom Boden des Gesetzes abzuweichen, und jede Verfügung durch Bezeichnung des Gesetzes und der bezüglichen Verordnungen zu motivieren, da aber, wo falsche Gelüste auftauchen, mit Kraft, Mut und Nachdruck entgegen zu treten, denn dazu sind die Gesetze gegeben, dass sie gehandhabt werden, und wer glaubt, er könne beruhigen, wenn er falschen Gelüsten nachgibt, der irrt, er wird zu verderblichen Konsequenzen verdrängt. Der § 6 Titel IX der Verfassungsurkunde, der Art. 232 des Gesetzes vom 28. Germinal VI und der Art. 25 des Gesetzbuches über den Kriminalprozess geben im Hinblick auf Tit. II § 2 Art. 9 des Gesetzes vom 28. Pluviose VIII den kgl. Landkommissären und resp. den Polizeibehörden ausreichende Mittel, allenfallsigen Widersetzlichkeiten und Störungen der öffentlichen Ordnung zu begegnen, ohne dass es eines Ausnahmezustandes bedarf. Der unterzeichnete kgl. Regierungspräsident macht an Niemand höhere Anforderungen, als an sich selbst: wer aber mit ihm nicht zusammenwirken, seine beschworene Pflicht in voller treuer Hingabe nicht erfüllen kann oder nicht erfüllen will, der scheide bei Zeiten aus. Speyer, den 22. Juni 1850. Gustav v. Hohe, kgl. Regierungspräsident der Pfalz.“ —

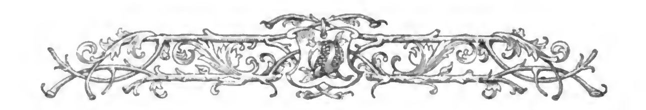
Das Aktenstück, auf welches der kgl. Regierungspräsident sich bezieht, enthält die Aufhebung des Kriegszustandes in der Pfalz und lautet also: „Bekanntmachung. Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Kriegszustand in der Pfalz durch allerhöchste Verfügung vom 19. d. M. aufzuheben — hingegen die Städte Zweibrücken, Pirmasens, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden mit Obermoschel, Neustadt und Speyer mit Ludwigshafen als Kriegsplätze zu erklären. Der kommandierende General der königlichen Truppen in der Pfalz ist ermächtigt, auf Grund der bestehenden Gesetze die genannten Kriegsplätze nach Umständen und nach vorausgegangenem Benehmen mit dem kgl. Herrn Regierungspräsidenten in den Kriegs- und Belagerungszustand zu erklären. Indem

ich dieses zur allgemeinen Kenntnis bringe, gebe ich mich der Hoffnung hin, die Pfalz werde für die Zukunft denselben Frieden, dieselbe Ordnung und gesetzliche Freiheit geniessen, wie unter dem Kriegszustande, der unmittelbar nach einer stürmischen Zeit ihr augenblicklich und ohne durch alle die Prüfungen durchzugehen, die andere Länder zu überstehen hatten, welche sich in ähnlichem Verhältnis befanden, den vollen Gebrauch ihrer Institutionen wieder einräumte. Die gesetzliche Freiheit für Alle, das sei in der Zukunft der Wahlspruch jedes rechtlichen Mannes. Diese Freiheit ist im Frühjahr des Jahres 1849 von den Leitern und Verführern des Volks auf die gewissenloseste Art verletzt worden. Sie haben durch offenkundige Lügen, durch Verdächtigung der Staatsregierung, durch Einschüchterung aller Gutgesinnten und offene Gewalt die Gemeinden und einzelne Personen an den Rand des Abgrundes gebracht, sie haben eine Menge von fremden Abenteurern in die Pfalz gerufen, um den Bürgerkrieg zu entflammen und Euch von einer väterlichen Regierung loszureissen, der die Pfalz Glück, Friede und Reichtum verdankt; sie haben Eure Söhne in das Unglück gestürzt und ohne die unerschöpfliche Gnade Seiner Majestät des Königs wäre die Trauer über das ganze Land verbreitet. Indem ich die mir allergnädigst anvertraute Vollmacht niederlege, sehe ich es als eine heilige Pflicht an, allen kgl. Zivil- und Militärbehörden, aller weltlichen und geistlichen Obrigkeit, allen städtischen und Gemeindebehörden meinen tiefgefühlten Dank für das Vertrauen und für die Bereitwilligkeit an den Tag zu legen, womit sie mein Bemühen unterstützten, insbesondere danke ich für das Vertrauen so vieler Personen, die mir hoffentlich auch in der Zukunft nicht fremd bleiben werden. Nun ein ernstes Wort zu Euch Verführer und Verführten aus dem Volke! Bereits im Jahre 1832 hat der Geist der Ungesetzlichkeit und Revolution die Pfalz durchzogen, seit dieser Zeit hat die kgl. Staatsregierung ohne Unterlass das materielle und geistige Wohl der Pfalz im Auge gehabt, sie hat im festen Vertrauen auf den Rechtssinn der Pfälzer alle Vorwürfe vergessen, die das revolutionäre Treiben jenes Jahres zur Folge haben konnte und hat das für eine Verirrung ansehen wollen, was Ungesetzlichkeit und Beginn des Hochverrats war. Dieses Wohlwollen, diese Schonung hat die Pfalz vergessen und bei der ersten Veranlassung die Fahne des Aufruhrs aufs neue aufgepflanzt, denselben Männern ihr Vertrauen geschenkt, die damals die Revolution predigten und die seit der Zeit nicht aufgehört haben, eine zweite vorzubereiten. So hat wie ein gewaltiger Strom die Pfalz überschwemmt, doch diesmal konnten die gesetzlichen Folgen nicht ausbleiben und werden die Vor-

kämpfer der Revolution, die dem Arme der Gerechtigkeit entgangen sind, nicht ihrem verruchten Treiben entsagen, so wird eine Zeit der gänzlichen Verwirrung und der Verarmung des schönen Landes mit allen Schrecken der Selbsthülfe hereinbrechen, die die Schärfe des Schwertes herausfordert, wozu das Vaterland Männer hat, denen die Ehre höher gilt als das Leben und die an der Spitze treuer Truppen, der Verführung unzugänglich, ausharren werden, bis der letzte Widerstand gebrochen ist. Gott schütze die Pfalz! — Hält sie aber nicht den Frieden und verbinden sich die wohlgesinnten Männer nicht fest in der Treue an König und Vaterland, so kann die wohlwollende Regierung sie einem traurigen Geschicke nicht entziehen. Speyer, 21. Juni 1850. Der Kommandierende des Armeekorps in der Pfalz. Karl Theodor, Fürst v. Thurn und Taxis, Generalleutnant." —

Ich lasse damit den Vorhang über den Aufstand der Pfalz vom Jahre 1849 fallen. Derselbe Mann, welcher damals der Pfalz Ruhe brachte, der Prinz von Preussen, jenesmal „Kartätschenprinz" gescholten, war von der Vorsehung erlesen, in Deutschland später Verhältnisse zu schaffen, welche die Wünsche und Hoffnungen der Deutschen, auch der meisten Pfälzer von 1849, vollständig erfüllt haben.





IV. Der Aufstand des Jahres 1849 in Baden.

Ich habe schon früher erwähnt, dass der Aufstand in Baden jedenfalls zu derselben Zeit wie in Sachsen und in der Pfalz ausgebrochen wäre, wenn man dort irgend einen plausibeln Grund dazu gehabt hätte. Nach einem solchen musste erst mit Mühe gesucht werden. Baden stellte eigentlich schon anfangs 1849 eine Republik mit einem Grossherzog an der Spitze dar. Der liberale Minister Bekk war der allerunterthänigste Vollstrecker des Volkswillens, wie er sich in einer frechen Presse, in radikalen Klubs, in unzurechnungsfähigen Volksversammlungen, in vordiktierten Adressen äusserte, er bemühte sich mit grossem Eifer, den dünnen Ast durchzusägen, auf dem er selbst mit samt dem Grossherzog sass. Baden war jetzt von gewissenlosen Agitatoren, zahllosen radikalen Vereinen und einer überall verbreiteten masslosen Presse gänzlich unterwühlt und reif zum Untergang. Der Anarchist Abt bezeugte nach dem Aufstande: „Die Freiheit war nach der Märzbewegung in Baden thatsächlich in einem Grade vorhanden, der die äusserste Möglichkeit bezeichnet, welche der Staat ertragen kann, ohne sein Wesen aufzugeben.“ Ueber den Ton der badischen Presse spricht er sich lobend also aus: „In Baden war die Presse teilweise wirklich revolutionär, namentlich in den vielen kleineren und wohlfeileren Blättern, revolutionär d. h. mit jenem Selbstbewusstsein des gegensätzlichen Standpunktes belebt, welcher allen Respekt vor den Heiligtümern der Gegenpartei abgelegt hat, ihre Autorität nicht mehr anerkennt, unverholen seine

Grundsätze ausspricht und deshalb jene Eigenschaft geltend macht, welche vom Gegner Frechheit genannt wird. Durch diese zucht- und gottlose aber höchst zweckmässige Frechheit unterschied sich die badische Presse sehr zu ihrem Vorteil von der loyalen, anständigen, honetten Haltung der württembergischen Journalistik, welche zwar das Prinzip ihrer Gegner bekämpfte, aber die Persönlichkeiten derselben stets mit Achtung behandelte, anstatt sie namentlich durch schonungslose, malitiöse, boshafte Berührung ihrer Blösen und Schwächen in den Kot herabzuziehen.“ Blum in seinem Buche „Die deutsche Revolution“ gibt einige charakteristische Proben dieser Pressfrechheit. Ein Heidelberger Blatt schrieb: Heidelberg, 18. Februar 1849. Freudige Nachricht. Endlich ist der Grossherzog Leopold (so hiess der damalige Grossherzog von Baden) auf und davon, ist fort, ist durchgebrannt, weil er befürchtete, von seinen allertreuesten Unterthanen, die ihn nicht länger mehr füttern wollten, noch hingerafft, ausgerottet, vertilgt zu werden. Es ist dies der Grossherzog Leopold von — Toskana!“ Ein anderes derartiges Presserzeugnis that im März desselben Jahres kund und zu wissen: „Wir sind solche Wühler, Umstürzer und Feinde der bestehenden Ordnung, dass wir ganz unverholen Euch ins Gesicht sagen: Ihr werdet gestürzt und vertrieben, sobald der rechte Augenblick gekommen. Dadurch wird die Revolution unter dem Volke populär, die bestehende Ordnung unterminiert, der moralische Haltpunkt der Regierung unter den Beinen weggezogen, sie kann sich nur auf die Bajonette stützen und diese werden sich im Laufe der Zeit gegen sie selbst kehren, wenn einmal die Soldaten gehörig aufgeklärt, d. h. daran gewöhnt sind, ihre eigenen Offiziere totzuschiessen, statt ihre Väter und Brüder.“

An dieser Aufklärung wurde denn auch mit allen Mitteln gearbeitet und sie gelang nur zu gut. Ein Flugblatt rief den Soldaten zu: „Schiesst die Hunde, eure Offiziere, tot und wählt euch selbst welche. Viele von euch haben mehr militärische Kenntnisse, als diese Lausbuben. Nur ein Narr wird noch diesen feigen Buben, seinen Offizieren, Gehorsam leisten. Euer Fahneneid, worin ihr Treue dem Grossherzog geschworen, zu welchem ihr gezwungen worden seid, ist null und nichtig, und nur ein Schafskopf wird ihn halten.“ Manche Verhältnisse in der badischen Armee begünstigten die Verführung. Das Frankfurter Parlament hatte die Verdoppelung der deutschen Armee beschlossen. Nun wurden viele Unteroffiziere zu Offizieren ernannt, was grossen Neid erregte und ihrer Autorität Eintrag that! Das Einstandswesen musste abgeschafft werden, und da die Einsteher keine Entschädigung erhielten, waren sie erbitterte Gegner der Regierung. Unter den Rekruten befanden sich viele, die

demokratischen Vereinen angehörten, oder gar mit Hecker ausgezogen waren, die sogenannten Heckerlinge, welche insgesamt schlechtes Material für die Armee abgaben. Auf die beurlaubten Soldaten machten die Volksvereine Jagd, um sie auf die demokratische Seite zu ziehen. Geradezu ein Unfug war es, dass das Militär Versammlungsfreiheit hatte, und dass bei solchen politischen Zusammenkünften Soldaten redend und hetzend auftraten. Nachdem im Heere alle Disziplin völlig untergraben war, stand der Revolution in Baden kein Hindernis mehr im Wege.

Das Ländchen mit seinen 280 Quadratmeilen zählte 400 eifrig wühlende Volksvereine mit 60000 Mitgliedern, die vortrefflich organisiert waren. An ihrer Spitze stand, nachdem Hecker ausgewandert und Struve eingesperrt war, der Mannheimer Advokat Lorenz Brentano, ein giftiger, intriganter und ehrgeiziger Mann, der gerne Minister geworden wäre und nur durch die Umstände in die Revolution mitgerissen wurde. Gegenüber dem zweiten Vorstande der Volksvereine, dem 22jährigen Zollamtsschreiber Amand Goegg, einem rabiaten Republikaner, konnte er als gemässigt bezeichnet werden. Schon Ende 1848 hatte er versucht, durch einen Petitionssturm die Auflösung der Kammer und den Sturz des Ministeriums Bekk zu erzwingen, was aber vollständig misslang. Grossen Erfolg hatte er, als er im April 1849 Struve und Blind vor dem Schwurgericht in Freiburg wegen Aufruhrs verteidigte. Man schüchterte die Geschworenen auf alle Weise ein, in der Gerichtssitzung ging es zu wie in einer demokratischen Volksversammlung. Die Geschworenen fällten denn auch ein überaus seltsames und merkwürdiges Urteil. Sie verneinten die Teilnahme Struves am Aufstande Heckers, welche Struve selbst offen zugestanden hatte, sie stellten in Abrede, dass bei Staufen ein Gefecht stattgefunden habe, was geschichtliche Thatsache ist, sie sprachen Struve des Hochverrats schuldig „ohne Vorbedacht mit mildernden Umständen“, so dass er und Blind mit fünf Jahren Zuchthaus wegkamen. Der Advokat v. Rotteck that später den klassischen Ausspruch: „Die Geschworenen haben aus höherem Rechtsgefühl die Unwahrheit gesagt.“ Dergleichen Verhandlungen und Urteilssprüche müssen notwendig einen demoralisierenden Eindruck auf das Volk ausüben.

Die badische Regierung hatte sowohl die Grundrechte als auch die deutsche Reichsverfassung sofort und rückhaltlos anerkannt. Sie erklärte am 11. April in einer Note an die Bundesregierungen und am 28. April vor der Kammer: „Die Grossherzogliche Regierung hat die Reichsverfassung und Oberhauptswahl unbedingt anerkannt. Es wird nun Sache der Nationalversammlung und der Kontrolgewalt

sein, diejenigen Schritte zu thun, welche den Beitritt aller Staaten bezw. den Bundesstaat, wie er beschlossen ist, zu verwirklichen im Stande sind. Die Grossherzogliche Regierung ist bereit, hierzu mitzuwirken, wie sie im Interesse einer festen Reichsordnung und der Einheit und Macht Deutschlands wünscht, dass das Werk bald zu Stande komme . . . Baden ist, sobald der Bundesstaat zu Stande kommt, unbedingt dabei, ohne vorher die Erledigung der Verhandlungen mit allen anderen Staaten abzuwarten, welche die preussische Note vom 28. April anregte.“ Die Vereidigung der Beamten auf die Reichsverfassung wurde angeordnet, diejenige der Soldaten unterblieb einstweilen auf den Wunsch des Reichskriegsministers v. Peucker. Der badischen Regierung konnte sonach die revolutionäre Partei in dieser Hinsicht nichts anhaben, aber gegen den König von Preussen und die „Fürstenverschwörung“ konnte man die Reichsverfassnng doch ausspielen, welche das verbreitetste demokratische Blatt Badens „Der Volksführer“ einige Tage vorher eine „Missgeburt“ genannt hatte, „die keine Bohne wert sei.“ Der Volksverein beschloss deshalb, am 12. Mai einen Kongress von Abgeordneten der Volksvereine und am 13. eine Volksversammlung in Offenburg abzuhalten. Schon vorher wurde aber das Schicksal des Landes durch eine Soldatenmeuterei in Rastatt entschieden. Dort hatte der radikale Teil der Bürgerschaft seit längerer Zeit intime Beziehungen zu den Soldaten und Mitte April war noch die Frau Struves, ein schönes, verführerisches Weib, das von seinen Reizen ausgiebigen Gebrauch machte, zum Zwecke der Soldatenverführung eingetroffen. Sie wusste eine Anzahl Unteroffiziere für sich zu gewinnen, ja man redete sogar davon, wie Dekan Förderer erzählt, dass der Gouverneur, dessen Schwachheit für das schöne Geschlecht stadtkundig war, der reizenden Frau sehr gewogen sei. —

Am 7. Mai beschloss die Bürgerwehr in Karlsruhe die Reichsverfassung zu verteidigen und forderte sämtliche Bürgerwehren zu einer gleichen Erklärung auf, ebenso die Regierung, bei der Zentralgewalt die nötigen Schritte zum Schutze Rheinbayerns zu thun. Daraufhin fanden in Rastatt am 9. und 10. Soldatenversammlungen statt, bei welchen zwei Gefreite aufreizende Ansprachen hielten, worauf die Anwesenden beschlossen, nicht auf die Bürger zu schiessen und sich bei der Volksversammlung in Offenburg vertreten zu lassen. Da auch die Bürgerwehr mit fliegenden Fahnen erschien, fand ein Verbrüderungsfest zwischen Soldaten und Bürgern statt. — Am 11. Mai brach die Soldatenmeute los. Man befreite einen Soldaten, der wegen seiner am vorhergehenden Tage gehaltenen Brandrede verhaftet worden war, man forderte die sofortige Beeidigung auf die

Reichsverfassung, Offiziere wurden in schmählichster Weise insultiert, das Haus des Obersten Pierron verwüstet. Abends war die Festung mit samt ihrer Kasse von 120000 Gulden in den Händen der Meuterer. Am selben Tage hatte man noch den Gefangenen Struve aus seiner Kasematte nach Bruchsal überführt. Am 11. revoltierten auch die Soldaten in Lörrach und Freiburg, wobei die Offiziere ebenfalls misshandelt und verjagt wurden. Am 12. machten die zwei tüchtigsten und beliebtesten Offiziere der Armee, Kriegsminister General Hoffmann und Oberst Hinkeldey, die mit frischen Truppen von Karlsruhe ankamen, noch einen Versuch, über den Aufstand Herr zu werden. Er misslang aber vollständig, die Karlsruher Soldaten fraternisierten mit den Rastattern, es gelang dem Kriegsminister kaum, mit einigen Getreuen aus der Festung zu entrinnen. Diese war jetzt rettungslos verloren. In Bruchsal befreiten die Soldaten am 12. Mai die politischen Gefangenen, worunter Struve und Blind. Die einzige Garnison, welche vorläufig noch treu blieb, war die in Mannheim.

Der Kongress der Volksvereine in Offenburg fasste am 12. Mai den Beschluss, an die Regierung nachstehende Forderungen zu stellen: 1) Die Kammern sind alsbald aufzulösen, 2) das Ministerium Bekk hat sogleich zurückzutreten, 3) eine konstituierende Landesversammlung ist alsbald zu berufen, 4) die politischen Flüchtlinge sind alsbald zurückzuberufen, die politischen Militär- und Zivilgefangenen zu entlassen, alle politischen Prozesse niederzuschlagen. Im Falle der Zurückweisung obiger Forderungen macht der Landeskongress die Regierung für alle Folgen verantwortlich, welche sich aus der jetzigen gerechten Bewegung des Volkes unausbleiblich ergeben müssen.“ Als man am 13. Mai diese Forderungen den Ministern Bekk und Dusch vortrug, entgegneten diese, man werde dieselben alsbald den zuständigen Instanzen unterbreiten, was man in Offenburg als eine Ablehnung bezeichnete. Aber auch eine Annahme hätte der Volksversammlung, welche dort am 13. Mai stattfand, nicht mehr genügt. Es ging dabei tumultuarisch zu, die Köpfe waren erhitzt, das grosse Wort führten Hoff und Stay, zwei verdorbene Schullehrer, wie sie Häusser bezeichnet, die Rastatter Meuterer waren Gegenstand von Ovationen. Ein Parlamentsabgeordneter, der Radikale Raveaux meinte, er habe noch keine Versammlung mitgemacht, wo so sehr alle Besinnung und Ueberlegung abhanden gekommen sei, wie bei dieser. Dieselbe fasste folgende Beschlüsse: 1) Die Regierung muss die Reichsverfassung unbedingt anerkennen, durchführen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung unterstützen, namentlich in Rheinbayern. 2) Das gegen-

wärtige Ministerium ist zu entlassen, Brentano und Peter mit der Bildung einer neuen Verwaltung zu beauftragen. 3) Alsbaldige Auflösung der jetzigen Ständekammer und Einberufung einer konstituierenden Versammlung. 4) Einführung der Volksbewaffnung auf Staatskosten ohne allen Verzug. Alle ledigen Männer von 18—25 Jahren sind alsbald mobil zu machen, alle Behörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung des Volkes in dieser Beziehung anordnen, sind augenblicklich abzusetzen. 5) Zurückrufung aller politischen Flüchtlinge, Entlassung aller politischen Militär- und Zivilgefangenen, Niederschlagung aller solcher Prozesse. 6) Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. 7) Bei dem Heere freie Wahl der Offiziere. 8) Alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr. 9) Unentgeltliche Aufhebung aller Grundlasten. 10) Die Gemeinden müssen unbedingt selbständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens, als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden. 11) Es werden sämtliche von den sogenannten Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Januar d. J. gefassten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das sogenannte Wahlgesetz vom 10. v. M., welches einen förmlichen Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält. 12) Die Geschworenengerichte sind augenblicklich einzuführen und kein einziger Kriminalprozess darf mehr von Staatsrichtern entschieden werden. 13) Die alte Verwaltungsbureaukratie muss abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden und andere Körperschaften treten. 14) Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der grossen Kapitalisten. 15) Abschaffung des alten Steuerwesens, hiefür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle. 16) Errichtung eines grossen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. — Um diese Forderungen durchzusetzen, wählte die Versammlung durch Handaufheben einen Landesausschuss, in dessen Hand nun das Schicksal des Landes Baden gelegt ward. Er bestand aus folgenden Mitgliedern: Brentano, Fickler, Gögg, Peter, Werner, Rehmann, Stay, Willmann, Steinmetz, Wernwag, Richter, Degen, Ritter, Stark, die beiden letztern Soldaten der Rastatter Garnison. Derselbe begab sich noch an demselben Tage nach Rastatt, wo man nicht einmal alle Mitglieder in die Festung einliess. Auch Struve, Blind, Bornstedt, Eichfeld trafen an diesem Tage in Rastatt ein.

In Karlsruhe fühlte die Regierung wohl, dass der Boden unter

ihren Füssen ins Wanken kam. Sie liess durch Estafetten in Frankfurt, in Mainz, in Württemberg um schleunige Hülfe bitten, aber nirgends konnte man auch nur einen einzigen Mann entbehren. So brach denn auch in der Hauptstadt die unabwendbare Katastrophe herein. Die Bürgerwehr war zwar zuverlässig, das Militär dagegen grösstenteils demoralisiert. Am 13. Mai, am Tage der Offenburger Versammlung, fand auch eine Versammlung von Turnern und Arbeitern statt, an der sich Soldaten beteiligten, die dann anfingen, ihre Kasernen zu demolieren und ihre Offiziere zu insultieren. Namentlich auf den Obersten des Leibregiments v. Foltz und den Regimentsadjutanten von Göler hatten sie es dabei abgesehen. Unvorsichtiger Weise hatte man noch zwei Kompanien des Leibregiments aus Rastatt beigezogen, die betrunken mit Hochrufen auf Hecker in die Stadt rückten und das Unheil vollmachten. Abends kamen auch noch Freischärler von Offenburg, und nun versuchte ein Volkshaufe das Zeughaus zu plündern. Hier standen aber zwei Kompanien Bürgerwehr, etliche Dragoner und Pioniere, welche sich tapfer wehrten und den Ansturm siegreich abschlugen, wobei Dragonerrittmeister Laroche fiel. Die abgeschlagene Rotte bewegte sich nun unter Flintenschüssen gegen das Schloss, worauf der Grossherzog dasselbe und die Stadt in der Nacht verliess, begleitet von einer reitenden Batterie unter Hauptmann Grossmann, zwei Schwadronen Dragoner, 60 Infanteristen und 50 zersprengten Offizieren. — Da der Tumult und die Anarchie in der Stadt zunahmen, begaben sich einige Karlsruher Stadträte nach Rastatt, um dem Landesausschuss zu erklären, dass ihm die Stadt Karlsruhe nicht entgegentreten werde, wenn er dort seinen Sitz nehmen und die Ordnung aufrecht erhalten wolle. Dieser hatte am 14. Mai die Garnison von Rastatt die Reichsverfassung beschwören lassen, und zog dann abends unter grossem Getöse in Karlsruhe ein. Die Rastatter Soldaten hatten sich andere Offiziere gewählt, vielfach Unteroffiziere, deren Hauptstärke im Trinken bestand, denen sie auch nicht den geringsten Respekt erwiesen. Als einer dieser neuen Offiziere, der früher Barbier gewesen war, zum erstenmale mit den Epauletten in der Kaserne erschien, riefen die Soldaten höhnend: „Seht nur, jetzt hat er die Rasierschüsseln auf die Schultern geheftet.“ Der Grund der geringen Widerstandsfähigkeit der badischen Armee und der schmählichen Paniken, von denen ich berichten werde, lag in dem geringen Vertrauen, das die Soldaten zu ihren selbstgewählten Offizieren hatten. Am 14. trat auch die Garnison in Mannheim zu den Aufständischen über, denen jetzt das ganze Heer in einer Stärke von 12000 Mann zugefallen war. Aller-

dings begaben sich nun viele Soldaten, oft mit Sack und Pack in ihre Heimat, von wo sie oft mit Drohungen und Gewalt wieder herbeigeholt werden mussten.

Der flüchtige Grossherzog wollte sich mit der Bahn nach Germersheim begeben, verzichtete aber darauf, als er hörte, dass dieselbe von Freischärlern bewacht sei. Der Zug bewegte sich also in der Nacht durch den Haardtwald nach dem Rheine, wobei der Grossherzog auf einem Protzkasten sass. Unterwegs stiessen noch 8 Geschütze und 40 Dragoner zu dem fliehenden Fürsten. In Germersheim, wo man am 14. morgens ankam, wagte General v. Weishaupt nicht einmal, den Zug in die Festung einzulassen, wodurch er seinem Namen schadete, und der badischen Revolution, die dadurch 16 Kanonen gewann, grossen Nutzen stiftete. Eine Anzahl der Badenser kehrte, erbittert über diesen Empfang, sofort nach Karlsruhe zurück, der Grossherzog begab sich nach Lauterburg im Elsass und von dort nach Ehrenbreitstein. General von Hoffmann und Oberst von Hinkeldey suchten nun ihre kleine Schar dem Fürsten zu erhalten und zu einem Sammelpunkte für alle treugebliebenen Elemente des badischen Heeres zu gestalten. Sie kehrten deshalb mutig nach Baden zurück, zogen über Edingen nach Ladenburg, um die rechte Seite des Neckars zu gewinnen. Da sie die Eisenbahnbrücke bei Ladenburg wegen der Kreuzung der Schienen nicht passieren konnten, gingen sie nach Edingen zurück. Als die von



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Karsch.

Hessen verlangte Hülfe ausblieb, rückte der General am 16. auf Heidelberg, wo sich ihnen Militär und Bürgerwehr entgegenstellte. Ueberhaupt waren alle Bürgerwehren im Lande aufgeboten und es begann eine wahre Hetzjagd auf das kleine Häuflein. Dasselbe marschierte am 17. über Wiesloch nach Sinsheim, um sich in das Württembergische zu retten, wobei ein Teil unter Hinkeldey in das württembergische Dorf Fürfeld, der andere unter Hoffmann bis Bonfeld kam. Die Badenser drangen über die Grenze und zwangen die Truppen zur Ergebung, Hinkeldey wurde gefangen, Hoffmann entkam, Hauptmann Grossmann, der die Schmach dieses Tages nicht überleben wollte, erschoss sich. Der Pöbel verstümmelte in schändlicher Weise seine Leiche, ein Vorgang, welcher an ähnliche viehische Exzesse der ersten französischen Revolution erinnert. —

Ueber die Heldenthaten, welche bei dieser Jagd auf Hinkeldey die badischen Bürgerwehren verrichteten, meldet ein Gedicht in Mundart, das aus jener Zeit erhalten blieb, folgendes:

Die Borjerwehr.

Wär's nach unsre Köpp' heut' gange,
Hätte mer de Hinkeldey
Unn a sei Dragoner g'fange,
Unser Wille war dabei;
Un was wär dess for e Ehr
For die hiesig' Borjerwehr.

Wie ich hör die Trummel schlage
Lad ich glei deheem mei Flint.
Putz mei Knöpp un berscht mei Krage
Sah adjes zu Fraa un Kind;
Un mei Fraa die schticht noch schnell
In ihr G'sangbuch mit erer Spell. (Stecknadel.)

Unn sie heult mer in die Ohre:
„Mit unsrer Macht iss nix gethan
Mirr sinn gar bald verlore
Jetzt hascht es lieber Mann!"
Als wann uff unser Borjerwehr
Schun im G'sangbuch g'schtichelt wär.

„Mach der jo doch nor kee Sorje,
Sag ich, dass nor Eener fällt,
For die Hauptleut isch uf morje
Schunn e Mittagesse b'schtellt.
Meenscht denn, unser Borjerwehr
Ging do naus, wann's g'fährlich wär?" —

Der Landesausschuss erliess von Karlsruhe, 14. Mai, zwei Proklamationen folgenden Inhaltes: 1) Mitbürger! Die Regierung des

Landes ist entflohen, der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, zweifelnd an dem ferneren Vertrauen seiner Wähler, hat seine Entlassung genommen. Land und Stadt sind somit ohne die nötige Leitung. Der Gemeinderat wird bis zur neuen Wahl seine Dienstobliegenheiten erfüllen, der Landesausschuss hat in Betracht der Gefahr des Vaterlandes eine Exekutiv-Kommission niedergesetzt — bestehend aus den Bürgern Brentano, Peter, Eichfeld, Gögg — welche sogleich in Thätigkeit getreten ist. Wir fordern alle Behörden auf, den Anordnungen dieser Exekutiv-Kommission unweigerlich Folge zu leisten, indem es nur auf diesem Wege möglich ist, die Ordnung im Lande zu erhalten, Eigentum und Personen zu schützen. Mitbürger! Es gilt die Freiheit zu retten! Darum wird kein Freund des Vaterlandes unthätig bleiben. — 2) Mitbürger! Dreizehn Monate herben Kampfes, dreizehn Monate schwerer Opfer sind vorüber. In solcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, dass unser schönes Vaterland die Freiheit erringen und dass ein Bruderbund alle Deutschen umschlingen werde. Doch kaum ist die deutsche Verfassung endgültig von den Vertretern der Nation festgestellt, so tritt die Verschwörung der Könige, ihre landesverräterische Verbindung mit dem Zaren von Russland zur Knechtung des deutschen Volkes, welches im vorigen März seine Grossmut bethätigt hat, — es tritt die Kontre-Revolution keck und unverschleiert hervor. Nochmals soll die absolute Fürstenherrschaft gegründet, nochmals sollen die Ketten geschmiedet werden, die wir im März verflossenen Jahres zerrissen haben. Mitbürger! In einem solchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unsre und eure Brüder nicht zweifelhaft sein, dass ihre Pflicht sie auf die Seite des Volkes rief; sie haben es erkannt, dass sie Söhne des Vaterlandes für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutschen Lande und für die Grösse der Nation fechten sollen. Die Armee hat sich daher mit uns verbunden. Sie kämpft nicht gegen das Volk, sie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes. Diese Verbindung des Heeres mit dem Volke war offenbar kein Grund, dass der Grossherzog geflohen ist, wozu ihm verräterische Minister den Rat gegeben, die dann die Regierung verliessen, und die Geschäfte des Landes dem Ungefähr anheimstellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der grossen Landesversammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hiesiger Stadt, sind wir heute an der Spitze unserer braven Soldaten hier eingezogen. Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines volkstümlichen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigentums zu wahren. Wir werden alles aufbieten, um

die Regierungsmaschine im Gange zu erhalten, wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das nötige verfügt hat. Mitbürger! Unsere Aufgabe ist eine schwierige; aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, sie zu lösen. Unterstützt uns überall in unserm Beginnen und wir zweifeln nicht, dass die Freiheit zum Siege gelangen wird.“

Die badische revolutionäre Regierung war weit besser daran wie die pfälzische, sie hatte alles, was jener fehlte, eine Armee, eine Festung, Kanonen, Gewehre, Geld. Mit allen diesen Mitteln hätten tüchtige, energische Männer unter den damaligen Zeitverhältnissen etwas ausrichten können, aber solche Männer waren nicht vorhanden. Einbildung, Ehrgeiz und Redegabe machen noch lange keinen Diktator und auch keinen Feldherrn. Bald stellte es sich heraus, dass in der Regierung kein einziger Mann war, der rasch und richtig zu handeln wusste. Es war nicht einmal einer da, der in revolutionärer Begeisterung die Massen mit sich zu reissen verstand. Im Innern zeigten sich die meisten Beamten renitent, man wagte sie nicht abzusetzen. Das Volk in seiner grossen Mehrzahl wollte von einer bewaffneten Revolution nichts wissen, es verhielt sich anfangs gleichgültig und als man zu Zwangsmassregeln griff, widerwillig und widerspenstig. Die neuen Beamten bewiesen eine unglaubliche Unfähigkeit und Unwissenheit, der Anarchist Abt bezeugt wahrheitsgemäss: „An die Stelle des grossherzoglichen Beamtentums trat eine Büreaukratie der Revolution oder vielmehr eine Kommissärswirtschaft, gegen welche die ehemalige Verwaltung demokratisch zu nennen war.“ Ein Postpraktikant erhielt die Leitung des badischen Postwesens, ein junger Rechtskandidat namens Mördes wurde gar Minister des Innern. Er fasste seine Aufgabe humoristisch auf; er versetzte alle Beamten seines Ressorts derart im Lande, dass, wenn der wahre Minister zurückkäme, er keinen einzigen derselben wieder zu finden wisse. Die in den Kassen vorrätigen Gelder wurden wahrhaft verschleudert; eine Menge von Abenteurern hatte sich eingestellt, die sich die Hände gehörig füllen liessen. Brentano schrieb später: „Wenn diejenigen einmal Rechenschaft ablegen sollten, welche die Staatsgelder vergeudet haben und die meine Feinde geworden, weil ich nicht immer einwilligte, dann, badisches Volk, werden Dir die Augen übergehen.“ Der Landesausschuss fand sofort im engeren Lager eine grimmige Gegnerschaft unter den entschiedenen Revolutionären, an deren Spitze Struve stand. Zu ihm gesellten sich Heinzen. Tschirner, Becker, Böning, Dortu, Tiedemann und Liebknecht, damals noch Student. Es kam sogar zur

offenen Auflehnung. Allein die Karlsruher Bürgerwehr verhaftete die Rädelsführer Struve, Becker und Böning, worauf man Karlsruhe von dem Gesindel säuberte und Struve sich nach der Pfalz flüchtete. Der Landesausschuss hatte alsbald die Kammer aufgelöst und eine konstituierende Versammlung einberufen, die am 10. Juni zusammentrat. Eine starke Stütze gewann er an derselben nicht, Brentano stellte ihr das Zeugnis aus: „Es war eine Versammlung, deren Mehrheit aus ganz unfähigen, gewöhnlichen Schreiern bestand, die das kläglichste Bild einer Volksvertretung bot, die jemals getagt und die ihren gänzlichen Mangel an Einsicht und Kenntnissen hinter sogenannten revolutionären Anträgen verbergen wollte, die, heute zum Beschluss erhoben, morgen wieder umgestossen werden mussten.“ Von ihren Beschlüssen sei erwähnt, dass sie am 13. Juni Brentano, Gögg und Werner zu Diktatoren ernannten und am 15. in ganz Baden den Kriegszustand und das Standrecht verkündigen liessen. Das war die dem Lande versprochene Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. — Das Briefgeheimnis wurde nicht mehr geachtet, die oppositionelle Presse geknebelt, Haussuchungen und Arretierungen missliebiger Männer fanden ohne Recht und Gesetz statt, der Volkswitz taufte das Heidelberger Gefängnis „Pfarrhaus“ wegen der vielen Geistlichen, die darin eingesperrt wurden. Fenner v. Fenneberg urteilt in seiner Schrift Seite 128 ff. vom radikalen Standpunkte über die badischen Regierungsmänner also: „Brentano, Advokat, hatte seine Popularität seinen Reden in der Kammer und dem Parlamente, den Verfolgungen, denen er in der grossherzoglichen Regierung ausgesetzt war, und endlich seinen Verteidigungsreden für Fickler und Genossen zu verdanken. Eine revolutionäre That hatte Herr Brentano bis zum Mai 1849 noch nicht begangen, wohl aber in der Kammer für die Verhaftung Heckers gestimmt. Herr Brentano ist ein politisch durchwegs beschränkter Kopf, wie es bei allen bornierten Naturen der Fall, von masslosem Selbstdünkel und Ehrgeiz erfüllt. Als er sah, dass die wirklich revolutionären Charaktere sich verbanden, um die Revolution in die Hand zu nehmen, nahm er seine Zuflucht zu den konservativen und reaktionären Elementen, die ihm allein noch seinen Posten erhalten konnten. Er beantragte und stimmte im Landesausschusse für Unterhandlungen mit dem entflohenen Grossherzoge; er begnügte sich nicht damit, die den Eid verweigernden badischen Offiziere gegen ihr Ehrenwort, nicht gegen Baden zu kämpfen, zu entlassen, sondern er rief die entflohenen Offiziere wieder zurück. Er beliess die reaktionären Beamten an ihren Stellen, damit sie desto bequemer gegen die Revolution wirken konnten und verfolgte alle jene, welche als Zivilkommissäre oder in sonst einer amtlichen Eigen-

schaft gegen die Reaktion in entschiedener Weise auftraten und nicht blos Revolution spielen wollten. Er entsetzte Siegel seines Oberkommandos über die gesamten Truppen, weil Siegel bei Oberlaudenbach an der hessischen Grenze Ernst gemacht hatte, und versuchte, einen gänzlich unfähigen, pensionierten Offizier an seine Stelle zu setzen. Brentano schloss den „Klub des entschiedenen Fortschrittes" und trat gegen dessen Mitglieder mit den Kanonen und Musketen der reaktionären Karlsruher Bürgerwehr auf, und dass er sie nicht den Mordgelüsten der Reaktion preisgab, geschah einzig und allein aus Mangel an persönlichem Mute. Herr Doll half ihm bei dieser Gelegenheit treulich als dessen âme perdue. Brentano unterhandelte in Paris, damit Hecker, wenn er in Havre ankäme, durch irgend ein Missverständnis verhaftet und zurückgehalten würde. Brentano hatte nicht einmal den Mut, bis ans Ende auszuharren und entfloh als Feigling, um seine Rolle würdig zu beschliessen. Aber dies war noch nicht genug, er beschimpfte von seinem Asyl aus seine politischen Gegner und bezichtigte sie der Habsucht und des Diebstahls, der Herr Brentano, der gleich zu Anfang der Revolution seine Habseligkeiten zu Geld gemacht und 60,000 Franks in Strassburg deponiert hatte! — Herrn Florian Mördes, Minister des Innern, hat der Verfasser dieser Blätter im Jahre 1845 als einen Studiosus in Heidelberg gekannt, der gegen Honorar für die Mannheimer Abendzeitung radikale Artikel schrieb, ein Glas vom Besten liebte, viel von seinen angeblichen oder wirklichen Paukereien sprach und seine Lunge und Sprachwerkzeuge wenig zu schonen pflegte. Er erschien dem Verfasser damals als ein lustiger Bruder Studio, nicht ohne Geist, der zuweilen ein Glas über den Durst zu trinken pflegte und dann zu Händeln nicht ungeneigt war, die er in angeborener Herzensgüte den Morgen darauf wieder vergass, oder sich deren gar nicht mehr erinnern konnte. Herr Florian Mördes auf der Ministerbank mochte vielleicht selbst nicht wenig erstaunt sein, als er sich auf einmal im Besitz eines Portefeuilles sah. Gethan hat er während der Revolution eigentlich gar nichts, als Beamten versetzt. Er nannte dies, den Staat so untereinander bringen, dass sich der Grossherzog (nach einer beglaubigteren Version der „Minister des Innern", Der Verf.) wenn er wiederkäme, nie wieder zurechtfinden könne. An staatswissenschaftlichen Kenntnissen oder sonstigem Wissen, das ihn zu einem, wenn auch nur untergeordneten Platze in der Staatsmaschine befähigt hatte, besass er nichts, nicht einmal das Repräsentationstalent. Friede seinem Andenken. — Herr Doll, Exhandlungsreisender, präsentierte sich mir in der Pfalz, wo er als Appendix beim Blenkerschen Stabe war. Ich wusste ihn nicht zu verwenden, denn

ein kurzes Gespräch, das ich mit ihm über die Befestigung von Ludwigshafen hatte, zeigte mir, dass er nicht einen Gran militärischen Wissens, ja nicht einmal militärischen Instinkt besass. Herr Doll, der in der Pfalz keine Anstellung fand, wusste sich zu helfen, und wandte sich an Brentano, dessen Freund er war. Herr Brentano machte ihn zum Oberkommandanten der badischen Volkswehren und gebrauchte ihn, vielleicht ohne dass es Doll wusste, als Spion gegen Becker von Biel, dem Brentano als einem wahren Revolutionär nicht traute. In den Junitagen nahm Herr Doll Partei gegen den Klub des entschiedenen Fortschritts. Wie dieses Triumvirat verfuhren alle übrigen Anhänger und Genossen Brentanos, an ihre Kreaturen Geld und Aemter mit vollen Händen ausstreuend. Wie Herr Brentano trotz seiner Rechtfertigung doch an Abenteurer der gemeinsten Sorte Staatsbedienungen verteilte, beweist uns die Anstellung eines gewissen Dümmler, der früher in Bern wegen Betrügereien 3 Jahre im Zuchthaus gesessen und in Karlsruhe als Kassebeamter eine Stelle gefunden hatte."

Es ist für alle Revolutionen charakteristisch, wie sich die Anstifter derselben, wenn sie dazu Zeit behalten, gegenseitig auffressen. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie Robespierre mit seinen Kollegen verfuhr. Bleibt ihnen die nötige Zeit zur gegenseitigen Exekution nicht, so wird dieselbe wenigstens nachderhand mit der Feder vollzogen, wie wir dies in Baden und der Pfalz gesehen haben. Ergötzlich sind in dieser Hinsicht zwei Briefe, welche Oberst Sigel gleichzeitig erhielt. Der erste lautet: „An den Obersten Sigel in Heidelberg! Lieber Oberst: Dringend bitte ich Dich, Du wollest doch in der ersten Linie solche zwar sehr achtenswerte aber konfuse Leute wie Kamerad Mögling ist, nicht ohne alle Hülfe sein lassen, denn er bringt ja alles durcheinander. Die einfachsten militärischen Dienstverhältnisse begreift er nicht; stelle ihm, wenn er aus anderen Gründen durchaus an dieser Stelle sein muss, einen erfahrenen, tüchtigen Offizier zur Seite. Es grüsst mit Gruss und Handschlag Dein G. N. Tiedemann." Der zweite hat folgenden Inhalt: „An den Bürger Sigel, Oberst in Heidelberg! Lieber Sigel! Ich bitte Dich, berufe doch den Narren, den Tiedemann, von hier weg, denn wenn er in der Garnison auch sehr zur Belustigung dient, so ist er doch ein gemeinschädliches Geschöpf, wenn es zum Treffen kommt. Verdirbt er uns noch einmal den Dienst, so lasse ich ihn aus Versehen niederschiessen. Mit Geschäften bin ich so überladen, dass ich mich kaum rühren kann, deshalb melde ich Dir nicht viel mehr, als dass wir heute Nacht wieder einmal vergeblich allarmiert wurden. Bestens grüsst Dich, wie alle Freunde Dein Theodor Mögling. Neckarhausen, 20. Juni 1849."

Bei der Armee zeigte sich, was man auch sonst beobachtete, dass mit demoralisierten, treubrüchigen Soldaten nicht viel anzufangen ist. Viele gingen nach dem Zusammenbruch nach Hause und mussten oft mit Gewalt wieder geholt werden. Vor ihren selbst gewählten Offizieren hatten sie keinen Respekt, die Mannszucht liess alles zu wünschen übrig. Nur die Artillerie schlug sich gut, die Dragoner, die bei jeder Gelegenheit davonrannten, stifteten nur Unheil. Viele Soldaten bereuten ihren Abfall, andere schämten sich in Gesellschaft von Freischärlern, von fremden Abenteurern, von Gesindel zu kämpfen. Zuerst fehlte es an einem tüchtigen General, und als einer kam, genoss er kein Vertrauen. Eichfeld war ein ganz unfähiger Offizier. Sigel, ein tüchtiger, energischer Subalternoffizier, bewies im badischen Kampfe durchaus kein Feldherrntalent, und Mieroslawski mit seinen Polen, der ein brauchbarer General war, wurde von den Soldaten als Fremdling mit Misstrauen betrachtet.*) Sowohl er, wie Sigel und Sznayde wurden im Laufe des Feldzuges von den eigenen Soldaten bedroht, verhaftet, ja insultiert. Der grösste Fehler, den Sigel machte, war, wie früher erwähnt wurde, die Preisgebung der Pfalz. Als die Preussen bei Germersheim unbehindert über den Rhein gingen, war der Feldzug für die Badenser verloren. Sie mussten den Pfälzern Waffen liefern, sie mussten mit allen Kräften Landau wegnehmen, das sich mit seinen 800 Mann Besatzung unmöglich lange hätte halten können. Statt dessen wurde die Pfalz, wie Bamberger treffend sagt, „behandelt wie eine arme Verwandte von einem reichen Parvenu, lumpige Protektion mit saurer Miene gespendet.“ Es kam bald so weit, dass



Sigel.

*) Vergleiche: Berichte des Generals Mieroslawski über den Feldzug in Baden. Bern. A. Jenni Sohn, 1849.

Sznayde befahl, den Anordnungen des badischen Kriegsministeriums keine Folge mehr zu leisten. Auch mit Hessen und Württemberg wusste man es rasch zu verderben. Raveaux hatte der badischen Regierung geraten, vor allem nach Frankfurt vorzustossen und von dort aus Südwestdeutschland zu revolutionieren. Der badische Oberbefehlshaber und Kriegsminister Eichfeld liess ein Mannheimer Regiment durch die Pfalz auf Worms marschieren, als aber zwei andere demselben folgen sollten, weigerten sich diese, Baden zu verlassen und forderten die sofortige Rückberufung der Ausmarschierten, was richtig auch geschah. Am 24. Mai kam es im hessischen Orte Oberlaudenbach zu einem Zusammenstoss mit den Hessen. Hier waren etwa 6000 bewaffnete Landleute versammelt, welche den hessischen Kreisrat Prinz, als derselbe zur Ruhe und Gesetzlichkeit ermahnte, meuchlings ermordeten, worauf hessische Soldaten unter den Haufen schossen, welcher mit Hinterlassung von etwa 40 Toten eilig auseinander lief. Auf die Hessen durfte Baden nach diesem Vorgange nicht mehr rechnen, wie sich bald zeigte. An Stelle des unfähigen Eichfeld trat Sigel, der sofort mit Linientruppen in Hessen eindrang. Er hegte dabei die feste Hoffnung, auf den Uebertritt des hessischen Militärs. Als er aber bei Heppenheim am 29. Mai mit Reiterei gegen hessische Artillerie losritt, schoss diese mit Kartätschen, so dass sich sowohl die Dragoner wie die dahinterstehende Infanterie schleunigst zurückzogen. Die Hessen folgten mit zwei Bataillonen bis Laudenbach, wo die Badenser Verstärkung erhielten und eine kurze Zeit kräftigen Widerstand leisteten. Bald war dieser aber überwunden, und die Badenser flohen unaufhaltsam bis nach Heidelberg. Sigel wurde von den eigenen Soldaten beinahe ermordet. Brentano ernannte ihn zum Kriegsminister, an seine Stelle trat ein Hauptmann Beck.

Infolge dieser Ereignisse beschloss der Landesausschuss am 1. Juni zurückzutreten und eine provisorische Regierung einzusetzen, bestehend aus Brentano, Gögg, Fickler, Peter und Sigel. Der rabiateste unter diesen, Fickler, beschloss nach Württemberg zu gehen und dieses Land zu revolutionieren. Auf Veranlassung eines Karlsruher Bürgers, der diesem geschickten Wühler nachreiste, wurde derselbe in Stuttgart verhaftet und auf den Hohenasperg verbracht. Die Karlsruher Regierung erliess nun eine Kriegserklärung an Württemberg, worüber die Kammer dieses Landes ihre ernste und tiefe Entrüstung aussprach, während der liberale Minister Römer erklärte: „Will die provisorische Regierung den Krieg an Württemberg erklären, so mag sie kommen.“ Auch an den Anschluss Württembergs an die badische Bewegung war bei diesem geschickten

Vorgehen Badens nicht mehr zu denken. Als sich Struve von der provisorischen Regierung ausgeschlossen sah, beschloss er mit einigen andern Exaltierten den Sturz Brentanos. Wie sich für diesen die Karlsruher Bürgerwehr erhob, wie Struve nach der Pfalz und die Freischärler von dem Feinde abgeschoben wurden, habe ich bereits berichtet. — Auch in Baden wurde ein Zwangsanlehen ausgeschrieben, das ebensowenig Erfolg hatte, wie das in der Pfalz; man reduzierte deshalb nachträglich die Gehälter und Pensionen der Beamten um ein Viertel oder Drittel. Mit welcher Begeisterung diese dafür der revolutionären Regierung dienten, lässt sich denken.

Von einer Ausdehnung der Revolution über ganz Südwestdeutschland konnte jetzt kaum die Rede mehr sein, Baden musste daran denken, sich selbst gegen den nahenden Feind zu schützen. Der Grossherzog hatte derzeit um preussische Hülfe nachgesucht, die Reichsverfassung preisgegeben und sich der preussischen „Union" angeschlossen! Am 4. Juni erhielt Minister Bekk die Entlassung, an seine Stelle trat Klüber. In Mainz, wo der Grossherzog weilte, traf am 12. Juni der Prinz von Preussen ein, um mit 3 Armeekorps, zwei preussischen und dem 8. Bundeskorps unter Peucker die badisch-pfälzische Revolution zu ersticken. Den preussischen Feldzugsplan habe ich früher mitgeteilt; ein preussisches Korps sollte die Pfalz säubern und bei Germersheim über den Rhein gehen, das zweite von Frankfurt her auf Heidelberg und Mannheim losmarschieren, um den Feind daselbst festzuhalten, das Bundeskorps links durch den Odenwald und Schwarzwald rücken, sich rechts nach der Rheinebene wenden und mit dem ersten Korps bei Karlsruhe vereinigen. Gelang dies, so war die badische Armee eingeschlossen und musste sich ergeben. Allein es gelang nicht, da das Peuckersche Korps die ihm gestellte Aufgaben nicht erfüllte und die badische Armee derzeit einen geschickten Führer in der Person des polnischen Generals Mieroslawski erhalten hatte, welcher mit den ihm zu Gebote stehenden Kräften das möglichste leistete!

Bevor die preussischen Korps ihre Stellung einnehmen konnten, war General v. Peucker zunächst am Feinde, und es fanden mehrere bedeutende Zusammenstösse statt. Am 5. Juni hatten die Hessen unter General v. Schäffer die Badenser, die etwa 1200 Mann zählten, während der Nacht in dem Städtchen Weinheim überfallen und bis Heidelberg gejagt, wobei letztere ziemliche Verluste (20 Tote) erlitten. Am 12. Juni stand das Korps Peucker (Neckarkorps) zwischen Bensheim und Heppenheim, der linke Flügel unter Witzleben bei Fürth im Odenwald. Mieroslawski, der mit seinem Stabe von Paris her am 9. in Karlsruhe eingetroffen war, besichtigte sofort die ihm zu

Gebote stehenden Streitkräfte, die er auf etwa 18000 Mann mit 30 Geschützen schätzte. Dieselben waren am Neckar vereinigt, und er beschloss, sie vollständig in seiner Hand zu behalten, um nach Bedürfnis hier oder dort schlagen zu können. Es kam nun Plan und Kraft in die Bewegungen der badischen Armee, die Kämpfe wurden erbitterter, der Erfolg war nicht immer auf preussischer Seite. In der Nacht vom 12. auf 13. Juni hatte der schneidige mecklenburgische Oberst v. Witzleben ein Freischarenkorps in Waldmichelbach überfallen und auseinander gesprengt, was solchen Schrecken erregte, dass die Freischärler einige Zeit nicht mehr zu verwenden waren. Am 15. Juni fand ein Gefecht zwischen regulären Truppen bei Käferthal statt, wobei das rechte Flügelkorps Peuckers zuerst das Dorf nahm, später aber durch überlegene Kräfte von Mannheim her wieder zurück gedrängt wurde, sodass Käferthal zuletzt wieder in badische Hände gelangte. An demselben Tage wurde auch um das Städtchen Ladenburg heftig gekämpft. Oberst Witzleben griff den strategisch wichtigen Punkt lebhaft an und warf den Feind auf den ersten Anlauf hinaus. Dieser erhielt aber des Abends bedeutende Verstärkung und es gelang ihm, die schwache Abteilung Mecklenburger, welche ohne Unterstützung blieb, wieder aus dem Städtchen zu verdrängen. Drei Offiziere des Neckarkorps, worunter der Major des Generalstabes, Hinderfin, der später so berühmte preussische Artilleriegeneral, wurden gefangen, einer war gefallen, die geschlagene Brigade hatte 13 Tote, 40 Verwundete und 20 Vermisste. — Auch in dem hessischen Städtchen Hirschborn, das von Hanauer Turnern besetzt war, fand am selben Tage ein leichtes Gefecht statt. Truppen des Peuckerschen Korps, die von Beerfelden



Mieroslawski.

gekommen waren, griffen das Städtchen an und nötigten die Turner, sich in das hochgelegene, schwer zugängliche Schloss zurückzuziehen, in welchem sie sich mit Erfolg verteidigten. Da von allen Seiten badische Abteilungen zu Hülfe eilten, gingen die Truppen des Neckarkorps wieder nach Beerfelden zurück. — Da Mieroslawski von dem Anmarsche des preussischen Korps Gröben von Frankfurt her hörte, beschloss er, vorher das Peuckersche Korps in den Odenwald zu werfen, um es dort von den Freischaren aufreiben zu lassen. Es kam deshalb am 16. Juni zu einem grösseren Zusammenstoss bei Grosssachsen zwischen Weinheim und Heidelberg. Die Badenser nahmen im ersten Anlaufe Grosssachsen, dann Hohensachsen und warfen den überraschten Gegner bis Lützelsachsen zurück. Hier kam das Gefecht zum Stehen und wogte nun im Laufe des Tages hin und her, je nachdem auf beiden Seiten Verstärkungen anlangten. Mittags geriet eine hessische Batterie vorübergehend in Bedrängnis und es schien sich der Sieg auf badische Seite zu neigen, als Verstärkung von Weinheim her und ein kühner Angriff Witzlebens, wobei die badischen Dragoner in wilder Flucht davonritten, den Tag zu Gunsten der Reichstruppen entschied. Grosssachsen wurde schliesslich wieder genommen, der Feind ging auf Schriesheim zurück. Das Peuckersche Korps hatte an diesem Tage 12 Tote und 104 Verwundete. Da um dieselbe Zeit auch Ludwigshafen heftig beschossen wurde, tobte der Kampf an der ganzen Neckarlinie und man kann nicht anders sagen, als dass sich die badischen Truppen mit Ausnahme der Dragoner gut gehalten haben.

Es trat nun eine kleine Ruhepause ein. Das preussische Korps unter Gröben rückte jetzt in die Stellung Peuckers ein; dieser schob sich links in den Odenwald, um über Sinsheim nach Wiesloch zu marschieren. Mieroslawski erkannte aber mit scharfem Blicke, was Sigel entgangen war, wo die grösste Gefahr nahte, nämlich von der Pfalz her. Er sammelte alle abkömmlichen Truppen, er hielt Revuen ab, er organisierte die Armee in sechs Divisionen, zu denen jetzt auch die pfälzische Volksarmee gerechnet wurde, die am 19. Juni bei Knielingen über den Rhein gegangen war. Er befahl dem General Mniewski, die Rheinbrücke bei Germersheim zu zerstören und beauftragte Snayde, die Brücke bei Knielingen zu bewachen. Er selbst aber rückte mit etwa 12000 vom Neckar südwärts, um etwa über den Rhein dringende Preussen in den Fluss zu werfen. Der stets betrunkene General Mniewski schoss weder die Germersheimer Brücke in Brand, wass er gekonnt hätte, noch trat er den Preussen entgegen, als diese am 20. Juni den Rheinübergang begannen, obschon er 3000 Mann mit 6 Geschützen zur Verfügung hatte. Die Frei-

schärler schliefen noch in Philippsburg, als die Preussen einrückten und sie mit Kanonenschüssen weckten; sie liessen etliche 20 Tote, etwa 50 Gefangene, ihre Bagage und Kriegskasse zurück. Eine Eskadron des 9. preussischen Husarenregiments, der sich Prinz Friedrich Karl angeschlossen hatte, verfolgte den fliehenden Feind in der Richtung nach Wiesenthal, wo sie auf ein badisches Bataillon unter Biedenfeld stiess. Die Husaren griffen tapfer an, gerieten aber in ein Kreuzfeuer und erlitten schwere Verluste. Trotzdem verfolgten sie den Feind bis nach Wiesenthal und machten an 200 Gefangene. Sie hatten 6 Tote, worunter Major Rückert und Leutnant v. Maschwitz und 3 Verwundete, worunter Prinz Friedrich Karl und dessen Adjutant v. d. Busche-Münsch, der in Germersheim seinen Verletzungen erlag.

Am 20. Juni fand in Hirschhorn, das von Hessen unter Oberst Weiss besetzt war, ein zweites Gefecht satt. Der badische Oberst Becker hatte mehrere Abteilungen und Geschütze aufgeboten, um den Ort zu umzingeln und wegzunehmen, aber alle Angriffe wurden abgeschlagen, das ausbrechende Feuer gelöscht, und so zog sich Becker des Abends mit ziemlichem Verluste nach Heidelberg zurück. Am 21. Juni kamen bei Karlsdorf und Neuthard die Pfälzer unter Willich ins Feuer. Derselbe war in der Nacht mit 700 Mann auf Neuthard vorgegangen und hatte ein kleines preussisches Detachement von dort verdrängt, das sich auf sein biwackierendes Bataillon zurückzog. Dieses rückte nun in verschiedenen Abteilungen dem Feinde entgegen, wobei es zweimal zum Feuergefecht kam, in welchem die Freischärler mehrere Tote verloren. Unter ihnen befand sich der Fahnenträger mit seiner roten Fahne. Die Strasse war mit weggeworfenen Gewehren, Säbeln, Patronentaschen und Heckerhüten bedeckt. Willich mit seiner Schar bildete die Vorhut Sznaydes, der mit 5000 Mann bei Friedrichsthal stand.

An demselben Tage fand auch das Treffen bei Waghäusel statt, welches den Ausgang des Feldzuges entschied. Von dem bei Germersheim in Baden eingerückten preussischen Armeekorps marschierten am 21. Juni drei Divisionen in der Richtung von Bruchsal und Wiesloch, um sich hier mit dem Neckarkorps zu vereinigen, das von Sinsheim herkommen sollte, sich aber verspätet hatte. Die Division Hanneken in der Stärke von etwa 5000 Mann ging gegen Waghäusel vor, wo sie den Kampf mit der ganzen Streitmacht Mieroslawskis aufnehmen musste. Dieser kam mit etwa 13 000 Mann, 10 Schwadronen Dragoner und 20 Geschützen von Mannheim her, und warf sich mit Uebermacht sofort auf die preussische Vorhut, welche unter Oberstleutnant Nolte die wenigen Gebäude von Waghäusel besetzt hatte.

Der Kampf entbrannte sehr heftig, auf preussischer Seite fiel Hauptmann v. Platen, auf Seite der Badenser der junge Schlöffel, während Mögling schwer verwundet wurde. Die preussische Vorhut war dem Erliegen nahe, als um 9 Uhr die übrige Division helfend eingriff. Dreimal wurden die Angriffe der Badenser abgeschlagen, aber endlich musste Hanneken vor der Uebermacht nach Philippsburg zurückgehen, wo die Preussen um Mittag eintrafen. Dies Treffen war eigentlich verloren, als zuletzt eine merkwürdige Wendung eintrat. Als man nämlich beim Hauptkorps den Kanonendonner von Waghäusel vernahm, wurde sofort ein Teil der Division Brun mit 8 Geschützen zur Unterstützung Hannekens abgeschickt. Diese stiess bei Wiesenthal auf die Badenser unter Sigel, welcher den Ort stark besetzt hielt und zäh verteidigte. Zuletzt brachte der preussische Hauptmann Lengsfeld seine Batterie in eine solche Stellung, dass er die hinter dem Orte haltenden badischen Dragoner wirksam beschiessen konnte, so dass diese, von panischem Schrecken ergriffen, davonjagten, und die ganze siegreiche badische Armee in ihre Flucht hineinrissen. Ein ähnlicher Fall dürfte sich in der ganzen Kriegsgeschichte kaum wieder ereignet haben. Es kann dies nur dort vorkommen, wo ein Heer auch nicht das geringste Vertrauen zu seinen Offizieren besitzt und sich in jeder schwierigen Lage „verraten" glaubt. Dass aber eine siegreiche Truppe, die sich den Tag über tapfer geschlagen hat, mit einemmale davon läuft und sich vollständig auflöst, erscheint unglaublich. Dies mochte auch den Preussen so vorkommen, denn sonst hätten sie Mieroslawski, der nach Heidelberg flüchtete, mit den Trümmern seiner Armee unfehlbar fangen müssen. Als Gröben am 22. auf Heidelberg vorstiess, fand er die Stadt geräumt, ebenso Mannheim, wo man an diesem Tage den fliehenden Trütschler, der sich durch sein gewaltthätiges Auftreten verhasst gemacht hatte, verhaftete. Am 21. hatte noch einmal ein ziemlich heftiges Gefecht bei Ladenburg stattgefunden, wo die Freischaren sich so zäh verteidigten, dass der Ort nicht genommen werden konnte. Es gelang Mieroslawski wider Erwarten, sich durch einen Eilmarsch von Heidelberg über Sinsheim der Umarmung durch die Gegner zu entziehen, Rastatt zu erreichen und bei der Murg eine neue Stellung einzunehmen. Auf der Flucht begegnete es ihm übrigens, dass er von Soldaten des zweiten badischen Regiments festgenommen wurde, die ihn wohl an Peucker ausgeliefert hätten, wenn es nicht Sigel gelungen wäre, ihm die Freiheit wieder zu verschaffen.

In die Katastrophe von Waghäusel war das pfälzische Korps unter General Sznayde nicht verwickelt worden; derselbe stand mit

etwa 10 000 Mann und 26 Geschützen — er war bei der Neuformation der Armee durch badisches Militär und Artillerie verstärkt worden — bei Bruchsal und hatte die Aufgabe, durch Festhaltung der preussischen Korps in der Rheinebene den Marsch Mieroslawskis durch das Gebirg zu erleichtern. Er hatte von seinem Korps, dem sechsten, 4000 Mann mit 16 Kanonen nach Ubstadt vorgeschoben, das nördlich von Bruchsal liegt, $^1/_2$ Stunde von dem Bade Langenbrücken. Hier kam es am 23. Juni zu einem Gefecht, das im Anfange für die schwächern Preussen nicht günstig stand. Sie mussten sich auf eine Anhöhe nördlich des Ortes zurückziehen, von der sie heftiges Geschützfeuer auf die andringenden Feinde eröffneten, die sich rasch wieder in das barrikadierte Dorf zurückflüchteten. Nun erhielten die Preussen Verstärkung und gingen stürmend auf Ubstadt vor, das im ersten Anlaufe genommen wurde. Während die Badenser flüchteten, und teilweise ihre Gewehre wegwarfen, drang eine Ulanenschwadron von einer anderen Seite in das Dorf und machte sich daran, die Flüchtigen zu verfolgen. Allein hinter dem Dorfe erhielt sie in einer tief eingeschnittenen Stelle der Strasse Kartätschen- und Flintenfeuer, so dass sie mit einigem Verluste zurückgehen musste. Bei dem Rückzuge durch das Dorf zeigte sich, dass im Kirchturme und in den Häusern noch Freischärler verborgen waren, welche nun auf die Preussen feuerten. Als diese jedoch frische Truppen vorschickten, wurden die Freischärler mit der blanken Waffe niedergemacht und das Dorf wieder besetzt, worauf die Gegner nach Bruchsal zurückgingen. Ein Teil der Freischärler hatte sich schlecht oder vielmehr gar nicht geschlagen, sondern war beim ersten Schusse davongelaufen. Die Preussen hatten 5 Tote und 38 Verwundete, der Verlust auf badischer Seite soll sich auf einige Hunderte belaufen haben. Hier fiel auch ein Sohn des Dekanes Pixis in Marnheim, welch letzterer später nach Bischheim kam und dort verstarb.

Am 24. Juni kam es zur offenen Revolte gegen General Sznayde, den eine Abteilung Volkswehr auf der Strasse vom Pferde riss, seiner Ehrenzeichen beraubte und derartig misshandelte, dass der alte Mann das Kommando nicht weiter führen konnte. Er begab sich so schnell wie möglich in Sicherheit nach Strassburg, die sechste Division wurde mit der fünften unter Oberst Becker vereinigt. Jetzt löste Zitz sein Korps auf, von dem ein Teil in andere Korps übertrat, während der Rest sich zerstreute und in die Heimat begab. Am 24. Juni wurde Bruchsal, das die Freischärler einige Zeit ziemlich hartnäckig verteidigten, von den Preussen besetzt; auch fand bei Neudorf ein Gefecht mit Angehörigen der deutsch-polnischen Legion statt, wobei diese nicht unbedeutende Verluste erlitt.

In Karlsruhe ging es derweilen chaotisch zu. Die provisorische Regierung rüstete sich zur Flucht, die Magazine, die Kassen, ja sogar der grossherzogliche Weinkeller wurde ausgeräumt, von allen Seiten kamen zersprengte Truppenteile in die Stadt, welche den Schrecken und die Verwirrung vermehrten. Ein Versuch, die Karlsruher Bürgerwehr zu entwaffnen, misslang, und so verliessen am 25. Juni morgens Gögg und Schlöffel als die letzten Häupter der Revolution die reaktionäre Stadt, welche sich zum Empfang des Prinzen von Preussen rüstete. Um die Räumung der Hauptstadt zu ermöglichen, wurde Oberst Becker beauftragt, die Linie von Durlach bis zum Rheine so lange wie möglich zu behaupten. Bei Durlach fand denn auch am 25. Juni ein grösseres Gefecht statt. Das Städt-



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Die badische Jungfrau von Orleans.

chen, das leicht zu verteidigen ist, war stark besetzt, und barrikadiert, der grösste Teil der Pfälzer Volkswehr gehörte zu den Verteidigern. Das Gefecht verlief im Anfang für die Preussen sehr ungünstig, sie mussten auf dem linken Flügel zurück und das zur Unterstützung vorgehende Iserlohner Landwehrbataillon wurde sogar unter bedeutendem Verluste (7 Tote 68 Verwundete) in die Flucht geschlagen. Erst mittags gestaltete sich die Lage infolge eines Umgehungsmarsches für die Angreifer günstiger, und es gelang endlich nach hartnäckigem Kampfe, Durlach zu nehmen und die Freischärler in der Richtung nach Rastatt zurückzuwerfen. Der Versuch, dieselben abzuschneiden, misslang. Die Preussen hatten 15 Tote und 109 Verwundete, der Verlust des Gegners belief sich auf etwa 50 Tote und 150 Verwundete.


Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Gutedel.

Um 1 Uhr mittags wurde Karlsruhe von den Badensern geräumt, um 4 Uhr zog der Prinz von Preussen in die Stadt ein, von den Bürgern aufs freundlichste begrüsst. Man war allgemein froh, dass der Zustand der Anarchie und Tyrannei ein Ende hatte. Namentlich die „Reichshyäne", der Schlesier Schlöffel, hatte sich durch seine Brutalität allgemein verhasst gemacht. Ein sächsischer Klempnergeselle namens Dietz, der später standrechtlich erschossen wurde, geberdete sich als Zivilkommissär wie ein richtiger Räuber, und selbst dem Ehepaare Blenker wird von Staroste eine weitgehende Virtuosität im Requirieren (I. Teil, S. 380, II. Teil, S. 60) nachgesagt.

Mieroslawski mit dem Kriegsminister Werner schlug sein Hauptquartier in Rastatt auf, während Brentano sich mit der konstituierenden Versammlung zuerst nach Offenburg und von da sofort nach Freiburg begab. Am 26. Juni hielt Mieroslawski bei Rastatt Heerschau über die ihm noch verbliebene Streitmacht. Es mochten wohl 20—22000 Mann sein, die hier beisammen waren, obschon ganze Bataillone der Volkswehr fehlten und auch die reguläre Infanterie bedeutende Lücken aufwies. Nur die Artillerie hielt sich beständig vortrefflich.

Diese 20 000 Mann setzten sich zusammen aus 9000 Mann regulärer Truppen mit 36 Geschützen, 3—4000 gut bewaffneten Freischärlern, die zum Schlagen noch bereit waren, und aus etwa 6000 Mann desperaten Gesindels, das aus der ganzen Welt zusammengeströmt war, um im Trüben zu fischen, das aber auch alle Ursache hatte, sich aus vielerlei Gründen vor den Herstellern der Ordnung zu



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Szene aus dem Gefechte bei Gernsbach.

fürchten. Der badische Feldherr erkannte sofort die Stärke der Murglinie, da hier das schmale Rheinthal durch die Festung Rastatt fast ganz gesperrt wurde, während auf der linken Seite der Rhein und Elsass, auf der rechten das Gebirge und die württembergische Grenze schützend und deckend lagen. Die Linie vom Rhein bis Gernsbach ist nur 3 Meilen lang. Der badische Generalstab war der Ansicht, dass diese Stellung bei gehöriger Verteidigung nur durch Umgehung über neutrales württembergisches Gebiet gewonnen werden könne. Mieroslawski verteilte nun seine Truppen längs der Murglinie, die Pfälzer hatten den rechten Flügel nach Württemberg hin

zu verteidigen, Blenker lag mit 3 Geschützen in Gernsbach. Die Festung Rastatt wurde in Eile verproviantiert, es erging strenger Befehl nach Süden, alle Deserteure und Versprengte zurückzuschaffen. Auch wurden an geeigneten Stellen noch Verschanzungen und Verhaue angelegt. Trotzdem machten sich in der Armee selbst immer mehr die Zeichen der beginnenden Auflösung bemerkbar. Die Disziplin wurde täglich schlaffer, die Fahnenflucht nahm zu, die zügellose Soldateska in Rastatt ermordete am 28. Juni zwei unschuldige Leute, einen alten pfälzischen Wehrmann und einen jüdischen Sprachlehrer, namens Weil aus Karlsruhe, in rohester Weise. —



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Gille, gefallen in Gernsbach, 29. Juni 1849.

Da auch die Preussen die Stärke der Murglinie richtig schätzten, ging ihr Plan dahin, an der württembergischen Grenze, etwa bei Gernsbach, die badische Stellung zu durchbrechen und von hier aus dem bei Rastatt befindlichen Gros in den Rücken zu marschieren. Diese Aufgabe wurde dem Peuckerschen Korps, das Verstärkung erhielt, zugeteilt. Die ganze Armee ging am 28. Juni langsam gegen die Murg vor. Die Vortruppen fanden bei ihren Rekognoszierungen überall heftigen Widerstand, bei Michelbach wurde ein

preussisches Detachement unter ziemlichem Verluste zurückgeworfen. Am 29. Juni wurde an der ganzen Murglinie heftig gekämpft. Der Befehl an die preussische Armee lautete für diesen Tag, sämtliche auf dem rechten Murgufer stehenden Badenser über den Fluss zu werfen. Infolgedessen fanden Zusammenstösse statt bei Steinmauern,



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Sinsheim, 30. Juli 1849.

A.: „Ja, Hermann, wo hast Du denn die Sauermilch her?“ B.: „Requiriert!“

am Federbach und im Hirschgrunde, wo die Preussen 11 Tote und 52 Verwundete hatten, bei Buschweier, wo an diesem Tage zweimal gekämpft wurde, bei Kuppenheim, bei Winkel, bei Oberweier und bei Gernsbach, wo die Entscheidung fiel. Das stark verschanzte Städtchen wurde von den von verschiedenen Seiten eindringenden Peuckerschen Truppen mit Sturm genommen, wobei ein starker

Brand 20—30 Häuser vernichtete. Die Soldaten durchwateten an mehreren Stellen die Murg und warfen den Gegner — meistens Pfälzer unter Blenker — auf der Strasse nach Baden zurück. Ein Teil der flüchtigen Freischärler erfüllte nun das Land mit dem Geschrei: „Wir sind verraten, wir sind umgangen!“, so dass auf dem ganzen rechten badischen Flügel eine förmliche Panik entstand und die Truppenteile geradezu auseinanderliefen. Die besten Offiziere Mieroslawskis, Oberst Oborski und Mercy, die sahen, dass alles verloren sei, legten sofort ihre Stellen nieder und begaben sich nach Strassburg. Willich, der mit grossen Verlusten bei Buschweier gefochten hatte, ging bis Oos zurück, die ganze Division Beckers hatte sich aufgelöst. Die fliehenden Scharen bedeckten alle Strassen, manche hörten nicht mehr auf zu laufen, bis sie die Schweiz erreicht hatten. Mieroslawski, der in diesen letzten Tagen that, was ein tapferer und tüchtiger Mann nur thun kann, suchte seine Stellung im Zentrum zu schützen, so gut er konnte, allein der Untergang war nicht mehr aufzuhalten. Auch Brentano, der mit der Regierung in Freiburg weilte, mochte das einsehen. Als ihm der zurückgekehrte Struve auf alle Weise Opposition machte, legte er am 28. Juni seine Stelle nieder und begab sich am folgenden Tage in die Schweiz. Der an seine Stelle ernannte Diktator Kiefer von Emmendingen trat sein Amt gar nicht an, sondern folgte am 1. Juli seinem Vorgänger nach. Auch die in Freiburg befindlichen Trümmer des Stuttgarter Rumpfparlamentes, Raveaux, Itzstein, Vogt, Simon, Schüler, hielten es jetzt für geraten, Baden zu verlassen.

Am 30. Juni erzwangen die Preussen bei Oberndorf den Uebergang über die Murg und nahmen nach heftigem Artilleriekampfe Kuppenheim, der Gegner zog sich nach Rastatt und Oos zurück. Das Neckarkorps, das durch Zurückbleiben der Proviantkolonne Verspätung erhalten hatte, konnte am 30. erst um 10 Uhr morgens aufbrechen, wie überhaupt seine Leistungen im Marschieren und Manövrieren durchaus nicht mustergültig waren. In Oos hatten sich flüchtige Freischärler von allen Korps eingenistet, welche hier noch einmal zähen Widerstand leisteten, ja sogar einen ungeahnten Erfolg davontrugen. Es gelang ihnen eine mecklenburgische Haubitzkanone wegzunehmen, welche unvorsichtig in das von Freischaren dicht besetzte Dorf hineingefahren war. Damit nicht genug, lief auch noch ein Bataillon Nassauer davon und riss auf der Flucht einige Kompanien Hohenzollern mit sich. Die letzteren sammelten sich indes bald wieder und drangen nun stürmend in Oos ein, das von den Freischärlern, die sich nach Offenburg flüchteten, schleunig verlassen wurde. Am Tage vorher war bei Winkel Professor Kinkel gefangen

worden, am 30. wurde hier der württembergische Redakteur Greiner getötet. Die badische Artillerie und Infanterie hatte sich an diesen beiden Tagen gut geschlagen, die Freischärler hielten nur Stand, wo



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Marschszene. — Nach Offenburg 1. Juli 1849.

sie Deckung hatten. Vor allen Angriffen im freien Felde oder mit dem Bajonette liefen sie eilig davon. Mieroslawski warf nun die Flinte in das Korn, er übergab das Kommando der Festung Rastatt dem Obersten Tiedemann und flüchtete mit Sigel nach Offenburg. In Rastatt blieben 6500 Mann mit 180 Offizieren zurück, darunter

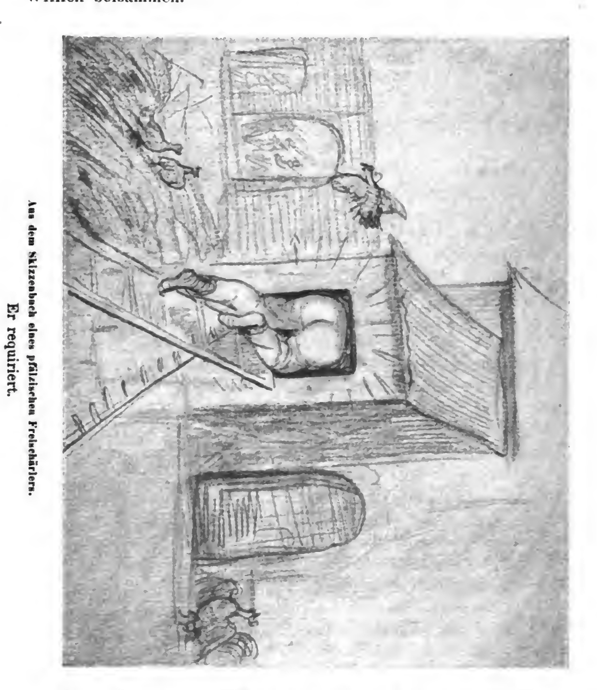
120 Pfälzer. In Offenburg legte Mieroslawski am 1. Juli den Oberbefehl über die badische Armee nieder, deren Lage er als hoffnungslos bezeichnete und begab sich nach Frankreich. Die zersprengten Abteilungen der badischen Armee durchzogen nun, teilweise raubend



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
In Offenburg 1. Juli 1849.
Er: „Könne Se mer net sage, wo de Pfarrer wohnt?"

und plündernd das Land und begaben sich entweder nach der Schweiz oder in das Elsass. Ueber die 6000 Mann, die noch zusammenhielten, übernahm nun wieder Sigel das Oberkommando, welcher hoffte, sich im Schwarzwald eine Zeit lang halten zu können, bis vielleicht ein Umschwung in Deutschland, Frankreich oder Oesterreich eintrete. Er begab sich in den Seekreis, um dort sein Korps zu reorganisieren.

Alle seine Pläne und Hoffnungen erwiesen sich aber bald als illusorisch, da ihm die Preussen zu allem nicht die nötige Zeit liessen. Von den Pfälzern waren etwa noch 2500 Mann unter Blenker und Willich beisammen. —



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Er requiriert.

Dem Peuckerschen Korps fiel die Aufgabe zu, die fliehende badische Armee in der Richtung über Gernsbach, Donaueschingen gegen die Schweiz hin zu verfolgen, während das erste preussische Korps die Gegner im Rheinthal vor sich her in das Ausland schob, und das zweite Rastatt einschloss. Am 2. Juli wurde Kehl besetzt, am selben Tage flüchtete schon Struve in die Schweiz. An der Spitze der badischen Regierung standen noch Werner, Gögg und Sigel. Am

3. Juli verliess letzterer Freiburg und wendete sich in den Schwarzwald, zwei Abteilungen badische Dragoner, ein Bataillon Infanterie und eine Batterie blieben in der Stadt zurück, um von der Amnestie des Grossherzogs Gebrauch zu machen. Als Dortu sie zum Weitermarsch bewegen wollte, verhafteten sie denselben und übergaben ihn den anrückenden Preussen. Die fliehende provisorische Regierung traf am 5. Juli in Donaueschingen ein, wo sie ihre letzte Proklamation erliess. Wenn Sigel hoffte, sich hier verstärken zu können, sah er sich in der Haltung der Bevölkerung völlig getäuscht. In manchen Orten fanden Kontrerevolutionen statt und wurde der Grossherzog feierlich ausgerufen. Am 6. Juli waren Blenker und Doll in Lörrach vereinigt, die Hanauer Turner und die deutsch-polnische Legion hatten sich schon vorher bei Basel in die Schweiz begeben. Am selben Tage musste Sigel Donaueschingen verlassen, da ihm das Peuckersche Korps auf den Nacken kam, das fliehende Korps wurde immer näher der Schweizer Grenze gedrängt. Am 9. Juli ging Blenker mit 800 Mann bei Rheinfelden in die Schweiz, dasselbe that die Kolonne Doll mit 600 Mann bei Stein. Am 11. Juli verliess die provisorische Regierung mit 700 Mann Konstanz und betrat den Schweizerboden, in der Nacht vom 11. auf 12. Juli waren die letzten Reste des badischen Heeres unter Willich, Becker und Sigel bei Rheinau, Eglisau und Schaffhausen in die Schweiz übergetreten, wo sie sofort entwaffnet wurden. Dieser letzte Rest bestand aus 2200 Mann mit 31 Geschützen.

Obgleich Rastatt noch nicht ganz ausgebaut war, konnte es doch für die damalige Zeit, wo man keine gezogenen Geschütze hatte, für eine starke Festung gelten. Es besass drei armierte Forts, eine Masse schwerer Geschütze, ausreichend Munition und Lebensmittel für 3 Monate, auch war Wein in Fülle vorhanden. Einige Bäche und Wassergräben erschwerten sehr die Annäherung für Geschütz, während der bis zur Festung reichende Wald das Herandringen der Infanterie erleichterte. Das zweite preussische Armeekorps, das noch Mannschaften hatte abgeben müssen, war nur 12500 Mann mit 30 Feldgeschützen stark und konnte deshalb die Festung kaum cernieren. Dieselbe sollte überhaupt nicht eigentlich belagert, sondern durch enge Einschliessung zur Uebergabe gezwungen werden, da man bei dem Geiste der Besatzung und der hoffnungslosen Lage keinen langen Widerstand erwartete. Doch wurde allmählich eine Anzahl schwerer Geschütze beigezogen, mit denen man einigemale die Stadt beschoss und mehrere Häuser einäscherte, wodurch die Bürger zur Uebergabe geneigter gemacht werden sollten. Eine Aufforderung hiezu wurde am 2. Juli von General Gröben an den Kommandanten Tiedemann

gerichtet, aber von diesem rundweg abgeschlagen. In der Festung machte man sich allerlei Hoffnungen auf eine Wiederkehr Sigels und eine von Elsenhans redigierte Zeitung, „der Festungsbote“, brachte



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Lagerszene in Baden.

jeden Tag eine neue Erfindung, um den Mut der Besatzung aufrecht zu erhalten. Die Festungsgarnison erhielt eine neue Formation und wurde entsprechend in die verschiedenen Werke verteilt. Die beste Truppe war weitaus die Artillerie, welche es mit der preussischen in jeder Hinsicht aufnehmen konnte. Neben dem Kommandanten Tiedemann, einem Sohne des bekannten Heidelberger Professors, befand

sich in der Festung der Oberst Biedenfeld, ein Offizier der Befreiungskriege, der sich mit jenem garnicht vertrug, sodass der Generalstabschef von Corvin, der Zerstörer Ludwigshafens, Mühe genug hatte, einen offenen Konflikt zu verhüten. Die Mannszucht liess viel zu wünschen übrig, namentlich gegen Ende der Belagerung. Die Trunkenheit nahm überhand, anständige Frauenzimmer konnten sich kaum blicken lassen, nach der Uebergabe wurden einige hundert Prostituierte aus der Festung ausgewiesen. —



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.

Lux.

Am 6. Juli machte die Rastatter Garnison den ersten Ausfall nach dem nahegelegenen Rheinau, das genommen und ausgeräumt wurde. Grosse Vorräte an Wein, Lebensmitteln und Futter fielen dabei in die Hände der Belagerten, die grösstenteils betrunken wieder in die Festung zurückkehrten. Am 7. Juli wurde die Festung zum erstenmale beschossen, wobei 6 Häuser abbrannten und mehrere Bürger den Tod fanden. Diese Beschiessung dauerte am 8. Juli fort, wobei mehrere Gebäude in Brand gerieten. Die Festungsartillerie erwiderte das Feuer aufs heftigste, wobei durch einen Granatschuss eine preussische Protze in die Luft flog, 2 Mann getötet und 4 verwundet wurden. Am 8. Juli fanden zwei starke Ausfälle statt, der eine bei Rauenthal, der andere bei Niederbühl, welche den Zweck hatten, die preussischen Batterien zu vernageln. Derselbe wurde nicht erreicht; es fielen auf preussischer Seite 8 Mann, während 78 verwundet wurden. Die Belagerten liessen 40 Tote zurück, Tiedemann, der an diesem Tage den Tod suchte, erhielt eine Verwundung. Am 9. Juli machte die Besatzung abermals einen Ausfall nach Rheinau,

nahm das Dorf weg, wurde aber bald darauf mit einem Verlust von 15 Toten in die Festung zurückgeworfen. Am 13. Juli bot General von Gröben dem Kommandanten Tiedemann an, dieser solle 2 Offiziere nach Karlsruhe oder Freiburg schicken, um sich selbst davon zu überzeugen, dass die Revolutionsarmee das badische Land verlassen habe und keine Hoffnung auf Ersatz vorhanden sei, wie der „Festungsbote“ immer noch ausstreute. Tiedemann nahm den Vorschlag an und Corvin nebst Lang, jetzt Major, früher Feldwebel, reisten bis Konstanz, von wo sie am 21. Juli mit der Nachricht zurückkamen, dass keine Revolutionstruppen mehr auf badischem Boden weilten. Corvin sprach in einem Kriegsrate nun energisch für sofortige Uebergabe der Festung, da eine längere Verteidigung das Los der Besatzung nur verschlimmern würde. Bei der Verhandlung bestand General Gröben darauf, dass die Festung auf Gnade und Ungnade übergeben werden müsse. Er fügte aber hinzu: „Ich werde mich jedoch dahin verwenden, dass der Besatzung alle diejenige Rücksicht zu Teil werde, welche die Umstände gestatten.“ Am 23. Juli wurden 34 Gefangene, 12 Preussen, 13 Hessen, 9 Mecklenburger aus Rastatt freigelassen. Am selben Tage erfolgte die Kapitulation, der Prinz von Preussen wohnte derselben nicht bei, er „wollte diese Leute nicht sehen“. 5596 Mann streckten die Waffen, 2443 Mann Infanterie, 70 Reiter, 603 Artilleristen und Pioniere, Stab 21 Mann, Bürgerwehr



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
Massmann.

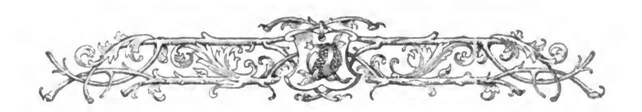
und Volkswehr 984 Mann, 1 Aufgebot 821 Mann, Freischärler 654 Mann. Unter ihnen befanden sich 620 Nicht-Badenser. Die 120 Pfälzer wurden nach Bayern abgegeben. Am 18. August zog der Grossherzog von Baden wieder in Karlsruhe ein. Der Gesamtverlust der preussischen Truppen während des Feldzuges in der Pfalz und Baden betrug nach amtlicher Zusammenstellung 76 Tote, worunter 6 Offiziere, 571 Verwundete, worunter 30 Offiziere. Das Neckarkorps hatte 37 Tote, worunter 5 Offiziere, 282 Verwundete, worunter 11 Offiziere. Von den Führern des badischen Aufstandes, welche in Gefangenschaft geraten waren, wurden Tiedemann, Biedenfeld, Böning, Elsenhans, Heilig und der Pole Mniewsky nebst mehreren Soldaten, im ganzen 19, in Rastatt, Trütschler nebst 4 anderen in Mannheim, Dortu und zwei andere in Freiburg, im ganzen 27, infolge kriegsgerichtlichen Urteils erschossen. Kinkel, Corvin und Mögling erhielten Zuchthaus, aus welchem der erstere 1850 durch Schurz befreit wurde. So war der Aufstand in Baden an demselben Orte erloschen, wo er seinen Anfang genommen hatte. Auch er war dem Volke aufgedrungen, wie sich klar herausstellte. Zu den traurigsten Folgen gehörte, dass nun die Reaktion mit Macht über Deutschland hereinbrach. Oesterreich, das mit Hülfe Russlands den ungarischen Aufstand niedergeschlagen hatte, nahm auch in Deutsch-



Aus dem Skizzenbuch eines pfälzischen Freischärlers.
O. Dietz, Wiesbaden.

land das Heft wieder in die Hand, der Partikularismus der Mittelstaaten hob wieder mächtig das Haupt, alle weiteren Einigungsversuche Preussens endigten mit der schimpflichen Niederlage dieses Staates zu Olmütz am 29. November 1850. Es war nichts mit der sogenannten „Union“ der norddeutschen Königreiche mit Preussen, nichts mit dem „Erfurter Parlament“, Kurhessen wurde dem Minister Hassenpflug, Schleswig-Holstein den Dänen preisgegeben (8. Mai 1852) und die deutsche Flotte versteigert. Der alte Bundestag zog wieder in Frankfurt ein, das deutsche Volk musste noch manches erfahren und lernen, bis es reif wurde zur Erfüllung seiner berechtigten Hoffnungen.





V. Urteil und Schlussfolgerung.

Die Urteile über die Jahre 1848 und 1849 lauten sehr verschieden. In Norddeutschland nannte man 1848 das „tolle" Jahr, in Süddeutschland hätte eher 1849 diesen Namen verdient. Wenn man in der Pfalz von einem im Jahre 1849 Geborenen schlimme Dinge erzählte, so konnte man lange noch das Wort hören: „Die Neunundvierziger sind alle nichts nutz!" Der berühmte Arzt und Dichter Justinus Kerner hielt die Bewegung jener Jahre für eine Geistesepidemie. Er schrieb 1849 folgenden Artikel mit der Ueberschrift: „Der politische Veitstanz im Jahre 1848": Die Chronik der Seuchen lehrt uns, dass nicht nur leibliche Krankheiten, wie z. B. der schwarze Tod, die Cholera u. s. w., sondern auch geistige Krankheiten, Tollheiten, aus der Ferne hergekommen, sich über Deutschland epidemisch verbreiteten. Durch die Erscheinungen seit dem März vorigen Jahres an den Menschen konnte man in der That in Versuchung geraten, anzunehmen, es habe sich damals von Frankreich aus auch eine geistige epidemische Krankheit, ein politischer Veitstanz über Deutschland verbreitet, wenigstens war die Aufregung, die damals unter die Menschen kam, fast krankhaft und ansteckend zu nennen. Hätte ein Chronikschreiber früherer Jahrhunderte diese Zustände zu beschreiben gehabt, würde seine Beschreibung allerdings unklar und abenteuerlich, ungefähr also gelautet haben: Im Jahre des Herrn 1848 verbreitete sich im Monat März, von Frankreich herkommend, über Deutschland eine eigen-

tümliche ansteckende Tollheit, die sie den politischen Veitstanz, auch das Märzfieber nannten. Diese ansteckende Seuche verschonte kein Alter und Geschlecht, Männer, Frauen, Jünglinge und Mädchen wurden davon befallen. Besonders herrschte solche Seuche in den Städten, wo vorher Wohlleben und Aufwand unter den Gewerbleuten geherrscht, da sie viele Gelegenheit zum Verdienst hatten in so vielen Jahren der Ruhe und des Friedens. Weniger herrschte sie unter den Landbewohnern, den Weinbauern und den Ackersleuten, die emsig bei aller Entbehrung ihrem Geschäfte nachgingen, und der Natur treu blieben. Der Anfall war so, dass man glauben musste, die Menschen hätten alle aus dem Taumelkelch, von dem Jesaias schreibt, getrunken. Sie zogen in solchem Taumel haufenweis in Schenken und auch ins Freie, wo sie sich in grosser Anzahl versammelten, sprangen auf Tische und Bänke, Fässer, und ergossen sich in exaltierten Reden mit Worten, von denen die nachstehenden sich am meisten in damaliger Zeit in Rede und Schrift wiederholten, als: „Märzerrungenschaften", „breiteste Unterlage, Volkssuveränität", „Hecker hoch", „der Zeit Rechnung tragen", „Gut und Blut", „Neuzeit", „wie ein Mann", „Gesinnungstüchtigkeit", „Zeitbewusstsein", „Volksverräter", „Sondergelüste", „Reaktion" u. s. w. — Besonders auffallend war, dass die Gesichtszüge der von dieser geistigen Seuche Befallenen in kurzer Zeit merkliche Veränderung erlitten. Manche, die früher ganz mager waren, bekamen auf einmal dick aufgeblasene Backen, rote Nasen, und funkelnde, oft auch triefende Augen. Sehr Vieler Gesicht bedeckte sich auch schnell ganz mit Haaren, die vom Kinn in einen langen, oft roten Bart ausliefen und so kam es, dass oft der Vater den Sohn, der Freund den Freund nicht mehr erkannte, denn bei Vielen veränderte sich dadurch ganz ihr Menschenantlitz. Je länger und struppiger der Bart einem solchen gewachsen, je stärker war er von dieser Seuche ergriffen; liess er sich Bart und Haare stutzen, so war dies schon ein Zeichen anfangender Genesung; nahm er sich aber den Bart gänzlich ab, so durfte man zuversichtlich darauf rechnen, dass ihn das Uebel dauernd verlassen. Diese Bemerkung wurde auch nach der Bestätigung mehrerer Irrenärzte an gewöhnlichen Irren gemacht, namentlich dass das erste Zeichen ihrer Fassung darin besteht, dass sie sich ihre Bärte abnehmen lassen. Wunderbare Gelüste zeigten sich in dieser Krankheit sogar bei Knaben nach Federn von Hahnen, die sie auf die Hüte steckten, und war die Verfolgung dieser Tiere damals sehr gross. Denjenigen, die von dieser Seuche aufs äusserste ergriffen waren, wuchsen rote Kämme, wie den Hahnen (crista Galli) und besonders war ihnen die rote Farbe ein Begehren, weswegen

sie auch oftmals rote Fahnen vor sich hertragen liessen. Doch steigerte diese Farbe, wie bei den welschen Hahnen geschieht, ihren Taumel und sie verfielen dadurch in Raublust und Blutgier, sprachen irre von Köpfmaschinen und Beraubung des Adels und der Reichen. Andere schrieen sehr gewaltig nach Gewehren und Säbeln, sogar nach Kanonen, und marschierten in allerlei Anzügen unter Trommelschlag und Kriegsgesang in den Gassen der Stadt und auf den Viehweiden umher mit dem Geschrei: „Gut und Blut“ und „Wie ein Mann.“ In dieser Zeit gab es mit dem Schiessen viel Unglück, weil die Bäcker und die Schneider die Führung der Waffen noch nicht kannten, wodurch sie sich oder die nahestehenden oft ohne Willen verletzten. Ein immerwährendes Trommeln verscheuchte alle Singvögel. Andere von dieser Seuche Ergriffene verliessen ihre Geschäfte und standen in den Strassen umher, als warteten sie auf Dinge, die da kommen sollten und doch nicht kamen. Alle Geschäfte ruhten, und so auch Handel und Wandel, während die so Befallenen auf den Strassen und in den Schenken sich aufhaltend über Gewerblosigkeit (selbst nicht mehr schaffend) rasten. Oft auch geschah es, dass solche in grosser Gemeinschaft anderer auch so Befallener bei Nacht in den Strassen mit Giesskannen, Kochhäfen, Feuerzangen, Kuhglocken und Kübeln umherzogen und diese mit furchtbarstem Geschmetter und unter Miauen vor den Häusern derer ertönen liessen, die in Reden oder in Zeitschriften Mittel zur Unterdrückung dieser heillosen Seuche angegeben hatten und nannte man damals diese nächtlichen und wahnsinnigen Aufzüge „Katzenmusiken.“ — Aber nicht blos Handwerksleute und gewöhnliche Bürger ergriff die Seuche, sie wütete auch unter anderen Ständen, besonders unter dem Stande der Advokaten, hauptsächlich wenn dieselben jüdischen Stammes waren. Die Redekunst und Geschwätzigkeit solcher wurde durch diese Seuche auf das fürchterlichste gesteigert, und es waren diese der Ansteckung wegen, die am häufigsten von ihnen ausging, hauptsächlich gefährlich. Da in den vorausgegangenen Jahren auch eine sonst nie gesehene auffallende Seuche unter die Kartoffeln gekommen war, so nannte man diese die Menschen befallende Seuche auch hie und da die politische Kartoffelkrankheit, von der die Köpfe der Menschen auch wie die Kartoffelknollen krank und ungeniessbar gemacht wurden. Durch die Dauer der Zeit nahm diese nach und nach von selbst ab, oder nahm einen gutartigen Charakter an, so wie jene ältere Seuche des Veitstanzes auch nach und nach sich verlor, als sie zur Langeweile geworden war. Vieles mag auch zu ihrer Beendigung beigetragen haben, dass man an verschiedenen Orten, namentlich in der Stadt Wien, sie, wie ehemals jene Epidemie

des Veitstanzes durch Schläge sowie durch Schiessen und Tritte auffallend schnell zu beendigen wusste!" So urteilte der Arzt, der Dichter, dem ja jene Zeit ohne Zweifel viel Stoff zum Spott geliefert hat.

Ein deutscher Maler, Alfred Rethel, hat sein Urteil über jene Jahre des Aufruhrs abgegeben in einem Cyklus von 6 erschütternden Bildern, überschrieben: „Totentanz aus dem Jahre 1848", und ein berühmter Dichter, Robert Reinick, hat Vorwort, Beschreibung und Nachwort zu demselben verfasst. Das Vorwort lautet:

„Du Bürger und du Bauersmann
Schaut recht euch diese Blätter an!
Da seht ihr nackt und ohne Kleid
Ein rechtes Bild aus ernster Zeit.
Wohl kommt so mancher zu euch her,
Als ob's ein neuer Heiland wär,
Und spricht von Macht und Herrlichkeit,
Die er für alle hat bereit;
Ihr glaubt es ihm, weil's euch gefällt,
Schaut her, wie es damit bestellt! —

Auf dem ersten Bilde sieht man nun, wie sich der Sensemann aus der Erde erhebt, weil er den Schrei: „Freiheit, Gleichheit, Brudersinn!" gehört hat und weiss, dass nun sein Erntetag angebrochen ist. Er wird von Frauengestalten, welche List, Lüge, Eitelkeit, Tollheit und Blutgier vorstellen, begrüsst und mit dem Nötigen ausgerüstet. Auf dem zweiten Bilde langt der Tod vor der Stadt an, wo er seine Ernte halten will. „Die Hahnenfeder auf dem Hut Glüht in der Sonne rot wie Blut, Die Sense blitzt im Wetterschein, Es stöhnt der Gaul, Die Raben schrei'n." Auf dem dritten Bilde verhetzt der Tod in einer Schenke das Volk zum Aufruhr, so dass sie ihn zum Führer wählen. Auf dem vierten Bilde reicht er dem tobenden Volke das Schwert, auf dem „Volksjustiz" geschrieben ist. Auf dem fünften Bilde steht der Tod auf einer Barrikade, die blutrote Fahne in der Hand, und die ringsum Fallenden nnd Sterbenden erkennen, dass der Tod sie geführt hat. Auf dem sechsten Bilde zieht er triumphierend davon, „die ihm gefolgt, sie liegen bleich, als Brüder alle frei und gleich". Und Robert Reinick knüpft an das Geschaute folgende Schlussbetrachtung:

Als Leichen ja — da sind wir gleich,
Nicht hoch, noch tief, nicht arm, noch reich!
O Freiheit! Wer führt dich herbei?
Nicht Mord und nicht der Laster Schrei.
Nur wann erstickt der Selbstsucht Glühn
Wirst du in Herrlichkeit erblühen.

Und Gleichheit! Bringt sie nur der Tod?
Nein! Allen strahlt ein Morgenrot.
Ja, glaubt, die Guten sind sich gleich,
Ob hoch, ob tief, ob arm, ob reich. —
Du Bruderliebe, Bürgerhort,
Der reinsten Lehre reinstes Wort!
Geschändet hat man dich, entehrt,
Zur Mörderfackel dich verkehrt!
Vom Himmel nahmst du deinen Lauf
Zum Himmel flamme freudig auf,
In reiner That, ein heil'ger Brand!
So segne Gott das Vaterland!

Hören wir das Urteil eines Parteimannes, des Sozialisten M. Blos, der sich in seinem Buche „Die deutsche Revolution“, Stuttgart bei Dietz 1893, übrigens einer wertlosen Tendenzschrift, S. 569, 580, 632 also äussert: „Die Organisation der pfälzischen Streitkräfte war dem unfähigen Fenner von Fenneberg abgenommen und einer Kommission übertragen worden, bei der sich Techow, bekannt vom Berliner Zeughaussturm, Annecke, Beust u. a. befanden. Die Kommission arbeitete mit Eifer, aber sie konnte wenig leisten, denn im Lande der „Krischer“ wollte alles befehlen, niemand gehorchen, Geld war nicht da und die Begeisterung der Bevölkerung ging meistens beim Schoppen auf. Der Wein hat in der Pfälzer Revolution eine grössere Rolle gespielt, als das Pulver. Endlich kam der neue Oberbefehlshaber an, ein Pole namens Sznayda (!) (wohl eigentlich Schneider), wie die Augenzeugen versichern, eine possierliche Erscheinung. Er hatte sich im polnischen Revolutionskriege von 1831 als Kavallerieoffizier ausgezeichnet. Er wollte drei befestigte Lager bilden und darin die Pfalz verteidigen. Einem Polen namens Ruppert oder Rauppert (!), dessen ganze militärische Weisheit in dem Satze: „Formez des pelotons“ bestanden zu haben scheint, gab Sznayda den Befehl über das rheinhessische Freikorps. Sznayda entwickelte einige Thätigkeit, aber die Pfälzer waren schwer zur Volkswehr heranzuziehen und setzten lieber die Revolution im Wirtshause fort. Von Baden war nicht viel zu bekommen, denn hier machte sich die lähmende Wirkung der Brentanoschen Politik geltend. Spät erst gab die badische Pegierung einige Geschütze an die pfälzische ab, und sandte ihr das Karlsruher Freikorps unter Dreher zur Unterstützung. (?) Als daher die Preussen mit Uebermacht in die Pfalz vorbrachen, standen ihnen nur einige tausend Mann, meist schlecht bewaffnet und wenig einexerziert, entgegen, und die Preussen machten in der That einen „militärischen Spaziergang“ durch die Pfalz“. Ferner „Der Rückzug der Pfälzer

fast ohne Kampf wirkte demoralisierend; am 18. Juni hatten sie, noch etwa 6000 Mann mit acht Geschützen, unter der Führung Sznaydas, der „ganz stumpfsinnig“ dreinsah, bei Knielingen den Rhein überschritten. Dieser unglückselige Sznayda, der sich als „General“ hauptsächlich mit Essen und Trinken beschäftigte, sollte in Baden noch mehr Verwirrung machen, als in der Pfalz. Zitz und Bamberger, die Führer der rheinhessischen Legion, entwichen, als sie vom Rheinübergang der Preussen hörten, gleich am nächsten Tag in die Schweiz. Der Spott, der sich ob dieses schnellen Verschwindens über sie ergoss, war kein unverdienter.“ Endlich: „Für gewisse bürgerliche Parteien, die vom roten Gespenst geängstigt im Sozialismus nur „Umsturzbestrebungen“ erblicken, haben wir in unserer Darstellung Gelegenheit gegeben, zu sehen, wie ihre eigenen Väter sich in Waffen gegen die herrschenden Gewalten erhoben haben. Wir leben in einer Umgestaltung anderer Art, welche der sich selbst untergrabende Kapitalismus bewirkt und wir glauben kaum, dass diese Umgestaltung sich der Schablone bürgerlicher Revolutionäre anbequemen wird. Die Zeit der Barrikadenkämpfe ist vorüber.“ Man sieht, der Kommunist setzt sich auf das hohe Ross überlegener politischer Weisheit gegenüber den bürgerlichen Parteien, was er angesichts des schmählichen sozialistischen Kommuneaufruhrs und des letzten Mailänder Aufstandes gar nicht nötig hätte. Glücklicher Weise gibt es im Menschenleben auch noch andere treibende und bewegende Kräfte als Kapital und Fabrikarbeit.

Wer wissen will, wie der Mann des Gesetzes urteilt über eine Bewegung, welche den gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung bezweckte, der lese die „Anklage-Akte, errichtet durch den kgl. Generalstaatsprokurator der Pfalz“ oder die Urteile, welche die Zivil- und Kriegsgerichte seiner Zeit über die an dem Aufstand hauptsächlich Beteiligten gefällt haben.

Dass der eingefleischte Partikularismus keinen Gefallen haben konnte an dem Bestreben, ein einiges, freies Deutschland herzustellen, lässt sich denken und geht ganz deutlich aus den Massregeln hervor, welche in der sogenannten Reaktionszeit gegen alle derartigen Tendenzen ergriffen wurden.

Auf einem anderen Standpunkte als der Humorist, der Parteimann, der Richter und der Partikularist steht der Geschichtschreiber. Er sieht über alle Schranken hinweg nach dem Ziel, nach welchem der Geist der Zeit hindrängt. Ihm ist klar, dass eine der mächtigsten Ideen, welche das neunzehnte Jahrhundert bewegen, das Nationalitätsprinzip ist, demzufolge alle im Lauf der Zeit durch Gewalt zerrissenen und zersplitterten Völker in Europa sich wieder

zu einem Ganzen, einem Organismus, einem Körper, einer Nation vereinigen müssen. So erkennt er denn das Streben des deutschen Volkes nach Einigung als etwas vollständig berechtigtes, ja als etwas notwendiges an, als einen Prozess, der sich nach göttlichem Ratschluss vollziehen muss. Aber nicht alle Wege zu diesem Ziele sind für ein Volk gangbar. Der Aufstand des Jahres 1849 war ein gänzlich verfehlter Versuch, eine an und für sich berechtigte Idee zu realisieren. Der Geschichtschreiber untersucht nun, woran dieser Versuch gescheitert ist und scheitern musste, und zieht daraus allgemein gültige Lehren für die kommenden Geschlechter.

Sehen wir uns denn einmal nach den Gründen um, warum der Versuch des pfälzischen und badischen Volkes, die deutsche Einheit auf dem Wege der Revolution herzustellen, nicht gelang und nicht gelingen konnte. Erstens liess die politische Reife und Klarheit noch viel zu wünschen übrig. Es gilt dieser Satz für alle Schichten des damaligen deutschen Volkes. Nachdem ich die Verhandlungen des Frankfurter Parlamentes geschildert habe, brauche ich wohl den Wahrheitsbeweis für obigen Satz nicht anzutreten. Wenn in den Köpfen der Gebildeten solche Unklarheit herrschte, kann man sich denken, wie es in den Köpfen der Ungebildeten ausgesehen haben mag. So lange man in den massgebenden Kreisen nicht klar darüber wurde, dass eine Einigung Deutschlands mit Oesterreich ein Ding der Unmöglichkeit sei, so lange konnte kein richtiger Schritt zur Erreichung dieses Zieles gethan werden, ja selbst, als die ebenso notwendige, wie schmerzliche Operation vor sich ging, wie wurde dem Operateur in Deutschland geflucht! Gibt es doch heute noch unter uns Politiker, welche sich mit jener Thatsache immer noch nicht ausgesöhnt haben. Noch 20 Jahre lang musste daran gearbeitet werden, das Volk politisch reifer zu machen und doch hätte es den Mann, der den einzig richtigen Weg zur Einigung der Nation einschlug, beinahe gekreuzigt! Es war dies vor allem Aufgabe der Geschichtsschreibung und der Presse; leider liessen beide in Deutschland viel zu wünschen übrig. Erst die vollbrachten Thatsachen haben den meisten Leuten Klarheit gebracht.

Zweitens war der Partikularismus im Jahre 1848 in Deutschland noch mächtiger, als die meisten glaubten. Ich habe schon früher betont, welchen Täuschungen die politischen Führer des deutschen Volkes in den Jahren 1848 und 1849 sich hingaben, nicht blos in Bezug auf die vermeintliche Volkssuveränität, sondern auch in Bezug auf die Hindernisse, welche der Einigung Deutschlands im Wege standen. Sie meinten auch den Partikularismus überwunden zu haben, der uns doch seit Jahrhunderten tief in

den Knochen steckt. Konnten doch die beiden Ländchen Baden und Pfalz es selbst nicht in der grössten Not aus lauter Partikularismus zu einer Vereinigung bringen. Sofort nach dem Tage von Olmütz erhob der Partikularismus gewaltig das Haupt. Zwanzig Jahre lang musste wieder gearbeitet und gekämpft werden, um dem nationalen Gedanken den Sieg zu verschaffen und ich stehe nicht an, zu bekennen, dass auch die seiner Zeit so sehr verspotteten Schützen- und Sängerbünde dazu ein gut Teil beigetragen haben. Trotz alledem mussten noch andere Einflüsse sich geltend machen, um dem Einigungsgedanken zum Siege zu verhelfen. Hätte nicht ein grosser Krieg und Sieg dem Nationalgefühl einen mächtigen Impuls gegeben, wir wären heute noch nicht geeinigt. Und wenn auch der Partikularismus heute als überwunden gelten mag, erloschen ist er deswegen noch lange nicht, er macht sich noch gar manchmal in unangenehmer Weise bemerkbar.

Drittens hat sich herausgestellt, dass auf dem Wege der Revolution die Einigung Deutschlands nicht herzustellen war. Einmal ist das deutsche Volk im Ganzen zu Gewaltthaten, Verschwörungen und Revolutionen nicht so geneigt, wie die Franzosen, Spanier und Italiener. Es zieht die Reform der Revolution vor. Auch in Baden und der Pfalz hat der Kern der Bevölkerung von dem Aufruhr nicht das geringste wissen wollen. Das ist auch heute noch so und es wird schwerfallen, dem Deutschen den angeborenen Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit aus der Brust zu reissen. Dann aber war selbst im Jahre 1848 die Fürsten- und Regierungsmacht in Deutschland noch so stark, dass sie in den grössten Staaten von einer revolutionären Bewegung nicht hätte überwältigt werden können. Auch darin gab man sich in demokratischen Kreisen einer verhängnisvollen Täuschung hin. Die hauptsächlichsten Stützen einer Regierung, das Heer und der Beamtenstand hielten treu zu ihrem Fürstenhaus. In den Kleinstaaten hätte man da und dort den Fürsten verjagen können, in Preussen, Bayern, Württemberg und Sachsen wäre dies ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Der König von Preussen hatte Recht, wenn er dem Parlamente in Köln zurief: „Vergessen Sie nicht, dass es in Deutschland noch Fürsten gibt und dass ich einer von ihnen bin.“. Sollte Deutschland geeinigt werden, so müsste dies unter Mithilfe und Beistimmung seiner Fürsten geschehen. Ohne das Machtmittel einer grossen und starken Armee, welche doch nur der Fürstenmacht zu Gebote stand, waren die äusseren Hindernisse, welche der deutschen Einigung entgegenstanden, nicht zu überwinden. Mit Freischaren und Volksbewaffnung konnte in dieser Hinsicht nicht das geringste erreicht werden.

Viertens wurde es klar, dass die deutsche Einigung sich nicht in republikanischer, sondern in monarchischer Form vollziehen müsse. Das deutsche Volk wollte einen Kaiser, aber keine Republik, für welche sich nur einige Schwärmer und unklare Köpfe begeisterten. Der monarchische Gedanke hat sogar heute in Deutschland noch an Kraft gewonnen; von Demokratie und Republik will auch heute die Mehrzahl unseres Volkes nichts wissen. Dieselbe will vielmehr eine starke Regierung, einen Fürsten, der mit kräftiger Hand das Regiment führt. Hätte sich das Frankfurter Parlament nicht „suverän" gefühlt, so wäre sein Verfassungswerk nicht so schmählich gescheitert. Die amerikanische, die französische und die Schweizerrepublik sind wahrhaftig keine solche Musterstaaten, dass wir Ursache zum Neid oder zur Bewunderung hätten, dass wir Lust bekämen, unsere kräftige konstitutionelle Monarchie, in welcher Fürsten- und Volksrecht, in glücklicher Weise abgegrenzt, segensreich zusammenwirken, mit den Zuständen jener Länder zu vertauschen. Wer die Geschichte der Demokratie von den Tagen Athens bis zu den Plebisciten des Schweizervolkes studiert hat, der weiss, dass gerade bei dieser Staatsform Egoismus, Parteisucht, Leidenschaft und Dummheit am ersten das Regiment führen. So war es denn auch das richtige, dass man 1871 den deutschen Fürsten, der das meiste für Deutschlands Grösse und Ruhm gethan hatte, zum Kaiser erkor und ich bin überzeugt, dass Deutschland trotz der Sozialdemokratie noch manchen deutschen Kaiser an seiner Spitze haben wird.

Fünftens ersah man in den Jahren 1848 und 1849 deutlich, dass ein Volk nichts anfangen kann ohne die rechten Männer. Ein einziger Mann ist manchmal so viel wert als ein ganzes Volk. Das Volk ist eine grosse, vielköpfige, schwerfällige Masse, die nur etwas zu stande bringt, wenn es die richtigen Führer hat. Solche waren aber in jenen Jahren nicht da, darum ist aus der ganzen Bewegung nichts geworden. Deutschland hatte dazumal keinen Staatsmann, welcher die Einigung richtig geplant, keinen General, der sie erkämpft, keinen Fürsten, welcher mit starker Hand die Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt hätte. Wilhelm von Preussen, Birmarck und Moltke haben den Jammer der deutschen Ohnmacht und Zerrissenheit durchlebt und gekostet. Bismarck machte seine staatsmännischen Studien in Frankfurt, in Petersburg, in Paris, er erkannte das Ziel, dem er zustrebte, er kannte die Machtmittel seiner Gegner und seine eigenen, er benutzte die Erfahrungen und Enttäuschungen Deutschlands in den Jahren 1848 und 1849, er beschritt mit sicherm Fusse den einzig richtigen Weg, der zum Ziele führte. In dem

Könige Wilhelm, dem ehemals so verhassten „Kartätschenprinzen", fand er den erleuchteten, kräftigen Fürsten, der auf seine Pläne einging, und mit den nötigen Machtmitteln ausgestattet, das grosse und schwere Werk ausführte. Und der Feldherr war auch zur Hand, welcher die Gegner der deutschen Einigung in Wien und Paris siegreich zu überwinden verstand. Nun hatten die Männer des Frankfurter Parlaments doch nicht umsonst gearbeitet, es war ihr Verfassungswerk, das im grossen und ganzen in Deutschland zur Geltung kam, die Saat, welche in jenen Tagen ausgestreut wurde, hat in den Jahren 1870 und 1871 herrliche Früchte gezeitigt.

Und auch über die Aufständischen des Jahres 1849 fällt von der Höhe des Jahres 1870 ein milderes, verklärendes Licht, der Richterspruch der Geschichte hat sie amnestiert. Die meisten von ihnen haben es ehrlich gemeint, viele derselben ihre Verirrung hart gebüsst. Die Mehrzahl derer, die das Jahr 1870 erlebten, sahen ein: Das ist der einzig richtige Weg, auf dem wir Deutsche einig werden konnten. Es hat sich an ihnen erfüllt, was der Dichter Kinkel 1850 in seiner Verteidigungsrede vor dem Kriegsgerichte zu Rastatt prophetisch verkündete: „Wenn die Krone Preussens endlich eine kühne und starke Politik verfolgt, wenn es unserm Thronfolger, dem Prinzen von Preussen gelingt, mit dem Schwerte — denn anders wirds nicht — Deutschland in eins zu schmieden und gross und geachtet bei den Nachbarn hinzustellen, uns die innere Freiheit wirklich und dauernd zu sichern, Handel und Wandel zu beleben, vor allem den Armen im Volk Brot zu verschaffen, nun bei meinem Eid! Die Ehre und die Grösse sind mir teurer als meine Staatsideale, dann würde ich als Erwählter des Volkes einer der ersten sein, die mit frohem Herzen riefen: „Es lebe das Kaisertum! Es lebe das Kaisertum der Hohenzollern!"



Inhaltsverzeichnis.







